INTERIM

Regelmäßig unregelmäßig erscheinendes Polit Info aus Berlin ★

711

28.5.2010

Inhalt

Editorial	2
Inhalt	3
Hausdurchsuchung	4
1. Mai / Sport	5
Kurze Geschichte zur ZEIT	9
Feminismus	10
Marco	12
Ein Schreckgespenst geht um (Freiheit für die drei Anarchisten Billy, Silvia und Constantino)	20
Aktionstag gegen geknastete Gesellschaft	21

IHR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns im Briefkasten sein.

per Post:

Interim, Gneisenaustr 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim" in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar.

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwinden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

...in gut sortierten linken Buch- oder Infoläden, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jede/r sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zukommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Knastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!

Impressum:
Herausgeberin: Interim e.V.
ViSdP: Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Ihr Lieben,

normalerweise gilt ja für unsere Zusammenhänge: Wenig Geld, viele Ideen. Der Blick in den Briefkasten zeigte diesmal ein entgegengesetztes Bild. Die wenigen Texte, die wir bekamen, waren allerdings umso länger, so dass es dennoch viel zu lesen gibt. Habt vielen Dank für die Spenden.
Diese Ausgabe dreht sich vor allem um das Thema Knast. Am 19. Juni ist der Aktionstag gegen die geknastete Gesellschaft. Dazu gibt es einen Text. Außerdem gibt es Texte über Genoss_innen, die derzeit in der Schweiz in Haft sitzen. Das ist zum einen der erste Teil einer schweizer Broschüre von 1993 über Kampf, Flucht und Verhaftung von und über Marco Camenisch. Der sitzt leider immer noch, hin und wieder finden sich Texte von ihm oder über ihn in der "Entfesselt". Für einmal war das Ding allerdings zu lang, deshalb findet ihr den zweiten Teil in der nächsten Ausgabe. Obwohl der Text etwas älter ist, ist er immer noch aktuell. Ebenfalls in einem schweizer Knast sitzen Billy, Silvia und Constantin. Auch dazu gibt es einen Text. Wir grüßen alle Genoss_innen, die derzeit im Knast sitzen und hoffen, dass bald dort Baulücken klaffen, wo sie heute festgehalten werden. Kommt alle zum Aktionstag.
Außerdem gibt es noch etwas Nachlese zum 1. Mai und noch älteren Aktionen.
Wer es nicht mitgekriegt hat: am 12. Mai wurde mal wieder eine Wohnung durchsucht, angeblich wegen Knallbumm. Wir sagen "Bäh!" zu der LKA-Aktion und halten zusammen.
Dann wurde uns noch ein titelloser Essay geschickt - vielleicht nennen wir ihn "Reclaim Feminism!?" Wir haben jedenfalls auch größeres vor und hoffen, dass es sich um einen Fortsetzungsroman handelt. Diskussionswürdige Gedanken finden sich aber selbstverständlich schon in diesem Teil. Wir begrüßen, dass die Debatte um Feminismus eifrig weiter geführt wird.

Genießt das besser werdende Wetter und verteilt unser Blättchen auf eurer Tour durch die Eisdielen,
Eure Red.

ps. und nicht vergessen: Am 5. Juni wird beim Aktionstag Media Spree geentert - zu Lande, zu Wasser und aus der Luft!

Wohnungsdurchsuchung in Berlin-Kreuzberg

Am heutigen Nachmittag, 12. Mai 2010, fand in der Wohnung einer Person im Berliner Bezirk Kreuzberg eine Wohnungsdurchsuchung statt.
Die Beamten des Berliner LKA 534 (PMS) brauchten für die Zweiraumwohnung und die Kellerräume an die viereinhalb Stunden. Dies alles fand unter dem Vorwurf der "Beteiligung...am Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion gemäß § 308 Abs. 1 StGB sowie an einer versuchten Brandstiftung gemäß § 306 Abs. 1 Nr. 1 StGB", sowie "Verdacht der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, § 129 StGB" statt. Die beschuldigte Person soll beteiligt gewesen sein als "am 2. Februar 2010 zwischen 2.45 und 3.00 Uhr ein mittels Gaskartuschen gefertigter unkonventioneller Brandsatz am Ludwigkirchplatz 3, 10719 Berlin" zum Einsatz kam. Am Ludwigkirchplatz 3 befindet sich die Stiftung Wissenschaft und Politik, welches überwiegend vom Bundeskanzleramt finanziert wird und als wichtige Denkfabrik für die Außen- und Sicherheitspolitik gilt.
Bei der Durchsuchung, die unter den Augen einer Anwältin und eines Zeugen von statten ging, wurden die üblichen Sachen wie Computer, Cds, und so weiter mitgenommen, außerdem stand auch explizit im Durchsuchungsbeschluss, dass Klebeband beschlagnahmt werden soll. An Klebeband lassen sich kleinste Mengen von Spuren aller Art finden und nachweisen. Gesucht wurde auch nach Kleidung, welche auf einer Videoaufzeichnung eines Baumarktes von der Person getragen worden sein soll.
Während der Durchsuchung versammelten sich bis zu 20 solidarische Menschen vor dem Haus.

Keine Spekulationen - Anna und Arthur haltens Maul!

Jour fixe
immer am 3. Montag im Monat um 18.30 Uhr im Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

17. Mai
Kurt Gutmann, Nebenkläger im Demjanjuk-Prozess, berichtet, musikalische Umrahmung: Klezmorim Sennomaj

21. Juni
Hanna Podymachina, als deutsche Jüdin Offizier in der Roten Armee (Foto oben), erzählt über ihren Einsatz

19. Juni
»Ich bin Vergangenheit und Gegenwart« Vera Friedländer liest aus ihrer Autobiografie.

Der erste Mai in Hamburg

Im Schanzenviertel ist es am Abend des ersten Mai zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen. Rund um die Rote Flora wurden Geschäfte entglast, Banken eingeworfen, Autos zerstört und Barrikaden errichtet. Der folgende Bericht versucht die Ereignisse zusammenzufassen, eine politische Einschätzung und einen Ausblick zu geben. Bereits am Nachmittag startete der Euromayday in St. Pauli. Mit ca. 3000 Leuten war der Umzug überraschend gut besucht. Begleitet von heftigen Regenschauern zog die Demo an der Elbe entlang, zurück nach St. Pauli in das Schanzenviertel zu Real an der Feldstraße. Der Zug war geprägt von Musikwägen und einem vergleichsweise heterogenen politischen Spektrum. Von Autonomen über Student_innen und dem Recht auf Stadt Spektrum war alles vertreten, was sich derzeit in der Stadt engagiert. Der Elan der letzten Jahre ist dieser Veranstaltung allerdings eher verloren gegangen. Dies mag auch mit der Institutionalisierung des Euromaydays zusammenhängen.
Der Euromayday war einst u.a. angetreten, um einen Kontrapunkt zu den klassischen linksradikalen erste Mai Demos zu setzen. Versuch war Migrant_innen aktiv einzubinden und das Prekariat zu organisieren. Die Teilnehmer_innen sollte aktive Parts der Demo sein. Inzwischen ist der Euromayday jedoch selbst eher zu einer "Latschdemo", der üblichen Gruppen mit musikalischer Begleitung geworden. Dies drückte sich auch auf der Abschlusskundgebung bei Real aus. Eine Rednerin versuchte, sich eher hilflos vom Lautsprecherwagen gegen mehrere Soundsysteme durchzusetzen. Der Abschluss bei Real war an sich gut gewählt. Dort soll nach den Plänen des Senates eine "Music Hall" für 4000 Leute entstehen. Bei ersten Protesten wurde eine öffentliche Anhörung gesprengt. Der Euromayday hätte ein weiterer Mobilisierungspunkt gegen dieses Projekt sein können. So verblieb der Ort der Abschlusskundgebung eher beliebig in einer Mischung aus Party und allgemeiner Auflösungserscheinung. Ein großer Teil der Teilnehmer_innen zog anschließend Richtung Schulterblatt weiter und suchte sich schon mal ein gemütliches Plätzchen für den zum Abend erwarteten Krawall.
Dass es einen solchen geben würde, lag bereits in der Luft. Schon am Abend vorher hatte es rund um die Rote Flora Auseinandersetzungen gegeben. Die dortige Haspa-Filiale wurde zertrümmert, mehrere PKW angezündet und in den umliegenden Straßen wurden Barrikaden errichtet. Die eingesetzten Polizeibeamten wurden teilweise massiv mit Steinen beworfen und mehrmals vertrieben. Die Walpurgisnachtauseinandersetzungen waren in ihrer Dynamik die stärksten seit Jahren an diesem Tag. Befördert wurden sie unter anderem von der Hamburger Polizei. Diese vermeldete bereits seit Tagen, dass in Hamburg keine Ausschreitungen erwartet würden, da das erlebnisorientierte und autonome Spektrum nach Berlin und Rostock fahren würde. Es wurden daher sogar Bullen nach Berlin geschickt. In Hamburg sollten lediglich 1000 Beamte im Einsatz sein. Die dreiste Erwartung, es bleibe in Hamburg friedlich und das schlecht aufgestellte Polizeiaufgebot führten zu einer stillen Mobilisierung verschiedenster Spektren. Durch die nächtlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre sind die Riots im Schanzenviertel zudem ein Selbstläufer geworden. Hamburg hat sich diesbezüglich neben Berlin als Krawallstandort etabliert.
Dass die Hamburger Polizei einen ruhigen ersten Mai erwartete, lag unter anderem auch daran, dass sich fast sämtliche Gruppen, die in den letzten Jahren die 18 Uhr Demo vorbereitet hatten, aus dieser Vorbereitung zurückzogen. Hintergrund war die Verhinderung des Filmes "Warum Israel" in einem Kino Ende letzten Jahres. Die Verhinderung des Filmes eines jüdischen Regisseurs in Deutschland, der unterschiedliche Identitäten in Israel vor dem Hintergrund der Shoa betrachtet, erregte internationales Aufsehen. In der Folge distanzierten sich die meisten Gruppen vom Spektrum der B5 und der Sol. Das Hamburger Abendblatt titelte nach einer Erklärung der Roten Flora, sich nicht an der Demo zu beteiligen, schließlich auf dramatische Weise "Die Flora lässt die Türen zu". Die Demo und die Ereignisse des Abends haben allerdings wenig Ursächliches miteinander zu tun. Zudem ist die Flora bereits seit Jahren am 1. Mai geschlossen, seit Polizeibeamte diese 2000 als Festnahmekessel benutzten und das Gebäude weniger ein Schutzraum als vielmehr ein Risiko für Aktivist_innen aufgrund der falschen Einschätzungen eines sicheren Rückzugsortes ist. Dass eine völlige Fehleinschätzung der Situation durch eine "Presseente" erfolgte und die Polizei sich entsprechend schlecht aufstellte, dürfte für erheblichen Unmut in der Innenbehörde sorgen. Die 18 Uhr Demo selbst war trotz der Auseinandersetzungen im Vorfeld, mit 1500 Teilnehmer_innen ein Mobilisierungserfolg für die beteiligten Gruppen aus dem ML-Spektrum. Dies liegt zum Teil auch daran, dass sich die 18 Uhr Demo, die in den letzten Jahren vor allem von anarchistischen und autonomen Gruppen getragen wurde, als Termin etabliert hat und bereits eine allgemeine Vorberichterstattung in den Medien Hamburg neben Berlin zum möglichen Brennpunkt erklärt hat.
Neben der Demonstration gab es verschiedene 'Out of Control' Aktionen. Einige Anarchist_innen verließen die Demo und zogen als unangemeldete Spontandemo zum angrenzenden Karoviertel. Zahlreiche Gruppen und Leute sammelten sich bereits auf dem Schulterblatt rund um die Rote Flora. Als nach Abschluß der Kundgebung am Sternschanzenbahnhof Polizeiübergriffe und Wasserwerfereinsätze stattfanden, bildete dies auch den Startschuß für die Riots rund um die Rote Flora. Kleinere Barrikaden wurden errichtet, etwas später die Deutsche Bank eingeworfen, in den Innenraum der Bank eingedrungen, ein Bengalo zwischen den Schaltern entzündet und eine gegenüberliegende Drogeriekette wurde geöffnet. Das anrückende Polizeiaufgebot wurde beworfen und die Aktivist_innen wichen in die Nebenstraßen aus. Was folgte war ein stundenlanges Scharmützel. Einsatzfahrzeuge und Polizeibeamte wurden in diesem Verlauf immer wieder angegriffen. Im gesamten Stadtteil schepperte und rummste es. Die Polizei wirkte angesichts der Auseinandersetzungen hilflos und desorientiert. Kamerawagen wurden beschädigt, Festnahmetrupps körperlich angegangen umherfahrende Wannen gesmasht. Erst gegen 2 Uhr beruhigte sich die Lage schließlich. Überall in den Kneipen waren aufgrund der Ereignisse grinsende Gesichter und Maifeiernde anzutreffen.

Eine bemerkenswerte Entwicklung ist in diesem Zusammenhang, dass sich durch die Kontiuinität von Auseinandersetzungen im Schanzenviertel (Im Anschluß an Demos, Straßenfeste, Walpurgisnacht, Maifeiern) bei Jugendlichen Strukturen und Lernprozesse gebildet haben und diese wesentlich organisierter gegen die Bullen vorgehen. Wurde sich vor Jahren noch dorthin zu begeben, wo sich das größte Polizeiaufgebot befindet und gewartet, dass was passiert, wird inzwischen in die Fläche gegangen. Der Einsatzbereich der eingesetzten Beamten wird durch die Errichtung von Barrikaden, Glasbruch und das Abfackeln von PKW vergrößert, entstehende Lücken durch die daraus folgende Ausdehnung der Kräfte genutzt, um diese anzugreifen. Polizeifahrzeuge, die Beamte zu den neuen Brennpunkten verlagern, werden unterwegs entglast, wenn sie am Ort des Geschehens eintreffen, hat sich der Mob bereits an andere Punkte verlagert und hält die Bullen auf Trab. Diese Strategie der räumlichen Erweiterung scheint derzeit eine effektive Praxis zu sein, um die bestehende polizeiliche Strategie der Präsenz durch Stärke auszuhebeln.
Als Fazit hat der erste Mai gezeigt, dass die innenpolitische Diskussion um Gesetzesverschärfungen und eine notwendige "Isolierung" linksradikaler Politik ins Gegenteil umschlägt. Die Gefahren und Verbotsdiskussion macht linke Demos und Veranstaltungen für viele Jugendliche erst interessant. Ein Staat der repressiver agiert, befriedet die Verhältnisse nicht, sondern eskaliert sie. Dies wird insbesondere von Gewicht bei der Mobilisierung gegen die Innenministerkonferenz im November sein. Dort werden Maßnahmen gegen die linksradikale Szene, Fußballfans und illegalisierte Migrant_innen diskutiert. Als neue Blüte der autoritären Formierung soll ein neuer Gesetzesparagraph her der Angriffe auf Polizeibeamte besonders unter Strafe stellt. Gegen die Konferenz in Hamburg mobilisiert ein Bündnis aus antirassistischen, anarchistischen und autonomen Gruppen. Neben einer bundesweiten Demo wird es direkte Versuche geben, das Treffen der Innenminister zu stören. Am 27. Mai findet ein erstes bundesweites Vorbereitungstreffen dagegen statt (http://no-imk.blogspot.com). Anlaufpunkt ist das "Centro Sociale" im Schanzenviertel. Hamburger Vorbereitungsgruppen haben alle dazu aufgerufen sich an dem Treffen zu beteiligen um die Hauptkonferenz der Innenminister im November unsicher zu machen. Erste kleine Aktionen sollen gegen die zeitgleich laufende Vorabkonferenz laufen.
Ein weiterer möglicher Brennpunkt wird die Situation um die Rote Flora sein, welche 2011 von einer Räumung bedroht sein könnte. Sollte dieses Szenario eintreten würde die Situation in Hamburg auf dramatische Weise eskalieren. Aktivist_innen auf der Straße scheinen nach dem ersten Mai 2010 für solche Auseinandersetzungen gut aufgestellt und das ist im politischen Sinne auch gut so.

NÜRNBERG - Insgesamt 16 Festnahmen, 13 verletzte Polizeibeamte und etliche Sachbeschädigungen sind die Bilanz von Ausschreitungen am 1. Mai in Gostenhof. Vor allem eine militante Gruppe sogenannter Autonomer hielt die Polizei und auch die Feuerwehr in Atem.
Bereits am Vorabend des Maifeiertages war es, nach Angaben des Polizeipräsidiums, an der Theodor-Heuss-Brücke zu einer Konfrontation zwischen Angehörigen rechts- und linksextremer Gruppen gekommen. Zwar seien keine Verletzten bekanntgeworden. Doch musste die Polizei in Mannschaftsstärke anrücken, um 63 Anwesende zu kontrollieren. Nun wird wegen des Verdachts auf Landfriedensbruch ermittelt.
Der Vorfall dürfte zu den erhitzten Gemütern unter den Teilnehmern der sogenannten revolutionären Mai-Demonstration beigetragen haben. Unter der Devise »Kapitalismus abschaffen« versammelten sich nach Angaben eines Bündnisses linksradikaler und autonomer Gruppen etwa 2500 Teilnehmer zunächst in der Bauerngasse; die Polizei nannte eine Zahl von 1700 Demonstranten. Bereits auf dem Zug über den Plärrer zur Lorenzkirche und zurück seien vereinzelt Steine gegen Polizeibeamte und -autos geflogen und Feuerwerkskörper und bengalische Feuer gezündet worden, teilten die Einsatzkräfte mit.
Als die Menge am Ende des Marsches das Abschlussfest in der Müllnerstraße erreichte, eskalierte vorübergehend die Situation: Unbekannte schleuderten eine Bengalfackel auf einen Zivilbeamten. Der Polizist blieb zum Glück unverletzt, wurde aber unversehens von einer - nach offiziellen Angaben - etwa 100-köpfigen Gruppe von »äußerst aggressiven« und vermummten Autonomen verfolgt. Als ihn Kollegen in Sicherheit bringen wollten, sahen sie sich einem Hagel von Flaschen, Steinen, und Holzlatten ausgesetzt. 13 Polizisten erlitten Abschürfen und Prellungen; einer musste in eine Klinik gebracht werden. Mehrere Fahrzeuge von Anwohnern wurden beschädigt.
Vertreter der »organisierten Autonomie« behaupten, der Zivilbeamte habe mit einem Kollegen »ohne ersichtlichen Grund« Demonstrationsteilnehmer gefilmt und sei »handgreiflich« geworden, als sich Betroffene »beschwerten«. Die folgenden Gewalttätigkeiten werden in der Stellungnahme verschwiegen. Müll- und Papiercontainer, die in der Adam-Klein- und Glockendonstraße in Brand gesteckt wurden, ließ die Polizei nach Rücksprache mit der Feuerwehr »kontrolliert« abbrennen, da keine weitere Gefahr bestand. Allerdings mussten mehrere Straßen vorübergehend gesperrt werden. Nach einer vorübergehenden Beruhigungen kam es im Laufe des Abends erneut zu Attacken auf Polizeikräfte und Brandlegungen. Die Feuerwehr, zum Teil aber auch Anwohner löschten die Flammen. Nach 0.30 Uhr, so die Polizei, sei die Nacht ruhig verlaufen. Ein 21-Jähriger erstattete Anzeige gegen Unbekannt, weil er von der Polizei verletzt worden sei; ein Demonstrant erlitt durch einen Böllerwurf ein Knalltrauma. Die Gesamthöhe der Schäden ist noch unbekannt.

Wolfgang Heilig-Achneck 3.5.2010 Hilpolsteiner Zeitung

Ausschreitungen in Basel und Zürich -Rund 120 vermummte Personen haben am Samstagabend bei einem Saubannerzug durch die Stadt Basel eine Spur der Zerstörung hinterlassen. In Zürich wurden 353 Personen (darunter 45 Frauen, 16 unter 15-Jährige) festgenommen. Viele waren Krawalltouristen aus dem In-, einige auch aus dem Ausland.

Wie die Basler Polizei am Sonntag mitteilte, wurden auf der gesamten Strecke unzählige Liegenschaften und Tramzüge mit Farbe versprayt.
Es wurden Fackeln angezündet und Knallkörper zur Detonation gebracht. Vor dem Polizeiposten Clara schleuderten Zugsteilnehmende Farbbeutel, Stühle, Fahrräder und Steine gegen das Gebäude.
Zudem wurde ein Molotow-Cocktail in den Eingangsbereich des Postens geworfen, so dass dieser augenblicklich in Vollbrand stand und erst durch die zugezogene Feuerwehr gelöscht werden konnte. Nach diesem Angriff flüchteten die Demonstranten.
Die Polizei nahm danach rund 15 Tatverdächtige fest. Gegen die 13 Männer und zwei Frauen im Alter zwischen 17 und 41 Jahren aus der Region Basel wurden Strafverfahren unter anderem wegen Landfriedensbruchs eingeleitet.
Ein grosser Teil der Randalierer, die in Zürich festgenommen wurden, sind offenbar aus der ganzen Schweiz und dem angrenzenden Ausland eigens zum Krawall angereist. Am Sonntagvormittag waren noch 14 Personen in Haft.
Insgesamt 83 Krawallmacher müssen mit einer Strafe rechnen. Ihnen werden Delikte wie Landfriedensbruch, Gewalt und Drohung gegen Beamte, Sachbeschädigung oder Widerhandlung gegen das Sprengstoffgesetz vorgeworfen werden.
Der 1. Mai am Samstag ist in Zürich nach dem seit Jahren üblichen Schema verlaufen: Der offizielle Teil verlief friedlich und würdig, am Nachmittag lieferten sich gewalttätige Randalierer Scharmützel mit der Polizei. Kurz vor 20 Uhr wurde ein 17-Jähriger von einem grossen Stein am Kopf getroffen, wie Stadtpolizeikommandant Philippe Hotzenköcherle am Abend vor den Medien sagte. Mit einem Kopfschwartenriss wurde er ins Spital gebracht. Ob er als Passant, Gaffer oder Randalierer unterwegs war, ist noch unklar. Insgesamt wurden mehr als 250 Personen festgenommen, darunter der 20-Jährige, der den verhängnisvollen Stein geworfen hatte. Ein Teil wurde noch am Samstag wieder entlassen. Die Sachschäden blieben gering. Genauere Zahlen wurden auf Sonntag angekündigt. Das «unmissverständliche und disziplinierte Durchgreifen der Polizeikräfte» habe grössere Ausschreitungen und Sachbeschädigungen verhindert, sagte Stadtrat Andres Türler. Der Polizei sei es gelungen, eine Nachdemo zu verhindern, damit habe sie den Auftrag des Stadtrats erfüllt. Er frage sich, was noch alles passieren müsse, bis die Randalierer die Gefährlichkeit und Sinnlosigkeit ihres Handelns einsähen, sagte Türler. Sie schadeten schlussendlich bloss dem Ansehen des 1. Mai. Auf dem Kanzleiareal im Kreis 4 sammelten sich indessen rund 250 «Autonome». Ein Grossaufgebot der Polizei kesselte sie ein und nahm systematisch Personenkontrollen und Festnahmen vor. Kurz nach 15 Uhr begannen dann Scharmützel im Langstrassenquartier, die stundenlang andauerten. Kleine Gruppen von Randalierern schmissen Steine und zündeten hin und wieder einen Container an. Für einmal gingen kaum Schaufensterscheiben in Bruch. Die Polizei setzte Wasserwerfer, Gummischrot und Tränengas ein. Damit konnte sie eine Ausweitung der Auseinandersetzung auf andere Stadtteile, auch ein Übergreifen auf das Festgelände, verhindern. Eine Störung des Festes auf dem Zeughausareal konnte verhindert werden. Die Polizei blieb auch abends nach der weitgehenden Beruhigung der Lage mit einem Grossaufgebot im Einsatz.

swissinfo.ch und Agenturen

Revolutionäre Pünktlichkeit

VON JAN THOMSEN

Der deutsche Revolutionär ist vor allem insofern deutsch, dass er klare Termine liebt und pünktlich ist. Das ist kein Klischee. Das ist jährlich am 1. Mai in Berlin (und inzwischen auch ein bisschen in Hamburg) zu beobachten. Die Rebellen anderer Völker, etwa junge Franzosen oder Griechen, erheben sich schon mal spontan, um ihre Frustration gegenüber Staatsorganen abzureagieren. Nicht so der deutsche Linksautonome: Er kündigt vorab seine Teilnahme an einer ordentlich angemeldeten Demonstration an, er formt sich mit Gleichgesinnten im traditionellen schwarzen Block zu einem Kollektiv – und beginnt erwartungsgemäß in den Abendstunden mit dem Verüben von Delikten wie Landfriedensbruch und Körperverletzung in mannigfacher Form.

Darauf ist Verlass, und das ist erfreulich. Die Polizei – die in Berlin am Wochenende mehr Beamte aufbot als in Afghanistan Soldaten stationiert sind – kann sich auf ihren robusten Anti-Randale-Einsatz penibel vorbereiten. Genau das haben die Inhaber des staatlichen Gewaltmonopols auch getan: Rechtzeitige Absprachen mit Helfern aus anderen Bundesländern. Kluge räumliche Trennung der Sphären Volksfest und Demonstration. Schnelle und schonungslose Festnahmen von Gewalttätern. Wenn dies geschieht, ist der 1. Mai zwar nicht friedlich. Aber friedlicher wird er nun mal nicht mehr. Schließlich ist der Termin auch 2011 – wie sagt man im Business – geblockt.

1.Mai in Berlin zeigt Unfähigkeit zur Konfrontation auf der Strasse

Die autonome Szene Berlins hat es nicht geschafft den Bullen etwas entgegen zusetzen. Sie ist dermaßen von Subkultur dominiert, dass Wut auf die herrschenden Verhältnisse nicht mehr ihr Handeln bestimmt.

Wie sonst ist es zu erklären das in der Walpurgissnacht eine Herde von äusserlich antagonistischen Menschen in ein Areal strömte, das von der Polizei eingezäunt, ausgeleuchtet und zugangskontrolliert war. Zum Schluß gabs die üblichen Flaschenwürfe mit 100% Festnahmequote, unglaublich das diese Veranstaltung von Leuten gemacht wird, die auf ihren Plakaten und Aufrufen von Revolution reden. Ein Konzert im Bullenkessel hat mit Revolution nichts zu schaffen. Einzig taktische Aktion in dieser Nacht war laut Polizeiticker ein brennender Müllcontainer in der Mattiasstrasse, durch den zwei Streifenwagen in Krähenfüsse gelockt wurden.

Die Aktionen gegen den Naziaufmarsch verliefen routiniert und recht erfolgreich, Nazis und Bullen haben mehr abbekommen als in den Medien verbreitet wurde. Trotzdem stellt sich die Frage ob wir uns den 1.Mai nicht dadurch wegnehmen lassen, dass wir uns auch an diesem Tag vor allem auf Nazis konzentrieren statt eigene Akzente zu setzen. Sowohl die Mobilisierung als auch der Aufwand von Kleingruppen bezog sich dieses Jahr hauptsächlich auf den Antifabereich. Sicherlich eine Schwerpunktsetzung, die den Sicherheitsbehörden nicht unangenehm ist. Wird doch so vermieden mit anderen Systemverlierern gemeinsam zu agieren.

Denn das was Abends in Kreuzberg ging war gar nichts. Grosse Demo aber unorganisiert und kraftlos. Diese endete im Partyvolk wo die Bullenführung sich ne halbe Stunde darauf vorbereiten konnte, dass aus einer statischen Situation der Angriff kommt. Der erste Angriff an der Skalitzer brach auch schon nach einer Minute zusammen. Leute die Bock auf was hatten zogen sich in eine Zivi verseuchte Masse zurück und bis auf kurze Momente am Rand hatten die Bullen alles im Griff. Die Taktik der Myfest Organisatoren geht voll auf, Kreuzberg war von unpolitischen Touris und Partypeople überlaufen. Wir waren handlungsunfähig in dieser Masse und viele die widerständig aussehen sind nur Subkultur ohne Wut und Hass im Bauch. Um an solchen Tagen mit Migrant_innen oder anderen Gruppen zusammen zukommen braucht es mehr Vorbereitung – was aber den meisten nicht so wichtig erscheint wie die Nazidemo.

- - Kein Vergeben - - -
- - - - - - Kein Vergessen - - -
Dessau
12.06.2010
DEMONSTRATION
zum 10. Jahrestag der Ermordung von Alberto Adriano
ANTIFASCHISTISCHE AKTION
Alberto Adriano
VON NAZIS ERMORDET

Eine kurze Geschichte zur ZEIT

Die ZEIT gilt bei vielen als links-liberales Medium und wird auch von Studierenden gern gelesen. Da war es für das Hamburger Traditionsblatt nur nahe liegend ein Magazin für Studis herauszubringen. Also wurde ZEIT Campus zum Wintersemester 2006/07 auf den Markt gebracht. Mit einer Auflage von 110 000 Exemplaren werden, laut Marktforschung, über 400 000 Leser_innen erreicht.

Bei der Lektüre des Campus-Magazins bekommt man den Eindruck, dass alle härter arbeiten als man selbst und deshalb auch viel erfolgreicher sind. Oder, um es mit der Unterzeile des Magazins zu sagen: studieren. arbeiten. leben. Mit leben ganz am Ende und dem Studium als Vorstufe zur Lohnarbeit. Das Leistungsprinzip spiegelt sich auch in der Themenauswahl wieder, die das permanente Hamsterrad propagiert. In der aktuellen Ausgabe liest sich das so: „Hochschulabsolventen haben trotz der aktuellen Krise gute Chancen, einen Job zu finden", während der nächste Artikel schon die Panik schürt, dafür auch etwas leisten zu müssen, da den_die letzte_n bekanntlich die Hunde beißen: „Wirtschaftskrise: Arbeitslosigkeit unter Akademikern stark gestiegen". Wie das große Mutterblatt versucht die Zeitschrift mittels ausgewogener Berichterstattung ein differenziertes Bild zu erzeugen, welches dann über aller Kritik steht. Was eine_n aber wirklich runterzieht ist, das dem Leistungsdenken auch noch Gesichter verpasst werden. ZEIT Campus lässt mit Vorliebe Studierende und Schüler_innen zu Wort kommen, die schon in jungen Jahren mit allen Träumen abgeschlossen haben:

„Carolin Böcking, 19 Jahre (Abiturientin): Ich bin jemand, der alles organisiert. Mein Berufsziel stand schon früh fest. Managerin. (...) Jetzt bewerbe ich mich an der Europäischen Fachhochschule in Brühl, um Industriemanagement zu studieren. Mir gefällt, dass Theorie und Praxis verbunden werden (...). Die Studiengebühren sind zwar hoch – 630 Euro im Monat - , aber wenn ich diese Praxis habe, komme ich in eine höhere Liga. (...) Das Studium habe ich mir schon nach Arbeitsmarktfaktoren ausgesucht. Ich kann hart arbeiten, möchte etwas erreichen." Oder „Sebastian Franke, 24, (Student mit zwei Hauptfächern, VWL und Politik): Vielleicht ist es wirklich nicht sinnvoll, nur eine – vielleicht brotlose – Geisteswissenschaft zu studieren.(...) Ich denke, wenn ich in einem Praktikum Leistung zeige, korrekt auftrete, dann habe ich auch gute Aussichten. (...) Mein Vater arbeitet bei einer Bankgesellschaft und kennt viele Gesichter in der deutschen Wirtschaft."

Neben solchen O-Tönen stört auch ein auf den ersten Blick kritischer Artikel nicht mehr, der zu bedenken gibt, dass „die Post-Bologna-Studenten sich ganz auf die Bedürfnisse der Unternehmen" ausrichten und dadurch „ihre Kreativität – und ihr Profil" verlieren. Im Gegenteil, so ein Beitrag verstärkt den Druck auf die Studis, in dem ihnen eingeimpft wird, nicht nur gut organisiert und diszipliniert zu sein, sondern auch möglichst kreativ und leidenschaftlich. Ähnlich ausgewogen berichtet die Illustrierte auch über Studierendenproteste, selbstverständlich nicht ohne den Hinweis auf reale Verbesserungen, die erzielt wurden. Wahnsinn: „An der Uni Ulm ballen sich die Prüfungen nicht mehr am Semesterende, sondern finden auch während des Semesters statt".

Einseitig wird es, wenn über alltägliche politische Praxis an Hochschulen geschrieben wird. Schon vor zwei Jahren war die Berichterstattung zum Wandel in der Hochschulpolitik in ZEIT Campus linken ASten nicht gerade wohl gesonnen. „Pragmatismus statt Protest" wurde als Parole ausgegeben und gewohnt liberal-neutral über rechte ASten und deren Positionen informiert. Jetzt wird nachgelegt. Die „zehn größten Verschwendungen des AStA" sind eines der Titelthemen der aktuellen Ausgabe. Was sich als Ergebnis gekonnter Recherche gibt ist kleinlich und hemmungslos veraltet. Wie wir erfuhren, bekannte sich der Autor Marvin Oppong Nachfrage sogar dazu sogar dazu von der Konkurrentin Bild abgeschrieben zu haben. Die im Artikel einzeln angeführten Verschwendungen sind als immer gleiche Argumente gegen verfasste Studierendenschaften seit den 90ern beliebt. Dass sie auch in diesem Artikel dazu dienen sollen, zeigt sich an der positiven Bezugnahme auf die Situation in Baden-Württemberg und Bayern - beides Länder in denen kein Beitrag zur Verfassten Studierendenschaft erhoben werden darf und es gar keine offizielle studentische Selbstverwaltung gibt. Grobe Verschwendungen, die wirklich gegen die Interessen der Studierenden gingen und von rechten ASten begangen wurden, werden nicht angeführt (z.B. die fünfstelligen Anwaltsrechnungen des RCDS an der TU-Berlin). Dafür werden Beispiele ausgepackt, die sich als politisch links skandalisieren lassen. So zum Beispiel die Teilnahme an einer „Lesbenkonferenz" in Rio Ende der 90er, die nicht als globale Studi-Vernetzung sondern als Privatvergnügen dargestellt wird. Oder die Mitgliedschaft des AStA Uni Bremen im Verein der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Hier wird auch zeitgemäß die Extremismuskeule geschwungen, um die Organisation von Holocaustüberlebenden auf eine Ebene mit der NPD zu stellen. Anstatt sich zu freuen, dass Studierendenvertretungen noch klar politisch gegen Neonazis Stellung beziehen.

Der Autor des ZEIT-Artikels findet es derart skandalös, dass Studierende über ein eigenes Budget verfügen was nur einmal jährlich demokratisch legitimiert wird, dass er beim hetzen den Boden unter den Füßen verliert. „Überträgt man das, was in vielen Asten Normalität ist, auf die große Politik, zeigt sich die Brisanz noch deutlicher. Man denke an Bundestagsabgeordnete, die auf Staatskosten privat zu Kongressen nach Brasilien düsen. Oder an ein Parlament, das extreme politische Organisationen finanziell unterstützt. Das wären Skandale der Bundespolitik." Ähm, ja Marvin sowas passiert ständig - und die ZEIT regt sich nicht darüber auf.

Klartext: Es geht um die Delegitimierung von studentischer Selbstverwaltung in Zeiten des Bildungsstreiks: Unterordung und Individualismus im Konkurenzkampf wird vom modernen Studierenden verlangt. Außerdem wird passend zum Semesterstart gegen AStA-„Zwangsbeiträge" Stimmung gemacht, so wie in ZEIT Campus gegen alles Stimmung gemacht wird, was nicht direkt der Karriere dient.

Warum berichtet die ZEIT eigentlich ständig über Hochschulrankings, hetzt gegen demokratische Elemente an Unis, verteidigt Bologna und will uns alle auf den Karrieretrip schicken? Gibt es dafür nicht die Bertelsmannsstiftung? Die ZEIT vertritt die Politik der Bertelsmann Stiftung und ist auf komplizierte Weise mit dem Konzern aus Gütersloh verbandelt. Gerd Bucerius, einer der ZEIT-Gründer und Nachkriegs-CDU-Politiker war ab 1957 alleiniger Eigentümer. 1965 gründete er den Pressekonzern Gruner + Jahr, der die Wochenzeitung noch heute vertreibt. Bucerius verkaufte 1973 seine Anteile an die frisch gegründete Bertelmann AG und wurde auch deren Aufsichtsratvorsitzender. Seit dem hält die ZEIT-Stiftung 10,7% der Bertelsmann AG. Dafür gehört der ZEIT-Vertrieb Gruner + Jahr heute zu über 70% der Bertelsmann AG. Alles klar?

Was gibt es da zurückzuerobern?" Als Vive das von mir mitgebrachte Plakat „reclaim feminism" zu einer Veranstaltungsreihe anlässlich des internationalen Frauenkampftags auf dem Küchentisch liegen sieht, pestet sie gleich los. Im Namen des Feminismus seien Frauen kapitalistisch zugerichtet worden und in seinem Namen würden heute Kriege geführt.

Ihre spitze Bemerkung zur Begrüßung nehmen wir gelassen. In unserer WG wissen alle, dass Vive den Begriff Feminismus zwiespältig und damit kritisch beäugt, spätestens seit Ende der 1980er. In dieser Zeit hat sie mit der Vorzeigefeministin Alice Schwarzer und ihrer Zeitung „Emma" gebrochen, die vom bundesdeutschen Staat die Zulassung von Frauen zur Bundeswehr und ein Gesetz gegen die sexuelle Selbstbestimmung forderte. Ein Abschied, der bis heute fortdauert und uns manchmal nervt. Keine Linke liest heute noch „Emma". Vive aber scheint immer informiert, welche Unzumutbarkeiten in diesem Quartal in dem „politischen Magazin von Frauen" stehen.

Die Frauenzusammenhänge, in denen sie organisiert war, verstanden sich als Teil der autonomen Frauen- und FrauenLesbenbewegung. Sie bezogen sich damit begrifflich auf die 1970er und 1980er Jahre, erklärte sie uns einmal. Die Autonomen seien schon in ihren Anfängen militant und die ersten Autonomen in der BRD seien Frauen gewesen. Von „autonomer Frauenbewegung" und einer „Politik der ersten Person" sprach man schon in den 1970ern, als es hierzulande Spontis, aber noch keine Autonomen gab. Feminismus dagegen sei mit einem sehr akademischen Diskurs verbunden, der in Universitätsseminaren, nicht aber auf den Straßen oder den Gängen der Arbeitsämter stattfinde. Gleiches gelte für die ganze feministische Theorie: Pateman, Butler, Fraser und Co.

Dennoch, so gebe ich mich überzeugt, sind diese Theoretikerinnen wichtig, nicht zuletzt um zu verstehen, was in den letzten Jahren passiert ist. Dass die Frauenbewegung nahezu verschwunden ist, hängt auch mit den neuen Theorien und Praktiken der Dekonstruktion zusammen. Die Identität als Frau verlor ihre Bedeutung, Frauen besetzten das Thema nicht mehr so stark und schufen damit unbeabsichtigt einen Freiraum. So erst erhielten Männer auf breiter Basis eine Chance jenseits von den immer auch ein Stück identitären Männergruppen feministisch aktiv zu werden.

„Frauenbewegung" schließt Männer aus, denke ich immer, wenn ich Vive so reden höre. Einer feministischen, antipatriarchalen Bewegung können sich auch Männer zugehörig fühlen. In diesem Punkt sind wir beide nicht einer Meinung. „...um uns das Terrain wegzunehmen!", entgegnete mir Vive vor ein paar Jahren in einem Streit. Vive weiß, dass linke Frauen das Feld heute allein gar nicht mehr füllen können und wollen. Und ohne linke Männer bzw. ohne eine kritische Sichtweise auf und von Männern könnte eine feministische Theorie niemals umfassend sein. Dafür haben Mitte der 1990er die ausschließlich aus Akademikern bestehende Herausgebergruppe BauSteine Männer mit ihrem Band „Kritische Männerforschung. Neue Ansätze in der Geschlechtertheorie" Argumente geliefert. Männer sind oft stärker in die herrschenden Verhältnisse verstrickt. Sie leiden beispielsweise stärker als Frauen unter beruflichen Identitätskrisen. Daher sind ihre Empfindungen, Erfahrungen und Analysen nicht unwichtig. „Ich fand es irgendwann falsch", mischte sich in unseren damaligen Streit eine Genossin ein, „wenn wir unsere Diskussionen und vor allem die Selbstkritik unter uns behielten, um allen Nicht-FrauenLesben Geschlossenheit und Stärke vorzulügen." Die Geschlechterfrage sei beschränkt. An ihr allein könne man keine Perspektive grundlegender gesellschaftlicher Veränderung aufmachen. Geschlecht *und* Armut dagegen beinhalte Patriarchat und Kapitalismus. Ihre Worte begriff ich als Zustimmung: Eine Außensicht, die eine Sicht von Behinderten, Schwarzen oder auch Männern sein kann, ist für eine Frauenbewegung, der es um grundlegende Veränderung geht, unerlässlich. Denn Frauen können auch Täterinnen sein. Und im internationalen Maßstab sind sie es. Aber für diese Sichtweise muss der Standpunkt der Armut einbezogen werden: Die meisten Reichen sind weiß. Die meisten Weißen sind Frauen.

Tatsächlich hat sich in den letzten zehn Jahren etwas geändert: Feminismus ist ein Thema für Männer geworden: Junge Männer tragen feministische T-Shirts, Männer veröffentlichen Monographien in feministischen Buchreihen und männliche Referenten sprechen auf feministischen Veranstaltungen. Aber ein Sieg des linken Feminismus ist noch lange nicht auszumachen. Noch nicht einmal das Reformprojekt Gender Mainstreaming (GM) hat Verbesserungen gebracht, blieb in binären Geschlechtervorstellungen hängen und verwässerte häufig bislang erreichte Ziele. Feministinnen haben GM in vielen gesellschaftlichen Bereichen auf die Tagesordnung gesetzt, in den Hochschulen auch in Lehrpläne und Studienordnungen; und bei Stellenneubesetzungen sorgten sie oftmals dafür, dass der bessere bzw. uns politisch nahestehende Bewerber das nachsehen hatte. Aber nicht alle Bereiche waren davon berührt. In den Vorständen der DAX-Unternehmen sitzen nur ein halbes Prozent Frauen. Diese Konzerne wären jedoch nicht arbeitnehmerfreundlicher, würden sie von Frauen beherrscht.

„Eine Veranstaltung nach der anderen, aber kein Aktionstag. Die Damen und Herren Feministinnen bleiben lieber unter sich, als auf der Straße mit normalen Menschen in Kontakt zu treten", wendet Vive ein, nachdem sie ihre Jacke ausgezogen und das Veranstaltungsplakat genauer studiert hat. Dieser kritische Einwurf in unser Küchengespräch war unschwer zu erahnen. Vives Frauengruppe hatte um 1990 mit Infoständen, Straßentheatern und heimlich vorbereiteten Aktionen im öffentlichen Raum agiert. Aus Kontakten zu Sexarbeiterinnen ist einer ihrer Anschläge erwachsen: Einem miesen Bordellbetreiber haben sie mit einem Milchdosenlocher das Auto tiefer gelegt. Vive bedauert, dass solche und ganz andere antisexistische Aktivitäten in den letzten Jahren nahezu ausgeblieben sind.

„Du tust den jungen Leuten Unrecht! Dass Feminismus auch von neoliberalen Schweinen für ihre Ideologie genutzt wird, ist den Veranstalterinnen doch auch klar", schaltet sich Jen ein. „Feminismus allein ist eben nicht die Lösung. Das werden sicher auch diese Veranstaltungen deutlich machen. Wenn unsere Themen wie Globalisierungskritik, Antifa usw. unter dem Aspekt des Feminismus diskutiert werden und sich der Bewegungsfeminismus nicht wie so oft auf eine mit innerlinker Kritik verbundene antisexistische Praxis beschränkt, kann Feminismus Spaß machen und zu Aktionen anregen."

„Spaß ist doch kein Kriterium für linke Politik! Mal im Ernst: Feminismus war niemals ein ausschließlich linkes Projekt. Und wird deswegen schon seit mindestens 40 Jahren kritisiert", fällt Vive ins Wort. „Es ist doch ein Problem des Feminismus, dass er derart vereinnahmt werden kann."

„Ja, neben dem linken Feminismus gab es immer auch den liberalen Feminismus", wiederholt Jen, „aber gerade deshalb stellt sich die Frage nach der Vereinnahmung gar nicht. Dass feministische Gedanken auch von Bürgerlichen aufgegriffen werden, zeigt nur, dass linke, feministische Kritik mit Ökonomiekritik einhergehen muss, wenn wir nicht Schmusekurs mit Koch-Mehrin fahren wollen."

Auch wenn wir nicht alle Marx gelesen haben, sind wir uns in einem Punkt einig: Wir sind, trotz vieler und langer Streits, die wir in unserer WG auch um Nuancen geführt haben, für den Kommunismus. Und beim Kommismus ist Silvana Koch-Mehrin nicht mehr mit dabei. Sie steht auf der Gegenseite, ist Mitglied der FDP, des Europaparlaments und des Fördervereins der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. 2007 hat sie eine „Streitschrift für einen neuen Feminismus" veröffentlicht.

Dass aber linke Feministinnen und Feministen auf Leute wie Koch-Mehrin eingehen und ihr ernsthaft einen Schuss in Knie wünschen, macht ein Problem deutlich, mit dem die gesamte Linke konfrontiert ist: Wir reagieren bloß. Eine Perspektive, wie wir eigene Inhalte setzen oder gar den Kampf um Veränderung führen können, fehlt. Stattdessen gibt es an unserem Küchentisch einen Streit darum, ob „frauenbewegt" besser als „feministisch" ist. Es wäre traurig und unergiebig, wenn wir nur bessere Begriffe finden wollen und ständig um die richtige Wortwahl streiten würden. Wenn andere diesen tatsächlichen Nebenwiderspruch zu ihrem Betätigungsfeld erklären, gut und schön. „Wir aber", hatte Vive 1988 auf einem Plenum zum anstehenden IWF/Weltbanktreffen einen Diskussionsbeitrag beendet, „haben größeres vor".

Vorwort

"Du musst vielleicht mal ticken (...),dass in dem Milieu,in dem wir kämpfen (...),dass gegen Repression,mit der wir es hier zu tun haben,Empörung keine Waffe ist.Sie ist stumpf und so hohl.Wer wirklich empört,also betroffen UND mobilisiert ist,schreit nicht,sondern überlegt sich,was man/frau machen kann."

Ulrike Meinhof

Der Mauer-Knast ist für alle hier,welche Widerstand leisten eine reale Bedrohung,da Widerstand gegen das herrschende System nie losgelöst von entsprechender Repression seinerseits wahrgenommen werden kann.Frauen und Männer unter uns waren oder sind im Knast.Als politisch Handelnde und an einem politisch nicht integrierbaren Widerstand arbeitende,sind wir tagtäglich auf irgend eine Art mit Repression konfrontiert.Wir können uns zwar gemeinsam besser und genauer gegen eine etwaige Verhaftung vorbereiten,doch können wir nie hundertprozentig ausschliessen,von GenossInnen getrennt zu werden und mit der bedrohenden Situation allein umgehen zu müssen.Nun sollte es aber nicht darum gehen wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren.Ohne Zweifel ist jedoch Knast der Ort der Konfrontation,welcher unseren Handlungsspielraum auf das Minimale reduziert.Gleichwohl ist er aber auch Ort,wo sich unsere Identität, unser Wille lebendig zu bleiben,fortsetzen muss und kann.
Aus den vielen revolutionären Kämpfen und Bewegungen der letzten dreissig Jahre sitzen weltweit viele politische Gefangene in den Knästen.Viele,deren Persönlichkeit zerstört werden soll,ihre Gedanken,Körper und Gefühle,ihre Zugehörigkeit,alles.Einer unter diesen vielen ist Marco Camenisch.Als einer unter vielen sitzt er im Knast.Als einer unter vielen leistet und leistete er Widerstand,draussen wie drinnen.
"Wir sind nicht Alle,es fehlen die Gefangenen" lautet eine Parole.Nicht nur Marco fehlt uns,nein,es fehlen uns alle welche zur Zeit im Knast sitzen.Unser Widerstand muss auch immer die Gefangenen mit einschliessen.Genauso muss sich unser Widerstand immer der geschichtlichen Kontinuität bewusst sein in welcher er sich befindet.Ob dies jetzt unsere persönliche Geschichte ist,oder die Geschichte der revolutionären Bewegungen überhaupt.In diesem Sinne verstehen wir auch diese Broschüre,als Ausdruck eines Teils unserer gemeinsamen Geschichte,ob sie nun unsere persönliche ist oder Ausdruck der Kontinuität in welcher wir uns bewegen.

PROZESS GEGEN ZWEI MILITANTE DER ANTI-AKW-BEWEGUNG MARCO UND RENÉ IN CHUR

Marco Camenisch und René Moser wurden am 8.Januar 1980 in St.Gallen verhaftet. Nach 14 Tagen Isolationsfolter hatte Marco einen Nervenzusammenbruch und wurde ins Inselspital/Bern gebracht.René liess sich von Marco's Zustand, Aussagen anderer und den üblichen Drohungen und Versprechungen unter Druck setzen und machte Aussagen. Nach einem Monat wurden beide nach Chur in den Knast Sennhof verlegt. Dort blieben sie bis zum Prozess am 26.Januar 81.

In diesem Jahr U-Haft haben beide sich verändert, doch nicht so, wie sich die Herrschaftsjustiz das erhofft hatte. Marco verlas am Prozess das 20seitige Manifest "Friede den Hütten- Krieg den Palästen und Knästen", woraus auf den nächsten Seiten einige Ausschnitte nachgelesen werden können. René entgegnete am Prozess auf die Frage, ob er sich nicht distanziere:

"In diesem Jahr unter dieser Repression, musste ich zum Schluss kommen, dass mir gegen diese Gewalt nur Gewalt als Mittel bleibt. Für mich war dieses Jahr verdammt lehrreich. Ich habe erfahren, wie Eingesperrtsein Menschen verändert, quält, zer - bricht, erniedrigt und Stück für Stück tötet. Meine Hilflosigkeit hat sich in Wut verwandelt. Ich weiss einmal mehr, was ich von diesem Staat zu erwarten habe. Einen Freund zu haben, den du alle 14 Tage für eine Stunde sehen und sprechen darfst- unter Aufsicht versteht sich. Von dem du mitten im Gespräch, genau dann, wenn du wieder spürst, weshalb du zusammengehörst, weggerissen wirst mit den Worten:" Mir bräched jetzt ab." ist schwierig. Was brèchen wir denn ab? Mich und ihn brechen und zerbrechen sie, mit ihren lebensfeindlichen Methoden.Wir könnten ja auch mal abbrechen, so ein paar Mauern weniger würden das Bild nur verschönern. Also, Knäste auf. Dann zu. "

Der Staatsanwalt Padrutt (in der Zwischenzeit in der Herrschaftskarriere zum Bundesanwalt aufgestiegen) führte den Prozess gegen René und Marco. Mit einem psychiatrischen Gutachten versuchten sie René zu einem psychopathischen Mittäter zu machen. René gehört zum fahrenden Volk der Jenischen und wurde schon früh in seinem Leben mit Arbeitserziehung, Vormundschaft und Psychiatrie konfrontiert. (für Interessierte empfehlen wir das Buch: Fahrendes Volk- verfolgt und verfemt / jenische Lebensläufe, erschienen im Limmat Verlag Zürich)

Das faschistoide Urteil von 7 1/2 Jahren für René und 10 Jahren für Marco sollte unter anderem all den Menschen Angst einjagen, die selber ähnliche Gedanken machen.

FRIEDE DEN HUETTEN - KRIEG DEN PALAESTEN UND KNAESTEN

Einige längere Auszüge aus dem Manifest von Marco Camenisch (wer die ganze Erklärung lesen möchte - sich zum Beispiel an Inloladen Kasama Klingenstrasse 23 8005 Zürich wenden)

" Wenn ich hier ein langes Palaver vom Stapel lasse, so nicht um zu rechtfertigen, um Gnade zu winseln. Höchstens um klarzustellen, warum etwas gelaufen ist und warum was laufen muss. Nicht um zu beweisen oder zu behaupten, wir hätten absolut richtig gehandelt. Um klar zu stellen, dass wir der Ueberzeugung sind, strategisch richtig gehandelt zu haben, dass wir als Betroffene, Angegriffene geantwortet haben auf den Zerstörungskrieg des Kapitals. Dass wir dieses Gericht des kapitalistischen Bürgertums nicht anerkennen. Dass wir trotzdem hier sind, damit es der Klassenjustiz nicht allzuleicht fällt, uns mit Schmutz zu bewerfen, als Psychopathen, Gemeingefährliche, irregeleitete Marionetten unauffällig auffällig in ihren Betonsärgen verschwinden zu lassen. Dass wir nicht Individualisten,Idealisten,

Weltverbesserer sind. Sondern bewusste, kritische Menschen, die nicht so gelebt und gehandelt haben, um Held, Märtyrer zu spielen, nicht um sich hervorzutun.
Wenn mensch die Verbrechen der einzigen wahren Kriminellen, die regierenden Diktatoren, Politiker, Kapitalisten und deren Kreaturen vollumfänglich schildern wollte, wäre dies eine Sache von Monaten oder Jahren. Darum kann so eine Erklärung nur aus Andeutungen, Zusammenfassungen, Schlussfolgerungen, mehr noch aus Auslassungen bestehen. Wer hören will, hat Ohren, wer sehen will, in Büchern und tagtäglich vor der eigenen Nase, hat Augen. Wer denken will, den Kopf, wer fühlen kann, versteht die Sprache der Menschlichkeit, des Lebens. Lebende Kadaver verstehe nur Stutz (=Geld), Reichtum, Macht, Paragraphen. Solchen kann ich nur sagen:

> In Erwägung, ihr hört auf Kanonen
> andere Sprachen könnt ihr nicht verstehen
> haben wir beschlossen, ja das wird sich lohnen
> die Kanonen auf euch zu drehen. "

"...Die Rolle des Finanzplatzes Schweiz als Tresor von Betrügern, Ausbeutern, Steuerflüchtigen, als Drehscheibe internationaler Spekulations- und Politgames ist bekannt. Beispielhaft stehen dafür die Entschleierung verschiedener 3.Welt - Projekte als Entwicklungshilfe getarnt, real doch schuftige Deals. Sulzer mit Argentinien, Sariprojekt in Brasilien, Motor Columbus usw. usw.

stellvertretend, selbst beteiligt, lukrative Hilfe leistend ist die Schweizer Hochfinanz in bester Kumpanei mit den westlichen Industrienationen, die unter Vorherrschaft der Amis und deren Statthalter in Europa, der BRD, in Weiterführung des ehemals europäischen Kolonialismus, eine neokolonialistische Raub- und Unterdrückungskampagne in der 3. Welt betreiben. Durch Waffendeal, direkte militärische Intervention, über einheimische Subkapitalisten, Faschisten, Grossgrundbesitzermafias, mittels sog. "humanitären Entwicklungsprojekten" werden Länder Afrikas, Asiens, Südamerikas und andere ökonomisch ausgeblutet, soziale und kulturelle Strukturen zerstört. Völker verelenden, hungern, werden massengemordet, von Nestlé Babymilch bis Napalm und DDT, ist alles drin. Der IWF vergibt Kredite nur wenn höchste Profite drinliegen. Er finanziert komplizierte Technologie, teure Produktionsanlagen, wo Hungerlöhne bezahlt werden, keine Umweltvorschriften bestehen, der Profit also riesig ist, oder als Gegenleistung Rohstoffe billig zu kaufen und zu fördern sind. Durch Rieseverschuldung werden die betroffenen Nationen politisch und wirtschaftlich und militärisch abhängig. Internationale Agrarkonzerne belegen in Hungerländern riesige Gebiete mit Monokulturen zur Produktion von Früchten, Genussmitteln, Futtermitteln bestimmt zum Export in die reichen Länder des Westens. Eine Ungeheuerlichkeit, wenn man bedenkt, dass unsere Schwestern und Brüder dort für unseren Ueberfluss fast gratis schuften, der Boden für künftige Generationen unbrauchbar wird, 30- 40 Mio. jährlich krepieren und 100 te Mio. auf den Hungertod warten. Damit wir Cacao, Kaffee, Bananen und Fleisch zuhauf fressen können. Der Verhältnisblödsinn wird dadurch verdeutlicht, dass bei der Mast 60 % Nährenergie der pflanzlichen Stoffe bei der Umwandlung in Fleisch sinnlos verpufft.

Der Moloch stösst aber auf immer effektiveren Widerstand. 3.Welt- Völker weigern sich, Rohstoffe billig zu liefern, sie fördern arbeitsintensive, autonome Wirtschaftsstrukturen. Sie fegen in entschlossenem Kampf imperialistische Besatzungstruppen, Regierungen, wo diese parasitär, stellvertretend für ihre Klasse, Söldner der Industrienationen sind, weg. Vietnam, Cuba, Nicaragua. Freiheitskämpfer in Stadt und Busch kämpfen gegen Rassismus, für kulturelle, soziale, religiöse Autonomie. El Salvador, Saharouis, Eritreer und viele andere. Die OPEC- Staaten machen dem Westen sein Finanz- und Spekulationsmonopol streitig. Kontrolle, Einfluss auf die 3.Welt nimmt ab, die Weltwährung wird geschwächt, Grossaufträge bleiben aus. Grundzweck des Imperialismus, die Schaffung von Reichtum von Süd nach Nord, damit der Grundzweck des Kapitals, das exponentielle Wachstum. Das Kapital antwortet mit bedingungsloser Unterstützung von faschistischen Regimes, Harte- Drogen-Dealer, und mit massiver Aufrüstung, vermehrte Aus-

gaben für Militär, Militarisierung der Oeffentlichkeit, nukleare Aufrüstung. Das nukleare Gleichgewicht muss zugunsten des Westens verschoben werden, um den Osten in Schach zu halten. Damit seine de facto oder de jure besetzten Gebiete, sog. Einflusssphäre, notfalls in aller Ruhe militärisch zu befrieden oder auszuweisen sind. Die Folgen, die Denkart, ist bekannt: Overkill, 10000fach, Neutronenbombe als Spitze des Unbegreiflichen, Einplanung der nuklearen Zerstörung Mitteleuropas, manövermässig durchgespielt, von NATO- Verbänden. Atomtod liegt täglich drin, wenn mensch was mitbekommen hat von den Computerpannen, Flugzeugabstürzen mit A- Bomben; Explosionen, begreift er das nur allzu gut. Zusätzlich werden AKW's gebaut, Stutz muss arbeiten...Diese Todesmaschinen werden uns mit Androhung von Kerzenlicht, mal mit zuviel, mal mit zuwenig Arbeitsplätzen unterjubelt, mit gezinkten Bedarfsnachweisen, bei hemmungsloser Energieverschwendung, 60 % Stromexport im Fall Schweiz, mit Sicherheitsbeteuerungen, trotz La Hague, Harrisburg...

Die Herrschenden sorgen vor, falls ihre Wirtschaft aufgrund der Schwierigkeitne mit der Ausbeutung der 3. Welt mal zusammenkracht, falls dann das Volk den Schaden ausnahmsweise mal nicht allein tragen wollte. Sie wissen, dass dann Revolutionen hier wahrscheinlich sind. Das meint sogar der fürsorgliche Oberschmier Herold, BRD, in seinem Gespräch mit Sebastian Kobler. Wenn sie's lesen wollen...Anzeichen dafür sind schon genug vorhanden, Jugendrevolten, Streiks, Metropolen- Guerilla...
Die präventive Konterrevolution ist schon gelaufen, mit Vorwand Ruhe und Ordnung, AKW- Schutz, sog. Terroristen. Manchmal jedoch, so bei Mugabe, wird in der bürgerlichen Schmierenpresse über Nacht aus einem Terroristen ein ehrbarer Ministerpräsident.
Die präventive Repression, die Aufgabe der Maske des liberalen Rechtsstaates zugunsten eines lächelnden Faschismus wird durch Uebernahme der USA- Knastmethode, durch die völlige Aufhebung des Begriffs des politischen Delikts, damit des politischen Asyls, wieder unter BRD- Druck, gemanagt. Ueber die Hochsicherheitstrakts zu referieren, auch allgemein über den Straffvollzug, ist wohl überflüssig, da von den BR in Italien bis in bürgerliche Kreise hinein der Stellenwert der Isolationshaft, zwecks Gehirnwäsche und Vernichtung, im weltweiten Plan des Kapitals, Macht durc Einschüchterung zu verewigen erkannt wird. Ueber die schweizerischen Verhältnisse vor allem in U- Haft hat sogar die BZ (=Basler Zeitung) zusammenfassend Rolf Binswangers Infos im monatlichen Rundbrief der CH-Sektion von Amnesty International gewürdigt. ...

Wirtschaftspolitisch, ebenfalls als Reaktion auf die Klassenkämpfe nach 45 in aller Welt, die Ende der 60er Jahre in allen Metropolen einen massenhaften, weltsolidarischen Ausdruck annehmen, eine schwere Bedrohung der institutionellen, kapitalistischen Logik der geteilten Welt, erfolgt die Zentralisierung von Kapital auf der Achse USA, BRD, Japan. Am Modell Europas läuft's grobgesagt folgendermassen:
Der Kapitalist der instabileren, das heisst der Länder mit schärferen Klassenauseinandersetzungen, legt sein Kapital, seine Rendite entweder in Eurodollars oder in Währungen der stabilen Länder CH, BRD an. Die Folge ist stabile oder aufgewertete Sfr. und Dm. ,für exportorientierte Wirtschaft ein Nachteil, also künstliche Rezession auf dem Buckel vor allem der sog. Gastarbeiter. Die Expansion erfolgt nunmehr über den Kapitalexport, Auslandinvestitionen, Produktion im Ausland. Die dadurch entstehende Monopolisierung der internationalen Märkte und die Absicherung der teuren Exporte durch die gewaltige Fluchtkapitalmenge ermöglicht es zum Beispiel der CH- Chemiemafia, ihr Librium in Kolumbien 60x teurer zu verkaufen als dasselbe Produkt der Konkurrenz. Export von Industrieanlagen erfolgt vor allem nach Griechenland, Türkei, Süditalien, Spanien, Portugal. Aufschwung der Indu-

strie, jedoch gleich Ausweitung des Klassenkampfes, d.h. dieser Export läuft Gefahr, seine Rentabilität zu verlieren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der BRD, ihr eigenes gesellschaftliches Kontroll- und Repressionsmodell mitzuexportieren. Mensch denke an die Türkei, Griechenlands NATO Beitritt.Kapitalkonzentration und Unterdrückung von Widerstand sind demnach die Mittel zur Zerschlagung von Arbeiterautonomie, Souverenität. Die verschiedenen Regierungen werden so Teile einer Regierung. Es ist der Versuch, die Kommandozentrale des Kapitals ausserhalb der Reichweite von Widerstand, Arbeiterkampf, Jugendrevolte usw. wieder aufzubauen. Und wenn's nicht mehr anders geht, hat die NATO schon Einmarschpläne in der Schublade, so für Italien. Logische Folge ist auch, dass das Kapital im kleinen jegliche Lebensäusserungen ihrer Gesellschaften kontrollieren muss. Der Zusammenhang mit jede Menge Fragen bei Volkszählungen, Sozial-und Arbeitsämtern, Krankenkassen, Entwickung der Computertechnologie, Fächerung und Rationalisierung von Produktionsstätten, Arbeitsgängen etc.,ebenfalls.

Wohnpreispolitik,Planung kann der Bonze neben Profi noch so schön seine Einkreisungs-, Reizungs- , anschliessende Kriminalisierungspolitik der wirtschaftlich Schwachen, der Renegaten seines irrsinnigen Arbeits/ Konsumsklavenkarussels vorantreiben.
Dieses Karussell ist der tägliche Alptraum eines zerhackten Tages, eines gnadenlosen Reigens von Entfremdung, Stress, Vereinzelung. Kaum ist der Mensch einer zumeist krankmachenden Fliessband-, Akkord-, Hetz- oder Langeweilearbeit entronnen, beginnt der Hürdenlauf der Bedürfnis- Befriedigung. Essen- Beziehungen- Vergnügen. Wobei die Hürden, die zur Erlangung des Solls an notwendigen natürlichen und me und mehr künstlich produzierten oder bis zum- geht-nicht- mehr aufgeschwatzten Bedürfnissen, meistens Stutz und nochmals Stutz, Ausgelaugtsein, Zeit, Distanz, geographische und menschliche heissen. Hier beginnt die grosse Freiheit, nämlich die Qual des Verzichts,zumeist auf das wichtigste Bedürfnis, die zwischenmenschliche Beziehung. Zwischen Kind und Eltern, Frau und Mann, zur Gruppe. Oder die Freiheit

Die Städtebausanierung ist ein weiteres Mittel der Kontrolle und Teilung. Teilung in Arbeiter- und Luxusquartiere, in Schlaf- Arbeits- Konsum- Vergnügungszentren. Daraus folgt Zwang zur Mobilität, Konsum von Energie und fahrbaren Untersätzen. Uebersichtliche Planung erleichtert Schutz vor Schutzwürdigem. Dies prägt die Ethik,es ist eine militärische Ethik, geometrisch, tot. Durch Abriss, Renovation,

der Wahl im Angebot von Konsumschrott, Genussmitteln als Ersatzbefriedigung. Ausmass und Wirkung der vergewaltigung von Seele und Körper in dieser Arbeit-Konsum- Vergnügungsmaschinerie, der täglichen Existenzangst vor allem Sein, um Arbeitsplatz, vor Atombombe, um Besitz, um Identität finden wir in Selbstmord-, Arbeits-, Verkehrs-, Unfall- und Krankenstatistiken, Scheidungsraten wieder, unter ande-

rem. Der Konsum von Suchtmitteln, illegale und vielmehr legale, die Gewalt gegen Frau und Kind sind auch einige Aeusserungen kopfloser Flucht aus diesem System der totalen Kontrolle, der Zerstörung, zwecks Profits von wenigen.
Es dürfte wohl schwierig sein, zu verstehen, warum der Mensch sich nicht wehrt, warum er nicht konsequent die ganze Bonzen- und Obrigkeitenmafia kräftig und endgültig in den Hintern tritt, wenn mensch nicht das Ausmass der Manipulation begreifen würde.
In der Familie beginnt's mit der Erziehung. Der Säugling wird meist reduziert auf ein gut abgerichtetes Wesen, das umso beliebter ist, je weniger Zeit, Zuwendung und Lärm er macht. Das Kleinkind bekommt, durch Zuckerbrot und Peitsche, durch Indoktrination, gesellschafliche Denk- und Gefühlsmuster aufgezwungen...Mä, es, und überhaupt.

Eigener Wille, Wünsche , Bedürfnisse, Zuwendung werden Macht autoritärer Erziehungsanleitungen, durch's Erwerbsleben bedingte Lebensumstände der Alten eingeschränkt. Sexualität, natürlicher Spieltrieb wird abgewürgt, durch neurotische Moral- und Hygienevorstellungen. Durch Nachbarn, Bequemlichkeit, oder ganz einfach wegen permanenter Lebensgefahr in Verkehr und vergifteter Umwelt ist das Kind in unverantwortbarer Weise eingeschränkt. In der Schule wird das Kind mit technischem Wissen, geschichtlichen Lügen indoktriniert, dort, wie in Ausbildung und Karrierejagd durch Leistungsdruck überfordert. Es ist ein Spiessrutenlaufen von Angst vor Autorität und Versagen. In Kindheit, Schule, Ausbildung wird Mensch zum Wirtschafts- und Kanonenfutter.
Die gesellschaftliche Individualität, d.h. die Entwicklung zur Persönlichkeit, welche Kraft ihres Seins und Tuns lieben und geliebt werden kann, wird unterdrückt. Der Ursprung der Solidarität, der Kollektivität, ist der herrschenden Moral zu gefährlich, spalte und herrsche.
Presse, Radio, Fernsehen, PR, unter Anwendung schmutziger Psychotricks, haben die Aufgabe, den billigen Konsumschrott, das Gift in Food und Pillen, die bourgeoise Weltschau in unsere Hirne zu pressen.
Je nach Bedarf verbreiten sie Ruhe und Ordnung, Angst, Rufmord, Halbwahrheiten. Sie verschweigen, diffamieren, neutralisieren von den totalitären Interessen ihrer Inserenten und Brotgeber- Widerstand, Gegengewalt, Protest erwächst. Was mit Medienleuten und Medien so passiert, wenn sie nicht so spuren, ist bekannt. Sie gehen an Cinceritis oder Inserentenboykott kaputt.
So wird geschickt Konsum, Zwang, Anpassung geschaffen, kurz den funktionierenden, brav produzierenden, sich grösstenteils mit seinem Unterdrücker identifizierenden Untertan.
Die Opposition, Sozialdemokratie und Gewerkschaften, konnten im Zuge der Entwicklung zum Sozialstaat, des wirtschaftlichen Aufschwungs, in den kapitalistischen Staat integriert und kastriert werden.
Preussische Zucht, blinder Autoritätsglauben, sind neben vielen anderen Momenten massgebliche Voraussetzungen für jene Stärke und Stabilität im Innern, um als Basis zur Konzentration von Kapital und Macht zu dienen. Die BRD und die CH sind dazu prädestiniert.
Das Entwicklungsmodell der Trusts und Monopole knüpft wohlverstanden an das der nationalsozialistischen (IG- Farben, Krupp etc.), es ist darum auch nicht verwunderlich, dass alte Nazis in der Führungselite stark vertreten sind. In Bereichen der Organisation und Methodik von Medizin, Städtebau, Ueberwachungsstaat, sind auch erschreckend viele Parallelen zu finden.
Wer weiss, wann Notstand, Arbeitslager wieder aktuell werden, ob nicht dieser oder jener Prolet, der heute die Zürcher Jugend bestenfalls ins Arbeitslager wünscht, nicht selbst als Zwangsarbeiter endet? Weil wohl kaum alle Proleten als SA-Schläoder KZ-Wächter unterkommen werden.

Friedliche Protestbewegungen, Aktionen, laufen am staatlichen Gewaltmonopol, am Polizeihaufen auf, versickern in der Bürokratie oder dem parlamentarischen Demokratismus. Alternativen werden ganz einfach von der Wirtschaft sozusagen aufgekauft, gewinnbringend von dieser oder von Politikern als Müsterchen der Vielseitigkeit und Freiheit unseres Systems verkauft. Jede Menge von Güte, Opferbereitschaft, Idealismus wird in Symptombekämpfung vergeudet.

Auf legalistischer Basis lebend und wirkend, ist jeder Mensch in die politischen und ökonomischen Funktionszwänge der Sklaverei und Zerstörung als Werkzeug und Leidender beteiligt, also immer mitschuldig an und mitbetroffen von den vielfältigen Auswirkungen dieser schwachsinnigen, kriminellen Todesmaschinerie, teilweise oder total, je nach dem Platz in dieser Gesellschaft.

Ein Mensch, der die Totalität des Anspruchs und Vorgehens des Kapitals und des Staates begreift, der die Auswirkungen und damit verbundenen null Zukunftsaussichten ehrlich und realistisch einzuschätzen vermag oder will, muss wohl oder übel einsehen, dass er kämpfen muss. Dass es nicht genügt, in Gezeter oder Gewinsel auszubrechen, wenn AKW's gebaut werden, wenn Millionen verhungern, wenn die Farce Rechtstaat sich als solche enthüllt...Dass es nicht genügt, am Stammtisch revolutionäre Theorien aufzustellen, daheim ganze Wände voll Marx, Lenin, Oekologie, Kritiken und Analysen verstauben zu lassen. Dass es auch nichts nützt, sich nach Indien oder auf die Alp zu verkrümeln, die Scheisse holt dich überall ein.... Alibiübungen zur Beruhigung des eigenen Gewissens nützen letzendlich auch bloss den Herrschenden. ...

Nun zur Hauptsache: die versuchte Zerstörung des Freiluftmastes der Anlage Sarelli, ist als Protest gegen die Zerstörung weiter Teile des natürlichen Bündens, gegen Kolonisation einer Region durch die NOK zu werten, mit Hilfe deren Steigbügelhalter aus der bündner kantonalen, regionalen und kommunalen Obrigkeit. Vor allem, jedoch als Angriff gegen eine Firma, die Teil der Elektrolobby ist. Diese Mafia ist verantwortlich für den Bau von AKW's, für Errichtung des Atomstaats, für die totale Elektrifizierung und die Erpressung damit der ganzen Gesellschaft. Neben der bewussten Inkaufnahme einer verantwortungslosen Gefährdung grosser Gebiete und vieler Menschen, kann die Elektrifizierung der Gesellschaft nichts anderes bedeuten, als dass das Verhältnis tote Arbeit/ lebendige Arbeit zugunsten der toten Arbeit massiv verschoben wird, nicht zuletzt durch Computerisierung. Die Enteignungsaktionen mittels ausländischer Bonzen sind neben der Ueberlebensfrage auch als Angriff und Wiederaneignung von geraubtem und akkumuliertem Volksbesitz zu bewerten.

Arbeitsverweigerung, unstetes Leben, die Beschaffung der Mittel zur Mobilität durch Militärbenzinaneignung, die Verweigerung, Steuern und Bussen jeder Ar[t] zu bezahlen, ist natürlicher und selbstverständlicher Ausdruck des ausweichenden und passiven Kampfes gegen staatlichen und wirtschaftlichen, illegitimen Anspruch auf Kontrolle und Kommando über autonome, freie Menschen.

Jegliche oben angeführten Handlungen sind Facetten des Kampfes gegen die Klassenherrschaft der Bonzen für die Wiederaneignung produzierter Reichtümer, für die Befreiung der Körper, Gefühle, für Befreiung und Rettung unseres Landes, unseres Ueberlebens, unseres Lebens. Es war Notwehr und Angriff zugleich.

Wir betrachten uns als Teil der weltweiten proletarischen und ökologischen Front, ob sich Teile davon von uns distanzieren oder nicht. Wir sind akt[iv] solidarisch mit den kämpfenden Völkern und Unterdrückten der Welt, der Metropolenguerilla, mit alle[n] Organisationen, Gruppen, Personen, die für Selbstbestimmung, persönliche und kollektive Befreiung aktiv oder passiv, militant oder nicht Widerstand leisten gegen Kapital, Staat, Imperialismus und Faschismus. ...

In der Folge versuche ich zu verdeutlichen, warum ich dieses Gericht, das Gesetz, das es vertritt, damit den Staat, nicht anerkenne, auch jede weitere verbale Beteiligung an dieser Show ablehne.

ICH BIN POLITISCHER GEFANGENER

ICH BIN KRIEGSGEFANGENER

Obwohl ich Anarchist bin, also Macht ablehne, muss ich wohl oder übel anerkennen, dass der Machtpolitik des Kapitals nur die Eroberung der Macht gegenüberzustellen übrigbleibt, in die Hände der Prolete[n]. Unsere Lebensweise ist proletarische Politik, Widerstandskampf, Reaktion auf den Krieg des Kapitals gegen die Menschheit. Dieses Gericht vertritt das Kapital, deren Interessen des Eigentums, deren Staatsform, ist Ausdruck deren Machtpolitik, eine Waffe in dessen Krieg. Als solche ist die Befangenheit klare Sache, der Anspruch auf Gerechtigkeit nicht nur bezüglich politischer Handlungen, sondern allgemein nicht fundiert. Gerechtigkeit ist gegeben, wo Privateigentum oder Machtkonzentration, also Staat, wo Privateigentum oder Staatsmacht besteht, kann es keine Geschichte geben. Gerechtigkeit und Gleichheit sind eins, im Begriff Gleichberechtigung ausgedrückt, welche eben Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Voraussetzungen bedingt, also kollektiver Besitz, Basisdemokratie, Föderation von Kollektiven auf freiwilliger Basis. Zitat. Wo Gleichheit besteht, ist auch die Freiheit

des Einzelnen und die gesellschaftliche Freiheit gewährleistet. Die Freiheit des Einzelnen ist nicht begrenzt bei der Freiheit aller, wie das die reinen Individualisten postulieren; vielmehr kann tatsächliche, gesellschaftliche Freiheit gar nicht zur Begrenzung der Freiheit des Einzelnen zwingen, da ja Freiheit der Persönlichkeit nicht bestünde, wo sie im Widerspruch zur allgemeinen Freiheit wirken sollte. Die Willkür nämlich, die für sich selber Rechte in Anspruch nimmt, die in der gesellschaftlichen Einheit nicht begründet sind, hat mit Freiheit gar keine Berührung: sie ist Despotie, die Unfreiheit voraussetzt, ist somit selber abhängig von der Bereitschaft anderer, sich Obrigkeit und Befehlsgewalt gefallen zu lassen, und reisst Gegensätze zwischen Gesellschaft und Mensch auf, die die Natur nicht geschaffen hat und die dem Prinzip der Freiheit krass widerlaufen.

Den Beweis der Verwendbarkeit der basisdemokratischen Systeme der Ordnung durch Bünde sehen wir täglich in der Tierwelt, wenn wir uns selbst ein wenig mit der wissenschaftlichen Verhaltensforschung höherer Tiere befassen. Wir sehen es bei Indianern, nicht zuletzt in unserer Geschichte. Die Gegenwart hat noch manche Ueberbleibsel aus der Zeit der Freiheit der organisatorischen Struktur unseres Staates aufzuweisen. Es bestehen noch basisdemokratische Modelle und Reste der Autonomie, Genossenschaften, Gemeinwerch, Alpen, jedoch mehr und mehr durch individuelle Gewinnsucht und Expansionssachzwänge, gerade in der Landwirtschaft kaputtmacht, ärmeren Bauern die Lebensgrundlage entzogen, der Boden durch industrielle, kostenintensive Bearbeitung bald ganz im Besitz von Banken.

Wer der Freiheit ergeben ist und den Gedanken rücksichtslos in sich aufgenommen hat, wird ihn sich nicht durch die Einwendungen der handfesten, praktischen Gegenwart, bestehend aus haufenweise Müll und Gift vor unseren Türen und in unseren kaputten Hirnen, rauben lassen.

Er wird den Müll und das Gift und deren Produzenten bekämpfen. Er muss einsehen, dass der Mensch frei sein wird, wenn es die Gesellschaft ist, die Gesellschaft aber nur von innerlich freien Menschen geschaffen werden kann. Er darf also niemandes Knecht sein, und muss wissen, dass nur der kein Knecht ist, der niemandes Herr sein will. Wir haben uns auf den Weg gemacht. ...

Weitere Aussagen zur Person finde ich sinnlos, ich erachte es auch als sinn- und zwecklos, mit Richtern zu sprechen. Mit Menschen spreche ich jederzeit, auch wenn sie Richter oder Schmier oder Bonzen sind. Voraussetzung ist jedoch, dass ich dann mit dem Menschen und von Menschen sprechen kann, und nicht mit Werkzeuge und Opfer etwelcher unpersönlicher Funktions- und Sachzwänge, mit den Opfer eines Klimas der Hetze, der Faschisierung, der Repression, der Reaktion, als welche ich diese Menschen hier, die sich Gerechtigkeit anmassen, betrachten muss. Ich hasse euch nicht, aber ihr seid unsere Feinde und Henker.

FRIEDE DEN HUETTEN
KRIEG DEN PALAESTEN UND DEN KNAESTEN

EIN SCHRECKGESPENST GEHT UM

Immer wieder lesen wir von Menschen, die Gebäude, Autos oder Infrastrukturen bestimmter Institutionen auf unterschiedliche Weise angreifen. Im staatstreuen Chor der Medien werden sie oft als "Vandalen" oder "Chaoten" bezeichnet, und falls sie als solche nicht mehr durchgehen, dann greift man eben zum Konstrukt des "Terroristen", um jegliche Diskussion über mögliche Beweggründe im Voraus zu ersticken. **Eben dies geschah mit den drei Anarchisten, die am 15. April in Langnau am Albis verhaftet wurden, da sie angeblich unterwegs waren, um ein Zürcher Forschungszentrum der IBM anzugreifen.** Ein Ort unter vielen, an dem, fernab von unserem Alltag, an der Vertiefung der Kontrolle über das Leben auf diesem Planeten herumgeforscht wird: Gentechnik, Überwachungs-, Nanotechnologien...

Wieso soll das also in die Luft fliegen?

Wir sind versunken in einem technologischen Hochglanzalbtraum, wo tote Materie höher gewichtet wird als unser Leben. Der neue, allesbeherrschende Gott ist die Wirtschaft. Ihr muss es gut gehen, heisst es, damit es uns überhaupt erst gut gehen kann. Doch hinter der Grundhaltung, dass jeglicher Fortschritt *per se* positiv ist, verhüllt sich die Tatsache, dass nur wenige von diesem profitieren. Denjenigen, die sich Tag für Tag ausbeuten lassen, dürfte schon längst aufgefallen sein, dass wir trotz all der unglaublichen Forschungen heute nicht weniger, sondern schlicht effizienter arbeiten, und nicht qualitativer leben, sondern mehr konsumieren. Mit jeder Neuheit wird uns ein besseres und einfacheres Leben versprochen, während die anschliessende Enttäuschung mit dem Versprechen von immer weiteren Neuheiten kompensiert wird. Wir lechzen nach Fata-Morganas, wie Verdurstende in einer Wüste.

Das, woran im genannten IBM-Zentrum herumgetüftelt wird, geht noch eine Stufe tiefer. Denn gentechnisch manipulierte Organismen und Nanopartikel, ebenso wie die Strahlungen des Atommülls, schreiben sich fortan unwiderruflich in die Welt ein, die wir bewohnen. Es braucht nicht viel, um zu sehen, dass auch diese Bestrebungen einzig der Fortschrittslogik des Kapitalismus dienen. Nachdem schon längst der ganze Planet unter seiner Herrschaft steht, versucht er diese nun zu vertiefen – und zwar bis ins kleinste Detail.

Die industrielle Technologie ist schon seit Jahrhunderten der wesentliche Faktor der Umgestaltung der Gesellschaft, und somit der Wirtschaft und des Staates. Immer wieder soll sie angebliche Lösungen für soziale Probleme liefern, zu deren Entstehung sie selbst beitrug. Sie hat sich mittlerweile selbst unentbehrlich gemacht. Ohne die Technologie wäre die immense Anhäufung von Waren, und die dafür erforderliche allgemeine Unterordnung und Kontrolle der Arbeitenden unmöglich. Sie hat die Menschen nicht nur gegenüber der Welt sondern auch einander fremder gemacht.

Die soziale Ordnung, in der wir leben, funktioniert nur noch durch die immer absurdere Spezialisierung unserer Tätigkeiten, die immer umfänglichere Kontrolle über das Lebende, die immer effizientere Ausbeutung unserer Arbeitskraft und eine allgemeine Verarmung der menschlichen Beziehungen.

Die scheinbar unantastbare Rechtfertigung dafür ist die blosse Aufrechterhaltung des Bestehenden. Die Frage nach den Lebensbedingungen wird nicht gestellt. Schliesslich könnte sie zur Erkentnis verleiten, dass nicht wir, sondern die soziale Ordnung an unserer Betrübtheit schuld ist, und dass so einiges verschwinden muss, um endlich frei zu atmen. Wir denken, dass einem Zusammenleben nicht durch technologischen Fortschritt, sondern unter gemeinsamen ethischen und sozialen Überlegungen Wert zukommt. Die Entwicklung, die wir anstreben, geht einem Leben entgegen, das an uns selbst liegt, ohne zu dienen und ohne zu herrschen – und diese Entwicklung beginnt mit der Revolte gegen alles, was uns davon abhält.

Daher erkennen wir uns in den drei Anarchisten wieder, die nun verteilt in schweizer Knästen sitzen. Wir empfinden Solidarität für jeden Versuch, die eigenen Fesseln abzuwerfen, um der anhaltenden Vernichtung des Lebens und der (Selbst-)Versklavung der Menschen die Stirn zu bieten. Und eine der ersten Fesseln, die wir dazu abwerfen, ist diejenige in unseren Köpfen, die uns glauben macht, wir können ohnehin nichts tun und uns in der Lethargie gefangen hält.

Darum an alle, die – aus welchen Gründen auch immer – die Schnauze voll haben von all den Zwängen und Kontrollen, von all den leblosen Produkten und sinnlosen Arbeiten, von dem Hass, der gestreut wird, damit wir untereinander kämpfen, anstatt gemeinsam gegen das Elend. An alle, deren Herz höher schlägt, wenn Leute das angreifen, worin sie die Ursache ihrer Unzufriedenheit erkennen: **Zeigt euch und lasst an der Vielfalt der Sabotagen erkennen, dass etwas ganz anderes möglich ist.**

FREIHEIT FÜR DIE DREI ANARCHISTEN BILLY, SILVIA UND CONSTANTINO!

Aktionstag gegen eine geknastete Gesellschaft am 19. Juni 2010

Am 19. Juni 2010 sollen es im deutschsprachigen Raum einen Aktionstag geben, welcher alle Formen der Einsperrung, Inhaftierung und des Wegsperrens und die Folgen davon (Isolation, Vereinzelung, usw.) thematisieren wird. Angesprochen führen sollen sich alle, die ihren Beitrag leisten wollen, nicht nur diejenigen, die eh schon gegen Knäste, Abschiebelager und die tagtäglich massiver auftretende soziale Kontrolle kämpfen. Das Ziel soll es sein das Thema und Einsperrung wieder in den Blickpunkt zu stellen, natürlich nicht ohne den Blick auf die Perspektive zu verlieren, die Perspektive nach einem anderen Leben, frei von Unterdrückung, Ausbeutung und frei von allen Herrschaftsformen.

ABC Berlin

Zum Aktionstag gibt es einen Aufruf aus Köln, sowie zwei inhaltliche Texte, die zur Teilnahme aufrufen:

Achtung AKTIONSTAG !

Für den 19.Juni ist ein Anti-Knast-Aktionstag für den „deutschsprachigenRaum" vorgesehen. Vereinbart wurde dies bisher vonGruppen aus Berlin, Kiel, Hamburg, Dresden, Köln und Wien. Wir hoffen, dass es sich noch auf andere Orte ausweitet. Konkreter Themenschwerpunkt wird jeweils vor Ort gewählt und gestaltet. Unsere Idee ist es, eine Kundgebung in Essen vor der Firma Kötter zu machen. Diese ist groß im Geschäft, teilprivatisierte Knäste zu verwalten bzw. bewirtschaften. Die Landesregierung plant, ihr das Regiment zu übergeben für das im Bau befindliche erste solche Gefängnis in NRW (*bei Düsseldorf = Ratingen*). Wir sind nicht für staatliche Knäste, wissen aber auch, dass kapitalistisch organisierte Zwangsanstalten nicht besser sind. Manches spitzt sich noch zu. (*Gefangene als Arbeiter und zahlende Kunden doppelt ausnutzen, noch weniger öffentliche Kontrolle*). Der Knast- und Privatbullenfirma, mit der wir auch „draußen" oft konfrontiert sind, sollten wir schnell zeigen, dass es nicht ihre „Privatsache" ist, wie sie mit Gefangenen umgeht.. Eine NRW-weite Kundgebung bringen wir aber nur zustande, wenn sich Gruppen der sozialen Bewegungen aus Köln und anderswo an der Vorbereitung beteiligen. Ansonsten wird Aktion halt kleiner und lokaler. Gefangene sind eingeladen, sich mit einem „Redebeitrag" (*der leider nur von anderen verlesen werden kann*) zu beteiligen.

AKP (Autonomes Knastprojekt – www.autonomes-knastprojekt.blogspot.com)

Knäste zu Baulücken! Schließer zu Gärtnern!

Aufruf zum Aktionstag gegen eine geknastete Gesellschaft

Weltweit sitzen Millionen Menschen hinter Gittern. Die meisten werden weggesperrt wegen Eigentumsdelikten (z.B. Diebstahl), aus politischen Gründen oder weil sie auf Grund ihrer Herkunft illegalisiert werden. Knast bedeutet körperliches und seelisches Ausgeliefert sein, einmal durch die Willkür der Wärter und die Übergriffe anderer Inhaftierter und zum anderen durch das bloße Weggesperrtsein.

Viele sehen den Knast nur als ein Gebäude aus Stahl und Beton, aber er ist ein Realität gewordener Traum von Autorität und Macht. Eine Form, eine Strategie der Machterhaltung und Machtentfaltung, die unsere gesamte Gesellschaft durchzieht. Wie es ist wenn der Kopf gegen die Zellentür knallt und es kein Rauskommen mehr gibt, wissen nur die, die „Drinnen" sitzen. Aber auch hier „Draußen" können wir die Versatzstücke einer Knastideologie erkennen.

Die Lebensbedingungen innerhalb wie außerhalb der Knäste ähneln sich immer mehr. Wir werden tagtäglich überwacht, fordern diese Überwachung mehr oder weniger selbst ein oder akzeptieren sie stillschweigend. Konflikte werden nicht offen ausgetragen. Die Drohung mit Anwälten und Behörden scheint bequemer, der Griff zum Hörer um die Bullen zu rufen geht schneller. Die Einschränkung der Selbstbestimmung wird kaum noch hinterfragt.

Ebenfalls geben wir uns tagtäglich der staatlichen Kontrolle hin, und sei es nur durch die Offenlegung unseres privaten Lebens für das Arbeitsamt. Dieser staatlichen Kontrolle sind wir schon in der Schule ausgesetzt, allein schon die „Kopfnoten" dienen der Disziplinierung. Milieus welche draußen bestehen, werden im Knast reproduziert und verfestigt. Daraus ergibt sich wiederum eine bessere Überwachbarkeit.

Die Medien tun ihr Übriges dazu. Sie tragen zur Übersättigung und Überforderung der breiten Masse nicht unwesentlich bei. Der „normale Bürger" soll den ganzen Tag seinen Aufgaben nachhetzen und wenn er geschafft nach Hause kommt, übermittelt ihm das meinungsmachende Fernsehen, welch „asoziales Pack" jene sind, welche sich diesem System nicht beugen. Es wird nicht die Situation hinterfragt, in der sich diese befinden.

Und wenn wir uns zur Wehr setzen und unsere freiheitlichen Rechte einfordern, werden wir und unser Tun kriminalisiert. Schon kleinste Aktionen, welche vom Gehorsam abweichen, werden strafrechtlich verfolgt. Was uns vom Knast trennt, sind lediglich die Mauern. Aus diesem Grunde gilt es an den Mauern, den herrschenden Strukturen zu rütteln.

Weiterer Text zum Aktionstag am 19. Juni

Das Verhältnis Knast und Gewalt

Knast bedeutet Unterdrückung, Kontrolle, Ausbeutung und Ausgeliefertsein. Strukturelle Gewalt ist Teil unserer Gesellschaft. Auf ihr beruht unser Rechtssystem. Kein Wunder also, dass sie auch vor den Toren der Knäste keinen Halt macht und sich in Form von individueller Gewalt, wie Misshandlungen und sexuellem Missbrauch, entlädt. Schließer nehmen innerhalb dieses Systems eine entscheidende Rolle ein. Sie sind Teil der internen Hierarchien und verhalten sich entsprechend. Sie wissen, dass sie in ihrer Position Macht über Menschen haben und nutzen diese auch aus. Es gibt immer wieder Übergriffe durch Angestellte der Vollzugsanstalten. Sei es aus reinem Frust, rassistischer Motivation oder im Sinne der Aufstandsbekämpfung. In Frankreich gibt eigens dafür ausgebildete Einheiten wie z.B. die „IRIS“. Sie sind ähnlich ausgerüstet wie die CRS-Einheiten auf den Straßen der Banlieues. Schließer und Personal der Vollzugsanstalten sind, genau wie der Justizapparat und die Polizeibehörden Teil des Problems und nicht Teil der Lösung.

Knast und Prekariat

Weltweit sitzen Millionen Menschen hinter Gittern. Ein großer Prozentanteil wird auf Grund von Eigentumsdelikten, wie z.B. Diebstahl oder Raub, weggesperrt. Also wegen angeblicher Vergehen, die sich bewusst oder unbewusst gegen die Eigentums- und Verwertungslogik des Kapitalismus wenden und den Weg zum „Wohlstand“ abkürzen sollen. Andere können sich die Miete nicht mehr leisten oder landen wegen mehrmaligen Schwarzfahrens im Bau. Nach wie vor ist der Knast auch ein Mittel zur Zerstörung von Klassenbewusstsein und Schaffung von Milieus ohne Bewusstsein für ihre Lage. Äußere soziale Kontrolle, wie etwa durch Ämter und Behörden, macht eine bessere Überwachung und Disziplinierung nach der „Entlassung“ möglich. In der US-amerikanischen Studie „How unregulated is the U.S. Labor Market?“, wird der Ausbau der Vollzugsanstalten, zu Gunsten der Arbeitslosenstatistik, begrüßt. Diese Idee, kombiniert mit einer „Null Toleranz Politik“, die Haftstrafen schon bei kleinsten Vergehen fordert, stößt in Europa auf Anklang. Noch steckt die Entwicklung der Gefängnisses als Mittel der Arbeitsmarktregulierung in den Kinderschuhen.

Knast und Migration

Migrant_innen leiden unter dem Druck der globalen Sicherheitsgesellschaft. Viele von ihnen sterben schon bei dem Versuch Europa oder die USA zu erreichen. Jene die es schaffen, die hochgerüsteten Grenzen zu überwinden, werden innerhalb dieser verfolgt, in Lagern inhaftiert und erkennungsdienstlich behandelt, z.B. mittels SIS 1 oder SIS 2. Gedemütigt und zum Teil schwerst traumatisiert, warten sie nun auf ihre Abschiebung in bittere Armut oder den sicheren Tod. Auch Todesfälle vor oder während der Abschiebung sind keine Seltenheit. Im Rahmen der Neuorientierung europäischer Sicherheitspolitik soll es zu einem weiteren Ausbau der vorgelagerten Abschiebeknäste, in den sog. sicheren Drittstaaten, und zu einer besseren Erfassung und Eindämmung der Migrationsströme kommen. Um dieses Ziel zu erreichen wird auch vor der Zusammenarbeit mit Diktatoren, wie Gaddafi, kein Halt gemacht. Den Menschen, die die globalen Krisen am meisten zu spüren bekommen, bringt dieses Vorgehen mit „Sicherheit“ ein Leben in Angst, Verfolgung und Gefangenschaft.

Psychiatrie, der weiße Knast

Neben den Gefängnissen für „übliche“ Kriminelle gibt es auch noch jene Zwangsanstalten für „irre“ Menschen, die Psychiatrien. All zu oft wird völlig ohne zu hinterfragen in „Normal“ und „Abnormal“ eingeteilt. Präventiv wird alles was an der Hülle unsere heilen Welt kratzt durch Medikamentierung oder Therapie ruhig gestellt. Unbequemes wird auch hier eingesperrt und weggeschlossen. In einer Welt in der die Schließer ihre Uniformen gegen die subtileren weiße Kittel des Anstaltspersonals tauschen, ist Kritik schwierig und stößt oft auf taube Ohren. Da wo Teile der Medizin beginnen jegliche menschliche Handlung auf die Leitung oder Fehlleitung unserer Synapsen zu reduzieren, beißt sich die Aufklärung in den Schwanz. Ein biologischer Determinismus löst den freien Willen ab. Zur Not wird diese angebliche Erkenntnis durch eine Zwangseinweisung, zum Schutz der eigenen Unversehrtheit, untermauert.
Auch hier gibt es die Tendenz sich selbst als nicht leistungsfähig genug, als minderwertig, einzustufen. Die pharmazeutischen Unternehmen halten in diesem Fall viele Produkte zur Selbstoptimierung bereit. Eine der am häufigsten verwendeten Substanzen ist das Speedderivat Retalin. Es macht leistungs- und aufnahmefähiger und wird an manchen Universitäten indirekt sogar begrüßt. Dies kommt einer Selbstdisziplinierung auf gezielt

neurologischer Ebene gleich. Eine Qualität, die es im Verlauf der Geschichte der „Kerkergesellschaft“ so noch nicht gab.

Knast als Logik der Gesellschaft

Der Knast, in Form von Zellenhaft, trifft also nicht nur solche, die sich ausdrücklich als politische Aktivist_Innen verstehen. Oft gibt es gut funktionierende Solidaritätsstrukturen, die betroffene Menschen, besonders aus linken Kreisen, vor einer Inhaftierung bewahren. Dies ist auch gut so, aber es kann dazu führen, dass schnell vergessen wird, welche Logik hinter diesen Gebäuden aus Stahl und Beton, hinter der Symbiose aus Architektur und Autorität steht. Der Knast ist als Teil eines System des Disziplinierens mittels Strafe zu verstehen auf dem sich unsere Gesellschaft aufbaut. Er ist Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse in denen wir leben. Disziplinierung und Selbstdisziplinierung, durch Angst vor Strafe, hält uns in den normierten Bahnen der Verwertung fest. Von den Fabriken, Schulen und Universitäten bis zu den Krankenhäusern, alle produzieren. Die einen Waren, die anderen Wissen, die nächsten Gesundheit bzw. Krankheit. Hierbei sind, wie bereits erwähnt, Architektur und Überwachung eng mit Autorität und Strafe verknüpft. Ein Blick über den eigenen Tellerrand, z.B. in die Organisationsstruktur von sog. Sweat Shops, genügt. Die Zeit der prügelnden Arbeitsaufseher_Innen, die durch die Raumaufteilung der Produktionshallen jeder Zeit den Überblick über die Arbeiter_Innen haben, ist hier nicht vorbei. Sweat Shops sind ein fester Bestandteil globaler Kapitalanhäufung. Bedingt durch menschengemachte Armut und Landflucht hat sich diese Form der Produktion vor allem im globalen Süden ausgebreitet. Ähnlich „unfrei“ und überwacht wie in Haftanstalten, werden die Menschen hier unter unwürdigen Bedingungen und für Hungerlöhne ausgebeutet, gedemütigt und misshandelt.
Aber auch in westlichen Ländern gibt es für Fehlverhalten innerhalb der Produktion ein breite, wenn auch struktureller gehaltene, Palette an Sanktionen. Meist erstrecken sich diese über z.B. Mahnungen, Verweise, Streichung von Sozialleistungen, Kündigungen und Rausschmissen. Innerhalb bestimmter sozialer Schicht können diese aber schnell einen weiteren sozialen Abstieg bedeuten. Sie bringen damit eine Spirale in Gang, die die Kluft zwischen arm und reich, privilegiert und unprivilegiert weiter vergrößert. Ein Rückkopplungseffekt ist der Anstieg sog. Kriminalität. Das System schafft sich sozusagen selbst Anlässe für den weiteren Ausbau von Sicherheit und Kontrolle. Dies ist eine Art von Machtentfaltungsstrategie, welche weniger von bestimmten Personen, als vielmehr von systemischen Eigenheiten hervorgerufen wird.
Die Freude an der freiwilligen Selbstauskunft, besonders der privilegierteren Schichten, via „Web 2.0“ ist eine erschreckende Tendenz der freiwilligen Überwachung. Die europäischen Sicherheitsbehörden haben dies erkannt und wollen die sog. Social Networks, im Rahmen des Stockholmprogramms, für die vorausschauende Kriminalistik nutzen. Auch durch die Gemengelage
Terrorismusbekämpfung und Klimawandel wird bei vielen Menschen der Hang zur Selbstkontrolle und die Forderungen nach mehr Überwachung, Normen und Gesetzen deutlich. Im Windschatten dieser Entwicklungen ist eine präventive Strategie zur Aufstandsbekämpfungen nicht nur geduldet sondern auch erwünscht. Konzepte wie „Managing Crowds“ sollen helfen, künftig zu erwartende Unruhen möglichst im Keim zu ersticken. Selbst die NATO hält die innere Sicherheit und Befriedung für den Schlüssel zu einer „erfolgreichen Intervention“ außerhalb der Mitgliedsstaaten.

Die Zustände „Drinnen“ sind nur die Zuspitzung der Tendenzen „Draußen“. Die Realitäten der „zwei Welten“ innerhalb und außerhalb der Mauern ähneln sich zunehmend. Ein Anstieg der Überwachung, der Armut, des Leistungs- und Anpassungsdrucks ist deutlich spürbar und allgegenwärtig. Die bürgerliche Strafgesellschaft richtet sich, gerade in Zeiten der weltweiten „Mehrfachkrisen“ gegen Unterschichten, illegalisierte Menschen und soziale Bewegungen. Die Zahl der sog. sozialen Häftlinge steigt von Tag zu Tag. Die europäische Sicherheitsarchitektur wird immer weiter ausgebaut. Und fern ab von der Öffentlichkeit schmoren Menschen in Abschiebeknästen. Die Gefängnisgesellschaft ist Realität.
Wir rufen darum am 19. Juni 2010 zu einem Aktionstag gegen die Knastgesellschaft in all ihren Facetten auf. Lasst uns ein deutliches Zeichen setzen. Zeigen wir in vielfältigen und kreativen Aktionen, dezentral und überall auf der Welt was wir von der Idee der der totalen Kontrolle halten.

Nieder mit allen Knästen weltweit!
Für freie Kommunikation, Bewegungsfreiheit und ein konfliktfähiges Miteinander!
Für die Überwindung der Knastgesellschaft!

AKTIONSTAG GEGEN EINE GEKNASTETE GESELLSCHAFT

AM 19. JUNI 2010

DEMOS
KONZERTE
KUNDGEBUNGEN
DIREKTE AKTIONEN

...UND ALLES WORAUF IHR LUST HABT!

INTERIM

Regelmäßig unregelmäßig erscheinendes Polit Info aus Berlin ★ kostenlos

INFORMATIONSAUSGABE - STRASSENVERKEHRSAMT - JUNI 2010

In Deutschland hat sich die Qualität der Pkw- und Lkw-Fahrer deutlich verschlechtert. Aus diesem Grund hat das Straßenverkehrsamt ein neues System eingeführt um die schlechten Fahrer zu identifizieren.

Mit sofortiger Wirkung werden allen Fahrern, die sich im Straßenverkehr schlecht benehmen -unter anderem durch plötzliches Anhalten, zu dichtem Auffahren, Überholen an gefährlichen Stellen, Abbiegen ohne zu blinken, Drehen auf Hauptstraßen und rechts überholen- Fahnen ausgehändigt. Sie sind rot, mit einem schwarzen Streifen oben und einem gelben Streifen unten. Dadurch sind sie für andere Verkehrsteilnehmer als unfähige Autofahrer zu identifizieren.

Diese Fahnen werden an der Autotür befestigt und müssen für alle anderen Verkehrsteilnehmer gut sichtbar sein.

Die Fahrer, die eine besonders schwache Leistung gezeigt haben, müssen je eine Fahne auf beiden Seiten ihres Autos befestigen, um auf ihre fehlende Fahrkunst und ihren Mangel an Intelligenz aufmerksam zu machen.

Bitte an andere Verkehrsteilnehmer weiterleiten, so dass alle die Bedeutung dieser Fahnen verstehen.

Mit freundlichem Gruß

Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

713

25.06.2010

Inhalt

Editorial	2
Inhalt	3
Athen nach den Toten in der Marfin Bank	4
was so geht	7
Satire gegen Repression	8
Endlich Hubschrauberpilot	10
Hamburg: Automone zum taz-Salon	12
Hamburg: Repression, Ohnmacht, Perspektiven	14
Hamburg: 1.Mai	16
Gegen Arbeit	18
Gentech weg! (Jammerpapier der dt. Pflanzenzüchter)	23
Unterstützung fürt den "ENCANA"-Bomber	27
Mumia	31

Nationen abwracken!

IHR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns im Briefkasten sein.

per Post:

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim" in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwinden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

...in gut sortierten linken Buch- oder Infoläden, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jede/r sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zukommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Knastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!

Schönen guten Tag,

wir sinds wieder, das voll untergrundmäßig produzierte Stadtmagazin!
Na, freut Ihr Euch? Wir freuten uns jedenfalls, unser Briefkasten war nämlich rappelpappelzappelvoll. Wir mußten ein bißchen was auf die nächste Ausgabe schieben ("Sand und Sirup" und anderes). Danke für die Postkarten und die Broschüren. Dinge, die mehr Seiten haben als unser bescheidenes Blättchen hier, geben wir gegebenfalls an andere Stellen mit Zugang zur Öffentlichkeit weiter.
Wir mausern uns zum internationalen Nachrichtenmagazin, wir berichten dank Euch über den aktuellen Stand der sozialen Bewegungen in Athen, es ist einiges aus der Schweiz dabei, sowie etwas über den Kampf gegen den Gas-Multi EnCana in Nordamerika. Auch ein kleines Hamburg-Special gibts diesmal mit drei Beiträgen: weil die taz offenbar Angst vor dem Humor der Autonom_innen hat, weil es letztes Jahr eine Hausdurchsuchung gab und weil der erste Mai so schön war.
Wegen der Humorlosigkeit anderer lohnt sich mal wieder ein Besuch bei der Kreativ-Abteilung auf den Seiten 7 bis 9, da gibts einige Vorschläge zur allgemeinen Erfreuung. Wenns brennt und knallt, dann gibt es ein Verfahren, das nach Möglichkeit vorher angewendet werden sollte. Es nennt sich "Test". Also immer schön aufpassen auf Euch und die anderen.
Nichtsdestotrotz: Shit happens. Deshalb zum Schluss noch eine kleine Rüge an die öffentliche Presse: Ihr habt schon wieder gelogen! Das war nämlich gar keine Splitterbombe bei der Demo am 12. Juni. Wer lügt, stinkt und gehört enteignet. Und Splitterbomben haben nur die professionellen Kriegstreiber_innen, vielleicht solltet ihr euch mal um die kümmern!
Zum Ende der Fußball-WM der Kerle wünschen wir Euch und uns ganz schnell wieder eine fahnenfreie Umgebung - im Zweifelsfall hilft Nachhelfen.
Es knutscht Euch
die Red.

Impressum:
Herausgeberin: interim e.V.
ViSdP: Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Die Bewegung in Athen nach den Toten in der Marfin Bank

Bereits im Dezember 2009 kündigte sich die griechische Wirtschafts- und Finanzkrise an, sie war mit ihren gewalttätigen Protesten für die anarchistische Bewegung absehbar. Die Bewegung verzichtete jedoch darauf als Avantgarde aufzutreten und die Entwicklung durch militante oder agitatorische Thematisierung anzuheizen. Das hätte nicht ihrem Selbstverständnis entsprochen, nur ein Teil der Bevölkerung sein zu wollen. Andererseits hätten so manche Sachen besser ablaufen können.
Kurz vor dem ersten Generalstreik Anfang März schlug die Polizei zu. Zunächst wurde der 25 jährige Migrant Nikollas Todi Ende Februar bei einer Schießerei mit mutmaßlichen Bankräubern getötet. Anarchistische Gruppen veranstalteten die übliche Demo deswegen, die mit Riots endete.

Am 5.März erschoss die Polizei den Genossen Lambros Foundas im Stadtteil Dafni beim Autodiebstahl. Lambros war nicht ein wehrloses Opfer sondern ein langjähriger Aktivist, der bei seiner Ermordung bewaffnet war. Sein Tod hat viele in der Bewegung schwer getroffen, es gab Unsicherheiten wie darauf zu reagieren ist. Während bei den Streikdemos im März ein selten zuvor dagewesener Zusammenschluß mit militanten Arbeiter_innen und anderen hergestellt wurde, ließ eine Antwort wegen Lambros auf sich warten. Am 20.März gab es dann eine Demonstration zu der Stelle an der Lambros starb. Die Demo glich einem Pulverfass, das nur noch auf den Funken wartet. Die Polizei machte sich entsprechend weitgehend unsichtbar, nur einige Zivis wurden gejagt. Was fehlte war ein gemeinsamer Entschluss selbst irgendwo anzugreifen. An diesem Tag wurde auch eine Bombe vor einer Polizeistation gezündet und am Abend machte sich von Exarchia aus ein 50 köpfiger Mob auf die Suche nach DELTA Beamten. Diese waren jedoch nicht an ihrer üblichen Stelle, so dass man sich schließlich auf einen der MAT Busse stürzte, die Exarchia ständig abriegeln. Mit dabei wie immer auch Leute, die als "übermotiviert" oder auch "Hooligans" bezeichnet werden können und die so wild mit Molotovs um sich warfen, das auch einer der Angreifer kurzzeitig Feuer fing. Von diesen Leuten wird später noch die Rede sein.
Nach einer Pause im April fingen die Generalstreiks im Mai wieder an. Dazwischen hatte es die üblichen nächtlichen Anschläge gegeben, erneut wurde jemand wegen "Conspiracy of Cells of Fire" verhaftet und ein 15 jähriger Afghane wurde von einer mysteriösen Bombe beim Müllsammeln getötet.
Einen weiteren schweren Schlag musste die Bewegung mit der Verhaftung von sechs Personen als angebliche Mitglieder von "Revolutionärer Kampf" hinnehmen. Diese Gruppe hatte in den letzten Jahren einige sehr populäre aber auch umstrittene Anschläge verübt.
Inzwischen übernahmen *POLA ROUPA, NIKOS MAZIOTIS und KOSTAS GOURNAS die politische Verantwortung für die Gruppe und gaben auch die Dazugehörigkeit des ermordeten Lambros Foundas bekannt.*
Mit diesen Lasten auf den Schultern ging der organisierte Teil der anarchistischen Bewegung in die Riots der Streikdemo am 5.Mai. Hier wurde eine zuvor höchstens im Dezember 08 erreichte Verbundenheit mit der Gesellschaft festgestellt, der Staat und seine Bullen wurden von allen massiv angegriffen.
Dazu muss gesagt werden, dass Demonstrationen in Athen meistens auf einer immer gleichen Route am Syntagma Platz vorbeikommen. Diese Demostrecke ist buchstäblich gezeichnet davon, Gehwegplatten und Marmortafeln von Gebäuden schon hundertmal zu Wurfgeschossen zerkleinert, alle Kameras und Geldautomaten schon mehrfach zerstört, teure Läden, Luxushotels und Banken zu Festungen ausgebaut. Es gibt auf dieser Demostrecke fast nichts mehr zu zerstören als am 5.Mai die Marfin Bank angezündet wird. Im Moment ihrer größten Akzeptanz und nachdem kaum noch eine Steigerung möglich ist, tötet die Strassenmilitanz die Menschen in der Bank.In der öffentlichen Meinung ist nicht die anarchistische Bewegung für die Toten verantwortlich, das wird durchaus als Teil der kapitalistischen Herrschaft gesehen. Jedoch ist die Bewegung gespalten, einige sind für einen, bis auf weiteres, völligen Gewaltverzicht. Die Anderen wollen einen verantwortlicheren Umgang mit Feuer und sind gegen die derzeitige Aktionspause.

Niemand weiß wer die Bank angezündet hat, außer den Anarchist_innen fühlt sich auch niemand moralisch und politisch verantwortlich für die Toten. Diese Toten haben einen Prozeß ausgelöst, der nach dem Tod des jugendlichen Müllsammlers durch eine Bombe nicht aufkam; die Menschen fühlen sich dem offenen Strassenkampf mehr verbunden als den bewaffneten und klandestinen Gruppen. Um die durch den Dezember 2008 hergestellte Verbundenheit mit der Gesellschaft nicht zu gefährden, wird momentan nicht so weitergebomt wie es Angesichts der Repressionsschläge zu erwarten wäre und natürlich hat die Bewegung auch harte Verluste hinnehmen müssen.

Ein Raubüberfall auf einen Baumarkt am 3.Mai löste einen Großeinsatz der Polizei aus, in dem

zwei Aktivisten unabhängig voneinander und an verschiedenen Orten festgenommen wurden.

Für den Genossen Simos Seisidis gab es eine Spontandemo vor dem Krankenhaus KAT, in dem er seitdem unter Arrest steht, dabei wurde folgendes Flugblatt verteilt und verlesen:

"Solidarität für Simos Seisidis

Im Januar 2006 nach einem Banküberfall wird der Anarchist Gianis Dimitrakis festgenommen. In harmonischer Zusammenarbeit der Verfolgungsbehörden und Massenmedien wird eine enorme Welle der Terrorhysterie und Kriminalisierung des antiautoritären Raums verbreitet. In diesem Klima werden Freunde, Angehörige und Genossen von Gianis von bewaffneten Banden des Staates entführt und auf ein "freundliches" Gespräch zur GADA (Bullenhauptrevier) gebracht, während 3 Haftbefehle herausgegeben werden. Einer davon ist für den Genossen Simos.

Er gehört schon seit Jahren zur anarchistischen Szene und beteiligt sich aktiv an sozialen Kämpfen. Simos wurde oft ins Visier und festgenommen, darunter auch nach dem Eindringen der Repressionskräfte ins Polytechnium 1995. Nach dem Haftbefehl wegen eines Bankraubs auf die National Bank war er gezwungen mit seinem Bruder Mario und seinem Genossen Grigori Tsironi zu flüchten.

Verfolgungsbehörden und Massenmedien warfen ihnen sämtliche "kriminelle Taten" vor, die im Land stattfanden, wie Raubüberfälle, Entführungen bis hin zu bewaffneten Angriffen und Bombenanschlägen. Gianis Dimitrakis wurde deswegen sogar zu 35 Jahren Haft verurteilt, obwohl er für alle Raubvorwürfe freigesprochen wurde, außer einem für den er die Verantwortung übernahm und obwohl die Existenz der Gruppe "Diebe in Schwarz" widerlegt wurde. Der Höhepunkt dieser ganzen Terrorhysterie war, das Chrisochoidis ein Kopfgeld von 600.000 Euro aussetzte. Er verurteilte die Drei wegen Terrorismus und hetzte seine Hunde mit dem Befehl "Feuer frei" auf die Straßen.

Es ist bemerkenswert, dass nach den polizeilichen Aussagen über die Enttarnung des "Revolutionären Kampfees", wo die Drei angeblich ein Teil von waren, war die Gruppe gezwungen dieses schriftlich zu dementieren und während Genossen mit elenden Beschuldigungen im Knast sitzen, wurde nicht einmal das "nicht" Beweismittel, welches den Minister und seine Schergen gerechtfertigt hätte, vorgelegt.

Es wurde bestätigt, dass in der Nacht vom 3.Mai, Simos bei seinem Versuch den Verfolgern zu entkommen von hinten angeschossen wurde. Alles begann nach einem Raub in dem Baumarkt "Praktiker" in Tavros. Während der Untersuchungen der Polizei in der Umgebung stoßen sie durch Zufall auf Simos, der aus verständlichen Gründen nicht anhält um kontrolliert zu werden.

Die Verfolgung dauert einige Minuten, bis einer der Bullen, da er mitbekommt das sie ihn verlieren werden, ihn von hinten anschießt und zu Boden wirft. Während er blutüberströmt auf dem Boden liegt wird er von den Bastarden der griechischen Polizei brutal zusammengeschlagen. Seine Hauptaterie war durchtrennt und er erlitt einen Herzinfarkt und verlor fast sein Leben.

Zurzeit wird er im Krankenhaus KAT versorgt und er befindet sich in einem kritischen Zustand mit Befürchtungen sein Bein zu verlieren. Obwohl sie ihn vergebens auch mit diesem Raub in Verbindung bringen wollten, wurde ihm durch Verdrehung der Tatsachen versuchter Mord vorgeworfen. Zurzeit "genießt" er das besondere Privileg des Kranken-Inhaftierten indem er weder die Rechte des Kranken noch des Inhaftierten in Anspruch nehmen darf: kein TV, keine Briefe, kein Telefonkontakt und keine eigene Krankenschwester.

Das von den Bullen beeinflusste Krankenhauspersonal kann seine Arbeit nicht richtig ausführen. Wir sind der Meinung das die Ärzte und das Krankenhauspersonal ihre Arbeit nicht an die Anti-Terroreinheit übertragen dürfen, da Arzt sein kein Beruf sondern eine Berufung ist...

Und da die Öffentlichkeit mit den Entscheidungen des I.W.F. und nicht von Simos terrorisiert

wird... und da Simos trotz seiner Isolation niemals allein sein wird solange wir leben...
Und letzten Endes SOLDARITÄT IST UNSERE WAFFE UND IN DIESEM SINN SIND WIR ALLE BEWAFFNET!!!
HÄNDE WEG VON DEN KÄMPFERN; MÖRDER SIND DIE MACHTHABER!!!
Die Solidatitätsversammlung"

Am 28.Mai wurde das Bein von Simos Seisidis amputiert, es sollen jetzt Spenden gesammelt werden damit er die bestmögliche Prothese bekommen kann um sein Leben im Knast zu verbessern.

Außerdem wurde bei der Fahndung nach dem Raub Aris Seirinidis festgenommen. Der Haftrichter sah jedoch keinen Tatverdacht und hätte die Freilassung angeordnet, wenn die Polizei nicht plötzlich behauptet hätte Aris hätte letztes Jahr in Exarchia mit einer Maschinenpistole auf einen Bus mit MAT Beamten geschossen. Als "Beweis" wurde eine Maske vorgelegt, die der Täter auf der Flucht weggeworfen haben soll und in der angeblich die DNA von Aris gefunden wurde. Das sorgt für Aufsehen, weil es der erste Fall in Griechenland ist, in dem jemand alleine wegen DNA Spuren in Haft ist.

Was viele Fälle verbindet ist die Vorgeschichte der Gefangenen; viele waren unter den 400 Menschen die am 17.November 1995 im Polytechnio festgenommen wurden als die Polizei das Uniasyl brach.

Darauf weisen auch die Medien immer wieder hin, auch bei Dimitrakis, so das davon auszugehen ist das die Polizei diese Generation von Aktivist_innen für wichtig hält und ausschalten will.

Es ist also kein wildes um sich Schlagen der Repressionsorgane sondern planvoll. Die andere Gruppe, die neutralisiert werden soll, sind Jugendliche die sich durch den Dezemberaufstand radikalisiert haben.

Zu diesen gehören auch die Verdächtigten wegen "Conspiracy of Cells of Fire".

Nach dem Brand in der Marfin Bank hat sich auch das Randale Eck in der Messologiou Strasse gelehrt. Hier hatten sich nachts immer viele der "übermotivierten" oder "Hooligans" aufgehalten. Jugendliche die die Konfrontation mit der Polizei gesucht haben ohne die Organisierten um "Erlaubnis" zu fragen, die oft spontan losgezogen sind und oft durch verantwortungslosen Molotov Einsatz auffielen. diese Leute waren mit wenig theoretischen Grundlagen in den Kampf gezogen, wurden aber von den Organisierten wegen ihrer Schlagkraft geschätzt. Ohne das dabei aber ein gegenseitiges Verantwortungsgefühl entstanden ist. Momentan sind diese Riot-Teams verschwunden und die Bullen marschieren ohne auf Widerstand zu treffen durch Exarchia.

Einen "Erfolg" haben etablierte Anarchist_innen und Bürger jedoch erreicht: die Junkies wurden vom Exarchia Square komplett vertrieben. Die Junkies stehen jetzt in großen Gruppen zwischen Polytechnio und Museum. Wo also früher regelmässig Schlachten aus der Uni herausgeführt wurden, (was von vielen als sinnentleertes Ritual kritisiert wurde) stehen die Drogenopfer und wo diese vorher standen marschiert nun MAT über die Platia. Das sollte Allen zu denken geben, ob nicht zuerst die Bullen statt der Junkies vertrieben werden sollten. Diese Momentaufnahme aus Athen ist jedenfalls sehr unbefriedigend.

Die Bewegung rechnet damit, dass nach der Sommerpause im September die Bevölkerung die ganzen Auswirkungen der Sparmaßnahmen spürt und das es dann zu heftigen Spannungen kommen wird. Zur Zeit sitzen 18 Genoss_innen in Haft, diese zu Versorgen inklusive Anwaltskosten und Kosten für Öffentlichkeitsarbeit kostet 7000 Euro monatlich. Da es in Griechenland keine Finanzierung über Rote Hilfe gibt und das übliche Spendensammeln bei so vielen Gefangenen an seine Grenzen stößt, ist es wichtig Geld für diese Sache aufzutreiben.

Ausserdem sind alle Arten von Soliaktionen in Europa erwünscht!

wir haben in der nacht vom 11. auf den 12. juni 2010 im u-bhf. voltastrasse in berlin einen geldautomaten den flammen übergeben. damit haben wir den aktionstag am 12. juni unterstützt und unserer wut etwas luft gegeben.
das abfackeln von geldautomaten gestaltet sich relativ einfach. dazu nehmt ihr eine dose pattex kleber und füllt sie mit einem löffel komplett in einen frischhalte beutel und knotet ihn mit wenig verbleibender luft zu. diesen beutel packt ihr umgedreht in einen zweiten frischhaltebeutel den ihr ebenfalls zuknotet. am geldautomaten eurer wahl packt ihr das präsent für die bankenlobby auf die tastatur des automaten und zündet es an. die flammen gehen extrem schwer aus und entwickeln eine hohe hitze. achtet dabei auf die kameras der automaten und banken und sichert euch aktionsgemäß ab. der rest ist etwas für die feuerwehr!

feuer und flamme dem kapital!

autonome gruppe heute keine auszahlung mehr möglich

KIEZ-STREIT

Chaoten schikanieren Hausbewohner

27. Mai 2010 07.58 Uhr, B.Z.

Seit Monaten werden die Bewohner eines Neubaus in Treptow von Chaoten bedroht.

Der Zaun rausgerissen und in den Kanal geworfen, die Fassaden besudelt mit roter Farbe, die Vorgärten verwüstet. Fast täglich schikanieren und bedrohen Chaoten die Anwohner des Neubaus an der Lohmühlenstraße 25 in Treptow.

„Auf der Straße werden wir als ‚Yuppie' beschimpft und bedroht. Wenn das so weitergeht, ziehen wir eben aus", erklärt eine Anwohnerin verzweifelt. Im September 2009 zog die Mieterin mit ihrem Ehemann und ihrem Sohn in das strahlend gelbe Neun-Parteien-Haus. Was sie nicht wusste: Das Projekt am Landwehrkanal unweit der Spree war schon während der Bauzeit Protestlern ein Dorn im Auge. Die „Stadtvilla" erschien ihnen als Sinnbild für die steigenden Mieten und Verdrängung im Kiez zwischen Görlitzer Park und Karl-Kunger-Straße.

Jetzt kam es dort zum Eklat: „Etwa 30 Leuten rissen die Zäune nieder, gingen aufs Grundstück, pflanzten Baum-Setzlinge und schaukelten provokativ auf der Schaukel im Garten", so Anwohner. „Das Objekt ist durch mehrere Einsätze polizeilich bekannt", bestätigt ein Polizeisprecher.

Für Treptows Baustadtrat Rainer Hölmer (SPD) ist die Bedrohung der Anwohner ein klarer Fall von Hausfriedensbruch. „In solchen Fällen muss der Eigentümer für seine Mieter Anzeige erstatten."

UNSERE SATIRE GEGEN IHRE REPRESSION

Wir wollen in diesem Text für eine satirische Auseinandersetzung mit der für linksradikale Aktivist_innen bereits zur Normalität gewordenen Polizeigewalt eintreten. Konkreter Anlass dieser Initiative sind die brutalen Einsätze der Berliner Polizei[1] beim Aktionstag "Mediaspree entern!"[2].

Hintergrund, Traumatisierung und der Umgang damit
Egal ob bei Blockaden von Nazi-Aufmärschen, kreativen Freiraumaktivitäten, globalisierungs- oder überwachungskritischen Protesten, antimilitaristischen Aktionen, Castor-Transporten, am 1. Mai oder bei linksradikalen Demonstrationen allgemein — in "unserem" Fußballnationalstaat prügeln gut bezahlte Hooligans im Namen der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" mit fanatischen Eifer für den Machterhalt der herrschenden Klasse, auch wenn sie vielleicht persönlich aus noch niederen Motiven handeln mögen. Meist stehen die willfährigen Werkzeuge des Repressionsapparates dabei in martialischer Aufmachung und mit angeblich nicht-tödlichen Waffen den weitgehend ungeschützten Demonstrant_innen gegenüber. Eskaliert dann eine aufgeheizte Situation, ist nicht nur in Hinsicht der Schwere der beigebrachten Verletzungen das Ergebnis vorbestimmt. Denn falls mal ein besonders brutaler Vorfall die bürgerliche Presse "erschüttert" und die Verantwortlichen um flüchtige Rechtfertigungen ringen müssen, heißt es seitens der Polizei unisono: 'Schuld sind die Andern'.

Traumberuf:
gut bezahlter Hooligan
be police, be violent, be Berlin

Wir besorgen's Dir auf die harte Tour, ruf an:
4664 4664
be police, be violent, be Berlin

Und Schuld?
... sind immer die Andern!
be police, be violent, be Berlin

Wenn mensch mal wieder von brutaler Bullengewalt betroffen ist oder auch einfach nur Zeug_in eines solchen Übergriffs wird, stellt sich im Anschluß oft die Frage, wie denn eine Aufarbeitung der damit verbundenen seelischen Wunden aussehen könnte. Ob eine satirische Auseinandersetzung für die unmittelbaren Opfer der Gewalt eine passende Hilfe ist, darf getrost bezweifelt werden. Jedoch bietet ein spöttischer Diskurs über die Repression auch weniger schwer getroffenen Menschen eine mögliche Form der Auseinandersetzung mit dem eigenen, oft verleugneten Trauma. Darüber hinaus eröffnet sie auch Spielräume für subversiv-aufklärerische Interventionen jenseits der klassischen Kommunikation.

Die Knüppel
denen, die sie brauchen
be police, be violent, be Berlin

Pfefferspray für Alle
... und zwar umsonst!
be police, be violent, be Berlin

Spassguerilla
Satirische Aktionsformen haben eine lange Tradition und sind zu Recht nicht unumstritten. Sie sollen den Blick zur Wahrnehmung der Wirklichkeit schärfen und gezielt die Absurdität oder den Zynismus der Wirklichkeit entlarven. Ob Satire und Parodie im Zusammenhang mit Polizeigewalt in der Öffentlichkeit überhaupt wirken können und nicht längst die alltägliche "Berichterstattung" der Boulevardpresse oder die "Realsatire" polizeilicher Pressemitteilungen diesbezüglich das Bild bestimmt, ist unklar und deshalb einer ausführlicheren Diskussion vorbehalten. Auch inwiefern Satire durch andere Aktionsformen ergänzt oder begleitet werden muss, können wir hier noch nicht beantworten. Für einen praktischen Ideenratgeber aber auch einige theoretische Betrachtungen und Kritikpunkte sei vorerst auf die Texte der "Spassguerilla" verwiesen.

be police, be violent, be Berlin

Wir wollen hier den Anfang einer satirischen Auseinandersetzung anlässlich der brutalen Polizeieinsätze während des Aktionstages "Mediaspree entern!" am 05.06.2010 dokumentieren. Die mittlerweile etwas eingestaubte "Hauptstadtkampagne" dient als willkommener Aufhänger für ein Experiment: Dazu wurden an den Orten der Übergriffe und am Polizeipräsidium die bekannten roten Sprechblasen aufgehängt. Die darin transportierten Botschaften sollen einen subversiv-aufklärerischen Diskurs über die vom Berliner Senat propagierte und von seinen Repressionsorganen praktizierte "neue Lebensqualität" durch brutale Polizeieinsätze in Gang bringen. Langfristig soll damit die Affirmation staatlicher Repression durch die sogenannte "schweigende Mehrheit" hinterfragt und dekonstruiert werden. Der angenehme Seiteneffekt liegt in einer schleichenden Entwertung der widerlichen Kampagne "be Berlin".

War das schon alles?

Nein. Aber wie es mit der Aktion konkret weiter geht, hängt natürlich von euch ab. Das verwendete Motiv eignet sich sowohl für breitflächige Plakatierung als auch für eine subkulturelle Einbettung, beispielsweise in Form von Stencils oder bedruckten Textilien. Sticker sehen fast überall nett aus und sind auch an prominenten Orten unauffällig geklebt. Außerdem gilt es die ohnehin aufgestellten Werbeträger der "Hauptstadtkampagne" zu entern. Schließlich kann jede_r selbst kreativ werden, egal ob mit eigenen Botschaften in den roten Sprechblasen, der Weiterentwicklung der satirischen Umsetzung oder im direkten subversiven Diskurs mit dem Repressionsstaat.

be police, be violent,
be Berlin

In diesem Sinne: für eine Wiederbelebung der Spassguerilla — unsere Satiere gegen ihre Repression!

usgir@riseup.net

[1] http://de.indymedia.org/2010/06/283452.shtml
[2] http://de.indymedia.org/2010/06/283233.shtml

Endlich Hubschrauberpilot

Am 7. Juni 2007 kommt es am Rande des G8-Gipfels zu einem folgenschweren Wasserwerfer-Einsatz, bei dem Steffen B. sein linkes Augenlicht verliert. Er klagt wegen schwerer und vorsätzlicher Körperverletzung gegen Unbekannt. Die zuständige Staatsanwaltschaft Rostock stellt das Verfahren ein: Steffen B. war neugierig und hat sich selbst in die Gefahrenzone begeben. Auch eine Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft blieb ohne Erfolg. Erst ein Klageerzwingungsverfahren brachte nun eine unvorhergesehene Wende.
Ein Interview von Inge Käfer (I.K., Mitglied Rote Hilfe Potsdam) mit Steffen B. über eine späte Wiedergutmachung.

I.K.: Der Polizist Heiko L. (Name von I.K. geändert), lenkte den Wasserwerferstrahl bewusst auf Deinen Kopf. Warum erst jetzt das Geständnis?

Steffen B.: Heiko L. ist dreifacher Vater und lebt mit seiner Frau in einem kleinen Vorort von Wuppertal. Seit dem Unfall hat er schwere Schlaf- und Essstörungen. Er ist inzwischen faktisch berufsunfähig, unterzieht sich einer Therapie nach der anderen. Als Beamter hatte er den Befehl, mit dem Wasserwerfer „Klar Schiff" zu machen. Sich den Befehlen zu widersetzen, hätte arbeitsrechtliche Maßnahmen gebracht. Er zahlt den Kredit für ein kleines Reihenhaus. Das Risiko war ihm zu groß.

Das Geständnis kam, weil er ohnehin nun arbeitsunfähig ist?

Ich glaube ja. Er hat nichts mehr zu verlieren. Vor drei Monaten rief er mich das erste Mal an. Seitdem telefonieren wir fast zweimal in der Woche miteinander. Er ist ganz „knorke" und inzwischen in der Ortsgruppe der Roten Hilfe aktiv.

Welche Konsequenzen hatte sein Geständnis und die illegale Herausgabe der Videobänder, auf denen der Vorfall auf dem G8 detailliert aufgezeichnet ist?

Zunächst einmal hat das sowohl die Staatsanwaltschaft Rostock, als auch die Generalstaatsanwaltschaft ins Rudern gebracht. Die Urteile vom 8.9.2009 und 3.11.2009 waren ja nun hinfällig. Also stand die Frage, wie kommt man da ohne Gesichtsverlust raus. Und da gab es eine Lücke im System. Ein Mitarbeiter von der Bundespolizei hat die Videobänder auf YouTube veröffentlicht. Damit hatten beide Staatsanwaltschaften einen Grund, die alten Urteile zu revidieren. Schließlich wussten sie bis dahin offiziell nichts von diesen Bändern.

Die Revision wurde dann mit dem Klageerzwingungsverfahren möglich?

Ja. Das Klageerzwingungsverfahren fruchtet nur in den seltensten Fällen. Hier kam es aber gerade zur richtigen Zeit. Denn es dürfen nur neue Sachverhalte des Falls eingebracht werden, damit dem stattgegeben wird. Das Video war ein solcher neuer Sachverhalt.

Wie ging es nach der Stattgabe des Klageerzwingungsverfahrens weiter?

Der Fall ging vom Oberlandesgericht zurück an die Generalstaatsanwaltschaft. Die erhielt sogar eine Rüge, wegen offensichtlicher Verfahrensfehler. Nun wurde erneut geprüft und ein Schnellverfahren eingeleitet. Die Generalstaatsanwaltschaft begründete diese Wendung mit dem einseitigen Verlust meines Augenlichts und den dadurch bedingten Problemen im Privat- und Arbeitsleben. Es sollte schnell Abhilfe geschaffen bzw. nach Kompensationsmöglichkeiten gesucht werden. Nach zwei Verhandlungen im Abstand von einer Woche war die Sache abgeschlossen.

Was kam dabei heraus?

(Lacht und blättert vergnügt im dicken Aktenordner, in dem er sorgfältig alles zu seinem Fall gesammelt hat. Er liest Anfang und Ende des Urteilsspruches langsam vor.) „Steffen B. wurde schwer und vorsätzlich durch den Einsatz eines Polizei-Spezialfahrzeugs vom Typ WaWe 9000 verletzt, welches vordergründig der Gefahrenabwehr, nicht jedoch der Vertreibung oder gar der Vernichtung von politisch motivierten SpaziergängerInnen dient. (...) Steffen B. kommen alle Entschädigungs- und Kompensationsmaßnahmen zu teil, die seine körperliche, psychische und berufliche Stabilisierung bzw. Wiedereingliederung mittel- und langfristig ermöglichen. Dazu gehört die Komplettfinanzierung eines operativen

POTSDAMNED!

jetzt auch VS-geprüft!

HUNDERT ZEHNTEL//MAI 2010//UNKOMMERZIELL//KOST NIX

> Eingriffs in einer Spezial-Augenklinik in Dubai (inklusive Aufenthalt und Rehabilitation), Kompensationszahlungen bei einer Teilzeitbeschäftigung, Finanzierung der Wunschausbildung als Helikopterpilot im Landwirtschaftsbereich zur beruflichen Neuorientierung, Finanzierung eines Partner- und Familiencoachings, Teilfinanzierung einer Kinderbetreuung zur Kompensation des Betreuungsausfalls während des Klinikaufenthaltes und drei (Familien-) Kuraufenthalte innerhalb von sechs Jahren. (…) Die Kosten werden zu Teilen von der Bundespolizei und vom Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern getragen."

Und was ist mit Heiko L.?

Das juristische Verfahren gegen ihn ist etwas undurchsichtig. Er wird komplett gedeckt. Die Bundespolizei hat die Verantwortung für den Vorfall übernommen. Damit ist von einer Einzeltat nicht mehr die Rede. Zudem hat das Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern gegen den Autohersteller Mercedes Benz und die Firmen Metz und Ziegler geklagt, die den Wasserwerfer vom Typ WaWe 9000 produzierten.

Warum diese Klage?

Steffen B.: Weil die bisherigen Sicherheitsprüfungen unzureichend waren. Fahrzeuge mit so einer Wasserdruckkraft können ernsthaft Menschenleben gefährden. Das ist nach Auffassung des Innenministeriums nicht tragbar.

Aber es soll ein neuer Wasserwerfer in Serie gehen! Ist der humaner?

Steffen B.: Auf keinen Fall! Zwar wurde der Prototyp des neuen Wasserwerfers (Typ WaWe 10000, Anm. I.K.) von der Rosenbauer International AG erst im November 2009 ans Bundesministerium übergeben, aber das war eine Totgeburt. Mit inzwischen 408 PS, 10.000 Liter Wasser an Bord und drei Hohlstrahlrohren (RM 12C) mit variierbaren Wasserstrahlformen, verstoßen die Fahrzeuge gegen die Menschenwürde, das Demonstrationsgebot und den Schutz der Bevölkerung gegen Schäden an Leib und Leben. Da nutzt es auch der Besatzung nichts, dass sie in einer Aluminiumkabine mit Klimaanlage, Standheizung und Überdruck- sowie Außenluftfilteranlage sitzt.

Wasserwerfer werden in Zukunft nur noch im Rahmen von Feuerwehreinsätzen erlaubt sein. Das jedenfalls fordert ein Gesetzentwurf der CDU/FDP Koalition im Bundestag. Ist das realistisch?

Die Koalition hat das Sagen in Berlin. Warum sollten sie das nicht durchkriegen? DIE Linke, die Grünen und die SPD würden sich wohl kaum dagegen sträuben. Oder?

Danke für das Gespräch!

(Hinweise der Autorin: September 2009: Ermittlungsverfahren wegen schwerer und vorsätzlicher Körperverletzung von der Staatsanwaltschaft Rostock eingestellt; November 2009: Beschwerdeverfahren gegen die Einstellung vom September von der Generalstaatsanwaltschaft Rostock eingestellt; aktuell: Klageerzwingungsverfahren vom Oberlandesgericht Rostock aus formellen Gründen verworfen; aktuell: Dienstaufsichtsbeschwerde beim Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern wurde der Generalstaatsanwaltschaft Rostock übergeben; aktuell: Zivilrechtliche Klage gegen die Polizeidirektion Rostock wegen Amtshaftungsansprüchen beim Landgericht Rostock anhängig; aktuell: Steffen B. bleibt auf dem linken Auge blind)

Hamburg: Autonome zum taz Salon

Offener Brief der Autonomen zur Absage der Podiumsdiskussion mit Joachim Lenders
Wir sind einige der, wie wurde es so schön formuliert, selbsternannten Autonomen aus dem Schanzenviertel. Wir haben ja schon viele Zuschreibungen erhalten, gänzlich verwundert waren wir aber über den Versuch, uns über das Adjektiv selbsternannt zu stigmatisieren. Gibt es eigentlich andere als selbsternannte Autonome? Aber nun gut, immerhin haben wir, um unserem Namen alle Ehre zu machen, die Pferde ja offensichtlich ziemlich scheu gemacht. Weshalb uns nun auch fehlende Diskussionskultur und allerhand mehr vorgeworfen wird.

Eine Redakteurin der taz beklagt im Artikel "Man nennt es Redefreiheit" sogar, dass es in uns kein Gegenüber gäbe. Es entbehrt nicht einer ziemlichen Ironie, der fehlenden Anwesenheit bezichtigt zu werden, wenn gleichzeitig 680 Polizeibeamte in Bereitschaft gerufen werden, sobald man seine Teilnahme ankündigt?!

Es ist eigentlich sehr einfach, mit uns in Kontakt zu treten, denn oftmals versuchen wir, was uns bewegt, in den Zeitungsredaktionen unterzubringen. Doch leider müssen wir feststellen, dass sich das Interesse an Inhalten aus unserem Blickwinkel meist in Grenzen hält. Wenn uns also Unsichtbarkeit vorgeworfen wird, dann mag dies möglicherweise mehr dem redaktionellen Konzept entsprechen, als fehlender Auseinandersetzungskultur auf unserer Seite.

Nun haben wir festgestellt, dass aufgrund unserer Ankündigung zu kommen, der taz Salon abgesagt wurde. Wir sind nicht unglücklich darüber, allerdings auch nicht wirklich glücklich. Immerhin hatten wir uns bereits entsprechend vorbereitet, waren nicht verdriest, sondern bestens gelaunt und stellten uns diesen Event als einen Riesenspaß vor. Wenn es Klamauk gibt, sind wir gerne dabei und wo Lenders auftritt, ist eine dröge, ernst gemeinte Diskussion nicht zu erwarten, sondern Stimmung garantiert. Dieser Umstand ist vermutlich auch von der taz einkalkuliert worden, wo es doch so viele kompetentere Gesprächspartner zum Thema gibt, als nun gerade die populistische Figur von Lenders. Das Ziel, wenn Polarisierer wie Lenders eingeladen werden, ist im Regelfall mehr als trockene Sachdiskussion. Es sollte offensichtlich kontrovers und hoch hergehen, die Diskussion Feuer haben und die Bude toben. Dass dieses Ereignis nun abgesagt wurde, weil auch die Leute kommen wollten, über die gesprochen werden sollte, finden wir ehrlich gesagt ziemlich schlechten Stil.

Wir wollen nicht so tun, als würden sich unsere Vorstellungen wie so eine Podiumsdiskussion mit Lenders auszusehen habe, nicht von denen der taz unterscheiden. Wir können als Autonome mit der Form einer Podiumsdiskussion häufig wenig anfangen. Wir mischen uns gerne ein und vermutlich wäre die Veranstaltung in einem amtlichen Tumult geendet. Aber mit Tumulten kennt sich die taz ja eigentlich aus. Immerhin sieht sie sich selbst ja in Nachfolge der 68er Bewegung mit so illustren Revoluzzern wie Rio Reiser, den Bürgerschrecks der Kommune 1 oder Rudi Dutschke (Die Postkarte mit Motiv von Krawallen bei Springer gibts für 50 Cent, 5 Stück 2 Euro). Sit-Ins, Hörsaalbesetzungen und antiautoritäre Provokationen gehören im Selbstbild der taz zu den demokratischen Erungenschaften dieser Zeit. Here we go! Also wenden wir uns der eigentlichen Frage zu, die uns an dieser Stelle bewegt.

Auch im Schanzenviertel kennt man sich mit Tumulten aus! In den vergangenen Jahren endeten verschiedene Besuche von Politiker_innen, Bürgermeistern und zahlreiche runde Tische im gewohnheitsmäßigen Chaos, auch ein taz Salon mit Vertretern des Hotels im Wasserturm wurde von Stadtteilaktivist_innen besucht. Ole v. Beust wurde, wie eine NDR Kollegin so schön formulierte, wie "die Sau durchs Dorf getrieben", als er eine Pressekonferenz vor der Roten Flora abhalten wollte. In keinem einzigen Fall wurden größere Einsatzkräfte der Polizei angefordert oder deren Fehlen von den Beteiligten im Nachhinein beklagt. Konfetti flog durch die Luft, Parolen wurden gerufen, mobile DJ Teams aufgefahren und im wahrsten Sinne auf den Tischen getanzt. Ole von Beust mit seiner Pressemeute umkreist und mit dazwischen gehaltenen Besen, die gleichermaßen Mikrofone, wie seine populistische Botschaft simulierten, zum Gesamtkunstwerk erklärt.

Jetzt kommt ein Herr Lenders und die Hamburger Polizei plant einen Einsatz mit 680 Beamten. Annähernd so viele wie am 1. Mai. Fällt an dieser Stelle noch irgend jemandem irgendwas auf? Offensichtlich nicht. Beklagt wird, wir Autonomen seien schuld, dass Lenders abgesagt habe. Wir nehmen dankend an und haben damit kein Problem an sich, aber es ist bedenklich, wenn die taz und andere Medien nicht mehr in der Lage sind zu erkennen, dass das Auftreten der Polizei zunehmend der schillernden Linie einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung folgt.

Seit Innensenator Schill wurde in Hamburg die Repressionsschraube massiv weitergedreht und hat mit Ahlhaus neue Höhepunkte im Zusammenhang mit dem Schanzenfest erreicht. Im Ergebnis hat auch die Intensität der Auseinandersetzungen auf der Straße zugenommen. Laut Forderungen der Innenminister soll die linksradikale Szene

nun politisch isoliert werden. Im Ergebnis finden Jugendliche linke Mobilisierungen attraktiver als je zuvor. Dass Lenders gemeinsam mit 680 Polizeibeamten und mehreren Wasserwerfern im Schlepptau anreisen sollte, hat weniger mit uns Autonomen zu tun, als vielmehr mit dem Selbstverständnis eines immer gewalttätiger agierenden Staates, der alte Werte wie Respekt und Ordnung in Zeiten allgemeiner Verunsicherung wieder in die Bewohner_innen der Stadt hineinprügeln will. Dass ein solches Unterfangen scheitert, ist gut und nicht schlecht! Dass politische Proteste weiter zunehmen eine offensichtliche Konsequenz.

Es wird zwar erkannt, dass irgendwas schief läuft, aber da keine Erklärungen oder wirklichen Alternativen vorhanden sind, steigert sich die Nervosität des inneren Sicherheitsdiskurses zu einer regelrechten Hysterie. Die Jugendlichen: Unpolitisch! Die Gewalt: Sinnlos! Wie will man so die komplexen Zusammenhänge verstehen, die die Menschen heutzutage auf die Straße treiben, um ihren inneren oder ganz offen zur Schau getragenen Protest zu äußern? Mental befinden sich Medien und Politik in einer abwehrhaften Stimmungslage, die dem Muster der 50er Jahre entspricht. Als sogenannte Halbstarke die Straßen und Musikhallen unsicher machten, wurde nicht verstanden, dass diese kulturelle Unruhe kein ursächliches Gewaltphänomen, sondern ein Vorbote von weit größeren Umwälzungen war. Wir sind heute ebenfalls Teil von solchen gesellschaftlichen Veränderungen und leben mitten in einer interessanten Zeit!

Wir finden es falsch mit Leuten zu diskutieren, die, wenn es grade in den Kram passt, den Wolf im Schafspelz geben und ansonsten stereotype Bilder verbreiten über die Menschen, die die aktuellen Umbrüche spüren und sich nicht in den bestehenden Normalbetrieb einfügen. Redefreiheit hört auch im bürgerlichen Sinne dort auf, wo die existentiellen Rechte anderer verletzt werden. Wer glaubt, wir würden demütig zuhören, während Lenders autoritäre Phantasien auslebt, von einer Räumung der Roten Flora träumt und vom Krieg erzählt, der fordert keine Redefreiheit, sondern das Ende linksradikaler Gesellschaftsentwürfe, einen gesellschaftlichen Stillstand und eine reaktionäre Abwendung von fortschrittlichen Lebensvorstellungen.

Kaum ein Tag, an dem Lenders einem nicht in Interviews, Talk-Shows oder Fernsehsendungen mit den immer gleichen Statements über den Weg läuft. Dieser permanenten Gehirnwäsche der öffentlichen Meinung einen Moment des Widerspruches entgegenzusetzen, schafft nicht annähernd ein Gleichgewicht in der bestehenden Diskursmacht. Die taz hält es offensichtlich für notwendig, ihren journalistischen Auftrag für die Meinungsfreiheit dadurch zu erfüllen, jemandem, der bereits jede Lobby hat und jedes journalistische Hinterzimmer kennt, redaktionellen Raum zu verschaffen. Uns dagegen wird Vertreibung in Analogie zu Kampagnen gegen Gentrifizierung vorgeworfen. Aber wie kann man überhaupt jemanden vertreiben, der einen aus jedem Zeitungskiosk angrinst? Der bei jedem Ereignis mit einem Fernsehteam auf der Piazza steht und seine Sicht der Dinge als universelle Wahrheit darstellt? Die tagtägliche Gewalt von Obdachlosigkeit, Platzverweisen oder der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, mit der Störung eines etablierten Podiums zu vergleichen, verkehrt die Verhältnisse und verdreht die Koordinaten von oben und unten.

Totalität entsteht nicht aus einer Kultur des Widerspruchs, sondern aus Zustimmung als gesellschaftliche Norm!

In diesem Sinne werden wir weiterhin laut und sperrig sein. Wir sehen Redefreiheit nicht als einen abstrakten Begriff zur Förderung rassistischer, sexistischer oder antisemitischer Foren, sondern selbst als Feld politischer Kontroverse, das einer scheinbaren Neutralitaet enthoben und als umkämpftes Terrain gesellschaftlicher Teilhabe sichtbar werden muss. Und so, wie wir uns bisweilen vermummen, um den Verhältnissen ein Gesicht zu geben, ist es manchmal auch richtig, den Zampanos und Pistensäuen in die Parade zu fahren, um denjenigen eine Stimme zu verleihen, die sonst nicht zu Wort kommen. Gesellschaftliche Sprechorte sind nicht gleichberechtigt oder auf Augenhöhe. Welche Stimme haben Drogenkonsument_innen, Jugendliche aus Vororten oder abgehängte HartzVI-Bezieher_innen: Die taz? Wohl kaum. Die lädt anerkannte Expert_innen wie Lenders, Fachkommissionen oder prominente Ansprechpartner ein. Wenn damit alles gesagt sein soll, empfinden wir das Schweigen im Kulturhaus 73, die mutwillig entstandene Lücke im Netz der Eitelkeiten, als echten Hoffnungsschimmer!

Da wir im Schanzenviertel nun zwar scheinbar in archaischen Zuständen, aber deshalb noch lange nicht hinter dem Mond leben, haben wir natürlich mitbekommen, dass das Leserbriefschreiben derzeit ziemlich vorne ist. Wir waren beeindruckt von der Medienpräsenz, die der "engagierte" Leserbrief eines Anwohners nach dem 1. Mai erlangt hat und senden diesen offenen Brief daher auch an die Mopo und das Abendblatt. Wir sind sicher, er wird dort ebenso begeistert als kritische Stimme aus dem Stadtteil abgedruckt wie in der taz.

herzlichst
Ihre Autonomen aus dem Schanzenviertel

GEDANKEN ZU REPRESSION, OHNMACHT UND DER SUCHE NACH PERSPEKTIVEN

Repression
Wie versprochen melden wir uns nochmal, um euch auf dem Laufenden zu halten. Wir, das ist das Soli-Umfeld, das die Betroffen_e der Hausdurchsuchung vom 25.08.09 in Hamburg, versucht zu unterstützen. Nachdem recht lange nichts von uns zu hören war und nun auch ein Teil der Akten vom LKA bei den Rechtsanwält_innen eingegangen ist, wollen wir die aktuelle Situation schildern.
Vorab nochmal die Fakten: Am 25.08.09 wurde unsere Genoss_in im Hamburger Internetcafe GameSpot im Kleinen Schäferkamp unter dem Vorwurf der versuchten Brandstiftung nach §306 mit §30 Abs.2 vorläufig festgenommen. Neben einer erkennungsdienstlichen Behandlung wurde noch am selben Tag eine Hausdurchsuchung in ihrer ehemaligen Wohngemeinschaft durchgeführt. Das Ergebnis der Durchsuchung war für die Cops ernüchternd, d.h. sie fanden nichts was sie beschlagnahmen wollten. Als unsere Genoss_in nach 8 Stunden entlassen wurde, folgte eine ziemlich offensichtliche Observation, die zum Teil auch provokant durch Uniformierte im Peterwagen durchgeführt wurde.

Wir werten diese ganze Aktion als Angriff auf alle linken Strukturen – und in Verbindung mit dem Tatvorwurf besonders auch als direktes Signal an eine sich kämpferisch und militant verstehende autonome/ linksradikale Szene in Hamburg und Umgebung. Wie dem aktuellen Hamburger Verfassungsschutzbericht zu entnehmen ist, bezieht sich die Kriminalisierung in diesem Fall insbesondere auf das Politikfeld Antimilitarismus.

Dass Repression und Kriminalisierung nicht vom Himmel fallen, sollte klar sein: Seit Jahren beschweren sich Medien und Politik in einer gewissen Regelmäßigkeit über eine Aufklärungsquote, die bei linken politischen »Sachbeschädigungen« gen Null tendiert. Eine Situation, die für einen schwarz-grünen Senat und damit auch für den Innensenator gerade deshalb mehr als unangenehm ist, weil besonders die CDU versucht, sich durch einen Sicherheitsdiskurs zu profilieren und damit für Vorwürfe der Tatenlosigkeit besonders anfällig ist. Mit der Forderung nach mehr Sicherheit und verschärfter Repression gegen linksradikale und linke Politik steht der Hamburger Senat jedoch nicht allein. Seit einiger Zeit wird wieder verstärkt die Extremismustheorie dazu herangezogen, um eine Debatte mit dem Schwerpunkt der Bekämpfung sogenannter »linker Gewalt« zu initiieren. Gerade im letzten Jahr hat sich, auch in Verbindung mit den Auseinandersetzungen um das Schanzenfest, das mediale Interesse und die zunehmende Gereiztheit auf Seiten der Repressionsorgane noch verstärkt. Wir glauben, dass wir uns generell darauf einstellen müssen, dass die Ermittlungsbehörden in nächster Zeit noch so einige vermeintliche »Täter_innen« präsentieren werden, unabhängig davon ob dann auch verbuchbare Gerichtsurteile auf Seiten des Staates dabei herausspringen. Eine Tendenz, die aus Berlin schon längst bekannt ist, wo U-Haft und mediale Vorverurteilung eine formal-juristische Strafe vorwegnehmen.

Wir sind der Ansicht, dass sich die Frage nach »schuldig« oder »unschuldig« und alle damit verbundenen Spekulationen und Mutmaßungen nicht stellen sollten. Entscheidend für unsere solidarische Haltung gegenüber anderen sollte vielmehr das Verhältnis sein, in das wir uns zu den herrschenden Bedingungen setzen. Positiv beziehen wir uns dabei immer noch auf eine, wenn auch diffuse, zerfaserte und zerstrittene Bewegung, die sich antagonistisch zu diesem System versteht und nach wie vor von dem Wunsch nach einer radikalen Veränderung bewegt wird. Darüber, dass unser Begriff von Solidarität noch sehr viel mehr umfasst und unsere Ablehnung von Justiz/ Knast/ Einsperrung und jeglichen Zwangsanstalten weiter reicht, soll hier nicht geschwiegen werden, doch dazu vielleicht mehr an anderer Stelle.

Ohnmacht
Wir denken, dass dem in diversen Veröffentlichungen/Diskussionen oft erwähnten »Ohnmachtsgefühl« leider nicht genug Stellenwert eingeräumt wird. Das mag erst einmal keine herausragende Erkenntnis sein, doch gerade die Legitimation einer persönlichen und emotionalen Auseinandersetzung mit dem Thema Repression könnte einen offeneren Informations- und Erfahrungsaustausch ermöglichen.
Darin sehen wir die Möglichkeit, Diskussionen um das Verständnis von Antirepressions- und Solidaritätsarbeit zu erweitern – vor allem aber auch darüber einen persönlichen Zugang zu reflektieren.

Es ist in den letzten Monaten einiges passiert, was die Gesamtsituation von dem Tag der Festnahme unserer Genoss_in unterscheidet; an unserem Informationsstand zu dem laufenden Verfahren hat das jedoch wenig verändert. Die Informationen, die wir von den Cops haben, sind ein Tatvorwurf in Form einiger Paragraphen, ein schlecht lesbares Durchsuchungsprotokoll und eine Akte, in der eigentlich nichts steht. Wie es weitergehen könnte scheint auch erst einmal absehbar, zumindest in dem Rahmen, den die Repressionsorgane ihre Ordnung nennen: Das heißt irgendwann gibt es Akteneinsicht, eventuell noch

Zeug_innenvorladungen und/oder weitere Verfahren, die Ermittlungen werden eingestellt, dann stehen Prozesstermine an, am Ende Einstellung oder Urteil,... Aus unserer Perspektive fanden und finden allerdings ganz andere »Prozesse« statt, wie zum Beispiel das Bemühen um einen offensiv(er)en und kollektiven Umgang, Einschätzung und Analyse der Situation, Diskutieren von Prozessvorbereitung, Prozessbegleitung und Öffentlichkeit, eigene Position beziehen, Soligelder beschaffen, einen persönlich stärkenden Umgang finden, Kinder, Wahl- und/oder Zwangsverwandtschaft informieren und noch vieles mehr.

Dabei gibt es einiges zu diskutieren, doch so wenig wir unsere zu diskutierenden Punkte am Ablauf des staatlichen_juristischen Strafsystems und dem Inhalt einer Akte abhandeln wollen, so schwer ist es auch, uns diesem zu entziehen. So oder so wird der staatlich-konstruierte Vorwurf sich in irgendeiner Form auf die davon Betroffene/n auswirken: Wie wird die Anklage lauten, wenn es denn überhaupt eine gibt? Was ist der Vorwurf? Welches Ausmaß haben die Entwicklungen? Muss eine_r in den Knast? Das Nachdenken über diese Fragen, die Ungewissheit, wird wahrscheinlich mehr oder weniger regelmäßig Raum einnehmen. Aber wie viel Raum diesen Fragen geben?

Es ist eine beschissene Situation, die sich keine_r freiwillig aussucht. Klar kann/ sollte mensch sich im Vorfeld darüber bewusst sein, wie der Repressionsapparat funktioniert/ reagiert, doch denken wir, dass all diese theoretischen Grundlagen/Auseinandersetzungen nicht davor bewahren, dass eine_r der Boden unter den Füßen weggezogen werden kann. Emotionale Reaktionen sind eben nicht planbar. Was dann? Möglichst cool bleiben und das Leben so weiterführen wie zuvor? Und auf die nächste für uns relevante Information der Cops warten? Den schönen und beschissenen Dingen des Lebens so begegnen, als wäre nix passiert? Oder warten darauf, dass das Gefühl des Ausgeliefertseins, der Ohnmacht sich mit der Zeit von selbst auflöst? Stürzt mensch in ein tiefes Loch und stellt sich im Zuge dessen die Frage nach dem jetzt noch verbleibenden Sinn des alltäglichen Wahnsinns wie Job, Ausbildung, Studium und Beziehungen? Vielleicht sind all dies Momente, in denen Menschen vom Repressionsdruck erschlagen werden können oder an ihrem Selbstverständnis zweifeln.

...Suche nach Perspektiven

Das klingt doch nach einer ziemlich passiven, resignativen Position, und nach Stillstand. Wäre es wohl auch, würde mensch in dieser Situation verharren - also aufhören nach einer kritischen, antagonistischen Perspektive und/oder einen selbstbewussten Umgang zu suchen. Wie also kann der Zustand des Wartens durchbrochen werden, das passive Moment in ein aktives überführt werden? Es gibt wohl keine allgemeingültige Antwort darauf, kein Patentrezept.

Klar ist jedoch, dass ein Warten auf die Akte, die eine vermeintliche Klarheit bringen könnte, keine Perspektive darstellt. Denn den Zeitpunkt der Akteneinsicht bestimmt weder die vom Vorwurf betroffene/n Person/en noch die/der Anwältin/Anwalt. Einzig die entsprechenden staatlichen Repressionsorgane entscheiden darüber, wann sie Akteneinsicht gewähren. Stattdessen könnte das Warten dazu genutzt werden, gemeinsam Möglichkeiten, Taktiken und Perspektiven mit Freund_innen und/oder einer Soligruppe zu entwickeln, um den Herrschenden und ihren Unterdrückungsmechanismen kollektiv entgegen zu treten.
Kurz: Eine eigene, selbstbewusste Haltung dem ganzen Scheiß gegenüber zu entwickeln.

· Solizusammenhang Hamburg · 12.05.2010 ·

1. Mai: Schanze, Krawalle und Solidarität

»*Einem System, das am Arsch ist, kann man ruhig auch mal in den Arsch treten!*« (Schorsch Kamerun, Goldene Zitronen)

Eine Stellungnahme aus den Untiefen der Roten Flora zu den Ereignissen am 1. Mai. Nach den Auseinandersetzungen vom 1. Mai im Hamburger Schanzenviertel ist in den lokalen Medien die übliche Diskussion um entpolitisierte Jugendgewalt entstanden. In dieser Gemengelage wurden auch Anwohner_innen und Geschäftsleute zitiert und als authentische Stimme des Schanzenviertels präsentiert. Inzwischen wird mit Fahndungsfotos nach Jugendlichen gefahndet, die eine Flasche Sekt aus der zertruemmerten Rossmann Filiale geschleppt haben. In den Medien werden teilweise hohe Strafen angedroht.
Es mag eine gewisse Ironie besitzen, wenn teilweise selbst Leute, die erst vor wenigen Jahren in den Stadtteil gezogen sind, sich kaum länger oder sogar kürzer hier bewegen als jene Jugendlichen, denen sie aus Altersgründen das Recht absprechen, dazuzugehören, sich heute hinstellen und erklären, die jetzigen Krawalle hätten nichts mit den Menschen in der Schanze zu tun. Doch dies ist - von deren begrenzten Tellerrand aus betrachtet - vermutlich einfach nur ehrlich. Fürsprecher_innen dieser Haltung fanden und finden sich schon immer in diesem Stadtteil. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben misst sich insbesondere in einer Hafenstadt jedoch weder an der Dauer der Anwesenheit noch am Alter. Entscheidend ist vielmehr der Sprechort. Dies gilt für diejenigen, die von der Aufwertung des Schanzenviertels in der Vergangenheit profitiert haben, ebenso wie für diejenigen, die aufgrund dieser Entwicklung vertrieben wurden oder wiederum genau deshalb inzwischen hier wohnen.

Das Schanzenviertel ist in den letzten Jahren vor allem jung, weiß und mittelständisch geworden. Dies war nicht immer so. Dass immer weniger alte Menschen und migrantische Nachbar_innen hier leben, dass Läden mit Dingen des täglichen Gebrauchs dichtmachen und Cafes, Kneipen und schicke Boutiquen aufmachen, hat Gründe. Was hier stattfindet, ist ein tagtäglicher Verdrängungsprozess und Kampf um Anwesenheit, um das Überleben im Bild der Stadt. Die Waffen in dieser Auseinandersetzug sind der Mietenspiegel, Bausparverträge, Start-ups und Franchise-Unternehmen. Es gibt Gewinner dieser Entwicklung und Verlierer. Der Bruch im Schanzenviertel verläuft nicht zwischen alteingesessen und zugezogen, sondern zwischen Eigentum und umgewandelter Mietwohnung, zwischen wohlhabend und abgehängtem Prekariat, zwischen denjenigen, die sich die Mieten hier leisten können und denen, die in die Peripherie gedrängt wurden, um nun auch noch zynisch um die Ohren gehauen zu bekommen, irgendwie nicht dazu zu gehören.

Es wird beklagt, junge Aktivist_innen trügen Markenklamotten und seien nicht politisch. Mal abgesehen davon. dass wir nicht wissen, weshalb man als politische_r Aktivist_in schlecht angezogen sein sollte, drückt sich darin vor allem eine Verachtung und ein Ressentiment gegenüber einer Bevölkerungsschicht aus, der solcher Luxus anscheinend nicht zustehen soll. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen (schon gar nicht den bei Rossmann befreiten Schampus trinken)“, ist die dahinter liegende alte Devise, die als neoliberale Binsenweisheit und Mitwirkungspflicht bei HartzIV neuen Schwung erfährt. Einem vorurteilsgeladenen Sprechen kann man nur entgehen, wenn mensch sein Gegenüber nicht als Stereotyp bürgerlicher Angstkulissen unsichtbar macht. Die Jugendlichen, die in Hamburg auf der Straße revoltiert haben, haben Bedürfnisse, Wünsche und eine Sehnsucht nach Teilhabe am Leben. Manche kommen aus reicheren Elternhäusern, andere aus ärmeren. Sie sind Querschnitt der Menschen, die hier leben, die die Flora besuchen oder hier im Stadtteil abhängen. Manche sind Anarchist_innen oder Autonome, andere nicht. Was sie und uns verbindet, ist keine Ideologie oder feststehende Utopie, sondern die Unzufriedenheit und der Wunsch, dass etwas anders wird. Wir finden dies nicht verurteilenswert, sondern gut.

Noch ist in der Schanze und dem Rest der Stadt nicht alles vertrieben, was sich regt und unbequem ist. Dies wird auch in Zukunft nicht gelingen. Würden diejenigen, die die Leserbriefspalten nutzen, um sich selbst und ihre uniforme Vorstellung vom Schanzenviertel darzustellen, einmal auf die Straße gehen und mit den Leuten sprechen, die sich dort bewegen, würden sie sich vermutlich wundern. Nicht wenige, die hier unterwegs waren, sind direkt neben ihnen aufgewachsen. Dass die Kinder und Jugendlichen, die im Schanzenviertel aufwachsen, nicht wahrgenommen werden, verwundert nicht. Denn im Treiben der erfolgsorientierten Twenty-Somethings tauchen sie ebensowenig auf wie in stadtplanerischen Konzepten.

Sie fehlen in den Caipirinha-Erlebnisräumen der Mittelschicht und den schick dekorierten Bars. Ökonomisch sind sie egal, für die Marke Hamburg uninteressant und für den vermeintlich kreativen Touch sorgen längst Werbeagenturen und studentische Aushilfskräfte. Man könnte meinen, es gibt sie gar nicht und hätte sie nie gegeben. Sie sind Unsichtbare im durchökonomisierten Alltag. Am 1. Mai haben sie sich zu Wort gemeldet. Mit denen, die hier als überflüssig abgeschrieben werden oder jenen denen die Verhältnisse hier einfach so nicht passen. Der Krawall war im besten Sinne ein Kampf um das Recht auf Stadt und ist verwoben in diese politische Auseinandersetzung.

Gewalt im Alltag entsteht nicht aus heiterem Himmel, sondern ist Ergebnis und Folge der politischen und sozialen Realität. Nicht alles, was am 1. Mai vorgefallen ist, finden wir gut. Aber Sachbeschädigungen und die Formulierung von Begehren durch das Aufbrechen des Straßenpflasters empfinden wir als konstruktiven Ausdruck, um die stumme Gewalt, die uns umgibt, überhaupt sichtbar zu machen. Law and Order-Konzepte, nach denen sich Leute im Schanzenviertel gegen AktivistInnen auf der Strasse organisieren sollen, sind ein ziemlich alter Hut aus der Mottenkiste autoritärer Phantasiewelten. Gedanklich und im Wertesystem bewegen sie sich im Muff der 50er Jahre. Kein Wunder, dass in diesem Zusammenhang dann sogar ernsthaft der Begriff der Halbstarken wieder reanimiert wurde. Den Rock'n'Roll wird es beleben.

Die etablierte Öffentlichkeit steht dem Phänomen heutiger Jugendproteste offensichtlich ebenso ratlos gegenüber wie in den sechziger Jahren den Langhaarigen und Gammlern, in den siebziger Jahren den Punks oder in den Achtziger Jahren den autonomen Hausbesetzeri_nnen. Geschichte scheint sich an diesem Punkt als bürgerlicher Abwehrmechanismus zu wiederholen, um die Augen vor einer ungeliebten Realität zu verschließen. Dem daraus folgenden populistischen Ruf nach Bürgerwehren oder anderen Formen einer Vergesellschaftlichung von Repression setzen wir unseren Widerstand entgegen. Vertreibung oder Ausgrenzung sind für uns keine Grundlage eines solidarischen Zusammenlebens. Eine Durchdringung des Alltags durch staatliche Gewalt und die darin enthaltenen bürgerlichen Zwänge und Normen als Überlebensprinzip bieten keine Chance für Antworten oder positive Utopien.

Es ist schon seltsam: Seit Jahren prognostizieren Gewerkschaften, linke Politiker und Medien, dass es nur eine Frage der Zeit wäre, bis es nach den Unzumutbarkeiten von HartzIV, Bankenkrisen oder aufgrund steigender Arbeitslosenzahlen knallen müsse. Nun knallt es und alle fühlen sich eifrig bemüht, dies als unpolitisches Jugendphänomen abzutun. Wir fragen uns, woher Polizeisprecher, Gentrifizierungsgewinner oder Medien überhaupt wissen wollen, was jene bewegt, die ihrer Unzufriedenheit am 1. Mai einen Ausdruck verliehen haben. Den Protest auf der Straße sehen sie als Ereignis, mit dem sie nichts zu tun haben wollen. Deren Protagonist_innen als Akteure, die sie pauschal als Jugendliche für nicht zurechnungsfähig erklären.

Wer wissen will, was uns Chaoten antreibt, hat viele Möglichkeiten. Eine naheliegende ist, er oder sie kann in die Rote Flora gehen. Denn wir distanzieren uns nicht von dem Krawall auf der Strasse, sondern erklären uns solidarisch und sind ein Teil der Unzufriedenheit, die am 1. Mai die Strassen unsicher gemacht und damit zum Politikfeld erklärt hat. Alle anderen sprechen für sich selber, sind unterwegs oder dort anzutreffen, wo die Welt in Unruhe und Bewegung geraten ist. In den Wohnblocks am Rand der Stadt oder zwischen dem Funkeln der Scherben vor der Haustür.

Gegen Gentrifizierung und kapitalistische Zustände!
Für die soziale Hängematte mit vollem Lohnausgleich!

AG Repression und Solidarität aus der Roten Flora

WIE MIT DEM ARBEITEN AUFHÖREN IN ZEHN PUNKTEN

1. Es wollen. Alles was den Willen dazu stärken kann, ist in Erwägung zu ziehen. Jegliche gesundheitlichen Gefahren und insbesondere jene, für die Kreativität: Unterwürfigkeit, mangelnder Elan, Vergütung.

2. Alles unterbrechen. Halbe Massnahmen sind wirkungslos, bei der geringsten Lust nach Konsum wird der Arbeitende sein Quantum wieder erhören. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es einfacher ist, anstatt stufenweise aufzuhören, es ganz und auf einen Schlag zu tun.

3. Den Moment auswählen. Wenn möglich sofort. Die heutige Zeit, mit all dem austauschbaren Elend ihrer Lebensbedingungen, bietet sich besonders an. Entscheide dich in Folge einer Entlassung, wobei das unmittelbare Bedürfnis oft von selbst verschwindet, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

4. Sich mit bevorzugten Personen umgeben. Es ist wirkungsvoll zusammen mit seinen Angehörigen, mit seinen Freunden oder mit seinen Arbeitskollegen aufzuhören, um einander psychologisch zu unterstützen. So kann häufig auch vermieden werden, in einer Stimmung von Angst zu leben (was spätestens während der Entgiftung zu vermeiden ist). Lass dein Umfeld wissen, dass es erleichtern kann, mit dem Arbeiten aufzuhören.

5. Die Versuchung beseitigen. Lass die Arbeit und ihr Zubehör (Auto, Fernseher, Wecker) aus deiner Umgebung verschwinden. Umgib dich nicht mit Uhren, weder auf dir selbst noch sonstwo. Begib dich nicht in Situationen, in denen du die Gewohnheit hast, die Leere der toten Zeit mit einer beliebigen Beschäftigung (schlechte Lektüre, Kino, Shopping) zu füllen.

6. Das Bewusstsein und das Unterbewusstsein beeinflussen, durch Bekräftigung der eigenen Entscheidung mit dem Arbeiten aufzuhören und positives Beharren auf dem erwünschten Gewinn. Zögere nicht mehrmals am Tag mit lauter Stimme zu wiederholen, „ich entschied mich, mit dem Arbeiten aufzuhören, und meine Gesundheit bessert sich Tag für Tag", oder irgendeine andere positive Formel.

7. Tief durchatmen, um das Nervensystem zu entspannen und mit Sauerstoff zu versorgen. Tatsächlich verzehren die Nervenzellen eine vier mal höhere Anzahl Sauerstoff als die anderen Zellen des Körpers: Dies ist der Grund, wieso schlechte Luft besonders deprimiert. Mach drei bis vier tiefe Atemzüge, immer wenn du das Verlangen zu Atmen verspürst; langsam und die Lungen gut entleerend. Loszuziehen und die Luft zu wechseln ist herzlich zu empfehlen.

8. Jegliche Ausbesserungsangebote zurückweisen, um sich einzig der Gesamtheit zu widmen. Sprich durch die Zähne. Überbeanspruche den Enthusiasmus, vorallem während der ersten Tage; suche nach den aufregendsten Anreizen (brich mit allen sozialen Zügeln). Trinke genug zwischen den Mahlzeiten, um die Beseitigung der Düsterkeit zu fördern. Gib den gesünderen Aktivitäten vorrang: Denjenigen, an welchen du dich direkt beteiligst; den natürlichen, lebendigen Bedürfnissen und jenen, die reich an Genuss sind (Liebe); den vollkommenen Momenten, die reich an Befriedigung sind (Reisen, Feste). Die Siestas sind wichtig um die Nervosität zu vermeiden, die im Laufe der Entgiftung häufig ist. Dem kann man gewisse subversive Literatur hinzufügen, um während des Entgiftungsverlaufs dem sehr wichten Bedürfnis nach der Zerstörung des Systems entgegenzukommen. Reduziere den Stress, die Furcht und das Zögern...

9. Ausreichend Schlafen. Lege dich spät nieder, denn die Stunden nach Mitternacht sind jene, in denen alles möglich ist.

10. Die Zirkulation radikalerer Ideen und ihre Überwindung fördern, um gegen die Ungewissheiten zu kämpfen, die während des Abbrechens der Lohnarbeit häufig ist.

Und wer siegreich bleiben will, weiss das erste Stellenangebot zurückzuweisen.

Übersetzt aus der ersten Ausgabe der italienischen anarchistischen Zeitschrift "Machete", Januar 2008

GEGEN DIE ARBEIT!

Zürich, 01.05.2010

1. Mai, der "Tag der Arbeit", wie man stolz zu sagen pflegt; der Tag, an dem alle mal wieder, ob mit Wurst und Brot oder mit Stock und Stein, etwas "Arbeiterkampf" feiern – was auch immer man darunter versteht. Vom gemässigten Linken bis zum Anarcho-Syndikalisten (kurzum: alles, was sich an der Arbeit festhält) graben sie ihre Banner aus, um auf der Strasse etwas Anwesenheitspolitik zu betreiben. Nun, wir haben kein Banner, wohinter wir Leute versammeln, wir haben kein politisches Programm, womit wir werben, wir fordern weder ein Recht auf Arbeit, noch wollen wir sie verschönern oder auf ein Minimum reduzieren, wir wollen die Arbeit, mit ihrer Ethik und ihrer Logik, zerstören, und zwar ein für alle mal!

Was bedeutet dieses Wort, um das sich schon die ganze Menschengeschichte dreht, dieser Angelpunkt fast aller bisherigen sozialen und revolutionären Kämpfe und zentraler Aspekt unseres alltäglichen Lebens? Fern davon, bloss die schöpferische Tätigkeit des Menschens zu bezeichnen, ist Arbeit ein Werkzeug in den Händen derjenigen, die erstere unterwerfen und verwalten wollen, um sich ihre Erträge selbst zu Nutzen zu machen. Insofern der Mensch das grundlegende Bedürfnis besitzt, sich selbst und seine Umgebung zu erschaffen, so wurde die Arbeit eingeführt, um dieses Bedürfnis zu knechten. Für die Zerstörung der Arbeit zu kämpfen, bedeutet jene einfache Feststellung nicht hinzunehmen: *Unser Schaffen gehört uns nicht.*

Die äusseren Formen der Ausbeutung wandelten sich oft im Laufe der Zeit, doch wesentlich ist sie immer dasselbe geblieben: Die Ausschöpfung des Lebens, um im Gegenzug ein mehr oder weniger gesichertes "Überleben" anzubieten; die Enteignung jeglicher Autonomie, um die Individuen an ihre Beherrscher zu binden; die Sicherung und Ausweitung der Macht des Kapitals.

Die Ethik der Arbeit

Es scheint eine unantastbare Gegebenheit zu sein: *Man Arbeitet.*
Die Rechtfertigung dafür ist ebenso simpel wie allgegenwärtig. Als Teil dieser Gesellschaft hat jeder seinen Beitrag zu leisten. Noch vor jeglichen überlebenstechnischen Gründen geht es dabei um eine Frage der Moral.
Hier und heute, in dieser generalisierten Vereinzelung der Menschen, sollen wir uns einer Gesellschaft verpflichtet fühlen, deren letzte, kümmerliche Formen von Gemeinschaft sich nurmehr durch Waren und Autorität behaupten. Wir können in den hierarchischen Strukturen Verantwortung für das "Gemeinwohl" übernehmen und gemeinsam in der unendlichen Auswahl von Konsumgütern "Freiheit" geniessen – so spricht die Ideologie der verkehrten Welt.
Und falls wir uns davon nicht mehr täuschen lassen, dann können wir uns noch immer einreden, dass wir unsere Arbeit mögen und uns in dieser spezialisierten Sinnlosigkeit *entfalten* (ja, es steht schlecht um die Begierden).
Hat auch das nicht funktioniert, so lässt uns die Gesellschaft gut spüren, dass wir nichts wert sind, solange wir nicht arbeiten, und dass wir besser daran täten, so bald wie möglich zurück in die Reihen zu treten – so wie alle anderen...

> **Der 1. Mai und seine Geschichte**
>
> Obschon uns die Absurdität der heutigen Verdrehungen gelegentlich selbst den Magen verdreht, will dieser kurze Beitrag nicht versuchen, diesen Tag mit neuer Bedeutung zu füllen. Schon aufgrund seines Traditionscharakters kommt ihm vor allem eine repräsentative Rolle zu. Losgelöst von einem spezifischen sozialen Kampf, ist das 1. Mai Fest heute ein Tag, an dem sich das ganze linke Spektrum zu einem tristen Tanz von Bannern und Fahnen versammelt. Ein Jahrmarkt von Meinungen – von staatstreuen Programmen bis zu revolutionären Parolen. Es ist die deutliche Zurschaustellung des Warencharakters der Ideologien...
> Als Termin im Kalender des linken Politikers oder militanten Aktivisten, ist es eine weitere Ablenkung davon, dass Subversion ebenso alltäglich sein muss, wie die Strukturen der Herrschaft überall sind.
>
> Trotzdem halten wir es für angemessen, kurz auf den Ursprung dieses Tages, und auch auf die Bedeutung der damit verbundenen Kämpfe zurückzukommen: ↘

Wir schreiben diesen Kämpfen nicht zu, auf die Zerstörung der Arbeit abgezielt zu haben; sie richteten sich meistens vielmehr gegen das Elend, das die Arbeit umgab. Vielleicht war es eben die Fähigkeit, sich ihrer Logik gänzlich zu entziehen, an der es mangelte...

Während dieser Epoche befand sich die Welt der Arbeit in starkem Wandel. Die Industrialisierung brachte mit den Fabriken und Maschinen ein neues Ausmass der Trennung zwischen dem Menschen und seiner Tätigkeit mit sich, zugleich aber auch eine Konzentrierung der Arbeiter und des Willens, ihr Elend zu bekämpfen. Man könnte vom Höhepunkt der internationalen "Arbeiterbewegung" sprechen. Die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts waren übersät mit Versuchen einer revolutionären Umgestaltung des alltäglichen Lebens. Doch das Kapital ist sich der Gefährlichkeit von Fabriken- und Arbeitervierteln bewusst geworden, und über Jahrzehnte fand und findet eine Restrukturierung der gesellschaftlichen Organisation der Ausbeutung statt. Die Produktionszentren wurden über das Land verteilt und die Vereinzelung der Arbeiter vorangetrieben. Nachdem man sie erst den ländlichen Gemeinschaften entriss, um sie in den Städten zusammenzupferchen, begann man nun damit, diese gefährlichen Milieus zu zersetzen, in denen sich ein Klassenbewusstsein und die Möglichkeit, sich seines Schaffens wieder selbst zu bemächtigen, konkretisierte. Nachdem sie dem "ersten proletarischen Ansturm gegen die Klassengesellschaft" standhielten, kümmern sich die Polizisten und Architekten, Soziologen und Psychologen, Bosse und Politiker nun umso intensiver darum, diesen alten Traum, wo auch immer er sich zeigt, von Grund auf zu ersticken.

> Lebensminimum
>
> Es kann nie oft genug gesagt werden: die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung sind heute zum Scheitern verurteilt; weniger wegen der Spaltung und der Abhängigkeit dieser anerkannten Organismen, als wegen der Dürftigkeit ihrer Programme.
> Den Arbeitern kann nicht oft genug gesagt werden, dass ihre unersetzbaren Existenzen auf dem Spiel stehen, Existenzen, in denen alles geschehen könnte; dass es ihre schönsten Jahre sind, die da verstreichen, ohne echte Freude, ohne dass sie auch nur einmal zu den Waffen gegriffen hätten.
> Nicht um die Forderung, das „Existenzminimum" zu garantieren oder zu erhöhen, geht es, sondern darum, dass aufgehört werden muss, die Massen auf dem Lebensminimum zu halten. [...]
> Das Regime [...] weitet seine Gefängnisse immer weiter aus, in denen es weiter nichts zu gewinnen gibt, aber ausser Ketten auch nichts zu verlieren.
> Das Leben ist jenseits davon zu gewinnen.
> Nicht die Frage der Lohnerhöhung ist zu stellen, sondern die der Lebensbedingungen der Bevölkerung im Westen.
> Wir müssen uns weigern, im Innern des Systems zu kämpfen, um Teilzugeständnisse zu erlangen, die unverzüglich vom Kapitalismus in Frage gestellt oder anderswo zurückgenommen werden. Es gilt, radikal die Frage des Überlebens oder der Zerstörung dieses Systems zu stellen.
> Nicht über mögliche Einverständnisse ist zu diskutieren, sondern über unakzeptierbare Realitäten. [...] Der soziale Kampf darf nicht bürokratisch, sondern muss leidenschaftlich sein.
> Um die desaströsen Ergebnisse der professionellen Gewerkschaftsbewegung zu beurteilen, braucht man lediglich die spontanen Streiks vom August 1953 zu analysieren; die Entschlossenheit der Basis, die Sabotage durch die streikbrecherischen Gewerksch aftsorganisationen; die Kapitulation der C.G.T.*, die den Generalstreik weder herbeizuführen noch zu benutzen verstand, als er sich siegreich ausbreitete.
> Stattdessen müssen wir uns einiger Tatsachen bewusst werden, die die Diskussion mit Leidenschaft beseelen könnten: der Tatsache beispielsweise, dass wir überall auf der Welt Freunde haben und dass wir uns in ihrem Kampf wiedererkennen. Aber auch die Tatsache, dass das Leben verstreicht und dass wir keine Kompensation erwarten, mit Ausnahme derer, die wir selber erfinden und aufbauen müssen.
> Es ist alles nur eine Sache des Mutes.
>
> Potlatch IV, 13. Juli 1954

*CGT: *Confédération Générale du Travail*. Gewerkschaftsbund, der damals der Kommunistischen Partei Frankreichs nahestand.

Die Bedingungen begannen sich also zu verändern und Jahrzehnte waren nötig, bis sich die freiheitsstrebenden Herzen in dieser neuen Situation zurechtfanden und sich revolutionäre Ideen verbreiteten, die dieser neuen Zeit entsprachen.
Doch mit dem wildesten Generalstreik der Geschichte, der im Mai 68 ganz Frankreich lahmlegte, wurde deutlich, dass der Kampf zwischen den Eignern und den Verdammten dieser Welt noch längst nicht ausgefochten war. Auch Italien und England sahen sich in den folgenden

Eine Strasse während des Pariser Mai 1968

„Die Arbeiter zögerten nicht, Barrikaden zu errichten, Autos zu verbrennen, Polizeireviere zu plündern und aus dem Boulevard St. Michel einen grossen Garten zu machen [...].“

„Die kapitalistische Zeit stand still. Ohne Zug, ohne Metro, ohne Auto holten die Streikenden die Zeit nach, die sie auf so triste Weise in den Fabriken, auf den Strassen, vor dem Fernseher verloren haben. Man bummelte herum, man träumte, man lernte zu leben. Die Wünsche fingen an, allmählich Wirklichkeit zu werden. Zum ersten Mal gab es wirklich eine Jugend. Nicht diese soziale Kategorie, die von Soziologen und Wirtschaftswissenschaftlern zum Wohle der Warengesellschaft erfunden wurde, sondern die einzig wirkliche Jugend, die der ohne toten Punkt erlebten Zeit...“

Aus den Erinnerungen eines Aufständischen

Jahren durch unzählige Streiks, Fabrikbesetzungen und Revolten an den Rand eines offenen Klassenkrieges gedrängt. Zum Schrecken der Herrschenden durchbrach erneut die Idee, die Welt auf den Kopf zu stellen, um sie endlich jedem einzelnen zurückzugeben, den Lauf jener Geschichte, die sie doch so gerne hätten vergessen machen wollen. Doch auch diese stürmische Welle, mit all ihren Erfahrungen von Selbstorganisation und wilden Revolten, zerbarst an den Felsen der sozialen Normalität. In der nachfolgenden Ebbe hat das Kapital seine Lehren aus aus den Forderungen der Bewegung gezogen; vor allem aus jenen, die von Reformisten und Stalinisten dominiert und durch Gewerkschaftsbürokraten im Zaum gehalten wurden. Indem man diesen im Rahmen einer Verfeinerung der Herrschaft entgegenkam, wurde Schritt für Schritt die Integrierung der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft vollendet.

Indessen kümmerten sich die Mediokraten eifrig um die allgegenwärtige Rechtfertigung der herrschenden Verhältnisse und darum, das Ende der Geschichte auszurufen. Dies führte dazu, dass heute Generationen heranwachsen, die sich gar keine *andere* Welt mehr denken können, die keine Träume mehr haben, in welche sie die Energie ihrer Wut und unterdrückten Verlangen stecken können. Die Techniken der Macht werden subtiler, was die Ausbeutung nicht erträglicher, aber weniger greifbar macht. So entlädt sich die soziale Unzufriedenheit oft durch ansteigende Gewalt unter den Ausgebeuteten selbst, anstatt sich gegen Ordnung, die sie verursacht zu wenden.
Wir finden uns also erneut vor einer grundlegenden Änderung der Lebensbedingungen wieder, und wenn wir heute von Revolution sprechen wollen, dann haben wir einiges neu in Betracht zu ziehen.
Rund um uns herum spitzen sich die sozialen Konflikte wieder zu. Die französischen Banlieues explodieren immer wieder, massive Aufstände erheben sich im

sich Jugendliche alle paar Wochen Strassenkämpfe mit der Polizei,... mögen sie anstatt der Willkür eines Bürgerkriegs, einem revolutionären Ansturm auf die Welt, die uns erdrückt, entgegengehen.

Eine neue Realität

In den totalitären Warendemokratien des Westens noch von einer Klassengesellschaft zu sprechen, erscheint beinahe schon lächerlich. Der klassische Arbeiter wird zunehmends durch den Bürokraten und das Anwachsen des "Dienstleistungssektors" verdrängt, und die klare Gegenüberstellung von Ausbeuter und Ausgebeutetem hat sich meist in tausend Wirrungen verflüchtigt. Jeder ist irgendwie Meister und Diener zugleich. Man wird weniger von einem Boss herumkommandiert, als von einem Sekretär verwaltet.

Während die Identität des "Arbeiters" seit längerem, gemeinsam mit jener des "Konsumenten", in der Figur des "Bürgers" verschmolz, verliert hier auch die Arbeit immer mehr ihre starren Strukturen. Redefreiheit und die Art sich zu kleiden, eine Vielfalt von Jobs, aus denen man aussuchen kann, keinen grossen intellektuellen Anspruch, standardisierte Sicherheitsmassnahmen, Robotisierung grundlegender Prozesse, zunehmende Trennung zwischen den unterschiedlichen Arbeitsbereichen – all dies ist darauf ausgerichtet, ein Modell zu bilden, das sich deutlich von jenem der Vergangenheit unterscheidet.
Der Kapitalismus selbst hat seinen veralteten Apparat demontiert. Die Methoden, auf die der bewusste Arbeiter einst zurückgriff, um die Härte der Arbeit zu reduzieren und der brutalen und direkten Ausbeutung standzuhalten, hat das Kapital nun selbst zu normalen Prozessen gemacht. Es ist das Kapital, das jetzt das Aufbrechen der Arbeitseinheiten vorschlägt, wenn es dies nicht sogar aufzwingt. Mit reduzierten, flexiblen Arbeitsstunden, selbst definierten Projekten, Partizipation in der Entscheidungsfindung, Mitein-

beziehung sozialer und ökologischer Aspekte, etc. verbreitet sich eine Verwirrung, die uns glauben machen will, dass die Interessen der Chefs auch die unsrigen sind. Wir sollen uns mit dem Unternehmen identifizieren, uns freuen, wenn das Geschäft gut läuft, und zusätzliche Anstrengungen liefern, falls es gerade schlechter geht.

Doch die genannten Bedingungen sind vor allem jene, der "privilegierteren" Schichten, um in der verkehrten Sprache der Arbeitswelt zu sprechen. Für die Armen sieht die Realität etwas anders aus. Auch hier lösen sich die starren Strukturen... zugunsten einer möglichst flexiblen Ausbeutung. Prekarität, Temporärarbeit, ständiges Umherziehen und soziale Isolierung sind die Perspektiven für jene, die als Puffer für die ökonomischen Schwankungen zu dienen haben. Gleichzeitig gibt es all die Unerwünschten, all jene, für die diese Ordnung keine andere Rolle vorgesehen hat, als sich der bedingungslosen Versklavung hinzugeben, oder zu krepieren. Arme, Arbeitslose, Migranten, Illegale, Ausgestossene, Gefangene...

Nur durch das Verbinden der Kämpfe von jenen, auf denen das existentielle Elend dieser Ordnung am härtesten lastet, mit einer Kritik des sozialen und emotionalen Elends, das in der reinlich funktionierenden Arbeits- und Warenwelt herrscht, können wir zu revolutionären Kämpfen gelangen, die erneut die Gesamtheit der bestehenden Verhältnisse in Frage zu stellen vermögen.

Das sichtbare Scheitern jeglicher anti-kapitalistischen Reform der Arbeit, welche bloss dazu verhalf, der Ausbeutung angepasstere und somit standfestere Formen zu geben, und schliesslich dem Kapital die Grundlage verschuf, um die Arbeiter auf eine differenziertere Weise zu unterwerfen, macht deutlicher denn je, dass der Kampf gegen die Ausbeutung ein Kampf für die Zerstörung der Arbeit sein muss.
Wir haben gesehen wie jede fordernde Kritik bloss zu einer Verfeinerung der Herrschaft führte. Nun, da die grossen Massenbewegungen verschwunden sind,

die in den seichten Programmen, die aus ihnen hervor-
kamen, soviel revolutionäres Potential ertränkten, wieso sollten wir uns davon aufhalten lassen, nach Teilzugeständnissen zu suchen?
Die Arbeiter, die während eines Generalstreiks ein Transparent mit der Aufschrift "*Wir fordern nichts*" trugen, hatten verstanden, dass das Scheitern in der Forderung selbst liegt. Wenn wir den revolutionären Bruch mit dem Bestehenden anstreben, dann ist dies das Ende aller Zugeständnisse. Es bleibt der Revolte überlassen, sich allem zu entledigen.

Aller Komplexität der heutigen Ausbeutungsmechanismen zum trotz, hängt ihr Funktionieren noch immer von der Entscheidung eines jeden einzelnen ab, seine Tatkräftigkeit entweder in ihre Erhaltung oder in ihre Zerstörung zu stecken.

Wir wollen *„die Idee von Selbstorganisation und Solidarität an den Arbeitsorten, von Kampfkomitees und vom kollektiven Handeln der Basis verbreiten und dadurch die Gewerkschaftsbürokratien abschaffen.*
All die Jahre haben wir das Elend hinuntergeschluckt, die Ausnutzung der Situation der Schwächeren, die Gewalt auf der Arbeit. Wir haben uns daran gewöhnt, die "Verkrüppelten" und die Toten – die sogenannten "Arbeitsunfälle" – einfach nur noch zu zählen. Wir haben uns daran gewöhnt, zu ignorieren, dass die Migranten, unsere Klassenbrüder und -schwestern, getötet werden. Wir haben die Schnauze voll davon mit der Angst um unseren Lohn zu leben, vom Bezahlen der Steuern und von einer Rente, die sich wie ein in die Ferne entrückter Traum anfühlt.
So wie wir darum kämpfen, unsere Leben nicht an die Bosse und die Gewerkschaftsvertreter zu verlieren, so werden wir auch keinen der verhafteten Aufständischen alleine lassen, die sich in den Händen des Staates und der Justizmaschine befinden.“

Auszug aus der Erklärung der Vollversammlung der aufständischen Arbeiter zur Besetzung der Zentrale des allgemeinen Gewerkschaftsbundes (GSEE),

17. Dezember 2008, Griechenland

Bild: Verwüstung eines Temporärarbeitsbüros von OIKOMET in Griechenland. Während den Dezember Aufständen wurden etliche solche Büros verwüstet.

Nun, falls ihr euch von der Arbeit nicht so sehr beleidigt fühlt, und die direkte Unterdrückung persönlich wenig spürt; wenn ihr, trotz all der oberflächlichen Klagegesänge, ohne die Arbeit nicht leben könnt, weil ihr euch schrecklich langweilen würdet; wenn es euch gelingt, die tägliche Disziplin am Arbeitsplatz zu ertragen und die ständigen Vorwürfe von schwachköpfigen Kleinbossen zu respektieren; wenn ihr nie die Verlockung verspürt, das Geld oder die Nahrung dort zu holen, wo es sie im Überfluss gibt, um euch endlich dem Leben selbst zu widmen; dann haben wir euch hier nicht viel zu sagen. Doch an alle anderen:
Wieso sollten wir jemals arbeiten?

Die moralischen Schranken einmal überwunden, mit etwas Wagemut, Fantasie und spielerischem Elan, bieten sich tausend Möglichkeiten, der Arbeit zu entkommen. Durch Selbstorganisation und gegenseitige Hilfe können diese Möglichkeiten mit jeder weiteren Person, die sich dazu entscheidet, anwachsen. Und wenn wir dem noch etwas Gespür für Subversion hinzufügen, wenn wir der Ethik der Arbeit unsere persönliche Ethik entgegenstellen, eine, die mit jeglicher Form von Ausbeutung unversöhnlich ist, dann mögen daraus Verhaltensweisen entstehen, die direkt in die Herzen unserer Feinde treffen.

Die Logik der Arbeit

Die zynische Verlogenheit, die uns glauben machen will, selbst die Profiteure unserer Arbeit zu sein, während sie einzig und allein den Zwecken der Herrschenden dient, wurde im Laufe der Geschichte immer wieder erkannt und bekämpft. Viel schwieriger scheint es jedoch, auch in die *Logik* der Arbeit einzusehen, und ihr zu entfliehen. Die völlige Entfremdung von den Zwecken und Produkten unserer eigenen Arbeit, erlaubt ihr, verdeckt und unter dem Schleier der Gewohnheit zu operieren. Die Logik der Arbeit könnte im Grunde folgendermassen zusammengefasst werden: Jegliche bedeutsame Aktivität muss einen *Zweck* und ein *Ziel* haben. Demzufolge muss jegliche Aktivität aufgrund ihres Produktes beurteilt und bewertet werden. Dieses Endprodukt hat Vorrang vor dem kreativen Prozess, so dass die inexistente Zukunft über die Gegenwart herrscht. Die unmittelbare Befriedigung der erschaffenden Freude ist unbedeutend, das einzige was zählt, ist das Gelingen oder das Scheitern...
So ist es nicht erstaunlich, dass in der Welt eben dieser Logik die Effizienz das allgemeine Bewertungskriterium ist, vor allem auch von uns selbst. Wir haben eine Leistung zu erbringen, um unser Selbstwertgefühl zu steigern. Das ziellose Entfalten der eigenen Individualität wird auf dem Altar der Produktion und der sozialen Reproduktion geopfert. Der lebendige Fluss von leidenschaftlichen Beziehungen wird in Rollen kanalisiert und eingedämmt, die im Räderwerk der sozialen Maschinerie ihren Platz einnehmen. Losgetrennt von Bedürfnissen, die weder durch die Arbeits- noch durch die Warenwelt diktiert werden, erfahren wir tagtäglich die Entfremdung, die uns die eigene Aktivität und das eigene Leben entreisst.
Eben dieses Gefühl, dass uns das Leben durch die Finger rinnt, ist seit jeher der Auslöser für Revolten. Doch die Vorstellung von einer Revolution ist allzuoft innerhalb der Logik der Arbeit geblieben. Die Revolution als eine Aufgabe mit einem Zweck, einem Ziel... eine perfekt funktionierende Gesellschaft hervorzubringen. Sie hat einen Anfang und einen Schluss. Sie hat Erfolg oder sie scheitert, sie wird zum Gewinner oder Verlierer. Jedenfalls... *nimmt sie ein Ende.*
Ohne dass es ihr jemals gelang, der Logik der Arbeit zu entkommen, ist bis anhin jede Revolution fehlgeschlagen. Selbst diejenigen, die siegreich waren... *vor allem* diejenigen, die siegreich waren.
Wieso nicht einer Aktivität, anstatt aufgrund ihres Endprodukts, aufgrund dessen einen Wert beimessen, was sie zu dieser Stunde ist? Revolution nicht als Aufgabe, sondern als eine Art von Spiel, im weitesten Sinne des Wortes. Als eine Erkundung, ein Experimentieren... ohne Anfang noch Ende... ein unendlicher Aufbruch zu neuen Entdeckungen, neuen Erfahrungen und neuen Abenteuern.

Ein alter Traum

Sei es während der Bauernaufstände gegen die Sklaverei im Mittelalter; zu Zeiten, als die englischen Ludditen die ersten industriellen Webereien mit Hämmern zerschlugen; im Innern der Pariser Kommune, dem ersten umfassenden, aufständischen Versuch eines selbstorganisierten Lebens in der Stadt, oder während des jahrelangen Experimentierens mit anarchistischen Ideen in Katalonien inmitten des spanischen Bürgerkriegs: Der alte Traum, sich der unterwürfigen Arbeit zu entledigen, um das Leben mit den eigenen Hände zu gestalten, tritt immer wieder meuternd zu Tage.

↘ **Am 1. Mai 1886**, nach einer Arbeiterversammlung auf dem *Heymarket* in Chicago, begann ein mehrtägiger Generalstreik, zu dem die nordamerikanische Arbeiterbewegung seit Anfang Jahr aufrief.
Der Tag wurde in Anlehnung an die Massendemonstration vom 1. Mai 1856 in Australien gewählt, die damals ebenfalls den Achtstundentag forderte.
Zu dieser Zeit verbrachte der durchschnittliche Arbeiter 12-14 Stunden in der Fabrik und konnte sich davon gerade ein Abendessen leisten.
Am 3. Mai führte der Streik zu massiven Konfrontationen zwischen Demonstranten und der Polizei, wobei sechs Arbeiter getötet und einige weitere verletzt wurden. In der darauf folgenden Nacht versammelten sich mehrere tausend Streikende zu einer Protestkundgebung, welche die Polizei wiederum zu stürmen versuchte. Die Lage eskalierte am nächsten Tag, als ein Unbekannter eine Bombe aus der Menge warf, die einen Polizisten sofort tötete und viele Umstehende verletzte. Sechs weitere Polizisten starben an den Folgen. Die Polizei eröffnete das Feuer und während der anschliessenden Unruhen, die als *Haymarket Affair* in die Geschichte eingingen, wurden mehr als 200 Arbeiter verletzt und schätzungsweise 20 getötet.
Acht Anarchisten, die die Kundgebung organisiert haben sollen, wurden festgenommen und der Verschwörung angeklagt. Vier von ihnen wurden hingerichtet, einer beging in seiner Zelle Suizid. Die drei noch lebenden wurden sechs Jahre später begnadigt.
Auf dem Gründungskongress der *Zweiten Internationalen* 1889 wurde in Gedenken an diese Ereignisse der 1. Mai als "Kampftag der Arbeiterbewegung" ausgerufen, an welchem in allen Ländern für die Einführung das Achtstundentags demostriert werden soll.

Das, was mittlerweile als Errungenschaft gefeiert wird, ist im Grunde nichts anderes, als eine Anpassung des Kapitals an neue Verhältnisse – wenn auch unter dem Druck einer Arbeiterbewegung. Anfangs des 20. Jahrhunderts musste die wachsende Automatisierung der Produktion zwar die Anhäufung von Kapital gewährleisten, sie führte jedoch auch zu immer grösserer Arbeitslosigkeit. In Anbetracht dessen, dass die grosse Weltwirtschaftskrise entstand, weil zu viel produziert, aber zu wenig konsumiert wurde, drängte sich auf, dass die Arbeitseinteilung geändert werden musste. Im selben Masse wie man die Arbeitsstunden zurückschraubte, dehnten sich die Stunden des Konsums aus. Im Grunde bestand der Tag also noch immer aus gleichviel toter Zeit. Doch somit konnte zugleich der hohen Arbeitslosigkeit, der Unausgeglichenheit zwischen Massenproduktion und -konsumtion, sowie der Wut der Arbeiter entgegengewirkt werden.
Für die Reduzierung der Arbeitszeit zu kämpfen, bedeutet, von einem revolutionären Standpunkt aus betrachtet, also nichts anderes, als dem Kapital beim Aufkommen von Widersprüchen zu einer Lösung zu verhelfen. So wie es im Grunde bei jeder Forderung der Fall ist.
Das heisst nicht, dass in diesen Arbeiterkämpfen keine essentiellen Erfahrungen mit Selbstorganisation, Sabotageakten oder Aufständen gemacht wurden. Dies waren jedoch stets Momente, die der Macht der Gewerkschaften entglitten. Ebensowenig soll das heissen, dass in Teilkämpfen nicht immer auch ein Potential besteht, zu einer revolutionären Infragestellung der Gesamtheit zu gelangen. Dies sind jedoch stets Momente, in denen es nicht darum geht zu fordern, sondern anzugreifen und sich zu nehmen...

„Wer nicht arbeitet, kriegt nichts zu essen." In einer Gesellschaft, in der anonyme Arbeit für einen anonymen Markt verrichtet wird, um immer entfremdetere Bedürfnisse zu befriedigen, die der Kapitalismus aufgrund seiner Fortschrittslogik stets neu kreiert, ist diese Aussage nichts weiter als eine Absurdität. Arbeit ist zunächst die Erzeugung von Mehrwert, in welcher Form auch immer. Es geht längst nicht mehr darum, die Mittel für unser Überleben zu beschaffen – und darum, die Qualität unseres Lebens zu steigern, ging es noch nie!

Denken wir nur daran, wie viele Leute aufgrund der blossen Existenz von Geld arbeiten (Finanzwesen, Bürokraten, Verwaltung, etc.), denken wir an all die sinnlosen Produkte und Dienstleistungen, an das falsche Problem der Arbeitslosigkeit, an Beschäftigungstherapien, an das krampfhafte Erforschen von neuen Marktlücken,...
Tatsache ist, dass man uns um alles in der Welt beschäftigt halten will, durch Arbeit und Konsum. Damit wir keine Gelegenheit haben, zu erkennen, dass das Wesentliche, was uns von den Überlebensmitteln trennt, die Moral ist, mit der wir uns selbst untersagen, sie den Ausbeutern zu entreissen; und dass die Möglichkeit, die uns einer Steigerung der Lebensqualität näher bringt, in einem gelebten Aufstand liegt, der sich endlich der Arbeit und ihrer Welt entledigt.

In der allgemeinen Unterwürfigkeit – meist eher durch Fatalismus („es ist nun mal so") als durch konkreten Zwang – gibt es eine besonders erbärmliche Gestalt: Den *ehrlichen Arbeiter.*
Er zieht es vor, sich ein Leben lang zu unterwerfen, um dafür bei Tagesende ein "reines Gewissen" zu haben. Stolz kriecht er vor seinem Boss, während das Einzige, woran er sich noch festhalten kann, die soziale Rolle ist, die ihm seine Arbeit verschafft. Sich selbst völlig fremd geworden, versucht er die Substanzlosigkeit seines Lebens mit der Anhäufung von Waren zu kompensieren. Heutzutage ein ehrlicher Arbeiter zu sein, hat mit Ehre nichts zu tun, es ist eine Selbsterniedrigung, eine Idiotie, eine Schande und eine Feigheit.
Bei der Arbeit sowie in der "Freizeit" bleibt er Sklave derselben Ethik:
Leben um zu arbeiten,
arbeiten um zu
leben.

„Arbeitet nie!"

Dies ist der beste Ratschlag, um der Normalität zu entkommen. Alles weitere liegt an jedem selbst zu erkunden.
Unser Denken kann sich nur aus der bornierten Logik der Arbeit befreien, wenn wir den sozialen Zwängen Zeit und Raum entreissen, um mit anderen Ideen zu experimentieren. Dies ist unmittelbar mit einem Kampf verbunden. Doch jemand der sich von der Arbeit befreit, während er in der Warenlogik gefangen bleibt, wird entweder zum Kleptomanen oder Berufs-Bankräuber. Arbeit und Konsum sind zwei Phasen desselben Prozesses. Das Dilemma kann nur gelöst werden, indem man sein eigenes kreatives Projekt erfindet. Das geistige Elend der Kunst und ihres Milieues ist dabei unter allen Umständen zu vermeiden, vielmehr geht es um die Erschaffung jedes einzelnen Moments unseres Lebens. Anders ausgedrückt, es ist notwendig, darüber nachzudenken, was man mit seinem Leben tun will und wie man sich die notwendigen Mittel beschafft, um es zu realisieren – ohne zu arbeiten. Wenn wir die Arbeit zerstören wollen, dann müssen wir Wege des individuellen und kollektiven Experimentierens erforschen, und somit Ideen und Handlungen finden, die uns ermöglichen, den notwendigen Raum und die notwendige Zeit dafür zu erkämpfen.
Wir müssen lernen, während des Lebens und mit ihm zu spielen und die Regeln dieses Spiels selbst zu bestimmen.
Wir sind uns der Notwendigkeit von Abmachungen, um zusammenzuleben bewusst. Freiheit bedeutet nicht eine Abwesenheit von Regeln. Doch jene Regeln, die durch Kontrolle und Strafen aufgezwungen werden, sind Sklaverei. Und Arbeit war das, ist das und könnte niemals etwas anderes sein. Die einzigen Regeln, die diesen Namen verdienen, sind für uns jene, die frei und gegenseitig gemacht und festgelegt wurden, und nicht die, die einseitig von denjenigen auferlegt wurden, die die Macht, Gesetzte zu erlassen, und die Gewalt, um deren Respektierung durchzusetzen, besitzen.

Jenseits der Grenzen der herrschenden Moral und Gesetzlichkeit liegt eine Möglichkeit, die uns nicht gegeben wird, eine, die wir uns nehmen müssen: Ein Zusammenleben ohne Herrschaft und ohne Ausbeutung, in dem wir uns nicht durch *erzwungene Taten* am überleben halten, sondern uns durch *freie Handlungen* die Mittel beschaffen, um das Leben in all seinen Tiefen zu geniessen. Insofern wir heute bereits ein Leben wollen, das nicht auf Arbeit sondern auf unseren Leidenschaften beruht, wollen wir letztere zunächst der Erschaffung eines Aufstandes widmen, der sich jeglicher Form von Ausbeutung entledigt.

Wir können die Gewohnheit wählen, das Bestehende und seine Sicherheiten. Und an Sicherheiten, diesem sozialen Gift, kann man sterben. Vielleicht nicht an Hunger, dafür aber an Langeweile...
Oder wir wählen den Aufstand, das Unbekannte, das im Leben eines jeden hervorbricht, das Unbekannte von Stimmungen, in denen es sich zu verlieren gilt, von nie erforschten Gedanken, von stets unterdrückten Leidenschaften...

Es ist ein alter und einfacher Traum, doch er fordert die Umwälzung der gesamten Welt: Das freie Kreieren von uns selbst, und der Situation, die uns umgibt.

Auf dass dieser Traum erneut berstend durch die Tore der Geschichte einfällt.

„Durch Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung und Entwicklung gesunder und umweltverträglicher Produkte."

Die deutschen Versuchsansteller *

Es gibt wenige Wirtschaftszweige, wo die Wirkung direkter Aktion so prägnant war, dass der gesamte Industriesektor nicht mehr richtig kann. Und das trotz peinlicher Versuche von NGOs, grünen Parteien usw., direkte Aktionen zu diskreditieren und aus einer vermeintlichen Gemeinschaft der GentechnikkritikerInnen auszugrenzen. Allerdings: Jubeln ist zu früh – wenige Felder reichen, um die patentierbaren DNA-Stränge überall hinzubringen. Daher bleibt wieder nötig …

www.gentech-weg.de.vu

www.biotech-seilschaften.de.vu!

Potenziale gentechnisch veränderter Pflanzen bestätigt
Seit Beginn der 80er Jahre werden öffentliche Projekte zur Biosicherheitsforschung durchgeführt. Bis heute wurden 300 Vorhaben mit mehr als 100 Millionen Euro gefördert. Die Ausschreibung und Vergabe der Fördermittel erfolgt dabei unabhängig, objektiv und nach wissenschaftlichen Kriterien, die Ergebnisse werden in international anerkannten Wissenschaftsjournalen publiziert. Bei keinem der Projekte wurden negative Auswirkungen der transgenen Pflanzen nachgewiesen. Vielmehr konnte gezeigt werden, dass aus Sicht der Umwelt- und Lebensmittelsicherheit gentechnisch veränderte Pflanzen häufig besser abschneiden als konventionelle oder biologisch produzierte Produkte. Zudem können nur mit Freilandversuchen die Fragen beantwortet werden, ob gentechnisch veränderte Pflanzen geeignet sind, den globalen Herausforderungen wie Klimawandel und Ernährungssicherung zu begegnen.

Wissenschaftler und deren Arbeit werden verunglimpft
Gentechnikgegner geben sich schon lange nicht mehr mit der Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Sicherheit gentechnisch veränderter Pflanzen zufrieden. Um mehr Aufmerksamkeit zu erlangen, verleumden sie Wissenschaftler nicht nur in ihrem persönlichen Umfeld, sondern prangern ihre wissenschaftliche Arbeit öffentlich als nicht neutral an. Eine Unterstützung der Wissenschaftler durch die Politik findet dabei kaum statt.

Deutschland soll auch in Zukunft als Spitzenstandort für Forschung und Innovation erhalten bleiben!

Deutsche Wissenschaftler haben dazu beigetragen, dass Deutschland weltweit als Standort für Spitzenforschung betrachtet und geschätzt wird. Diese Einschätzung wird für den Bereich der Grünen Gentechnik durch die aktuellen Entwicklungen jedoch massiv negativ beeinflusst.

Wir sehen in diesem Forschungsgebiet für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland erhebliche Potenziale und wollen auch weiterhin eine an der Praxis orientierte Forschung betreiben. Um auch in Zukunft Freilandversuche erfolgreich durchführen und abschließen zu können, benötigen wir erhebliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen und fordern:

- **Konsequente strafrechtliche Verfolgung von Feldzerstörern!**
- **Anpassung des öffentlichen Standortregisters, um sicherzustellen, dass Freisetzungsversuche nicht zerstört werden!**
- **Anerkennung wissenschaftlicher Kompetenz!**
- **Berücksichtigung wissenschaftlich bestätigter Ergebnisse bei politischer Entscheidungsfindung!**
- **Begleitende Kommunikationsmaßnahmen verstärken, um eine wissenschaftsorientierte Gesellschaftsdebatte zu ermöglichen!**

** Alle Einrichtungen, die in Deutschland Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen durchführen finden sich beim Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. in einem Informationskreis zusammen. Dieser bietet den Versuchsanstellern eine Plattform, sich mit anderen Betreibern von Freisetzungsversuchen auszutauschen. Das Ziel des Gremiums ist es, der steigenden Zahl von Feldzerstörungen, der die Versuchsansteller zunehmend hilflos gegenüber stehen, in angemessener Weise zu begegnen.*

Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen sind unerlässlich, um den Erkenntnisgewinn in der Pflanzenforschung voranzutreiben.

Freilandversuche:

- liefern wichtige Erkenntnisse über die Interaktionen der Pflanzen mit natürlichen Klima- und Bodenbedingungen.
- generieren notwendige Daten für eine umfassende Sicherheitsbewertung der Pflanzen.
- sind fester Bestandteil im Genehmigungsverfahren.
- unterliegen einer gesonderten Genehmigung und dürfen erst nach ausführlichen Prüfungen im Labor und Gewächshaus durchgeführt werden.

Kurz: Kontrollierte Freilandversuche sind die Basis für eine wissenschaftliche Bewertung von Pflanzen in der Umwelt und liefern wichtige Erkenntnisse für eine vorurteilsfreie und fundierte Sicherheitsbewertung gentechnisch veränderter Pflanzen. Nur mit Freilandversuchen kann beantwortet werden, ob solche Pflanzen geeignet sind, den globalen Herausforderungen wie Klimawandel und Ernährungssicherung zu begegnen.

Zerstörung und Behinderung von Freilandversuchen gefährden den Innovationsstandort Deutschland!

Wir betrachten mit zunehmender Sorge negative Auswirkungen auf die Anlage und Durchführung von Freilandversuchen. Gründe für diese Sorge sind vor allem:

Feldzerstörungen nehmen in Anzahl und Qualität stetig zu

Seit Jahren ist eine Radikalisierung der Bewegung von Gentechnikgegnern zu beobachten. Mit rechtswidrigen Feldbesetzungen und Feldzerstörungen versuchen sie, die Technologie in Forschung und Anwendung zu blockieren. Damit verhindern sie vor allem Erkenntnisgewinn über die Sicherheit gentechnisch veränderter Pflanzen. Allein in 2009 wurde nahezu die Hälfte aller Freisetzungsversuche zerstört.

Feldzerstörungen wirken sich negativ auf das Innovationsklima Deutschlands aus

Als dramatische Folge der Zerstörungen hat sich sowohl die Zahl der angemeldeten Freisetzungsversuche, als auch die Zahl der Standorte, an denen die Versuche durchgeführt wurden, halbiert. Das ist ein fatales Signal für den Wissenschaftsstandort Deutschland, dessen Ergebnisse zur Sicherheitsforschung bislang international Beachtung gefunden haben.

Kosten und Risiko für die Durchführung von Freilandversuchen steigen

Dem stetig steigenden Risiko von Versuchsabbrüchen durch Feldzerstörungen kann nur mit hohem finanziellem Einsatz für Bewachungsmaßnahmen begegnet werden - ohne dass dies eine Garantie für einen erfolgreichen Versuchsverlauf und -abschluss wäre.

Spitzenforschung wandert ins forschungsfreundlichere Ausland ab

Als Reaktion auf die technologiefeindliche Entwicklung in Deutschland und Europa haben namhafte Forschungsinstitutionen und Pflanzenzüchter ihre Forschungs- und Züchtungsaktivitäten bereits komplett ins Ausland verlagert bzw. angekündigt, diese in Zukunft nicht mehr am europäischen Markt auszurichten. Nicht nur renommierte Wissenschaftler, auch der wissenschaftliche Nachwuchs verlagert seine Aktivitäten ins Ausland, da in Deutschland die Vergabe von Forschungsprojekten an Diplomanden und Doktoranden immer stärker mit dem Risiko verbunden ist, dass Projekte aufgrund von Zerstörungen nicht abgeschlossen und Daten nicht ausgewertet werden können.

- Fakten & Zahlen -

Beispiele für Abwanderung biotechnologischer Forschung ins Ausland

- Aufgrund schlechter Rahmenbedingungen beabsichtigen einzelne Fraunhofer Institute Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen nicht mehr in Deutschland und Europa durchzuführen.
- Die Norddeutsche Pflanzenzucht (NPZ) hat 2003 in Kanada eine eigene Forschungstochter gegründet, die erfolgreich Sorten für den amerikanischen Markt züchtet.
- Die Deutsche Saatveredlung (DSV) führt die Entwicklung gentechnisch veränderter Pflanzen nur noch in Kanada durch.
- Bayer CropScience verlagert seine biotechnologische Forschung komplett von Potsdam nach Gent.
- BASF hat angekündigt, keine neuen gentechnisch veränderten Produkte mehr ausschließlich für den europäischen Markt zu entwickeln.
- Die Universität Hannover führt Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Erbsen an der North Dakota State University durch.

Zerstörung eines Maisfreisetzungsversuches Niedersachsen 2009

Zerstörung eines Freisetzungsversuches mit Weizen in Mecklenburg-Vorpommern 2009

Zerstörung eines Freisetzungsversuches mit Kartoffeln in Rheinland-Pfalz 2008

Feldzerstörungen 2001 – 2009
„Verhindert" wurden Versuche, die aufgrund von Feldbesetzungen bzw. politischer Blockade nicht stattfinden konnten. (Quelle: BDP)

Kulturart	2007		2008		2009	
	Traits	Standorte	Traits	Standorte	Traits	Standorte
Kartoffel	14	36	6	14	6	13
Mais	7	37	5	18	8	17
Schw Nachtschatten	2	2	--	--	--	--
Raps	1	1	--	--	--	--
Petunie	--	--	--	--	1	1
Erbse	1	1	--	--	--	--
Soja	1	1	--	--	--	--
Zuckerrübe	--	--	1	6	1	2
Gerste	1	1	--	--	1	1
Weizen	1	1	1	1	1	2
Gesamt	28	80	13	39	18	36

Entwicklung von Freilandversuchen mit gv-Pflanzen 2007 – 2009 (Quelle BVL)

Ansprechpartnerin: Kerstin Mönch
Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V.
Kaufmannstr. 71 - 73, 53115 Bonn
Tel. 02 28/9 85 81-30, Fax -19
kmoench@bdp-online.de

In der Folge eine von **ABC Halifax, Po Box 8684, Halifax, NS, B3K 5M4, CANADA**, *erhaltene Broschüre, üb. von mc, Lager Pöschwies, Zürich.*

SCHLUSS DAMIT!

UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN „ENCANA BOMBER"

BACKGROUND

EnCana ist der grösste Naturgasmulti Nordamerikas, mit Billionen $ Jahresgewinn[1]. Wie für jeden Multi gelten für EnCana nur Profit und nicht die Folgen ihrer Unternehmungen. Sie haben in „Schutzgebieten" von Alberta hunderte von Naturgasquellen angezapft und ihre Pipelines und Gasfackeln verseuchen die Landschaft Albertas und British Kolumbiens (BC) und vergiften dort Boden, Luft und Wasser.

EnCana ist im Schwefelgasbusiness tätig, ein besonders gefährliches und faulig riechendes Gas, das für Menschen und andere Tiere tödlich sein kann.

Seit den 1960iger Jahren hat Schwefelgas mehr als 35 Erdöl- und –gasarbeiter in Alberta und BC getötet; tausende Stück Vieh verletzt und etwa hundert Landbesitzer vertrieben. (National Post Business Magazine, 2002)

Auch KüstenbewohnerInnen wurden von EnCana und ihrer dreckigen Geschäftspraxis betroffen. Im Rahmen von EnCanas Druck zur Durchsetzung eines offshore Ölprojektes vor Neuschottlands Küste mit dem Namen Deep Panuke, umgingen sie das Regulierungsverfahren zur Profitmaximierung und Verantwortungsminimierung für die toxischen Nebenprodukte.

EnCana Corp. hofft öffentliche Anhörungen zu vermeiden, falls sie eine kleinere Version ihres ursprünglichen Deep Panuke offshore Naturgasprojektes umsetzt. (...)

Sie wollen auch die Schmutzwasserabflussmengen in den Ozean erhöhen, was die UmweltschützerInnen auf den Plan gerufen hat.

EnCana hat auch um ein vereinfachtes Regulierungsverfahren ersucht, mit der Begründung, das Projekt habe schon alle notwendigen Umweltgenehmigungen erhalten. (...)

Der Energieminister Neuschottlands Bill Dooks sagte, auch er wünsche ein vereinfachtes Regulierungsverfahren, da tausende Jobs auf dem Spiel stünden[2]. (CBC News 2006)

Kaum überraschend, EnCana hat sich durchgesetzt und Rodney MacDonald verkündete im Oktober 2007 grünes Licht für Deep Panuke bzw. zur Ausbeutung des Ozeans vor Neuschottland erhalten zu haben[3].

WIDERSTAND

Seit Oktober 2008 ist EnCana auf den Widerstand der Einheimischen gestossen, deren Gesundheit und die Gesundheit ihrer Landschaft vom reichen Gesindel bei EnCana böswillig gefährdet werden. Sechs Explosionen wurden bis heute ausgelöst und beschädigten die belastenden Pipelines von EnCanas Schwefelgasindustrie im Norden von BC, ohne Verletzte zu verursachen. Diese Aktionen wurden wahrscheinlich von irgendeiner Anzahl Individuen ausgeführt, die gemeinsam oder selbstständig gehandelt haben, aber die Medien und die Polizei meinen es seien die Aktionen einer einzelnen Person, die jetzt als „EnCana bomber" bezeichnet wird.

Obwohl es bei keinem der sechs Angriffe Verletzte gab, hat die RCMP (Royal Canadian Mounted Police) begonnen den Bomber einen einheimischen Terroristen zu nennen, dessen Aktionen „extrem gewalttätig" seien. Diese Vermischung von Sachbeschädigung und Gewalt ist nichts Neues. Und die Etikettierung als TerroristInnen jener, die Sachbeschädigung einsetzen, ist ebenfalls nichts Neues[4].

---

[1] Jahreseinnahmen 2008: 30.064 Bio US$ (http://en.wikipedia.org/wiki/EnCana_Corporation).

[2] http://www.cbc.ca/news/story/2006/08/29/panuke-filing.html Hier ist offensichtlich, dass die Regierungslakaien zugunsten der grossen Multis und nicht der Umwelt oder der Menschen, zu deren Vertretung sie berufen sind, arbeiten.

[3] http://www.cbc.ca/money/story/2007/10/03/deeppanuke-approval.html

[4] Für mehr Info über gewaltlose Aktionen, die zum Terrorismus erklärt wurden, siehe greenisthenewred.com

Als Reaktion hat die RCMP einen neuen Polizeiposten in Tomslake eingerichtet. Trotz der Arbeit von mehr als 250 Ermittlern und 450 Einvernahmen von Einheimischen und einem Kopfgeld von zuerst 500.000$ und jetzt 1.000.000$ erhielten sie keinerlei Hinweise.

Das hartnäckige Schweigen der lokalen Gemeinschaft ist denn auch eine eigene Form von Protest und Solidarität. Die Verhöre der Schweine können penetrant und hartnäckig sein, vor allem wenn sich die Reichen und Mächtigen bedroht fühlen.

Zwei Briefe wurden von einer Lokalzeitungen erhalten, mit der Behauptung sie seien vom Bomber. Hier der erste Brief, vollständig, am 10. Oktober 2008 vor der ersten Explosion am 11. Oktober erhalten:

An: EnCana und alle anderen Öl- und Gasinteressen im Gebiet von Tomslake. Ihr habt bis zum 11. Oktober (Samstag 12:00 mittags) Zeit um eure Tätigkeiten einzustellen (die Anlage von Steep Rock miteinbezogen) und das Gebiet bis auf weiteres zu verlassen. Wir verhandeln nicht mit Terroristen, die ihr seid falls ihr unsere Familien weiterhin mit der wahnsinnigen Verbreitung von tödlichen Gasquellen in unseren Heimstätten gefährdet.

Der zweite Brief, am 15. Juli 2009 eingegangen:

EnCana, ihr könnt diesen Kampf schlicht nicht gewinnen weil ihr auf falschen Seite der Auseinandersetzung stehst, also hört auf die Leute hier zu bedrängen. Beendet alle eure Aktivitäten und entfernt alle eure Einrichtungen. Stellt den Zustand des Landes wie vor eurer Ankunft wieder her, und zwar bis zum letzten Stückchen, eure Gasanlage bei Kelly Lake miteinbezogen, bevor die Dinge für euch und eure Terroristenkumpane im Öl- und Gasbusiness noch viel schlimmer werden. Braucht eure exzessiven Gewinne um stattdessen grüne Energiealternativen einzurichten. Das kann verhandelt werden aber es wird keinerlei Verhandlungen mit euren Fossiltreibstoffaktivitäten geben. SCHLUSS DAMIT!

Ihr habt drei Monate um die hier Wohnenden und die allgemeine Öffentlichkeit zu überzeugen, dass ihr euch diesem Programm verpflichten wollt, das heisst, dass jegliche Aktion gegen euch von jetzt an für drei Monate aufhören wird. Wir können alle in die Sommerferien gehen, auch euer Sicherheitspersonal und die RCMP, die euch bis heute sowieso nicht helfen konnten. Was der Punkt der sechs kleineren und voll kontrollierten Explosionen war: euch klar zu machen, dass ihr wirklich verletzbar seid, hilflos gemacht werden könnt, trotz eurer Megagelder, eurem politischen Einfluss, eurer Hinterlist und Betrügerei auf die ihr euch verlassen habt.

Treibt das Problem mit eurem Dünkel und eurer Gier nicht soweit, dass Schlimmeres geschehen muss. Unterdessen gibt den Leuten hier in diesen drei Monaten Raum um unbelästigt von jeglichen weiteren Einvernahmen und/oder Ermittlungen über diese Probleme sprechen und ihre Meinung ohne Repressalien sagen können.

Ihr habt <u>5 Jahre</u> um <u>alle</u> eure Öl- und Gasanlagen abzubauen und fortzuschaffen die ihr in den letzten 8 Jahren in unseren Gebieten der Distrikte Tomslake und Kelly Lake eingerichtet habt. Zögert nicht!

Während es den Ermittlern und dem Multi gefallen würde, wenn diese Sabotageweile einer wahnsinnigen oder geisteskranken Person zugeschrieben werden könnte, illustrieren diese Briefe, dass der Saboteur eine intelligente Person (wenn nicht Personen) ist mit einer Hingabe zur natürlichen Welt und den von der Gier des Multis bedrohten Menschen. Dazu, die Ultimatumsfrist von 5 Jahren ist sicher vernünftig und der Rat, in „grüne Alternativenergien" zu investieren, weit davon entfernt radikal zu sein.

<u>Direkte Aktion</u>

Direkte Aktion heisst die nötigen Schritte zur Lösung eines Problems ohne die Vermittlung des legalen oder politischen Apparates zu machen, und auch nicht über den Weg des Aktivismus, was darauf herauskommt sich an die Mächtigen zu wenden damit sie ein Problem für dich lösen. Baumbesetzungen, Strassenblockaden, gefolterte Tiere befreien, ein verlassenes Gebäude besetzen, Sabotage, Verbrennung und Zerstörung von Maschinen – falls gemeint um einem konkreten Ziel und nicht nur der Vermittlung einer symbolischen Botschaft zu dienen, sind das Formen direkter Aktion und eine Ablehnung der sogenannten „Vertretung".

Weitere Beispiele

<u>Bolt Weevils</u> – In den späten 1970ern begann der Staat und ein Kohlenkraftmulti im ländlichen Minnesota gegen den Willen der Landwirte 160 grosse Landwirtschaftsgrundstücke zu enteignen und 55 Meter hohe Starkstrommasten zu errichten. Als Vergeltung wurden Baumannschaften blockiert und von

anonymen BäuerInnen, die sich „Bolt Weevils" nannten, 15 Masten umgelegt und tausende Isolatoren abgeschossen. Es gab für die Sabotagen nie etwelche Verhaftungen.[5]

Direct Action oder die Vancouver 5 – 1982 sprengte eine sich 'Direct Action' nennende Gruppe von fünf AnarchistInnen vier 500kV-Transformatoren in einem Unterwerk in die Luft, das zu Cheekeye-Dunsmuir, einem neuen in der Bauphase stehenden Wasserkraftwerk in BC, gehörte. Gegen das Projekt gab es Widerstand weil es umweltzerstörend war, in Eingeborenengemeinschaften eindrang, und weil der ganze Strom für ähnlich umweltzerstörende Industrieanlagen vorgesehen war. Sie sprengten auch eine Fabrik von Litton Systems in Südontario, die amerikanische Cruiseraketen baute, bevor sie 1983 verhaftet wurden.

Die Mohawk-Revolte[6] – 1990, als Reaktion auf Erschliessungen in dem bewaldeten Gebiet Pines von Oka inmitten einer Grabesstätte der Mohawk, wo auch Golfplätze und Luxusresorts geplant waren, bewaffneten sich die Mohawk, blockierten den Bau an einer schmalen Naturstrasse und begannen in den Pines zu kampieren. Die SQ (Quebec Police) stürmte mit über 100 schwer bewaffneten Bullen an und schoss Tränengas, Knallgranaten und automatische Waffen ab. Es folgte eine Schiesserei, die einen getöteten Bullen und einige Geländefahrzeuge hinterliess, die von den Mohawk als Barrikaden genutzt wurden. Als Solidarität wurde die Mercierbrücke (einer grösseren Zufahrt nach Montreal) von Kahnawake-KriegerInnen besetzt. Die kanadische Armee wurde eingesetzt mit 4500 Mann, Tanks, gepanzerten Truppentransportern, Helikoptern, Kampfjets und Kriegsschiffen auf dem St. Lawrence River. Die Solidarität flammte im gesamten Land mit Protesten, Besetzungen, Strassen- und Eisenbahnblockaden und Sabotage auf. In BC und Alberta wurden etliche Eisenbahnbrücken durch Brandanschläge zerstört und in BC wurden 5 Wasserstromhochspannungsmasten umgelegt. Nach etwa 3 Monaten legten die Mohawk ihre Waffen nieder aber weigerten sich, sich zu ergeben. Die Bauvorhaben auf Mohawkland wurden nie umgesetzt.

Ts'Peten Standoff – 1995 versuchten die Bullen ein Lakota Sundance Camp bei Ts'Peten, Secwepmec-Gebiet, zu räumen. Ihre Souveränität über nicht abgegebenes Land (wie das meiste in BC, bleibt das Secwepmec-Gebiet nicht abgegeben, wofür nie etwelche Verträge abgeschlossen wurden, was die kanadische Herrschaft zur Besatzung unter Verletzung von britischen, kanadischen und internationalen Gesetzen macht) behauptend, weigerten sie sich abzuziehen und informierten die RCMP, dass sie auf ihrem Territorium keine Zuständigkeit hatten. Es folgte eine bewaffnete Gegenüberstellung mit 450 RCMP-Bullen, kanadischen Militärs, gepanzerten Truppentransportern, Militärhelikoptern und Scharfschützen. Unter der Führung spiritueller Leader entschieden sich die KriegerInnen zur Entwaffnung und beendeten die Gegenüberstellung nach einem Monat der Verteidigung ihres Landes.

Pipelinesabotage – In den 1990ern lebte Weibo Ludwig in einer selbstversorgerischen Farmgemeinschaft in Nordalberta. Als die Alberta Energy Co. (jetzt Teil von EnCana) sich weigerte ihre Gasausbeutung auf dem Gemeinschaftsland einzustellen, und nach Jahren Krankheiten, drei Fehlgeburten und viel totem Vieh, begann Weibo mit Sprengungen und Sabotage an der Pipeline und den Gasquellen von AEC. Im aktuellen Fall des „EnCana bomber" fragte die RCMP bei Weibo nach Hilfe um den/die SaboteurInnen zu finden, aber Weibo ging nicht darauf ein. «Die baten mich ihnen zu helfen. Ich sagte „Hört mal, ich würde diesen Typen nicht verpetzen."»

SOLIDARITÄT

EnCana ist nicht der einzige für Waldrodung, verseuchten Boden, kontaminiertes Wasser oder vergiftete Luft verantwortliche Multi. Es gibt viele, und diese Erdzerstörer könnten das was sie tun nicht tun, wenn es kein politisches System gäbe, das ihnen den Weg ebnet. Das ist kein Einzelkampf zwischen EnCana und UmweltschützerInnen; es ist eine viel grösseres Problem eines Systems, das den Reichen die Macht garantiert um die Erde dem Profit zuliebe zu zerstören. Solidarität heisst dich dort einzusetzen wo du bist, indem du das Land und das Habitat beschützest, das dir lieb ist und das Leben dort möglich macht wo du bist. Es ist eine Waffe zur Fortführung des Kampfes und um die immer knapp an der Oberfläche glimmende Wut und Unzufriedenheit in deiner Gesellschaft an die Oberfläche zu holen. Sabotage – oder *monkeywretching* – ist nur eine Taktik im Kampf zwischen den Ausgebeuteten und den Machthabenden, und eine besonders nützliche gegenüber einem viel mächtigeren Gegner.

[5] Alle Infos direkt aus *A Murder of Crows*, N. 1, März 2006.

[6] Die weissen Medien beziehen sich darauf als die „Oka Crisis". Natürlich ist es nur für die Mächtigen eine „Krise", und eine Revolte für die Kämpfenden.

Es gibt viele verschiedene Formen von Direkter Aktion, einige sind in verschiedenen Momenten der Geschichte wirksamer als andere, aber in Verbindung mit anderen Protestformen kann Direkte Aktion die Bewegung für die Veränderung durch die Eröffnung von Wegen des Widerstandes, die vom Staat schwer kooptiert und kontrolliert werden können, wirksamer machen. Leider schwächen Leute in der Bewegung ihre eigene Aktion durch ihr Unverständnis und ihre Nichtunterstützung der verschiedenen verfügbaren Taktiken. Anstatt eine vereinte Front zu bilden, sehen einige AktivistInnen die Zerstörung von Besitz durch ProtestlerInnen auf derselben Ebene wie die Gewalt des Staates und der Multis. Diese Gleichstellung ist nicht sorgfältiger als wenn wir sagen würden, der Friede in einem Konzentrationslager sei derselbe wie jener in einer gesunden Gesellschaft. Wenn wir annehmen, dass alle Gewalt gleich ist, dann haben wir akzeptiert unseren Widerstand auf das zu beschränken, was auch immer der Staat und die Multis akzeptabel finden. Wir sind befriedet worden. Gegenüber der heutigen globalen Zerstörung der Menschheit und der Umwelt passiv zu bleiben, wird tiefere Narben hinterlassen als die, die durch die Fehler entstehen werden, die wir unweigerlich tun wenn wir zur Aktion greifen.

Ann Hansen

Direct Action: Memoirs of an Urban Guerilla

Auf unserer Seite stehen Wasser und Wind, und alle wilden Dinge der Erde. Und auf der anderen Seite, vor Gier verzehrt und nach Macht, Kontrolle und Geld trachtend, stehen alle dunklen Mächte, die sie mit Verheerung überziehen.

Rod Coronado

Animal Liberation Front Warrior

Den Zeitungen im April 2010 mit Ansage weiterer Angriffe (und dem Übersetzenden nachträglich Ende Mai/ausserhalb der Broschüre) zugesendet:

------ ENCANA------

Das Time-out ist vorbei! Der lange und „heisse“ Sommer ist am kommen. Ihr hattet genug Zeit um eure Handlungen zu überdenken aber ihr habt beschlossen die Leute in unserem Gebiet ständig zu schikanieren und einzuschüchtern. Wir werden stärker und sind nun bereit für Aktionen gegen alle eure Einrichtungen. Die korrupte RCMP und euer Sicherheitspersonal werden euch sowenig helfen können wie bisher. Sie sind hier zu Witzfiguren geworden. Jedes Mal wenn sie Wiebo Ludwig schikanieren beweist das ihre Verzweiflung was heisst, dass sie überhaupt nichts wissen. Die Million Kopfgelder hatten die Absicht uns hier zu spalten. Es hatte die entgegengesetzte Wirkung. Dank euren „Bemühungen“ sind wir einiger als je zuvor. Euer dreckiges Geld hilft euch nicht weiter. Dieses Land gehört uns und unseren Kindern und nicht euch. Ihr seid die Kriminellen und nicht wir. Seid auf Aktionen vorbereitet, denn wir beabsichtigen in einem Umfang zurückzuschlagen, den ihr nie zuvor gesehen habt. Verpisst euch aus unseren Heimstätten und hört auf zu vergiften oder ihr werdet die Folgen tragen!!

Dieser Brief enthält keinerlei DNA also sucht es nicht und vergeudet keine Steuergelder um gleichzeitig zu behaupten, dass ihr etwas tut. Tut hingegen das Richtige.

Welcome To Hell

Besuch bei Mumia Abu-Jamal im Todestrakt

Im April 2010 besuchten mehrere Aktivisten aus Deutschland den politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal, der in den USA in der Todeszelle sitzt. Am 19. August geben sie im Berliner SYNDIKAT einen Bericht von ihrem Besuch bei Mumia und zu dem aktuellen Stand der juristischen und politischen Auseinandersetzung in seinem Fall in den USA:

Progress Dr

Commonwealth of Pennsylvania
Department of Corrections
STATE CORRECTIONAL INSTITUTION
Greene, Pennsylvania
S.C.I.
Greene
Waynesburg

Michael Schiffmann (Heidelberger Mumia-Soli-Gruppe)
Anton Reiner (Berliner FREE MUMIA Bündnis)

Außerdem ist Rolf Becker (Gewerkschaftler) angefragt. Er besuchte im Herbst 2009 ebenfalls Mumia.

Do., 19.08.2010

20 Uhr **SYNDIKAT**

Weisestr. 56 - Berlin - Neukölln, U8 Boddinstr

V.i.S.d.P.: Anton Mestin, Selchowerstr. 22, Berlin

Du bist nicht so wehrlos, wie sie dich glauben machen wollen!

Diese Worte richten sich an die Wütenden. Auch an jene, die ihre Wut vielleicht gar nicht wahrnehmen. Oder an die, die denken, ihr Unglück sei ihre eigene Schuld, weil sie im Konkurrenzkampf der unser Leben durchdringt, bisher immer verloren haben.

Wer ein bisschen aufmerksam ist, spürt schon sehr bald die Grenzen des Spielfeldes, das unser Leben darstellt. Und wer sogar frech ist und sich über diese Grenzen hinauswagt, spürt rasch die Gewalt, die diese verteidigt. Angesichts dieser Domestizierung stellt sich bei vielen ein Ohnmachtsgefühl, eine Depression ein, die einem die Lust am Leben nehmen kann. Denn wieviel Glück lässt sich schon finden, wenn alles vordefiniert und berechenbar ist? Seit Kindesalter treffen andere Leute, die angeblich wissen, was das Beste für uns ist, Entscheidungen über die Rahmenbedingungen unseres Lebens. Experimentieren auf eigene Gefahr! Entzugsklinik, Klapse, Gefängnis und die Gesellschaftliche Kunst der Diskriminierung warten auf all jene, die mehr vom Leben wollen, als diese öde Einheitsscheisse.
Die Schweiz liegt weit oben in der europäischen Highscore der Suizidtoten. Aber wieso bloss? Wo liegt denn das grosse Unglück in der ach so sozialen Schweiz? Das Unglück liegt darin, dass das, was das Leben heute ist, ein Witz ist, wenn man bedenkt, was das Leben eigentlich sein könnte.
Wer ein bischen Fantasie hat, weiss das.
Dies ist ein Aufruf zu kämpfen. Ein Aufruf das Leben zu entdecken und sich gegen alle, die sich über uns stellen, mit aller Gewalt zu wehren. Ein Aufruf zur Sabotage, zur Revolte, zur Emanzipation. Begegnen wir all unseren Freunden mit Freude, Liebe und Verständnis und all unseren Feinden mit Entschlossenheit und Angriffslust.

Weil dein Leben dir gehört, schmeiss die Antidepressiva auf den Müll!

Revoltiert, ihr Depressiven!

715

3.9.2010

Lesen gefährdet die Dummheit

INTERIM

Polit-Info aus Berlin - umsonst, so lange genug gespendet wird ★

Liebe Leute,

wir sind wieder da nach unserer wohlverdienten Sommerpause. Strand, Sonne Widerstand – nun droht wieder der Alltag im verregneten Berlin.

Was uns hier gerade am meisten ärgert, ist das rassistische Palaver von Sarrazin – unterstützt durch Spiegel, Bild und Co. Die Politik schreit auf – und doch spricht er, das SPD-Mitglied und Bundesbankvorstand, wohl vielen aus der Seele. Wir sagen nur: Rassisten mit allen Mitteln bekämpfen, irgendwo hört der Spaß ja wohl auf. Denn wer Juden und Basken nach Genen erkennen will, bezieht sich nicht nur inhaltlich auf NS-Pamphlete; der Weg zur genetischen Selektion zur Reinhaltung des deutschen Blutes ist dann wirklich nicht mehr weit. Wehret den Anfängen!

Außerhalb unserer schönen Stadt scheint gerade viel zu passieren. Leider haben wir keine direkten Infos aus dem Süden der Republik bekommen (Hallo – schickt uns doch mal was, eine Analyse würde uns interessieren). Denn die Proteste gegen den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs erreichen uns über alle großen Medien – ein Bündnis aus linken und bürgerlichen Gruppen scheint der Bahn und der Politik mit ihren nicht bezahlbaren Prestigeprojekten ordentlich Trouble zu machen. Aber passt auf, lasst euch von der Bahn nicht belabern!

Gekauft wird mal wieder offensichtlich die Politik. Die Atomwirtschaft suhlt sich in ihrer Macht und Klein-Merkel macht, was die Bosse wollen. Die industrielle Beschäftigung mit dem Atom ist eine Stütze der deutschen Exportwirtschaft und deren Pfründe dürfen wohl nicht angerührt werden. Wenn die Politik so im Klang des Kaptials schnurrt, sind wir wohl mal wieder gefragt. Auch wenn wir mit unseren Handys, Computern und Toastern alle abhängig sind, sollten wir überlegen, ob eine Debatte um einen neuen linksradikalen Anti-Atom-Widerstand nicht sinnvoll ist.

Am Schluss noch eine Anmerkung zum Rassismusvorwurf gegen den schwarzen Kanal. Wir haben das alles irgendwie nicht so richtig verstanden. Schickt uns dazu doch mal ein wenig mehr – denn Rassismus in den eigenen Reihen ist Scheiße. Auch eine Stellungnahme des Fahrradladens fänden wir wichtig.

Und nun viel Spaß mit schönen Texte, Debatten und Nachrichten aus der Sportredaktion. Es ist mal wieder einiges zum Lesen, Diskutieren, Aufregen... da für die Tage mit Regen und miesem Sommerwetter.

Eure Redaktion – die mal wieder die Schokolade vermisst! Dafür sind massig Spenden gekommen – wir sind beeindruckt und danken euch sehr! Bitte spendet weiter, damit wir das Projekt noch lange fortführen können und ihr was zum Lesen habt...

Das Inhaltsverzeichnis

Vorwort.......... 2

Inhalt.......... 3

Stellungnahme unsererseits zu den Durchsuchungen.......... 4

Aufruf zum Stören: 20 Jahre deutsche Einheit.......... 5-8

Stellungnahme von Libertad zu Repression.......... 9-10

Soziale Kämpfe in Frankreich.......... 11-14

Nachbereitung des Klimagipfels in Kopenhagen.......... 15-20

Vorwurf: Rassismus im Projekt Schwarzer Kanal.......... 21

Zum Umgang mit dem VS / Buchwerbung :-).......... 22-23

Militanzdebatte.......... 24-27

Sportteil.......... 28-30

Termine in der Olga.......... 31

INTERIM

Wir sind alle interim!

Zwar haben wir uns in der wohlverdienten Sommerpause nicht aus der Ruhe bringen lassen. Doch jetzt, da ihr die erste Ausgabe zum hoffentlich heißen Herbst in den Händen haltet, wollen wir einige Worte zu den Durchsuchungen und Beschlagnahmen unser aller interim verlieren. Verschiedene Buchläden und Infoläden hatten auch nach der letzten Ausgabe wieder ungebetenen Besuch von den Repressionsorganen. Nicht nur, dass sie Zeitungen beschlagnahmt haben, sie haben auch Computer mitgenommen und Ermittlungsverfahren eingeleitet. Das ist ungeheuer nervig und das soll es wohl auch sein. Unsere Solidarität gilt den betroffenen Läden und Leuten. Wir sollten sie alle nicht damit alleine lassen. Deshalb fordern wir nochmal zu Solidarität mit den Betroffenen auf. Informiert Euch, plant Veranstaltungen, organisiert Geld und persönliche Unterstützung, bringt Euch ein. Werdet selbst aktiv bei der Verteilung der interim. Nehmt sie mit an Orte, wo ihr Euch aufhaltet, einkauft oder Orte, die Ihr sympathisch findet. Damit sie ihre Ziele nicht durchsetzen können. Denn die Repression hat es viel leichter, wenn sie auf wenige Orte abzielen kann.
Die interim ist nach wie vor ein Infrastrukturprojekt für Euch, und ein solches Projekt kann nur funktionieren, wenn es auf möglichst vielen Schultern ruht.

Angesichts der Repression haben wir auch unsere Veröffentlichungspraxis diskutiert. Wir sind - und das wollen wir weiterhin sein - eine Zeitung, die - als Gegenstück zur bürgerlichen Presse - selbst entscheidet, was sie veröffentlicht. Das werden wir uns ganz sicher nicht verbieten lassen. Unser Selbstverständnis, ein unzensiertes Forum der autonomen Linken zu sein, heißt jedoch nicht, dass wir beliebig und bedenkenlos alles abdrucken, was eingeschickt wird. Aufgefallen ist uns, dass gerade die Praxis erfreulicherweise an kreativen Ideen gewinnt. Klar diskutieren wir solche Veröffentlichungen, aber unserer Kriterien - Stichwort: verantwortliche Aktionen - sind dabei völlig andere als die der Repressionsorgane. Das wird auch weiterhin so sein.
Wir werden uns nicht einschüchtern lassen. Und das solltet Ihr auch nicht.
In diesem Sinne: Wir sind alle interim!

Ein Diskussionsbeitrag, ein Aufruf und einige Gedanken zur laufenden Mobilisierung gegen die Einheitsfeier 2010:

Hauptsache es knallt!

20 Jahre Wiedervereinigung: es wächst zusammen, was zerstört gehört!

Vom 1.- 3. Oktober 2010 werden in Bremen die zentralen Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit stattfinden. Der frischgebackene Bundespräsident wird anreisen und (wie die Jahre davor seine Vorgänger auch) was vom freiheits- und friedliebenden Volk der Deutschen schwurbeln. Die geschichtslose Ignoranz, die diese Darstellung jedes Jahr aufs neue offenbart, fügt sich ein in den seit einiger Zeit verkrampft geführten Versuch, der Nation ein neues, unschuldiges Image zu verleihen. Ob durch das Lamentieren über die „Auschwitzkeule", die manche_r nicht mehr spüren mag, durch die Relativierung des Nationalsozialismus mittels der zunehmenden Gleichsetzung „der beiden deutschen Diktaturen", oder einfach das allgegenwärtige Gejammer, mensch müsse wieder stolz sein dürfen auf Deutschland. Allgegenwärtig ist der Wunsch nach einem Abschluss der „eigenen" Geschichtsaufarbeitung, einem neuen „Nullpunkt", von dem an wieder unbeschwert von vorne angefangen werden darf. Einhergehend mit einer absurden Verdrehung von Täter/Opfer-Status wird das Bild einer gebeutelten Nation konstruiert, die unter ihrer eigenen Geschichte zu leiden hat. So wird versucht, dem völkischen deutschen Nationalismus ein „unbeflecktes" Gewand überzuziehen und sich selbst davon reinzuwaschen, dass dieser sich nicht ohne Antisemitismus denken lässt. Auch mit der Friedensliebe der Deutschen ist das so eine Sache: Seit der Bombardierung Serbiens 1999, bezeichnender Weise unter Regierungsbeteiligung der Grünen (einem Abfallprodukt der Friedensbewegung) wurde auch mit dem Leitsatz geborchen, von deutschem Boden dürfe nach 1945 nie wieder ein Krieg ausgehen. Seither mischt Deutschland auch militärisch wieder weltweit mit, und das nicht, um irgendwessen Freiheit, sondern um die nationalen geostrategischen Machtinteressen zu verteidigen, wie Horst Köhler es im Frühling so treffend auf den Punkt brachte, bevor er seinen Abgang inszenierte. Während die militärische „Verteidigung" Deutschlands am Hindukusch ins 10. Jahr geht und immer mehr menschliches Kriegsmaterial in Blechkisten in die geliebte Heimat zurückgebracht wird, präsentiert sich die selbstbewusste Nation an der Weser von ihrer weltoffensten Seite: entlang der Yuppieflaniermeile „Schlachte" richtet die Stadt ein großes Volksfest mit allerlei Politprominenz und hochkarätigem Kulturprogramm aus. Der bittere Zynismus der Feierlichkeiten um den Fall einer Grenze offenbart sich am deutlichsten an der seit Jahren stattfindenden polizeilich-, militärischen Aufrüstung der EU Außengrenzen, die bis heute tausende Todesopfer gefordert hat - und das mit wesentlicher Unterstützung Bremer Rüstungs- und Überwachungstechnologie. Für die wenigen Flüchtlinge, die es diesen Abwehrmaßnahmen zum Trotz „bis hierher" schaffen, hält der deutsche Staat ein ausgefeiltes Illegalisierungs-, Überwachungs- und Schikanierungsinstrumentarium bereit, um ihnen das Leben weiterhin so schwer wie möglich zu machen. Dass der Fall der Mauer weniger dem Gedanken an eine allgemeine Bewegungsfreiheit und eine Welt ohne Grenzen geschuldet war, zeigte sich bereits in den ersten Jahren der Einheit in der Welle „nationaler Wiedererweckung" die ihren gewaltsamen Ausdruck u.a. in den rassistischen Pogromen 1992 in Rostock und den Morden in Hoyerswerda und Solingen fanden. Dem rassistisch-nationalistischen Diskurs folgte 1993 die damalige Bundesregierung mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts. Nationalismus ist ohne Ausgrenzung und Rassismus eben nicht zu haben.

Volksgemeinschaft & Krise

Doch nicht nur deutsch-nationale Siegerposen, auch staatstragende Gedanken werden zu hören sein, wenn im Oktober die Altväter der Einheit zusammenkommen und die nationale Supersause steigt. Von schweren Zeiten, in denen es gelte, fest zusammen zu stehen, vom Rückhalt für „unsere Jungs" an der Front, vor allem aber von einer Krise, die die deutsche Vormachtstellung in der EU, sowie die Eurozone als ganzes zu gefährden scheint. Besonders in Zeiten drohender sozialer Unruhen und schwerer wirtschaftlicher Krisen dienen die Beschwörung der Volksgemeinschaft und das nationale Spektakel als Herrschaftsinstrument zur Befriedung der Bevölkerung; bei Bockwurst und Bier wird ein zweifelhaftes Wir-Gefühl vermittelt: das Konstrukt von Volk und Nation führt zu einer absurden Identifikation zwischen Ausgebeuteten und Ausbeuter_innen, der Schicksalsgemeinschaft eben. Die Ursachen für die angeblich unumgänglichen Folgen der Krise (Sozialabbau, Lohnsenkungen, Massenent-

lassungen...) werden dann weder in den sozialen Ungleichheiten innerhalb des exklusiven Clubs der Deutschen gesucht, noch wird dabei hinterfragt, wie legitim es eigentlich ist, den Rest der Welt auszuplündern. Die Volksgemeinschaft wähnt sich in einem natürlichen Interesse verbunden und tritt in einen rücksichtslosen Überlebenskampf um Raum und Ressourcen. Dass der Kapitalismus selbst die Krise ist, das will an einem Tag, der so gänzlich dem antisozialistischen Ressentiment gehört, natürlich keine_r gerne hören. Und so ging damals im großen „Wir" von 1990 auch nahezu unbemerkt unter, dass es u.a. die Annexion der DDR und der Fall des pseudosozialistischen Konkurrenz- und Leistungssystems im Osten waren, die den Weg für einen ungehemmten Klassenkampf von oben frei machten, mit dem die seit den 1970ern strauchelnde kapitalistische Profitrate auf Kosten der Lohnabhängigen saniert wurde. Die damit einhergenenden massiven Angriffe auf Lebensstandards, Löhne und Sozialsystem, die Deregulierungs- und Privatisierungsstrategien wiederum bereiteten den Boden für die aktuelle Krise des kapitalistischen Systems und deren drastisches Ausmaß. Für die politischen Stellvertreter_innen dieses Landes sind jedoch nationalistische, rassistische und antisemitische Erklärungsmuster bei der Vermittlung dessen, was seit einiger Zeit als Finanz-, Währungs-, Wirtschaftskrise präsentiert wird, offensichtlich nützlicher als eine Analyse der dem Kapitalismus strukturell innewohnenden Ursachen: Schuld sind entweder unpatriotische und maßlose „Turbokapitalist_innen" die den nationalen Wirtschaftsstandort kaputt machen; oder auch mal die „faulen und korrupten Griechen", bzw. deren schwache Regierung, der es trotz des offensichtlichen Ernstes der Lage nicht zu gelingen scheint, die soziale Revolte in Europas Peripherie niederzuschlagen. Überhaupt hätten jene, die es in dieser Situation noch wagen, ihren Staat durch so etwas profanes wie Klassenkampf von unten zusätzlich zu schwächen, wo es doch gerade darum geht, einzusehen, dass alles etwas knapper wird, nichts verstanden. In welche Richtung dementsprechend die Krisenstrategien der EU-Regierungen gehen werden, lässt sich erahnen: Die Milliardenkredite an den griechischen Staat zur Stabilisierung der Eurozone unter dem Motto: „Hilfe für Griechenland" sind nicht nur an Strukturanpassungen gekoppelt, mit denen die Krisenlasten auf dem Rücken der Lohnabhängigen abgeladen werden sollen, sondern auch an Exporthilfen für die deutsche Rüstungsindustrie, im speziellen durch den Kauf deutscher U-Boote. In einer in immer weiteren Teilen verarmenden Gesellschaft und der zunehmenden Eskalation des permanenten sozialen Krieges von oben sehen wir hier wie in Griechenland die Überwindung der „Krise" im Aufbau tragfähiger solidarischer Netze jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik, und nicht in der militärischen Verwaltung eines sterbenden Systems, das alles angreift, was beabsichtigt, es zu überleben.

Partygast: gentrification...

Bei öffentlichen Events dieser Größenordnung spielen immer auch städteplanerische Aspekte eine Rolle. Die neuen prestigeträchtigen Betonwüsten der Stadt werden mit „Leben" gefüllt und bei den Besucher_innen Akzeptanz für ein Viertel geschaffen, in dem sich die meisten von uns nicht mal einen Kaffee leisten können. 2008 nutzte die Stadt Hamburg die Einheitsfeier zur Eröffnung der neu fertiggestellten „Hafencity", mit Bettel- und Rumlungerverbot, einem Paradebeispiel für Ausgrenzung und Verdrängung. Auch in Bremen wird am 3. Oktober die inoffizielle Einweihung eines neuen Viertels gefeiert: der seit Jahren wachsenden „Überseestadt". Das künstlich aus dem Boden gestampfte Luxus Wohn- und Geschäftsviertel in bester Lage verbindet die Schlachte (entstand zur Expo 2000) mit der Waterfront (der ehem. Millionen-Investitionsruine „Spacepark") und schließt so die Yuppieflaniermeile quer durch Bremen. Auch das in Berlin gescheiterte Konzept der „Carlofts" ist im Angebot der Überseestadt-Investoren enthalten. Während sich auf der Neustadtseite die Bürgerinitiative „Bremer am Fluss" von Bremerinnen und Bremern bislang erfolgreich gegen die Privatisierung des Uferstreifens und den mit der vermeintlichen Aufwertung verbundenen Konsequenzen für den Stadtteil wehrt, fehlt auf der Altstadtseite jeder Widerstand. Das mag auch daran liegen, dass der Prozess bereits sehr weit fortgeschritten ist; der wesentliche Punkt ist jedoch, dass hier keine direkte Vertreibung stattgefunden hat - die Überseestadt entstand auf einer brachliegenden Hafenfläche. Doch auch für die Angrenzenden Viertel wie Walle, oder Gröpelingen wird die „Aufwertung" der Weserrandgebiete nicht ohne Folgen bleiben (steigende Mieten etc.). Dass sich seitens der Bremer Szene heute kaum noch mit der aktuellen Stadtentwicklung und deren negativer Folgen auseinandergesetzt wird, empfinden wir als sehr bedauerlich. Wir halten es auch für eine Frage der Ernsthaftigkeit des eigenen Politikverständnisses in einer Bewegung, die sich im wesentlichen in Alltagskämpfen konstituiert, solche Ausgrenzungs- und Vertreibungsprozesse zur Kenntnis zu nehmen und anzugreifen. Gentrification ist ein Begriff, der bei vielen eher an brennende Autos in Berlin und Hamburg denken lässt, als an die Kämpfe um den Weidedamm oder die breiten Proteste gegen die Mozarttrasse in Bremen. Wir stellen in diesem Zusammenhang unsere Kritik an der

Einheitsfeier 2010 ganz bewusst in den Kontext ihres Austragungsortes und dessen Symbolik: Überseestadt wegscheppern!

...damit wir leben können! Die deutsche Einheit & die Autonomen

Ende der `80er befand sich die Bewegung zumindest quantitativ auf ihrem Höhepunkt; hunderte besetzte Häuser, autonome Stadtteilgruppen und militante Demos mit mehreren tausend Teilnehmer_innen. Als 1989 das Ende der Sowjetunion eingeläutet wurde und viele der kommunistisch orientierten Gruppen in der BRD mit einem Schlag ihren politischen Bezugspunkt verloren, war die autonome Bewegung an einem Punkt, der innerhalb der radikalen Linken eine der wenigen Perspektiven hätte bieten können. Es kam nicht so: die 90er Jahre wurden zu einer politischen Talfahrt, die ihren Tiefpunkt in den gescheiterten Mobilisierungen zum G8 1999 in Köln und zur Expo 2000 in Hannover fanden. Obwohl sich durch den Mauerfall auch neue Felder und Möglichkeiten, wie die Ausweitung der Häuserkämpfe boten, stagnierte die Situation zunehmend; die Szene verstrickte sich immer mehr in Abwehrkämpfe und interne Streitigkeiten. Lähmung, Resignation und Zerfall folgten dem über zehnjährigen Aufbruch der Bewegung - warum? Mit der Zeit wuchs auch der persönliche Preis für die Auseinandersetzung mit dem Staat: Perspektivlosigkeit, Überlastung und Rückzug auf der einen Seite, die Stärkere Ausrichtung bestehender Repressionsinstrumente auf die autonome Bewegung und deren zunehmende Kriminalisierung. Hinzu kam eine fehlende Antwort auf den gesellschaftlichen Rollback, der spätestens mit der Wiedervereinigung einsetzte. Vielleicht unterschätzten die Autonomen auch mehr als andere Gruppen den Einfluss der veränderten Weltlage auf die eigenen, zumeist lokalen (oft fast privaten) Kämpfe, da ihrerseits ja keinerlei positive Bezüge auf die realsozialistischen Experimente im Osten bestanden. Das politische Profil der Bewegung veränderte sich, verschwunden sind die Autonomen jedoch nicht. Trotz ausbleibender Dynamik ging die Arbeit in verschiedenen sozialen Kämpfen und Teilbereichen weiter, so dass sich autonome und linksradikale Positionen heute oft im Zentrum der Debatte wiederfinden (wie z.B. in der anti-AKW Bewegung, oder in der antira-Arbeit). Was jedoch verloren ging, war ein Lebensgefühl, das bisher untrennbar mit dem Begriff der Autonomen verbunden war und dessen vorsichtige Wiederaneignung wir in der Debatte um den Aufstandsbegriff sehen. Seit einigen Jahren sehen wir an verschiedenen Ecken wieder vermehrt Versuche aufkommen, teilbereichsübergreifend Perspektiven und Strategien einer Gesamtbewegung zu diskutieren. Praktisch getragen werden die Bemühungen von einer wieder zunehmend konfrontativen Haltung dem System und seinen Institutionen gegenüber.

happy birthday Schweinesystem!

Im Rahmen der Mobilisierung gegen die Einheitsfeier wollen wir mit möglichst vielen verschiedenen Menschen die eine grundsätzliche, systemoppostionelle Kritik an Volk und Nation teilen, gemeinsam auf der Straße unterwegs sein; laut, wahrnehmbar und renitent. Dass deren Zahl wohl überschaubar bleiben dürfte, im Vergleich zum staatlich bestellten und Winkelementbewährten Partymob, darin sehen wir keinen Hinderungsgrund und sind dies auch nicht anders gewohnt. Wir sehen keinerlei positiven Ansatzpunkt, an den öffentlichen Einheitsdiskurs a la „wär's nicht noch schöner, wenn die anderen Grenzen auch noch verschwinden würden?" anzuknüpfen. Wir suchen nicht den Dialog mit Deutschland und seinen Freund_innen und sollten uns auch nicht der Illusion hingeben, die Festbesucher_innen wären wild darauf, sich darüber informieren zu lassen, was an ihrem Abendprogramm nicht ganz politisch korrekt ist. Kurzum: wir haben mit Deutschland nichts zu feiern! Unter dem Motto: „kein Tag für die Nation - kein Tag für Deutschland" organisiert ein Bündnis aus anti-deutschen und linksradikalen Gruppen für den 2. Oktober eine Bundesweite Demonstration und ruft zu Aktionstagen vom 1. bis zum 3.10. auf. Wir begrüßen diesen Aufruf ausdrücklich, sehen jedoch in der politischen Zusammensetzung des Bündnisses die Gefahr, die Mobilisierung zu einer Nabelschau unverständlicher interner Debatten werden zu lassen. Unser Interesse an diesem Tag ist ein anderes:

3. Oktober 2010: Hauptsache es knallt!

Unser Anliegen besteht darin, die Einheitsfeier zu einem Desaster zu machen! Sowohl der politische Hintergrund der Feierlichkeiten, wie auch die mediale Aufmerksamkeit, die dieses Ereignis auf sich ziehen wird, sind für uns Anlass genug, unsere Wut auf die Straße zu tragen und unsere Unversöhnlichkeit mit den herrschenden Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen. Das Kampagnenmotto „Hauptsache es knallt!" drückt für uns prägnant und treffend das aus,

was wir in Hinblick auf die Einheitsfeier konzeptionell für richtig und nötig halten. Ob dabei auch die direkte Konfrontation mit den Sicherheitskräften zu suchen ist und ob die Bündnisdemo der richtige Ort dafür sein kann, muss letztlich jede_r selbst entscheiden. Von Straßentheater bis Grillanzünder, wir können uns da 'ne ganze Menge vorstellen und lehnen eine Hierarchisierung von Aktionsformen ab. Wir sind solidarisch mit allen Protesten, die sich in diesen Tagen aus emanzipatorischer Perspektive kritisch mit Deutschland und der Wiedervereinigung auseinandersetzen. Der Schwerpunkt unserer Betrachtungen liegt jedoch auf der Durchführung militanter Aktionen, da sich dieser unseres Erachtens unverzichtbare Handlungsrahmen, jenseits der begrenzten Spielräume der Legalität, (aus nachvollziehbaren Gründen) schwerlich im Rahmen eines bündnispolitischen Aktionskonsens aushandeln lässt. Es geht uns nicht um heroische Straßenkämpfer_innenposen oder das Einfordern von Opferbereitschaft, sondern um eine gewisse Leidenschaftlichkeit den Dingen und vor allem unseren Kämpfen gegenüber; und dass wir den Punk nicht ganz vergessen. „1,7 Millionen Euro plus X" schätzt Fest-Chefplaner Klaus Sondergeld die Veranstaltungskosten; wir sehen in dieser Aussage einen gewissen Mitgestaltungsspielraum und nehmen die Einladung mit Vergnügen an. Die wesentlichen Eckpunkte des Kampangenentwurfes „Hauptsache es knallt" sind folgende:

1. **Imagebeschmutzung:** Rücken wir die Veranstaltung in der öffentlichen Wahrnehmung verstärkt in der Zusammenhang mit zu erwartenden Ausschreitungen, Störaktionen und nervigen Diskussionen über Nationalismus und Rassismus. Die Adaption der Parole „Hauptsache es knallt!" ist dabei von unserer Seite ausdrücklich erwünscht.
2. **Sachschaden:** Farbe, Glasbruch, Buttersäure... wer/welche knackt den Jackpott? „1,7 Millionen Euro plus X" - die Spiele sind eröffnet. Extrapunkte gibt es für Interventionen und Sabotageakte, die direkt in Vorbereitung und Infrastruktur des Festes eingreifen. Achtung beim Punktesammeln: Weser Kurier und Bremer Polizei manipulieren häufig die Spielergebnisse.
3. **Kennzeichnung politisch Verantwortlicher:** Neben dem Fest-Chefplaner der Bremer Wirtschaftsförderung Klaus Sondergeld und dem Schirmherren der Veranstaltung, Bürgermeister und Bundesratsvorsitzenden, Jens Böhrnsen wirken eine ganze Reihe von Einzelpersonen und Firmen an Vorbereitung und Umsetzung der Einheitsfeier mit; diese haben Namen, Adressen und oft auch schicke Autos vor der Tür!
4. **unkontrollierte Verhältnisse eingehen/schaffen:** „Hauptsache es knallt!" ist ein Mitmachkonzept für das es keine weitere Koordination im Sinne festgelegter Zeiten und Treffpunkte für Blockaden geben wird. Bremen ist eine kleine Stadt und der richtige Ort um Randale zu machen kann praktisch (fast) überall sein. Denkt euch was aus, trefft rechtzeitig Verabredungen mit euren Freund_innen und macht euch mit den Gegebenheiten vertraut.

Wenn eine (militante) Aktion nicht mehr Ausdruck der Selbstbestimmtheit ihrer Akteur_innen ist, ist auch der schönste Krawall nichts wert! Was wir uns für den 3. Oktober 2010 wünschen, ist ein entschlossenes, eigenverantwortliches v.a. aber leidenschaftliches Intervenieren, das dem herrschenden Normalzustand (zumindest temporär) den unkontrollierten Ausnahmezustand entgegensetzt.

Vom 1.- 3.Oktober 2010 auf nach Bremen:
demonstrieren, sabotieren, stören!
Deutschland und seinen Freund_innen
einhei(t)zen!

p.s.: Die Suche nach den politischen Perspektiven unserer Kämpfe in Gegenwart und Zukunft ist unsrer Ansicht nach nicht losgelöst von den früheren Erfahrungen der autonomen Bewegung zu betreiben; deshalb und um euch die Wartezeit zum frohen Fest ein wenig zu versüßen, hier noch ein Fundstück aus den Archiven: „militante Aktionsgruppen 3.10." zum 3. Oktober 1994 in Bremen (Radikal 151)

LIBERTAD!

Libertad!-Presseinformation

Bundesgerichtshof: BKA-Überwachung linker Aktivisten war illegal

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat sämtliche Überwachungsmaßnahmen gegen unsere drei Berliner Genossen, gegen die das Bundeskriminalamt (BKA) seit 2001 wegen des Verdachts der Gründung der militanten gruppe (mg) ermittelt hatte, für rechtswidrig erklärt.

Im Sommer 2001 nahm das BKA Ermittlungen gegen drei Mitglieder unserer Berliner Ortsgruppe auf. Der Hintergrund: Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hatte, kurz nach dem ersten Anschlag der mg im Juni 2001, in einem Dossier die drei Aktivisten als Gründer dieser militanten Organisation bezeichnet. Die 1993 gegründete Initiative Libertad! versteht sich als linke Solidaritätsorganisation und als Teil der weltweiten Kämpfe für Menschenrechte und Emanzipation. Wir engagieren uns für die Freiheit der politischen Gefangenen, gegen Folter und imperiale Kriegspolitik – Themen, so die Analyse des Verfassungsschutzes, mit denen sich auch die mg befasst.

Das BKA setzte daraufhin ein Orwellsches Programm in Gang: Über ein Dutzend Telefonanschlüsse wurden abgehört, Emails wurden gelesen und die Internetnutzung ausgewertet. Auf die Haustüren waren hochauflösende Videokameras gerichtet, zeitweise wurden die Drei rund um die Uhr von Observationsteams begleitet. Das BKA verwanzte Autos und erstellte aus Peilsendern und den Funkzellendaten von Mobiltelefonen Bewegungsprofile. Kolleginnen und Freunde, Geschäftspartner und Familienangehörige wurden ausgespäht, selbst über die Telefonate von Kleinkindern legten die Fahnderinnen und Fahnder Auswertungsvermerke an.

Das BKA ließ sich auch die Personenakten des Ministeriums für Staatssicherheit kommen, dessen Beobachtungen der Westlinken bedenkenlos verwertet wurden. Ein Versuch, einen Spitzel einzuschleusen, scheiterte. Bei einer bundesweiten Razzia gegen Linke vor dem G8-Gipfel 2007 wurden auch die Wohnungen und Arbeitsstellen der drei Aktivisten sowie ein Libertad!-Büro durchsucht. Im Herbst 2008 schließlich stellte das BKA das Ermittlungsverfahren ein - mangels Beweisen.

Nach unserer Klage erklärte der 3. Strafsenat des BGH nun in dem am 11. März 2010 gefassten und Anfang Juni veröffentlichten Beschluss: "Die angeordneten und durchgeführten verdeckten Ermittlungsmaßnahmen waren bereits deshalb rechtswidrig, weil zum jeweiligen Zeitpunkt ihrer Anordnung

und Durchführung ein ausreichender Tatverdacht ... nicht bestand." Das Verfassungsschutz-Dossier, das sieben Jahre lang als Begründung der Überwachung gedient hatte, enthalte nach Auffassung der BGH-Richter nichts über die drei Aktivisten, "was wesentlich über allgemeine Erkenntnisse über deren politische Orientierung hinausgeht".
Genehmigt wurden die Überwachungsmaßnahmen durch insgesamt 36 Beschlüsse eines Ermittlungsrichters am BGH, die sämtlich aufgehoben wurden. Dass das BKA dem Ermittlungsrichter über Jahre hinweg entlastende Beweise vorenthalten hatte, stieß den Richtern übel auf. Akribisch listet der BGH-Beschluss auf, welche der 25 Anschläge die Beschuldigten nicht begangen haben konnten, weil sie sich - ausweislich der Totalüberwachung - andernorts aufhielten. Gerügt wurde auch, dass der Generalbundesanwalt schon im ersten Überwachungsantrag ein "den Erkenntnissen des BfV entgegenstehendes linguistisches Gutachten des Bundeskriminalamts" mit keiner Silbe erwähnt hatte.
Wahrscheinlich vermuteten die Fahnderinnen und Fahnder anfangs tatsächlich, dass ihnen die Überwachung von Libertad! helfen würde, die Mitglieder der mg zu finden und zu verhaften. Dass dem nicht so ist, war ihnen nach zwei Jahren Totalüberwachung klar geworden - so steht es in einem BKA-Bericht von 2003, den der Ermittlungsrichter wohl nie zu Gesicht bekam. Anstatt das Verfahren einzustellen, dehnte das BKA die Ermittlungen auf Freunde und Kinder der Aktivisten aus; nach dem Motto: Wenn wir ihnen nichts nachweisen können, müssen sie Helfer haben. Dadurch konnte das BKA über Jahre hinweg alle verfügbaren Überwachungsmaßnahmen nutzen, um die linke Szene auszuspionieren.
Diese Praxis hat System: Kaum eines der Verfahren gegen Linke nach dem Terrorismusparagraphen 129a hat zu einer Anklage, geschweige denn einer Verurteilung geführt. Mehrfach hat der BGH Überwachungsmaßnahmen des BKA in solchen Verfahren in den letzten Jahren nachträglich für rechtswidrig erklärt.
Politisch dienen diese Ermittlungen dazu, eine Spaltung zwischen "berechtigtem" Protest und vermeintlich "extremistischen" Linken zu inszenieren und eine gemeinsame Organisierung von Widerstand zu verhindern. Das wurde vor dem G8-Gipfel 2007 versucht. Heute wird mit Macht versucht, den sich formierenden Protest gegen die kapitalistische Krisenpolitik und gegen den Afghanistankrieg zu spalten. Diesen Widerstand auszuweiten, dafür arbeiten wir.
Wir sind alle militant.

Initiative Libertad!, 19. Juni 2010

Internet: www.libertad.de
Spendenkonto: 802 006 9300, BLZ 430 609 67, GLS Gemeinschaftsbank

Die letzten Entwicklungen der Verschärfung des sozialen Krieges in Frankreich

25. November 2007: Unterwegs auf einem Mini-Mofa werden zwei Jugendliche aus Villiers-le-Bel, einer nördlichen Pariser Banlieue, von einem Polizeifahrzeug überfahren. Sie sterben auf der Stelle. Darauf folgen drei Tage der Unruhen, ein gewaltiger Polizeieinsatz durchzieht den ganzen Stadtteil im Aufstand, riegelt ihn ab. Hundert Bullen werden verletzt, sogar durch Schrotmunition. Es ist das erste Mal seit langem, dass derart viele Polizisten verletzt wurden.

Einige Tage später hält Sarkozy vor 2000 Polizisten eine Rede: « *Was in Villiers-le-Bel geschehen ist, hat mit einer sozialen Krise nichts zu tun, es ist eine Räuberkratie. Ich lehne jede Art von Naivität ab, die darauf abzielt, in jedem Delinquenten ein Opfer der Gesellschaft zu sehen, in allen Unruhen ein soziales Problem. Greift auf alle notwendigen Mittel zurück (...), dies darf nicht unbestraft bleiben, dies hat absolute Priorität. Wir werden jeden einzelnen Schützen finden und was sie erwartet ist das Schwurgericht.* »

Nach einem Jahr der Ermittlungen, das sich unter anderem durch die umfangreiche Verbreitung eines Aufrufs zur Denunziation der Schützen auszeichnet, wurden fünf Menschen festgenommen und wegen « *Mordversuch an Polizeibeamten im Dienst, ausgeübt von einer organisierten Bande* » angeklagt. Nach zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft wurden die fünf Angeklagten im Juni 2010 anhand von Aussagen anonymer Zeugen und ohne den geringsten Beweis zu Freiheitsstrafen von 3 bis 15 Jahren verurteilt. Sehr hohe Strafen also, einmalig in der Geschichte der Repression der Aufstände in den Banlieues. Diese Urteile zeugen nicht nur von einer Verschärfung des laufenden sozialen Krieges, sie zeigen, dass die Macht den völligen Bruch mit dem Rechtsstaat vollzieht.

Anknüpfend an diesen Prozess betonte Sarkozy in einem Pseudo-Interview am 12. Juli erneut die Notwendigkeit « organisierte Banden » zu bekämpfen, welche für die Unsicherheit in den Banlieues verantwortlich seien. Während es dabei für Sarkozy darum geht, seine Legitimität – mitten im Zusammenbruch des kapitalistischen Systems und zwei Jahre vor der nächsten Präsidentschaftswahl – neu zu gestalten, müssen wir auch darin eine echte Verschärfung jener faschistischen Politik sehen, die « Sicherheitspolitik » genannt wird.

Die im Folgenden erwähnten Geschehnisse sind mit dem Urteil von Villiers-le-Bel nicht direkt verbunden, dennoch zeugen sie von der Tatsache, dass immer mehr Menschen diese Verschärfung in Kauf nehmen. Anders gesagt, die Situation wird klarer, der Krieg offensichtlicher.

Zwei Tote an einem Wochenende, spontane Reaktionen:

Grenoble, Freitag 16. Juli, am Abend: Nach Verfolgung durch die Polizei und einer Schießerei wird ein junger Mann, der gerade schwerbewaffnet ein Casino überfallen hat, von einer BAC-Einheit getötet. Die Erschießung findet wenige Meter von seiner Wohnung entfernt statt. Augenblickllich wird die Polizei von Anwohnern des Arbeiterviertels La Villeneuve mit allen möglichen Gegeständen angegriffen. Etwa vierzig Leute hätten mit scharfer Munition auf die Bullen geschossen, um die sechzig Autos wurden abgefackelt. Sprühereien sprechen öffentlich Morddrohungen gegen jene BAC-Beamten aus, die geschossen haben. Die Unruhen dauern drei weitere Nächte an, in jeder Nacht wird auf Bullen geschossen und Autos brennen.

Saint-Aignan, in der Mitte Frankreichs, Samstag 17. Juli: Ein 22-jähriger Roma, der mit seinem Auto versucht hatte, durch eine polizeiliche Straßensperre zu fahren, wird durch einen Kopfschuss ermordet. Die Rache lässt nicht auf sich warten. Am nächsten Mittag stürmen vermummte Menschen das kleine Dorf Saint-Aignan. Bewaffnet mit Äxten und Eisenstangen greifen sie die Gendarmerie an, fackeln Autos ab, fällen die Platanen des Dorfplatzes und plündern einen Laden. Vier Personen wurden festgenommen und zu Freiheitsstrafen bis zu 10 Monaten verurteilt.

In Folge dieser Ereignisse rebelliert die Bevölkerung an vielen Orten gegen Polizeieinsätze

16./20. Juli:
- Jeden Abend kommt es im Stadtteil La Villeneuve in Grenoble zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, Autos brennen, Baustellenmaschinen werden angezündet, Läden geplündert. CRS-, RAID- sowie GIPN-Einheiten « sichern » die Zone. Zehn Tage lang fahren weder Busse noch Trams durch den Kiez.

19. Juli:
- In der Nähe von Grenoble wird eine Polizeistation mit Mollis angegriffen.
- Nord-Pas-de-Calais: Der regionale Fernsehsender France3 kann keine Abendnachrichten senden, da die Glasfaserkabel geklaut wurden.
- Saint-Aignan: 150 Soldaten werden eingesetzt, um das 3000 Einwohner zählende Dorf abzusichern.

24. Juli:
- Auchel, in Nord: Eine Polizeistation wird mit Mollis angegriffen.
- Breuillet, südlich von Paris : Ein Polizeifahrzeug, das in einer Polizeiwache geparkt war, wird angezündet.

27. Juli:
- Grenoble: Ein gestohlenes Auto in Flammen wird gegen ein Gebäude der Stadt gefahren.

30. Juli:
- Calais: Zwei CRS-Bullen in zivil werden auf der Straße von zwei Jugendlichen angegriffen.
- Brest: Polizisten kontrollieren zwei Jugendlichen, als sie von einer 10-köpfigen Gruppe angegriffen und mit Steinen beworfen werden.
- Savigny-sur-Orge: Polizisten, die jemanden wegen Beleidigung anzeigen wollten, werden mit Steinen beworfen.

3. August:
- Auxerre: Um der Polizei zu entkommen, flieht ein Jugendlicher in seinem Stadtteil. Dort werden die Bullen von einer Gruppe von Vermummten blockiert, bewaffnet mit Steinen, Eisenstangen und Knarren. Sie müssen erneut mit scharfen Schüssen rechnen.

4. August:
- Villiers-le-Bel: Nach einer Kontrolle wird erneut auf Bullen geschossen.

5. August:
- Villefontaine, in der Nähe von Grenoble: Es wird mit scharfer Munition auf die Wohnung eines Polizisten geschossen.

12. August:
- Corbeil-Essonne, südlich von Paris: Nach einer Kontrolle werden die Polizisten von 60 Menschen angegriffen.
- Perpignan, in Südfrankreich: AnwohnerInnen eines ganzen Stadtteils rebellieren gegen eine Ausweiskontrolle.

Diese Kette von Gesten der Rebellion ist kein Zufall. Seit Jahrzehnten schlägt ganzen Stadtteilen – und immer öfter Dörfern - deren Bevölkerung unter das fällt, was internationale Experten als Armutsgrenze bezeichnen, nichts anderes entgegen als ein steigender polizeilicher Druck. Zudem haben die Reaktionen der Macht auf die Ereignisse, die übereilter erscheinen als sie real sind, der Situation den Anschein des Bürgerkrieges gegeben. Als Antwort auf die « Frage der Banlieues » sowie das « Problem der Roma » wurde ein umfassendes Dispositiv entfaltet, um dieser Revolte entgegenzutreten, die daran Beteiligten zu isolieren und sie als störende Minderheit einer sozialen Ordnung darzustellen, die dermaßen lusterregend sei, dass alle sie begehren würden. Politische und mediale Diskurse, die Jugendliche aus den Banlieues stigmatisieren, indem diese mit « Gangstern », « Schmugglern » und « destrukturierten Schurken » gleichgesetzt werden; die den Rassismus gegen MigrantInnen und besonders gegen Roma aufheizen, welche als Parasiten und Profiteure des Systems dargestellt werden: « *Wir leiden unter den Konsequenzen von 50 Jahren unreichend regulierter Immigration. (...) Jedes Jahr kehren zehntausend illegale Migranten, darunter Roma, mit einem staatlichen Zuschuss freiwillig zurück. Das nächste Jahr kommen sie in völliger Illegalität wieder, um einen weiteren Zuschuss zu beantragen. Dies ist « ein Missbrauch des Rechts auf freien Verkehr* », äußerte Sarkozy ernst am 30. Juli in Grenoble.

Kurz darauf verkündete er die unmittelbare Räumung von 300 der von Roma am Rande vieler Städte errichteten Lagerplätze. Außerdem schlug er vor: Angreifern auf Polizisten und Deliquenten die französische Staatsbürgerschaft zu entziehen; das System der pauschalisierten Strafe, das eigentlich für mehrfach verurteilte Straftäter eingeführt wurde, auf Fälle einer ersten Verurteilung zu erweitern; eine nicht reduzierbare Freiheitsstrafe von 30 Jahren für Mörder von Polizisten einzuführen; Menschen, die ihre Strafe schon abgesessen haben, ein elektronisches Armband aufzuzwingen; 60 000 weitere Videokameras bis 2012 zu installieren. « *Wir haben also entschieden, einen Krieg gegen Schmuggler und Delinquenten zu führen* » so sprach Sarkozy in Grenoble. « *Die aktuelle Delinquenz findet ihre Ursache nicht in einem Unbehagen: sie ist das Ergebnis einer Missachtung der Grundwerte unserer Gesellschaft* ».

Damit verkündet Sarkozy eine wahrhafte Kriegserklärung, doch für viele ist klar, dass sie einen breiteren Umfang als die erwähnten Minderheiten hat. Tatsächlich wird allen Illegalismen, die für das Überleben heutzutage notwendig sind, jedem Verhalten, das abweicht von ihrer « republikanischen Ordnung », der Krieg erklärt. « *Keine einzige Wohnsiedlung, keine Strasse, kein Treppenhaus, kein Hochhaus in dieser Region und in dieser Stadt darf der republikanischen Ordnung entkommen* ». Das gesamte Territorium muss bis in seine kleinsten Ecken unter Kontrolle sein. Und so wurde Eric Le Douaron, zuvor Leiter aller Pariser Polizeistellen und ehemaliger Chef der Grenzpolizei, damit verantwortlich für die Abschiebungen von 30 000 Sans-Papiers pro Jahr, zum Vertreter des Staates im Département der Isère (in dem Grenoble liegt) ernannt. Wie in der Seine-Saint-Denis sind es also nun Bullen, die als Präfekte tätig sind.

Natürlich hat sich die Macht auf diese Revolten und Akte der Rebellion vorbereitet und will sie zu ihren Gunsten ausnutzen. Natürlich füttern sie die Sicherheitspolitik der Regierung, natürlich rechtfertigen sie diese gegenüber den « guten Bürgern »! Wir lehnen jegliche Analyse ab, die diese Revolten als schädlich, als strategischen Fehler darstellt, weil sie, anstatt die Macht zu schwächen, diese lediglich verstärken und letztlich das Spiel der extremen Rechten spielen. Was passiert, ist, dass sich die Situation für immer mehr Leute schlicht und einfach als das enthüllt, was sie tatsächlich ist: eine Kriegssituation. Die Urteile von Villiers-Le-Bel haben dies deutlich gezeigt, doch haben sie nicht die abschreckende Wirkung, die sie hätten hervorrufen sollen. Im

Gegenteil, wenn der Krieg erklärt ist, geht es nicht mehr darum, sich einschüchtern zu lassen. Außerdem gibt es in all diesen Praktiken des Widerstands, in all diesen kollektiven und individuellen Gesten, Kräfte, die daraus entstehen.

Die Macht ruft zum Krieg auf, macht mobil gegen diejenigen, die sie als kriminelle Minderheiten darstellt. Er ruft zur heiligen Allianz auf und nimmt so an, dass die Essenz der Politik der Krieg ist. Es gibt keine Wahl mehr: Entweder du reihst dich ein in die Partei der Ordnung oder du bist mit den Kriminellen. Aber hinter dieser Minderheit, auf die mit dem Finger gezeigt wird – diese « Gangster », diese « Terroristen », diese « Verrückten », diese « Parasitenmigranten » - sind es alle Deserteure des Systems, die angegriffen werden. Indem sie all diejenigen, die sich als Befürworter der Partei der Ordnung wahrnehmen, dazu aufruft, sich ihr anzuschließen, rechnet die Macht damit, dass sich viele mit der sogenannten « kriminellen Minderheit » nicht solidarisieren werden.

Doch immer zahlreicher werden diejenigen, die nur noch durch die Organisierung der Desertion des Systems überleben können, das ihnen als alternativlos verkauft wird, steigt die Zahl derer, die notwendigerweise die Aufständische und die Angriffe auf Bullen *verstehen*! Und für all diese Leute, die kein Gefühl mehr für irgendwelche Bürgerschaft übrig haben, geht es nicht mehr um die « Legitimität der Regierung », geht es nicht mehr um das « Thema der Sicherheit ». Es geht ihnen darum, zu widerstehen, sich nicht mehr von den Bullen kontrollieren zu lassen, ihre Anwesenheit so wenig wie ihre Aufforderungen zu dulden! So passiert es nun jeden Tag, dass bloße Alltagskontrollen eine Revolte auslösen! Was heißt: Es gibt keine Legitimität mehr, keine Republik mehr, keine Staatsbürgerschaft mehr... Ihre « republikanische Ordnung » ist schlechthin Faschismus und wir haben kein Bock mehr dabei mitzumachen!

GEGEN DIE GENERALMOBILMACHUNG, DESERTIEREN UND WIDERSTEHEN!

berappeln im geröllfeld

es ist eine kleine ewigkeit her, seit wir im frostigen kopenhagen auf die straße gingen oder uns wie trophäen aufgereiht den hintern daran kühlten. was bedeutet die von verschiedenen formen des scheiterns gekennzeichnete angelegenheit cop15 für künftiges autonomes vorgehen? einiges ist schnell auf den punkt zu bringen (fehlende autonome plena, knappe anreise, überdehnte delegation, verpasstes zugehen auf die anderen), anderes beginnen wir erst mühsam zu entwickeln, z.b. die kritik an der verstricktheit einiger strukturen mit der ideologie der gouvernementalität. ist relatives neuland, wir bitten um nachsicht für das leicht krampfige ringen um worte. vielleicht können nicht alle unsere verärgerung nachvollziehen oder sind über komplett andere dinge wütend oder enttäuscht. schreibt es auf! es geht nicht um recht haben, unsere sichtweise ist selbstverständlich nur die unsere. worum es geht, ist in hinblick auf kommende kämpfe klar zu kriegen, wie wir uns organisieren wollen und wie nicht. woran halten wir fest, was verwerfen wir, wie gehen wir mit der unterschiedlichkeit der antworten auf diese fragen um? es wäre gut, beim nächsten mal ein bisschen weniger im blindflug aufeinander zuzurasen.

zugleich richten wir uns gegen eine tendenz in der linken szene, reformpolitik durchsetzen zu wollen, ohne sie als reformpolitik erkennbar und damit diskutierbar zu machen. eine tendenz, die behauptet eine weiterentwicklung der autonomen zu sein, aber nicht benennt, worin diese - jenseits der wiederholung altbekannter kritik an der selbstbezogenheit der szene - bestehen soll. poppige formulierungen können den abschied von der graswurzelperspektive kaum verbergen, die sich in der neuen offenheit für establishment und staatschefs ausdrückt. eigentlich könnten wir entspannt dem scheitern jenes versuchs der einflussnahme zuschauen. vertrauen, dass die sozialen kämpferInnen auf ihrer autonomie beharren werden, dass sich der schwarm (wie sozial sich einsetzende leute in der zeitschrift turbulence bezeichnet werden) nicht institutionalisieren lässt. weil sich viele weigern, von oben auf ihre mitstreiterInnen zu blicken, und objekt eines anmaßenden soziologenlabors zu sein, das an vielfalt nur gelten lässt, was dem selbstherrlichen verständnis der mikroskopierer entspricht. auch diese arroganz könnten wir milde belächeln, würde sie nicht ausgerechnet versuchen, dort aufzusatteln, wo leute sich gegen den sturm herrschender verwertungslogik organisieren, um für eine lebensweise zu kämpfen, die mensch wie natur angemessen ist. weil uns dieses ziel wichtig ist, können wir nicht zulassen, den besten trumpf aus der hand zu geben, den wir haben: die möglichkeit der entwicklung kollektiver intellingenz und tatkraft, die nur in selbstbestimmung und durch selbstorganisierung kollektiv werden und zugleich autonom bleiben kann.

weil wir dafür alle kraft brauchen, stellen wir uns gegen jene, denen soziale bewegung nur teilnahmeschein für das ewig gleiche gerangel der mächtigen ist; die das ins offene weisende sozialer kämpfe nicht erkennen oder ertragen können; die in der luft hängen, im limbo, wie sie sagen, was auch vorhölle heißt; die daraus nicht den schluss ziehen, in aller bescheidenheit zu beginnen, aus den erfahrungen sozialer bewegungen zu lernen, sich im kampf um befreiung eine gemeinsame sprache der verbündeten und das wissen um unsere ebenbürtigkeit zu erstreiten - die vielmehr, entsprechend der eigenen perspektivlosigkeit, all diesen reichtum in bestehende institutionelle formen zu integrieren suchen.

öffentlich werden bruchstücke, begriffe und aktionsformen sozialer bewegungen zur schau gestellt: damit in den bündnissen verschiedenste strömungen repräsentiert sind, damit diese vielfalt ihrerseits repräsentiert werden kann, ohne eine kollektive diskussion zu riskieren. das bedürfnis nach austausch und die frage, was aus unseren analysen folgt, wie wir es angehen, wurde auf den versammlungen von reclaim power in kopenhagen durch einen organisierten übereinstimmungstaumel präventiv gelöscht. fragen stören den aufbau der einheitsfront. alle sollen kommen, das vorgegebene ding zu ihrem ding machen, die erfahrungen und ziele ihrer kämpfe interessieren nur instrumentell. die strategie der sozial entleerten zahl setzt darauf *möglichst viele* anzusprechen. zugleich geht cja in distanz zu militanz, um *möglichst wenige* abzuschrecken. wen schreckt hier überhaupt noch was ab, fragen wir uns als antimilitaristInnen. und wie denken diese gruppen, grundsätzliche veränderungen ohne einsatz militanter mittel erreichen zu können? welche argumente und methoden haben sie, die noch nicht tausendmal bedacht und ausprobiert wurden - und werden? welche experimente schlagen die fürsprecherInnen breiter bündnisse vor für alternative formen der selbstverteidigung? die kommenden herausforderungen gewachsen ist, wie es so schön heißt. oder besteht ihr vorschlag schlicht darin, dass wir uns wieder in irgendein autoritäres gebilde fügen sollen?

wenn überhaupt über etwas, dann sollten wir darüber mit den leuten von der il diskutieren, statt uns einen militanten strohmann servieren zu lassen, wie es ein vertreter von avanti auf dem autonomen kongress in hamburg taktisch beispielhaft vorführte: im feld der kritik rannte er offene türen ein – immer wieder kamen unterschiedliche leute zu dem schluss, dass die szene, die autonomen raus müssen in die welt. der unmut über verschlossenheit, avantguardismus, autismus usw. war wichtiger motor, dass der kongress überhaupt zustande

kam. während zahlreiche leute immer wieder einmal aufrichtige gedanken zu der frage in die runde warfen, wie wir das anstellen könnten, zog der vertreter von avanti vor, so zu tun, als hätte nun er allein mit dem benennen dieser kritikpunkte krass provoziert. im taboobrechertonfall zeichnete er nicht wirklich treffende aber durchaus handliche karrikaturen militanter fighter. eine aufforderung zur rechtfertigung seiner anwürfe launisch zurückweisend - die es überhaupt nicht gegeben hatte - vermied er, zur frage nach dem *wie* vorzudringen. nicht, dass es nicht auch innerhalb militanter strategien einiges gäbe, das es verdient hätte, durch den kakao gezogen zu werden, aber von welchem ort kritisieren die il gruppen die praxen der anderen? warum soll es plötzlich eine gute idee sein, mit gewerkschaften und parteien, selbst mit regierungen zu kooperieren? wie soll ein lächeln von chef chavez unsere organisierung voranbringen?

wer applaudiert dem versuch proteste auf der basis von co-management zu organisieren? auch hier ist die suppe heute dünner als im alten grünen clinch zwischen realos und fundis, denn erstere profilieren sich nur scheinbar im konflikt mit letzteren: den streit um verschiedene mittel zum erreichen gleicher ziele gibt es nicht mehr, denn der gemeinsame bezugsrahmen sozialer kämpfe fehlt. die geschichte der basisbewegungen wird medial inszeniert, gebaut auf studien ihrer funktionsweise.

die managerInnen der bewegung denken sich sebst nicht als teil der bewegung, machen allenfalls teilnehmende beobachtung, wenden an auf gegebenes, finden einander auf der macherebene. wer hat heute ein interesse daran bessere, das heißt, den gegenwärtigen herrschaftsverhältnissen besser angepasste vertreter hervorzubringen? denen es leichter fällt als den alten gewerkschaftlichen und parteilichen organisationen die geforderte, hoch widersprüchliche regierungsmentalität einzunehmen – d.h. *wider besseres wissen* zu denken, zu reden und zu handeln, *als ob* die vorschläge der opposition in einem irgendwie vernunftgeleiteten dialog letztlich doch von staat und kapital erwogen würden; *als ob* nicht profitsteigerung und machterhalt einzige zielvorgabe des realexistierenden systems wären, *als ob* die alte leier einer lediglich vernachlässigten, irgendwie noch jenseits dieser brutalität existierenden humanitären moral die lösung wäre. die leichenberge, die jene edle idee der abendländischen zivilisation seit jahrhunderten wie ihr schatten begleiten, verbieten jede rückkehr zum naiven glauben an die traditionell modernistische doktrin *leider noch nicht* realisierter ideale.

wir waren einigermaßen erschüttert, in welchem ausmaß dieser glaube auf den treffen des klimabündnisses in kopenhagen beschworen wurde. als wäre kritisches, historisch bewusstes denken ein privileg oder hobby, ein programm, das man ein- oder ausschalten kann und das man sich, will man politisch erfolgreich sein, besser aus dem kopf schlägt. realistisch sein eben. ekelhafterweise begründet mit einem angeblich angestrebten "empowerment" der verliererInnen des spiels im "globalen süden". in dieser hinsicht reihte sich die argumentation von climate justice action letztendlich ein in die linie der regierungen aus dem süden, die in kopenhagen für mehr geld aus den töpfen der westlichen staaten kämpften. realpolitisch aus deren perspektive nicht illegitim, aber wer von uns will dafür demonstrieren? wir sind nun mal keine regierung. es gab auf den protesten in kopenhagen so manchen moment, wo wir bass erstaunt waren, wie fortgeschritten die integration des protests in die lobbyarbeit, die verwässerung und vermarktung abweichender haltungen bereits ist. um uns davon zu befreien, ist ein stärkeres bemühen unsererseits nötig, diesen giftcocktail zu verstehen - denn auch die autonomen haben ihre rolle bei diesem gipfel gespielt. eigenverantwortlich.

die schwierigkeiten, mit denen sich militante bei den protesten gegen den klimagipfel in kopenhagen herumschlugen, sind in weiten teilen hausgemacht, sie zeugen trotz der schwierigen bedingungen was wetter, unterbringung und klar feindliche co-organisatorInnen angeht in erster linie von den schwächen der autonomen organisierung selbst. angefangen damit, dass sie strukturell eben nicht autonom war, über beknackte praktischtaktische fehler bis hin zum zentralen versäumnis: eine strategie (zumindest in ansätzen) zu verwirklichen, die aktuellen organisierungsdebatten folgend anders auf die leute in stadt und protest zugeht, die klarstellt, dass der entscheidende unterschied nicht zwischen hippies und militanten besteht, sondern zwischen denen, die weiter ihr süppchen kochen wollen aus dem elend der welt, die ihre vorteile ziehen aus der representation der probleme, oder der opfer - und jenen, die ihr leben zurück wollen und dafür zu kämpfen bereit sind: auf eigene faust und doch solidarisch. das ist nicht gelungen. unsere idee, die leute direkt zu fragen, was sie tun wollen, ihnen vorzuschlagen, ihren protest in eigenregie in der innenstadt umzusetzen, statt sich im zugebilligten protestkanal zum entlegenen tagungsort zu medienobjekten zu machen, kam nie über einen ersten text hinaus. [de.indymedia.org/2009/12/267797.shtml] wir kannten die leute nicht, die wir zur verbreitung der idee des abschieds von der stellvertretung hätten anhauen können. dass wir sie in dänemark nicht kannten ist eine sache, aber wir kannten auch diejenigen nicht, die aus der eigenen stadt kamen. das sollten wir ändern, das feld nicht denen überlassen, die als ausweg aus der isolation den pakt mit der macht propagieren.

unsere defizite sind nicht über einen streit mit den sich professionalisierenden bewegungsmanagerInnen aus der welt zu schaffen. dennoch sollten wir uns klar werden, was ihre strategie ist. nicht um sie eines besseren zu belehren, sondern um den von ihnen in den vordergrund gespielten falschen gegensätzen nicht auf den leim zu gehen. wie am beispiel des vertreters von avanti beim autonomen kongresses erläutert, dienen solchen gruppen – die auf den straßen kopenhagens zusammen mit italienischen disobedienti-parteisoldaten, im organisierungsprozess mit englischen bewegungsforscherInnen und in den versammlungen zusammen mit US-amerikanischen facilitators (wahren spezialistInnen der crowd-control) auftraten – die vorfindlichen formen der organisierung als negativfolie des versuchs, sich selbst zur speerspitze des widerstands zu erklären. das gilt nicht nur für den in kopenhagen zum rituell einenden dämon erklärten black block. auch andere teile der sozialen bewegungen sind

diesen bewegungsverwerterInnen rohstoff. sie werden studiert und bestimmt, nach zahl und fähigkeiten sortiert. nützliche funktionselemente sollen herausgefiltert, und in effektiverer form nachgebaut werden. mapping the movement, building the movement, having success. worin dieser erfolg besteht, außer in persönlicher profilierung? keine ahnung. über einen traum wird jenseits alternativer verwaltung und einer irgendwie anderen inwertsetzung der welt wenig gesprochen.

nicht mal, wenn wir versuchen uns vorzustellen, dass kein wesentlicher widerspruch darin bestünde, mit der agitation gegen das system karriere im system zu machen, wird klarer, was sich cja & co. vom zugehen auf institutionen erhoffen, die bereits zu zeiten, in denen der staat noch auf befriedung der soziale revolte setzen *musste* - das heißt aus einer position relativer stärke heraus - für jeden verrat zu haben waren. es scheint paradox: "Je mehr sich die Implosion des Sozialen bewahrheitet, um so mehr beruft sich die Linke auf 'die Zivilgesellschaft'. Je mehr die Polizei ungestraft ihre Willkür ausübt, desto mehr deklariert sich die Linke als pazifistisch. Je mehr sich der Staat von den letzten juristischen Formalitäten befreit, desto staatsbürgerlicher wird sie. Je dringlicher es wird, uns die Mittel unserer Existenz anzueignen, desto mehr ermahnt sie uns zu warten und Verhandlungen zu fordern" warum? wieso werden etablierte institutionen der zivilgesellschaft genau in dem moment als bündnispartner der radikalen linken entdeckt, da ihren kritischsten elementen die verträge nicht verlängert und sie sukzessive durch jene ersetzt werden, die im sozialen krieg aktiv und rundum eingebettet auf herrschaftsseite kämpfen? vielleicht war die zivilgesellschaft nie viel mehr als eine nachkriegsgeschichte, eine sozialtechnokratische realfantasie, so wenig zivil wie nach dem krieg nach dem krieg war. aber was nährt diese fantasie gerade heute, inmitten der absehbaren verschärfung der sozialen verhältnisse? nostalgie der verlorenen mitte, wieder mal die angst der mittelklasse vor dem abstieg?

schließlich setzen die herrschenden derzeit recht klar auf assimilation, auf integration in eine vorgesehene ecke, nicht in *die gesellschaft*. und auch gewerkschaften und parteien reden nicht mehr von umverteilung und sozialem aufstieg. die alte idee der gerechtigkeit spukt maximal als chancengleichheit durch ihre programme. in abwesenheit des drucks sozialer bewegungen ist das wörtchen reform in etwa mit tarnkappenbomber zu übersetzen. für feindliche übernahmen aber werden weniger bezahlte stellen vergeben als für die historische befriedung und vermutlich auch weniger schöne. falls wir den aktivistInnen von cja also einmal unterstellen wollen, dass sie nicht davon träumen, kommunismus zu verhindern und sozialbullen werden zu wollen, dem staat dort weiterzuhelfen, wo er offenkundig probleme hat, nämlich dabei, enger an die leute ranzukommen, um weitere bereiche ihres lebens dem markt zu unterwerfen; wenn wir also mal so gutwillig sein wollen zu unterstellen, dass es nicht dem selbstbild der aktivistInnen von cja und il entspricht, den staatlichen zugriff in die bereiche zu scouten, in denen sich einzelne und sogar ganze gruppen von leuten sich bisher mehr oder weniger erfolgreich verweigern, so fragen wir uns um so mehr, worauf der hokuspokus mit dem movement-building hinaus laufen soll. denken die freunInnen der bündnisse mit den etablierten, es wäre unwissenheit und praktisches unvermögen gewesen, warum sich soziale bewegungen in all den jahren nicht an modellen von versicherungen, marketing und consulting orientierten, sondern versuchten, ihre eigenen, eben *soziale* maßstäbe zu finden und zu erfinden? ist die fähigkeit über das bestehende hinauszudenken bereits derart eingehegt, dass dies nicht mehr erkannt, nicht mehr gesehen wird?

in gewisser weise sind gipfelevents zugleich brennglas des bestehenden und fenster in eine mögliche zukunft. die herrschenden testen strategien, wir bemühen uns, sie scheitern zu lassen - was beim cop15 nicht gelungen ist. sicher, die bedingungen waren beschissen, und damit meine ich nicht nur die zerstreute unterbringung und die kälte. zu sehen, wie wenig problematisch die präventive festnahme von nahezu 2000 leuten für einen staat in europa heute bereits ist, wie unwidersprochen diese maßnahmen im bürgerlichen teil des protestes blieben - zumindest bis die ihren ins visier gerieten, und auch nur dann - war wenig überraschend, aber trotzdem irgendwie ein schock. es scheint, dass selbst bürgerInnen nicht mehr an demokratische prozesse glauben. woran aber glauben sie dann? die kader von cja vermeiden fragen dieser art. die empörung über die zerstörung der natur, samt der in den 80ern erhitzt geführten debatte über richtige und falsche wege, sie zu stoppen, ist einem mischung aus sozialtechnik und evangelikaler beschwörung gewichen. einer spontanen hasswallung - ausgelöst von naomi klein, die auf einer veranstaltung von cja in christiania extrem vehement und in allergröbster holzschnitzerei über den black block abhetzte, als hätte sie in den militanten die schuldigen dafür gefunden, dass staat und kapital nicht einmal mehr so tun, als würden sie den vorschlägen der reformistInnen zuhören – folgt eine gewisse traurigkeit.

leute wie naomi klein verteidigen ihre überzeugung, dass es die besseren argumente sind, die sich durchsetzen werden, dass die menschliche vernunft, wenn schon nicht aus einer ethik heraus, so doch angesichts des drohenden kollaps des planeten, sich bahn brechen wird. aus all dem herbeiredenwollen und zustimmungswinken spricht pure verzweiflung. es muss so gehen, es muss. hilflos. aber mitleid hilft nicht. reformistInnen tragen an unserem scheitern ebenso wenig die schuld wie wir an dem ihren, die ganze frage nach der schuld ist ein irrweg. was nicht heißt, dass wir sie aus der kritik entlassen sollten. die haben sie sich mit ihrem auftreten in kopenhagen mehr als verdient. vor allem aber gilt es klarheit zu schaffen über unsere strategie, entgegen der allgemeinen verwirrung, zu der gruppen wie cja beitragen, indem sie begriffe und methoden der sozialen bewegungen, z.b. konsens und ungehorsam, verwässern und hoffähig machen, statt sie in auseinandersetzung mit der macht zu schärfen. es kann ihnen vorgehalten werden, dass sie nicht dazu bereit sind, konflikte anders zu denken denn als einspeisen autonomer organisierun-

gen in katalogisierbare pressure groups. dass sie sich weigern von unten zu denken. es ist einfach immer wieder enttäuschend, verraten und verkauft zu werden, nur weil leute glauben, sie müssten so tun, als wären sie teil des generalgouvernements.

ABER solange es jene autonomen organisierungen gibt, ist es im grunde ein leichtes, den unterschied zum fake sichtbar zu machen; zu denen, die sich draufsetzen auf kämpfe, in die andere ihr herzblut hineingeben. selbst im detail sollte uns das nicht schwerfallen. und darauf sollten wir uns konzentrieren statt cja anzuprangern. wofür auch? dafür, dass sie uns nicht gut genug repräsentierten, nicht integrierten oder ignorierten? nein. dafür, dass sie uns den bullen auslieferten? auf jeden fall! mehr noch als gegen das tatsächliche nicht-in-den-block-reinlassen (was immerhin zur folge hatte, dass genossInnen festgenommen und abgeschoben wurden) geht es bei dieser kritik darum, dass sich cja, und damit auch gruppen der il, darauf eingelassen hat, den sog. konsens der demovorbereitung gegen leute durchzusetzen, die nicht teil der absprachen waren und, sollten sie keinen erfolg damit haben, die bullen zu rufen (oder zuzulassen, dass die demoleitung dies tut). der heckmeck im cja block war keiner spontanen überforderung geschuldet. nicht mal, *dass* die forderung nach innerem policing aufkam war überraschend: die friedensbewegung hatte nach strasbourg mehrfach formuliert, dass genau das künftig ihre bedingung für die teilnahme von autonomen an ihren demos sein wird. eine strategie zu dieser bedingung scheint cja nicht entwickelt zu haben, vielmehr erweckten sie den eindruck, dass sie sich total von der panik des bündnisses vor ausschreitungen haben einwickeln lassen: 1) wusste der lautsprecherwagen, lange bevor der erste stein flog, nichts wichtigeres zu sagen, als dass es ziel sei, niemanden von diesem block auszuschließen, weder kinder noch alte, und es deshalb vor allem gelte, die ruhe zu bewahren 2.) setzten einige kaputten scheiben bei börse und außenministerium - was ist schlecht daran? - sofort die grenzabwehr samt beinahe-schlägerei in gang, reibungslos und scheinbar unabhängig vom grad der 'störung' 3.) war cja nicht im stande, die demo auch nur zu veranlassen zu warten, als teile des eigenen blocks mit fast 1000 leuten festgenommen wurden. nicht einmal zu nennenswerten statements gegen die maßnahmen der cops konnten sie sich durchringen. dies geschah erst tage später, als aller pazifistischen bekundungen zum trotz auch einige kader von cja präventiv inhaftiert wurden – und diese auf einmal mit doktortitel in der presseerklärung auftauchten. schlechte b note in jedem fall.

nun, wir werden an selbstorganisierung und direkter aktion festhalten, auch wenn die demo gegen den cop15 in keiner wertung ein glanzstück war. im text "auch wir stecken in mehreren sackgassen" (interim 707) wird gesagt, kopenhagen sei für die autonomen ein desaster gewesen, nicht zuletzt wegen der diskrepanz von vollmundiger ankündigung und realem handeln. letztlich seien wir nicht nur für die cops, sondern auch für die demonstrantInnen "störenfriede" gewesen. im prinzip stimmen wir dem zu, sehen die sache aber nicht ganz so tragisch. ja, gescheitert sind wir an vielen punkten, oft an eigenem unvermögen aber nicht nur. stören ist schon ok, wenn das ganze setting verkorkst ist, und das eben nicht nur von seiten der cops! aber gerade darum war kopenhagen keine vertane zeit, es gab eine menge zu lernen: wie wenig staat und kapital auf ihre eigene propaganda geben (was hier geboten wurde, war lustloses theater mit einem hang zu billigem kitsch), über fadenscheinige representationsshows bezahlter funktionäre und leider auch über politaktivistInnen, die rhetorische finesse und abgrenzung von den bösen oben und unten mit einer position verwechseln. das verorten in der mitte ermöglicht, in die neutralität abzutauchen, auf wissen von expertInnen zu verweisen, das die verantwortlichen inorieren, den mangel an eigenen ideen zu verbergen. aber soziale bewegungen sind keine leeren platzhalter für expertInnenwissen und lobbyarbeit. sie bauen auf den erfahrungen und debatten unzähliger leute und gruppen quer durch die jahrhunderte auf, sie bringen neben standardisierten verfahren und neuen parteien auch immer wieder autonome strukturen hervor, die nicht auf halbem wege aufhören wollen – und um diese geschichte und gegenwart müssen wir kämpfen.

es ist hoffentlich vielen bitter aufgestoßen, dass am aktionskonzept von cja schon beim ersten allgemeinen treffen nichts mehr verändert werden konnte – was nicht nur darum blöd war, weil so auf aktuelle ereignisse wie die massenfestnahmen nicht gemeinsam reagiert werden konnte, sondern auch und vor allem, weil dies zentrale errungenschaften antiautoritärer bewegungen über bord schmeißt. wenn in einer sozialen bewegung von konsens geredet wird, bedeutet dies noch immer, dass alle, die an einer aktion teilnehmen, darüber befinden, was passiert – und nicht, dass sich ein paar leute ausdenken, was gemacht wird und darüber dann nur noch transparenz hergestellt wird. das macht der bundestag vielleicht wenn er kriegseinsätze beschließt, aber der nennt das wenigstens nicht konsens. darin liegt der unterschied: leute einfach nur dazu zu bringen etwas mit zu tragen (was zudem im zweifelsfall nicht sehr belastbar ist) ist etwas anderes als eine aktion gemeinsam zu planen und zu entwickeln - was nicht ausschließt, das manches im geheimen vorbereitet wird. nach heiligendamm gab es einige kritik an den sitzblockaden von block g8, auch im englischen indymedia: auf den vorwurf, die planende gruppe habe im vorfeld nicht alle im detail eingeweiht, wurde dort entgegnet, dass dies nicht möglich sei, da die polizei die blockaden sonst verhindert hätte. außerdem hätten wenige in dieser phase kritik an der aktion gehabt, viele seien bereit gewesen, zum erfolg der fingertaktik beizutragen. kritik habe es ab dem moment gegeben, wo das ziel erreicht war, d.h. die straßen besetzt.

hier hätte die entscheidung über den weiteren fortgang der jeweiligen blockade an alle beteiligten übergehen müssen, d.h. an alle, die letztlich bereit sind, mit ihren körpern für die sache einzustehen. dem schließen wir uns an: das vorbereiten verleiht kein eigentumsrecht über eine aktion, man kann vorschläge machen. bei den sitzblockaden wäre schließlich genug zeit und gelegenheit gewesen, mit allen beteiligten zu diskutieren, wie es weitergehen soll.

zurück zum cop15, zur demo am samstag. eine großdemo gehört dem verständnis antiautoritärer sozialer bewegungen allen, die kommen. d.h. wenn zu einer demo öffentlich aufgerufen wird, gehört die demo der allgemeinen öffentlichkeit. wie bei einer aktion können die vorbereitenden gruppen gern vorschläge machen, wie die demo zu laufen hat, verfügungsgewalt darüber beanspruchen können sie nicht. die vorbereitung einer demo soll eine technische hilfe für die bewegung sein und keine neue regierungsform. die leute auf der straße entscheiden auf der straße, dafür sind demos da, für leute ohne vorzimmer und rote telefone. demos haben eigene mittel, wege und ausdrucksformen. alle haben die freiheit, sich auszudrücken, wie sie es richtig finden und wie sie es vor sich verantworten können. und vor anderen. man muss sich kritisieren lassen, fragen, was der dumme spruch, der stein, das gezeter soll. nichts gegen die direkte auseinandersetzung, auch wenn sie manchmal ganz schön lästig ist. aber ein monopol auf das verhalten der protestierenden einer demo? niemals. vor einer großdemo wie der in kopenhagen wird es nie treffen geben, die alle anreisenden gruppen und einzelpersonen in einer art und weise vertreten, die es rechtfertigen könnte, anderen die formen ihres protestes vorzuschreiben. dass in diesen konflikten immer wieder kinder, alte, flüchtlinge oder gar der gesamte globale süden argumentativ vorgeschickt werden, um eigenen ansichten mehr gewicht zu geben, spricht für sich. zu behaupten, es habe mehrere treffen gegeben, die eine umfassende mitbestimmung ermöglicht hätten, setzt voraus, was cja sich erst als ziel setzt: eine soziale bewegung. von der frage, wer die zeit hat monatelang mehrere stunden täglich emails zu beackern und es sich leisten kann, zu vorbereitungstreffen quer durch europa zu reisen (die wiederum nur über interne email-verteiler bekannt gegeben wurden) ganz abgesehen.

eine weitere errungenschaft (und merkmal) sozialer bewegungen ist ihre weitgehende unabhängigkeit von staatlichen behörden, parteien und regierungsvertretern. im kreis der vom erfolgssprech heimgesuchten werden initiativen von unten, die nicht nach oben wollen, gern dem vergessen anheim gegebenen. so auch die initiative peoples global action. ende der 90er entwickelten linke und autonome, bäuerInnen v.a. aus indien und diverse basisgruppen aus aller welt einige eckpunkte, welche eine klare abwendung von hierarchischen organisationsformen und lobbyarbeit zum ausdruck bringen. über diese pga-eckpunkte wurde noch 2006 bei der vorbereitung zum g8 gipfel in heiligendamm heftig diskutiert. wenn die rede von der dekolonisierung des protestes ernst gemeint ist: weshalb wird dieser weg nicht weiter beschritten, den basisgruppen aus dem süden maßgeblich mit entwickelt hatten, statt mal wieder auf (oft vom staat finanzierte) nicht-regierungs-organisationen zu setzen und auf fragwürdige repräsentantInnen? es ist nicht nur die weiße frau der im alternativ-kongresszentrum ankommenden karawane aus genf, die vor fernsehkameras zum besten gab, sie repräsentiere asien. es ist das wissen um die unmöglichkeit der repräsentation an sich, das wissen darum, wie sich das leben der funktionäre verändert und bald unterscheidet vom leben derer, die sie vertreten. das wissen um die abhängigkeit von der finanzierung ihres jobs, der sie im zweifelsfall immer weniger risiko eingehen lässt, als die menschen, denen der klimawandel, seine profiteure oder beides das wasser abgraben. in sozialen bewegungen gibt es die klare tendenz, auf die eigene stärke zu setzen. selbst leuten, die in erster linie druck ausüben möchten auf die regierung ist meist irgendwie klar, dass dieser plan nur aufgehen kann, wenn der protest jenseits des staates zu einem faktor wird, an dem die regierung nicht mehr vorbei kommt. die distanz zu den herrschenden, zentral für antiautoritäte bewegungen, wurde von cja en passant unter den teppich gekehrt.

na ja, im echten leben verlief dann doch nicht alles ganz so dramatisch wie im prinzip, schließlich beteiligten sich am tag des reclaim power marsches aufs bella center viele entschlossene menschen, während keiner der staatoberhäupter des vielzitierten globalen südens es für nötig hielt, der demo entgegenzukommen. und auch die monatelang beknieten ngos wollten dann doch nicht das risiko einer festnahme eingehen, nur um ein bißchen weniger als funktionär und ein bißchen mehr als basisaktivistIn rüberzukommen. und auch hier ist im grunde völlig unklar, was sich die leute von cja erhofften. womit wir, wie im restlichen text auch, nicht die profis von oxfam oder den parteilichen jugendverbänden meinen. denen konnte es nur recht sein, die linken im bündnis über monate mit näherungsdebatten über die genaue ausgestaltung des hirngespinsts 'offensive gewaltfreiheit' zu beschäftigen. vielleicht hätten diese ja sonst mehr zeit auf die frage verwendet, wie der früh als kernpunkt genannte satz "keine marktwirtschaftlichen lösungen!" derart in widerständige praxis umgesetzt, verkörpert und manifest auf die straße gebracht werden kann, dass er nicht, wie geschehen, im entscheidenden moment von den 'sprecherInnen' des bündnisses hätte 'vergessen' werden können. denn solche leute wissen, wie politik gemacht wird: dass papiere mit forderungen die neulinge im geschäft glücklich machen und nicht weiter stören, solange gewährleistet bleibt, dass man selbst rechtzeitig vor der kamera auftauchen und den wirklich wichtigen satz sagen kann. mag sein, dass auch die polizeiknüppel, die fast unterschiedslos auf gewaltfreie wie auf militante niedergingen, dass das pauschale fuck you! des dänischen staates an alle formen selbstorganisierten protestes einige leute zum nachdenken bringt; dass mit persönlich erlebter desillusionierung die chancen steigen, dass autonomere taktiken, radikalere analysen und eigenständigere strategien erwogen und verstanden werden. es wäre nicht das erste mal, dass korrupte politikerInnen und der bewaffnete staat augen öffnet.

der schwarze block in kopenhagen war nicht nur ein winzig kleiner tupfen in der masse der 70-100.000 demonstrantInnen. nein, es waren zwei winzig kleine tupfen, und beide waren auf verschiedene art schlecht organisiert. während der größere teil scheinbar nichts von der schon wochen vorher kursierenden absprache gehört hatte, auf keinen fall über die zweite brücke auf die halbinsel des bella center zu gehen, wo er prompt von den cops eingekesselt und nahezu komplett festgenommen wurde, zerstreute sich der weiter vorne in der demo laufende tupfen nach einer ersten attacke der polizei völlig, und leider auch endgültig. immerhin gingen zuvor einige scheiben von börse und außenministeriums zu bruch, und einen kurzen moment lang fehlte es weder an wurfgeschossen noch an werkzeugen. warum aber haben wir es wieder nicht in die innenstadt geschafft? warum haben wir die idee so schnell aufgegeben, uns mit all denen zu verbünden, die nicht wie die schafe zum bella center geführt werden wollen? wäre der versuch, gemeinsam der kanalisierung des protestes zu entgehen nicht eine chance gewesen, funktionärInnen und managerInnen in den fokus der debatte über unterschiedliche ansätze zu rücken, statt die leidige und derart leicht in die irre zu führende gewaltfrage? warum haben wir die pedalbetriebene vattenfall-erdkugel, das hopenhagen-spektakel nicht angegriffen - oder besetzt? warum allgemein die tage nicht besser genutzt? neben den wohl leider unvermeidlichen fehleinschätzungen und pannen, der betriebsblindheit in der situation, der so verflucht schwer beizukommen ist, schwächen wir unser unterfangen durch eine reihe struktureller defizite unnötig.

wie bereits in der auswertung von heiligendamm festgestellt, hätte es auch in kopenhagen ein öffentliches autonomes, wie auch immer genanntes antagonistisches plenum gebraucht. damit alle den stand der dinge mitbekommen können, aktionen gemeinsam diskutiert, geplant und angegangen werden können. dass es dieses plenum nicht gab, hat eine reihe von gründen. der unwichtigste davon ist die fehleinschätzung, das treffen von cja irgendwie auch für uns nutzen zu können. es war schnell klar, dass dies nicht der fall ist. ein anderer raum wäre eine einfache lösung gewesen. aber mit wem sich treffen? die allermeisten reisten erst auf den letzten, wenn nicht auf den allerletzten drücker an, mehr als informieren war da nicht mehr drin. auch die bereitschaft, auf den letzten metern noch ein bißchen was beizutragen, hielt sich schwer in grenzen. nicht mal zum flugblätter kopieren erklärte sich wer bereit.

hier setzt sich die stetige expansion von arbeitsteilung, konsumhaltung und effizienzdenken fort, die auch in vielen anderen bereichen der gesellschaft das soziale zerstört. es reicht doch, wenn einige sich mit dem klima auseinandersetzen und die demo vorbereiten, wir sind dann bei anderen gelegenheiten dran. funktioniert das so? ja und nein. mit sicherheit müssen nicht alle ständig alles machen, es gibt ja auch verschiedene vorlieben. aber derzeit dreht die arbeitsteilung frei, alle arbeiten bis anschlag und sind doch ständig frustriert, dass die anderen bei ihren sachen nicht wirklich mitmachen. etwas weniger aktivität, von mehr leuten diskutiert und tatsächlich von vielen gewollt, könnte mehr sein, und würde sich vermutlich auch in unserer entschlossenheit bemerkbar machen. und auf das klima bezogen hätte vielleicht sogar ein wenig inhaltliche debatte nicht geschadet. nicht übers wetter, das war von anfang an klar, aber über die dimension, die ein grüner kapitalismus haben könnte, was sich dadurch unter umständen ändert, wie das ganze mit militarisierung zusammenhängt und was noch alles auf uns zukommen könnte, falls diese gigantische transformation nicht 'freiwillig' vonstatten geht. wir hätten den gipfel als gelegenheit nutzen können, uns fit zu machen in sachen ökologisch runderneuerter ideologie und herrschaft. aber vielleicht war kopenhagen ja auch ein bisschen ein anlass dazu. allzu weit hinter den eliten hinken wir in dieser debatte jedenfalls nicht hinterher. und im unterschied zu ihnen sollten wir uns die freiheit nehmen, das geschlossene weltbild der gier und kontrolle zu verlassen, unser leben an uns zu nehmen und uns für ein ganz anderes ganzes stark zu machen. und - das gute kommt mit dem schlechten - gerade in der klimadebatte scheint darunter auch nichts zu haben zu sein.

so oder so
die erde wird rot

anarchists against einbahnstraße

Rassismus in den linken Strukturen bleibt eine offene Wunde: Ein Bericht über einen Vorfall im Berliner „antirassistischen" Wohnprojekt SCHWARZER KANAL

Rassistische Vorfälle, eurozentristische Stereotype und Xenophobie in den linken Strukturen sind seit langem kein unbekanntes Thema mehr. Häufig sind die Menschen nichtdeutscher Herkunft, die in den deutschen linken Gruppen zahlenmäßig ohnehin untervertreten sind, in verschiedensten Zusammenhängen mit xenophobischen und oft auch unterschwellig rassistischen Zuschreibungen konfrontiert, die zu geringsten und oft auch nicht offen problematisierten Anlässen "Menschen aus anderen Kulturen" kurzerhand als sexistisch, gewaltätig und patriarchal etc. abstempeln.
Zwar gestehen sich viele linke Gruppen das Problem und fordern die Bewußtmachung und eine gezielte interne Bekämpfung des Problems, das in einem krassen Widerspruch zu linken politischen-sozialen Zielsetzungen steht, doch steht eine konsequente inhaltliche Auseinandersetzung in den meisten Gruppen noch aus, weshalb das Bekenntnis zum Antirassismus unter den Linken oft leider nur ein wohlwollendes Lippenbekenntnis bleibt. Rassistische Denk- und Wahrnehmungsmuster, die durch die deutsche Sozialisation erworben und oft unbewußt in die deutschen linken Gruppen hineingetragen werden, schleichen in die emanzipatorischen Theorieansätze und finden oft leider unter dem Deckmantel der emanzipatorischen Kampfbegriffe wie Feminismus und Antisexismus etc. neue Verwendung. Der am 11.08.2010 geschehene Vorfall in dem sich als "antirassistisch" bezeichnenden Fahrradprojekt des Kultur- und Wohnprojekts SCHWARZER KANAL zeigte erneut, wieweit politische Ansprüche und eigene reale Praxis auseinandergehen können.

Der 34jährige Ausländer T., der aus einem arabischen Land kam, finanziell prekären Lage ist und im "offenen" Fahrradprojekt des neu umgezogenen "antirassistischen" Wohnprojekts, sein Fahrrad reparieren wollte, wurde aus dem Fahrradprojekt rausgeworfen! Er traf am 11. 08. 2010 dort - das zweite Mal nach dem vergangenen Mittwoch - um ca. 15:30 ein, um die Reparatur seines Fahrrads fortzusetzen. Unmittelbar nach seiner Ankunft wurde mit der Begründung, dass die Leiterin des Fahrradprojektes vor ihm Angst haben würde, und dass er nicht genug freundlich sei, zum Verlassen des Projektgeländes aufgefordert. Als er sich weigerte, das Gelände zu verlassen, ohne den Grund zu erfahren, und den Wunsch äußerte, unmittelbar mit der Person zu reden, die vor ihm Angst haben würde, wurde ihm geantwortet, dass er den Grund selbst wissen würde, und dass er es nicht schwer machen sollte. Als er BewohnerInnen damit beschuldigte, dass sie ohne konkreten Grund vor ihm als Ausländer Angst haben würden, dass er während seines gesamten Besuches niemandem etwas getan und niemanden beleidigt habe, taten sich mehrere BewohnerInnen des Wohnprojekt buchstäblich zusammen, um den "unfreundlichen" Ausländer, dem nicht einmal der Grund seines Rausschmisses klar war, den Weg zu zeigen. Auch auf dem Gehweg verfolgten sie den "unfreundlichen" Ausländer, der - wie von einer Projektbewohnerin formuliert wurde - "männliches" Getue machen aber "so kleine Eier" haben würde, **ja er selber ein Rassist sei** (!).Der Mann, der beteuerte, in keiner Form einen sexuellen Annäherungsversuch oder ähnliches unternommen und eine/n BewohnerIn oder BesucherIn des Projektes belästigt zu haben, gehörte offensichtlich mit seinem "äußeren Erscheinungsbild" nicht dorthin und aktivierte - ohne dass es ihm selbst nicht klar war - latente Ängste der "antirassistischen" ProjektbewohnerInnen, die sich ja eigentlich für andere Kulturen interessieren und den unpolitischen Erasmus-Studi-Touristen und den Besuchern aus den „In"-Ländern wie England, den USA etc. Tür und Tor öffnen.
Nun, was bleibt zu sagen: Alle Theorie ist tatsächlich nur grau…

Unversöhnlich mit dem Verfassungsschutz?
Input zur Diskussion "Wo müssen Grenzen zum Verfassungsschutz gezogen werden?"

Die Frage nach der Finanzierung des eigenen Lebens stellt sich in Zeiten von Hartz IV manch verdiente_r Genosse_in. Wo finde ich einen Job, der mir ein halbwegs angenehmes Leben garantiert? Welche Fähigkeiten habe ich erworben, die mir dabei helfen? Der Beruf soll Spaß machen und womöglich an einen Bereich anknüpfen, zu dem ich in der Vergangenheit politisch gearbeitet habe.
Andererseits wollen manche Genoss_innen auf Dauer weg von prekärer Beschäftigung und Karriere machen. Sie versuchen dies in Institutionen, in der Wissenschaft, im Journalismus. Inwieweit bleibt man dabei aber noch ein_e Genosse_in? Wieweit darf man für seine Karriere gehen? Wann steht man auf der anderen Seite? Wo sind Grenzen? Welche Angebote schlägt man aus? Wer sich diese Fragen noch stellt, hat immerhin sein kritisches Denken behalten. Antworten scheinen nicht so leicht und werden meist individuell beantwortet. Die Routine tut ihr übrigens und mit der Zeit reflektiert man seine Arbeit nicht mehr selbstkritisch. Oft braucht es Anstöße von außen, das eigene Tun zu hinterfragen.
Hartmut Rübner und Markus Mohr geben in ihrem Buch "Gegnerbestimmung" (Unrast-Verlag, ISBN: 978-3-89771-499-1) solche Anstöße zumindest für Sozialwissenschaftler_innen. Alte Akademiker-Hasen wie Roland Roth werden darin zurecht für ihren unkritischen Umgang mit dem Verfassungsschutz kritisiert. Damit wird ein Problembewusstsein vermittelt: Wem außer dem Verfassungsschutz nützt es, wenn Linke (wie kürzlich ein Kollege vom apabiz) auf einem Podium mit dem VS diskutieren? Warum dem VS ein Podium geben, wenn es um fundamentale Kritik am VS gehen soll? Um Journalist_innen, Sozialarbeiter_innen oder Recherche-Antifaschist_innen, geht es in dem Buch nur nachrangig. Eine Debatte über deren Arbeit mit dem bzw. Verbindungen zum Verfassungsschutz ist aber mindestens ebenso wichtig.

Verfassungsschutz ist Teil des Problems
Der Verfassungsschutz (VS) verfolgt, denunziert und kriminalisiert Linke und autonome Antifaschist_innen. Wenn der VS von Öffentlichkeitsarbeit spricht, meint er damit nicht Transparenz und Aufklärung beispielsweise über seine teils gerichtsbekannten Gaunereien und Lügen. Kritiker, darunter sogar noch einige aus der Linkspartei, fordern die Abschaffung des VS. Ein so klar ablehnendes Verhältnis zum VS haben Journalisten generell und besonders Autoren mit Aufgabenbereich Neofaschismus in der Regel nicht. Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit verfolgt der VS strategische Interessen, die nicht zwangsläufig durchschaubar sind. Warum aber holen Journalist_innen - meist völlig ungezwungen - Informationen beim Verfassungsschutz ein? Was erwarten sie von einem Telefonat oder einem Emailwechsel mit dem VS? Muss man vom VS eine Bestätigung eigener Recherchen einholen? Ist den Informationen einer Behörde, die nachweislich lügt, überhaupt Glauben zu schenken? Verarbeiten Journalist_innen diese Informationen in ihren Artikeln und wenn ja, wie? - Fragen, die sie uns endlich beantworten müssen, damit wir mit ihnen darüber diskutieren können.
Jedenfalls sind Journalist_innen, die auf Geheimdienstinformationen zurückgreifen, beim VS gern gesehen. Und sie signalisieren dem VS, dass er nicht zwangsläufig vor fest verschlossenen Türen steht, falls der einmal anklopfen möchte. Wer als Journalist_in auf Informationen des VS kritiklos Bezug nimmt, schreibt vielleicht auch einmal einen Artikel, wenn er_sie - möglicherweise sogar exklusiv - VS-Informationen erhält, und macht sich damit eins mit dem VS.

Exklusive Journalisten

Die Berliner taz ist eine Tageszeitung, die von der radikalen und autonomen Linken immer wieder scharf kritisiert wird. Aus der Bewegung kommend, hat sich das Blatt schon lange von ihr verabschiedet. Dennoch berichtet die taz gerne, teils gehässig, über die radikale und autonome Linke. Dafür nutzt die taz bereitwillig die Arbeit linker Aktivist_innen, die sich journalistisch zu betätigen versuchen. Als Felix Lee in der taz-Redaktion anfing, war er noch in einer linken Berliner Gruppe aktiv. Er konnte sein Standing in der Bewegung für seine Schreiberei nutzen. Radikale und autonome Linke haben letzteres, ebenso das Geldverdienen mit Bewegungsnähe, bald aber auch die Inhalte seiner Artikel kritisiert und eine Zusammenarbeit abgelehnt.

Manchen Journalist_innen gibt der VS auf Nachfrage Informationen. Einzelne informiert der VS auch ungefragt. Auch dahinter steckt System. Die taz-Autoren Wolfgang Gast und Gerd Rosenkranz sind bekannt für ihre guten Kontakte zum VS. Die beiden waren es, die über Jahre - ähnlich wie Autor_innen von Springers Welt und heute des Berliner Tagesspiegel oder der Jungle World - Informationen aus den VS-Ämtern exklusiv publizierten. Sie standen und stehen in Kontakt oder anders ausgedrückt, im Austausch mit dem VS. Die taz legt bis heute Wert darauf, dass ihre Autoren anlässlich bestimmter "Rechtsextremismus"-Themen beim VS nachfragen. Und die Autor_innen tun das, weil sie ihre Artikel verkaufen wollen. Hier stellen sich weitere Fragen nach den Grenzen journalistischer Arbeit. Wie weit geht man? Kann man auf die Kontaktaufnahme wirklich nicht verzichten? Kann man seinen Vorgesetzten nicht gute Argumente vorbringen, warum eine VS-Info für den Artikel unbedeutet oder generell falsch ist? Sind überhaupt Fälle denkbar, in denen man als Journalist_in oder Rechercheur_in mit dem VS sprechen muss?

Klage über bzw. gegen Linke

In dem Buch "Gegnerbestimmung" aus dem Unrast-Verlag wird auch der taz-Journalist Andreas Speit erwähnt. Im Buch befindet sich ein Satz, "der die Interpretation nahelegt, Andreas habe in einem Austauschverhältnis Infos an den VS weitergegeben" (Zitat aus dem Rechtsanwaltsscheiben vom 25. Juni 2010, dass dem Buch beilag). Der beanstandete Satz wird in allen weiteren Exemplaren der Erstauflage geschwärzt. Die Herausgeber und der Verlag haben schlampig gearbeitet.

Andreas Speit hatte den bewegungsnahen Unrast-Verlag aufgefordert, die Verbreitung des Buches umgehend zu stoppen und mit rechtlichen Schritten gedroht. Die hat er nach einigen Tagen in die Wege geleitet - gegen einen Verlag, in dem er selbst publiziert. So wurde die beanstandete, "unglücklich formulierte Passage" (so einhellig Verlag, Herausgeber und Betroffener) über Speit öffentlich bekannt. Außerdem wurde in diesem Kontext bekannt, dass Speit auf einem Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) moderierte, an dem auch der nordrhein-westfälische VS-Mitarbeiter Thomas Grumke teilnahm. Speit war Aktivist der radikalen Linken und steht ihr immer noch nahe. Er ist Experte im Bereich Neofaschismus. Als solcher haben auch Wissenschaftskreise an Speit Interesse. Der Journalist problematisiert jedoch seine Moderatorentätigkeit für die FES selbstkritisch. Andreas Speit ist kein Informant des Verfassungsschutzes.

Die SPD-nahe Stiftung finanzierte schon mehrere Bücher von Grumke im "Themenbereich Rechtsextremismus". Sie waren sein Karrieresprungbrett zum VS. Zahlreiche weitere Stipendiat_innen der FES haben den VS als Geldquelle und Arbeitgeber entdeckt. Darüber findet sich mehr in "Gegnerbestimmung". Ein Verdienst des Buches ist es, dass nun ein paar mehr Menschen ihre Arbeit reflektieren, sich überlegen an welchen Veranstaltungen sie in welcher Funktion zukünftig teilnehmen und welche Aufgaben sie fortan ablehnen werden.

Noch ein langweiliger Beitrag zur Militanzdebatte

"Auf der Ebene der Aktion sprechen wir uns für die Verbreiterung von crash flash mobs aus. Darunter verstehen wir, ergänzend zu den eher wahrgenommenen Aktionsformen der Demonstration oder der Kleingruppe, eine Organisierung von z.B. 10 bis 100 Menschen, die kurz und prägnant an einem Ort auftauchen. Dies könnte sein ein Supermarkt, eine Einkaufszone, eine Polizeiwache, eine Ausländerbehörde,... Also so etwas wie die schnelle Kurzdemo nach dem Natogipfel in Berlin Mitte April, so etwas wie die Aktion gegen das Bezirksamt Nord während des Klima- und Antirassismuscamps in Hamburg (...) Jede dieser Aktionen war sicher mit viel Angst und Überlegungen besetzt. Wir glauben aber, daß solche Interventionen sehr effektiv sind."
aus einer Erklärung der "KOUKOULOFORI", Interim 704.

Vorschläge dieser Art wurden häufiger geäussert, widersprochen wurde dem nie. Die Aktionsform der militanten Spontandemo ist ein Zeichen von Organisierung und Verbindlichkeit, das nicht wenige gerne setzen würden. Nur kommt es in Berlin selten dazu, meistens im Zusammenhang mit Naziangriffen, wie neulich in P-berg. Woran liegt es das dieses Mittel so selten angewendet wird, obwohl es angeblich viele gut finden ?
Es mangelt am Vertrauen in Andere, auf die wir hier zu angewiesen sind. Wir trauen uns weder Verschwiegenheit noch Verbindlichkeit zu. Letztendlich ist es aber auch ein Misstrauen gegen uns selbst, denn mit den Menschen mit denen wir die Szene bilden, stehen wir seit Jahren in Kontakt, wir haben es versäumt Vertrauen aufzubauen.
Es herrscht ein Konkurenzdruck, der keinen logischen Grund hat. Die Art und Weise, mit der Informationen verteilt oder verschwiegen werden, ist eins zu eins aus den kapitalistischen Verteilungskämpfen übernommen. Das Prinzip des Crash Mobs oder der Sponti ist das Prinzip aller Guerillabewegungen: überraschend an einem Ort mit zahlenmäßiger Überlegenheit den Gegner angreifen. Dieses Prinzip haben viele nicht verstanden. Es setzt eine Zusammenarbeit mit dem eigenen Spektrum voraus und soll Gegensätze überwinden. Das Prinzip der Kleingruppe ist das Gegenteil davon.
Der Ablauf einiger Aktionen der jüngsten Vergangenheit zeigt uns das manche dann doch lieber die totale Aufspalterei wünschen. Was am 12. Juni in Berlin nach der Krisendemo lief, war symptomatisch dafür.
Das auch andere Szenarien möglich sind zeigt ein Blick in die Schweiz, aus einer Zeitung:

Wieder wüten Vandalen in Basels Innenstadt

Von Joel Gernet. Aktualisiert am 22.05.2010

Am späten Freitagabend verursachte ein vermummter Mob nach einem Fackelumzug massive Sachbeschädigungen in der Freien Strasse. Vermutlich kommen die Täter aus dem linksautonomen Lager.
«Fast alle Läden in der Freien Strasse waren von den Sachbeschädigungen betroffen, bei H & M war die ganze Scheibe weg, da hätte man reinspazieren können», erklärt Kriminalkommissär Markus Melzl. Was war passiert? Gemäss Staatsanwaltschaft meldeten Passanten am Freitag um 22:30 Uhr der Polizei, dass eine Horde von Vermummten in der Freien Strasse massive Sachbeschädigungen verüben würde. Gleichzeitig wurde bei einer Bijouterie an der Streitgasse der Einbruchalarm ausgelöst, worauf mehrere Polizeieinsatzkräfte anrückten. Gemäss den bisherigen Erkenntnissen muss kurz zuvor ein Fackelzug mit mehreren Teilnehmenden und einem Begleitfahrzeug im Bereich Steinenvorstadt/ Barfüsserplatz stattgefunden haben.

Dieser Zug soll sich dann durch die Streitgasse bis zur Freien Strasse bewegt haben, als sich plötzlich Exponenten des Fackelzuges vermummten und durch die Freie Strasse bis zur Rüdengasse rannten. Auf der Wegstrecke zwischen Streit- und Rüdengasse schlugen diese Vermummten bei nahezu sämtlichen etwa 25 bis 30 Verkaufsgeschäften die Schaufensterscheiben und die Vitrinenverglasungen ein.

Vermutlich Linksautonome – Luxuskarosse wurde verschont

Zudem wurden etliche Gebäude versprayt mit dem Anarchie-Symbol, Hammer und Sichel sowie antikapitalistischen Parolen. «Die Täter kommen wohl aus dem linksautonomen Lager», vermutet Markus Melzl. Zusätzlich wurden etwa zehn parkierte Autos beschädigt, wobei vorwiegend die Scheiben eingeschlagen wurden. Von den Vandalen verschont wurde erstaunlicherweise ein nagelneuer Maserati gegen Ende der Freien Strasse. «An dieser Stelle ist den Tätern wohl die Zeit zu knapp geworden», so Melzl.

Ob ein Zusammenhang zum Saubannerzug vom 1. Mai bestehe, könne derzeit nicht gesagt werden. Allerdings habe sich die Menschenmenge auch in diesem Fall sehr spontan zusammengerottet. Auch, dass sich die Täter mit einem Pulk von Mitläufern schützten, sei ähnlich wie beim Vorfall vor drei Wochen.

Verstärkung von der Baselbieter Polizei nötig

Der Spuk in der Freien Strasse war nach kürzester Zeit vorbei, wobei sich die Täter bei der Verzweigung Freie Strasse/ Rüdengasse trennten und in verschiedene Richtungen flüchteten. Die Tatwerkzeuge – überwiegend Bauhämmer – und Kleidungsstücke zur Vermummung wurden teilweise auf der Strasse zurückgelassen. Die Polizei zog augenblicklich ein grösseres Mannschaftsaufgebot zusammen, wobei dieses durch ein Kontingent der Baselbieter Polizei und durch die Grenzwache unterstützt wurde.

Die zerbrochenen Scheiben mussten aus Sicherheitsgründen durch die Feuerwehr und durch private Glasereiunternehmen gesichert und die Scherben durch die Stadtreinigung entfernt werden. Die Untersuchungen des Kriminalkommissariates sind im Gange. Während den Ermittlungen und Abklärungen blieb der betroffene Abschnitt der Freien Strasse für jeglichen Durchgangsverkehr gesperrt. Die Polizei sucht Zeugen. (bazonline.ch/Newsnetz)

Als weiteren Anhaltspunkt dafür, dass wir nicht die einzigen sind, die sich den kollektiven Wutausbruch wünschen haben wir auch den Text „Aufbruch in die Fröste der Freiheit" verstanden. Hier einige Zitate, denen zumindest nicht öffentlich widersprochen wurde:

"Ein solcher Organisierungsvorschlag beinhaltet auch, über potentielle GefährtInnen nachzudenken. Es gibt diverse Leute, die wir auf der Straße treffen, die sich in unseren Strukturen aber nicht wiederfinden. Unsere selbstorganisierten Strukturen sind oft geschlossen und wirken elitär. Man muss schon eine ganze Menge »klar haben«, die Codes kennen und sich dementsprechend verhalten, um akzeptiert zu werden. Ebenfalls gibt es vermutlich Leute, mit denen wir gerne diskutieren würden, die sich von der Definition autonom nicht angesprochen fühlen.....Andererseits

stehen Autonome noch immer für eine gewisse Entschlossenheit und Unversöhnlichkeit dem Staat und dem Kapitalismus gegenüber, für die Konfrontation auf der Straße, für alle sichtbar militant im Schwarzen Block oder auch als Unsichtbare in der Nacht. Sie stehen für Strategien der Provokation und eine Perspektive der Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse – aber auch immer für die Suche nach dem ganz anderen Ganzen. Für die Schaffung und kämpferische Wiederaneignung von Beziehungen, Freiräumen und Strukturen, die sich staatlicher Kontrolle nach Möglichkeit entziehen, um aus diesen Fäden perspektivisch ein ganz anderes soziales Gewebe zu schaffen. Wenn es das ist, was Leute noch immer mit dem Begriff Autonomie verbinden, dann finden wir das gut.

.....Schließlich könnte es sein, dass es nicht die Frage von Gewalt und Träumerei ist, die Leute davon abhält mit uns zu kämpfen, sondern dass sie uns misstrauen, weil wir oft auch nur reden wie PolitikerInnen.

....Wir müssen Praxisformen entwickeln, die uns in Stand setzen, dauerhaft im Alltag zu agieren und spürbar anzugreifen."

Seltsam nur das solchen Analysen keine ernsthaften Versuche einer praktischen Umsetzung folgen. Hierarchische Tendenzen sind entstanden durch selektiven Informationsfluss und weil manche Sachen an sich gerissen haben, die nicht im kleinsten Kreis zu bewältigen sind.

Die Vorstellung als Avantgarde vorangehen zu müssen hat nicht nur die RAF in eine Sackgasse geführt, sie schließt schon durch (Selbst)definition eine Entwicklung zum Macht zersetzenden Faktor aus. Und das treibt uns doch eigentlich an, das wir von der stillschweigenden Übereinkunft ausgehen, die Macht zersetzen zu wollen und eben nicht Macht übernehmen wollen.

Wo natürlich der Wunsch besteht, einen wie auch immer gearteten Einfluß auszuüben, und sei es nur in einer sich selbst marginalisierenden Szene, dort haben der "Crash Flash Mob", die militante Sponti, die Massenaktion und der Aufstand keine Überlebenschance.

Ein Aufstand würde bedeuten mit Menschen zusammen zu kämpfen, die wir kaum kennen, von denen wir viele nicht mögen, wo oft unkorrekte Aktionen passieren. Nie wird es zum Aufstand kommen ohne vorherige Phasen einer symbolischen Ausserkraftsetzung des staatlichen Machtmonopols. Diese Phasen nehmen ihren Anfang in mehr oder weniger spontanen Zusammenrottungen, die auf begrenztem Gebiet für Minuten oder Stunden die Bullen nicht agieren lassen.

Verwechselt werden diese Vorläufer eines Aufstands mit den Aktionen einer ideologisch homogenen und untereinander befreundeten Gruppe, die ihr Handeln via BekennerInnenschreiben einer kleinen Bewegung erklärt, zu der sie ansonsten ein mehr oder weniger distanziertes Verhältnis pflegt.

Sicherlich eine überspitzte Formulierung und nicht auf alle militanten Zusammenhänge übertragbar; auf andere Analysen wartend.....
Als Vorbereitung zu Massenaktionen empfehlen wir kleinere Eingriffe in den Alltag mit zunächst überschauberer Anzahl von AktivistInnen. Zum Beispiel zu zehnt eine Strasse komplett mit Parolen vollsprühen, oder zu Plakatieren, Mülltonnen-Aktionen oder auch Spontis wie Anfang Juli am Herrmannplatz wegen der Dennis Sache.
Es geht darum Aktionsformen zu praktizieren an den sowohl viele Leute teilnehmen können, als auch dabei ein Level zu wählen, welches uns nicht zu Anfang schon zu absoluter Klandestinität verpflichtet.

Wir haben in der Nacht zum 21.07.2010 das Ladenschild, die Fenster sowie die Eingangstuer der Nazikneipe "Der Hammer" in Hohen-Neuendorf mit rosa Fassadenfarbe verschoenert.

Die Aktion richtet sich gegen Nazilaeden in und um Berlin allgemein und gegen die Kneipe als Treffpunkt und Organisationspunkt fuer Brandenburger und Berliner (Neo-)Nazis im Speziellen.
Des Oefteren diente und diente "Der Hammer" als Anlaufpunkt fuer

sogenannte Freie Kameradschaften/Kraefte, wie unter anderem Mitglieder der inzwischen verbotenen Kameradschaften "Thor" und der "Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ).

Nach unserer Ansicht ist es wichtig, Nazistrukturen auch ausserhalb des eigenen Kiezes zu bekaempfen. In diesem Sinne:

Smash Fascism everywhere!

Eine weitere autonome Gruppe

Aktion gegen Torsten Sevecke,

Eimsbütteler Bezirksamtsleiter und Oberstleutnant der Reserve

im Stab der 1. Panzerdivision Hannover

> "Ab Oberstleutnant: Schienbein treten, Ohrfeige, Hauswand besprühen, Auto abfackeln, öffentliche Empfänge versauen."
> (zitiert aus dem Flugblatt "Feinderkennung", ein eindeutiger Aufruf Soldatinnen und Soldaten nicht in Ruhe zu lassen, sie anzupöbeln, zu denunzieren, anzugreifen; Abschnitt Aktionsvorschläge zu Offizieren)

Wir haben am 5.8.2010 die Haustür in der Roonstrasse 32 in Hamburg eingeworfen und Farbe an der Wand hinterlassen. Wir solidarisieren uns mit dem antimilitaristischen Widerstand in Hannover gegen das jährlich im Stadtpark stattfindende Sommerbiwak der 1. Panzerdivision, herzliche Grüße an die Genoss_innen. Zusätzlich wollen wir die Tatsache denunzieren, dass ein hoher Offizier der Bundeswehr einen Hamburger Bezirk als Bürgermeister leitet. Auto abbrennen geht in der dicht geparkten Roonstrasse nicht, also erstmal nur Steine und Farbe gegens Haus.

Die 1. Panzerdivision umfasst 20.000 Soldat_innen. Sie beteiligt sich an den schnellen Eingreiftruppen der NATO und den EU battlegroups, ist eine der wichtigen Kampfformationen deutscher Auslandseinsätze. Momentan ist sie auf dem Balkan und in Afghanistan (ab 2011 als Leitdivision) unterwegs. Gemeinsam mit der Commerzbank hat sie die vergangenen Jahre den Celler Trialog ausgerichtet und den Celler Appell initiiert, welcher Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen propagiert. Die Förderung von Reservisten in Industrie und Wirtschaft ist ihr ein besonderes Anliegen. Schon mehrere Jahre gehen Antimilitarist_innen gegen das Sommerfest der Panzermörder, für die die Stadt Hannover eine Patenschaft übernommen hat, vor. Am kommenden Samstag wird die Stadt einen bunten Strauss antimilitaristischen Aktivismus erleben. Ein Veranstaltungspavillon im Stadtpark ist bereits im Juni abgefackelt.

Keine Ruhe der Bundeswehr -

bei ihren Werbeveranstaltungen an den Schulen, Unis, Arbeitsagenturen

bei ihren Feiern, Gelöbnissen, "Gottesdiensten"

und auch nicht "zu Hause", es gibt kein ruhiges Hinterland!

Anmerkung: Alle Hamburger Bezirksamtsleiter haben angekündigt ihre Bezirklichen Ordnungsdiensttruppen im Schulterschluss mit dem Bezirk Altona gegen das Schanzenviertelfest am 4.9.2010 aufmarschieren zu lassen.
Dies wird das Fest nicht verhindern, es wird so oder so stattfinden.
Wir werden viele sein und zornig!
Rote Flora bleibt!

Wir haben in der Nacht zu Sonntag 15.August eine Funkstreife aus dem Verkehr gezogen. Angriffe der Polizei auf Menschen am Dorfplatz, die Jagd auf AfrikanerInnen im Görlitzer Park und der Mord an Dennis J. in Schönfließ waren unsere Motive für diese Aktion.

Wer Repression ausübt, muss mit uns rechnen - wir könnten hinter jeder Ecke im Dunkeln lauern!

ein Anti Bullen Team

Chaoten-Haus Liebigstraße

Stein-Attentat auf Polizisten

Streifenwagen mit Pflastersteinen attackiert, ein Polizist wird verletzt

Der Streifenwagen der Berliner Polizei steht kurz nach der Attacke mit zerstörter Frontscheibe in der Liebigstraße. Fotos: Kietzmann

Friedrichshain - **Ohne Vorwarnung hagelten die Pflastersteine auf den Streifenwagen nieder. Die Frontscheibe wurde zerstört, einer Beamter verletzt. Sinnlose Zerstörungswut, gepaart mit blindem Hass auf die Polizei: Trauriger Alltag in der Liebigstraße.**

In der Nacht zu gestern fahren zwei Beamte des Polizeiabschnitts 57 durch Friedrichshain. Kein besonderer Einsatz mit eingeschaltetem Blaulicht, sondern der ganz normale Streifendienst. Um 0.40 Uhr passieren die beiden Polizisten die berüchtigte Liebigstraße.

An der Kreuzung zur Rigaer Straße dann plötzlich die Attacke: Mehrere Pflastersteine knallen gegen die Karosserie des Autos, einer fliegt mit voller Wucht auf die Frontscheibe. Die zerbricht, umherfliegende Splitter verletzen einen der beiden Beamten.

Von den Tätern fehlt jede Spur, Ermittler vermuten jedoch, dass es sich um Autonome oder deren Sympathisanten handelt. Denn rund um das Haus in der Liebigstraße 14 kommt es regelmäßig zu Auseinandersetzungen zwischen linken Chaoten und Polizisten.

Mal geht es um Ruhestörung, mal um Randale, mal um eine unangemeldete Demo. Das Haus ist eines der letzten verbliebenen besetzten Häuser in Berlin. Sozusagen die letzte Bastion der Linksautonomen.

„Attacken und Beschimpfungen übelster Art gegen jegliche Uniformträger sind zum Alltag geworden. Die Staatsgewalt wird einfach nicht mehr respektiert“, sagt Klaus Eisenreich, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei. Und weiter: „Diese Leute haben so gut wie gar keine Hemmschwelle mehr.“

PDE

Ausstellung und Veranstaltungsreihe

26. August – 07. Oktober 2010

"El Proceso"

Dokumentation einer Reise nach Caracas

GALERIE OLGA BENARIO

FORUM GEGEN NEOFASCHISMUS SEXISMUS RASSISMUS UND IMPERIALISMUS

Die venezolanische Hauptstadt ist Zentrum eines revolutionären Prozesses. In der Metropole organisieren sich die einst marginalisierten Bewohner in Stadtteilräten, Nachbarschaftsversammlungen und Medien- und Künstlerkollektiven und werden zum Träger einer gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Transformation. Collagen aus Fotografien, Text und Interviewausschnitten porträtieren die Akteure und Schauplätze des Wandels. Organisiert wird die Ausstellung von Studierenden der Europa-Universität Viadrina, die im Sommer 2009 im Rahmen einer Exkursion nach Caracas reisten.

Do	**26.08.**	**19:30 Uhr**	**Ausstellungseröffnung**
Do	**02.09.**	**19:30 Uhr**	**Basismedien in Venezuela**. Vortrag von Malte Daniljuk.
Do	**09.09.**	**19:30 Uhr**	Filmvorführung: **El Sistema**. Dokumentarfilm von Paul Smaczny und Maria Stodtmeier, D 2008, 90min.
Do	**16.09.**	**19:30 Uhr**	**Urbane Bilderwelt** – Graffiti in den Zeiten der politischen Auseinandersetzung in Venezuela im ersten Jahrzehnt des XXI Jahrhunderts. Vortrag von Arline Morillo de Zwick.
Do	**23.09.**	**19:30 Uhr**	**Parallelen in der Entwicklung Nicaragua - Venezuela**. Ellen Krumstroh (Managua/Nicaragua), die Leiterin des Projektbüros von Terre des hommes für Mittelamerika (Nicaragua, Guatemala, El Salvador), steht uns für Informationen, Fragen und Diskussion zur Verfügung. Gemeinsam mit dem guatemaltekischen Projektpartner CARLOS SANCHES. Terre des hommes
Do	**30.09.**	**19:30 Uhr**	**Demokratisierung oder Kooptation?** Die Kommunalen Räte als Ausdruck der Basismacht in Venezuela. Vortrag von Tobias Lambert.
Do	**07.10.**	**19:30 Uhr**	Filmvorführung: **Comuna im Aufbau**. Dokumentarfilm von Dario Azzelini und Oliver Ressler, D/A 2010, 94min.

Galerie Olga Benario, Richardstr. 104, 12043 Berlin-Neukölln

U7: Karl-Marx-Str. (Ausgang Neuköllner Oper und durch die Passage)

Infos: 680 59 387 oder 626 16 51

E-Mail: forum@galerie-olga-benario.de, Internet: www.Galerie-Olga-Benario.de

Spendenkonto: Berliner Volksbank BLZ 100 900 00 Konto 71 56 36 10 08

15. OKTOBER 1993

DER WACHTTURM

VERKÜNDIGT JEHOVAS KÖNIGREICH

Raub und Diebstahl Ist ein Ende abzusehen?

INTERIM

Regelmäßig unregelmäßig erscheinendes Polit Info aus Berlin

716

17.9.10

BERLIN ON SALE

nicht mit uns!

Herbstaktionstage

gegen die sozialen Angriffe auf unser Leben

Termine und Infos unter

http://berlinonsale.blogsport.de

1. bis 10. Oktober 2010

für soziale Gegenangriffe

Hallo liebe Leute,

der Briefkasten war diesmal gut gefüllt, was prima ist. Dabei war auch die Stellungnahme und Einschätzung der linken Buchläden zu den immer häufigeren Durchsuchungen. Wir finden die politische Analyse sehr plausibel: Die Buchläden sind ein wichtiger Punkt in unserer linken Struktur, und das ständige Rumstressen der Bullen nervt bestimmt allein schon für die alltägliche Arbeit extrem und soll wohl genau diesen wichtigen Punkt mürbe machen. Und auch wenn wir in der letzten Ausgabe schon Überlegungen zu den Durchsuchungen veröffentlicht haben, finden wir es hier noch mal wichtig anzuregen, dass wir uns als linke Szene überlegen, wie wir die Läden unterstützen können. Von nach den Durchsuchungen nachfragen, ob sie was brauchen, über da sein (wenn mensch das schafft), wenn die Bullen gerade da sind, prekäre Hefte möglichst weit in der Stadt verteilen bis hin zu inhaltlicher Arbeit zu dem Aspekt der inhaltlichen Zensur durch Repression. Gemeinsam sind wir stark!

Wie wir den anderen Einsendungen entnehmen konnten, wird weiterhin den Verantwortlichen für Krieg keine Ruhe gelassen, ob es um persönliche Entscheidungsträger oder um Infrastruktur fürs Militär geht. Für ein stetiges „Anklopfen" bei allen KriegstreiberInnen!

Überlegungen zur allgemeinen Lage, wie die Analysen im Vorfeld zum No-border-camp in Brüssel oder die Gedanken aus Tarnac, bringen uns hoffentlich inhaltlich weiter und auf Ideen für ein wildes, „unverschämtes" restliches Jahr, zum Beispiel bei den Aktionstagen im Herbst. Werfen wir dem tagtäglichen Stadtumstrukturierungs- und Privatisierungswahnsinn ein entschlossenes „Nein" entgegen! Unser Leben und unseren Lebensraum gestalten wir lieber selber.

Eure interimistas

Inhalt

Erklärung der Buchläden zur Durchsuchungswelle 3
Antimil-Action 6
Impressionen vom Treffen in Tarnac 9
aktiv gegen Bullen 10
Reaktionen auf Urteil im Dennis-Prozess
und weitere Fälle von Morden durch die Polizei 11
gegen Gentech in Zürich 14
Hintergrundtext Brüssel (No-border-camp) 16
Rote Flora: unverträglich glücklich 19
Berlin on sale – nicht mit uns 21
gegen die rechte Monatszeitschrift „Zuerst" 24

IHR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns im Briefkasten sein.

per Post:

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim" in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwinden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

...in gut sortierten linken Buch- oder Infoläden, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jede/r sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zukommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Knastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!

Erklärung zur Durchsuchungswelle in Berliner linken Buch- und Infoläden

Was bisher geschah
Am 13. Juli 2010 erschienen Beamte des Landeskriminalamts Berlin in den Buchläden oh21 und Schwarze Risse, sowie im Infoladen M99. Sie durchsuchten die Räume nach den zuletzt erschienen zwei Ausgaben der Szenezeitschrift Interim (Nr. 713 + 714) und beschlagnahmten die gefundenen Exemplare und die Computer. Einige der eingezogenen Arbeitsgeräte konnten erst nach drei Tagen beim LKA („Abteilung Linksextremismus") wieder abgeholt werden.
Es war nicht das erste Mal, dass sich Justiz und Polizei macht ihrer ausübenden Gewalt Zutritt zu linken Läden und Einrichtungen verschafften und diese nach den Zeitschriften Interim, Prisma, Radikal, nach Plakaten, Flugblättern und elektronischen Daten durchsuchten. Innerhalb des letzten Jahres wurden die Läden von Schwarze Risse fünfmal, der Infoladen M99 viermal und der Buchladen oh21 und der Antifa-Laden Fusion/Red Stuff zweimal durchsucht. Weiterhin kam es im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen der Zeitschrift Prisma zu einer Hausdurchsuchung beim Domaininhaber der Internetseite projektwerkstatt.de und in Folge der staatlichen Repression zur vorübergehenden Abschaltung der Internetseite durch den Provider JPBerlin.1 Desweiteren wurden im Zusammenhang mit der Suche nach Verantwortlichen für die antimilitaristische Webseite bamm.de eine Privatwohnung in Berlin sowie die Serverräume des Berliner Internet-Providers so36.net durchsucht.2 In München wurde im Juli 2010 das Kafe Marat durchsucht, um Exemplare der Interim und Radikal zu beschlagnahmen. Bei den meisten Razzien ging es um inkriminierte Zeitschriften. Begründet wurden sie jedes Mal mit dem § 130a StGB „Anleiten zu Straftaten" in Verbindung mit § 40 WaffenG (Verbotene Waffen inklusive des Verbots, solche herzustellen oder zur ihrer Herstellung aufzufordern).3

Buchhandlungen verstoßen gegen das Waffengesetz?

Neu an den jüngsten Durchsuchungsbeschlüssen vom 13. Juli ist, dass die Geschäftsführer der jeweiligen Buch- bzw. Infoläden als Beschuldigte aufgeführt werden. Die Staatsanwaltschaft behauptet, die Beschuldigten hätten die Ausgaben der Interim selbst ausgelegt und seien über den Inhalt informiert gewesen. Die Vorwürfe "Aufforderung zu Straftaten" und "Verstoß gegen das Waffengesetz" werden nun nicht nur gegen die Redaktion der Zeitschriften, sondern gegen die Buchhändler erhoben! Buchhändlerinnen und andere Ladenbetreiberinnen sollen verantwortlich gemacht werden für den Inhalt der von ihnen vertriebenen Schriftstücke.
Die Staatsanwaltschaft bekräftigte auf Nachfrage eines Anwalts, dass es ihr Ernst ist mit diesem Vorstoß: Sie strebt ein

Gerichtsverfahren an, das die bisherige Rechtsprechung revidieren soll. Diese geht bisher davon aus, dass Buchhändler zu wenig Kontrollmöglichkeiten haben, um die Rechtmäßigkeit der Inhalte der von ihnen angebotenen Bücher und Zeitschriften zu beurteilen; daher könne ihnen keine "Tatherrschaft" zugesprochen werden.
Wir haben es also mit einer politischen Initiative der Staatsanwaltschaft zu tun, die, so sie Erfolg haben sollte, die Möglichkeiten zur staatlichen Verfolgung von politischen Gedanken und Einstellungen ausweiten wird. So, wie der §130a keine konkrete Tat unter Strafe stellt, sondern die "Anleitung" zu einer solchen schon zur Straftat macht, wird nun versucht, vom bloßen Vorhandensein bestimmter Schriftstücke auf deren inhaltliche Befürwortung durch die Ladenbetreiber zu schließen und diese zu kriminalisieren.
Angeblich - siehe Artikel 5 Grundgesetz - findet eine Zensur nicht statt, dafür aber aktive Verunsicherung und Einschüchterung, wenn HändlerInnen und LeserInnen nicht wissen können, ob das radikale Blatt, das sie in Händen halten nicht morgen schon kriminalisiert werden wird, und sie gleich mit4.

Oliver Tolmein schrieb 1987 anlässlich der Wiedereinführung des §130a: "Erschwert werden soll dadurch die Selbstverständigung der außerparlamentarischen Opposition. Ein öffentlicher Meinungsaustausch über Aktionen soll weitgehend verhindert und zugleich der Anschein, es werde Zensur geübt, umgangen werden. So verordnet man Selbstzensur."

„Der Skandal fängt an, wenn die Polizei ihm eine Ende setzt."
Karl Kraus
Es geht der Staatsanwaltschaft aber nicht nur um eine gerichtliche Verurteilung. Ob sie mit ihrem Schuldkonstrukt vor Gericht Erfolg haben wird, ist auch ungewiß.
Wie im Fall des §129a - "Bildung einer terroristischen Vereinigung" - haben wir es beim §130a mit einem sogenannten Ermittlungsparagraphen zu tun, dessen Zweck nicht zuletzt darin besteht die Szene zu durchleuchten, indem er u.a. die Staatsanwaltschaft dazu ermächtigt, Läden, Computer und Wohnungen durchsuchen zu lassen.

Schon hier ist das Ziel die Abschreckung. Allein die Drohung, radikale Teile der linken Opposition zu kriminalisieren, soll das Umfeld entsolidarisieren und Spaltungsprozesse fördern. Es war nie das Ziel der Durchsuchungen und Beschlagnahmungen, bestimmte Zeitschriftenausgaben möglichst vollständig aus dem Verkehr zu ziehen. Denn an vielen Orten, an denen die inkriminierten Publikationen vermutet werden könnten, ist die Polizei offiziell nicht aufgetaucht. Linke Buchläden aber sind Schnittstellen zwischen der breiten Öffentlichkeit und linken Strömungen und Subkulturen. Dadurch provozieren sie die staatlichen Repressionsorgane. Sie werden angegriffen, um Berührungsängste zu verbreiten.
Für die Buchhandlungen bedeuten Durchsuchungen, beschlagnahmte Computer und gerichtliche Auseinandersetzungen zudem Extrakosten und Extraarbeit. Wir gehen davon aus, dass dieser ökonomische Druck die Bereitschaft der Buchhandlungen fördern soll, als vorgelagerte

Zensurbehörde für Szeneveröffentlichungen zu agieren.
Die einschüchternde Wirkung der Durchsuchungen mag sogar um so stärker sein, je dürftiger ihre Anlässe sind - und je häufiger sie achselzuckend und ohne öffentliche Reaktionen hingenommen werden.

"Man darf im sehr späten Kapitalismus fast alles sagen oder denken, aber nichts tun." Dietmar Dath
Die politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung linker Gruppen und Publikationen als Gewalttäter bzw. -blätter fällt auf den extremismustheoretisch genährten Boden. Als "extremistische Gefahr" werden Linke mit Rechten gleichgestellt und auf ein polizeiliches Problem für "die Mitte" der Gesellschaft reduziert.
In diesen Kontext passt auch die vom Tagesspiegel-Journalisten Hasselmann verfaßte Meldung zu den Durchsuchungen am 13. Juli 2010: "Nachdem Interim die Anleitung für den Bau einer Bombe gebracht hatte, durchsuchten Beamte die Redaktion. Auch gegen einen rechtsextremen Online-Versand in Marzahn ging die Polizei vor."

In den beschlagnahmten Zeitschriften wurden u.a. Anleitungen zum Bau eines Molotow-Cocktails, eines Brandsatzes und eine Erklärung zu einem Anschlag auf einen Geldautomaten veröffentlicht. Vorgeblich sind es solche Anleitungen zu Gewalttaten, die Polizei und Justiz auf den Plan rufen.

Aber Bauanleitungen für Molotowcocktails und Brandsätze sind in Zeiten des Internets nicht unter Verschluss zu halten, indem ein paar Zeitungen einkassiert werden.
Die Dingfestmachung der gedruckten Exemplare soll vielmehr der Selbstdarstellung der Polizei als Kämpfer gegen "linke Gewalt" Glaubwürdigkeit und Dramatik verleihen. Die Fokussierung auf "Gewalt" ist seit jeher das Mittel, um linksradikale Kritik und Praxis als Verbrechen zu diffamieren.
"Gewalt" wird vom Staat äußerst selektiv verfolgt. Kein Staatsanwalt schreitet ein, wenn die bürgerlichen Medien oder ein bürgerlicher Funktionär wie Thilo Sarrazin die Gesellschaft zur Gewalttätigkeit anleiten, indem sie Chauvinismus, Rassismus und sozialen Hass schüren.
Was ist ein Bekennerschreiben zu einem Anschlag auf einen Bankautomaten gegenüber einem System, das in immer mehr Bereichen, der Arbeit, der Schule, den Behörden und den Medien die Angst regieren lässt, mit Zwang den Status Quo im Inneren aufrecht erhält, mit Krieg Außenpolitik macht und sich auf Kosten von Menschenleben das wachsende Elend der Welt vom Leib hält?

Ob eine Äußerung als "Anleitung zu Straftaten" oder "Volksverhetzung" verstanden und verfolgt wird, hängt immer weniger von ihrem Inhalt ab, und immer mehr von dem Kontext, in dem diese Aussage getroffen wird. Die heutige Gesellschaft hat für umstürzlerische Reden und Schriften etwas übrig, solange sich der Radikalismus auf die kulturellen Spielwiesen der Feuilletons, der Theater- und Kongresssäle beschränkt. Radikale Kritik an den Verhältnissen wird dort zugelassen, wo niemand Ernst damit macht, diese Verhältnisse abzuschaffen.

An Orten aber, an denen aus Worten und Stimmen eine organisierte Kraft werden könnte, ist die Repression zur Stelle.

Linke Buchläden vertreiben Bücher, Broschüren und Flugblätter, die die politischen Verhältnisse analysieren, kritisieren und Handlungsoptionen diskutieren - aus unterschiedlichen Perspektiven, aber mit dem Ziel einer radikalen Veränderung der Gesellschaftsordnung.

Dafür sollen sie kriminalisiert werden. Von diesem Kriminalisierungsversuch müssen sich alle betroffen fühlen, "die nicht einverstanden sind, und es auch noch wagen wollten, ihr Mißfallen öffentlich kundzutun."
(O. Tolmein)

Wir lassen uns nicht einschüchtern und wir werden uns nicht selbst zensieren!
Verteidigen wir unabhängige und unkontrollierte Medien!
Für eine militant demokratische linke Öffentlichkeit!

M99, oh21, Schwarze Risse

1 Auf der Seite war eine PDF-Datei mit Ausschnitten der Zeitschrift eingestellt.
2 Auf der Seite bamm.de, die bei SO36.NET gehostet ist, war ein Flyer eingestellt, der zum „Schampussaufen" beim Tod von Bundeswehrsoldaten aufrief.
3 Im Fall der antimilitaristischen Internetseite sowie einem antimilitaristischen Flyer wurden die Maßnahmen mit „Volksverhetzung" begründet und eine Durchsuchung im Antifa-Laden Red Stuff wg. des Blockadeaufrufs gegen den Naziaufmarsch in Dresden mit „Aufruf zu Straftaten".
4 Es gibt noch andere Methoden der Zensur, wenn z.B. linke Publikationen - wie aktuell wieder das Gefangenen Info - mit Anzeigen wegen Verleumdung und ähnlichem überzogen werden und sie zu Geldstrafen verurteilt werden, die ihre Existenz gefährden.

Am 4. September 2009, 70 Jahre nach dem Überfall deutscher Truppen auf Polen und dem Beginn des zweiten Weltkriegs, starben am Ufer des Kundusflusses über 140 Menschen infolge eines Luftangriffes, den ein deutscher Oberst in Afghanistan anordnete. Es war das schlimmste Massaker, an dem deutsche Soldat_innen seit dem Bestehen der BRD beteiligt waren.

Anstatt dass dieser Massenmord eine Zäsur, ein Innehalten oder gar eine Abkehr von der deutschen Mitwirkung am Krieg in Afghanistan ausgelöst hätte, wurde der Einsatz der Bundeswehr weitergeführt und ausgedehnt. Warbusiness as usual.
Nur ein Minister und ein Generalinspekteur mussten gehen. Die Ermittlungen gegen Oberst Klein und seinen Fliegerleitoffizier Wilhelm stellte die Bundesanwaltschaft im Frühjahr ein, da „es sich um völkerrechtlich zulässige Kampfhandlungen, einen nichtinternationalen bewaffneten Konflikt handele". Massaker sind also erlaubt, dürfen also vorkommen, Bundeswehrsoldat_innen dürfen töten und zwar nicht nur zur Selbstverteidigung oder in Notwehr. Damit verbesserte sich die Rechtssituation der Mitbürger_innen in Uniform und die bereits gängige Praxis hinsichtlich der strafrechtlichen Behandlung von Soldat_innen bei Einsätzen im Ausland wurde untermauert. Über 100 Fälle an Tötungen von Zivilist_innen durch die Bundeswehr außerhalb der BRD führten zu keinerlei Anklagen.
Die Regierung spricht nun von Krieg und möchte, dass die hiesige Bevölkerung den Soldat_innen den Rücken stärkt, ihre Wunden leckt, am Grabe Tränen vergießt, dankbar ist. Die Opfer von Kundus sind dem deutschen Staat genau 3800 Euro pro betroffener Familie wert.

Die Eskalation deutschen Engagements lässt sich am Verlauf der letzten Jahre ablesen: 2007 Entsendung von Tornados; 2008 Übernahme der Quick Reaction Force im Norden Afghanistans einhergehend mit der zunehmenden Anforderung von Luftunterstützung, in deren Folge ein deutlicher Anstieg ziviler Opfer zu verzeichnen war; Steigerung der Truppenstärke von anfangs 1200 im Jahre 2001 auf 4500 im Oktober 2008; 2009 Entsendung von AWACS Flugzeugen und offensive Änderung der Einsatzregeln („rules of engagement"), der sogenannten „Taschenkarte". Nach dem Kundusmassaker wurde im Dezember 2009 das Bundestagsmandat verlängert. Im Februar 2010 gab es eine Neuverabschiedung und es wurde eine Erhöhung des Truppenkontingents auf 5350 Soldat_innen beschlossen. Im Frühjahr starben sieben Bundeswehrsoldaten und das Geschrei an der Heimatfront war groß. Die Armee brauche mehr Waffen, größere Waffen, tödlichere Waffen.

Da waren selbstredend die Mitglieder des **Verteidigungsausschusses** gefragt. Sie stellen eine Schnittstelle dar zwischen Politik, Wirtschaft und Bundeswehr. Als Rüstungslobbyist_innen sitzen sie u.a. im „Förderkreis Deutsches Heer" oder in der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik" und pflegen die Kontakte zu den Waffenschmieden der Nation. Mit ihren Kolleg_innen aus dem Haushaltsausschuss bemühen sie sich, dass die Milliardenaufträge an Krauss-Maffei Wegmann, EADS und Thyssen Krupp weiter fließen und die Kassen klingeln. Hubschrauber, Panzerhaubuitze 2000, Dingo, Marder, Wolf und Fuchs – all das und noch viel mehr sollen der Bundeswehr siegen helfen.

Als Fachmänner und Fachfrauen für den Krieg schwören die Mitglieder des Verteidigungsausschusses ihre jeweiligen Fraktionen darauf ein, das Mandat der Parlamentsarmee zu verlängern. Der Verteidigungsexperte der SPD, *Dr. Hans Peter Bartels*, seit 1998 im Ausschuss tätig und in Kiel als Lobbyist für maritime Rüstung bekannt, kündigte an, die Bundesregierung im März 2011 bei einer weiteren Mandatsverlängerung unterstützen zu wollen. Dies wäre notwendig, auch wenn die Beteiligung der KSK an den Killereinsätzen der Task Force 373 und eine Aufforderung von ISAF Kommandeur Petraeus an seine Kombattant_innen „jagt den Feind ohne Unterlass, rammt eure Zähne gemeinsam mit den afghanischen Partnern in ihr Fleisch und lasst nicht mehr los!" ihm Kopfschmerzen bereite.
Ab und an fliegen Verteidigungsausschüssler_innen selbst in die Kampfgebiete, um sich „ein Bild

zu machen“ und Schultern zu klopfen, wie im April 2010.

Der **Wehrbeauftragte** des deutschen Bundestages, „der Anwalt der Soldat_innen“, fungiert ebenfalls als parlamentarischer Propagandist und Waffenbeschaffer für die Bundeswehr. Der aktuelle Amtsinhaber *Hellmut Georg Richard* „Kanonenrohr“ *Königshaus*, gerne geschmückt mit der „gelben Schleife“ (support our troops!), schließt sich nahtlos den Forderungen seiner Kolleg_innen aus dem Ausschuss nach besserer Bewaffnung an. Er war bis zu seiner Ernennung selbst Mitglied diese Gremiums. Mit seiner Forderung nach dem Einsatz von Leopard 2 Panzern in den „deutschen“ Kampfgebieten („wer in das Kanonenrohr eines Leopard 2 schaut, überlegt sich zweimal, ob er eine Patrouille angreift“) erntete er Hohn aus militärischen Kreisen, da diese Waffe nicht für den deutschen Einsatz tauge. Ihm ging es nach eigener Auskunft hauptsächlich um eine „Enttabuisierung schwerer Waffen“. Königshaus war Personaloffizier bei der Luftwaffe und ist Oberleutnant der Reserve. Für die FDP war er Chefaufklärer im Kundusuntersuchungsausschuss (und das das seine dazu beigetragen, das Massaker zu verschleiern).

In Anbetracht der Tatsache, dass jeder Krieg auch an der „Heimatfront“ entscheiden wird, d.h. An der Zustimmung für oder dem Widerstand gegen den Krieg, reagieren die deutschen Kriegsverfechter_innen gereizt auf eine antimilitaristische Bewegung, die in letzter zeit zunehmend mit Rückenwind agiert und an Schlagkraft und Sympathie gewinnt.
Königshaus Vorgänger Robbe hat die Initiative „Solidarität mit Soldaten“ gestartet, die cih das Wohl von Soldat_innen, die im Ausland gewesen sind, zum Ziel gesetzt. Er plant die Veranstaltung von „Veteranentagen“ sowie den kostenlosen Besuch der „Veteranenfamilien“ in Fußballstadien. Das fröhliche Motto „feste feiern, wie sie fallen!“ (gemünzt auf die gruseligen „Totenfeiern“ für tote Bundeswehrsoldaten) provozierte Königshaus zu der Aussage, dass es sich bei den Kriegsgegner_innen um „Wirrköpfe und *angebliche* Antimilitaristen“ handele. Er sprach von einer gezielten Strategie der Verunsicherung den Bundeswehrsoldat_innen gegenüber, die sich nicht mehr trauen würden, ihren wahren Namen in den Medien kundzutun, da sie Einbrüche in ihre Häuser, Schmähungen und Angriffe befürchteten.

Heute haben Antimilitarist_innen bei Hellmut Georg Richard **Königshaus** (Holtheimer Weg 9a, Berlin) und bei seinen Kameraden aus dem Verteidigungsausschuss Hans Peter **Bartels** (Kiel) und Burkhardt **Müller-Sönksen** (Bernwardkoppel 37, Hamburg) an die Tür geklopft. Nachahmungen gegen alle Krieger_innen, Lobbyist_innen etc. sind dringend erwünscht.

AG „Arschkarte für die Taschenkarte“

Berliner Zeitung · Nummer 202 · Dienstag, 31. August 2010

ANSCHLAG. Auf das Wohnhaus des Wehrbeauftragten des Bundestages, Hellmut Königshaus (FDP), ist in der Nacht zu gestern ein Anschlag verübt worden. Unbekannte hatten Farbbeutel gegen die Fassade des Gebäudes im Holtheimer Weg in Lichterfelde geworfen. Ein Bekennerschreiben ist nicht eingegangen. Der Staatsschutz ermittelt.

DHL erneut im antimilitaristischen Visier ?

resist war 30.08.2010 18:03 Themen: Militarismus

In verschiedenen Städten, darunter in Berlin, Köln, Tübingen und Wuppertal wurden in der letzten Woche zahlreiche Paketstationen umlackiert und die Deutsche Post DHL als weiterhin amtierende Deutsche Heeres Logistik gekennzeichnet.

Das Kriegsgeschäft brummt. Für viele Unternehmen ist das vielschichtige Geschäft mit dem Krieg das zentrale Zugpferd in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit. Das gilt auch aktuell, wo die Produktion in manchen Branchen (zunächst) wieder anzieht. Aber was hat das mit der Deutschen Post zu tun - war die DHL nicht längst „ausgestiegen" aus dem Kriegsgeschäft?

Erinnern wir uns: Im November letzten Jahres zog die DHL ihre Bewerbung um den Milliardenauftrag der Bundeswehr zurück. „Die mit dem Auftrag verbundenen Risiken galten als zu groß" (!) Es verblieben zunächst nur noch zwei Bewerber im Rennen um den Zehn-Jahresauftrag: (A) ein Gemeinschaftsunternehmen aus dem Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS und dem Logistikunternehmen Hellmann sowie (B) die Deutsche Bahn Tochter DB Schenker in Kooperation mit dem Rüstungsspezialunternehmen ESG. Im Frühjahr diesen Jahres sollte feststehen, wer künftig 16 Materiallager mit rund 2000 zivilen Bundeswehr-Angestellten betreibt und den weltweiten Transport der Bundeswehr-Kriegsgüter in die nächsten Auslandseinsätze übernimmt. Der Startschuss für die Übergabe sollte bereits zum 1. Juli erfolgen.

Doch die Guttenbergschen Transformationspläne für die Bundeswehr stellen die Auswahl und Anzahl der Logistikzentren in Frage und werfen damit die Vertragskonditionen für den umfassenden Kriegshilfeauftrag über den Haufen. Die Ausschreibung muss neu erfolgen. Fest steht lediglich, dass einem neuen Auftrag noch größere Bedeutung zukommen wird, denn trotz Reduzierung der Truppenstärke sollen mehr SoldatInnen der Bundeswehr an mehr Auslandseinsätzen beteiligt sein. Mehr Flexibilität, mehr Kriegseinsätze, mehr Kriegslogistik.

Doch die Neuformulierung des Logistikauftrags wird noch eine Weile auf sich warten lassen. Die Pläne für eine tief greifende Restrukturierung des Bundeswehrapparats liegen zwar auf dem Tisch. Auf der militärischen Führungsebene reagiert man mit jedoch mit Widerwillen auf die „zu radikalen" Transformationsabsichten. Möglichst weitgehende Bestandssicherung für den „eigenen" Truppenteil lautet die Devise und das sorgt für innere Reibung beim Kürzungsvorhaben.

Derweil ist hinsichtlich der laufenden Kriege alles beim alten. Die DHL versorgt sowohl die Bundeswehr als auch die anderen NATO-Truppen mit Ausrüstung und Kriegsgerät in Afghanistan und ist ebenfalls im Irak größter Kriegs- und „Wiederaufbau-" Logistiker. Die Verträge der Deutschen Post DHL mit der Bundeswehr über die Lieferung leichter Ausrüstung sowie der Feldpost bestehen ebenso weiter wie das Großkunden-Ressort „Military Affairs". Ein Ausstieg aus dem Kriegsgeschäft sieht anders aus!

Die Karten für einer weitere Privatisierung der Kriegslogistik sind neu gemischt !
(Bereits vor einem neuen Vergabeverfahren) DHL weiter auf die Finger (sc)hauen !

eine von vielen in Berlin

in Wuppertal

in Tübingen

in Köln

Aus dem Mittelgebirge des Limousin

In diesem Sommer trafen sich 200 Leute für eine Woche in Tarnac. Aus ihren Diskussionen entstand, unter anderem, folgende Erklärung:

Er steht auf und sagt: "Aufstandsbekämpfung ist nicht nur die Einsatzdoktrin der westlichen Armeen in Afghanistan, sie ist die eigentliche Natur jeder Regierung. Das In-Umlauf-Bringen von diesem oder jenem Element der Sprache, des Urbanismus, der organisierten Zerstreuung, der Fabeln der Wirtschaft, alles entspringt der Befürchtung, die Kontrolle über die Bevölkerungen zu verlieren." Sie antwortet: "Bei uns hat die Regierung derart Angst, dass die Leute in der Krise anfangen, sich selbst zu organisieren, dass sie die Arbeitslosen zwingt kostenlose Fahrradwerkstätten zu betreiben, gebrauchte Gegenstände zu recyclen und mit der Polizei zu patrouillieren. Das Territorium wird präventiv besetzt."

Einige Stunden danach, eine Ofenladung Brot später, ein weiterer: "Was mich seit Herbst 2008 erstaunt, ist, dass eine solche Krise des Kapitalismus bis heute so wenig Bewegungen hervorgebracht hat, außer in Griechenland. Vor zehn Jahren gab es eine ganze "Anti-Globalisierungs-Bewegung", die das System angriff, als es ihm noch gut ging, und jetzt, da alles dieser Bewegung Recht gibt, gibt es nichts, was sich erhebt und so weniges, das versucht wird. Dass jeder sich in diesen Momenten an seiner bedrohten sozialen Stellung festklammert ist nachvollziehbar, nicht aber, dass Militante und Aktivisten sich bequem in ihrer minoritären sozialen Rolle einrichten, dass sie, anstatt sich mit ihrer plötzlichen Lähmung auseinanderzusetzen, lieber denken, dass alles ihnen Recht gibt und dass sie nur damit fortfahren müssen, ihre radikale Haltung auf spezialisierten Webseiten weiter zu verfeinern oder auf der Terrasse angesagter Kneipen an ihrem Bier zu nippen. Das genau kann ich echt nicht fassen."

Eine andere: "Es gibt kein Geld mehr, es gibt keine Arbeit mehr. Das einzige, was jetzt zu tun ist, besteht darin, uns die Techniken und Mittel des Überlebens anzueignen, nicht nur, um zu überleben, sondern um zu siegen. Es stimmt, es gibt eine globale Polizei, die bezahlt wird, jene immense Traurigkeit zu beschützen, die den Namen "Wirtschaft" erhielt und jene Art von Verschwörung der Dummheiten, die "Kapitalismus" genannt wird. Es ist offensichtlich eine großangelegte semantische Operation, diejenigen als "Terroristen" zu bezeichnen, die noch den Mut haben sich international zu treffen, um Antworten zu suchen auf die Fragen, die sich alle Welt stellt. Doch isoliert, jeder für sich alleine. Was kann man tun, um sich nicht von der Politik aushungern zu lassen? Wie können wir die weltweit ineinandergreifende Polizeimaschinerie zerlegen? Man kann uns als Terroristen behandeln, das bringt nichts. Offensichtlich gibt es kein "uns". Wer immer sich treffen würde, wie wir dieser Tage, würde sich die selben Fragen stellen und käme zweifellos zu den selben Antworten.

Zwei Punkte: Auf keinen Fall dürfen wir konstituierende Versammlungen einberufen, es gilt, überall lokale Versammlungen zu schaffen, um den Strukturen und Dispositiven der Macht alles zu entreißen, was das Leben ermöglicht - und das sie gefangen halten: Die materiellen Mittel ebenso wie das Vermögen zu kommunizieren, auch die Fähigkeit uns zu verteidigen. Unser Leben ist der Rohstoff ihrer Macht. Wenn wir es uns zurückholen, wenn wir aufhören, um Erlaubnis zu fragen, wenn wir unsere Angelegenheiten selbt regeln, wenn wir uns auf Augenhöhe organisieren, um die Abhängigkeiten zu brechen, die uns fertigmachen, dann kann kein Kampf gegen den herrschenden Wahnsinn mehr auf die Selbstverwaltung des Elends reduziert werden."

Und dieser da vorne, der gerade angekommen ist: "Wenn man sich die Wirtschafts-Zyklen des Okzident anschaut, stellt man fest, dass sie im Abwechseln von Krise und Aufschwung bestehen, von immer stärkerer Krise und immer schwächerem Aufschwung. Der aktuelle Zusammenbruch ist nicht den Umständen geschuldet, er ist nachhaltig."

Und sie, die am letzten Tag sagt: "Wir müssen ein Kommunique schreiben, um all denen in der Welt, die nicht resignieren vor dem Horizont des Desasters, zu sagen, dass wir uns getroffen haben, dass wir uns nicht der Angst ergeben, dass die Einschüchterungskampagnen die unter dem Deckmantel des Anti-Terrorismus geführt werden, sich letzten Endes in der Groteske verlieren, dass es an der Zeit ist, jede defensive Position zu verlassen."

Es ist eine seltsame Versammlung. Zweihundert Menschen, Leute von überall, von überall in Europa und von weiter her noch. Schwer zu sagen, was sie gerade dort zusammenführt, in Tarnac, für diese Woche der Arbeiten, der Diskussionen in allen möglichen Sprachen und des Feierns, für diese Woche gemeinschaftlichen Lebens, eifrig, beschwipst und voller Freude. Man muss ein bisschen verrückt sein, unerschütterliches Vertrauen haben in die Zukunft der Revolte oder komplett scheißen auf die Machenschaften der Polizei, um zu entscheiden sich dort zu treffen, an einem der verbranntesten Orte Frankreichs, und sich dort ernsthaft über revolutionäre Möglichkeiten der Gegenwart auszutauschen. Das ist es also, was wir gemacht haben. Wir wissen, dass eine neue Welle von Verhaftungen vorbereitet wird unter jenen, die Nachrichtendienste und schlecht informierte Leute "l'ultra-gauche" nennen. Wir lassen uns weder in die Klandestinität noch in die Harmlosigkeit drängen. Unsere Beweggründe sind in allen Köpfen, und unsere Bestrebungen in allen Herzen.

Aus der Tiefe der Scheune fügt eine Stimme hinzu: "Ihr bekämpft uns, ihr stärkt uns. Ihr bekämpft uns nicht, wir stärken uns. Herren der Welt, ihr seid durch."

aus dem französischen
http://juralibertaire.over-blog.com/article-depuis-les-moyennes-montagnes-du-limousin-55885654.html

---

Vor einigen Jahren wurde von ein paar menschen angefangen, die regelmässigen bullenübergriffe, nachts mit kleineren aktion zu beantworten. Anfangs wurden mülltonnen an dezentralen orten zu barrikaden umfunktioniert und diese angezündet oder banken eingeworfen. Dieses konzept wurde schnell aufgegriffen und ausgebaut, und das flambieren von bonzenkarren und firmenwagen kam hinzu. Diese aktionen wurden in der presse oder von den bullen oft auch im zusammenhang mit vorgegangenen aktion gestellt. Nach jedem übergriff seitens der staatsmacht, ein angriff auf eine party oder demo, oder einer razzia war klar es wird eine nächtliche reaktion geben.
Unter anderem auch aus diesem aktionskonzept entwickelte sich dann eine neuauflage der wagensportliga und weiteren militanten angriffen. Es verging kaum ein nacht ohne ausgebrannte autos oder anderer autonomer intervention. Seitdem sind nacht in bestimmten gegenden nobelkarossen und firmenwagen kaum noch zu sehen. Bei dem flambieren kam es manchmal zu kolleteralschäden, die hätten vermieden werden können. Es sollte sich überlegt werden ob es wirklich notwendig ist ein auto gleich abzufackeln. Manchmal reicht es aus, das auto tieferzulegen und eine nette botschaft im lack zu hinterlasssen.
Das konzept auf bullenübergriffe zu reagieren ist im moment ein wenig abgebbt, aber es wäre eine grosse freude, wenn diese idee wiederbelebt wird. Dafür ist es manchmal sehr hilfreich sich nicht erst an dem tag des bullenangriffs sich etwas zu überlegen. Dann muss der frust und die wut auch nicht in der nächsten kneipe oder im eigenen kopfkissen bekämpft werden.

Dieses schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne unterschrift gültig.

Berliner Zeitung · Nummer 153 · Montag, 5. Juli 2010

Berlin

„Mörder"-Rufe und Pfefferspray

Freunde und Angehörige von Dennis J., der von einem Polizisten erschossen wurde, protestieren gegen das Urteil

VON ANDREAS KOPIETZ

Das Urteil gegen drei Berliner Polizisten im Schönfließ-Prozess hat zu Tumulten im Gerichtssaal und auf der Straße geführt. Polizisten gingen am Sonnabendabend in Neukölln gegen eine Menschenmenge vor, die gegen die nach ihrer Meinung zu milden Urteile des Landgerichts Neuruppin protestiert hatten. Etwa 150 Freunde und Angehörige des erschossenen Dennis J. hatten sich am Hermannplatz zu einer Kundgebung versammelt.

Der 26-jährige Autodieb aus Neukölln war am Silvesterabend 2008 von einem Berliner Polizisten im brandenburgischen Schönfließ bei dem Versuch ihn festzunehmen, erschossen worden. Mit Sprechchören und Plakaten forderten die Demonstranten Gerechtigkeit. Als die Menge zum Kottbusser Tor ziehen wollte, kam es zu Auseinandersetzungen mit Polizisten, wobei Steine und Flaschen flogen. Die Beamten gingen mit Schlagstöcken und Pfefferspray vor. Sieben Demonstranten wurden festgenommen.

Der 37-jährige Polizeikommissar vom Charlottenburger Abschnitt 25 war am Mittag vom Landgericht Neuruppin wegen Totschlags in einem minderschweren Fall zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Seine beiden Kollegen, erhielten wegen Strafvereitelung Geldstrafen von 10 800 und 8 400 Euro. Die Verteidiger kündigten Berufung beim Oberlandesgericht an. Sie wollen Freispruch. Nach der Urteilsverkündung kam es im Gerichtssaal zu lauten Unmutsbekundungen durch Angehörige und Freunde von Dennis J. Es gab „Mörder"-Rufe und Gerangel mit Ordnern und Polizisten.

Sollten die Urteile rechtskräftig werden, wird der Todesschütze aus dem Polizeidienst entfernt. Auch für seine Kollegen dürften die Urteile dienstrechtliche Konsequenzen bis hin zum Rauswurf haben.

„Wer einen solchen Schuss in den Oberkörper seines Gegners abgibt, nimmt dessen Tod in Kauf", begründete Richter Gert Wegner das Urteil. Weder der tödliche Schuss noch die anderen sieben Schüsse auf das Auto seien zu rechtfertigen. Eine konkrete Gefahr habe weder für den Kommissar noch für dessen Kollegen bestanden. Der Polizist habe in der brenzligen Situation „in einem Zustand von Schrecken, Angst, Furcht und Stress geschossen", sagt Wegner. Er habe den Gesuchten bei dessen Fluchtversuch mit dem Auto auf der Stelle stoppen wollen, „koste es auch sein Leben". Diesen Entschluss habe er in Sekundenbruchteilen gefasst und umgesetzt. Der Schuss sei zur Fluchtverhinderung eines unbewaffneten Kleinkriminellen keinesfalls erlaubt gewesen.

Die beiden Kollegen des Kommissars hätten aus einem „Korpsgeist" heraus gezielt gelogen und behauptet, von den Schüssen fast nichts mitbekommen zu haben. Die beiden Männer hätten die Fahrbewegungen des Autos übereinstimmend und den Spuren entsprechend beschrieben. „Nur bei den belastenden Dingen fehlten Ihnen angeblich die Wahrnehmungen."

„Wenn ein Mensch durch das Handeln eines Polizeibeamten ums Leben kommt und eine Anklage wegen Totschlags beziehungsweise versuchter Strafvereitelung die Folge ist, entsteht unvermeidlich ein Ansehensschaden", sagte Polizeipräsident Dieter Glietsch gestern der Berliner Zeitung. „Das Image der Berliner Polizei wird nach meiner Überzeugung aber nicht nachhaltig darunter leiden, weil die Bürgerinnen und Bürger sich in ihrer großen Mehrheit eine Meinung über den konkreten Einzelfall bilden und nicht etwa ein Pauschalurteil über die Berliner Polizei fällen, deren Arbeit sie schätzen und zu der sie Vertrauen haben."

Mit Schlagstöcken ging die Polizei gegen Angehörige und Freunde des erschossenen Dennis J. vor.

Dienstag, 13. Juli 2010

Für Krawall ist Chaoten jeder Anlass recht

50 Vermummte randalierten in Neukölln. Grund war offenbar das umstrittene Urteil gegen den Polizisten, der einen Mann im Dienst erschossen hatte

Mit Böllern und bengalischen Fackeln zogen die Randalierer durch Neukölln

Randale unter fragwürdigem Vorwand: Rund 50 teils vermummte Chaoten hinterließen in der Nacht zu Montag eine Spur der Verwüstung rund um den Neuköllner Hermannplatz. Anlass könnte das Urteil im Fall um die Todesschüsse auf den Neuköllner Dennis J. (†26) gewesen sein. Denn die Gruppe zog lautstark „Dennis J. – das war Mord!" skandierend durch die Weserstraße in Richtung Kottbusser Damm. Böller explodierten, Pflastersteine hagelten gegen Scheiben zweier Bankfilialen. In der Lenaustraße wurden zwei Autos demoliert, unter anderem eines der Deutschen Bahn. Als die Polizei anrückte war der Spuk vorbei – die Randalierer waren weg. Der Polizeiliche Staatschutz prüft jetzt, ob es tatsächlich einen Zusammenhang zum Schönfließ-Urteil gibt. Acht Tage zuvor waren im Prozess um die Todesschüsse zu Silvester 2008 der Berliner Polizist Reinhard R. (36) und zwei Kollegen verurteilt worden. Trotz einer zweijährigen Haftstrafe blieb der Beamte, der Dennis J. erschoss, auf freiem Fuß („BZ" berichtete).

Auch an diesem Mietwagen der Deutschen Bahn wurden die Scheiben eingeschlagen

FOTOS: STEFFEN TZSCHEUNER, BJÖRN KIETZMANN

Neukölln brutal: Steine flogen und Autos brannte

Demo um erschossenen Dennis eskalierte

Feuerwehrmänner löschten den Renault Mégane. Totalschaden!

Neukölln - Eine Chaoten-Nacht, in der Steine und Feuerwerkskörper flogen, in der viel Glas zu Bruch ging. Am Ende standen, wie so oft schon, auch Autos in Flammen auf. Neukölln brutal!

Alls begann mit einer der häufigen Demos um den von einem Polizisten erschossenen Dennis J. (26). Gut 50 Leute zogen ab 23.15 Uhr durch den Kiez an der Weser Straße. Sie brüllten „Dennis, das war Mord!" und machten ihrer Wut im Bauch richtig Luft.

Die Scheiben zweier Bankfilialen wurden eingeworfen, die Fenster zweier in der Lehnaustraße geparkten Autos der Deutschen Bahn wurden zertrümmert.

Um 3 Uhr brannte ein Renault Mégane in der Emser Straße, zuvor ging in Tempelhof ein Renault Laguna in Flammen auf. Ob es einen Zusammenhang gibt, ist unklar. *KEI*

Die Chaoten zündeten Feuerwerkskörper und warfen Steine

die erklärung zur aktion im reuterkiez/ kottbusser damm gibts auf dem directaction blog nachzulesen, hier nun einige infos zur ausrichtung.
als ort wurde ein viertel mit hoher belastung durch polizeistreifen gewählt. nordneukölln soll von jugendgangs, migranten und harz verlierer_innen gesäubert weden. dazu fahren die bullen in kurzem rythmus durch.
es wird von einer relativ kritischen einstellung der anwohner_innen zur polizei ausgegangen, deshalb gab es auch keine randale gegen beliebige fahrzeuge oder kneipen/ fressläden. die leute sollten nicht verprellt werden.
die inhaltliche bestimmung wurde durch parolen und flyer eindeutig rübergebracht, es gab mehrfach zustimmung von passanten.
es bestand die erwartung das schnell eine streife auftaucht, die platt gemacht werden sollte. um das zu beschleunigen aber auch um mediale aufmerksamkeit zu"erregen wurden dann zwei banken, ein bahn auto und ne luxuskarre eingeworfen. die bullen hielten sich fern und sammelten sich mit acht wannen am kotti bevor sie auftauchten. dieser übermacht entzogen sich alle erfolgreich.
die botschaft das ein mord durch bullen nicht mehr lautlos geschluckt wird, hat die öffentlichkeit erreicht - darauf kann aufgebaut werden.
gut war auch mit relativ vielen leuten zu agieren ohne das es verluste oder sinnlose zerstörungen gab.

Schwere nächtliche Ausschreitungen in Neukölln

Täter werfen Scheiben an Banken und Autos ein

■ VON PETER OLDENBURGER UND MAREN WITTGE

Ein bisher unbekanntes, vermutlich linksextremistisches Aktionsbündnis hat sich in einer E-Mail an diese Zeitung zu Ausschreitungen in Neukölln bekannt, bei denen in der Nacht zu gestern erheblicher Schaden entstanden ist. Etwa 30 bis 50 Randalierer zogen durch den Kiez am Hermannplatz, schleuderten Steine gegen die Scheiben von zwei Bankfilialen und mehrere geparkte Autos. Die Täter zündeten Feuerwerkskörper und skandierten Parolen. Die Gruppe flüchte unerkannt.

In ihrem Schreiben nehmen die Absender Bezug auf die Gerichtsverhandlung und das Urteil des Landgerichts Neuruppin gegen einen Berliner Polizisten, der in der Silvesternacht 2008 in Schönfließ (Oberhavel) acht Schüsse auf den 26 Jahre alten Intensivtäter Dennis J. aus Neukölln abgab, als dieser mit einem gestohlenen Wagen vor seiner Festnahme flüchten wollte. J. wurde tödlich verletzt.

Das Landgericht hatte am 3. Juli den Berliner Polizisten zu zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Das Gericht wertete den Vorgang als Totschlag in einem minderschweren Fall, äußerte aber massive Zweifel an dem Geschehen in der Silvesternacht und den Aussagen zweier Polizisten, die bei dem Einsatz anwesend waren. Bereits im Gerichtssaal war es zu heftigen Tumulten gekommen.

Wenige Stunden später folgte am Hermannplatz eine illegale Kundgebung mit 100 Teilnehmern, bei der Polizisten mit Flaschen beworfen wurden. Die Beamten reagierten darauf mit dem Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray. Sieben Angreifer wurden festgenommen, fünf Polizisten leicht verletzt.

In der Nacht zu Montag kam es jetzt erneut zu Ausschreitungen. Die Täter zogen gegen 23.15 Uhr von der Weserstraße zum Kottbusser Damm. Mit Pflastersteinen zerstörten sie sieben Scheiben einer Commerzbank-Filiale, brüllten Parolen wie „Dennis J., das war Mord" und zündeten Feuerwerksböller. Danach warfen die Unbekannten nach Polizeiangaben zehn Fenster einer Volksbank am Kottbusser Damm ein und zertrümmerte an der Lenaustraße die Scheiben von zwei Autos. Eine Sofortfahndung blieb ohne Erfolg.

In der Bekenner-Mail werden die nächtlichen Ausschreitungen als „Rache für Dennis" und dessen Tod als „Mord" bezeichnet. Die Verfasser nennen sich „Aktionsgruppe Carlo Guiliani" – nach einem Demonstranten, der 2001 während der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua durch Schussverletzungen ums Leben gekommen war. Eine fundierte Analyse der Mail durch den Staatsschutz stehen noch aus. Die Wortwahl lässt die Justiz jedoch einen linksextremistischen Hintergrund vermuten. *pol/mtt*

Grölende Täter randalieren im Kiez am Hermannplatz

02.03.2010 00:00 Uhr | Von Johannes Radke

DER TAGESSPIEGEL

ERMITTLUNGEN

Rätsel um Tod bei Polizeieinsatz

Nach dem Tod eines 32-Jährigen in Schöneberg im Verlauf eines Polizeieinsatzes suchen Gerichtsmediziner der Charité nach der Todesursache. Ein Experte hält Pfefferspray für den möglichen Grund.

Am Montag war die Obduktion des Leichnams bereits abgeschlossen, die Mediziner waren aber noch damit beschäftigt, die Krankenakten des Toten auszuwerten, um einem Hinweis auf eine Vorerkrankung nachzugehen. Details zu den Ergebnissen wollte die Polizei mit Verweis auf die laufende Untersuchung noch nicht mitteilen. Wie bei Polizeieinsätzen mit Todesfällen üblich, hat sich eine Mordkommission in den Fall eingeschaltet. „Gegen drei Beamte wird wegen Körperverletzung im Amt mit Todesfolge ermittelt", bestätigte ein Sprecher.

Wie berichtet, war die Polizei am Sonntag gegen 4.30 Uhr von der 30-jährigen Schwester des Mannes alarmiert worden, weil dieser ihre Eltern und sie selbst in der gemeinsamen Wohnung in der Elßholzstraße bedrohte und anschrie. Die Beamten drängten den Mann auf die Straße und erteilten ihm einen Platzverweis. Als die Beamten das Haus später verlassen wollten, wartete der Mann im Flur. Mit Schlägen und Tritten ging der unter Drogeneinfluss stehende Angreifer auf die Polizisten los. Diese versuchten ihn erfolglos mit Pfefferspray außer Gefecht zu setzen. Erst gemeinsam mit hinzugerufenen Kollegen konnte der 30-Jährige überwältigt werden, stürzte dabei aber eine Treppe hinab und verletzte sich. Auch vier Polizisten wurden verletzt. Bevor der Notarzt eintraf, hörte der Randalierer plötzlich auf zu atmen. Trotz sofortiger Reanimation starb er später im Krankenhaus.

Die Eltern von S. wohnen in Schöneberg. Am 28. Februar kommt es dort zu einem Familienstreit. Die Polizei erteilt S. einen Platzverweis für die elterliche Wohnung. Diesem kommt S. jedoch nicht nach. Daraufhin sprüht ein Beamter S. mit Pfefferspray aus kurzer Entfernung ins Gesicht. Ein anderer Polizist rammt S. dreimal den Ellenbogen gegen Hals und Kiefer. Von mehreren Beamten, die pausenlos auf ihn einschlagen, wird S. zu Boden gebracht und gefesselt. Die Beamten springen auf den gefesselten Körper. Durch den Lärm kommen Nachbarn aus ihren Wohnungen, die Auseinandersetzung spielt sich im Treppenhaus ab. Die Beamten setzen Pfefferspray gegen die Nachbarn ein, können aber nicht verhindern das einige doch etwas sehen können.
S. wird die vier Stufen einer Treppe runtergeworfen, danach gibt er keine Lebenszeichen mehr von sich. Die Beamten fragen Nachbarn in drohendem Tonfall ob sie etwas mitbekommen haben. Die Leute sind eingeschüchtert und schweigen. Am nächsten Tag werden die Geräte von S. ausgeschaltet und eine absurde Presseerklärung veröffentlicht. Als Todesursache werden innerer Blutungen von allen Organen angegeben jedoch ohne äusserliche Spuren von Gewalteinwirkung. Ein weiterer Mord durch die Berliner Polizei.

24.06.2010 | 27 Kommentare

MÖGLICHE WECHSELWIRKUNG MIT DROGEN

Erneut Toter nach Pfefferspray-Einsatz

In Dortmund ist ein Mann gestorben, nachdem er von Polizeibeamten mit Pfefferspray zu Boden gebracht wurde. Zuvor hatte er Kokain konsumiert.

VON PAUL WRUSCH

BERLIN *taz* | Ein 32-jähriger Türke ist am Mittwoch nach einem Polizeieinsatz, bei dem Pfefferspray benutzt wurde, in Dortmund verstorben. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, hatte der Mann zuvor Kokain konsumiert. Die Obduktion am Donnerstagnachmittag ergab, dass der Mann an einem Mulitorganversagen starb.

Dortmunds Oberstaatsanwältin Ina Holznagel erklärte, dass der Pfefferspray-Einsatz damit nicht allein ursächlich für den Tod war. Als Auslöser könne ein Zusammenwirkung von Kokain, Atemstillstand und eine Atemwegsinfektion sein. "Auch das Pfefferspray könne zum Kreislaufschock beigetragen haben", sagte Holznagel. Die Obduktion ergab keine Hinweise auf übermäßige Gewalt beim Polizeieinsatz.

Der Mann besuchte Dienstagabend seine ehemalige Lebensgefährtin, verließ die Wohnung, „randalierte und schrie auf der Straße herum", sagte Ina Holznagel taz.de. Anwohner verständigten Polizei und Sanitäter. Nach Angaben von Holznagel bedrängte der Mann die Sanitäter. Den Polizeibeamten gelang es nach eigenen Angaben nicht, ihn zu beruhigen. Um ihn zu Boden zu bringen, setzten sie Pfefferspray ein. Auf dem Weg zum Krankenwagen kollabierte der 32-Jährge, wurde reanimiert, verstarb aber am Mittwochnachmittag im Krankenhaus.

Noch am Abend versammelten sich vor der Dortmunder Polizeiwache in Mengede etwa 50 zumeist türkische Mitbürger, die in einer „insgesamt gegen die Polizei gerichteten aggressiven Grunds[illegible] Parolen skandierten", heißt es in der Pressemitteilung der Pol[illegible] soll etwa „Mörder, Mörder"-Rufe gegeben haben. Zu Übergriff[illegible] es nicht.

Artikel aus der Infokurzfutter-Gratiszeitung 20Minuten, CH, Dienstag 6 Juli 2010, Abschrift u. Kommentar mc, Corporation-Lager Pöschwies, Zürich, CH

Sabotage-Akte auf ETH-Professor verübt

Zürich: Gentech-Gegner haben mehrere Sabotage-Akte gegen einen ETH-Professor verübt. In der Nacht vom 28. auf den 29. Juni wurde das Auto seiner Frau und das Motorrad seiner Tochter mit Farbentferner und Aceton-haltigen Mitteln beschädigt, sowie sein mit der Parole «No GMO» (Nein zu gentechnisch veränderten Organismen) versprüht. Der Sachschaden beträgt gegen 20.000 Franken. «Ich bin schockiert, dass wissenschaftliche Forschung auf diese Art und Weise attackiert wird», sagt K.L. (Name der Redaktion bekannt; *d.Abschr.: uns Gentech-GegnerInnen offensichtlich auch*), der im Rahmen eines nationalen Forschungsprogramms Feldversuche mit gentechnisch verändertem Weizen durchführt. Der besorgte Familienvater hat inzwischen Anzeige erstattet.

Derweilen Prahlen die Täter auf Indymedia.org, einer Plattform linker Aktivisten, mit ihrer Tat: «Inspiriert von der Sabotage-Aktion gegen das Gentech-Versuchsfeld in Pully haben wir uns entschlossen, den Kampf gegen Gentechnologie weiterzuführen.» Professor K.L.: «Solche radikale Organisationen sollten in unserer Demokratie keinen Platz haben.»

(der Abschreiber: Bravo Dummkopp! Wer will diesen "Platz" in seiner "Demokratie" des "wissenschaftlichen", globalen und faschistischen Nekro-Techno-Totalitarismus der kapitalistischen Multis und ihrer imperialistischen Staaten denn schon!)

******

Tagesanzeiger, 7 Juli 2010, abgeschr.. mc, Lager Pöschwies, Zürich, CH

Ökoterroristen schlagen zu

Gentech-Gegner haben einen Anschlag auf einen ETH-Professor verübt. Von Stefan Hohler

Zürich – Der Vorfall ereignete sich in der Nacht vom 28./29. Juni. Wie die Täter auf der linksradikalen Internetplattform Indymedia schreiben, haben sie ein Auto und Ein Motorrad beschädigt und auf das Haus die Parole «no gmo» gesprayt (Nein zu gentechnisch veränderten Organismen). Der Schaden beträgt gegen 20 000 Franken. Beim Forscher handelt es sich um einen deutschen Professor für Pflanzenbiotechnologie an der ETH Zürich. Gegenüber «20 Minuten» sage er: «Ich bin schockiert, dass wissenschaftliche Forschung auf diese Art und Weise attackiert wird.» der Pflanzenbiologe führt im Rahmen eines nationalen Forschungsprogramms Feldversuche mit gentechnisch verändertem Weizen durch. Er hat Anzeige erstattet, die ETH verurteilt aufs Schärfste, dass sich militante Gegner der grünen Gentechnologie mit sinnloser Gewalt statt mit Argumenten Gehör verschaffen: «Es ist bedenklich, dass ein Forscher nun auch als Privatperson zum Ziel einer solchen Attacke wurde.»

Bereits in der Nacht vom 23./24. Juni haben vermutlich die gleichen Vandalen Behälter mit Herbiziden auf ein Versuchsfeld in Pully bei Lausanne mit gentechnisch verändertem Weizen geworfen. Über Schäden ist laut ETH nichts bekannt. Auf Indymedia wird diese Tat als Solidaritätsakt mit «Marco Camenisch, Silvia Costa und Billy» begründet. Camenisch ist ein Schweizer Öko-Terrorist, der wegen Mordes an einem Grenzwächter im Gefängnis Pöschwies sitzt. Bei den drei weiteren erwähnten Personen handelt es sich um zwei Italiener und einen Schweizer. Sie wollten Ende April einen Sprengstoffanschlag auf das von IBM und ETH in Bau befindliche Forschungszentrum für Nanotechnologie in Rüschlikon verüben. Die drei wurden aber schon vor dem geplanten Anschlag verhaftet. Laut Bundesanwaltschaft ist das Ermittlungsverfahren noch im Gange. Die drei Personen sind nach wie vor in Untersuchungshaft.

******

Internet 28.06.2010, Rückübersetzung einer *traduzione sommaria – summarischen Übersetzung* ins Italienische aus der deutschen Erklärung auf Indymedia, die ich leider wie auch die Erklärung zum Angriff auf den braven und armen Familienpapa (noch?) nicht erhalten habe.

In der Nacht vom Mittwoch 23. und Donnerstag 24. Juni wurde das Freilandversuchsfeld für GVO-Weizen mit Unkrautvertilger angegriffen (bei Lausanne, Pully, gegen diesen Versuch fand um diese Zeit eine Protestvelokaravane statt) um die Pflanzen zu vernichten und die GVO-Forschung zu verhindern.

Der Widerstand gegen die Gentechnologie ist Teil eines breiteren Widerstandes gegen de totale Kontrolle der Gesellschaft und des Lebens, was auch dank der Entwicklung der Nano- und Biotechnologien stattfindet.

Darum haben wir auch unsere Solidarität mit konkreten Aktionen für jene ausdrücken wollen, die sich gegen dieses kapitalistische technowissenschaftliche System wehren und vor allem für Marco Camenisch, Silvia, Costa und Billy, revolutionäre Gefangene die in diesem Moment in der Schweiz im Knast sitzen weil sie begriffen haben, dass Worte nicht genügen und gehandelt werden muss um eine radikale Veränderung zu erreichen, auch wenn das die Gefahr bedeutet gefangen genommen zu werden.

Aus Indymedia, 13. Juli 2010, von einer italienischen Übersetzung (Culmine) des Bekennungsschreibens, auf Kastilianisch erschienen: http://barcelona.indymedia.org/newswire/display/39922Baix/Empordà/index.phb

Erklärung 12. Juli

Heute am 12. Juli 2010 haben dutzende Menschen 2 Versuchsfelder für transgenen Mais von Syngenta in der Gemeinde von Torroella de Montgrí (Baiy Empordà, Katalonien) sabotiert.

Wir haben das transgene Experiment unter freiem Himmel von Syngenta zerstört, weil wir wissen, dass diese direkten Aktionen die beste Art und Weise sind um auf die Politik der vollendeten Tatsachen zu antworten, womit die Generalität (Regierung Kataloniens), der Staat und die Biotech-Multis uns seit 12 Jahren unilateral die GVO in Landwirtschaft und Ernährung aufzwingen.

Im spanischen Staat konzentriert sich mit über 75'000 Ha bebautem Land (2009) ungefähr 80% der GVO-Fläche Europas. Nach Aragonien ist Katalonien mit ihren 27'000 Ha die Region Europas mit den meisten GVO-Hektaren. In den letzten Jahren wurden 42% aller GVO-Freilandversuche der EU in Spanien angelegt.

Syngenta ist die drittgrösste Sameneigentümerin der Welt (nach Monsanto und Dupont). Ihr Ziel ist die weltweite monopolistische Beherrschung des Samenmarktes, um alle BäuerInnen und die gesamte Landwirtschaftsproduktion vom Samenhandel abhängig zu machen. Syngenta kontrolliert mit den anderen Multis,

a) die Weltmärkte der Landwirtschaftsprodukte (Samen, Dünger, Agrochemie...),

b) die Verteilungs- und Kommerzialisierungssysteme von Nahrungsmitteln und Agroindustrie,

c) den Weltmarkt der verarbeiteten Produkte

Syngenta ist somit eine der wichtigsten Trägerinnen und Nutzniesserinnen des jetzt vorherrschenden korporativen und industriellen Agro- und Nahrungsmittelmodells. Nachdem es Jahrzehnte lang auf planetarischer Ebene auferlegt wurde, werden die Stimmen immer lauter, wonach

1) Dieses todbringende Produktions- und Gesellschaftsmodell unter den hauptsächlichen Verantwortlichen für die Ernährungs-, Umwelt- und Klimakrise ist, unter der die Menschheit leidet

2) Die transgenen Produkte in der Landwirtschaft eine neue Verschärfung des agroindustriellen Modells darstellen, welche die äusserst schwerwiegenden gesellschaftlichen, kulturellen und ökologischen Verheerungen noch verstärken, die vom multinationalen Agrobusiness verursacht werden.

Nach europäischer Gesetzgebung sind GVO-Feldversuche ein unerlässlicher Zwischenschritt auf europäischem Territorium zur Bewilligung durch die EU-Kommission- der kommerziellen Ernte von transgenen Sorten, die bis jetzt keine EU-Bewilligung haben. Seit Jahren zeigen wir als verschiedene europäische Akteure auf, dass das von den Biotech-Multis zu befolgende Protokoll zur Bewilligung von transgenen Samen voller Fallen und Unregelmässigkeiten steckt. Z.B. müssen die vielen Skandale der EFSA (Nahrungsmittelsicherheitsbehörde) unterstrichen werden, die belegt haben, dass dieser hypothetisch wissenschaftliche Organismus im Dienste der Gentechindustrie steht; andererseits muss die Rolle der verschleierten Förderung der landwirtschaftlichen GVOs durch die europäische Gemeinschaft selbst hervorgehoben werden.

Zwölf Jahre nach dem Beginn des GVO-Maisanbaus in Katalonien haben dutzende Fälle von genetischer Kontaminierung der landwirtschaftlichen, ökologischen und konventionellen Produktion (Kontaminierungen von Samenposten im Viehfutteranbau und von Produkten zur direkten menschlichen Ernährung) wiederholt bestätigt, dass die angebliche Koexistenz von transgenem Anbau und nicht transgenem Anbau nicht bloss sehr umstritten sondern total unmöglich ist. Die Verbreitung der transgenen Landwirtschaft hat das Aussterben von mindestens zwei traditionellen Weizensorten („morat" und „queixal") und einen Rückgang um 95% des ökologischen Maisanbaus zwischen 2002 und 2008 verursacht.

Alles deutet zweifellos darauf hin, dass die landwirtschaftlichen GVO bzw. das vorherrschende Produktions-, Verteilungs-, Konsum- und Gesellschaftsmodell die Entwicklung und Konsolidierung von alternativen Modellen unmöglich macht, die auf eine ökologische Landwirtschaft und den Kampf für die Ernährungssouveränität der Völker basieren. Darum lehnen wir sowohl die landwirtschaftlichen Transgene als auch die kapitalistische technoindustrielle Gesellschaft ab, die erstere möglich und notwendig macht (...notwendig, damit wenige sehr mächtige Akteure ihre Herrschaft über die Weltbevölkerung konsolidieren und ihre Marketingstrategien perfektionieren können). Darum rufen wir dazu auf, zur Tat zu schreiten um sowohl die transgenen Anpflanzungen als auch die soziale Ordnung zu vernichten, die von denselben Akteuren verewigt wird, die sie unterstützen.

A Magnificient opportunity
Some ideas on migration, capitalism and social revolts

I. INTRODUCTION

This text comes from practical questions linked to the tenure of an ECOFIN meeting (European financial ministers gathering from the 30th September to the 1st October) and of a n European Trade Union demonstration (on the 29th September) during the No Border Camp in Brussels (25th September- 3rd October). During discussions, we questioned our position with regard to this summit. Our reflexions quickly went to « the » current crisis and his social and political effects, in the meantime increase of racist politics and behaviours, and of social revolts and mass-movements. Questions on these effects are finally the main reason for this text, with the last September week in Brussels as background. From a radical position against borders and for freedom of movement, we propose here a few ideas on the « No Border movement », on relations between anti-migration and economic European politics, and on the actual blooming of social revolts. Ideas which aim to bring reflections, discussions … and actions.

II. ABOUT OUR LIMITS

To begin with, we thought about how the "No Border activists", in a larger sense, connect usually migration policies to economical policies. In these discourses we can distinguish two main poles, in between a variety of discussions and positions against borders are taking place.

Two currents

On one hand, there is a radical current that can be defined as developing a discourse for absolute freedom of movement and settling, against borders, against the state and against capitalism. This discourse, often connected to direct actions, tries to frame the fight against anti-migration politics into a criticism of the capitalist system. Nevertheless, the way it is expressed is often reduced to a total rejection of all capitalist structures, which only reaches to people already convinced. On the other hand, we can identify a moderate current, that emphasizes more on the process of migrants regularization and the opposition to detention-camps. This discourse usually reaches a deadlock on the question of linking political and economical frameworks in which anti-migration politics are integrated.

Paradox

We realize that these different discourses have in common to focus mainly on the repression against migrants. The insistence upon this question is understandable, it is the most outraging aspect of the situation of migrants, who themselves consider it as the main issue: to exit the circle of repression and to be able to live a "normal" life. We think, nevertheless, that there is a designated weakness, a one-dimensional aspect of the No Border discourses. The capitalist handling of migrants work and its effects on economic matters and social rights has nearly never been used as a central argument in the opposition to borders and the fights for freedom of movement. Furthermore, except Frontex, we can consider that the "european power", despite its decisive and organizational importance concerning the handling of migration movements, has being globally spared off criticism and actions from the No Border movement.

Leaving this aside constitutes from our point of view a paradox : we are many to think that the handling of migrations reveals the real face of capitalism and ables us to look through the future trends in our societies evolutions (militarization of borders and of the society in general, control-technologies development, labour precarisation, social rights and freedom of speech destruction…). Nevertheless, it's very seldom that, beginning from the migration question, we manage to develop discourses or actions concerning other aspects of society.

III. MIGRATIONS IN THE DEVELOPMENT OF ECONOMIC AND SECURITARIAN EUROPE

Migration exists everywhere, internationally or locally, linked to wars, work or studies, as a result of climatechange or meetings. Many from us don't speak the languages of their grand-parents, we don't live where our parents lived and our movements will not hold back. "Migrants" or "natives", the only identities stamped on us, are printed by the state on paper and those printed by advertisement and tv in our minds, identities that are strange to us. The classification between migrants and "natives" has no sense anymore. However, those who are communally called "sans-papiers" are particular migrants, their rights are non-existant, they are forced to clandestinity and they represent the figure of the ultimate "foreigner". The capitalist system makes them marginal and applies on them particular politics. These politics and their links with "the rest of society" are what we are interested in.v

The development of European migration policies should be analyzed in the context of the development of the European Union, in so far as it is a process of an economic system opening up its labour market. By observing E.U.'s history and the enlargement process that followed throughout its 60 years of existence, we can see that the capitalist handling of migration movements is directly linked to the economic situation. Periods of crisis or economic growth can transform migration policies radically, which in turn can have huge effects on economic and security policies.

The waves of migration

In the last century, after the second world war, work-related migration began to intensify. The first important wave of migration, in the fifties and sixties, had been constituted by "industrial" migration, particularly from the South of Europe and other Mediterranean countries to the northern countries. Thirty years later, the fall of the "iron curtain" provoked a new wage of migrants coming from the East attracted by the image of "safe old Europe". Simultaneous to this process, the number of non-Europeans trying to join Europe, increased from year to year.

We can consider one main difference between migration politics in the fifties and those from the eighties on. For a first time, industries and mines needed cheap and numereous work forces, which implicated a relatively "open" migration. In succession, the de-industialisation, the end of full-employment and increase of mass-unemployment activates a drastic restriction of conditions of migrations. This difference in the handling of migration movements let the economic interests appear as the main criteria used by the capitalist system to define their migration politics.

From security architecture…

Today, in the enlarged E.U., European institutional system architecture has reached a new dimension and a higher level in terms of state cooperation (Dublin II) and security procedures. Since the collapse of the Soviet-union, the borders of the "project Europa" expanded and the Union took the chance to build up an gigantic security architecture, based on the development of new technologies and huge financial possibilities. This was followed on the first stage by the construction of detention camps and the increase of social control on a domestic level. On the second stage, countries like Italy, Greece and Spain started to build more and more defense mechanisms against migration, with the help of the European migration agency Frontex. These countries constitute the final internal barrier against the infamous "invasion of Europe". Finally there is an externalization of the borders to Mediterranean countries like Libya, Tunisia and Morocco where European funds are being used to build detention camps and to improve the control of their borders. The deaths at the borders in the Mediterranean Sea and conditions of detention camps like Pagani in Lesbos, are not produced anymore by a single country interest but are part of European economical and migration strategies.

…to labour-market architecture

Parallel to this expansion of repression and militarization of borders, we witness the reconstruction of the labour-market. The tricky part for the state government is to keep the balance to control effectively this market. The governments use migration in two principal economic ways. On one hand, they try to control migration to answer economic needs, a limited and specialized migration. And on the other hand, they use immigration to promote competition between workers, and from there to limit the social demands and deregulate the labour-market.

Selection of work-permissions (in function of the markets needs), flexibility of work (unregistered work, part-time-work), reduction of wages, attacks against social rights, destruction of pensions, the ever increase of rents. All these dynamics can only be seen as an the levelling of work conditions of local workers to the situation that migrants know since a very long time, with clandestinity as a special bonus. This is the objective of governments and European institutions. At first, the work conditions and social practices are being applied to migrants, legitimating this particular status by the fact that they are foreigners without any rights. After that, technics for managing migrations are expanded to the handling of the whole population. Of course, at the heart of this dynamic, stands the public argumentation on "unproductive and benefits abusing foreigners", designated responsible for all economic and social disasters in our societies.

E.U. : The way to the top

These strategies of migration/population control make clear where the E.U. is heading for: a stable migration policy, tight social measures (now and then, depending on the situation of home-economy) and a new promoted euronationalism to take its position as

a global player on the global market, Germany and France in leading position. The long-term goal is to liberalize the market and to drop the "social-state", to stay alive in the competition against the "masters of workers-oppression" USA and China. This new ideology of euronationalism is based on the development of a European historical understanding after the second world war. The history is being turned around in order to redefine a new Europe which has learned from the two world wars and is heading to « peaceful » economical and political state-cooperation. This theory forgets about the ongoing social war, the exploitation of workers and migrants, and about the ongoing "humanitary" wars and other operations of "maintaining peace", via NATO or not, from different European countries in Serbia, Afghanistan, Irak or Somalia.

Last years have showed that this ambitious project is very difficult to fulfill. On the political level, the rejection of a European Constitution by some member states damaged this "European dream". On the economical level, the financial crisis, which started at the beginning of the new century, stopped the economic growth and revealed one more time the effects of world competition, overproduction and speculation. In this time of crisis and (for now) failure to achieve these aims, one of the principal questions is: how will the state-governments try to compensate the handling of "the financial threat"?

IV. FEAR AND PATRIOTISM IN PERIOD OF « CRISIS »

It has been two years since the banks and stock markets began to collapse. Billions of Euros have been wasted, designated banks are being reloaded by incredible profits, others stay unstable, and the breakdown of stock-markets and the Euro continues. In a short time, the crisis of the financial system became a crisis of the states. After doing everything to save the financial system, the governments begin now to make the "people pay": Greece, Romania, Spain, Great Britain… This umpteenth crisis of capitalism is, as usual, a wonderful opportunity for the governments and the international institutions: austerity-plans, which have been or will be voted for, are real plans of social destruction.

Austerity-plans as logical development

This first opportunity of a real act of "European-crisis-management", after the IMF-intervention in Romania, was the state-debt crisis of Greece. The international capital, in form of the E.U., IMF and the Greek state, tries to turn the country in a social-experiment-field for a new shock-doctrine. Many social rights that have been defended by workers since three decades, will be abolished within two years. The first package of measures voted on the sixth of May by the Greek parliament shows the way: cut in wages up to thirty percent, freezing of wages and pensions in the state sectors. These measures on wages are followed by an increase of sell taxes and special taxes on tobacco, alcohol and betting. Changes will also occur in the social system: cuts in pensions and unemployment benefits, destruction of social security. The next waves of measures are being prepared for the next year, under the severe surveillance of the "control commission". The effects of the austerity policies are just beginning to produce their effects: massive job cuts, more and more part-time jobs and mass creation of temporary employment.

Finally, the austerity-plans imposed in the frame of "the" crisis are certainly a new stage in the process of precarisation of work, in the application of handling techniques of immigration as means of population management. Far away from being exceptional policies, these anti-social reforms are the logical continuation of dynamics which started with the creation and development of the European "project". The specificity of these measures can be found in their rarely seen social violence and their integration in a more and more racist and security-focused political frame, in a political project based on fear management.

Fear politics and patriotism

If we observe the discourses developed by governments, we assess that they justify their handling of the crisis by fear driven arguments, with the foreigner as fear's principal cause. The handling of fear as a mechanism of social transformation operates in different ways. One way is to create a physical fear, based on the figure of young delinquent migrants, to legitimate the development of control technics (police presence, cameras, archiving…) and repression structures (construction of prisons and detention-camps, "freedom" laws, agile justice…). This fear takes on symbolic forms, specifically based on "unaddressable differences" between Islam and "western way of life". Controversies around supposed habits like the way people dress (veil), sexuality (polygamy), food (hallal quicks and scrificial lambs), are nothing but symbolic manipulations created in order to give impressions of a threat looming on occidental traditions and of a superiority of these on an archaïc muslim way of life. Furthermore, it is about to create an economic fear based on the rarity of work and on the figure of the working migrant, in order to accept at the end the deregulation of labour.

These politics of fear are naturally articulated around the motion of crisis. Should it be to invest billions in banks or to impose anti-social reforms, the governmental discourses remain the same: "In the context of the crisis, sacrifices are necessary to save our system". This appeal to economical patriotism doubles in a appeal to cultural patriotism, in a discourse on national identity, on the peril for our societies represented by migration. In this manner, the governments present themselves as defending the electors and channel popular anger against the capitalistic inequalities towards the figure of the migrant, seen as the ultimate economical, physical or cultural enemy, both inside and outside. This process aims to hide that the consequences of the crisis are the same for "natives" and "migrants": an aggravation of life conditions and a intensified tracking of all the non-profitable individuals – fired workers, unemployed workers cut off from benefits, detained and evicted migrants.

From xenophobia to cosmopolitanism?

Socially, we can expect that the current reforms produce effects going in two main directions: on one hand, a questioning of the institutions and even maybe of the capitalist system; on the other hand, an identitarian fall-back and a strengthening of xenophobic feelings and discourses. These two directions may seem contradictory but are nonetheless often complementary. In an organized form, they are expressed in the progression of right-wing political parties and racism issue within some Unions. On an individual level, the mixture of anti-institutional and anti-migration feelings are developing in alarming manner. This is where the central challenge but also the principal danger for the No Border movement lies: in the risk of reinforcing and anchoring durable xenophobic feelings, in the risk to return to a national and nationalist Europe, more and more closed and racist.

This mixture of sentiments reflects a reality from which the No Border movement can not escape: in our societies, migration and the manner in which it is handled represents often a point of rupture, the crystallization of the debate to vacate finally the reject of the other. It's the case in the urbanistic level (creation of banlieues and ghettos), on a cultural level (interdiction of veil), and on economical level (acceptance of national competition of work, but not with migrants). It is still good to assert that the migrations and the population blending have always took place, today these phenomenas reach such a level that they cannot be left aside in a decent political position. Number of human beings on earth, social and international inequalities of capitalist system, growth of enormous megalopolis, development of transport way, attractiveness of the supposed commodity society and propaganda-technologies – all this provokes migrations and participates in the reinforcements of inequalities, which in return are generating tensions. From there, how in this frame, or rather outside of it, develop cosmopolitan cities, obtain peaceful and fluid cohabitation of cultures and ways of life? This question remains open…

V. SOCIAL MOVEMENTS AND PERSPECTIVES

Some have answers to this question. Where we are looking for cosmopolitanism the governments are playing on tensions between communities and goading on the fear of the other. Despite this, we begin to see the development of social movements opposing to economical state policies, for example in Romania and Greece. In Greece a heterogeneous movement with different political goals has been protesting against the austerity plans of the government, IMF and E.U. The biggest success of this mobilization, mainly controlled by the social-democratic unions, was the fifth of May, when hundreds of thousands of people all over Greece took part in the most massive demonstrations since the end of the Greek dictatorship in 1974. State-employees, private workers, anarchists, students and also migrants participated in the storming of the parliament. During the waves of attacks on the parliament a shocking message arrived over the mass medias : three people lost their life in a fire attack on the Marfin-Bank. This event paralyzed the movement and on the sixth of May the parliament could vote calmly the first measure-package. All over Greece, discussions, in anarchist circles and outside, opened about militant practices and the movement's heterogeneity. The day of the fifth of May showed what could be possible for a social movement, but also how a movement can be paralyzed in a time where radical social changes are possible… Predictions for the moment are hard but one thing is sure: The Greek government will continue to push austerity measures and will most probably be confronted again with protests. In a global perspective, we could assert in the last years that the European social movements often stay closed in a national logic of defending existing social rights,

which makes it difficult for them to enlarge their criticism beyond the opposition to a particular reform and to consider other solutions than these attached to the historical nation-state framework. It is actually one of the biggest challenges for the Greek movement: the abandon of nation oriented views and the hope for a democratic reform of the system.

Find the common to drop off national identities

To achieve that social revolts leave behind their national identities, it's important to leave the isolation of the no-border-movement, to create links with actors of the ongoing struggles. Obtaining this result implies to underline the handling of migrations in the locations where the effects of crisis are being felt and discussed : in the spaces of discussion or struggles (assemblies, publications, sites, occupations and also syndicates) and in the places of life and work (banlieues, schools, universities, companies). Under this view, there are simple truths never worthless to remember. First that the migrations have always existed and will always exist. The project intending to stop them can only produce « barbarous » and «inhuman » practices, unable to spur migration movements. Furthermore, it is obvious that even the deportation of all the « sans-papiers » will not bring back full-employment and would not provoke any rise of wages. Unemployment, as well as the reducing of wages and social rights, are never the result of the presence of migrants, they are an integrated part of the capitalist system. In other words, the movements of struggle against the European anti-social reforms will win nothing from an opposition against migrants. On the contrary, finding the common between "migrants" and "natives", managing to link all workers and unemployed, with or without papers, in a same process, ables to consider common discourses and actions.

During the « anti-CPE » movement in France in some cities, connections have been created between students, workers, migrants and banlieues inhabitants. These connections were notably expressed in the position-taking of student assemblies against the CESEDA law on migration, but also in the streets, during direct actions and confrontation with the cops. Of course, union directions, medias and politicians focused only on the criticism of CPE and on the raids of youngsters of the suburbs against demonstrators in Paris. They know what they have to lose from the connection between suburbans youth and resistance movement : the events of December 2008 in Greece and the NATO-Summit of Strasbourg are there to remember them. In contrary, we know what we have to win : an enlargement of theoretical and social criticism, and an augmentation of power. On this issue, one of the main challenge is to make social movements take position and action on the question of migration. But to make these connections, it is not enough to stay in the level of debates and ideas.

Manage to get revolts taking into account migrants situation implicates that migration and anti-racist themes are an integrated part of struggles. In this view, it is necessary that the actors assume their identity while implicating themselves in the movements against austerity-plans, it is necessary that effective solidarities are being created in the struggle. It is in an active and radical opposition against capitalist system, that bonding with the ones who are experiencing it and are putting it in question can take place. If this bonding can be realized in large movements, they can also develop in autonomous way by actions aiming at targets connected to capitalism and the crisis from anti-racism positions. Targets like financial or employers lobbies, governmental and economical institutions, banks or the European meeting of ministers of finance... It's definitively about to make practical the idea with which a profound transformation of migration policies can only pass by a putting in question the capitalist frame in which they take place

In the perspective to enlarge the prospects of the No Border movement and of the movements against austerity-plans, in the perspective to augment our power, we are finding us in Brussels during the No Border camp. In fact, Brussels gathers at the same time the principal European institutions, hundreds of lobbies, financial groups and headquarters of multinationals, a big part of the Belgian governmental buildings and important migrant neighborhoods, which are vivid examples of gentrification and from time to time of revolts. This concentration of economical, financial, political and anti-migration institutions present a magnificent opportunity for us to show our presence and our force, to bring our arguments to the public place and to participate at the contestation of the capitalist world by using a diversity of our modes of action.

Enjoy Brussels!

Autonomous group "Schuman's third Symphony" – http://enjoybrussels.noblogs.org

UNVERTRÄGLICH GLÜCKLICH
ROTE FLORA BLEIBT
SENAT UND MÖCHTEGERN-INVESTOREN ABMELDEN!

Im März 2001 wurde die Rote Flora von der Stadt Hamburg an einen Investor verkauft. Der Verkaufsvertrag enthält eine Vielzahl von Klauseln und Einschränkungen: Unter anderem muss die Immobilie als Stadtteilzentrum genutzt werden, im Falle eines Weiterverkaufs ist der erzielte Gewinn an die Stadt abzuführen, die Stadt behält sich ein Vetorecht vor. Nach zehn Jahren, also im März 2011, fallen einige der Klauseln weg, darunter das Vetorecht der Stadt, wodurch sich die Rahmenbedingungen für den Verkauf der Roten Flora ändern – was zu einer Räumung und einem Abriss des Gebäudes führen könnte.

Im Zuge dessen bringt sich Investor K. in Stellung und versucht, die Stadt unter Druck zu setzen. Welche konkreten Ziele er momentan verfolgt, ist undurchsichtig. Erfahrungen in der Vergangenheit legen jedoch nah, dass sein Antrieb eigennützig ist. Sei es finanzieller Art, sei es in Form einer Ersatzimmobilie, oder sei es der Versuch einer Selbstbeweihräucherung als (Möchtegern)Kulturmäzen – er wird schon nicht zu kurz kommen. Stadt und Bezirk scheinen dem Treiben etwas hilflos gegenüber zu stehen und die Medien spekulieren schon mal eifrig über die Zukunft des Projekts Rote Flora.

Besetze deine Stadt

Wir aber spekulieren nicht. Wir empfinden die jetzige Situation der Roten Flora nicht primär als Bedrohung, sondern vor allem als Chance, die Aktualität linksradikaler Positionen mit Gewicht in die Auseinandersetzung zu werfen. Dabei steht die Rote Flora nicht alleine. Kämpfe und Konflikte um städtischen Raum und gesellschaftliche Ressourcen nehmen zu, die „Recht auf Stadt"-Bewegung ist ein Ausdruck davon. Gleichzeitig verschärft sich die repressive Situation im Zusammenhang einer bürgerlichen Extremismusdiskussion. Hier wird suggeriert, dass linke Aktivist_innen die Hitparade des Extremismus in Sachen Gefährlichkeit anführen und damit besonders aggressiv überwacht und bekämpft werden müssten. Gerade unter diesen Bedingungen sind gesamtgesellschaftlich radikale Veränderungen hinsichtlich der Verteilung von Macht, Kapital und Raum notwendig, um eine emanzipatorische Politik zu realisieren.

Die Rote Flora ist nach wie vor besetzt. Unabhängig von städtischen und vertraglichen Gängelungen ermöglicht der Besetzt-Status den Nutzer_innen des Projekts, ein praktisches und radikales Infragestellen des herrschenden Status quo – ohne Gefahr zu laufen, Gelder gestrichen, Mietverträge gekündigt oder sich mit Sanktionen des/der Eigentümer_in konfrontiert zu sehen. Hieraus entstehen Möglichkeiten, sich einer Fremdbestimmung und damit Bevormundung weitestgehend zu entziehen und damit weniger Sachzwängen, die sich aus der herrschenden Verwertungslogik ergeben, unterwerfen zu müssen. Die Rote Flora will sich nicht verkaufen – und muss sich nicht verkaufen. Sie gehört sich selbst, auch wenn Herr K. und das „Unternehmen Hamburg" dies anders sehen mögen.

Der politische Weg, sich konsequent herrschenden Eigentumslogiken auch hinsichtlich der Frage der vertraglichen Legalisierung zu entziehen, erweist sich für uns nach wie vor als richtig. Das Risiko, mit diesem Weg die Rote Flora aufs Spiel zu setzen, bestand immer und besteht weiterhin. Wir gehen es nicht leichtfertig, sondern bewusst ein. Wie auch schon in der Vergangenheit lehnen wir weiterhin Verträge als Mittel oder Strategie der Befriedung politischer Verhältnisse ab. Nicht um anachronistisch alten Idealen nachzuhängen, sondern weil dieser Weg die politische Sichtweise des Projekts Rote Flora gleichzeitig repräsentiert und ermöglicht: Das Ablehnen vertraglicher Lösungen ist unser Ausdruck der Kritik an städtischen und gesellschaftlichen (Besitz)verhältnissen. Wir haben uns den Raum, den wir wollen, einfach genommen – ohne irgendjemanden zu fragen. Für diese Unverschämtheit, für diesen Akt der Aneignung und der Revolte steht die Rote Flora als Symbol – weit über die Grenzen Hamburgs hinaus. Ein Symbol, das durch sein wetterresistentes Dasein die scheinbar unumstößlichen Logiken der ökonomischen Sachzwänge, der Gesetze und des selbsterklärt „gesunden Menschenverstandes" tagtäglich infrage stellt und ihnen ein Stachel im Fleische ist.

In der 21-jährigen Geschichte der Roten Flora wurde von staatlicher Seite immer wieder versucht, diesen Stachel zu ziehen, das Projekt zu befrieden, zu integrieren, zu vereinnahmen. Zwei Mal – 1993 und 2001 – durch Legalisierung über Verträge und, unmittelbar nachdem der zweite Legalisierungsversuch zurückgewiesen wurde, durch den Verkauf des Gebäudes an einen angeblich uneigennützigen „Mäzen". Nachdem auch dieser nicht bei uns landen und das Projekt befrieden konnte, wurde der Besetzt-Status des Gebäudes und sein linksradikales, autonomes und obrigkeitsfeindliches Innenleben nach und nach von der Stadt geduldet und über linke Kreise hinaus akzeptiert. Dies sehen wir als Erfolg unserer Kämpfe um die Rote Flora an; und zwar nicht nur als Erfolg für das Projekt selbst, sondern vor allem auch als durch

Aktion begründete Änderung des öffentlichen Diskurses über die Legitimität und Durchsetzbarkeit von politischen Akten der Aneignung wie Hausbesetzungen.

Andererseits macht diese Akzeptanz es auch möglich, dass die Rote Flora mit ihrem pittoresken Abbruchambiente als alternatives Lokalkolorit und authentische Hintergrundkulisse prima zum Galão konsumiert werden kann. Die darin liegende Chance hat beispielsweise die Handelskammer schnell erkannt und die Rote Flora zum Standortfaktor für die Schanze erklärt. So ist das Projekt wider Willen zum Teil des Gentrifizierungsprozesses geworden, den es seit seinem Bestehen bekämpft hat. Diesem Mechanismus lässt sich nur entkommen, indem die Rote Flora sich stets neu widerständig ausrichtet und die Position als Stör- statt Standortfaktor fortlaufend neu definiert und erstritten wird.

Ja stören!

Vor diesem Hintergrund kann die Zukunft des Projekts nicht darin liegen, die Sportschuhe gegen Pantoffeln einzutauschen und es sich im erfolgreich erkämpften, scheinbaren „Freiraum" gemütlich zu machen. Stattdessen werden wir unablässig nach neuen Ansatzpunkten suchen, dem reibungslosen Ablauf von Privatisierung, Ausgrenzung und Vertreibung wieder stärker Sand ins Getriebe zu streuen und widerspenstiger Störfaktor zu sein. Dazu wird die Rote Flora intensiver nach außen treten, in aktuelle Auseinandersetzungen intervenieren oder neue Auseinandersetzungen vom Zaun brechen müssen. Wir wollen aufzeigen, dass es andere Möglichkeiten gibt, als sich an die bestehenden Zwänge und Normen anzupassen. Protest, Aneignungen, Besetzungen, die Infragestellung der herrschenden Begriffe von Legalität – dies sind unverzichtbare Bestandteile einer emanzipatorischen Politik. Wir widersetzen uns einer repressiven Logik, die versucht, unsere Kritik zu kriminalisieren, unser Begehren zu betäuben und Friedhofsruhe als gesellschaftliche Norm des Zusammenlebens durchzusetzen.

Es geht uns um die Idee der Roten Flora als Projekt, nicht vorrangig um die Mauern dieses Hauses. Wir haben mit der Roten Flora – aufgrund der speziellen Geschichte dieses Projekts und seiner Bedeutung über die Stadt hinaus - die Möglichkeit, in aktuelle Ereignisse einzugreifen und ein linker, radikaler Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Veränderung zu werden. Die Machtverhältnisse modernisieren sich und bilden sich nicht nur in Polizeiknüppeln und Wasserwerfern ab. Gerade staatliche Beteiligungsverfahren wie runde Tische versprechen Mitbestimmung und produzieren dabei nur allzu häufig Ausschlüsse. Denn wer sich am runden Tisch beteiligen darf und über was dort verhandelt wird, ist immer schon Teil von Vereinnahmungspolitik. Mitwirkung und Teilhabe sind eine klassische Form der Unterwerfung. Dies greift sowohl auf sozialpolitischer Ebene: Menschen, die unterstützende Leistungen beziehen, sind gezwungen, nahezu jede Tätigkeit, die ihnen angeboten wird, auch anzunehmen, um ihr mehr Über- als Leben zu sichern. Dasselbe Prinzip liegt auch so genannten Beteiligungsverfahren zugrunde: Nur wer sich im vorgegeben staatstragenden Rahmen beteiligt, darf mitreden; gefasste Beschlüsse sind dann meist ziemlich kritikresistent. Wir aber lehnen eine solche Form der Vereinnahmung und Unterwerfung ab. Auch linke Praktiken der Verweigerung, Intervention und des Protests müssen sich unter den gegenwärtigen Bedingungen weiterentwickeln.

Wir werden uns weder, sollte es überhaupt soweit kommen, widerstandslos von der Polizei aus dem Gebäude räumen lassen, noch unseren Widerstand in Moderationsverfahren selbst aus unseren Köpfen räumen. Wir wollen aufzeigen, dass radikale Kritik nicht nur legitim, sondern zwingend notwendig ist. In Zeiten, in denen sich die Menschen der Stadt und nicht die Stadt den Menschen anpassen sollen, kann nur eins gelten: Die Stadt gehört allen!

Die Kämpfe um das Ungdomshuset in Kopenhagen hatten internationale Bedeutung, weil der Kampf um Räume, Öffentlichkeit und ein Recht auf Stadt nicht nur auf lokaler, sondern auf globaler Perspektive geführt wird. Der Aufstand in Athen bewegte auch uns hier in Hamburg, weil die daran geknüpften Fragen und Hoffnungen eine ums Ganze gehende Systemfrage stellen. Zukunft ist für uns keine schale Metapher kapitalistischer Modernisierung, sondern ein umkämpfter Ort der Emanzipation und wir sind immer mittendrin. Es gibt keinen Grund, abzuwarten. Bewegung entsteht nur dort, wo wir die Dinge in Bewegung setzen. Also nehmen wir den Fehdehandschuh auf und fordern alle auf, aus der trostlosen Enge der kapitalistischen Normen, Werte und Zwänge auszubrechen. Wir wollen alles, und zwar anders.

Wir starten jetzt!

Wir warten nicht ab, was die Propagandist_innen des Standorts Hamburg, von Kommerzkultur und Law and Order für unsere Zukunft bereithalten. Wir starten jetzt mit der Kampagne „Unverträglich glücklich", die nicht auf rein defensive Konservierung des Gebäudes und seiner Inhalte ausgerichtet ist, sondern den Charakter der Flora als Ausgangs- und Knackpunkt emanzipatorischer Kritik nicht nur im Stadtteil weiterentwickelt und verstärkt. Beteiligt euch an Debatten und Aktionen, tut euch mit anderen zusammen, zettelt eigene Aktionen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, ... an!

Runde Tische zu Flohmarktständen!
Rote Flora bleibt!

Kampagne „Unverträglich glücklich"
Rote Flora Plenum

Berlin on Sale – Nicht mit uns!

Herbstaktionswochen gegen die (un-sozialen) Angriffe auf unser Leben!

In Zeiten der Krise verschärfen sich die Widersprüche. Damit Unternehmen aus der globalen Konkurrenz als Sieger hervorgehen, muss menschliche Arbeitszeit noch profitabler gemacht werden. Der Staat treibt diese Entwicklung durch die verschärfte Ausrichtung aller Lebensbereiche auf Effizienz und Verwertbarkeit an. Wir stehen wie die große Masse der Bevölkerung dafür unter dem Zwang, bei immer schlechteren Bedingungen und für immer weniger Entschädigung zu arbeiten. Gleichzeitig wird das Gesundheitssystem liberalisiert und die Stadt ausverkauft. „Alternativlos" seien ihre Konzepte, so die europäischen Regierungen. Wir sagen: Unser Leben gehört endlich in unsere Hände: wir wollen es selbst organisieren, gemeinsam und miteinander anstatt vereinzelt und allein. Deswegen werden wir mit den Herbstaktionswochen vom 1. bis zum 10. Oktober 2010 Alternativen für alle Menschen in der Stadt gemeinsam sichtbar machen. Zwei Fragen stehen für uns dabei bisher im Mittelpunkt:

Wie wollen wir leben? Wie wollen wir uns organisieren?

Ausgehend von diesen Fragen sind es für uns neben vielen anderen folgende Bereiche, in denen negative Veränderungen derzeit besonders spürbar sind:

Stadtumstrukturierung und Gentrifizierung

Berlin erlebt seit einiger Zeit in vielen Stadtteilen, besonders in Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain einen gewaltigen Schub von Sanierungen und Neubauten; fast jede Baulücke wird zum Eigentumswohnraum. Hinzu kommen Edel-Galerien, jede Menge Schickimicki-Cafés und immer mehr Hotels. Die wenigen Orte und Plätze, an denen der Konsum noch nicht im Mittelpunkt steht und an denen öffentlicher Raum noch nicht durch Überwachung und Polizeipräsenz bestimmt ist, verschwinden zusehends. Menschen, die nicht einem klar definierten bürgerlichen Ideal entsprechen, werden verdrängt und ausgegrenzt. Der innerstädtische Raum wird auf diese Art zu einem attraktiven Laufsteg umgestaltet, mit dem Ziel, Investitionen und ein kaufkräftiges Publikum anzulocken. Die soziale Realität wird ausgeklammert; wer arm ist, wird auch räumlich an den Rand gedrängt. Alternative, solidarische und selbstorganisierte Räume werden immer häufiger zerschlagen.

Bildung und Arbeit

Wenn wir lernen oder uns weiterbilden, geht es selten darum, was uns interessiert oder was wir für wichtig halten. Schon von früher Kindheit an müssen wir lernen, uns den Verhältnissen anzupassen und uns ihnen unterzuordnen. In den Schulen, Berufs- und Hochschulen werden Menschen – passend für den Konsum und die Karriere in der marktwirtschaftlichen Gesellschaft – zurechterzogen. Am Ende dieses so genannten Bildungsprozesses stehen vereinzelte Individuen, die zu gemeinschaftlichem Leben nur noch begrenzt fähig sind, weil jeder andere Mensch potentiell als Konkurrent empfunden wird. Damit wir dann jeden noch so schlechten Job annehmen, üben die Jobcenter massiven Druck aus und schaffen so schon jetzt ein Heer von Ein-Euro-Jobber*innen, unbezahlten Praktikant*innen und Leiharbeiter*innen, deren Arbeit ebenso unerfüllend wie mies entlohnt bleibt. Wichtige Tätigkeiten im Haushalt, in der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen werden in der Regel unbezahlt von weiblichen Familienangehörigen oder für meist extrem niedrige Löhne von Migrant*innen verrichtet, oft in halblegalen oder illegalen Beschäftigungsverhältnissen. Die härteste Arbeit in der Gesellschaft wird so am schlechtesten bezahlt – wenn überhaupt.

Gesundheit und Pflege

Gerade im Gesundheitsbereich zeigt sich die zunehmende Entsolidarisierung der Gesellschaft. Die Privatisierung von Krankheitskosten schreitet rasant voran, denn auch die Versorgung von Kranken wird mehr und mehr zur Ware. Alle möglichen Leistungen sind heute vom persönlichen Geldbeutel abhängig. Ein Arztbesuch kostet im Quartal zehn Euro und immer mehr Behandlungen müssen aus eigener Tasche bezahlt werden. Schöne Zähne, Krebsvorsorge und wichtige gesundheitliche Beratungen können sich nur noch Privilegierte leisten. Auch ein menschenwürdiges Altern ist für viele Menschen nicht mehr möglich, weil Pflegeleistungen verstärkt privatisiert werden. In Privathaushalten werden Migrantinnen als Pflegearbeiterinnen unter schlechten und teils illegalen Bedingungen beschäftigt, wodurch oft ihre eigene spätere gesundheitliche Versorgung unmöglich gemacht wird.

Militarisierung und Migration

In vielen Bereichen des Lebens wird eine schleichende Militarisierung sichtbar. An Schulen in Berlin und anderswo werben so genannte Jugend-Offiziere für die Bundeswehr. Und auch an Universitäten nimmt die Kooperation zwischen Wissenschaft und Militär stetig zu. Die BRD ist weltweit der drittgrößte Waffenexporteur und führte Krieg auf dem Balkan und gegenwärtig in Afghanistan und am Horn von Afrika. Wirtschafts- und Militärinteressen überschneiden sich und gerade in Berlin beschäftigen sich Militärs, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen mit strategischer Kriegsführung und der deutschen Heereslogistik. Gleichzeitig wird jährlich der Tod Tausender Flüchtlinge im Mittelmeer billigend in Kauf genommen, um die „Festung Europa“ zu schützen. Täglich werden Menschen abgeschoben, wobei sehr oft ungewiss bleibt, ob in den Herkunftsländern Folter und Tod für die Geflohenen drohen.

Wir wollen auf diesen Irrsinn unmenschlicher Verhältnisse nicht weiter nur reagieren, sondern gemeinsam und aktiv Alternativen entwickeln, die auf unseren unterschiedlichen Vorstellungen von einem solidarischen und friedfertigen Leben miteinander basieren, bei dem die Erfüllung individueller Bedürfnisse Einzelner nicht mehr wie heute im Weg steht, sondern im Mittelpunkt. Daher rufen wir alle interessierten Personen, Gruppen und Bündnisse auf, sich während des Aktionszeitraumes vom 1. bis 10. Oktober 2010 und darüber hinaus entschlossen und kreativ, mit eigenständigen und mit gemeinsamen Protestformen gegen die unerträglichen derzeitigen Verhältnisse zu beteiligen!

Die Stadt gehört uns allen!
Für ein freies und solidarisches Leben in unserer Stadt!
Für soziale Gegenangriffe!

Das Aktionsprogramm wird fortlaufend aktualisiert.
Weitere Termine, Treffpunkte + Infos findet ihr unter:

berlinonsale.blogsport.de

Freitag 1. Oktober 2010 „Den Stein ins Rollen bringen"

Aktion am Job-Center Neukölln
9-12 Uhr Mainzer Str. 27 (U-Bhf. Boddinstr.)
Auftaktkundgebung zu den Herbstaktionstagen mit Videos und Musik
19.30 Uhr Heinrichplatz, Kreuzberg

Montag 4. Oktober 2010 Umsonstbuffet auf'm Leo

11 Uhr Umsonstbuffet, Kameraspaziergang, Musik, Performance, Theater.

Mittwoch 6. Oktober 2010

Wir besuchen die Beschäftigungsindustrie
11.30 Uhr am Reuterplatz in Neukölln
ca. 14.00 Uhr Aktionsauswertung in der Lunte (Weisestr. 53, U-Bhf. Boddinstr.)
15-18 Uhr Veranstaltung zum weltweiten Tag des Rechtes auf Wohnen

Freitag 8. Oktober 2010 (voraussichtlich)

16.00 Uhr Kameraspaziergang Neukölln

Samstag 9. Oktober 2010

Antimilitaristische Fahrrad-Rallye

Demo: Media Spree entern!

Sonntag 10. Oktober 2010

Ein Kiez – seine Wohnungen – eine öffentliche Begehung (Kiezradtour)
Finale gemeinsame Sause im K9 (Kinzigstrasse 9, Friedrichshain) ab 19 Uhr.

13 Uhr Hauptbahnhof Oldenburg
Krach schlagen statt Kohldampf schieben! Bring Kochtopf und Kochlöffel mit!

Nachschlag: Dienstag 12. Oktober 2010

Nulltarif-Aktionstag - Berlin fährt frei

BERLIN ON SALE nicht mit uns!

Antifaschistisch aktiv werden

gegen die rechte* Monatszeitschrift „Zuerst!"
denn: „Zuerst!" ist das Allerletzte!

Das rechte Monatsmagazin „Zuerst!" ist seit Dezember 2009 bundesweit an Kiosken, Tankstellen und in den Zeitungsabteilungen vieler Supermärkte zu bekommen. Auch in Göttingen ist das Propagandaorgan der Rechten an vielen Orten erhältlich. Das ist für uns nicht hinnehmbar: rechten Positionen entschieden zu begegnen und diese zu bekämpfen, begreifen wir als notwendige antifaschistische Arbeit!

Offensiv gegen rechte Propaganda

Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass die rechte Propagandaschrift auch in Göttingen öffentlich über Kioske und Zeitungsläden vertrieben wird. Erste Erfolge konnten bereits erzielt werden. Nach einem Redebeitrag vor dem Tonollo in der Weender Straße im Rahmen unserer Stadtrallye „Unser Hund bellt da, wo wir wollen!"am 29. Mai 2010 und der klaren Ansage, etwas gegen den Vertrieb zu unternehmen, ist das „Magazin" dort aus dem offenen Verkauf genommen worden. Im Zeitungskiosk in der Zentralmensa ist es überhaupt nicht mehr zu haben. Öffentlicher und dauerhafter Protest gegenüber rechter Propaganda und der damit verbreiteten Ideologie kann helfen, „Zuerst!" zumindest aus den Regalen und unter den Ladentisch zu drängen. Dennoch gilt: das kann erst der Anfang sein! Rechten Positionen entschieden zu begegnen und sie zu bekämpfen, wo immer sie auftauchen, begreifen wir als notwendige antifaschistische Arbeit. Keine Toleranz für die Verbreitung von geschichtsrevisionistischer Propaganda, Verschwörungstheorien und Überfremdungsmythen, antisemitischen Äußerungen sowie rassistischer und homophober Hetze!

Streetart gegen „Zuerst!"

Gemeinsam gegen „Zuerst!"

In den kommenden Monaten wird der Vertrieb von „Zuerst!" in Göttingen wie auch in anderen Städten mit vielseitigen Methoden angegangen. In Hamburg laufen öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen die Bauer Media Group, um einen Vertrieb von „Zuerst!" unmöglich zu machen (mehr dazu unter: www.keine-stimme-den-nazis.org). In Berlin richtet sich die Kampagne „Lets´s Push Things Forward!" nicht nur gegen „Zuerst!", sondern ist breiter gegen rechte Wochen- und Monatsschriften angelegt (mehr dazu unter: www.pushforward.blogsport.de).

Bei dem noch nicht etablierten Magazin „Zuerst!" mit seiner gefälligen Aufmachung, sowie dem von Verleger Munier erklärten Ziel der Breitenwirkung des Magazins ist es notwendig, eine Positionierung am Zeitschriftenmarkt gar nicht erst zu ermöglichen.

Im Rahmen verschiedenster Aktionen in Göttingen gibt es auch einen Internet Blog. Dort könnt Ihr die neuesten Informationen und Materialien zur Kampagne abrufen. Und schließlich seid Ihr gefragt und könnt aktiv werden: In welchem Kiosk, in welchem Laden in Göttingen liegt „Zuerst!" noch aus? Welcher Laden hat sie aus dem Programm genommen? Habt ihr schon selbst etwas unternommen um den Verkauf zu unterbinden? Schreibt uns Eure Infos auf: **www.dasletztezuerst.blogsport.de**

Raus aus den Regalen!

Zurzeit wird „Zuerst!" in Göttingen an mindestens sieben Orten verkauft. So etwa bei Tonollo in der Weender Straße und am Bahnhof, den real-Läden im Kaufpark und in Weende, dem Rewe in der Annastraße und dem Tabak Center Denecke im Kaufpark. Im Tonollo am Bahnhof, ebenso wie im real-Markt in Weende ist es neben der „konkret", unter- bzw. oberhalb des „Spiegel" positioniert. Also bei akzeptierten und etablierten Nachrichtenmagazinen, denn, so die Aussage einer Verkäuferin: „es heißt ja auch Nachrichtenmagazin!". Aufmerksam gemacht auf die inhaltliche Ausrichtung des Magazins, äußerte die Verkäuferin Zustimmung, dass es sich bei „Zuerst!" nicht um ein akzeptables Magazin handeln würde.

Stattdessen handelt es sich bei „Zuerst!" um eine Art Versuch, eine ausstrahlungsfähige Spielart von Rechtspopulismus in Deutschland zu etablieren, wie es etwa in Österreich Erfolg hat mit der FPÖ oder in der Schweiz mit Blocher. In dieser Breite hat es dies in Deutschland bisher noch nicht gegeben.

Zugunsten dieses neuen „Meinungsmagazins" der Rechten ist vom bekannten Verleger Dietmar Munier die traditionsreiche neonazistische Zeitschrift „Nation & Europa" eingestellt worden. Deren LeserInnen informiert er darüber, dass aus dem strömungsübergreifenden Theoriemagazin das „Deutsche Nachrichtenmagazin" werden solle. „Zuerst!" hat also selbst den Anspruch, das Nachfolgemagazin zu sein. Munier erhofft sich, mit der Verbreitung und Etablierung einen gesellschaftlich anerkannten politischen Raum rechts von der CDU zu besetzen.

Das Nachrichtenmagazin wurde seit dem Erscheinen seiner ersten Ausgabe von linken Zusammenhängen, Initiativen und Medien scharf angegangen, stehen doch die Inhalte für eine Politik, die nicht tolerierbar ist. Inhaltlich geht es in dem neuen rechten Propagandablatt um die üblichen Themen: „Überfremdung" und „Benachteiligung von Deutschen", Verschwörungstheorien, Geschichtsrevisionismus, Hetze gegen Linke

und Homosexuelle. Auch Anti-Antifa-Recherche wird betrieben. Anerkennende Artikel über Burschenschaften finden sich in jeder Ausgabe und Holocaust-Leugner Ernst Zündel erhielt in den wenigen bereits erschienenen Ausgaben einen geschichtsrevisionistischen, wohlwollenden Artikel. Die Generalstabstradition der Bundeswehr, ohne die die „Leistungen der Wehrmacht zwischen 1939 und 1945 undenkbar gewesen" wären, wird als positiv beschrieben. Den Alliierten wird Massenmord an den Deutschen nach dem zweiten Weltkrieg unterstellt. Und angeblich ginge es den ehemaligen deutschen Kolonien besser, wenn die deutschen Truppen länger geblieben wären. Die inhaltliche Ausrichtung bietet damit das volle Programm für das dumpf-deutsche Herz und dürfte im Nachklang der diesjährigen WM und der mit ihr einhergegangenen Nationenabfeierei auf noch mehr offene Türen und Tore treffen.

Angelegt auf Breitenwirkung

Layout und Vertrieb: „Zuerst!" setzt neue Maßstäbe.

Nach eigenen Angaben erscheint „Zuerst!" in einer Auflage von 86.000 Exemplaren und wird an 10.000 Verkaufsstellen vertrieben. Dort steht die rechte Propaganda neben gesellschaftlich anerkannten „Politmagazinen", wie etwa dem „Spiegel" oder auch „Stern". Neben dem öffentlichen Verkauf kann diese auch über den Abo-Vertrieb bezogen werden. Die relativ hohe Einstiegsauflage folgt der gängigen Strategie, bei der Etablierung als Massenmedium wahrgenommen zu werden, um nicht in einer Nische zu verschwinden. Der Vertrieb erfolgt über die Verlagsunion, die eine hundertprozentige Tochter der Bauer Mediengesellschaft ist. Bekannt ist diese zum Beispiel durch das Jugendmagazin „Bravo", die „tv movie" und andere Programmzeitschriften. Das Layout von „Zuerst!" ist professionell gemacht und erinnert stark an das wöchentlich erscheinende Magazin „Focus".

„Zuerst!" - Türöffner des Rechtspopulismus

„Zuerst!" versucht, mit Themenwahl und der propagierten Organisationsform den Rechtspopulismus in Deutschland voranzubringen.

Rechtspopulismus ist eine Form der Politik oder der politischen Äußerung, die durch Dramatisierung und Vereinfachung hinführend auf eine politisch rechte Lösung Stimmungen opportunistisch schürt und/oder aufnimmt.

***„Rechts":**
dieser Begriff wird von uns im Kontext von „Zuerst!" als problematisch angesehen. Er verschleiert die neofaschistischen, rassistischen, homophoben, sexistischen, reaktionären, geschichtsrevisionistischen Inhalte hinter einer an sich bedeutungslosen Richtungsangabe. Zudem suggeriert er, diese seien eine bedauerliche „Randerscheinung" fern des gesellschaftlichen Alltags. Es erscheint uns prinzipiell notwendig, im Diskurs um Begrifflichkeiten eine Formulierung zu finden, die die inhaltliche Tragweite und Bandbreite oben beispielhaft genannter Positionen umfasst. Da es diese aktuell nicht gibt, benutzen wir den Sammelbegriff „rechts" in dieser Publikation im Sinne besserer Lesbarkeit.

Rechtspopulistische Parteien und andere Organisationen wie zum Beispiel „ProKöln" oder die „Rechtsstaatliche Offensive" (Hamburg) appellieren mit markigen Formulierungen und Vereinfachung bestehender Probleme und deren vermeintlicher Lösungen an Stimmungen, die bei LeserInnen und ZuhörerInnen als eine Alternative zu „etablierter" politischer Praxis gesehen werden.

Rechtspopulisten präsentieren und sehen sich dabei selbst als diejenigen, die „unbequeme Wahrheiten" verkünden, die sonst in gesellschaftlichen Diskursen von „Gutmenschen" und „politischer Korrektheit" unterdrückt werden. Dabei werden durch den Rechtspopulismus gesellschaftliche Akteure in streng abgegrenzte, homogene und stereotypische Gruppen aufgeteilt. Dies erzeugt zum einen ein aus eben diesen Stereotypen aufgebautes Feindbild. Zum anderen lässt es politische und gesellschaftliche Konflikte in einem einfachen, schwarz-weißen Schema erscheinen, in dem es nur ein „wir" und ein „die anderen" gibt. Dabei werden soziale, kulturelle, ideologische und politische Unterschiede und daraus folgende Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen alleine auf deren stereotype Eigenschaften zurückgeführt.

Auch das „Volk" ist in diesem Verständnis ein homogenes Gebilde, in dem die einzelnen gleich denken und empfinden. Ihresgleichen, als die sich die Populisten und Populistinnen gerieren, weiß, was sie wollen.
Dabei sehen sich Rechtspopulisten als die sittlich und moralisch richtig handelnde Mehrheit, an der als Norm bzw. Leitkultur sich die anderen zu orientieren haben. Darauf, diese durchzusetzen, soll das staatliche Handeln orientiert werden. Gerne wird diese Privilegierung mit einer „hierher"-gehörenden, monolithischen Kultur begründet.

Die „anderen" müssen sich ihnen anpassen. Aktuell sehr beliebt sind Ressentiments gegen Muslime. Im Rechtspopulismus sind die Ressentiments grundsätzlich stets wandelbar und nicht unbedingt in sich schlüssig. Sie dienen vor allem als Katalysator für einen emotionalisierten und vereinfachten Zugang zu gesellschaftlichen Konflikten. Daher kann in der Sicht rechtspopulistischer Akteure ALG II (Hartz IV) als ausreichend zum „auf der faulen Haut liegen" und gleichzeitig als zu wenig für die arbeitslose, „fleißige" Schwägerin angesehen werden.
In diesem Politikverständnis gibt es keinen Platz für Differenzierung und Differenzen, für organisierte, selbst durchgeführte Konfliktaustragung zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Wer sich nicht an die Norm halten will oder kann – dies entscheidet immer die normsetzende Gruppe – soll keine Möglichkeiten haben, Teil der beteiligungs- und anspruchsberechtigten Bevölkerung sein. Sie sollen sich mit dem zufrieden geben, was ihnen gewährt wird. Asylsuchende sollen demnach zum Beispiel froh sein über Duldung und Warengutscheine.

Die Klientel für derartige Positionen und den rechtspopulistischen Politikansatz findet sich vor allem dort, wo es VertreterInnen des Rechtspopulismus gelingt, in gesellschaftliche Konflikte zu intervenieren. Dabei ist die Klientel nicht wie zum Beispiel bei organisierten Neofaschisten einer einzigen, eher homogenen Ideologie verpflichtet. Was

vielmehr zählt ist die Zugehörigkeit zu derjenigen gesellschaftlichen Gruppe, die rechts populistisch als das homogene „wir" gilt. In Europa also christliche, weiße, EuropäerInnen.

Rechtspopulistische Positionen spiegeln sich vielfach auch in Alltagsmedien wieder. In Göttingen war dies besonders deutlich, als auf der Internetpräsenz des „Göttinger Tageblatt" der Moscheebau in Grone „diskutiert" wurde. Dabei tauchten rechtspopulistische Ansätze, Theorien und Argumentationslinien auf, wie sie von Initiativen wie etwa „Pro NRW" oder der „Schill-Partei" vertreten werden. In Göttingen erfolgt dies zurzeit noch ohne strukturellen Überbau. Interesse und Potential sind jedoch vorhanden, auch wenn Organisationsversuche bislang in Göttingen scheiterten, wie zum Beispiel 2002/2003 mit der Göttinger Schill-Partei.

„Zuerst!" will als rechtspopulistisches Magazin nach Aussage von Verleger Dietmar Munier den Raum rechts von der CDU in Bewegung bringen. Es bedient Stolz und Missgunst durch Titel wie „Warum wir das international beliebteste Volk sind" oder „Zahlmeister der Welt. Wie wir Deutschen zur Kasse gebeten werden." An beiden Beispielen wird deutlich, wie das „wir" und „die anderen" konstruiert werden. Insbesondere in der Juliausgabe (2010) wird viel über Beispiele und Möglichkeiten rechtspopulistischer Parteien geschrieben.

Nun wird „Zuerst!" keine eigene Partei gründen, aber das Milieu gibt es bereits und die Parteienlandschaft am rechten Rand ist in Bewegung. Tendenziell in der Abwärtsbewegung, aber mit Pro NRW bzw. deren bundesweiter Organisation Pro Deutschland

steht eine Partei bereit, die sich gerne in die Liste der erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien Europas einreihen würde. Mit antimuslimischem Rassismus hat die Partei ein Thema, das breite Teile der Bevölkerung mobilisieren kann.

Rechtspopulistische Positionen fördern die gesellschaftliche Akzeptanz neofaschistischer Ideologie!

In vielen europäischen Staaten wie zum Beispiel der Schweiz, Österreich, Frankreich, Italien, Holland, Ungarn, Dänemark und Belgien haben rechtspopulistische Parteien es bereits geschafft, rassistische, antimuslimische und fremdenfeindliche Positionen sichtbar und vertretbar innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zu machen; ohne gleichzeitig als offen neonazistisch wahrgenommen zu werden.

Die Schill-Partei/PRO hat Anfang der 2000er bewiesen, dass ein derartiges Unterfangen auch in der BRD Erfolg haben kann. Für Pro Deutschland hat sich als solventer Finanzier der Millionär Patrik Brinkmann

gefunden. Mit den erneuten Wahlerfolgen im europäischen Ausland könnte es auch in der BRD „akzeptabler" werden, rechts der CDU zu wählen, wenn es nicht gleich die NPD sein soll. Die Monatszeitschrift „Zuerst!" will sich an dieser Entwicklung aktiv beteiligen.

Rechte Medien - vielschichtig, etabliert und weit verbreitet

„Zuerst!" steht als rechtes Meinungsorgan nicht allein da. In der Druckpresse wie auch im Internet findet national-konservative bis neofaschistische Propaganda eine breite Plattform und eine treue LeserInnenschaft.

Die Ziele der Print- und Internetmedien sind dabei die gleichen wie auch anderer rechter Organisationsformen, nämlich die Schaffung von Öffentlichkeit und kultureller Hegemonie. Diese Medien sind von Vielgestaltigkeit gekennzeichnet, in der die Wechselwirkungen zwischen rechtem Rand und Mehrheitsgesellschaft deutlich werden. Die erscheinenden Printmedien sind über den Zeitschriftenhandel erhältlich oder im Abonnement zu beziehen. Frei verkäuflich sind etwa die seit Anfang des Jahres erscheinende Monatszeitung „Preußische Zeitung" oder auch die etablierte Zeitung „Junge Freiheit".

Beide sind Medienorgane der Neuen Rechten. Die Neue Rechte bezeichnet in diesem Zusammenhang die Entstehung jungendlich intellektueller Gruppen und Zeitschriftenprojekte. Darüberhinaus schlägt sich dieser Ideologiezweig in eigenständigen politischen Aktivitäten nieder und wird von einem eigenen „subkulturellem" Charakter getragen. So widmet etwa die „Junge Freiheit" in Ausgabe 29/10 Stauffenberg reges Interesse, propagiert „Stauffenberg als Leitbild" und setzt dabei optisch betont auf frischen Warhol-Style.

Trotz eigenständiger politischer Aktivitäten und Akzente gibt es inhaltlich große Übereinstimmungen mit den bestehenden Strukturen. Ihr Vorgehen setzt darauf, dass eine Bewegung, bevor sie wahlstrategisch erfolgreich sein kann und damit Macht im Staat gewinnt, die kulturelle Hegemonie erlangen muss. Dies geschieht, in dem sie Themen vereinnahmen, die innerhalb der Gesellschaft diskutiert werden. Dabei ist wichtig, dass die zentralen Begriffe und ihre Deutungen inhaltlich von ihnen besetzt werden.

Also nicht, das über Ausländer, Linke oder auch Muslime gesprochen wird, sondern das „wie" ist hier bedeutend. Diese Strategie setzt häufig verbale Mäßigung voraus. Für selbst mehrheitsgesellschaftlich problematische Positionen wird dann oft die Form des

gedruckten Interviews gewählt. Die in dieser Weise vermittelte Position erscheint so als Einzelmeinung, findet aber dennoch ihre Verbreitung und LeserInnenschaft.

Ein weiterer Ansatz ist die wissenschaftliche Aufmachung. Ein Beispiel ist das von dem Göttinger Karlheinz Weißmann geleitete Institut für Staatspolitik (IfS). Dabei handelt es sich um eine private Forschungs- und Bildungseinrichtung, die als „Denkfabrik" der Neuen Rechten gelten kann. Weißmann ist als wissenschaftlicher Leiter des IfS nicht nur verantwortlich für die herausgegebenen Publikationen mit Titeln wie „Meine Ehre heißt Reue. Der Schuldstolz der Deutschen", sondern auch selbst als Autor, wie etwa in der „Jungen Freiheit", tätig.

Grundsätzlich können trotz des gemeinsamen Ziels, nämlich der Erlangung der kulturellen Hegemonie, zwei Typen von rechten Medien unterschieden werden. Zum einen national-konservative Publikationen, die die Ziele der rechten Ideologie teilen und unterstützen und zum anderen Propagandaorgane, bei denen die MacherInnen selber zu einem maßgeblichen Teil in neofaschistische Strukturen organisiert sind.
Daneben können die erscheinenden Medien in Ideologieorgane, Zielgruppenorgane und Scharnierorgane unterschieden werden. Ideologieorgane sind schwerpunktmäßig auf die Diskussion der ideologischen Grundlage ausgerichtet und diskutieren Strategien und Taktiken, um diese Ziele zu erreichen. Die zugunsten von „Zuerst!" eingestellte Zeitung „Nation & Europa" gehörte in diese Kategorie.
Zielgruppenorgane wollen ganz konkret einzelne Teilgruppen ansprechen. Zu den Zielgruppenorganen gehören auch Mitgliederzeitungen von Parteien, wie etwa die „Deutsche Stimme" der NPD.
Die Scharnierorgane bilden die Verbindung zwischen neofaschistischen Strukturen und der Mehrheitsgesellschaft. Zugehörige Medien vertreten die ideologischen Ziele häufig in abgeschwächter oder verklausulierter Form. In einigen Fällen kommt es aus strategischen Überlegungen auch zu Distanzierungen von aggressiven Positionen. Als Scharnierorgan gilt seit Jahren die Wochenzeitung „Junge Freiheit".

Auch das Magazin „Zuerst!" ist als Scharnierorgan einzuordnen. Aufgrund seines Layouts, der breit ausgerichteten Vertriebsform und der Platzierung neben etablierten politischen Wochenmagazinen könnte es zu einem Scharnierorgan neuer Dimension werden. Dies gilt es in jedem Fall zu verhindern!

Für einen offensiven Antifaschismus!

In den vergangenen Monaten sind in Göttingen verstärkt „Vorfälle" in die öffentliche Diskussion getragen worden, deren verbindendes Moment den Versuch der Delegitimierung linker bzw. antifaschistischer Politik zum Ausdruck bringt. Dabei ging es oft darum, dass die angeblich Toleranz fordernde Linke selbst intolerant sei. Zum einen, wenn sie bestimmten Personen den Zugang zu linken Einrichtungen versage. Zum anderen bei der Entwendung von Nationalfahnen bei einem Deutschlandspiel während der WM oder durch die Vereitelung des Tragens neonazistischer Kleidung in der Öffentlichkeit.
Mit dem Blick auf die lokalen Ereignisse und dem Ziel unserer Kampagne, die Zeitschrift „Zuerst!" zu bekämpfen, sei an dieser Stelle deutlich gemacht, dass die Verbreitung von Rechtpopulismus, die Verbreitung nationaler Symbole oder die Umsetzung staatlichen Rassismus unseren linksradikalen antifaschistischen Zielen entgegenstehen und damit bekämpft werden müssen.

Wir wollen einiges erreichen und notwendigerweise anderes verhindern, dafür setzen wir uns ein. Mit anderen Worten: Wir betreiben Politik!

Warum muss deswegen jemand etwas unterlassen?
Wir sind eine antifaschistische Gruppe als Teil einer linksradikalen antifaschistischen Bewegung und wollen reaktionäre Entwicklungen stoppen. Der Verkauf nationalkonservativer, reaktionärer und/oder faschistischer Druckerzeugnisse sowie deren öffentliche Auslage, das Tragen von Kleidung, die faschistisches Gedankengut gutheißt (Thor Steiner, La Familia, etc.) hat Einfluss auf die Stimmung in einer Stadt. Es beeinflusst Diskurse, verschiebt gegebenenfalls die Hegemonie. Akademische Worte, die aussagen sollen, dass Göttingen gefährlicher werden kann für Linke, MigrantInnen, nicht dem klassischen Mann-Frau-Schema entsprechend leben- und liebende, Wohnungslose und alle anderen als nicht der Norm entsprechend wahrgenommene. Einer derartigen -möglichen– Verschiebung wollen wir entgegenwirken.

Auf allen Ebenen - mit allen Mitteln!
Ob der Handel mit, das Konsumieren oder Tragen von Produkten, die geeignet sind, diese Verschiebung zu erzeugen, „legal" ist, ist für uns dabei nicht entscheidend. Wir fordern auch keine staatliche Zensur. Wir fordern alle auf, sich reaktionären Bestrebungen entgegen zu stellen, oder besser: Wir fordern dazu auf, progressive Politik zu betreiben. Wir werden es tun!

Rechter Propaganda entschieden zu begegnen und sie zu bekämpfen, wo immer sie auftaucht, begreifen wir als notwendige antifaschistische Arbeit.

Keine Toleranz für die Verbreitung von geschichtsrevisionistischer Propaganda, Verschwörungstheorien und Überfremdungsmythen, antisemitischen Äußerungen oder rassistischer und homophober Hetze!

Aktiv werden gegen die rechte Monatszeitschrift „Zuerst!"

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

>A.L.I.< Antifaschistische Linke International
www.ali.antifa.de
***Internet Blog:* www.dasletztezuerst.blogsport.de**

1000 KREUZE IN DIE SPREE!

ABTREIBUNGSVERBOT ABSCHAFFEN – GEGEN CHRISTLICHEN FUNDAMENTALISMUS

Für den 18. September 2010 mobilisiert der Bundesverband Lebensrecht zu einem *Schweigemarsch* mit dem Titel »1000 Kreuze für das Leben«. Damit wollen die selbst ernannten *Lebensschützer* für ein generelles Verbot von Abtreibungen demonstrieren.

Wir rufen dazu auf, dem Marsch der Fundamentalist_innen laut und mit vielfältigen Aktionen entgegen zu treten und fordern:

- Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch
- Entscheidungsfreiheit für oder gegen eine Abtreibung ohne Bevormundung
- Die Verwirklichung des Recht auf freie Familienplanung und Sexualität für alle, ohne dabei die Freiheiten anderer einzuschränken

Samstag 18.September 2010

Kundgebungen gegen *Schweigemarsch* der Abtreibungsgener_innen

12.30 Uhr Neptunbrunnen (Alexanderplatz)
14.45 Uhr St. Hedwigs-Kathedrale (Bebelplatz)

INTERIM

Regelmäßig unregelmäßig erscheinendes Polit-Info aus Berlin ★ 0,00 €
umsonst und draußen

01.10.2010 N° 717

IHR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns im Briefkasten sein.

per Post:

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim" in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwinden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

...in gut sortierten linken Buch- oder Infoläden, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jede/r sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zukommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Knastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!

Inhalt

dank an die mutigen aktivist_innen 4
RFID 5-11
Warnung vor 2 Personen (Weser-Ems) 12
Antimilitaristische Aktikon (Oldenburg) 13
55 cent für Reichsbahn-Deportierte 14-15
Laurynas 16
Oury Jalloh 17
Sexualisierte Gewalt (Lübeck) 18-22
Roter Oktober (Leipzig) 23

Impressum:
Herausgeberin: Interim e.V.
ViSdP: Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Liebe alle,

Die Staatsmaschine hat sich mal wieder selbst gefeiert mit allem ekligen Deutschland-Trara, die Aufregung um Sarrazin lässt den üblichen Alltagsrassismus harmlos erscheinen und für Hartz IV gibt's ne Erhöhung, die keine ist.
Doch kriminell ist ja bekanntlich nicht das System, sondern der Widerstand dagegen. Wie auch schon vor der Sommerpause erfreut sich unser kleines Magazin der unabhängigen Pressekunst großer Beliebtheit bei Vertreter_innen der abhängigen Staatsbehörden. Zumindest wurden mal wieder einige Exemplare der vorletzten Ausgabe an den - man muss ja schon sagen: - üblichen Stellen eingesammelt. Wir verweisen deshalb auf die Stellungnahme der betroffenen Läden aus der letzten Nummer und freuen uns über Statements und Aktionen Eurerseits, die darauf Bezug nehmen. Verteilt die Interim an möglichst vielen Stellen, schafft Unübersichtlichkeit und supportet die betroffenen Zeitungsdealer_innen! And be prepared!
Ansonsten gibt es wieder viel zu berichten aus allen Himmelsrichtungen: Rote-Flora-Soli aus Hamburg, etwas über RFID-Chips aus Frankreich, eine antimilitaristische Aktion in Oldenburg und ein bißchen was aus Berlin gibt es auch.
Hinweisen möchten wir auf den Aufruf vom Antifa-Cafe aus Oldenburg, die Infos zur Vergangenheit zweier Personen suchen. Wir können die Situation natürlich nicht beurteilen, finden das Bemühen aber richtig, vor dem Hintergrund zu schützender Strukturen suspekte Personen abzuchecken. Naivität und falsche Vorsicht sind hier fehl am Platz, denken wir.
Unerfreulicherweise hat es mal wieder sexualisierte Übergriffe in linken Räumen gegeben, wir dokumentieren dazu ein Statement zum Sachverhalt in der „Walli" in Lübeck.
Auf der Rückseite haben wir euch einen Aufruf aus Oldenburg für mehr Hartz IV abgedruckt, auch wenn wir die Bescheidenheit (mindestens 80 Euro) doch etwas verwunderlich finden. Nicht vergessen: Wir wollen nach wie vor die ganze Bäckerei! Klar, ist es wichtig, auch erstmal ein größeres Stück vom Kuchen zu fordern. Dabei sollten wir aber nicht anfangen, den Staat um Krümel zu bitten.

Wir hoffen auf einige tolle Aktionen bei den „Berlin on sale – Nicht mit uns!"-Tagen und auch ansonsten auf einen heißen Herbst.

Herzlichst,
Eure Red*action*.

P.S. Laurynas, schön dass du wieder draussen bist!

dank an die mutigen Aktivist_innen!

Wir sind Bewohnerinnen des Schanzenviertels.
Einige von uns wohnen hier schon über 30 Jahre, mehrere sind hier geboren.
Die Entwicklung des Viertels erleben wir mit großem Unbehagen. Unsere Lebensqualität hat sich sehr verschlechtert.
Orte und Möglichkeiten für selbstbestimmte Kommunikation sind und werden zusehends eingeschränkt. Es gibt kaum noch Läden für den alltäglichen Bedarf. Teure Klamottenläden, Kneipen und Cafés haben deren Platz eingenommen. Das Viertel ist überfüllt - besonders an den Wochenenden - mit erlebnishungrigen Tourist_innen. Der Kommerz blüht - das Leben verschwindet!
Viele unserer Freund_innen sind inzwischen weggezogen, weil sie die immens angestiegenen Mieten nicht mehr bezahlen können und den Stress auf der Straße auch nachts nicht mehr ertragen wollen.

Die Hamburger Regierung versucht Harmonie zu verordnen, durch Verschärfung der Kontrolle, Überwachung und Repression. Immer mehr Menschen sind unzufrieden, fühlen sich ohnmächtig, gelähmt, sie resignieren, versuchen sich irgendwie zu arrangieren.
Da stellt die Rote Flora ein Ort der Hoffnung dar. Ein Ort, in dem Menschen versuchen, die herrschende Normalität infrage zu stellen. Mit all den Widersprüchen und Ungereimtheiten, die das mit sich bringt. Selbst diesen Ort versucht die Tourismusindustrie für ihre Geschäfte zu funktionalisieren.
Die Angriffe nachts in Rahmen des Schanzenfestes gegen Banken, Kommerz und Polizei - gegen das Gewaltmonopol der Regierung - hat die Landesregierung provoziert, ihr wahres Gesicht zu zeigen, die scheinbare Harmonie zu durchbrechen. Dafür danken wir den Aktivist_innen, wir fühlen uns mit ihnen verbunden.
Die Polizei reagierte mit einem neuen Aufstandsbekämpfungskonzept, das wir bisher nur aus den Auseinandersetzungen um die Hafenstraßenhäuser oder z.B. aus Oaxaca/Mexiko oder aus Paris/Frankreich kannten: "Gefahrenzone" weiträumig festlegen, diese Zone von allen Menschen räumen, nur Bewohner_innen der Zone kontrolliert rein lassen.

Wenn jetzt von einigen gesagt wird: "es gebe genügend andere Ziele außerhalb des Viertels, um die gesellschaftliche Normalität in Frage zu stellen", denen antworten wir: nur zu, lasst euch nicht aufhalten, geht mit gutem Beispiel voran. Es steht euch frei, an anderer Stelle, mit wirkungsvolleren Mitteln, euch zu äußern.

Wir haben an den Auseinandersetzungen nicht entscheidend beigetragen. Aber wir konnten immerhin Fliehenden vor der Polizei Schutz gewähren. U.a. indem wir ihnen in mehreren Häusern die Haustüren geöffnet haben.

Auf dem Schanzenfest hing ein Transparent mit der Aussage:

"Keinen Frieden mit den herrschenden Verhältnissen.
Eine Welt erkämpfen, in der der Mensch im Mittelpunkt von Denken und Handeln steht - gemeinsam, jetzt und überall !

dem schließen wir uns an.

Hamburg, 05.09.2010

RFID: die totale Polizei
Die Nanos dienen auch zur elektronischen Bespitzelung

RFID: ihr kennt dieses Kürzel – oder "intelligente" Etiketten, "Smart Tags", Radiofrequenz-Mikrochip, Transponder. Aber was ist es genau? Zu was dienen sie? Wie funktionieren sie? Wisst ihr, dass 2006 das Jahr war, in dem sie massiv von den Unternehmen übernommen wurden? Dass sie diese Dinger unseren Tieren spritzen? Dass sie schon eure Spuren verfolgen? Wisst ihr, dass sie eine der ersten Anwendungen der Nanotechnologien sind, und eine der lokalen Spezialitäten, zwischen dem "Pôle de Traçabilité (Spurenverfolgung)" von Valence und dem "Pôle Minalogic" der Isère? Wisst ihr, dass, ausser es kommt zur Revolte, innert 4 Jahren die elektronischen Spione 30 Milliarden Objekte befallen haben werden – fünf je Menschenwesen, PapuanerInnen mitgezählt? Nein? Also entdecken wir zusammen dieses Bijou der *Reality*-Science.

Eine wahre Geschichte.

In der Nähe seiner Mutter schwankt das dreitätige Füllen auf seinen Beinen. Die Nadel dringt unter die Haut des Halses. Eine schnelle und schmerzlose Spritze. Der Tierarzt schaut auf sein tragbares Lesegerät: die Identifizierungsnummer X0723A erscheint auf dem Bildschirm, die Wanze funktioniert. Dank der drahtlosen Schnittstelle von Bluetooth überträgt der Lektor die Daten von X0723A direkt auf den Computer: Geburtsdatum, Geschlecht, Nummer der Eltern, Impfungen, Stillung, usw. Durch die Konsultation der Daten wird es nun einfach, die rigorose Fortsetzung alle sanitären Massnahmen zu gewährleisten, zu überprüfen wer der Besitzer ist, und, indem es mit einem tragbaren Lesegerät gescannt wird, kann X0723A in jedem Moment und überall identifiziert werden.

Das Tier ist ins System eingetreten, es hat sein Recht aufs Dasein (*bis zum Schlachthof der Zivilisation…).

Ist kein Roman, sondern die Worte einer Werbebroschüre etwa der französischen Firma IER, Lieferbetrieb für *"komplette Lösungen zur elektronischen Identifizierung eurer Tiere"*. Liebe FreundInnen und *Citoyennes*, ihr ignoriert sicher völlig das, was Landwirte, Züchter und Landleute schon wissen: die RFID dringen in unsere Leben ein um sie zu kontrollieren. Nicht nur indem sie Tiere in kommunizierende Maschinen verwandelt, sondern indem in jedem Wesen ein elektronischer Minispion eingepflanzt wird. Bloss keine Panik: ihr habt euch gar nichts vorzuwerfen.

"Kontaktlos" aber mit Spion

Was sind diese RFID – *Radio-Frequency Identification Device* auf Englisch? Es ist die Realisierung, auf einigen Quadratmillimeter, eines Elixiers um alles zu verfolgen, spuren, lokalisieren, kontrollieren, überwachen – elektronisch. Auch die Bäume, klar doch.

Das Ding gleicht einer Minietikette (daher der Name "intelligente" Etikette oder "Smart Tag") und besteht aus einem Mikrochip und einer Antenne. Jede Etikette ist einmalig, darum unterscheidet sie den Gegenstand oder die Person die sie tragen von allen anderen, und sie kann von weitem gelesen werden, durch die Dichte der Haut, der Rinde, einer wuchtigen Schneedecke, usw. hindurch.

Erinnert euch das an etwas? Sicher, Navigo, eurer Passepartout der Pariser Metro, oder an den Avan'Tag für das Tram von Grenoble, den ihr zur Entwertung nicht mehr aus dem Sack nehmt. Oder der kontaktlose Passepartout der Autobahnen, der euer Konto belastet. Oder weiter, das Skiabo von Chamrousse, auch das wird auf Distanz entwertet während ihr vor dem Sessellift anstehen dürft. Soooo praktisch. Vorausgesetzt du nimmst in Kauf, dass alle deine Bewegungen registriert werden – Datum, Uhrzeit, Strecke, Fahrtzeit, usw.

Hauptinteresse für jene, die von den RFID profitieren, ist die Speicherung von Millionen von Daten – das Reichtum in der Informationsgesellschaft; Quelle der Macht für die Gesellschaft der Beherrschung.

Wie sie im Labor Auto-ID des Massachusetts Institute of Technology (MIT) so sagen: *"Tut eine RFID-Etikette auf ein CocaCola-Trinkröhrchen oder auf die Achse eines Fahrzeuges, und ein Computer kann sie sofort "sehen". Tut eine Etikett auf jedes Trinkröhrchen und auf jede Achse, und plötzlich verändert sich die Welt (...) das Auto-ID-Zentrum konzipiert, konstruiert und testet den Einsatz einer globalen Infrastruktur, die den Computers ermöglichen wird überall auf der Welt jedes Objekt sofort zu identifizieren."*[1]

Weitere Beispiele fällig? Das Nokia-Handy mit RFID-Lesegerät kann ein Inventar der "taggierten" Objekte unserer Umgebung aufnehmen und es irgendwohin übermitteln.[2] Die "Person Tracking Unit" - Vorrichtung von

---

[1] cf www.autoidlabs.org
[2] http://www.rfidjournal.com/article/articleview/834/1/13

IBM ermöglicht die Etiketten zu scannen, die auf Elementen einer Menschenmasse angebracht sind um deren Bewegungen im öffentlichen Raum zu verfolgen. Die Billette des Weltcups 2006 mit Spion zur besseren Überwachung der Fans. In den französischen Bibliotheken werden sie in die Bücher eingepflanzt: die Registrierungen eurer Verleihungen werden bei eurem Durchgang beim Ausgang vorgenommen. In den amerikanischen *Colleges* werden die Anwesenheit und das Verhalten der SchülerInnen mit ihrer elektronischen Karte kontrolliert[3]. Gewisse Gemeinwesen wie Paris pflanzen ihren Bäumen Mikrospione ein um sie besser zu *verwalten*.

Oder noch: Die Spurenverfolgung des Gepäcks in den Flughäfen; Fahrzeugidentifikation, der Luxusprodukte und der Medikamente (gegen Fälschung); kontrollierte Öffnung der elektronischen Türen; Ersatz für die Badge; elektronische Pässe, Visa und ID-Karten; Nachschubverwaltung für die Armee; Spurenverfolgung der Nahrungsmittel; Verwanzung der Tiere. Und der Menschen – wir sind bald so weit.

Nichts auf diesem Planeten darf der Spurenverfolgungssucht entgehen. Der Lobbyismus der Mikrochip-Fabrikanten hat ganze Arbeit geleistet: *"Der Markt ist bedeutend und das Land wird dank dem Einsatz von Michèle Alliot-Marie, Verteidigungsminister, und Francois Loos, Industrieminister, bald die geltenden Regelungen lockern. Das Ziel ist vor allem seine Entwicklung und Anwendung auf dem gesamten Gebiet, DOM-TOM miteingeschlossen, möglich zu machen"*[4]

In der Grossverteilung erlauben die "intelligenten" Etiketten die Produkte von der Fabrik bis zur Müllhalde zu verfolgen, über Transport, Lagerung, Verkauf, und Kampf gegen Diebstahl – pardon, "unbekannte Entfernung des Siegels".

Warnung an die schnellen Finger: der kleine Umfang der RFID ermöglicht sie in Kleidern, im Papier der Reisepässe, im Körper selbst des Objektes zu verstecken. Nach Februar 2006 hat Hitachi die kleinste RFID-Wanze der Welt vorgestellt: 0,15 mm Seitenlänge und 7,5 µm Dicke. Unsichtbar, nicht auszumachen, ausser für die Maschine und ihre PilotInnen. Sollt ihr wissen bevor ihr euch die Taschen voll stopft (auch wenn anscheinend Alufolie die Übertragung der Radiofrequenz stört. Kurz.).

Wall Mart USA hat seit 2005 die RFID für ihre wichtigsten Lieferanten obligatorisch erklärt, nachgeahmt von Tesco und Marks&Spencer in Grossbritannien, und Metro in Deutschland. Letztere experimentiert seit 2003 mit "das Kaufhaus der Zukunft"[5]. Euer Einkaufwagen, ausgerüstet mit Bildschirm und Lesegerät, registriert jedes Produkt und unterstützt euch beim Einkauf, idiotisch wie ihr nun mal halt seid (Lokalisierung der Produkte im Abteil, Ratschläge, Reklame, usw.). Das Ziel, die Menschen an der Kasse zu eliminieren, der Einkaufwagen wir eure Konto belasten. Am Ausgang dürft ihr die RFID deaktivieren. Falls ihr die Zeit habt sie einzeln an einer Maschine vorbei zu ziehen, und falls ihr es nicht vergisst. Sonst werden sie eure Anwesenheit signalisieren sobald ihr an einem Lesegerät vorbeigeht. Und in Frankreich? Im Februar 2006 hat Carrefour einen Vertrag mit dem Fabrikanten von Checkpoint Systems zur Installierung von RFID-Lesegeräten in 179 Hypermärkten unterzeichnet.

******

Der Mantel der Marke Tex, Grösse 42, n° 4509246739787, am 12/11/06 um 17:34h beim Carrefour-Meylan gekauft, von einem Bankkonto der Coinnes Tobas von Grenoble abgebucht, ging heute im Bereiche des Lesegerätes der Grand-Place um 8:47h, gestern um 11:28h und letzten Montag um 8:03h vorbei. Dabei war immer das Buch "Drei Rezepte zum Abmagern", ausgeliehen von der Bibliothek Stadtzentrum an Heiri Müller, und auch der Avan'Tag von Coinnes Tobas, usw."

Technische Bemerkung

Wie werden unsere Spuren mit den RFID-Spionen verfolgt? Indem eine Wanze und eine Antenne zusammengetan werden. Die Wanze hat ihr eigenes Kennzeichen, das sie von allen anderen unterscheidet. Die Antenne übermittelt via Radiofrequenz die in der Wanze enthaltenen Infos (bei den "passiven" Etiketten), oder registriert neue Infos im Verlaufe der Zeit ("aktive" Etiketten). Die Passiven erhalten ihre Energie vom elektromagnetischen Feld des Lesegerätes und die Aktiven sind mit einer Minibatterie versehen, die sie selbstständig macht. Das Lesegerät kann manuell sein (wie die Lesegeräte für Strichkodes), in einem Bogengang eingebaut (wie bei den Mautgebühren der Autobahnen) oder in der Umgebung versteckt sein (Stadtmobiliar, Türen, usw.).

---

[3] Vgl. www.incomcorporation.com, Affaire im kalifornischen College, das für seine SchülerInnen RFID obligatorisch macht
[4] http://www.generation-nt.com/actualites/12098/rfid-etude-arcep, Februar 2006
[5] Vgl. *T&T*, Zeitschrift der Spurenverfolgung, n° 1, Okt. 2005

Die RFID benutzen vier Frequenzbereiche: unter 135 kHz (Niederfrequenz), 13,56 mHz (Hochfrequenz), 868-950 mHz (Ultrahochfrequenz), 2,45 GHz (Mikrowellen). Je höher die Frequenzen desto weiter entfernt kann die Wanze gelesen werden (einige Zentimeter bis Dutzende Meter).

Geschichte

Die Idee kam Ende der 40er Jahre auf. Das englische Militär arbeitete an einem Identifikationssystem auf grosse Entfernung um übers Radar die feindlichen Flugzeuge von den eigenen zu unterscheiden. Ein halbes Jahrhundert Elektronik, Mondialisierung des Warentausches, Gesundheits-, Umwelt- und Nahrungsmittelkrisen weiten den Begriff der Identifizierung auf den der *traçabilité (Spurenverfolgung)* aus, was nunmehr auf alles angewendet wird, was die Erde an Lebewesen, Ressourcen und Objekten trägt. Das erste mit RFID verbundene Patent ist von 1969, in den USA eingetragen und gehört Mario Cardullo[6]. Bis in die 1980er Jahre bleibt die Technologie militärisch oder für "heikle" Orte (Atom, etc.) vorbehalten. Dann kommerzialisiert sie der private Sektor zur Identifizierung des Viehs, um dann über die Standardisierung der Ausrüstungen ihren Gebrauch zu verbreiten[7].

In den Auto-ID-Labors, die vom MIT und einer Hundertschaft grosser Gruppen (Procter&Gamble, Gillette, Carrefour, Coca, Nestlé, das US-Verteidigungsdepartement) aufgebaut wurden, forschen die ForscherInnen am Aufbau eines "Internet der Objekte" zur Zentralisierung der Millionen von Daten, die von den zirkulierenden RFID übermittelt werden. Ein Netz, das jedes Objekt lokalisieren und seine Geschichte erzählen wird – es war hier und dort und kam dann wieder hier vorbei – und den Dingen ermöglichen wird miteinander zu kommunizieren und schlussendlich den menschlichen Eingriff auszuschalten: der Kühlschrank bestellt den Yoghurt, die Waschmaschine wählt das Programm je nach Kleider aus, usw. Mark Weiser, ex Forschungsleiter bei Xerox in Palo Alto, hatte uns gewarnt: *"Die am tiefsten verwurzelten Technologien sind die unsichtbaren. Sie integrieren sich ins alltägliche Leben bis sie nicht mehr ausgemacht werden können."*[8]

Na und?

Ein Objekt, ein Tier, eine Person mit Wanzen vollstopfen verwandelt sie in einfach zu verbindende Maschinen, um ein totales Netz zu bilden, ein *Fischfangnetz* ("net"), als Infoübermittler, andauernd. Es genügte nicht, dass wir permanent übers Handy, Mail, SMS oder Wifi *verbunden* und erreichbar sind; mit den RFID werden wir selbst zu *kommunizierenden Objekten*. Zu Objekten. Die von unseren Herren Schritt um Schritt verfolgt werden, deren Verhaltensweisen sie analysieren und deren Bewegungen sie kontrollieren um uns besser zu "verwalten".

Wie die Computer werden wir bald, und alle, eine elektronische Adresse haben, die unsere permanente Ortung ermöglicht. Das Projekt befindet sich in der Erforschungsphase mit dem Patent namens UIAD[9] (Einheitliche Identifizierung der Adressen). *"Die Welt ist seit einigen Jahren von der Besessenheit ergriffen, unter dem Vorwand der Spurenverfolgung nicht nur den physischen Objekten, den Individuen, den Fahrzeugen auf der Strasse, den Tieren eine permanente Adresse oder Anwesenheit zu geben, sondern auch allen virtuellen Objekten, seien es Postsendungen oder SMS, Verwaltungspapieren, digitalisierten Musikstücken oder Mikrosklaven oder Software-Programmen (...) die unaufhörlich in den Netzen verkehren und Mikroinfos austauschen um uns besser zu dienen, oder besser gesagt, uns besser auszuspionieren."*[10]

Die Schergenwanze

Unsere Spuren über unsere Sachen zu verfolgen ist aufschlussreich aber unsicher. Um sicher zu sein, dass du gestern Abend über diesen oder jenen Platz gelaufen bist, ist die Verwanzung deiner Ausweise nötig. Die USA verlangen von AusländerInnen den elektronischen und biometrischen Reisepass. Frankreich bereitet seinen elektronischen ID-Ausweis (INES) mit biometrischen Daten und einer RFID-Wanze vor. Schluss mit den erniedrigenden Identitätskontrollen, her mit den hinterhältigen Kontrollen auf Distanz.

---

[6] Ingenieur, der an den Satellitenprogrammen für die Marine und die mobile Kommunikation (MARSAT) mitgearbeitet hat; Raketenantriebe und Raketenwerfermotoren im Rahmen des Apollo-Programms. (Vgl. http://www.nvgc.vt.edu/engineering/Cardullo.htm)
[7] Science & Vie, April 2004 e www.poletracabilite.com
[8] Vgl. Union Internationale des Télécommunications (www.itu.int)
[9] Vgl. www.uiad.org
[10] Vgl. *„Les technologies de radio-identification (RFID): enjeux industriels et questions sociétales – Die Radioidentifikationstechnologien (RFID) : industrielle und unternehmerische Fragen"*, Rapport des Conseil général des technologies de l'information, Januar 2005

"Grenoble Bahnhofplatz am 12/03/08 um 14:11h. StudentInnendemo. Anwesenheit der Individuen X (ID-Ausweis n°048377291), Z (ID-Ausweis n°644812U95), Y (Aufenthaltsbewilligung n°38ATG62960) an der Spitze der Demo erfasst. Achtung, Erfassung des Individuums (ID-Ausweis n° 722390671), das wegen der Teilnahme an der Zerstörung eines GVO-Feldes in Zürich am 24/06/08 fichiert ist."

Die NostalgikerInnen des Faschismus oder von Vichy bedauern die Langsamkeit des technologischen Fortschrittes sicher sehr: mit dem elektronischen Mikrochip wären die Razzien sicher ergiebiger gewesen. Den GegnerInnen der Nanotechnologien würden sie sicher sagen, falls es das heutige Gesetz erlauben würde: *"Was für NostalgikerInnen ihr aber sein, ihr wollt wohl zum gelben Stern zurück"*.

Möchtet ihr ein wenig spurengesicherten Industriefrass geniessen?

Natürlich dient es zur Verhinderung von terroristischen Anschlägen, aber die Spurenverfolgung muss uns auch von gesundheitlichen Gefahren schützen. Der Rinderwahnsinn war das Alibi um den Tieren Mikrowanzen einzupflanzen. Etikettiert, streifencodiert und fichiert sind die Tiere nunmehr mit Wanzen namens "Nahrungssicherheit" versetzt.

Die elektronische Einpflanzung ist ein Zusatz der industriellen Steak-Fabrizierung. Fleisch auf Klauen/Pfoten/Hufen, in Fabriken gemästet, mit synthetischen Rationen, mit Antibiotika zum Überleben gezwungen, *verwaltet* durch zootechnische *Überwachung (Monitorierung)*, über tausende von Kilometern transportiert, in kalibrierten Stücken im Supermarkt verdealt. *Hab doch zumindest das Recht zu wissen was ich konsumiere*, reklamiert der Einkaufswagenidiot oder –pilot (oder –in), beruhigt durch der Wanze, die seinen/ihren Hamburger von der Geburt zur Mikrowelle spurenverfolgt.

Wohlverstanden, die Spurenverfolgung signalisiert einzig und allein den umwerfenden Fortschritt der *Unsicherheit der Ernährung*, die von der Landwirtschaftsindustrie verursacht worden ist. Denn die im Käfig aufgezogenen Tiere sind krank, und die Pflanzen unter Infusion von Dünger, Hormonen, Insektenmittel, usw. sind kranke Pflanzen. Und wie nun Schweinseuchen bei Schweinen zu verhindern, die wegen ihrer industriellen Aufzucht krank sind? Indem ihnen Mikrowanzen eingepflanzt werden, antwortet der spanische Landwirtschaftsminister.[11] Ihr wollt also keine GVO auf eurem Teller? Dann werdet ihr eben spurenverfolgte GVO fressen. Et voilà, nun seid ihr beruhigt. In der Welt der Technolandwirtschaft ersetzt die Spurenverfolgung den Herden die Weide, den Pflanzen den lebendigen Boden, den BäuerInnen den Sachverstand, die Beziehung zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen.

Wenn unser Gemüse vom Markt faul ist, reden wir mit dem Produzenten darüber. Wenn ihr von Carrefour eine Büchse mit Chili und Fleisch kauft, Fleisch in Deutschland geborenem, gemästet in Holland, mit Rationen aus Lateinamerika, die Bohnen aus Italien, in Spanien verarbeitet, das ganze mit in Belgien produzierten Konservierungsmitteln durchsetzt, wie kann dann der Ursprung einer Infektion ausgemacht werden? Dank der Wanze. Und dann fressen wir Geschmortes mit Urkunde, was diesem Schwein von einem Konsumenten zu genügen scheint.

RFID ablehnen heisst Spurenverfolgung und die Manipulierung des Eindruckes von Unsicherheit ablehnen. Wollen wir anständig essen? Wollen wir den LandwirtInnen die Erniedrigung der Mikrospion-Einpflanzung ersparen? Tun wir uns zusammen und kaufen direkt bei ihnen ein.

Vom Haus-Tier zum Haus-Mensch

2006 konnten wir in Frankreich in der Rubrik "Pratica" unserer Tageszeitung derartigen Ratschlag lesen: "***Besser als tätowieren**. Der Mikrochip ist gegenüber der Tätowierung sehr praktisch, denn: seine Anwendung erfordert keine Betäubung; man kann ihn von Weitem lesen, und das ist ein Vorteil bei ängstlichen oder nervösen Tieren; er ist unsichtbar, fälschungssicher und permanent, er riskiert nicht, wie die Tätowierung, mit der Zeit zu verbleichen. **Ein internationales Werkzeug**. Die Kartei wird international sein, das Tier kann an der Grenze und im Ausland leicht identifiziert werden. Und denkt daran, es ist obligatorisch, dass alle Hunde und Katzen von mehr als vier Monaten identifiziert sind. Zögert daher nicht, es geht schnell und schmerzlos.*"[12]

Identitätskarte, *Carte Vitale*, automatisierte Fingerabdruckspeicherung, nationale Fiche des genetischen Abdrucks haben uns an die systematische Fichierung der Bevölkerung und die Elektronisierung der Kontrolle gewöhnt. Wie Frösche im kalten Wasser ertragen wir die zunehmende Temperaturerhöhung, ohne zu realisieren, dass sie uns wie ein Fisch in einem heissen Bad verbrühen wird. Und mit den elektronischen Wanzen haben wir bald die 100°C. Zuerst werden sie den Masttieren eingepflanzt (Nahrungssicherheit), dann den wilden (Kampf dem Schmuggel), den Haustieren ("sehr praktisch"). So wird das Territorium nach und nach mit den Maschen des

---

[11] www.agrisalon.com, 7/11/01
[12] *Le Daubé*, 10/02/06

Netzes überzogen, nämlich den überall aufgestellten RFID-Lesegeräten. Alle Institutionen, die womöglich ein Tier identifizieren könnten, rüsten sich damit aus: Feuerwehr, Gendarmen, Grenzwächter, Veterinärämter, Tierheime, Asyle, wie auch die 5500 tierärztlichen Beratungsstellen und Spitäler Frankreichs. Ein Tierfreund: *"Da mein Hund immer bei mir ist, bedeutet seine Erfassung meine Erfassung"*. Vor allem aber, unseren Tieren Mikrowanzen einpflanzen heisst, uns an die elektronische Spurenverfolgung zu gewöhnen. Ihr würdet doch eurem Hund nie etwas antun, was ihr für euch ablehnen würdet, nicht wahr? Wie sollten sich Kinder, deren Tiere gescannt werden, denn wundern wenn auch sie dasselbe Schicksal hätten? In zwanzig Jahren wird der Artikel der *Daubé* wieder veröffentlicht, mit "Individuum" anstatt "Tier", ohne wen auch immer aufzuregen, mit diesem "praktischen Ratschlag" von 2006.

Lehnen wir es ab unsere Tiere in elektronische Gadget zu verwandeln, oder wir werden dasselbe Schicksal erleiden.

Die amerikanische Gesellschaft Applied Digital Solutions setzt sich seit 2000 mit Verichip ein, ihr subkutaner Minispion für Menschliche, natürlich für multiple Anwendungen: Überwachung der Kinder deren Eltern eine Entführung fürchten, die PatientInnen von einigen Dutzend amerikanischen Spitälern mit ihrer digitalisierten Krankenakte *in sich*, verbundene Kunden von spanischen und holländischen Nachtklubs um ihre Ausgaben bargeldlos zu begleichen, Australische Bankangestellte mit der Pflicht sich für den Zutritt zur Arbeit den Arm scannen zu lassen, usw., ohne die Toten des Zyklons Katrina zu vergessen; Technofans, die sich die Mikrowanze zur Sicherheit der Türöffnung ihres Autos oder Hauses einpflanzen lassen; und die Projekte der vielseitigen Anwendung der Wanzen an PatientInnen der Psychiatrie, an Obdachlosen, den Kids von Geburt an[13].

Warnung ans menschliche Vieh: heute wird ein frei rum laufendes Schaf kurzerhand eliminiert.

Die *Verpolizeiung* ("flicage" – fr.; "sbirraggio" – it., verstanden? Sucht mal einen bessern Ausdruck...) – ist gut für deinen Arbeitsplatz

Liebe LeserInnen, findet ihr diese Nachrichten beunruhigend, deprimierend, lähmend? Du fragst dich ob diese Kumulierung an Hertz-Wellen (Handy, Wifi, RFID, schon übergenug) deine Gesundheit bedrohen? Ob diese Milliarden an elektronischen Wanzen in den Müllhalden nicht vielleicht die Böden und das Grundwasser noch mehr vergiften? Du fürchtest um die menschliche Freiheit und Würde? Du stellst dir deine ZeitgenossInnen von dieser elektronischen Sklaverei konditioniert und freiwillig unterworfen vor? Verzweifle nicht. Denn mindestens gereichen diese Opfer zum Vorteil der lokalen Wirtschaft, und, wer weiss?, erhalten sie deine Arbeitsstelle im Becken von Grenoble.

Nach Studien der spezialisierten Büros müsste der RFID-Markt nach 2006 explodieren, mit Prognosen, die bis zu 10-20 Milliarden Objekte voraussehen, die 2008 mit Mikrospionen ausgerüstet sind[14], und erst die 33 Milliarden im 2010 gegenüber den läppischen 1,3 Milliarden von 2005[15].

Jeden morgen gehen Ingenieure und TechnikerInnen der Isère zur Arbeit, an *"Verfahren zum Druck in flüssiger Phase (...) der elektronischen Schaltkreise der RFID-Mikrochips"*[16] (CEA-Léti); an der *"Konzipierung und Optimalisierung der integrierten RFID-Antennen"*[17] (INPG); zur Herstellung *"von polymeren organischen Stoffen zur RFID-Herstellung "* (Ciba); an *"Gravierungsverfahren im Bereiche genügender Problemlösungen zur Produktion von elektronischen Produkten auf elastischer Unterlage (RFID-Antenne, Transistor ...)"*[18] (Piolat); an der *"Entwicklung von organischen aufgedruckten RFID-Antennen"*[19] (Sofileta); der Konzipierung von *"kompletten Paletten an kontaktlosen RFID-Produkten"*[20] (Atmel); der Entwicklung der *"ersten RFID-Etiketten komplett aus Plastik"*[21] (Philips); der Entwicklung einer *"breiten Palette von RFID-Etiketten und kontaktlosen Produkten"*[22] (StMicroelectonics); an *"schlüsselfertigen RFID-Lösungen"*[23] (Tagproduct); der Kommerzialisierung des *"vollständigsten Angebotes im Marktsegment der elektronischen Buchungen und RFID"*[24] (Silicomp). Usw.

---

[13] Vgl. www.stoppuce.be oppure www.jameh.org
[14] Vgl. *„Les technologies de radio-identification (RFID): enjeux industriels et questions sociétales"*, Rapport des Conseil général des technologies de l'information, Januar 2005
[15] *Times*, 19/01/06
[16] *L'Usine Nouvelle* 27/01/05
[17] *La lettre de Minatec*, n°9 September 2005
[18] Dossier Minalogic, Anhänge
[19] Idem
[20] http://www.atmel.com/ad/wireless/rfid/default.asp
[21] http://www.lelectronique.com/actualite/voir.php?news=actu&num=1922
[22] www.st.com/rfid
[23] http://www.tagproduct.com
[24] Inovallée Mag', n°82, September 05

Grenoble wäre also *auch* die Hauptstadt der RFID? *"Die Zukunft der RFID ist im Herzen von Minalogic angesiedelt"* bekräftigt *Le Daubé*[25] - Minalogic, "weltweiter Konkurrenzpol" von Grenoble-Isère. Aber aber, etwas demütiger bitte, Grenoble ist *eine* der Adressen des französischen RFID. Wie Gérard-André Sessenne, der Verantwortliche für die Entwicklung Spuren-Pols von Valence sagt: *"Wir befinden uns im technologischen „Herzen" Frankreichs, in dem RFID-Quadrat, das aus den Städten Grenoble, Valence, Sophia-Antipolis ed Aix-en-Provence besteht."*[26]

Wie du siehst, liebeR LeserIn, kannst du dich freuen, der zukünftigen *urbanen Kontinuität* Genf-Valence (der "Alpinen Furche") anzugehören, die unsere Gewählten für 2020 ausgeheckt haben. Schliesslich setzt die Autobahn Valence auf 40 Minuten Entfernung vom wissenschaftlichen Vieleck Grenoble, d.h., weniger lang als bis nach Crolles im Spitzenverkehr. Da wir bald in derselben Stadt leben, teilen wir den Stolz, das *"magische RFID-Quadrat"* zu sein. INPG hat unter Zusammenarbeit mit den Industriellen eine ihrer Schulen, die Esisar, schon in Valence eingepflanzt, zur Ausbildung der zukünftigen RFID-Ingenieure. Esisar, die den "Spurenverfolgungs-Pol" von Valence mit der Agence Rhône-Alpes zusammen geschaffen hat, um die Vermessungs-Technologien zu beherrschen (ARATEM).

Aber was soll ein "Spurenverfolgungs-Pol" denn sein, wirst du dich fragen?

"Ein Zentrum für den Austausch und den Transfer von Wissen, antwortet G-A Sessenne. *Er besteht aus einer Bandbreite an Kompetenzen heute nationaler und morgen europäischer Tragweite, auf dem Gebiet der Forschung, der Entwicklung, Bildung und Transfer zur Industrie, vor allem RFID".*[27]

Um unsere Leben hurtig mit Spionen durchzusetzen, schlägt der Pol den Unternehmen ein experimentelles und Demonstrationszentrum für RFID vor. Auszug aus dem Pressedossier: *"Mit RFID kann die Spurenverfolgung aktiv und dynamisch werden. Auch die kleinsten Gegenstände können mit einer eigenen Identität ausgerüstet werden, die sie leicht verfolgbar macht."*

Von Grenoble bis Valence gehen die Ingenieure und TechnikerInnen des magischen Quadrates jeden Tag zur Arbeit um die Werkzeuge der allgegenwärtigen Überwachung zu erfinden und herzustellen. Für nichts auf der Welt – vor allem nicht um ihre Freiheit und Würde zu erhalten – würden sie auf ihre Forschung, auf ihre *Innovationen*, ihre *Patente*, ihre *Karrieren* verzichten. Nach ihnen, wegen ihnen, die Sintflut der Kontrolle.

Sagt eher "grüne Wanzen" anstatt "intelligente Wanzen"

Ihrer freiheitsfeindlichen Enormität bewusst, arbeiten ForscherInnen und Industrielle daran, die RFID *akzeptabel* zu machen.

Juli 2003 lässt das Auto-ID-Zentrum des MIT unerfreulicherweise vertrauliche Dokumente online. Der amerikanische Anti-RFID-Verband CASPIAN[28] enthüllt daher, dass die Spionhersteller sich von der Agentur Fleishman-Hillard beraten lassen um ihre Mikrochips besser zu verdealen: die Bezeichnung *"Smart Tags"* mit *"Green Tags"* ersetzen, wovon man annimmt, dass es beruhigender wirkt; *"die Technologie positionieren als sei sie einfach ein verbesserter Strichcode"*, usw. und am Schluss geben die ForscherInnen zu, dass sie darauf vertrauen, dass die KonsumentInnen *"apathisch"* sein und *"sich von alleine der Unvermeidlichkeit der Sache ergeben"* werden.[29]

In Grenoble konnten die SoziologInnen der "Anwendungen", die Methoden aushecken um uns das Inakzeptable akzeptieren zu machen, nicht anders als sich auf die Seite der RFID zu schlagen. Die 2003 von CRNS, INPG, der Uni Joseph Fourier und Mendès-France geschaffene wissenschaftliche Interessegruppierung "Pegasus" zur Frage der "kommunizierenden Objekte", zählt alte Bekannten unter ihren Mitgliedern: Philippe Mallein und Jean Caelen, unter anderen[30]. Eines der Projekte, das diese Zuhälter der Manipulierung mobilisiert, heisst *"Spumoaat; Spurenverfolgung der von den Usern manipulierten Objekte und Agenten und Anwendungstests"*. Natürlich handelt es sich darum, die Leistungsfähigkeit beim Spurenverfolgen zu verbessern. *"Ziele der Unternehmen: die Nachfrage nach Spurenverfolgung der Objekte wird immer stärker (...) Diese Produkte werden im Verlaufe ihres Lebens von zahlreichen Akteuren manipuliert, es geht darum, sie mit einen Nanospeicher auszurüsten, damit sie selbst dieses Leben erzählen können. So besteht die Hoffnung ihre Geschichte*

---

25 *Le Daubé* 12/10/05
26 http://dc.editricetemi.com/ed_temi/dcFr/articolo.jsp?idArt=83
27 www.tracenews.net
28 Consumers against supermarket privacy invasion and numbering, www.spychips.com
29 Vgl. transfert.net/a9099
30 Vgl. *Aujourd'hui le nanomonde* n°3, *« IdeasLab, la machine à fabriquer des besoins – IdeasLab, die Maschine zur Herstellung ovn Bedürfnissen»* auf www.piecesetmaindoeuvre.com

sowie die Geschichte ausfindig machen zu können, die sie mit anderen künstlichen oder menschlichen Objekten und AkteurInnen gehabt haben."[31]

Die widerlich nette Sprache um diese Objekte heraufzubeschwören, deren „Geschichte" erzählt wird, verschleiert den Betrug sehr schlecht. Wer genau *"hofft"* diese Geschichte *"ausfindig zu machen"*, die, effektiv, die unsere ist?

Die RFID sind für die Nanotechnologien das, was Terminator für die GVO ist: ein Auslöser zur Revolte.

Auch die Nano-ForscherInnen sind zu allem bereit um unsere Aufmerksamkeit abzulenken – Dementis, Lügen, Feigheit. In einer Sendung auf France Inter[32] zu den Nanotechnologien befragt, wagt Claude Weisbuch, Forschungsleiter beim CRNS, eine Entgegnung, die seriöse JournalistInnen nicht hinnehmen würden – aber bei France Inter sind wir mit den Gästen freundlich: die RFID, erzählte Weisbuch, sind nicht Nano. *"Die RFID stellen effektiv Probleme der Identifizierung der Individuen und der Kontrolle wenn die Infos online gestellt werden, wenn die Karten ausgewechselt werden, usw., aber die RFID sind nicht Nano, einfach weil wir, um Energie zu haben, nicht gänzlich klein sein können. Im Allgemeinen sind die RFID mindestens millimetergross. Dasselbe gilt für den "smart dust", was autonome Objekte sind, die etwa den RFID gleichen (...) auch "smart dust", der intelligente Staub, ist millimetergross."*

Claude Weisbuch ist Wissenschaftler. Und gleichfalls wohl wissend lügt er an der Anhörung bei France Inter und verhehlt, was sein Institut enthüllt. Auszug aus dem Dossier "Die Nano-Welle", veröffentlicht im *"Le journal du CRNS"*, Oktober 2005: *"Neben diesem gesundheitlichen Aspekt wurden weitere Überlegungen ethischer Natur über die möglichen Folgen der Nanotechnologien auf unser alltägliches Leben angestellt. Z.B. die RFID (Radio Frequency Identification Devices), diese elektronischen Etiketten, die schon eingesetzt werden um Haustiere zu identifizieren, um gewisse moderne Autos zu öffnen und starten oder auch um die Spuren gewisser Produkte von ihrer Herstellung bis zu ihrem Verkauf zu verfolgen. Morgen, dank den Nanotechnologien, sind diese Vorrichtungen dazu bestimmt sich in unserem Alltag zu vermehren. Die Kehrseite der Medaille, sie werden auch imstande sein Informationen über alle zu übermitteln:* "Angesichts der Befürchtungen von Angriffen auf das Privatleben wurden schon gewisse generelle Prinzipien vorgeschlagen, wie der klare Hinweis auf ihre Präsenz und auf ihre Merkmale, die Beschränkung der ausgetauschten Daten und Möglichkeiten zur Vereinbarung, oder noch weiter, die Möglichkeit sie zurückzurufen oder sie zu untersagen", analysiert *Louis Laurent, Leiter der Forschungsabteilung beim CEA und Mitglied der interdisziplinären Kommission "Soziale Auswirkungen und Entwicklung der Nanotechnologien" des Nationalen Komitees für wissenschaftliche Forschung. Sicher ist, dass die Nanotechnologien also die Möglichkeit eröffnen werden, die Informationstechnologie in unserer Umwelt zu verstecken und sie mit ihr zu verschmelzen. Und die Rede ist auch schon z.B. von kommunizierenden elektronischen Stauben, kleinste Systeme, die sich ins Netz einklinken können um Informationen zu sammeln und zu übertragen."*

Die Nanos sind die Zukunft der RFID, und zwar aus dem einfachen Grunde, dass sie die Senkung der Einheitskosten der Etiketten auf das berühmte Mindestmass von 0,05 € ermöglichen, das Marktziel nämlich. Im Wesentlichen dank den Antennen-Strahldruckverfahren mit einer leitenden Tinte. *"Wir arbeiten mit Verkäufern zusammen, die Nanopartikel enthaltende Tinte herstellen, die es möglich macht Antennen auf billigeres Papier und schneller aufzudrucken", sagt Van Fleet. Auch er gehört zur Direktion der F&E Group in Lagrangeville (New York), Herstellerin von RFID. Eine weitere RFID-Gesellschaft, Organic ID, in Colorado Spring, entwickelt Antennen mit Nanopartikeln aus Gold, Silber und Polymeren."*[33]

Wenn wir die Bedrohung an der Sorgfalt messen, die von den Forscherinnen an den Tag gelegt wird um sie zu verschleiern, verdienen die RFID unseren Protest. Als Anfang, boykottieren wir die Avan'Tag-Karte des Technopolitanen Verkehrs!

Grenoble, 7. März 2006
Pieces et Main d'Œuvre

Diesen Text und viele andere findet ihr (auf französisch) auf www.piecesetmaindoeuvre.com

[31] *«Objets, agents et environnement communicants – kommunizierende Objekte, Agenten und Umwelt»* Vortrag am Conseil scientifique international 2004 (J. Caelen, JP Laurencin)
[32] «Le téléphone sonne», 22/02/06
[33] Üb. aus Science Daily, *"Nano will boost RFID tags"*, http://www.sciencedaily.com/upi/index.php?feed=Science&article=UPI-1-20050606-14555200-bc-nanoworld-rfid.xml

ANTIFASCIST
Freedom Fighters
ALLSTARS

Warnung vor zwei Personen im Weser-Ems-Gebiet

Seit etwas mehr als einem Jahr bewegen sich zwei Personen in linken/linksradikalen Kreisen im Weser-Ems-Gebiet, vor denen wir eindringlich warnen.

Seit etwas mehr als einem Jahr bewegen sich zwei Personen in linken/linksradikalen Kreisen im Weser-Ems-Gebiet, vor denen wir eindringlich warnen. Sie treten unter den Alias-Namen „Juli" und „Manu" auf. „Juli" ist Ende 20, wirkt aber älter. Sie ist klein und zierlich, hat momentan längere schwarze Haare, trägt ein Nasen-Piercing und mehrere Tätowierungen. „Manu" ist ebenfalls etwa Ende 20, groß und muskulös und trägt eine Glatze.

Bei „Juli" handelt es sich um ein ehemals führendes Mitglied und die Mitbegründerin einer bedeutenden Nazi-Kameradschaft. In mehreren Gesprächen tischte sie uns die unterschiedlichsten Versionen ihres „Ausstiegs" auf. Da sie dabei wichtige Teile ihrer Geschichte verschwieg oder verharmloste und uns auch stumpf belog, bestehen bei uns ernsthafte Zweifel an ihrem endgültigen Ausstieg aus der Nazi-Szene.

Darüber hinaus schrieb sie vor einigen Jahren in einer Mail an eine Antifa-Struktur, dass sie sich für ihren „Ausstieg" aus der Nazi-Szene an den Verfassungsschutz gewandt habe und von diesem 45.000 Euro (!) erhielt. Uns gegenüber leugnete sie allerdings jeglichen Kontakt zum Verfassungsschutz, ohne dabei einleuchtende Erklärungen für ihre eigene Mail oder ihren Lebenswandel nach dem „Ausstieg" vorzubringen. Vielmehr verstrickte sie sich bei ihren „Erklärungen" immer tiefer in ein Konstrukt aus Lügen.

Aus diesen (und vielen weiteren) Gründen sehen wir keine andere Möglichkeit, als jegliche politische Zusammenarbeit mit „Juli" einzustellen. Da sich ihr langjähriger Lebensgefährte „Manu" bisher absolut loyal ihr gegenüber verhält und es trotz diverser Versuche bisher nicht gelang, weitreichendere Erkenntnisse über seinen bisherigen Lebensweg in Erfahrung zu bringen, wird es auch mit ihm (zumindest bis auf Weiteres) keinerlei Zusammenarbeit mehr geben. Aufgrund des massiven Misstrauens gegen die beiden wird es ebenfalls keine Zusammenarbeit mehr mit Gruppen und Strukturen geben, die die Beiden in ihren Kreisen dulden.

Wir bitten alle, die in der Vergangenheit ebenfalls mit „Juli" und „Manu" zu tun hatten, uns über diese Kontakte und deren Verlauf zu informieren.

Antifa-Cafe Oldenburg

August 2010

Wenn ihr glaubt, Informationen über die beiden zu besitzen, Fragen oder sonstiges vorzubringen habt, wendet Euch an unsere E-Mail-Adresse: antifacafe-ol@riseup.net (PGP-Key gibt es auf Anfrage)

Kriegerdenkmal an der Ofener Straße geteert und gefedert

In der Nacht auf den 23. Juli fand in Oldenburg diese wohl einzigartige antimilitaristische Aktion statt. Die »Artillerie-Ehrenhalle« wurde 1921 gebaut. Diese und die sie umgebenen Gedenksteine sollen die deutschen Soldaten des 1. und 2. Weltkrieges und der Kolonialkriege »ehren«. Es ist das größte »Kriegsdenkmal« der Stadt und daher der zentrale Kranzabwurfplatz der Bundeswehr, des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Bezirksregierung und der Stadt Oldenburg im Rahmen des sogenannten »Volkstrauertages«, welcher bis 1945 noch unter dem Namen »Heldengedenktag« zelebriert wurde.

Der angerichtete Schaden soll 5000-6000 Euro betragen. Die Antimilitarist_innen wurden nicht nur nicht ausfindig gemacht. Die Polizei bemerkte die Aktion erst drei Tage nach der Tat. Der Alhambra-Zeitung wurde ein Bekenner_innenschreiben zugestellt, dass hier dokumentiert wird:

„In der Nacht vom 22. auf den 23. Juli wurde das Kriegerdenkmal auf dem Gelände der Jade Hochschule an der Ofener Straße geteert und gefedert. Sowohl Fassade als auch der sich im Inneren befindliche Altar wurden mit Teerfarbe und Federn verziert. Die Gedenksteine, seitlich des Denkmals wurden farblich dem neuen Gesamtbild angeglichen. Mit dieser Aktion stellen wir eines klar:

NS-Verbrecher und Bundeswehrsoldaten sind keine Opfer!

Die wahren Helden, denen mensch gedenken sollte, sind die Saboteure in den Rüstungsbetrieben, die Widerstandskämpfer unterschiedlichster Koleure und all jene, welche sich gegen den Krieg gestellt haben. Die unzähligen Opfer die unter der Wehrmacht zu leiden hatten und durch sie zu Tode kamen werden durch solche Ehrenmale verhöhnt. Menschen, die im Auftrag des Staates töten, sind keine Helden!

Wer freiwillig den Dienst an der Waffe wählt, nimmt billigend den Tod anderer Menschen in Kauf. In Zeiten, da die Bundeswehr längst keine bloße Verteidigungsarmee mehr ist, sondern aktiv im Ausland an Kampfhandlungen mitwirkt, ist für Soldatinnen die logische Konsequenz ihrem Gelöbnis auch Taten folgen zu lassen.

Wir fordern den Abriss aller NS-Gedenkstätten und Bundeswehr Ehrenmale, sowie die Auflösung der Partnerschaft zwischen Bundeswehr und der Stadt Oldenburg!

„Keine Versöhnung mit der Vergangenheit. Mörder sind keine Helden – Täter werden keine Opfer!"

KOMMANDO ANDI, NRW"

Fünfundfünfzig Cent. Entschädungen für Opfer der "Reichsbahn"-Deportationen

Quelle: German-Foreign-Policy.com
Erstveröffentlicht: 09.09.2010

BERLIN/WARSZAWA
(Eigener Bericht) - Die Deutsche Bahn AG und die Bundesregierung bieten den Opfern der "Reichsbahn"-Deportationen pro Überlebenden maximal 20 (zwanzig) Euro an. Die Auszahlung soll über mehrere Jahre gestreckt werden, so dass sich die Entschädigung der Anspruchsberechtigten, die in hohem Alter sind, durch Tod erledigt. Wer übrig bleibt, würde von der DB AG pro Monat etwa 55 Cent erhalten. Der Betrag gilt den gesundheitlichen Folgen der "Reichsbahn"-Beihilfe zum größten Menschheitsverbrechen, das über drei Millionen Bahn-Deportierte in die Konzentrations- und Zwangslager führte. Für die "Vermittlung" des DB-Angebots hat sich der gegenwärtige Vorstand der Bundesstiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" (EVZ) hergegeben. Wie es in einem Memorandum heißt, das die Bürgerinitiative "Zug der Erinnerung" gestern veröffentlichte, löst das DB-Angebot "unter den Betroffenen Unruhe aus (...) und beleidigt die Opfer, deren soziale Lage sie zur Annahme nötigt." Der mit der Bundesregierung abgestimmte Betrag sei "geeignet, sowohl in Deutschland wie im europäischen Ausland und weltweit Empörung hervorzurufen." Das an die Außenministerien und die Öffentlichkeit der ehemals okkupierten Staaten gerichtete Memorandum verlangt die umgehende Auszahlung eines Betrages, der an den Deportationseinnahmen der "Reichsbahn" orientiert ist. Für den Spätherbst und Winter ruft der "Zug der Erinnerung" zu Protesten auf den deutschen Bahnhöfen auf.

Laut einem 2009 veröffentlichten Gutachten [1] erhob die "Reichsbahn" für ihre Beihilfe zum Massenmord Beförderungsentgelte, die den Opfern Zahlungen in Millionenhöhe auferlegten. Die Gelder wurden an den Ausgangsbahnhöfen der Verschleppungen als Fahrkarten erhoben, bei den Vertretungskörperschaften der Deportierten in Form von Sammelrechnungen eingezogen oder den Finanzbehörden der okkupierten Staaten zum Zwangsausgleich vorgelegt. Als minimalen Einnahmebetrag, der über die "Reichsbahn"-Konten dem "Reichsverkehrsministerium" und damit dem deutschen Staat zufloss, nennt das Gutachten 445 Millionen Euro heutiger Währung.

2,2 Milliarden

Erbin dieser Einnahmen ist die Bundesrepublik Deutschland, die zugleich Alleineigentümerin der DB AG ist. Aber weder der deutsche Staat noch die Unternehmensnachfolger der "Reichsbahn" haben in den vergangenen 61 Jahren Anstrengungen unternommen, die Schulden zurückzuzahlen. Wie das "Memorandum über die Hilfe für Opfer der 'Reichsbahn'-Verbrechen" [2] feststellt, sind im Berliner Finanzministerium inzwischen 2,2 Milliarden Euro aufgelaufen, wenn eine Verzinsung in Höhe von 2,5 Prozent seit 1945 zugrundegelegt wird.

Lügenhaft

Um den Forderungen der überlebenden "Reichsbahn"-Opfer zu entgehen, behauptet das Finanzministerium, sämtliche Deportierten seien bereits entschädigt worden [3] - eine lügenhafte oder ahnungslose Behauptung, da die Bundesregierung im Parlament zugeben musste, dass sie noch nicht einmal die Anzahl der Anspruchsberechtigten kennt.[4] Über die "Reichsbahn"-Verschleppungen liegt Berlin angeblich kein Datenmaterial vor.

Eingespannt

Um der deutschen Seite entgegenzukommen, hatten Opferorganisationen aus Polen, der Ukraine, Weißrussland und Russland im März 2010 keinerlei Rechtsansprüche geltend gemacht, sondern Bahn und Bundesregierung lediglich um eine "humanitäre Geste" gebeten.[5] Von diesem Ansatz versprachen sie sich ein schnelles Einlenken des DB-Vorstands, der den gegenwärtigen Vorsitzenden der Unternehmens- und Staatsstiftung EVZ, Günther Saathoff, als "Vermittler" einspannte. Den Opferorganisationen wurde auferlegt, Stillschweigen zu bewahren, so dass eine aktive Unterstützung der Öffentlichkeit behindert wurde.

Ablauf

Weil sie auf ein Einvernehmen mit den "Reichsbahn"-Nachfolgern hofften, willigten mehrere Opferorganisationen in das konspirative Vorgehen ein. Ihre Gutgläubigkeit zahlte sich nicht aus. Im August 2010 präsentierte der Verhandlungsführer der deutschen Seite das inzwischen unwesentlich nachgebesserte DB-EVZ-Angebot: maximal 20 Euro je osteuropäischem Überlebenden der "Reichsbahn"-Deportationen, verteilt auf drei Jahre. Bei mindestens 200.000

Anspruchsberechtigten sollen sich die in hohem Alter befindlichen Opfer mit einem Monatsbetrag von 55 Cent zufrieden geben. Wegen der erheblichen Sterberate dürften nach Ablauf der drei Jahre nur noch 150.000 Empfänger die reich gefüllten Kassen der DB AG belasten.

Werthaltiger

Das Unternehmen hat Reisenden, die im Juli 2010 Ansprüche wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen in überhitzten ICE-Zügen anmeldeten, pro Person 500 Euro ausgezahlt.[6] Der Gesamtbetrag, den der DB-Vorstand deswegen bewilligte (etwa drei Millionen Euro), entspricht fast genau der Summe, die derselbe Vorstand für die Folgen der NS-Deportationen als zahlbar und angemessen betrachtet. Demnach ist das stundenlange Schwitzen bei hohen Temperaturen um den Faktor Tausend werthaltiger als die zwangsweise Verfrachtung Hunderttausender in überfüllten Viehwaggons, die über mehrere Tage von der "Deutschen Reichsbahn", dem Unternehmensvorläufer der DB AG, verplombt und ohne Nahrung nach Theresienstadt oder Auschwitz gezogen wurden.

Expansion

Das DB-Angebot lässt sich an weiteren Finanzentscheidungen des deutschen Staatsunternehmens messen: 2,6 Milliarden Euro investieren DB und Verkehrsministerium in den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs, 2,8 Milliarden stehen zur Verfügung, um den britischen Konkurrenten ARRIVA zu übernehmen.[7] Auch für die DB-Expansion nach Polen und in andere osteuropäische Staaten ist Geld reserviert. Dort will die DB von der EU-Liberalisierung des Schienenverkehrs profitieren.

Geschäfte

Ob die beabsichtigte DB-Expansion nach Polen angesichts der Opferreaktionen realistisch ist, wird in Warschau kontrovers diskutiert. Während die letzten Überlebenden einen Abbruch der DB-EVZ-Gespräche befürworten, schreckt der sozialdemokratische Eliteteil vor "fundamentalen" Antworten zurück und empfiehlt eine Interessenabwägung. Demnach rate es sich, Berlin in der Opferfrage nachzugeben und dafür deutsche Unterstützung bei den polnischen Subventionsforderungen an die EU zu erhoffen. Sie belaufen sich auf eine zweistellige Milliardensumme.

Sehr vernehmbar

Das angestrebte Geschäft auf Kosten der NS-Opfer stößt in der Bundesrepublik auf Widerstand. Der "Zug der Erinnerung" fordert einen Runden Tisch unter Beteiligung der in Deutschland lebenden "Reichsbahn"-Geschädigten.[8] Die DB solle außerdem zusagen, Ehrungen der ermordeten Deportierten auf den deutschen Bahnhöfen finanziell mitzutragen. "Wir werden unsere Forderungen bundesweit und sehr vernehmbar artikulieren", sagt Tatjana Engel, Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative.

[1] Gutachten über die unter der NS-Diktatur erzielten Einnahmen der "Deutschen Reichsbahn" aus Transportleistungen zur Verbringung von Personen aus dem Deutschen Reich und dem okkupierten Europa in Konzentrationslager und ähnliche Einrichtungen sowie zwischen diesen Einrichtungen einschließlich ihrer Nebenstellen. Ohne Berücksichtigung der von der "Deutschen Reichsbahn" durchgeführten Transporte von Zwangsarbeitern. Berlin 2009.

[2] Memorandum über die Hilfe für Opfer der "Reichsbahn"-Verbrechen. Berlin 2010; www.zug-der-erinnerung.eu

[3] Schreiben vom 17.03.2010

[4] Deutscher Bundestag, Drucksache 16/9206, 15.05.2008

[5] Warschauer Erklärung. Warschau, März 2010; www.zug-der-erinnerung.eu

[6] Deutsche Bahn zahlt Millionen-Entschädigung für Hitzeopfer; Hannoversche Allgemeine Zeitung 29.08.2010

[7] Arriva-Deal unter Dach und Fach; manager magazin, 27.08.2010. S. dazu Sparen für die Expansion

[8] Memorandum über die Hilfe für Opfer der "Reichsbahn"-Verbrechen. Berlin 2010; www.zug-der-erinnerung.eu

Laurynas ist draußen

Verfasst am: 20.09.2010 - 16:43. Geschehen am: Montag, 20. September 2010.

Nach über 18 Monaten Haft wurde Laurynas heute aus der JVA Charlottenburg entlassen. Laurynas wurde verurteilt, weil er am 14. März 2009 bei der United-We-Stay-Freiraumdemonstration einen Polizisten und einen Mannschaftswagen der Polizei angegriffen haben soll. Unter dem Motto "Kleine Raushole" konnte Laurynas heute vor dem Haupteingang der JVA Charlottenburg empfangen werden.

Manche hatten sich einen (alkoholfreien) Sektempfang mit vielen Menschen gewünscht. Doch letztendlich kamen nur drei Personen, um Laurynas abzuholen. Als der erste Unterstützer in den fast menschenleeren Friedrich-Olbricht-Damm einbog, bekam er zuerst einen roten VW-Kastenwagen mit dem Kennzeichen B-CP 3113 zu sehen. Darin sassen zwei szenekundige Beamte der Polizei in zivililer Kleidung. Wie Stalker fuhren sie dem Unterstützer hinterher und wendeten vor ihm, als er sich vor dem Haupteingang der JVA Charlottenburg hinsetzte und auf Laurynas Entlassung wartete. Ein anderer PKW, mit ebenfalls zwei szenekundigen Beamten der Polizei in ziviler Kleidung (LKA 6, operative Dienste) besetzt, parkte in der direkten Umgebung. Plötzlich fuhren drei Mannschaftswagen der Berliner Direktionshundertschaften (Direktion 4 - Festnahmezug) und stoppten vor dem Gefängnis. Nach kurzer Zeit gingen diese auf den Unterstützer zu und wollten diesen kontrollieren und durchsuchen. Als Grund nannten sie, dass er "amtsbekannt" sei und als "Gefahr" eingeschätzt wurde. Nach der Durchsuchung und der Übergabe eines Durchsuchungsprotokolls kamen zwei weitere UnterstützerInnen, die aber nicht mehr kontrolliert wurden, da Laurynas genau in diesem Moment entlassen wurde und von den drei freundlich begrüsst wurde.

Nach einem kurzen Stopp im Supermarkt ging es dann auf die Suche nach einer Unterkunft für Laurynas. Anscheindend wurden viele Berliner Hausprojekte und Politgruppen in Berlin angeschrieben und sie gebeten einen (vorrübergehenden) Wohnraum für Laurynas zu finden. Doch geklappt hat das nicht. Und so musste sich Laurynas selbst einen Platz zum Schlafen suchen.

In anderen Regionen dieser Welt werden Gefangene von riesigen Demonstrationszügen aus der Haft abgeholt und nach hause gebracht. Hier scheint das nicht zu klappen. Woran hat es gelegen? Warum lassen wir Gefangene allein? Warum vergessen wir Gefangene, die bei den Aktionen, die wir organisierten, in Haft gerieten?

Danke an alle, die Laurynas Texte abgetippt haben, seine Gefängnisadresse und Repressionsgeschichte verbreiteten, die ihm Briefe, Karten, Zeitschriften, Briefmarken, Kalender, Poster und Aufkleber ins Gefängnis schickten. Danke an alle, die Artikel für ihn schrieben, Mails für ihn verschickten, danke an alle, die Laurynas besuchten. Danke an alle, die über Laurynas redeten und auf ihn aufmerksam machten, danke für das Geld und die Abos, die er in das Gefängnis geschickt bekam. Danke an ABC Berlin, ABC Orkan, Rote Hilfe OG Halle, den Ermittlungsausschuss Berlin und der WBA Antirepressionsgruppe. Danke an alle Organisationen und Einzelpersonen, die sich um Laurynas gekümmert haben. Und danke, an die Rechtsanwältinnen, die Laurynas verteidigt und vor Abschiebung bewahrt haben.

Neuer Prozess um Tod des Asylbewerbers Oury Jalloh wohl ab 25. Oktober

Verfasst am: 17.09.2010 - 23:47.
Quelle: LVZ Online

Erstveröffentlicht: 07.09.2010

dpa

Magdeburg. Der neue Prozess um den Feuertod des Asylbewerbers Oury Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau beginnt voraussichtlich am 25. Oktober. Entsprechende Absprachen habe die 1. Strafkammer des Landgerichts Magdeburg mit Staatsanwaltschaft und Verteidigung des angeklagten Polizisten getroffen, teilte ein Sprecher am Dienstag mit. Noch seien die Ladungen allerdings nicht erfolgt, so dass der Auftakt des Verfahrens und alle anderen zunächst bis April 2011 geplanten Hauptverhandlungstermine noch nicht endgültig feststünden.

Der aus Sierra Leone stammende Jalloh war am 7. Januar 2005 qualvoll in einer Ausnüchterungszelle gestorben, die er selbst angezündet haben soll. Das Landgericht Dessau-Roßlau hatte im Dezember 2008 einen seinerzeit anwesenden Polizisten vom Vorwurf der Körperverletzung mit Todesfolge freigesprochen. Der Bundesgerichtshof (BGH) hob dieses Urteil jedoch im Januar 2010 nach Revision von Staatsanwaltschaft und Nebenklage auf, weil die Begründung Lücken aufweise.

Nun muss das Landgericht Magdeburg die Frage klären, ob der Polizist eine Mitschuld am Tod des 23-jährigen Jalloh trägt. Den Freispruch eines zweiten Polizeibeamten hatten Staatsanwaltschaft sowie die Eltern und der Halbbruder Jallohs als Nebenkläger akzeptiert.

Nach dem Urteil des Landgerichts Dessau-Roßlau soll Jalloh in der Ausnüchterungszelle eine Matratze mit einem Feuerzeug angezündet haben - obwohl er selbst gefesselt war. Das dadurch ausgelöste Alarmsignal des Rauchmelders soll der angeklagte Beamte zunächst mehrfach abgestellt haben und erst mit Verzögerung zur Zelle geeilt sein. In seiner Urteilsbegründung erklärte das Gericht damals, die Abläufe ließen sich nicht mehr restlos erhellen, weil Zeugen und Angeklagte - also auch Polizisten - widersprüchliche Aussagen gemacht hätten.

Der tödliche Zwischenfall in der Polizeizelle sowie die lange Dauer der juristischen Aufarbeitung sorgten im In- und Ausland für heftige Kritik von Menschenrechtlern. Sie warfen Polizei und Justiz vor, Dinge vertuscht zu haben.

Oury Jalloh...

Das war Mord!

Walli & der Umgang mit sexualisierter Gewalt

Einleitung

Der nachfolgende Text dient der Veröffentlichung von Vorfällen sexualisierter Gewalt, insbesondere jedoch des Umgangs mit diesen auf der Walli (Alternative e.V., Lübeck). Eben diese Vorfälle wurden über Jahre unter den Tisch gekehrt, so dass weder Besucher_Innen noch Bands oder Politgruppen sich entscheiden konnten, in welchem Umfang sie mit der Walli als Institution zu tun haben wollten.

Dieser Text ist ein Versuch der Aufklärung, aber zugleich auch ein Akt des Protestes, denn wir, also Basta! und einige Einzelpersonen, sehen alle Versuche der internen Aufarbeitung als gescheitert an. Daher hat Basta! sich als ansässige Politgruppe entschieden, die Walli zu verlassen. Die Walli war ein Ort des freien Denkens, der kreativen Aktion und der alternativen Lebensweise. Wir werden versuchen, den Leser_innen über das, was auf der Walli passiert ist, einen Überblick zu verschaffen: über die allgemeine Stimmung, wie wir sie wahrnehmen und über das, was im Moment passiert. Für viele von uns ist es traurig zu sehen, wie dieser Ort, der sich als Freiraum bezeichnet, unter Sexismus, sexualisierter Gewalt und vor allem dem unreflektierten Umgang damit leidet. Die Walli ist keine Alternative mehr. Dieser Text soll der Walli ihren Schein nehmen und jedem Menschen ermöglichen, sich ein klares Bild von dem „Freiraum" Walli zu machen.

Die Täter

Der folgende Abschnitt informiert über vier Personen, was zum Verständnis des aktuellen Klimas nötig ist. Die Namen wurden geändert. Diese Personen haben wir exemplarisch ausgewählt, sie stellen keine vollständige Auflistung dar.

Ein langjähriges Mitglied der Gruppe Avanti und ehemaliger Vorsitzender des Trägervereins, Ansprechpartner besonders der Jugendlichen, verübte in einem Zeitraum von 15 Jahren wiederholt sexualisierte Gewalt gegen Minderjährige. Z. ist mittlerweile aus politischen und subkulturellen Zusammenhängen ausgeschlossen, befindet sich in Therapie und setzt sich mit seinen Taten auseinander.

K., ein ehemaliger Bewohner und ehemaliges VeB-Kollektivmitglied, verletzte über einen mehrjährigen Zeitraum die körperliche und seelische Integrität junger Frauen. Er respektierte weder verbale noch nonverbale Neins. Gegen K. wird das bestehende Hausverbot durchgesetzt, er befindet sich in Therapie und setzt sich mit seinem Verhalten auseinander. Er respektiert den Schutzraum einer betroffenen Person.

Ein weiteres langjähriges Mitglied der Gruppe Avanti missachtete wiederholt die Grenzen junger Frauen und wurde übergriffig. Bereits zum zweiten Mal wird eine Schutzraumforderung gegen L. nicht durchgesetzt. Nach unserem Kenntnisstand hat Avanti L. aus ihren Zusammenhängen ausgeschlossen und versuchte die Schutzraumforderung zu verwirklichen. Gegen den Widerstand des Hausplenums resignierte Avanti aber schließlich. Es ist nicht klar, ob und inwiefern der Täter sich mit seinem Verhalten auseinandersetzt. Er hat sich seitdem wiederholt auf dem Gelände aufgehalten, trotz einer Avanti-internen Absprache, nach der er die Walli nicht betreten würde. .

Die aufgezeigten Übergriffe und Grenzverletzungen spielten sich auf der Walli oder im Zusammenhang mit der Walli ab. Die Täter befanden sich während dieser Zeit in exponierten, hierarchischen Stellungen gegenüber den betroffenen Personen. Der Täter K. wurde auch außerhalb von Lübecker Zusammenhängen übergriffig.

Klassenjustiz und Einschüchterung

Auf der Walli haben sich zwei ungleiche Verhaltensmuster im Umgang mit Gewalttätigkeiten sexualisierter und nichtsexualisierter Art etabliert: Hausverbote gegen auf dem Gelände unbekannte oder unbeliebte Personen werden – teilweise sogar mit völlig inadäquater Gewalt – konsequent durchgesetzt.

Stammt der Täter jedoch aus der Szene und genießt hier ein besonderes Ansehen, schaut man weg. Täter konnten offen die Grenzen anderer überschreiten. Massive sexualisierte Übergriffe werden bagatellisiert. Es findet eine Vertauschung von Tätern und Betroffenen statt, denen

leichtfertig eine Mitschuld unterstellt wird. Mittels verbaler und körperlicher Dominanz wird das Hausplenum für einen solchen Umgang instrumentalisiert. Unbequeme Personen werden eingeschüchtert.
Im Zuge der Bekanntgabe der Täter Z., K. und L. verschärfte sich die Situation auf dem Gelände. Die Stimmung richtete sich weiter und offensiver gegen Betroffene und ihre Unterstützer_innen. Um über ein Hausverbot entscheiden zu können, wurde verlangt, Details der Taten der Walli-Öffentlichkeit mitzuteilen. Zum Schutz des Täters wurde billigend eine Retraumatisierung von Betroffenen in Kauf genommen und Druck auf betroffene Personen ausgeübt, sich zu einer schrecklichen und verletzenden Situation öffentlich zu äußern. Die Lage der Täter wurde in den Fokus gerückt. Auch öffentliche Demütigungen von betroffenen Personen – am Kneipentresen, beim Kollektiv- und Hausplenum, aber auch in öffentlichen Stellungnahmen - blieben nicht aus. Zum Schutz des Täters kam es immer wieder zu Anzweiflungen, Verleumdungen, systematisch wurden Gerüchte gegen Betroffene gestreut. Ein Hausverbot gegen Täter L. wurde schließlich nach nur 2 Wochen wieder aufgehoben und somit das zweite Mal eine betroffene Person von L. nicht als solche anerkannt und ihr Schutzraum negiert.
Hinter der Definitionsmacht steckt der Gedanke, die Ohnmacht der Betroffenen zu durchbrechen und ihnen Raum zu geben selbst zu entscheiden, wie sie Erlebtes definieren und wie sie sich ihren Schutzraum vorstellen. Der Täter soll nicht bestraft oder stigmatisiert werden, sondern Betroffenen ein Schutzraum ermöglicht werden.
Auf dem Gelände der Walli herrscht dagegen ein Klima gegen Betroffene. Durch Wegschauen wird Tätern erst Raum für ihre Übergriffe gewährt. Es ist damit zu rechnen, dass Personen, die die Stimmung gegen die Betroffenen beobachten konnten, auf Schutzraumforderung verzichten. Natürlich gibt es auf der Alternative auch Menschen, die den gegenwärtigen Zustand ändern wollen, aber an der Ignoranz einflussreicher Personengruppen scheitern.

Perspektiventag: Enttäuschung & Resignation
VeB, TreibsAND, Bewohner, Avanti, LBgR, Brazil, Einzelpersonen und Basta! sind sich einig, dass die momentane Situation geändert werden muss. Das konnte im Juni auf einem Perspektiventag mit Hilfe eines Moderators festgestellt werden. Auf diesen Tag arbeiteten alle Gruppen fieberhaft hin und auch wir haben uns Hoffnungen gemacht, es könnte sich dadurch etwas ändern. Die Hoffnung verflog schnell und schwenkte in tiefe Enttäuschung und Resignation um. Das Verhalten im Hausverbot gegen L. machte uns deutlich, dass es auf der Walli keinen Aufarbeitungsprozess geben wird, der im Sinne betroffener Personen und eines antisexistischen Selbstverständnisses funktioniert. Eine Fortsetzung des Perspektiventags scheiterte schon an terminlichen Schwierigkeiten des VeB-Kollektivs.

Patriarchat Walli
Die Walli ist ein männlich dominierter Raum. In Politgruppen, in Kollektiven und im Wohnzusammenhang wie auf den Hausplena sind sozialisierte Frauen unterrepräsentiert, von nicht-hetero- oder transsexuellen Menschen ganz zu schweigen. In der Geschichte der Walli haben Frauengruppen und feministisch/progressive Kräfte die Alternative aufgrund des vorherrschenden strukturellen Sexismus immer wieder verlassen. In den vergangenen Jahren versuchte zwar eine Antisexismus AG dem sexistischen und heteronormativen Normalzustand entgegen zu treten und mit Veranstaltungen und Diskussionen einen Bewusstseinswandel zu katalysieren, doch scheiterte dies an verkrusteten, patriarchalen Strukturen. Männer fühlten sich angegriffen und schutzlos einer feministischen „Übermacht" ausgesetzt, antisexistische Positionen wurden ins Lächerliche gezogen und Aktivistinnen offen angegriffen. Diese Ängste, die einzig und allein aus sexistischen Ressentiments genährt werden und ein Nichtverständnis von Patriarchat widerspiegeln, werden auch in der momentanen Situation reproduziert und offen gegen Betroffene zunutze gemacht. Betroffene werden zu Projektionsflächen sexistischer Klischeevorstellungen, die wirken, als wären sie den stumpfesten Stammtischen entsprungen. Das Konstrukt der hinterhältigen Frau, die sich rächen will, wird ebenso bedient wie Bilder von Teil- oder gar der alleinigen Schuld. Die Täter werden zu Opfern der starken Frauen stilisiert und es wird offen um Solidarität und Sympathie geworben. Täter- und Betroffenenpositionen werden verdreht und verklärt um die Täter zu entlasten, den männlich dominierten Ist-Zustand nicht hinterfragen zu müssen und um sich nicht mit der eigenen Schuld des offensiven Wegschauens und Zulassens beschäftigen zu müssen. Die Positionen des VeBs und weiterer Personen zeigen,

dass es weder ein Verständnis von struktureller Gewalt gegen sozialisierte Frauen, noch von den Auswirkungen sexualisierter Gewalt auf die Betroffenen gibt. Das Klima auf der Walli und dieser ebenso falsche wie verachtenswerte Umgang mit den Problemen des Geländes führten nicht nur bei den Betroffenen dieser Täter zu Retraumatisierungen. Frauen, die offensiv, wehrhaft und selbstbewusst, also mit vermeintlich männlichen Eigenschaften auftreten, werden als Bedrohung wahrgenommen und offensiv angefeindet. Wir wissen, dass einige Männer sich bei solchem Verhalten in ihrem Raum eingeschränkt und gegebenenfalls sogar bedrängt fühlen, aber der Prozess hin zu einem antisexistischen und antipatriarchalen Klima auf der Walli ist ein Prozess des Raumaneignens und offensiven Auftretens von sozialisierten Frauen, Lesben und Trans. Das Verhalten auf der Walli macht deutlich, wie bürgerlich und unreflektiert vermeintlich linke Strukturen sind.

Verhalten der Kollektive

Basta! muss sich vorwerfen zu den aktuellen Geschehen auf der Walli zu lange geschwiegen zu haben. Zwar stand für die Gruppe mit der ersten VeB-Stellungnahme fest, dass das Kollektiv als Veranstaltungsort zu meiden sei, sie verschwand aber ohne erklärende Worte in umliegende Räumlichkeiten. Viel zu spät und lange nachdem die Situation auf dem Gelände unerträglich wurde, äußerte sich Basta! in einer schriftlichen Stellungnahme. Viel zu spät kam diese Stellungnahme von einer Jugendgruppe, die stets von sich selbst behauptet, antisexistisch zu denken und zu handeln. Die Debatte war bereits vor etlichen Monaten völlig aus dem Ruder gelaufen und hat bislang nur eines erzeugt: ein Klima von Angst, Verleumdung und Unsicherheit. Fakt ist: Basta! hat durch Schweigen und Wegsehen dazu beigetragen dieses Klima zu erschaffen und wir müssen nun einsehen, dass wir unseren eigenen und den Ansprüchen anderer nicht gerecht wurden. Anstatt selbst aktiv zu werden, haben wir zweifelhaften Akteur_Innen das Feld überlassen und tragen deshalb in hohem Maße Schuld an der feindseligen Stimmung gegen betroffene Personen auf der Walli.
Gerade dieses Wegschauen und Schweigen verurteilen wir immer wieder im Zusammenhang mit faschistischer Gewalt, doch wenn direkt vor unserer Nase Übergriffe und Stimmungsmache gegen betroffene Personen passieren, sind wir nicht in der Lage angemessen zu handeln. Wir hätten uns viel früher gegen Täterschützer_Innen zur Wehr setzen und der Definitionsmacht gemäß gegen sie vorgehen müssen, um einen Schutzraum für die betroffenen Personen zu ermöglichen.

VeB[1], Brazil[2] & Wagenplatz

Im Zuge der Bekanntmachung Z.s auf dem Gelände kam es zur Veröffentlichung einer Schutzraumforderung gegen K. Bereits zum wiederholten Male wurde dem Kollektivzusammenhang des Täters sein Verhalten berichtet; eine Veröffentlichung und die Durchsetzung eines Hausverbotes gelangen. Die Kontaktgruppe des Täters (bestehend aus VeB-Kollektivmitgliedern) versuchte durch Nicht-veröffentlichen des Vorwurfs auch im eigenen Kollektiv den Täter zu schützen. Bei Treffen mit der Unterstützer_Innengruppe einer Betroffenen stellten sie ihre Wahrnehmung und Definitionsmacht in Frage. Seitdem untergräbt dieser Personenkreis, das VeB als gesamtes Kollektiv, einzelne Bewohner_Innen und Teile des Brazilkollektivs, die Glaubwürdigkeit einer Betroffenen und das Durchsetzen der Definitionsmacht. Das VeB veröffentlichte eine Stellungnahme, in der dazu aufgerufen wurde, K. nicht mehr Täter zu nennen und versuchte durch eine Verdrehung von Betroffener und Täter weiter eine negative Stimmung gegen Betroffene zu forcieren. Zwar wird das Hausverbot für K. weiter aufrecht erhalten, doch ein Schutzraum für die Frauen, deren Grenzen er missachtet hat, besteht aufgrund der momentanen Stimmung und aufgrund des Verhaltens, insbesondere des VeB-Kollektivs, nicht. Das VeB trug zur Eskalation der Diskussion und zu gezielten Angriffen auf betroffene Personen besonders aktiv bei, während das TreibsAnd erst gar nicht an der Diskussion teilnahm. Erst nach mehrfachen Aufforderungen anderer Gruppen schalteten sich einige Kollektivler_Innen ein und beteiligten sich unter anderem am Perspektiventag. Doch auch das TreibsAnd[3] übernahm den auf der Walli vorherrschenden Ton. Das TreibsAnd legte viel Wert auf den Zusammenhalt aller Kollektive und Gruppen. Durch das schon als konservativ zu bezeichnende Verhalten des TreibsAnds wurde der Prozess keineswegs vorangebracht. Auch dieses Kollektiv legte den Fokus auf die Situation der Täter und hinterfragte die Wahrnehmung von Betroffenen. Das TreibsAnd war maßgeblich daran beteiligt das Hausverbot gegen L. nach

zwei Wochen zu kippen.

Avanti: Vertuschen und Festplatten sichern
Die Vorwürfe gegen L., die bereits von mehreren Personen erhoben wurden, ignorierte und bagatellisierte Avanti (avanti-projekt.de/luebeck) nicht erst innerhalb des vergangenen Jahres. Eine Betroffene und ihre Unterstützer_Innengruppe, die bereits vor zwei Jahren versuchten ein Hausverbot gegen L. durchzusetzen, wurden vom VeB-Kollektiv und vom Täter K. massiv eingeschüchtert, bis unter diesem Druck die Schutzraumforderung zurückgezogen wurde. Auf dem Plenum zu diesem Hausverbotsantrag vor zwei Jahren war für die Gruppe Avanti der Täter Z. anwesend. Erst durch ein Gespräch einer weiteren Betroffenen mit Mitglieder_Innen von zwei anderen Ortsgruppen und einem Nicht-Avantimitglied vor zwei Monaten setzte Avanti Lübeck die gestellten Forderungen um, schloss L. von der aktiven politischen Arbeit aus und setzte ein Hausverbot gegen ihn durch – jenes Hausverbot, welches nach nur zwei Wochen wieder aufgehoben wurde.
Vor etwas über einem Jahr wurden Tätervorwürfe gegen Z. und L, zwei Mitglieder der Ortsgruppe Lübeck, an Avanti herangetragen. Einer der Täter, Z., wurde nach einem Eingeständnis seiner Taten umgehend von der aktiven politischen Arbeit ausgeschlossen, der Aufenthalt auf der Walli und auch in anderen Zentren ist ihm seitdem verboten. Die anderen Gruppen und Kollektive der Walli informierte Avanti allerdings erst Monate später, im November. Als offizielle Erklärung für Z.s Fernbleiben der Walli galt: „Z. geht es nicht so gut, er möchte sein Leben neu ordnen." Strukturen außerhalb der Walli sind nur teilweise informiert.
Nachdem Avanti Lübeck über die Vorwürfe gegen Z. informiert wurde, gab dieser seine Taten zu. Avanti und Z. begründeten sein Fernbleiben auf Nachfragen mit einer Sommer- und später mit einer Politikpause. Z. war jedoch weiterhin außerhalb der Walli in szenetypischen Läden anzutreffen. Erst nach ca. 6 Monaten wurden die Vergehen Z.s den anderen Kollektiven und Gruppen auf der Walli mitgeteilt. Dieses lange Geheim halten schützte in erster Linie die Gruppe Avanti, die Walli und den Täter; jedoch keine betroffenen oder potentiell betroffenen Personen. Weiterhin erweckte Avantis Umgang mit den Fällen den Eindruck, dass der Gruppe der Schutz der eigenen Festplatten und Unterlagen vor polizeilichen Maßnahmen wichtiger sei, als der Schutz betroffener Personen. So lud man zu einem Sondertreffen, wo vorrangig Verhaltensweisen für den Fall, dass die Geschehnisse nach außen dringen sollten, besprochen wurden.
Trotz aller Kritik die wir an Avanti üben, ist es uns wichtig, deutlich zu machen, dass Avanti als OG Lübeck und als überregionale Organisation auf vielfältige Art und Weise versuchte eine progressive Diskussion voranzutreiben. Dies tun sie bis heute. Das Verhalten von Avanti und dem Rest des Geländes kann und darf, trotz aller Differenzen und Kritik unsererseits, nicht gleich gesetzt werden.

Basta! verlässt die Walli
Nach einer langen Phase des Zögerns und Hoffens sieht Basta! sich nun gezwungen die Walli zu verlassen. Wir gehen diesen Schritt als Gruppe, weil unser Glaube an eine positive Aufarbeitung der Geschehnisse verloren gegangen ist. Auf der Walli lässt sich nicht mehr diskutieren, die Verhältnisse, die das unerträgliche Klima von Angst und Bedrohung erzeugen, sind bis ins Innerste verhärtet. Mitglieder_Innen unserer Gruppe werden aggressiv beleidigt und lächerlich gemacht. Uns wurde die Fähigkeit, eine Stellungnahme selbst zu schreiben, offen abgesprochen. Auf welcher Grundlage soll eine konstruktive Diskussion da stattfinden? Grundsätze, die im Umgang mit Vorfällen sexualisierter Gewalt selbstverständlich sein sollten, werden dem Schutz des eigenen Kollektivs, der eigenen Gruppe, der eigenen Person, der Walli untergeordnet.
Basta! hat einen Grundsatz bis zuletzt vertreten: Kritik geht vor Zusammenhalt. Immer wieder versuchten verschiedene Kräfte der Walli einen Zusammenhalt zu erzeugen: mit emotionalen Darstellungen der „Walli bleibt" Kampagne oder ähnlich unsachlichen und unangebrachten Kommentaren, die den Ernst der Lage verkennen und die wirklichen Konflikte verdecken sollen. Die Wirkungsmechanismen dieses Zusammenhalts kennen wir zum Beispiel vom Nationalismus.
Es tut uns weh die Walli zu verlassen, haben wir doch dort Ausgangspunkt und Rückzugsort gehabt. Doch um in Zukunft glaubwürdig Politik machen zu können, ist eine Trennung von der Walli zwingend erforderlich. Aus unserer Stellungnahme ist bekannt, dass wir die Zusammenarbeit mit Kollektiven und Gruppen auf dem Gelände eingestellt haben, doch die

räumliche Nähe stand im Widerspruch zu der inhaltlichen Distanz. Als Konsequenz entfernen wir uns von der Walli. Damit entziehen wir der alternative e.V. und allen auf dem Gelände tätigen Zusammenhängen unsere politische Legitimation. Wir wissen, dass einige Einzelpersonen innerhalb der Kollektive noch für eine antisexistische Walli kämpfen und nicht aufgeben wollen. Dieser Einsatz findet unseren größten Respekt und unsere Unterstützung. Wir haben als Gruppe entschieden, eine gemeinsame Antwort auf die bestehenden Verhältnisse zu liefern. Wir glauben damit ein stärkeres Zeichen setzen zu können, als wir es einzeln tun könnten.
Die Aufklärung über die katastrophalen Zustände haben wir in unsere Hand genommen. Wir sehen uns zu diesem „Alleingang" aus mehreren Gründen gezwungen:

1. Die Zusammenhänge der Walli schaffen es nicht, radikale Kritik an sich selbst zu üben bzw. die Strukturen der Walli zu hinterfragen.

2. Diese Kritik ist aber notwendig, angesichts der Vielzahl der Vorfälle und des unreflektierten Umgangs mit eben diesen.

3. Basta! hat als ansässige Gruppe die Pflicht, einen Freiraum zu gewährleisten.

Wir haben uns für eine Veröffentlichung der Geschehnisse auf der Walli in einem überregionalen Rahmen entschieden, weil wir nicht mehr an eine positive Entwicklung auf der Walli ohne massiven Druck von außen glauben. Seit Monaten - teilweise seit Jahren - kämpfen wir auf dem Gelände für eine antisexistische Praxis, die Betroffene schützt und Geschehenes aufarbeitet und versuchen mit der Tradition des Wegschauens zu brechen. Doch mussten wir in den letzten Wochen und Monaten leider immer wieder feststellen, dass es durch interne Diskussionen und auch durch den Perspektiventag keine Veränderungen der Situation zugunsten von Betroffenen gibt und dass kein Interesse an einer Aufarbeitung der Vergangenheit herrscht. Im Gegenteil: Menschen, die Betroffene unterstützen oder für die Definitionsmacht eintreten, werden angegriffen und Betroffene werden weiter öffentlich gedemütigt. Es geht uns keinesfalls darum, einfach auszuziehen und ab sofort gegen die Walli und alle dort befindlichen Gruppen und Kollektive zu hetzen. Ziel ist, dass diese ihr eigenes Verhalten ernsthaft reflektieren, Hierarchien und Strukturen, die Täter über Jahre geschützt haben, aufgebrochen werden und ein neuer Umgang mit dem Thema sexualisierte Gewalt zugunsten von Betroffenen gesucht wird. Durch eine Veröffentlichung wollen wir potentielle Walli-Besucher_Innen ebenso wie politische Gruppen und Bündnisse informieren und warnen, dass die Walli keinen Schutzraum für von sexualisierter Gewalt Betroffene und potentiell Betroffene darstellt.
Zudem können wir es nicht hinnehmen, dass jahrelanges, klares Fehlverhalten geheim gehalten und vertuscht wird und die Walli nach außen vorgibt, ein antisexistischer Freiraum zu sein. Wir möchten durch diese Veröffentlichung zeigen, dass der Weg, den die Walli bezüglich sexualisierter Gewalt eingeschlagen hat, nicht nur den Grundsätzen der Definitionsmacht widerspricht, sondern auch menschlich nicht mehr tragbar ist.

[1] [2] Das VeB und das Brazil sind eine Kneipe bzw. ein Cafe, welche ebenfalls von jeweils einem Kollektiv geführt werden.
[3] Zur Erklärung: Das TreibsAnd ist ein Veranstaltungsraum auf dem Gelände der alternative e.V. welches von einem Kollektiv geführt wird.

Unterzeichner_Innen:

Basta! Linke Jugend

ehemalige Café Brazil – Kollektivmitglieder_Innen

Nutzer_Innen der Alternative

Pjotr Krohn

21.09.2010

kontakt@bastalinkejugend.de http://bastalinkejugend.de

16. Oktober: Bundesweite Mobilisierung gegen Leipziger Naziaufmärsche

Gegen die drei Naziaufmärsche, die am 16. Oktober durch Leipzig ziehen werden, wird ab sofort bundesweit mobilisiert. „Wir ändern damit unser Konzept und werden dem Widerstand eine noch breitere Basis geben", sagt Franziska Vorpahl, Sprecherin des Antifa-Bündnisses „Roter Oktober". Dieses hat sich – wie weitere Initiativen aus Leipzig – zum Ziel gesetzt, alle drei Naziaufmärsche durch vielfältige Aktionen zu verhindern.
„Aber der gute Wille genügt hier nicht. Es müssen so viele Menschen wie möglich die Proteste unterstützen", sagt Vorpahl. „Ein Problem ist, dass Rathaus und Behörden noch immer nicht registriert haben, was für Leute sich hier hinter dem Versammlungsrecht verschanzen. Das ist blamabel angesichts der zwei Dutzend angemeldeten und unangemeldeten Naziaufmärschen, die es in den vergangenen zehn Jahren in Leipzig gegeben hat.

Hintergrund: Die Leipziger Volkszeitung (LVZ) hatte am vergangenen Freitag berichtet, dass die Stadt derzeit kein juristisches Vorgehen gegen die drei angemeldeten Naziaufmärsche erwäge. Stattdessen wird Ordnungsamtsleiter Helmut Loris zitiert, er wolle „gemeinsam mit der Polizei einen Weg finden" und „mit den Demoanmeldern möglichst ‚Akzeptanz erzielen'."
Dieses Vorgehen wird vom Antifa-Bündnis „Roter Oktober" scharf kritisiert: „Wer auf einen Kompromiss mit Neonazis hinarbeitet, um ihnen ungestörte Aufmärsche zu ermöglich, ist geschichtsblind und nimmt nicht war, dass die rechte Szene äußerst aktiv ist und eine große Gefahr darstellt."
Ein Beispiel: Erst am 12. September wurden in Jena mehrere Aktivisten der rechten Szene verhaftet, denen vorgeworfen wird, einen Anschlag auf eine Linke-Politikerin vorbereitet zu haben. Die Festgenommenen besuchten am Vorabend in der Nähe von Colditz (Landkreis Leipzig) eine Neonazi-Veranstaltung. Dort referierte Karl-Heinz Hoffmann, der in der Nähe auch eine Immobilie besitzt. Hoffmann hatte in den 70er Jahre eine berüchtigte „Wehrsportgruppe" aufgebaut, die schließlich 1980 als „terroristische Vereinigung" verboten worden ist.
An der Veranstaltung haben nach Erkenntnissen des Antifa-Bündnisses „Roter Oktober" auch Personen teilgenommen, die zum „Freien Netz" und der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) gehören. Aus deren Spektrum stammen auch die Anmeldungen für den 16. Oktober. Zudem sind die in Nazikreisen kursierenden Aufrufe zur Teilnahme gespickt mit menschenverachtenden und antisemitischen Floskeln.
„Da die Stadt solche Klientel offenbar parieren lassen will, behalten wir uns vor, am Tag der Aufmärsche selbst eine antifaschistische Großdemonstration in Leipzig durchzuführen", erläutert Vorpahl eine weitere Überlegungen des Antifa-Bündnisses. „Das werden wir wohl sehr kurzfristig entscheiden."

Bundesweite Demonstration am 10.10.2010 in Oldenburg!

KRACH SCHLAGEN STATT KOHLDAMPF SCHIEBEN

Mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel sofort!

und 1000 euros morgen!

Treffpunkt: 13 Uhr, Hauptbahnhof, Südseite! Bringt Kochtöpfe und Kochlöffel mit!

Wütend über Milliardengeschenke an Banken und Sparpakete für die Ärmsten der Gesellschaft? Ungläubiges Staunen, dass mit der Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Beziehende in erwünschte und unerwünschte Kinder unterschieden wird? Sauer, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden? Flaues Gefühl im Magen, weil die Gesundheit immer teurer, die Rente immer kleiner und die Zukunft immer ungewisser wird? Null Verständnis dafür, warum es in einer reichen Gesellschaft immer noch keinen gesetzlichen Mindestlohn und kein ausreichendes Einkommen für alle geben soll? Abgenervt von Westerwelle und Co? Ohnmachtsgefühle, denn was kann man schon tun?

Wir wollen nicht jammern und nicht betteln! Wir wollen Krach schlagen – mit Töpfen und Kochlöffeln, Spaß und Selbstbewusstsein! Wir wollen demonstrieren, dass Erwerbslose sich nicht beschimpfen und verhöhnen lassen. Deshalb:

- **Wir wollen ein Einkommen für alle, das auch für eine gesunde Ernährung ausreicht!**
- **Wir wollen Arbeitsplätze mit sinnvoller Arbeit und existenzsicherndem Einkommen!**
- **Wir wollen gesellschaftliche Kontrolle unserer Lebensmittelproduktion!**
- **Wir wollen eine ökologisch nachhaltige und regionale Versorgung mit Lebensmitteln!**

Informations- und Diskussionsveranstaltung am 09.10. zur Neufestsetzung der Regelsätze

1. Teil ab 15:00 Uhr:

Fachvortrag *Dr. Rudolf Martens*, Experte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, zu den Bemessungsgrundlagen der Regelsätze

2. Teil ab 16:30 Uhr:

Podiumsdiskussion mit Abgeordneten der Region aus allen Bundestagsfraktionen und Erwerbslosen

15:00 Uhr im Lambertus-Saal Rathausmarkt Oldenburg

Im Februar hat das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung dazu verdonnert, noch innerhalb dieses Jahres die Regelleistung für Beziehende von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) neu festzulegen. Mit der Festsetzung der Regelsatzhöhe wird seit 2005 gegen das Menschenwürdeprinzip des Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland verstoßen. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber insbesondere auferlegt, für ein transparentes Verfahren der Regelsatzfindung zu sorgen.

Um die Positionen der regionalen Bundestagsabgeordneten dazu kennen zu lernen und sie mit den Forderungen der Erwerbslosen zu konfrontieren, veranstalten wir diese öffentliche Podiumsdiskussion mit Abgeordneten aller Fraktionen und VertreterInnen der organisierten Erwerbslosen.

Die Veranstaltung wird durch einen Fachvortrag von Dr. Rudolf Martens (Leiter Forschung des Paritätischen Gesamtverbands) eröffnet. Im Anschluss daran haben die PodiumsteilnehmerInnen die Möglichkeit, ihre Position darzulegen und mit dem Publikum zu diskutieren.

Erwerbslosen Forum Deutschland · Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen e.V. · ABSP · Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen · Tacheles e.V. · ver.di Erwerbslose · ALSO Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg

INTERIM

Regelmäßig unregelmäßig erscheinendes Polit-Info aus Berlin

Schwellenängste abbauen!

Gemeinsam zum Zug kommen – CASTOR 2010

15.10.2010

Nr. 718

Hallo allerseits,
wie ihr schon am Titel erkennen könnt, steht die lustige Castor-Zeit mal wieder bevor. Wir hoffen, wir sehen uns alle im Wendland um der Atomindustrie endlich doch mal den Garaus machen zu können. Ansonsten sind die „Berlin on Sale - nicht mit uns" Herbstaktionstage nun so langsam vorbei. Es wäre schön, wenn uns dazu dann das ein oder andere Auswertungspapier erreichen würde. Uns haben die kleinen feinen Aktionen gut gefallen, die wir bei Indymedia lesen konnten, aber sicher gibt es noch Einschätzungen mit mehr Übersicht aller gelaufenen Aktionen und Aktiönchen. Die Intervention beim Job-Center in Neukölln, der Austausch mit Betroffenen dort und das outen von besonders krassen Sachbearbeiter_innen sind ein guter Ansatz. Die Enteignungsaktion der „Überflüssigen" beim Bioladen der Kette LPG und der Mampf der ganzen Köstlichkeiten auf dem Leopoldplatz im Wedding beim öffentlichen Dinner waren super! Dass die Bullen auch Hunger hatten, die Leute sich ihren Eßtisch aber nicht nehmen ließen, tapfer - Stullen statt Bullen!
So, ansonsten noch bezüglich der Anfrage von TONI müssen wir kundtun, es liegt einfach an uns und unserer Struktur, dass es manchmal etwas dauert.
Eure Interims

Inhalt

3 Volxsport
5 Beugehaft
6 Castor
10 Taktikschule
12 Berlin on Sale
18 Steigene Mieten stoppen
19 Polizeigewalt
20 gegen die rechte Zeitschrift „zuerst"
24 Schwarzer Kanal
26 Solidarische Ökonomie Tour
27 Mieten in Hamburg

HR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns im Briefkasten sein.

per Post:

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim" in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwinden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

...in gut sortierten linken Buch- oder Infoladen, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jede/r sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zukommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Knastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!

IMPRESSUM:
HerausgeberIn: Interim e.V.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Spurenarmer Molli

Wir haben einen Molli getestet der möglichst schnell und spurenarm gebaut werden kann und auch spurenarm in der Anwendung ist. Andere Mollis brauchen eine Lunte die meist aus Stoff ist und vor dem Einsatz getränkt werden muss. Dort besteht die Möglichkeit das die "AnwenderIn" an Händen und Textilien durch Verdunstung mit Spuren behaftet wird, die unter Umständen auch nur durch den menschlichen Geruch eine Weile zu bemerken sind. Diese negativen Eigenschaften haben wir versucht durch unseren "Spurenarmen Molli" zu minimieren.

BETRIFFT: Interim vom 16.04.2010. Der Molli ist als Defensivwaffe nicht geeignet in unübersichtlichen Situationen wie am 1.Mai in Berlin von unerfahrenen Menschen geworfen zuwerden. Dieses Einsatzmittel ist für "Hit and Run" Aktionen, gegen vorrückende Fahrzeuge oder bei eindeutiger Frontenbildung während Riots ausgelegt. Beim dynamischen Vorgehen einer Demo ist er fehl am Platz, weil der Raum, den sich die Demo nehmen will, durch den Mollieinsatz ja gesperrt wird. Anleitungen die technisch grob sind, wie in der Interim 708, führen garantiert zu unbeabsichtigten Konsequenzen, siehe 1.Mai 2009.

MATERI ALISTE:

Alle Einkäufe bar und möglichst an unterschiedlichen Orten!

- 1x Einweghandschuhe, ALLES! Nur mit diesen Hanschuhen anfassen bis zur Verstauung in ein Transportbehältniss.
- 1x Malerfolie, 4x5m Folie gibt es für ca. 3€ im Baumarkt, ausbreiten - darauf bauen - nach dem Verpacken die Folie mit allen (!!!) Resten und Abfällen zusammenlegen und sicher entsorgen.
- 1x Dünnwandige Glasflasche mit "Rand unterhalb des Verschlusses".
- 1x Haushaltstrichter
- 1x Brennstoff, es gibt verschiedene bekannte Mischungen, aber wir empfehlen 2/3 Benzin und 1/3 Diesel (weniger Benzinanteil nicht!!!), oder 3/4 Benzin und 1/4 Diesel.
  Hinweis: Flaschen mit einer Füllmenge von 0,5 - 0,75l sind am Besten geeignet, da grössere Flüssigkeitsmengen auch meist eine unhandlichere Flasche bedeuten und auch ein grösseres Wurfgewicht, das zu geringeren Wurfweiten führt.
- 1x Trockentuch, (Spültuch) unbenutzt! Kauft eines aus 100% Baumwolle.
- 1x Rolle selbstklebende Frischhaltefolie
- 2x Kabelbinder, 3-5mm Breite
- 1x Aceton, damit werden Flasche und Kabelbinder vor dem Zusammenbau mit einem getränktem Tuch (ein Spültuch das dann nicht mehr als Lunte verwendet wird) abgerieben. Aceton gibt es in jedem Baumarkt für enig Geld und er ist ein extremer Fettlöser! Damit werden evtuelle Fingerabdrücke sicher beseitigt. Es zerstört auch kleinere Mengen DNA wie zB. Hautschüppchen derart, das sie nicht mehr analysierbar sind!

ZUSAMMENBAU:

Einweg Handschuhe anziehen. Die Folie Auslegen und Alles auf ihr platzieren.
Das Spültuch (ca. 50cm x 50cm) so zusammenfalten dass ein Packet entsteht, das mind. 15cm x 15 cm Kantenlänge besitzt und 6-8 Lagen Stoff übereinander hat.

Den Brennstoff mit Haushaltstrichter mischen und in die Flasche einfüllen.
Nicht ganz voll befüllen! 3-5 cm Luft sollten noch in der Flasche sein!
Das Stoffpacket mittig auf die Flaschenöffnung legen und die Ränder straff nach unten streifen. Den Kabelbinder, der vorher schon zur Schlaufe zusammengefädelt wurde, über das Stoffpacket streifen und direkt unter dem "Mündungsrand" der Flasche sehr fest zusammenziehen! Ein zweiter Kabelbinder erhöht die Festigkeit dieser Verbindung.
Die Überstehenden Laschen der Kabelbinder abschneiden.

Nun wird mit der Frischhaltefolie 2-3 mal eine "Fläche" über die Flaschenöffnung gelegt, die nun mit dem Spültuch verschlossen ist.
Dann mit der Frischhaltefolie weiterwickeln, ähnlich wie mit den Kabelbindern.
Diese Folienlagen rings um den Flaschenhals herum mit mehreren Windungen, mit leichtem Zug, befestigen. Dabei sollten alle "Spültuchbestandteile" mit eingebunden sein!

ANWENDUNG:

Dieser "Spurenarme Molli" ist nun eine längere Zeit lagerbar, da ein Verdunsten der Brennflüssigkeit so nicht möglich ist! Zudem verfügt er über eine "Versiegelung" die einen spurensicheren Transport möglich machen.
Trotzdem immer senkrecht lagern und auch transportieren.

Kurz vor dem Einsatz wird mit Handschuhen (!!!) die Frischhaltefolie abgewickelt.
Danach wird der Molli vom Körper weg mit der Öffnung nach unten ca. 10 -20 Sek. gehalten, so das die Brennflüssigkeit durch die Stofflagen sickern kann.
Wenn der erste Tropfen Brennflüssigleit zu sehen ist, ist er einsatzbereit und er sollte unmittelbar angezündet werden.

Denn direkt nach dem Durchweichen des Stoffes werden Verdunstungsgase freigesetzt die sich als Spuren an eurer Kleidung festsetzen können.

Den Molli auch nicht so lange brennen lassen, da für Verbrennungsgase das gleiche gilt!

Möglichst schnell (aber nicht hektisch) nach dem Anzünden gut zielen, Werfen - und treffen!

ZEITVERZÖGERTER BRANDSATZ

MATERI ALISTE:

Alle Einkäufe bar und möglichst an unterschiedlichen Orten!

- 1x Einweghandschuhe, ALLES! - nur mit diesen Hanschuhen anfassen bis zur Verstauung in ein Transportbehältniss.
- 2x Dünnwandige 1-1,5 l "PET-Plastikflaschen" mit "Rand unterhalb des Verschlusses".
- 1x Haushaltstrichter zum befüllen der Flaschen. Die Flaschen nur zu 4/5 befüllen.
- 1x Brennstoff, es gibt verschiedene bekannte Mischungen, aber wir empfehlen 2/3 Benzin und 1/3 Diesel (weniger Benzinanteil nicht!!!), oder 3/4 Benzin und 1/3 Diesel. Oder ohne Diesel das Benzin mit Styropor versetzen. Es löst sich in Benzin zu einem Gel auf.
- 1x Packet Kabelbinder, 3-5mm Breite, Hinweis: wenn die Länge der Kabelbinder einzeln nicht ausreicht, verlängert diese mit einem Weiterem. Überstehende Laschen abschneiden. Flaschen am Hals und Boden verbinden.
- 1x Aceton, damit werden Flasche und Kabelbinder vor dem Zusammenbau mit einem getränktem Tuch abgerieben. Aceton gibt es in jedem Baumarkt für wenig Geld und er ist ein extremer „Spurenvernichter"!
- 1x Kohlestift für Taschenwärmer. (Sie sind erhältlich in Outdoor- und Treckinggeschäften)
- 1x Heiß-Klebepistole mit Klebestiften. (gibt es in jedem Baumarkt)
- 1x Dose mit in Folie eingeschweisten Kohleanzünder Pads'. (Produktempfehlung: Renommee) Bei ihrer Verwendung entstehen keine „Anhaftungen". Ihr Verkleben mit dem Heißkleber ist praktisch und sicher.
- 2x Packet Streichhölzer (ca. 20 Schachteln)
- 1x Gartenschere. (normale Papierscheren eignen sich sehr schlecht zum Abschneiden der Streichholzköpfe)
- 1x sehr dünne Plastetüte (bspw. 1l Gefrierbeutel)

MONTAGE:

Sie erklärt sich weitestgehend aus der Zeichnung! Nur das der Kohlestift mit weiteren 4 Kohleanzünder Pads' bedeckt und diese verklebt werden. Plastiktütchen mit Streichholzköpfen hat Kontakt zu den Pads und zum Kohlestift. Nicht Luftdicht bauen sondern Zirkulation von Luft und Flammen zu den Flaschen berücksichtigen.

PLATZIERUNG:

Der Kohlestifft muss beim Anzünden an der Spitze deutlich glühen!!!
Sturmfeuerzeug benutzen.Das Anzünden kann 20-30 sec. dauern! Dann habt ihr (je nach Länge)10- 20 Minuten Zeit bis zum Zünden des Brandsatzes.
Produkt liegt auf den Flaschen auf, kann auch in Tüte platziert werden.

1. Anzünden / 2. Platzieren / 3. Rückzug

Probleme mit instabilen und riechenden Joghurtbechern wie bei „Nobelkarossentod" aus „Prisma" entfallen!

BEUGEHAFT

GEGEN EHEMALIGE RAF-MITGLIEDER

» EINE INITIATIVE GEGEN BEUGEHAFT VON ORTSGRUPPEN DES ODT NORD-OST

Auch nach über 30 Jahren gibt der Staat keine Ruhe. Seit der Diskussion über eine Begnadigung von Christian Klar im Frühjahr 2007 ist das staatliche Interesse am juristisch bisher nicht aufgeklärten Fall um den Tod des damaligen Generalbundesanwalts Siegfried Buback neu entflammt.

Weil Buback junior erklärt hat, unbedingt wissen zu wollen, welche Person auf seinen Vater geschossen hat, wurden die Ermittlungen offiziell wieder aufgenommen. Als besonders verdächtig wird ex-RAF-Mitglied Verena Becker, welche einst mit dem Verfassungsschutz zusammen arbeitete, eingestuft. Gegen sie wurde Anklage wegen Beteiligung an der Tat erhoben.

Es wird erwartet, dass der Prozess in den nächsten Monaten in Stuttgart beginnt. Im Rahmen dieses Verfahrens wurden bereits zwei ehemalige Mitglieder der RAF als ZeugInnen geladen. Da beide vor der Bundesanwaltschaft die Aussage verweigert haben droht ihnen nun Beugehaft. Der sofortige Vollzug wurde zunächst durch Beschwerden vor dem Oberlandesgericht Stuttgart vorübergehend gestoppt. Mittlerweile wurden die Beschwerden jedoch abgelehnt und die ZeugInnen erneut zur Anhörung geladen. Ob und wann die GenossInnen in Beugehaft genommen werden, ist nicht 100%ig vorhersagbar. Es liegt im Ermessen des Gerichts, ob die Vorgeladenen nach der verweigerten Aussage wieder freikommen, ein weiteres Mal vorgeladen und verhört werden oder ob sie nach der Anhörung sofort in Haft kommen. Die Bedrohung der Beugehaft ist für unsere GenossInnen momentan akut.

V.i.S.d.P.: M. Krause, Postfach 3255, 37022 Göttingen

WWW.ROTE-HILFE.DE

Sobald Beugehaft angeordnet wird, muss der zurückgelassene Alltag der Inhaftierten organisiert werden: Es muss weiterhin die Wohnung der Betroffenen bezahlt werden, da über eine Haftentlassung ebenso willkürlich entschieden wird wie über die Anordnung der Beugehaft. Das Gericht hat jeden Tag die Möglichkeit die ZeugInnen zu entlassen, auch ohne dass Aussagen gemacht werden. Daneben müssen alle anderen Verpflichtungen der Betroffenen wie z.B. Unterhaltspflichten übernommen werden. Außerdem ist eine anwaltliche Betreuung an dieser Stelle erforderlich, welche eine zusätzliche finanzielle Belastung der Inhaftierten darstellt. Und sogar der Staat verlangt von den Betroffenen für Bereitstellung der Knastzelle und seiner Angestellten bis zu 60 Euro pro Tag. Daher ruft die Rote Hilfe e.V. zu Spenden auf, die auf folgendes Konto eingezahlt werden können:

Kontoinhaberin: Rote Hilfe e.V.
Konto Nr. 191 100 462
Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46
Verwendungszweck: Beugehaft

WWW.ROTE-HILFE.DE

Zeigt euch außerdem solidarisch mit den Betroffenen durch Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und was euch noch so einfällt.

WAS IST EIGENTLICH BEUGEHAFT?

Nach § 70 der Strafprozessordnung kann Ordnungsgeld oder Beugehaft (juristisch „Erzwingungshaft" genannt) gegen ZeugInnen verhängt werden, die, ohne ein Aussageverweigerungsrecht zu besitzen, vor der Staatsanwaltschaft oder dem Gericht die Aussage verweigern. Die Haft dauert maximal sechs Monate und darf in einem Verfahren nur einmal gegenüber der/dem Betroffenen verhängt werden. Beugehaft als Mittel der Einschüchterung und Entsolidarisierung der ZeugInnen wird vor allem bei § 129/129a/129b-Verfahren gegen linke Gruppen eingesetzt. Dies gibt sogar die Bundesanwaltschaft zu, die sich einst wie folgt äußerte: „Ein wesentlicher Grund dafür [Anm.: unaufgeklärte Aktionen] ist das Verhalten von Sympathisanten, die in der Erfüllung ihrer strafprozessualen Pflichten eine zu verneinende Kooperation mit dem Staatsschutz sehen. Deshalb muss die kollektive Aktion über das Mittel der Beugehaft gebrochen werden."

Keine Zusammenarbeit mit den Repressionsbehörden – Anna und Arthur halten's Maul!

CASTOR SCHOTTERN

Im November 2010 ins Wendland: Den Castor stoppen!

Auf einmal macht es Klick und es geht los. Der Widerstand gegen Atommülltransporte ins Wendland ist so ein Kristallisationspunkt: Hier wird Energiepolitik verhandelt, der Streit um ein anderes, besseres Leben ausgetragen. **Hier seid Ihr alle gefragt:**

- Wir wenden uns an die Menschen, die schon seit vielen Jahren im Widerstand gegen Castortransporte aktiv sind; natürlich auch an die vielen Neuen, die in den letzten Jahren ihr Nein! zur Atomenergie auf die Straße getragen haben.

- Wir wenden uns an diejenigen, die massenhaft gegen den Sozialraub der Regierung protestierten, und die erleben mussten, wie ohne Wimpernzucken darüber hinweggegangen wurde.

- Wir wenden uns an die Zehntausenden, die bundesweit entschlossen etliche Naziaufmärsche stoppten.

- Wir wenden uns an die Leute in Dörfern, in kleineren und größeren Städten, die nicht bereit sind, angesichts der herrschenden Atom-Politik die Hände in den Schoß zu legen.

Gemeinsam mit Euch, zusammen mit hunderten, tausenden von Menschen, wollen wir in der Aktion „Castor schottern!“ Steine aus dem Gleisbett räumen, wenn der nächste Transport mit Castoren ins Wendland rollt.

Damit die guten Argumente gegen die Nutzung der Atomenergie gesellschaftlich wirksam werden, müssen wir zuweilen in mühevoller Handarbeit intervenieren. Die Atompolitik schafft Fakten. **Auch wir schaffen Fakten: Wir machen ein Loch.**

Arroganz der Macht: Die machen einfach weiter so!

Als wäre nichts gewesen, soll im Herbst wieder hochradioaktiver Müll nach Gorleben gebracht werden. Dabei ist es doch so offensichtlich: Keine Technik ist zu 100 Prozent beherrschbar.

Bei der Risikotechnik Atomenergie ist bekannt, wie immens die Gefahren für Mensch und Umwelt in alle Zukunft sind. Die Fiktion einer sauberen Atomtechnologie musste die großflächige Umweltzerstörung durch den Uranabbau (vor allem in den Ländern des globalen Südens)

Unsere Aktion: Schottern

Mit hunderten, tausenden Menschen aus unterschiedlichsten sozialen und politischen Zusammenhängen werden wir am Transporttag auf die Schienenstrecke gehen.

Wir sind entschlossen, die Strecke für den Atommüllzug unbefahrbar zu machen, massenhaft den Schotter aus dem Gleisbett zu entfernen – also die Gleise zu unterhöhlen und sie so in kreativer Weise unpassierbar zu machen.

Wir wählen für die Aktion einen Schienenabschnitt, an dem an diesem Tag kein Zugverkehr außer dem Castortransport stattfindet.

schon immer ignorieren. Historisch und aktuell sind die Entwicklung von Atomreaktoren und Atombomben eng miteinander verknüpft. In allen Staaten dieser Erde ist das Problem der langfristigen Lagerung des hochgiftigen Atommülls ungelöst. In den Atommüll-Deponien Asse und Morsleben ist die radioaktive Verseuchung des Grundwassers auf lange Sicht kaum noch aufzuhalten. Die Asse hat es an den Tag gebracht: Es gibt keine Lösung für die atomaren Hinterlassenschaften, und es kann keine geben.

Trotz alledem heißt es: Weiter so! Trotz alledem werden Laufzeitverlängerungen für AKW beschlossen. Trotz alledem soll der Endlager standort Gorleben weiter ausgebaut werden – ungeachtet aller wissenschaftlichen Zweifel an der Eignung dieses Standorts.

Da kommt ein Gefühl von Ohnmacht auf – aber es macht auch wütend und empört. Genug ist genug – gemeinsam kommen wir zum Zug. Aus dieser Wut wird Mut; Empörung stärkt die Entschlossenheit, dieses „Weiter so!" nicht zuzulassen. Das Nein! zur Atomenergie auf die Straße zu tragen, ist wichtig – aber offensichtlich nicht ausreichend.

In unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen haben Menschen in der Vergangenheit den Schritt von öffentlicher Meinungsbekundung zu aktivem Widerstand gemacht. Mit Massenblockaden konnten Naziaktivitäten wirkungsvoll eingeschränkt werden, G8-Gipfel effektiv behindert werden, und auch im Wendland haben Menschen aktiv und massenhaft mit unterschiedlichen Aktionen den Atommülltransport behindert und blockiert.

Wir denken, es ist an der Zeit, die eingefahrenen Wege massenhafter Blockaden noch einen Schritt weiter zu gehen. Dafür wünschen wir uns viele mutige und entschlossene MitstreiterInnen. Wenn der Castor rollt, wird es konkret. Dann haben wir Gelegenheit, unsere Interessen selber in die Hand zu nehmen. Dann sagen wir nicht mehr: Ich will nicht, dass der Transport fährt. Dann sorgen wir dafür, dass er nicht rollen kann.

Es ist alles gesagt – es ist legitim zu handeln

Wir wissen, dass unsere bewusste Veränderung der Castortransportstrecke nicht vom Gesetzbuch gedeckt ist. Aber wir sind uns sicher, dass unsere Aktion eine notwendige und legitime Handlung darstellt, um dieser menschengefährdenden Technologie Einhalt zu gebieten. Sie ist für uns ein notwendiger Eingriff in den energiepolitischen Normalbetrieb: Mit unserem Schottern wollen wir der Atomlobby jenen Boden entziehen, auf dem sie ihren Müll gegen den Willen der Bevölkerung durch die Lande karren lässt. Das Loch im Bahndamm wird öffentlich sichtbar machen: Es gibt keine gesellschaftliche Basis, die diese Transporte als wesentlichen Bestandteil für den Weiterbetrieb von Atomanlagen trägt.
Mit uns gibt es kein „Weiter so!". Der Weg wird unterbrochen.

Massenhaft und Gemeinsam

Während der Aktion wollen wir eine Situation schaffen, die für alle daran Beteiligten transparent ist und in der die AktionsteilnehmerInnen solidarisch aufeinander achten und sich unterstützen. Um auf die Strecke zu kommen, werden wir gemeinsam Polizeiabsperrungen überwinden, umgehen oder durch sie hindurchfließen. Wir lassen uns nicht stoppen. Ziel unserer Aktion ist es, die Schiene unbrauchbar zu machen und nicht, die Polizei anzugreifen.

Unser wichtigster Schutz ist die massenhafte Beteiligung, unsere Vielfalt und Entschlossenheit: Während Hunderte oder Tausende die Schottersteine entfernen, werden andere durch den Einsatz körperschützender Materialien wie Luftmatratzen, Polster oder Planen die Schotternden schützen. Wir bleiben so lange auf der Schiene, bis diese unbefahrbar ist.

Wer sind wir?

Neue und erfahrene Gruppen und Menschen aus der Anti-Atom-Bewegung, aus der Klimabewegung, aus der antifaschistischen Bewegung, aus der Umweltbewegung, aus TrainerInnenkollektiven, aus globalisierungskritischen Netzwerken, aus verschiedenen Spektren der Linken und aus vielen weiteren Bereichen gesellschaftlichen Engagements haben zu dieser Kampagne zusammengefunden.

Als Teil des vielfältigen und bunten Widerstands im Wendland wollen wir unsere Erfahrungen aus den erfolgreichen Massenblockadeaktionen in Heiligendamm, Jena, Köln und Dresden einbringen. Wir verstehen uns solidarisch zu den anderen Aktionen des Protests und Widerstands gegen den Castortransport.

Alle können sich beteiligen!

Damit unsere Aktion gelingt, wollen wir viele werden.
In einer offensiven öffentlichen Kampagne wollen wir erreichen, dass die Legitimität dieser Aktion verständlich wird. Die Aktion soll für viele Menschen vorstellbar werden als Weiterentwicklung ihres bisherigen Protests und von vielen Menschen öffentlich unterstützt und mitgetragen werden. Wir wollen was bewegen, auch in den Köpfen der Menschen.

Was können alle tun?

- Ihr macht euch die Idee von „Castor schottern“ zu eigen. Mit Eurem (Gruppen)-Namen tragt Ihr die Absichtserklärung der Kampagne mit.

- Ihr bildet Gruppen vor Ort und bereitet euch gemeinsam auf die Aktion vor. Wir vermitteln Trainings für Aktionsgruppen. Meldet Euch bei uns. Wir unterstützen Euch bei der Organisation und Koordination. E-Mail: mail-an-castor-schottern@riseup.net

- Ihr organisiert Veranstaltungen. Wir kommen zu Euch, erzählen über den vielfältigen Widerstand gegen Castor und Atomkraft und berichten über die Idee der Kampagne „Castor schottern!“, den Stand der Vorbereitungen und die Möglichkeit, die Aktion mit zu gestalten..

- Wenn ihr es nicht schafft, Euch vorher vorzubereiten, wird es auch im Wendland selbst in den Camps noch möglich sein, sich der Aktion anzuschließen.

Schotter fürs Schottern

Es braucht viel Schotter um zu Schottern, vor allem braucht es aber erstmal viel Geld, um die Castor-Schottern Kampagne, also Plakate, Flyer, die Mobilisierung etc. zu finanzieren.
Deswegen schottert bitte bzw. spendet bitte an:

Name:	Castor Schottern
Konto-Nr.:	1120074500
BLZ:	43060967
Kreditinstitut:	GLS Gemeinschaftsbank

Spenden sind hier leider nicht steuerlich absetzbar.

Wir machen mit!

anti-atom-Plenum Berlin Antifa-KOK Düsseldorf/Neuss (IL) Klima!Bewegungsnetzwerk FAU Flensburg Arbeitskreis Umwelt Wiesbaden (AKU) Avanti - Projekt undogmatische Linke (IL) anti-atom-Büro Hamburg transact! Mobile Volxküchen Radikale Linke Nürnberg (IL) Gegenstrom Berlin Linke und Kritische StudentInnen (Luks) Erlangen Projekt Interventionistische Linke Ravensburg (IL) Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen FelS - Für eine linke Strömung (IL) FAU Nürnberg food for action Redaktion analyse & kritik (IL) anti-atom-Plenum Braunschweig S.C.A. [SaltCityAntifas] Sofortiger Atomausstieg (SofA) Münster internationale sozialistische linke - isl (IL) Klimaplenum Leipzig Gruppo Diffuso Erlangen anti-atom-Plenum Wendland Interventionistische Linke München (IL) BI Moorburgtrasse-stoppen glocal Hanau Kampagne Libertad! (IL) Umweltzentrum Münster SDAJ München Infogruppe Rosenheim Autonome Jugend Antifa (AJA) Nürnberg Interventionistische Linke Köln (IL) atmospheric disorder Waldautonome Berlin Kritisches Kollektiv (IL) AktivistInnen aus Bremen Autonome Antifa Teltow-Fläming Rote Aktion Kornstraße - RAK Hannover (IL) RSB/IV. Internationale Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t. Marburg (IL) „Sonne, Mond und Sterne" Köln Kalk Kommuja - Netzwerk der politischen Kommunen Linksjugend [,solid] Landesverband Rheinland Pfalz Linksjugend [,solid] Bremen FAU Braunschweig Bund deutscher PfadfinderInnen (BDP) Klimaplenum Hamburg Gewerkschaftliche Hochschulgruppe Hamburg Hausplenum Druckerei im Gängeviertel turn_left Frankfurt

Einzelpersonen:
Hannes Wader *Liedermacher,* Prof. Dr. Ulrich Brand *Universität Wien,* Prof. Dr. Alex Demirovic, Matthias Schmelzer *attac Koordinierungskreis,* Prof. Michael Brie *Direktor Institut für Gesellschaftsanalyse, Rosa-Luxemburg-Stiftung,* Pedram Shayar *attac Koordinierungskreis,* Prof. Dr. Peter Grottian, Prof. Dr. Peter Herrmann *University College Cork,* Dr. Rasmus Hoffmann, Prof. Dr. Clemens Knobloch, Dr. phil. Wolfgang Neef, Laura Wollny *Bundessprecherin Linksjugend[,solid],* Franziska Stier *Bundessprecherin Linksjugend[,solid],* Hannah Heyenn *Bundessprecherin Linksjugend[,solid],* Peter Schrott *Stellvertretender Vorsitzender ver.di Berlin/Brandenburg,* Thomas Seibert *IL,* Alexis Passadakis *attac Koordinierungskreis,* Monty Schädel *Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK),* Prof. Ekkehart Krippendorff, Erhard Renz, Hubertus Assmann, Thies Gleiss *stellvertretender Landessprecher DIE LINKE NRW,* Jan Duschek *Gewerkschaftssekretär, Berlin,* Ringo Bischoff *Gewerkschaftssekretär, Berlin,* Jaana Heider *Gewerkschaftssekretärin, Nürnberg,* Moritz Braukmüller *Gewerkschaftssekretär, Göttingen,* Tjark Sauer *Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf,* Fabian Rehm *Gewerkschaftssekretär, Marburg,* Pascal Röckert *Gewerkschaftssekretär, Gießen,* David Matrai *Gewerkschaftssekretär, Hannover,* André Kretschmar *Gewerkschaftssekretär, Hamburg,* Angela Klein *internationale sozialistische linke, IL,* Sabine Altmann, Halina Wawzyniak *MdB DIE LINKE,* Frithjof Natho, Konstantin Wecker *Sänger, Musiker und Autor,* Axel Köhler-Schnura *Coordination gegen BAYER-Gefahren,* Yasemin Kizilirmak *Sprecherin Die Linke.Neuss,* Till Baumann *Theatermacher*

Castor schottern! Atomausstieg bleibt Handarbeit!

WWW.CASTOR-SCHOTTERN.ORG
E-Mail: mail-an-castor-schottern@riseup.net

V.i.S.d.P: Paul-Ulrich Vogel, Vor dem Lüchower Tor 13, 29410 Salzwedel

Kleine Taktikschule: der Hinterhalt

Wer kennt nicht das Gefühl von Ohnmacht wenn die Polizei unsere Demos angreift? Relativ chancenlos sind wir einem überlegenen Gegner ausgeliefert. Die meisten Demonstrationen verlaufen so wie es der jeweilige Einsatzleiter will. Frustration macht sich bei nicht wenigen Aktivist_innen breit.

Im Alltag sieht es ähnlich aus, morgens beim Einkaufen im Supermarkt siehst du wie Bullen einen gefesselten Ladendieb abführen...und schaust nur zu. In der U-bahn nehmen sie einen Junkie auseinander, im Park drangsalieren sie einen Obdachlosen; du siehst wie Afrikaner von der Polizei gejagt werden und bei Partys treiben Riotcops die Leute auseinander. Und immer bist du weniger als sie, schlechter ausgerüstet, unentschlossen.

Deine Leute denken so wie du aber wie soll man sich gegen Bullen wehren ohne festgenommen zu werden?

Als taktisches Mittel bietet sich der Hinterhalt an. Das bedeutet den Gegner anzugreifen wenn er nicht damit rechnet und wenn er dich nicht stellen kann. Mit einem Hinterhalt kannst du dich für eine Sache rächen, auf ein Problem aufmerksam machen oder einfach nur das polizeiliche Einsatzkonzept durcheinander bringen. Denn da wo eine Streife in einen Hinterhalt gerät wird zunächst die Bearbeitung der üblichen Kriminalität eingestellt um den bedrängten Beamt_innen zur Hilfe zu eilen.

Der Hinterhalt ist eine international anerkannte Guerillamethode, hier zwei Beispiele:

Barcelona, 5/10/2009 aus einer Erklärung der Zeitschrift "Fire to the Prisons" Nr.8:

"On the dawn of Monday 5 of October we decided to attack the Mossos. Amadeu, companion, we are with you. The situation: Carmel, workers district of Barcelona. The urbanistic chaos of the pro-Franco development policy created hundrets of districts like this, all decided by the state. Narrow streets, multiple stairs and drawing up roads without apparent order, with anticipation of that and knowledge of the terrain, it is a perfect scene for an ambush. The method: Containers burn in the street and a call warns the Mossos of the event. With luck a little patrol arrives at the place in 5 minutes. They get out of the car and they approach the containers and a rain of stones falls on them from a street that is at a level superior, to about 2 meters. The result: Both police agents flee terrified down the street looking for refuge. The windows of the patrol car are broken. The ingenuous security that characterizes them we saw once again cut short. One of the things that we can learn from our Greek friends is that with determination and creativity we can overcome any obstacle. For the extension of the class struggle. For the destruction of all prisons."

Molenbeek/ Belgien, 6/09/2010 von der belgischen directaction Seite:
"*<u>Molenbeek - Trap against police with stones and molotovs</u>*

MOLENBEEK - Around 23h, police was called on a spot in Molenbeek for a 'theft with violence'. Once arrived, the police patrol bumped into a fence which was put on the road. They sensed something was wrong and then stones, sticks and molotov cocktails started to rain on their car and another police patrol car. Police said they have catched one person, 19 years old, who would have participated in the trap. The person had already been arrested earlier that day for rebellion against the police. He will now face charges for assault, armed gathering and criminal association."
http://suieetcendres.blogspot.com/2010/09/molenbeek-trap-against-police-with.html

Benötigt wird also eine Stelle, an der das Polizeifahrzeug langsam fahren muss. Fahrzeuge, die schneller als 30 km/h fahren sind schwer zu treffen. Hindernisse auf der Fahrbahn sind hilfreich. Ihr müsst einen Ort finden, der

a) schlecht beleuchtet ist

b) nicht geeignet ist für schnelles fahren und Wendemanöver

c) Deckung bietet hinter der sich eure Gruppe versteckt (3 bis 6 Personen)

d) einen guten Fluchtweg bietet.

Ofmals ist es im Hinterhalt wie beim Angeln (das kennen wir aber alle nicht weil wir keine Tierkiller sind), wenn nach einer halben Stunde nichts anbeißt verlieren einige die Geduld. Ihr müsst euch also vorher wirklich selbst überzeugen ob ihr das jetzt macht weil es nötig ist zurück zuschlagen oder ob das nur eine Verlegenheitslösung ist.

Manchmal kann auch ein kleines Feuerchen auf der Strasse die Wartezeit verkürzen. Vorteilhaft ist es wenn es zusätzlich eine Person gibt, die euch ein Signal gibt wenn sich Kundschaft nähert. Dann werft ihr zügig euer Material auf das Bullenauto (jeder/jede sollte mindestens drei Steine haben um eine gute Trefferquote zu erreichen) und zieht euch schnell zurück.

Bevorzugtes Ziel sollten Zivikarren und Streifenwagen sein, da geht am meisten kaputt. Sehr gut sind Objektschutzstreifen (z.B. jene die TS- Läden anfahren) weil dort nur ein Trottel drin sitzt. Wannen anzugreifen bringt eher einen psychologischen Erfolg, weil die da drin hockenden Schläger mitkriegen das sie unbeliebt sind.

Gegen solche Aktionen gab es schon den Einwand, das sei "Kinderkacke", das könne man jeden Tag, der Aufwand würde nicht lohnen u.s.w. Ja vielleicht, aber die, die diese Einwände erheben, haben auch nicht mehr im Angebot als sich bei der nächsten Demo wegen irgendeiner Lapalie die Zähne ausschlagen zu lassen oder Platzverweisen zu folgen.

Hinterhalte machen den polizeilichen Betrieb extrem aufwendig. Statt konkrete Objekte oder die "Rechtsordnung" zu sichern, müssen sie sich dann selbst schützen. Als Folge davon wird die Polizei entweder manche Gegenden meiden oder sehr intensiv bestreifen, was wiederrum zur Vernachlässigung anderer Aufgaben führt.

See you in the Hinterhalt!

Revolution und bewaffnete Aufstände in Deutschland 1918 - 1923

Bernd Langer, Aktiv-Druck - Verlag

Bernd Langer, autonomer Antifaschist, der vielen als Mitbegründer der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) und der kulturpolitischen Initiative Kunst und Kampf (KuK) bekannt ist, beschreibt in seinem neuen Buch ausgehend von der Novemberrevolution am Ende des 1. Weltkriegs, die das deutsche Kaiserreich hinwegfegte, die Geschichte der bewaffneten Arbeiteraufstände in der Weimarer Republik.

Den Himmel stürmen - Eine Theoriegeschichte des Operaismus

Steve Wright, Verlag Assoziation A

Woher kommt die Autonome Linke in der BRD überhaupt? Einer der wichtigsten Ursprünge liegt wohl in der Theorie und Praxis der operaistischen, autonomen Linken in Italien.

„Den Himmel stürmen" ist eine umfassende Darstellung der Geschichte und Theoriebildung der Autonomia Bewegung und als solche absolut zu empfehlen. Es erzählt von Klassenkämpfen, Analysen und Erkenntnisse der italienischen GenossInnen und zeigt auch die Schwächen und Begrenzungen der Bewegung.

Germinal

Emile Zola, Hörbuch gelesen von Hans Helmut Dickow, HörEdition der Weltliteratur

Der Roman Germinal von Emile Zola erschien 1885 und liefert die packende Darstellung eines Bergarbeiterstreiks im nordfranzösischen Kohlerevier und erzählt von dessen blutiger Niederschlagung. Germinal entstand unter dem Eindruck eines 1884 niedergeschlagenen Streiks, schildert Arbeits- und Lebensbedingungen, Hunger, Kinderarbeit, Grubenkatastrophen und Löhne unter dem Existenzminimum, aber auch den aufkeimenden Widerstand und Klassenkampf. Der Kampf der Bergleute geht zwar verloren, doch Zola sieht auch Hoffnung im weiterem Keimen der Widersprüche: „Dieses Keimen würde bald die Erde sprengen" lautet der letzte prophetische Satz des Buches, das wir auch hier als Hörbuch vorstellen, welches aber natürlich auch gelesen werden kann und mit Gerard Depardieu verfilmt wurde.

BERLIN ON SALE

nicht mit uns!

schnippschnapp – die Schere geht auf.

Für einen Herbst der Blätter und Steine

Herbstaktionstage
gegen die sozialen Angriffe
auf unser Leben
1. bis 10. Oktober 2010

berlinonsale.blogsport.de

Vom Tisch fallende Krümel

Für die allermeisten eine große Scheiße. Und doch tanzen wir nicht aus der Reihe, neigen dazu der Aufforderung zu folgen, es uns bequem zu machen. Den meisten hierzulande ist neben der Arbeit die Rolle der Zuschauer_in zugedacht. Bildschirm ansehen und schöne Sachen kaufen soll reichen. Sozialer Friede war Wirtschaftsfaktor und den Mittelklassen heilig. Und solange der Wohlstand wuchs, ging die Rechnung für eine Generation auf – in den Industriestaaten.

Schon die nach Deutschland migrierten Arbeiter_innen werden dabei gern vergessen, sowohl ihre Arbeit als auch ihr Kampfgeist. Einige 150% integrierte Multikulti-Yuppies werden hofiert, während anstatt einer Antwort auf die Forderungen nach Wahlrecht, Bewegungsfreiheit und einer Perspektive noch von der x-ten hier geborenen Generation Unterwerfungsgesten („Integration") verlangt werden. Was die Migrant_innen und ihre Kinder der rassistischen Mehrheitsgesellschaft abtrotzen, bleibt dabei stets widerrufbar.

Diese permanente Sonderbehandlung und Ausgrenzung liefert das Schnittmuster der neuen selbstbewussten Klassengesellschaft: Die Armen aller Länder sollen sich beim Kampf um den sozialen Aufstieg gegenseitig ins Gesicht spucken, während die Reichen noch dem letzten vom Tisch fallenden Krümel hinterhersabbern. Die Behandlung, die sich Einwandernde ohne dickes Bankkonto in diesem Land seit Jahrzehnten bieten lassen müssen, permanente Klassifizierung und Kontrolle, Aufenthaltsbestimmungen und Bevormundung bis in die Wohnung hinein, sind Alltag in Arbeitsämtern und Sozialgerichten.

Die rechtmäßige Tötung

Streetworker_innen, Forschungsteams und Inis wohlmeinender Bürger_innen werden logeschickt, um einen Fuß in der Tür zu behalten: Es wird von uns verlangt, uns immer rückhaltloser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In diesem Zwang gilt immer noch: Jedem das Seine – das verschleiert die Möglichkeit gemeinsam zu rebellieren. Und für den Fall, dass doch mal welche aufbegehren, werden die Waffenarsenale aufgestockt bei den Polizeien der Städte, vermummte und uniformierte Spezialeinheiten üben schon heute Aufrührer kontrolliert zu neutralisieren. Die Lebensverhältnisse unten werden angeglichen, auf Biegen und Brechen.

Der Entwurf der europäischen Verfassung sieht gar die rechtmäßige Tötung von Aufständischen vor. Der Apparat steht bereit. In Kundus, wo ein deutscher Oberst ein Massaker an Benzindieben veranlasste, nicht viel anders als in Schönfließ, wo Dennis J. wegen eines Strafbefehls über ein paar lumpige Euro von der Polizei erschossen wurde.

Neue soziale Fronten

Die sich nicht fügen, handeln im neu-industriellen Sinne verantwortungslos, d.h. sie verfleißigen sich nicht genügend, und tragen somit selbst die Schuld am Verlust ihrer Lebensqualität. Wir sollen uns an „doppelte Standards" gewöhnen, wie es ein Autor der EU-Verfassung nennt, der damit die Rechte von Menschen in Kriegsgebieten meint,

in denen europäische Staaten operieren. Eine Denke, die nicht an den porösen Mauern Europas endet und uns mittlerweile überall von den Regalen der Bio-Supermärkte und Discounter angrinst, aus dem schicken Cabriolet oder mit schlechten Zähnen.
Das Bild von der zwischen Armut und Reichtum sich immer weiter öffnenden Schere hat seine empörende Kraft verloren. Das Nebeneinander von Armut und Reichtum gilt längst nicht mehr allen als Skandal. Schon gar nicht mehr den eigentlich Reichen: Denen, die mit ihrem Reichtum die Verwendung der Produktionsmittel kontrollieren – die also bestimmen, unter welchen Bedingungen was von wem produziert wird.
Die unverblümte Herrschaft kehrt zurück und errichtet fortwährend neue soziale Fronten, mit Hilfe polizeilicher Besatzung und sanfter Steuerung durch lokale Eliten.

Brauchst du was, hast du es.

Kennst du Leute: Brauchst du was, hast du es. Teilen, so einfach könnte es gehen.
Und sobald wir heute wirklich was brauchen, schnell mal eine Unterkunft, jemanden der zuhört oder auch nur ein doofes Auto, sind Freund_innen und andere Verwandte ohnehin die einzigen, auf die wir uns verlassen können. Aber teilen ist nichts wert, denn es entzieht sich der Rechnung, dem Bruttoinlandsprodukt, der Tauschlogik. Nicht unsere Beziehungen sollen wir mit unserer Kraft, unserer Kreativität und Lebendigkeit zu neuer Blüte bringen, sondern vielmehr alles dafür tun, die Krisenmaschine Kapitalismus am Laufen zu halten.
Aber warum sollten wir das tun? Wir brauchen unsere Zeit selbst.

Und überhaupt. Alle wissen, dass es so nicht weitergehen wird

Und überhaupt. Alle wissen, dass es so nicht weitergehen wird, oder wenn doch, dass kein Stein auf dem anderen bleiben wird. Und so suchen die Forscher_innen der Think-Tanks Rat in der Geschichte des untergehenden römischen Reichs und fragen sich, wie es die Statthalter einiger Kolonien Roms schaffen konnten, die Implosion des Machtzentrums für sich zu nutzen. Andere erforschen Zusammenbrüche früherer Zivilisationen und machen Naturverschwendung und letztlich immer Überbevölkerung als Ursache für den Untergang aus. Was uns an diesen Fragen interessiert ist allenfalls, warum nicht wenigstens wir heute gelernt haben, sie zum Teufel zu jagen, die neue Aristokratie und ihre Phantasien von Herrschaft und Bevölkerungskontrolle.

Die alltägliche Auslese macht uns krank vor ohnmächtiger Wut

Wir wollen nicht zusehen, wie in dieser Gesellschaft neue Eliten produziert werden, die alltägliche Auslese macht uns krank vor ohnmächtiger Wut. Gentrifizierung bedeutet sinngemäß Veradelung und spielt sich nicht nur auf dem Wohnungsmarkt ab. Die Viertel, Kieze, Dörfer sind Orte, an denen uns Entwicklungsbüros und Investor_innen mit ihren Sozialtechniken feindlich gegenüber treten, an denen sich die Reichen uns erst aufdrängen und uns dann abdrängen. Sie sind aber auch Orte, an denen wir noch direkt was mitbekommen von dem, was hier eigentlich gespielt wird.
Die letzten Reste gemeinschaftlicher Güter werden uns genommen und dann wieder zum Kauf angeboten: Krankenhäuser, Wasser, Altersversorgung, Saatgut, Bildung, sozialer Wohnungsbau. Wirtschaftslogik von der Wiege bis zur Bahre. So wird noch die selbstorganisierte Verbreitung von Musik, Heilstoffen und Ideen zum Eigentumsdelikt. Wenige haben Einfluss auf die Entscheidungen, die unser Leben einschnüren, viele töten und den Planeten absehbar zugrunde richten. Für jene an den großen und kleinen Hebeln der Macht ein Markt mit Zukunft. Die Krise schafft den Vorwand für einen umfassenden Angriff aufs Soziale, die allgemeine Verunsicherung kreiert Akzeptanz für den Raubbau am Leben.
Die Eliten bereiten sich darauf vor, ihre Pfründe vor den Besitzlosen mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, und am besten noch fett zu verdienen an Aufstandsbekämpfung, Krieg und Krisenmanagement.

Lebenszeit verramscht für 1001 Statussymbole

Die Spirale von Verdrängung dreht sich munter und trifft uns mitten ins Herz: In Nachbarschaften, auf der Arbeit und in der Schule, in den Wartezimmern der Ämter und Ärzt_innen werden wir vereinzelt, aussortiert und zurechtgebogen für den lebenslangen Kampf um Konsum und Karriere, Kompetenz und Marktwert.

Die letzten Ressourcen, Gedanken und Gefühle sollen erschlossen, und als Produkt Individuelle Einzigartigkeit® verkauft werden, als wäre unser Ich-Sein, diese unausweichliche Selbstverständlichkeit der Natur, eine Mangelware, die man sich erarbeiten, immer wieder neu kreieren und selbstvermarktend zur Schau stellen muss. So wird zum Lohn der Mühen das, was seit jeher in unserem Besitz ist: Wir dürfen uns stolz als wertvolles Ich fühlen – welch ein Trickbetrug: Lebenszeit verramscht für 1001 Statussymbol. Hauptsache, du fühlst dich wertgeschätzt und damit zugehörig und verkaufst dafür zur Not deine Großmutter.

Unwohlsein kommt auf

Die Räume, die uns allen gehören und in denen der unter kapitalistischen Bedingungen zum Naturzustand erklärte allgemeine Kampf aller gegen alle wenigstens in milderen Formen verläuft, werden unterdessen weniger.
Die Stadt ist längst verkauft. 20 Jahre nach Einverleiben der DDR wollen alle nach Berlin. So erleben wir besonders in Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Kreuzberg einen nie dagewesenen Schwung von Sanierungen, Neubauten, Eigentums- und sogar Ferienwohnungen, Galerie-Neueröffnungen, schicken Cafés und Hostels noch und nöcher. Unwohlsein kommt auf. Die wenigen Orte und Plätze, an denen der Verkauf von Waren nicht im Mittelpunkt steht füllen sich mit Detektiven, Securities und Bullen.

In der Sonne sitzen – damit ist jetzt schluss

Sei es die dauernde Schikane durch Bulleneinsätzen am Kotti und im Mauerpark, massive Razzien im Görlitzer Park und Weinbergspark, Alkoholverbote am Alex – die Stadt soll bereinigt werden von Drogenabhängigen, Dealer_innen, Obdachlosen, trinkenden Jugendgruppen und anderen Überflüssigen, und das bist vielleicht auch du.
Gemütlich auf der Bank in der Sonne sitzen – damit ist jetzt Schluss im Alice-Salomon-Park in Schöneberg. Der Bezirk ließ alle Sitzbänke der Grünanlage kurzerhand abmontieren. Im Friedhof der Kuscheltiere Prenzlauer Berg wollen das die Zugezogenen ebenfalls, wegen dem Krach auf der Straße. Nichts soll die Wiederentdeckung der patriarchalen Kleinfamilie stören.
Aber auch zuhause lässt sich's nicht mehr einfach mal so dasitzen, denn die Mieterhöhung erschüttert den Abendbrottisch der einen und lässt alle anderen bangen, denn die nächste Erhöhung kommt bestimmt, computer-grausam pünktlich alle 15 Monate um 20 Prozent – so oft und so hoch es das Gesetz erlaubt. Oder irgendeine beschissene Behörde findet, du hast eh zu viel Platz daheim: Nach Ablauf des Berliner Aussetzungsbeschlusses können wir uns schon mal auf reihenweise Zwangsumzüge einstellen. Unter der Nummer 0800-2727278 haben Freund_innen ein kostenloses Notruftelefon geschaltet, um gemeinsam dagegen aktiv zu werden.

Die Wahl der Qual

Auch der Zugang zu Bildung und Einkommen wird künstlich knapp gemacht, um ein Heer von dienstbaren Geistern, Sklav_innen und Verwaltungsfachangestellten zu schaffen, die sich keine anderen Fragen mehr stellen als die, wie sie sich selbst für die permanente soziale Auslese zurichten können. Nur sehr wenige werden es schaffen, zur künftigen Elite zu gehören. Diese ist nicht nur offensichtlich leistungsexklusiv, sondern nach wie vor überwiegend weiß und männlich, mit akzeptanzfördernden Frauen- und Minderheiten-Einsprengseln, die am patriarchalen Charakter des Prinzips „Elite" nichts ändern, ihn eher noch abdichten gegen Kritik. Aber um ihren Platz in der Gesellschaft kämpfen sollen alle gleichermaßen – Chancengleichheit ist die Verheißung: Von früher Kindheit an werden wir diszipliniert, in Schüler_innen-Dateien erfasst, nach auffälligem Verhalten durchgescannt und in Konkurrenz zueinander gesetzt.
Jegliche Solidarität soll jenen entzogen werden, die sich diesem Wahnsinn entziehen, die einem anderen Leitstern folgen oder einfach auf der Strecke geblieben sind. Die es schaffen einen Abschluss zu machen, haben die Wahl der Qual. Vielleicht hast du ja gut situierte Eltern, die Studiengebühren und Lebensunterhalt bezahlen, während du durch das neue ECTS-Punktesystem des Bachelorsystems hetzt. Die Finanzierung der Unis durch Drittmittel, d.h. durch die Wirtschaft bedeutet, dass nur ökonomisch rentable Studienfächer und Forschungsfragen weiter finanziert werden, dass Exzellenzinitiativen direkt die Bedürfnisse von Staat und Kapital bedienen.

Ihr Zuckerbrot schmeckt alt und vergammelt

Die andere Seite der Medaille heißt Ausbildung in die Arbeitslosenverwaltung. Schulschwänzer werden von den Cops abgeholt. Heime, Trainingscamps, Assessment, Jobcenter, prekäre Selbstständigkeit, Sicherungsverwahrung. Als unter 25-jährige erhältst du besondere Fürsorge. Über deinen Wohnort, deine Arbeit bestimmst nicht du. Du musst zuhause wohnen unter den Fittichen der Eltern, dich vom Jobcenter schikanieren lassen mit unsinnigen Weiterbildungen und dem vollen Programm von Profiling bis Ein-Euro-Job. Fordern und fördern heißt jetzt kürzen und sparen, die Versprechungen fallen aus, die Kontrolle bleibt. Der Sklavenhändler mit seiner „Leiharbeit" hat auch nicht mehr zu bieten: Der Lohn reicht kaum zum Überleben und du musst auch noch froh drum sein.

Außerdem bildet die Zersplitterung der Lohnarbeitenden ein echtes Hindernis für einen gemeinsamen Kampf. Schon der Aufschwung von 2001 bis 2004, der sich nicht in Lohnsteigerungen oder irgendwelche anderen lebenserleichternden Maßnahmen übersetzte, zeigte: Ihr Zuckerbrot schmeckt alt und vergammelt, wie aus dem vergangenen Jahrhundert, ihre Versprechungen sind für'n Arsch. Wir kriegen nur, was wir uns nehmen.

Der soziale Krieg macht auch uns krank, dabei müssen wir doch gesund sein

In der verkündeten Krise, so wird uns gesagt, müssen Opfer gebracht werden, angeblich um Schlimmeres zu verhindern. Die notleidenden Banken brauchen unser Geld. Dafür sollen die Besitzlosen Heizkosten sparen, kalt duschen und ihre Kinder nicht mehr auf Klassenfahrt schicken. Die können doch auch nach Afghanistan, oder?

Die einen werden in der ARGE als Kanonenfutter angeworben, die andern in den Gymnasien als Kommandierende. In Ostdeutschland wurde das Schaumburger Modell zuerst getestet und Lehrstellen nur an jene vergeben, die sich für vier Jahre bei der Bundeswehr verpflichten, mindestens ein Jahr davon im Auslandseinsatz. Rund um Zinksärge und die boomenden Marktsegmente Krisenmanagement und Wiederaufbau erobert die Offizierskaste wieder gesellschaftliche Bedeutung. Das Militär hält mit seinen Prinzipien von Hierarchie, Befehl und Gehorsam Einzug in den vermeintlich zivilen Alltag. Männerbünde in Politik und Wirtschaft und nicht zuletzt das auch im „Zivilen" geltende staatliche Gewaltmonopol sorgen dafür, dass zusammen passt, was zunächst so gegensätzlich aussieht. Nicht nur Gefreite kommen reihenweise als psychische Wracks aus den Einsatzgebieten zurück. Der soziale Krieg macht auch uns krank, und dabei musst du doch gesund sein, um als erste, zweite oder dritte Wahl zu funktionieren. Für jede Anforderung des Leistungslebens gibt's die richtige Droge und was nicht bei der Arbeit hilft, wird kriminalisiert.

Die Gunst der Stunde

Die medizinische Wiederherstellung unserer Arbeitskraft sollen wir zunehmend allein bezahlen. Mit der sogenannten Gesundheitsreform wird der Anteil der Wirtschaft an der Finanzierung der Krankenversicherung eingefroren. Dafür dürfen Beitragserhöhungen für die Arbeitenden jetzt ohne Obergrenze jährlich und pauschal festgesetzt werden. Der staatliche Sozialausgleich hingegen ist prozentual begrenzt: Die Kopfpauschale durch die Hintertür. Die Pharma-Konzerne bleiben von Regulierung oder gar Kürzungen verschont und haben die Gunst der Stunde schon länger erkannt. Der Trend geht weg von Behandlungen, die wirklich heilen, zu Medikamenten, die nur die Symptome unterdrücken und dauerhaft eingenommen und bezahlt werden müssen. Und die Konzerne setzen die Preise beliebig hoch fest – man möchte fast stöhnen: Ach, gäbe es doch offene Konkurrenz zwischen den Gesundheitskapitalisten und folglich Marktpreise. Genau das verhindern die Patente. Mit ihren Phantasiepreisen dürfen die Pharmakonzerne die noch verbliebenen sozialen Gesundheitssysteme in den reichen Teilen der Welt aussaugen und ruinieren.

Wenns zum leben nicht mehr reicht: sterben!

In Weltgegenden, wo die Lizenzen und Preise der über den Weltmarkt gehandelten Originale sowieso unbezahlbar sind, setzen einzelne Staaten auf den offenen Bruch mit dem Patentregime und erlauben ihren nationalen Pharmafirmen, die Wirkstoffe ohne Lizenz nachzubauen, die sogenannten Generika. Beispiel AIDS-Medikamente in Afrika. Jenseits dieser Auseinandersetzungen um geistiges Eigentum wird klar: Um Gesundheit

und Wohlergehen von Menschen ging es noch nie im Kapitalismus. Wenn, dann um die Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit. Und in Weltgegenden, in denen die global rotierenden Sweat-Shop-Betreiber gar keine Arbeitskraft ausbeuten wollen, weil es anderswo immer noch rentabler ist, ist folglich kaum Geld und nicht mal für die Pharmabranche was zu holen. Zugespitzt: In Ostafrika beobachten wir schon heute den rassistischen Kampf einer weißen Biomacht gegen die nach Kriterien einer kapitalistischen Weltwirtschaft überflüssige Bevölkerung, die jährlich 100.000fache Tötung durch Unterlassen. Verhungern durch den Export gezielt „überproduzierter" billiger Lebensmittel aus Europa, Krebs als übliche Begleiterscheinung großflächiger Vergiftung des Wassers durch Bergbau und Ölförderung, die Nicht-Versorgung „an sich" heilbarer Krankheiten sind global-kapitalistische Normalität. Wenn's zum Leben nicht mehr reicht: sterben! Und die Leute sterben tatsächlich früher in armen Gegenden – das ist statistische Realität, auch in Berlin. Armut ist wieder an der körperlichen Verfassung und fehlenden Prothesen erkennbar.

Pläne schmieden

Warum schreiben wir nochmal auf, was eigentlich alle am eigenen Körper erfahren, was im Grunde alle wissen? Wir glauben, dass es gerade dann, wenn wir nicht daran glauben, dass die Auflistung der sozialen Untaten zu einem gesellschaftlichen Aufbruch führen wird – nicht in unserem Sinne, nicht für alle auf der Welt – dass es gerade dann notwendig ist, unseren Ausgangspunkt für gemeinsamen Widerstand gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu klären. Um uns nicht blöde gegeneinander ausspielen zu lassen oder selbst Wege einzuschlagen, die dem Prinzip nach auch nicht anders funktionieren als der Kapitalismus selbst, müssen wir kollektive Klarheit über Struktur und Methode des sozialen Angriffs entwickeln: Wir müssen uns gemeinsam klar machen, wie von oben und außen her die soziale Selektion, die Erforschung unserer Wünsche – tätig zu sein, Pläne zu schmieden und gemeinsam mit anderen umzusetzen, geliebt zu werden und anerkannt, das Leben zu feiern – betrieben wird, nur um diese zu Geld zu machen oder mit irgendwelchen Produkten zuzuschütten, die unsere Fantasie belagern. Oder, um wirklich widerständige Ansätze immer wieder in letzter Instanz gewaltsam zu assimilieren: Schon unser Alltag ist strukturiert durch die Erpressung, die eigene Haut zu Markte zu tragen oder zu verhungern. Der Logik und der Gewalt der Maschine ist nicht mit Nachbessern beizukommen.

Hier hilft nur ein Traum

Hier hilft nur ein Traum, der anders und größer ist, ganz einfach weil er realistisch und vernünftig ist in dem Sinne, dass er in der Orientierung auf die lebende Vielfalt selbst besteht und nicht auf ihrer Verwertung.
Weil trotz der fortschreitenden Zerstörung dieser Vielfalt noch genug für alle da ist, sobald wir uns das Privateigentum schenken, das meist ohne Not Mangel erzeugt, um zu erzwingen, dass alle mitmachen bei der Jagd um Bling Bling - oder zumindest um die Mittel zum Überleben.
Weil ein solcher Traum den Horizont von Biomacht und kybernetischem Kapitalismus sprengt - einer Logik, in welcher die Gesamtheit der Welt, mitsamt aller Lebensäußerungen der Menschen, restlos in funktionale Fragmente zerlegt und entsprechend der jeweils gewünschten Nutzanwendung neu zusammengesetzt wird – zum Zwecke der Profitmaximierung. Selbstverständlich.

Es gibt keinen Ausstieg aus dem sozialen Krieg

Für alle, die nicht als Ingenieur_in oder für die Umsetzung gebraucht werden, realisiert sich das Ganze als sozialer Krieg, dem wir zwar ausgesetzt sind, aber nicht zwangsläufig passiv – es gibt keinen Ausstieg aus dem sozialen Krieg. Denn die Kriegserklärung von oben erfolgt präventiv schon dann, wenn Menschen, statt ihre Kreativität und Energie ins System einzuspeisen, tatsächlich beginnen, eigene Zielsetzungen zu entwickeln und dafür zu arbeiten; wenn sie sich mit ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten nach Bedarf zusammentun und dabei herausfinden, wie das geht mit dem zusammen und was das jeweils ist, der Bedarf. In diesem Moment, an jenem Ort, der hier sein könnte. Dies unter kriegerischen Verhältnissen kultivieren zu wollen, erfordert obendrein also subversive und klandestine Talente. Dabei bleibt es unerträglich naheliegend, die gescheiterten Herrschaften in Regierung und Konzernen nach Hause zu schicken, die den Reichtum des Planeten und den Erfahrungsschatz der Leute für eine Lebensweise opfern, die einer Rauferei von 4-jährigen gleicht. Que se vayan todos.

Selbstorganisierung also. Aber wie geht das konkret?

Selbstorganisierung also. Aber wie geht das konkret? Machen wir das nicht ohnehin, um durchzukommen? Ja, aber wir sollten es noch bewusster, noch intensiver tun.

Und so stellt sich die Frage: Mit wem? Auch hier kann etwas mehr Klarheit nicht schaden, weshalb wir einige Worte zu unserer eigenen Position in den Raum werfen wollen. Ihr seid eingeladen, die Eure beizutragen. Wir sind bereit mit allen zusammen zu streiten, die dem System der Ausbeutung der lebendigen Arbeit die Macht entziehen wollen - ausgehend von der Ebenbürtigkeit aller Menschen. Die Nähe der Herrschenden suchen wir nicht, wir wollen uns die Welt nicht in den Worten derer erklären, die Menschen als Humankapital etikettieren, um sie der Vernutzung zuzuführen. Wir streben keinen Atemzug danach, in ihre Kreise aufgenommen zu werden. Keinen Gedanken verschwenden wir auf die Entwicklung „anschlussfähiger" Forderungen, um damit vor ihre kamera- und polizeibewehrten Paläste zu ziehen. Mit ihnen zu reden bringt nicht mehr als Klarheit über die Arroganz und Borniertheit der Macht, und folglich die Notwendigkeit, es auf eigene Faust anders zu machen. Wir weigern uns, all die künstlich erzeugten Grenzen und Knappheiten1 zu akzeptieren, die dem Hauen und Stechen im Kapitalismus Nahrung geben.

Um endlich Platz zu schaffen für eine Orientierung, die anerkennt, dass alle frei geboren sind, freundlicherweise inmitten der Reichtümer dieser Welt, um klarzustellen, dass weder wir noch diese Reichtümer zum Verkauf stehen, reicht jedoch Einsicht allein nicht aus. Wir werden uns gegen die feindliche Übernahme unseres Lebens organisieren müssen.

Ausgewilderte Bänke

Selbstorganisierung mag zu banal erscheinen als Konzept, um die Welt und unser Leben zu retten. Wenn wir jedoch bedenken, dass wir nicht besonders geübt darin sind, ohne vermittelnde Instanz („Staat" oder „Markt") was auf die Beine zu stellen, und wenn wir uns darauf einstellen, dass die Ziele und Mittel erst klarer erkennbar werden, nachdem wir uns ein Stück weit gemeinsam auf den Weg gemacht haben werden, dann folgt daraus vermutlich, dass wir gar keine andere Wahl haben als es endlich mit all

unserer Kraft zu versuchen. In kleinen Grüppchen machen wir uns auf und sehen, dass es anders geht, dass wir nicht alles hinnehmen müssen. Anfänge sind gemacht, Emily hat ihren Prozess gewonnen, ein Bündnis hat sie konsequent dabei unterstützt. Gymnasiast_innen einer Berliner Schule haben die Jugendoffiziere der Bundeswehr rausgeschmissen, 60 Obdachlose besetzten das Adlon mit der Idee: „Die Kältehilfe ist vorbei, ihr habt hier noch Zimmer frei". Auf dem Alex tauchten ausgewilderte Bänke auf, die sofort freudig belagert werden.

Der Möglichkeiten erinnern, die wir haben

Alles Momente, nur – aber auch immerhin: Temporäre autonome Aufbrüche. Wir lernen, mit einigen unbeantwortbaren Fragen zu leben - nicht sie zu verdrängen, es bleibt ein Schwarm von Fragen, der auf permanente öffentliche Diskussion hin drängt. Die großen Fragen – „Wie wollen wir leben? Wie können wir uns das erkämpfen?" – herunterbrechen, auf die Straße holen, neu und anders und immer wieder verhandeln. Wir wollen die Politik zersetzen, das Politische befreien von den Institutionen, in einer kontinuierlicher Kritik die Politik umwandeln in die Fähigkeit, kollektiv selbstbestimmt zu handeln und solidarisch miteinander zu leben. Uns der Möglichkeiten erinnern, die wir haben, statt uns gegenseitig in der Resignation zu bestätigen. Möglichkeitssinn kultivieren statt Sachzwänge und Realitätssinn. Eine Kritik der Politik, die im Zusammenleben der Menschen entsteht, kein Dauerzustand, sondern ein ständiges Werden, aber ein Glückszustand, da wir selbst leben. Eine Aufhebung der Politik, die Kraft gibt und sich aus einem autonomen Alltag speist, aus Widerstandserfahrungen, gewonnen in Ereignissen der Unruhe und durch Ausweitung der Räume unseres wieder entdeckten Lebens. Eine Praxis des Politischen, die unser Vertrauen stärkt, dass Menschen gemeinsam die Verhältnisse ändern können, in denen sie leben, statt die Entscheidungen über ihr Leben zu delegieren und sich den Ergebnissen individuell zu unterwerfen. Damit treten wir gegen die Biomacht des postmodernen Kapitalismus an: Entfesselung der kollektiven Intelligenz statt künstlicher Knappheit und Zwang zu fremdbestimmter Lebenszeitverschwendung.

Dem System das beste vorenthalten was wir haben: uns selbst

Wir sind nicht alleine mit dem Bedürfnis danach, unseren Alltag zu verändern, dem Sehnen danach, damit anzufangen für uns selbst zu denken und zu entscheiden. Damit anzufangen, dem System das Beste vorzuenthalten, was wir haben: Uns selbst. Wir könnten es Die Große Weigerung nennen: Uns nicht mehr einwickeln lassen von der Propaganda, uns gegenseitig finden und ausstatten mit allem, was wir brauchen, um den sozialen Angriff und die umfassende Enteignung abzuwehren: Da geht es um Bücher nicht weniger als um Steine. Wir werden beides brauchen, und mehr, um unsere Freundschaften und unsere Freiheit, um die Schönheit der Welt und unsere Würde zu verteidigen.

Schere? Stein, Papier.

Schere? Stein, Papier.

Steigende Mieten Stoppen!

Damit noch was zum Leben bleibt!

Seit Jahren steigen in großen Teilen vor allem der Berliner Innenstadt die Mieten rasant. Gleichzeitig nimmt die gesellschaftliche Ungleichheit zu: es gibt immer mehr Armut. Diese Entwicklung führt nicht nur dazu, dass die Menschen einen immer größeren Teil ihrer Einkommen für Miete und Mietnebenkosten ausgeben müssen, sondern bedeutet auch die konkrete Verdrängung von Menschen mit geringen Einkommen aus großen Teilen der Berliner Innenstadt.

Während in Prenzlauer Berg und Mitte Menschen mit geringen Einkommen erst gar nicht mehr anfangen müssen, eine billige Wohnung zu suchen, ist diese Entwicklung von steigenden Mieten und Verdrängung der Menschen mit geringen Einkommen auch in Kreuzberg, Neukölln und Friedrichshain angekommen. In den letzten Jahren sind hier die Mieten explodiert, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Durch diese Entwicklung sind auch verschiedene alternative Projekte akut bedroht. Auch die letzten Orte nichtkommerzieller und unabhängiger Kultur und günstigen Wohnens sollen der Verwertung und dem Profitstreben unterworfen werden. Wir wollen aber keine Luxuswohnungen anstelle von Wagenplätzen und keine Einkaufszentren anstelle von Kultur für Alle.

Steigende Mieten sind kein Naturphänomen, wie ein Sturm im Herbst oder Schnee im Winter, sondern gesellschaftlich produziert. Hinter steigenden Mieten steht das Interesse des Immobilienkapitals an hohen Profiten, die Politik schafft die Rahmenbedingungen, die diese hohen Profite ermöglichen. Wohnen ist zunehmend auch in Berlin eine Ware wie alles andere im kapitalistischen System. Wer ausreichend Geld zur Verfügung hat, kann sich vieles mieten oder kaufen, alle anderen müssen sehen, wo sie bleiben, wenn die Mieten steigen.

Und da die massiv steigenden Mieten gesellschaftliche Wurzeln haben, können wir diese Entwicklung durch breiten und vielfältigen Widerstand auch umkehren:

Billige und gute Wohnungen für Alle und überall statt hoher Profite
für die Grundstücksspekulanten_innen und Immobilien-Besitzer_innen!

Eine solidarische Gesellschaft statt
kapitalistischer Konkurrenz, Ausbeutung, Armut und Obdachlosigkeit!

Eine berlinweite **Kamgagne gegen steigende Mieten** entwickelt sich und trifft sich jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr im NewYorck im Bethanien-Südflügel, Mariannenplatz 2a, 10997 Berlin-Kreuzberg. Web: **mietenstopp.blogsport.de**, E-Mail: **mietenstopp@gmx.de**

V.i.S.d.P: H. Müller, Oranienstr. 1, 10997 Berlin

Anfang März diesen Jahres starb der 32 Jährige Slieman Hamade in Schöneberg bei einem Polizeieinsatz. Nur wenig wurde über den Fall bekannt. Außer ein paar Presseartikeln war von dem Fall auch im Nachhiennein nicht viel zu hören.

Die Verlobte von Slieman hat uns, http://nojusticenopeace.blogsport.eu, einen Text gegeben in dem sie ihre Erinnerungen, Gedanken und Gefühle zu dem Tod von Slieman schildert. Ähnlich wie Dennis starb Slieman durch die Hände von Berliner Polizisten.

"Durch Nichts und wieder Nichts wird er von Polizisten als "Störer" abgestempelt und des Hauses verwiesen. Ein Jeder würde sich ungerecht behandelt fühlen und sich das nicht bieten lassen. Slieman will zurück in seine Wohnung, doch die Polizisten sehen darin eine Gefahr, eine Gefahr für ihren verletzten Stolz und gehen auf ihn los. Sie fesseln ihn und treten ihn, er wehrt sich. Sie rufen Verstärkung, die Verstärkung kommt und greift ohne Vorwarnung direkt zum RSG (Pfefferspray) und sprüht es auf den am Boden liegenden und gefesselten Slieman, auf dem auch noch ein Beamter sitzt, direkt ins Gesicht und in die Atemwege.
Slieman bekommt bis dahin schwer Luft, jetzt noch schwerer und bald gar keine Luft mehr. Er hat keine Chance, sein Herz hört auf zu schagen. Die Polizisten schleifen ihn das Treppenhaus hinunter und sie wollen nicht gemerkt haben, dass er nicht mehr atmet. Minuten danach beleben sie ihn wieder und rufen einen Rettungsdienst. Slieman hat keine Chance, er liegt im Koma und verliert Unmengen an Blut. Er kämpft ums überleben aber das alles war zu viel, mehr als ein Mensch ganz allein gegen fünf Uniformierte wegstecken kann.
Slieman verstirbt mit gerade mal 32 Jahren an einem "unnatürlichen Tod". Ärzte können nicht erklären oder wollen nicht erklären dass die maßlose Gewalt der Beamten daran schuld ist, dass Sliemans Mutter und sein Vater keinen Sohn mehr haben, seine Schwestern keinen Bruder mehr haben, seine Verlobte keinen Verlobten... Die Lücke und der Schmerz in unserer Mitte sind größer als es Worte beschreiben könnten.

Ich habe aus meinen Gedanken geschrieben, aus meinem Herzen, das was mir in den Sinn kommt wenn ich an den Abend denken muss. Ich weiß es klingt krass aber die Realität ist krasser und ich versuche mir nichts schön zureden. Den Schmerz zu ertragen macht uns zudem was wir sind. Tut mir Leid, bei mir kommt gerade die ganze Trauer und Wut hoch."

Gewaltdemo gegen Polizeigewalt

Neukölln - Nach einer angemeldeten Versammlung mit einem Konzert kam es in der Nacht zu Sonntag zu Attacken gegen Polizeibeamte. Motto der Versammlung: "Gegen Polizeigewalt".

Nachdem das Konzert mit mehr oder weniger bekannten Berliner Rappern gegen 20.45 Uhr von den Veranstaltern als beendet erklärt wurde, kam es zu vereinzelten Flaschenwürfen auf Polizisten. Zudem versuchten mehrere Jugendliche, Straßen zu blockieren. Zwei der Randalierer wurden vorübergehend festgenommen. Hintergrund der Veranstaltung war der Tod von Dennis J. († 26). Der Autodieb war in der Silvesternacht 2008 von einem Polizisten erschossen worden.

Berliner Kurier, 20. September 2010

www.rp-online.de/bergischesland/leverkusen/nachrichten/Polizeigewalt-Suche-nach-Details_

Leverkusen

Polizeigewalt: Suche nach Details

VON PETER KORN, INA LAUER UND ULRICH SCHÜTZ -zuletzt aktualisiert: 22.09.2010

Leverkusen (RP) **Der Fall zweier Leverkusener Polizisten, die einen Einbrecher geschlagen haben sollen, um ihm Informationen abzupressen, bewegt die Gemüter. Doch er zeigt auch, dass solche Vorfälle nicht unter den Teppich gekehrt werden.**

Die Staatsanwaltschaft Köln gibt derzeit keine weiteren Details zu den zwei Leverkusener Polizisten (54, 37) preis, die in Opladen einen Einbrecher geschlagen haben sollen. Die inzwischen suspendierten Beamten waren von zwei Kollegen, die an dem Einsatz am Montag vor acht Tagen beteiligt waren, angezeigt worden. Über die Art und Stärke der angeblichen Schläge wollen Polizei und Staatsanwaltschaft noch nichts sagen, "weil auch Polizisten die gleichen Rechte haben wie andere Verdächtige".

Damit bleibt bislang offen, ob der Einbrecher bei der Festnahme am Berliner Platz schon fixiert war, als er angeblich geschlagen wurde. Zur Brechung eines Widerstandes, den ein Täter bei seiner Festnahme leistet, dürfen Polizisten Gewalt anwenden. Dies ist im Polizeialltag normal und rechtlich zulässig. Die Anzeigeerstatter hatten nach Stand der Polizeiveröffentlichungen den Eindruck, dass die Kollegen bei der Festnahme den gesetzlichen Handlungsspielraum überschritten.

Erfahrener Beamter

Der angezeigte 54-jährige Polizist wird von Kollegen als erfahrener und erfolgreicher Beamter beschrieben, der den Einsatz professionell geführt habe. Dass dieser Einsatzleiter unrechtmäßig gehandelt haben soll, erstaunte einige Polizistenkollegen. Die mutmaßlichen Kioskeinbrecher, die nach der vorläufigen Festnahme auf freien Fuß kamen, waren nicht das erste Mal auf Beutezug. Die Männer gelten aber nicht als Intensivtäter.

Die Ermittlungen gegen die Leverkusener Polizisten werden allein von der Staatsanwaltschaft geleitet, um jeden Verdacht der Mauschelei innerhalb der Polizei Köln/Leverkusen auszuschließen.

Davon kann offensichtlich auch keine Rede sein: Eine Sprecherin der Polizei Köln hob gestern noch einmal ausdrücklich hervor, dass die Anzeige von Polizeikollegen ausgegangen war. Dies zeige deutlich, dass nichts unter den Teppich gekehrt werde. Sowohl sie als auch mehrere Polizeigewerkschafter betonten allerdings, dass Gewalt von Polizisten "absolute Ausnahmefälle" seien, die auch hart verfolgt würden. "Wir haben den Auftrag, den Bürger zu schützen", sagt etwa Werner Dominke, stellvertretender NRW-Chef der Polizeigewerkschaft GdP: Schon in der Ausbildung würden Polizisten in Anti-Aggressionstrainings geschult.

Und Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Polizeigewerkschaft DPolG, versichert, gerade erfahrene Kollegen müssten sich generell im Griff haben – ohne damit den aktuellen Fall bewerten zu wollen. Wendt hält es prinzipiell aber für einen "Fehler in unserem Beamten-System", dass Kollegen über 50 Jahre noch Streifendienst versehen müssten. Er verweist auf die USA: Wer da zwei Jahrzehnte draußen im harten Einsatz

Antifaschistisch aktiv werden

gegen die rechte* Monatszeitschrift „Zuerst!“ denn: „Zuerst!“ ist das Allerletzte!

Das rechte Monatsmagazin „Zuerst!“ ist seit Dezember 2009 bundesweit an Kiosken, Tankstellen und in den Zeitungsabteilungen vieler Supermärkte zu bekommen. Auch in Göttingen ist das Propagandaorgan der Rechten an vielen Orten erhältlich. Das ist für uns nicht hinnehmbar: rechten Positionen entschieden zu begegnen und diese zu bekämpfen, begreifen wir als notwendige antifaschistische Arbeit!

Offensiv gegen rechte Propaganda

Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass die rechte Propagandaschrift auch in Göttingen öffentlich über Kioske und Zeitungsläden vertrieben wird. Erste Erfolge konnten bereits erzielt werden. Nach einem Redebeitrag vor dem Tonollo in der Weender Straße im Rahmen unserer Stadtrallye „Unser Hund bellt da, wo wir wollen!“am 29. Mai 2010 und der klaren Ansage, etwas gegen den Vertrieb zu unternehmen, ist das „Magazin“ dort aus dem offenen Verkauf genommen worden. Im Zeitungskiosk in der Zentralmensa ist es überhaupt nicht mehr zu haben. Öffentlicher und dauerhafter Protest gegenüber rechter Propaganda und der damit verbreiteten Ideologie kann helfen, „Zuerst!“ zumindest aus den Regalen und unter den Ladentisch zu drängen. Dennoch gilt: das kann erst der Anfang sein! Rechten Positionen entschieden zu begegnen und sie zu bekämpfen, wo immer sie auftauchen, begreifen wir als notwendige antifaschistische Arbeit. Keine Toleranz für die Verbreitung von geschichtsrevisionistischer Propaganda, Verschwörungstheorien und Überfremdungsmythen, antisemitischen Äußerungen sowie rassistischer und homophober Hetze!

Gemeinsam gegen „Zuerst!“

In den kommenden Monaten wird der Vertrieb von „Zuerst!“ in Göttingen wie auch in anderen Städten mit vielseitigen Methoden angegangen. In Hamburg laufen öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen die Bauer Media Group, um einen Vertrieb von „Zuerst!“ unmöglich zu machen (mehr dazu unter: www.keine-stimme-den-nazis.org). In Berlin richtet sich die Kampagne „Lets´s Push Things Forward!“ nicht nur gegen „Zuerst!“, sondern ist breiter gegen rechte Wochen- und Monatsschriften angelegt (mehr dazu unter: www.pushforward.blogsport.de).

Bei dem noch nicht etablierten Magazin „Zuerst!“ mit seiner gefälligen Aufmachung, sowie dem von Verleger Munier erklärten

Ziel der Breitenwirkung des Magazins ist es notwendig, eine Positionierung am Zeitschriftenmarkt gar nicht erst zu ermöglichen.

Im Rahmen verschiedenster Aktionen in Göttingen gibt es auch einen Internet Blog. Dort könnt Ihr die neuesten Informationen und Materialien zur Kampagne abrufen. Und schließlich seid Ihr gefragt und könnt aktiv werden: In welchem Kiosk, in welchem Laden in Göttingen liegt „Zuerst!“ noch aus? Welcher Laden hat sie aus dem Programm genommen? Habt ihr schon selbst etwas unternommen um den Verkauf zu unterbinden? Schreibt uns Eure Infos auf: **www.dasletztezuerst.blogsport.de**

Raus aus den Regalen!

Zurzeit wird „Zuerst!“ in Göttingen an mindestens sieben Orten verkauft. So etwa bei Tonollo in der Weender Straße und am Bahnhof, den real-Läden im Kaufpark und in Weende, dem Rewe in der Annastraße und dem Tabak Center Denecke im Kaufpark. Im Tonollo am Bahnhof, ebenso wie im real-Markt in Weende ist es neben der „konkret“, unter- bzw. oberhalb des „Spiegel“ positioniert. Also bei akzeptierten und etablierten Nachrichtenmagazinen, denn, so die Aussage einer Verkäuferin: „es heißt ja auch Nachrichtenmagazin!“. Aufmerksam gemacht auf die inhaltliche Ausrichtung des Magazins, äußerte die Verkäuferin Zustimmung, dass es sich bei „Zuerst!“ nicht um ein akzeptables Magazin handeln würde.

Stattdessen handelt es sich bei „Zuerst!“ um eine Art Versuch, eine ausstrahlungsfähige Spielart von Rechtspopulismus in Deutschland zu etablieren, wie es etwa in Österreich Erfolg hat mit der FPÖ oder in der Schweiz mit Blocher. In dieser Breite hat es dies in Deutschland bisher noch nicht gegeben.

Zugunsten dieses neuen „Meinungsmagazins“ der Rechten ist vom bekannten Verleger Dietmar Munier die traditionsreiche neonazistische Zeitschrift „Nation & Europa“ eingestellt worden. Deren LeserInnen informiert er darüber, dass aus dem strömungsübergreifenden Theoriemagazin das „Deutsche Nachrichtenmagazin“ werden solle. „Zuerst!“ hat also selbst den Anspruch, das Nachfolgemagazin zu sein. Munier erhofft sich, mit der Verbreitung und Etablierung einen gesellschaftlich anerkannten politischen Raum rechts von der CDU zu besetzen.

Das Nachrichtenmagazin wurde seit dem Erscheinen seiner ersten Ausgabe von linken Zusammenhängen, Initiativen und Medien scharf angegangen, stehen doch die Inhalte für eine Politik, die nicht tolerierbar ist. Inhaltlich geht es in dem neuen rechten Propagandablatt um die üblichen Themen: „Überfremdung“ und „Benachteiligung von Deutschen“, Verschwörungstheorien, Geschichtsrevisionismus, Hetze gegen Linke

und Homosexuelle. Auch Anti-Antifa-Recherche wird betrieben. Anerkennende Artikel über Burschenschaften finden sich in jeder Ausgabe und Holocaust-Leugner Ernst Zündel erhielt in den wenigen bereits erschienenen Ausgaben einen geschichtsrevisionistischen, wohlwollenden Artikel. Die Generalstabstradition der Bundeswehr, ohne die die „Leistungen der Wehrmacht zwischen 1939 und 1945 undenkbar gewesen" wären, wird als positiv beschrieben. Den Alliierten wird Massenmord an den Deutschen nach dem zweiten Weltkrieg unterstellt. Und angeblich ginge es den ehemaligen deutschen Kolonien besser, wenn die deutschen Truppen länger geblieben wären. Die inhaltliche Ausrichtung bietet damit das volle Programm für das dumpf-deutsche Herz und dürfte im Nachklang der diesjährigen WM und der mit ihr einhergegangenen Nationenabfeierei auf noch mehr offene Türen und Tore treffen.

Angelegt auf Breitenwirkung

Layout und Vertrieb: „Zuerst!" setzt neue Maßstäbe.

Nach eigenen Angaben erscheint „Zuerst!" in einer Auflage von 86.000 Exemplaren und wird an 10.000 Verkaufsstellen vertrieben. Dort steht die rechte Propaganda neben gesellschaftlich anerkannten „Politmagazinen", wie etwa dem „Spiegel" oder auch „Stern". Neben dem öffentlichen Verkauf kann diese auch über den Abo-Vertrieb bezogen werden. Die relativ hohe Einstiegsauflage folgt der gängigen Strategie, bei der Etablierung als Massenmedium wahrgenommen zu werden, um nicht in einer Nische zu verschwinden. Der Vertrieb erfolgt über die Verlagsunion, die eine hundertprozentige Tochter der Bauer Mediengesellschaft ist. Bekannt ist diese zum Beispiel durch das Jugendmagazin „Bravo", die „tv movie" und andere Programmzeitschriften. Das Layout von „Zuerst!" ist professionell gemacht und erinnert stark an das wöchentlich erscheinende Magazin „Focus".

„Zuerst!" - Türöffner des Rechtspopulismus

„Zuerst!" versucht, mit Themenwahl und der propagierten Organisationsform den Rechtspopulismus in Deutschland voranzubringen.

Rechtspopulismus ist eine Form der Politik oder der politischen Äußerung, die durch Dramatisierung und Vereinfachung hinführend auf eine politisch rechte Lösung Stimmungen opportunistisch schürt und/oder aufnimmt.

***„Rechts":**
dieser Begriff wird von uns im Kontext von „Zuerst!" als problematisch angesehen. Er verschleiert die neofaschistischen, rassistischen, homophoben, sexistischen, reaktionären, geschichtsrevisionistischen Inhalte hinter einer an sich bedeutungslosen Richtungsangabe. Zudem suggeriert er, diese seien eine bedauerliche „Randerscheinung" fern des gesellschaftlichen Alltags. Es erscheint uns prinzipiell notwendig, im Diskurs um Begrifflichkeiten eine Formulierung zu finden, die die inhaltliche Tragweite und Bandbreite oben beispielhaft genannter Positionen umfasst. Da es diese aktuell nicht gibt, benutzen wir den Sammelbegriff „rechts" in dieser Publikation im Sinne besserer Lesbarkeit.

Rechtspopulistische Parteien und andere Organisationen wie zum Beispiel „ProKöln" oder die „Rechtsstaatliche Offensive" (Hamburg) appellieren mit markigen Formulierungen und Vereinfachung bestehender Probleme und deren vermeintlicher Lösungen an Stimmungen, die bei LeserInnen und ZuhörerInnen als eine Alternative zu „etablierter" politischer Praxis gesehen werden.

Rechtspopulisten präsentieren und sehen sich dabei selbst als diejenigen, die „unbequeme Wahrheiten" verkünden, die sonst in gesellschaftlichen Diskursen von „Gutmenschen" und „politischer Korrektheit" unterdrückt werden. Dabei werden durch den Rechtspopulismus gesellschaftliche Akteure in streng abgegrenzte, homogene und stereotypische Gruppen aufgeteilt. Dies erzeugt zum einen ein aus eben diesen Stereotypen aufgebautes Feindbild. Zum anderen lässt es politische und gesellschaftliche Konflikte in einem einfachen, schwarz-weißen Schema erscheinen, in dem es nur ein „wir" und ein „die anderen" gibt. Dabei werden soziale, kulturelle, ideologische und politische Unterschiede und daraus folgende Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen alleine auf deren stereotype Eigenschaften zurückgeführt.

Auch das „Volk" ist in diesem Verständnis ein homogenes Gebilde, in dem die einzelnen gleich denken und empfinden. Ihresgleichen, als die sich die Populisten und Populistinnen gerieren, weiß, was sie wollen.

Dabei sehen sich Rechtspopulisten als die sittlich und moralisch richtig handelnde Mehrheit, an der als Norm bzw. Leitkultur sich die anderen zu orientieren haben. Darauf, diese durchzusetzen, soll das staatliche Handeln orientiert werden. Gerne wird diese Privilegierung mit einer „hierher"-gehörenden, monolithischen Kultur begründet.

Die „anderen" müssen sich ihnen anpassen. Aktuell sehr beliebt sind Ressentiments gegen Muslime. Im Rechtspopulismus sind die Ressentiments grundsätzlich stets wandelbar und nicht unbedingt in sich schlüssig. Sie dienen vor allem als Katalysator für einen emotionalisierten und vereinfachten Zugang zu gesellschaftlichen Konflikten. Daher kann in der Sicht rechtspopulistischer Akteure ALG II (Hartz IV) als ausreichend zum „auf der faulen Haut liegen" und gleichzeitig als zu wenig für die arbeitslose, „fleißige" Schwägerin angesehen werden.

In diesem Politikverständnis gibt es keinen Platz für Differenzierung und Differenzen, für organisierte, selbst durchgeführte Konfliktaustragung zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Wer sich nicht an die Norm halten will oder kann – dies entscheidet immer die normsetzende Gruppe – soll keine Möglichkeiten haben, Teil der beteiligungs- und anspruchsberechtigten Bevölkerung sein. Sie sollen sich mit dem zufrieden geben, was ihnen gewährt wird. Asylsuchende sollen demnach zum Beispiel froh sein über Duldung und Warengutscheine.

Die Klientel für derartige Positionen und den rechtspopulistischen Politikansatz findet sich vor allem dort, wo es VertreterInnen des Rechtspopulismus gelingt, in gesellschaftliche Konflikte zu intervenieren. Dabei ist die Klientel nicht wie zum Beispiel bei organisierten Neofaschisten einer einzigen, eher homogenen Ideologie verpflichtet. Was

vielmehr zählt ist die Zugehörigkeit zu derjenigen gesellschaftlichen Gruppe, die rechts populistisch als das homogene „wir“ gilt. In Europa also christliche, weiße, EuropäerInnen.

Rechtspopulistische Positionen spiegeln sich vielfach auch in Alltagsmedien wieder. In Göttingen war dies besonders deutlich, als auf der Internetpräsenz des „Göttinger Tageblatt“ der Moscheebau in Grone „diskutiert“ wurde. Dabei tauchten rechtspopulistische Ansätze, Theorien und Argumentationslinien auf, wie sie von Initiativen wie etwa „Pro NRW“ oder der „Schill-Partei“ vertreten werden. In Göttingen erfolgt dies zurzeit noch ohne strukturellen Überbau. Interesse und Potential sind jedoch vorhanden, auch wenn Organisationsversuche bislang in Göttingen scheiterten, wie zum Beispiel 2002/2003 mit der Göttinger Schill-Partei.

„Zuerst!“ will als rechtspopulistisches Magazin nach Aussage von Verleger Dietmar Munier den Raum rechts von der CDU in Bewegung bringen. Es bedient Stolz und Missgunst durch Titel wie „Warum wir das international beliebteste Volk sind“ oder „Zahlmeister der Welt. Wie wir Deutschen zur Kasse gebeten werden.“ An beiden Beispielen wird deutlich, wie das „wir“ und „die anderen“ konstruiert werden. Insbesondere in der Juliausgabe (2010) wird viel über Beispiele und Möglichkeiten rechtspopulistischer Parteien geschrieben.

Nun wird „Zuerst!“ keine eigene Partei gründen, aber das Milieu gibt es bereits und die Parteienlandschaft am rechten Rand ist in Bewegung. Tendenziell in der Abwärtsbewegung, aber mit Pro NRW bzw. deren bundesweiter Organisation Pro Deutschland

steht eine Partei bereit, die sich gerne in die Liste der erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien Europas einreihen würde. Mit antimuslimischem Rassismus hat die Partei ein Thema, das breite Teile der Bevölkerung mobilisieren kann.

Rechtspopulistische Positionen fördern die gesellschaftliche Akzeptanz neofaschistischer Ideologie!

In vielen europäischen Staaten wie zum Beispiel der Schweiz, Österreich, Frankreich, Italien, Holland, Ungarn, Dänemark und Belgien haben rechtspopulistische Parteien es bereits geschafft, rassistische, antimuslimische und fremdenfeindliche Positionen sichtbar und vertretbar innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zu machen, ohne gleichzeitig als offen neonazistisch wahrgenommen zu werden.

Die Schill-Partei/PRO hat Anfang der 2000er bewiesen, dass ein derartiges Unterfangen auch in der BRD Erfolg haben kann. Für Pro Deutschland hat sich als solventer Finanzier der Millionär Patrik Brinkmann gefunden. Mit den erneuten Wahlerfolgen im europäischen Ausland könnte es auch in der BRD „akzeptabler“ werden, rechts der CDU zu wählen, wenn es nicht gleich die NPD sein soll. Die Monatszeitschrift „Zuerst!“ will sich an dieser Entwicklung aktiv beteiligen.

Rechte Medien - vielschichtig, etabliert und weit verbreitet

„Zuerst!“ steht als rechtes Meinungsorgan nicht allein da. In der Druckpresse wie auch im Internet findet national-konservative bis neofaschistische Propaganda eine breite Plattform und eine treue LeserInnenschaft.

Die Ziele der Print- und Internetmedien sind dabei die gleichen wie auch anderer rechter Organisationsformen, nämlich die Schaffung von Öffentlichkeit und kultureller Hegemonie. Diese Medien sind von Vielgestaltigkeit gekennzeichnet, in der die Wechselwirkungen zwischen rechtem Rand und Mehrheitsgesellschaft deutlich werden. Die erscheinenden Printmedien sind über den Zeitschriftenhandel erhältlich oder im Abonnement zu beziehen. Frei verkäuflich sind etwa die seit Anfang des Jahres erscheinende Monatszeitung „Preußische Zeitung“ oder auch die etablierte Zeitung „Junge Freiheit“.
Beide sind Medienorgane der Neuen Rechten. Die Neue Rechte bezeichnet in diesem Zusammenhang die Entstehung jungendlich intellektueller Gruppen und Zeitschriftenprojekte. Darüberhinaus schlägt sich dieser Ideologiezweig in eigenständigen politischen Aktivitäten nieder und wird von einem eigenen „subkulturellem“ Charakter getragen. So widmet etwa die „Junge Freiheit“ in Ausgabe 29/10 Stauffenberg reges Interesse, propagiert „Stauffenberg als Leitbild“ und setzt dabei optisch betont auf frischen Warhol-Style.
Trotz eigenständiger politischer Aktivitäten und Akzente gibt es inhaltlich große Übereinstimmungen mit den bestehenden Strukturen. Ihr Vorgehen setzt darauf, dass eine Bewegung, bevor sie wahlstrategisch erfolgreich sein kann und damit Macht im Staat gewinnt, die kulturelle Hegemonie erlangen muss. Dies geschieht, in dem sie Themen vereinnahmen, die innerhalb der Gesellschaft diskutiert werden. Dabei ist wichtig, dass die zentralen Begriffe und ihre Deutungen inhaltlich von ihnen besetzt werden.
Also nicht, das über Ausländer, Linke oder auch Muslime gesprochen wird, sondern das „wie“ ist hier bedeutend. Diese Strategie setzt häufig verbale Mäßigung voraus. Für selbst mehrheitsgesellschaftlich problematische Positionen wird dann oft die Form des

gedruckten Interviews gewählt. Die in dieser Weise vermittelte Position erscheint so als Einzelmeinung, findet aber dennoch ihre Verbreitung und LeserInnenschaft.

Ein weiterer Ansatz ist die wissenschaftliche Aufmachung. Ein Beispiel ist das von dem Göttinger Karlheinz Weißmann geleitete Institut für Staatspolitik (IfS). Dabei handelt es sich um eine private Forschungs- und Bildungseinrichtung, die als „Denkfabrik" der Neuen Rechten gelten kann. Weißmann ist als wissenschaftlicher Leiter des IfS nicht nur verantwortlich für die herausgegebenen Publikationen mit Titeln wie „Meine Ehre heißt Reue. Der Schuldstolz der Deutschen", sondern auch selbst als Autor, wie etwa in der „Jungen Freiheit", tätig.

Grundsätzlich können trotz des gemeinsamen Ziels, nämlich der Erlangung der kulturellen Hegemonie, zwei Typen von rechten Medien unterschieden werden. Zum einen national-konservative Publikationen, die die Ziele der rechten Ideologie teilen und unterstützen und zum anderen Propagandaorgane, bei denen die MacherInnen selber zu einem maßgeblichen Teil in neofaschistische Strukturen organisiert sind.
Daneben können die erscheinenden Medien in Ideologieorgane, Zielgruppenorgane und Scharnierorgane unterschieden werden. Ideologieorgane sind schwerpunktmäßig auf die Diskussion der ideologischen Grundlage ausgerichtet und diskutieren Strategien und Taktiken, um diese Ziele zu erreichen. Die zugunsten von „Zuerst!" eingestellte Zeitung „Nation & Europa" gehörte in diese Kategorie.
Zielgruppenorgane wollen ganz konkret einzelne Teilgruppen ansprechen. Zu den Zielgruppenorganen gehören auch Mitgliederzeitungen von Parteien, wie etwa die „Deutsche Stimme" der NPD.
Die Scharnierorgane bilden die Verbindung zwischen neofaschistischen Strukturen und der Mehrheitsgesellschaft. Zugehörige Medien vertreten die ideologischen Ziele häufig in abgeschwächter oder verklausulierter Form. In einigen Fällen kommt es aus strategischen Überlegungen auch zu Distanzierungen von aggressiven Positionen. Als Scharnierorgan gilt seit Jahren die Wochenzeitung „Junge Freiheit".

Auch das Magazin „Zuerst!" ist als Scharnierorgan einzuordnen. Aufgrund seines Layouts, der breit ausgerichteten Vertriebsform und der Platzierung neben etablierten politischen Wochenmagazinen könnte es zu einem Scharnierorgan neuer Dimension werden. Dies gilt es in jedem Fall zu verhindern!

Für einen offensiven Antifaschismus!

In den vergangenen Monaten sind in Göttingen verstärkt „Vorfälle" in die öffentliche Diskussion getragen worden, deren verbindendes Moment den Versuch der Delegitimierung linker bzw. antifaschistischer Politik zum Ausdruck bringt. Dabei ging es oft darum, dass die angeblich Toleranz fordernde Linke selbst intolerant sei. Zum einen, wenn sie bestimmten Personen den Zugang zu linken Einrichtungen versage. Zum anderen bei der Entwendung von Nationalfahnen bei einem Deutschlandspiel während der WM oder durch die Vereitelung des Tragens neonazistischer Kleidung in der Öffentlichkeit.
Mit dem Blick auf die lokalen Ereignisse und dem Ziel unserer Kampagne, die Zeitschrift „Zuerst!" zu bekämpfen, sei an dieser Stelle deutlich gemacht, dass die Verbreitung von Rechtpopulismus, die Verbreitung nationaler Symbole oder die Umsetzung staatlichen Rassismus unseren linksradikalen antifaschistischen Zielen entgegenstehen und damit bekämpft werden müssen.

Wir wollen einiges erreichen und notwendigerweise anderes verhindern, dafür setzen wir uns ein. Mit anderen Worten: Wir betreiben Politik!

Warum muss deswegen jemand etwas unterlassen?
Wir sind eine antifaschistische Gruppe als Teil einer linksradikalen antifaschistischen Bewegung und wollen reaktionäre Entwicklungen stoppen. Der Verkauf nationalkonservativer, reaktionärer und/oder faschistischer Druckerzeugnisse sowie deren öffentliche Auslage, das Tragen von Kleidung, die faschistisches Gedankengut gutheißt (Thor Steiner, La Familia, etc.) hat Einfluss auf die Stimmung in einer Stadt. Es beeinflusst Diskurse, verschiebt gegebenenfalls die Hegemonie. Akademische Worte, die aussagen sollen, dass Göttingen gefährlicher werden kann für Linke, MigrantInnen, nicht dem klassischen Mann-Frau-Schema entsprechend leben- und liebende, Wohnungslose und alle anderen als nicht der Norm entsprechend wahrgenommene. Einer derartigen -möglichen– Verschiebung wollen wir entgegenwirken.

Auf allen Ebenen - mit allen Mitteln!
Ob der Handel mit, das Konsumieren oder Tragen von Produkten, die geeignet sind, diese Verschiebung zu erzeugen, „legal" ist, ist für uns dabei nicht entscheidend. Wir fordern auch keine staatliche Zensur. Wir fordern alle auf, sich reaktionären Bestrebungen entgegen zu stellen, oder besser: Wir fordern dazu auf, progressive Politik zu betreiben. Wir werden es tun!

Rechter Propaganda entschieden zu begegnen und sie zu bekämpfen, wo immer sie auftaucht, begreifen wir als notwendige antifaschistische Arbeit.

Keine Toleranz für die Verbreitung von geschichtsrevisionistischer Propaganda, Verschwörungstheorien und Überfremdungsmythen, antisemitischen Äußerungen oder rassistischer und homophober Hetze!

Aktiv werden gegen die rechte Monatszeitschrift „Zuerst!"

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

>A.L.I.< Antifaschistische Linke International
www.ali.antifa.de
***Internet Blog:* www.dasletztezuerst.blogsport.de**

Liebe Interims und Leser_innen,
ihr erhaltet hiermit unser Statement zu dem von den „Berliner AntirassistInnen" auf Indymedia (de/ch/at) und in der September-Interim veröffentlichten Artikel über den Rausschmiss einer Person aus unserer Fahrradwerkstatt. Dieses Statement ist vom 18. August und liegt der Gruppe seitdem vor. Nachdem in der September-Interim trotzdem der Indy-Text vom 11. August veröffentlicht und wir durch die Interim-Redaktion zu einer Stellungnahme aufgerufen wurden, wollen wir euch unser Statement dazu nicht vorenthalten. Dennoch möchten wir hinzufügen, dass wir uns nicht weiter an einer weiteren schriftlichen Diskussion des Vorfalles über die Interim beteiligen werden. Wir sind vielmehr über unsere Mailadresse leslanternesrouges@gmx.net zu erreichen. Beste Grüße, Les Lanternes Rouges, 15.9.10

Statement zum Rausschmiss einer Person aus der Fahrradwerkstatt „Les Lanternes Rouges" auf dem Schwarzen Kanal am 11. August 2010.

Die Fahrradwerkstatt „Les Lanternes Rouges" findet wöchentlich in dem Wohn- und Politprojekt „Schwarzer Kanal" statt. Sie ist damit eines von vielen verschiedenen Projekten und Gruppen, die das facettenreiche Projekt Schwarzer Kanal ausmachen, und nicht in eins zu setzen mit „dem Schwarzen Kanal", das sei hier vorneweg bemerkt.
In der Fahrradwerkstatt geht es darum, einen Ort zu schaffen, wo alle Menschen unabhängig von Background, Gender, Klasse ihre Räder zu geringen Spenden schrauben können. Der normale Alltag in Fahrradläden, aber auch in DIY-Schraubstellen ist häufig geprägt von männlicher Dominanz. Auf dem Schwarzen Kanal als queer-feministischem Projekt ist es wichtig, dass mit Respekt und Anerkennung miteinander umgegangen wird.

Am Mittwoch, den 4. August kam T in die Fahrradwerkstatt mit einem schwerwiegenden Problem an seinem Fahrrad. Von vornherein nahm er ein Kollektivmitglied voll ein, die ihm helfen sollte, sein Fahrrad zu reparieren. Ziemlich schnell war klar, dass das Problem eventuell nicht gelöst werden könnte, worauf wir ihn auch versuchten hinzuweisen. In den folgenden Stunden unterbrach er immer wieder Erklärungen, ignorierte Warnungen hinsichtlich des zerbrechlichen Werkzeugs und seines Fahrrads, unterbrach die Schrauber_innen in ihren Gesprächen mit anderen Gästen. Für die Anwesenden war es schwer, einen Umgang mit seinem als respektlos und raumeinnehmend wahrgenommenen Verhalten zu finden, während er sich nicht auf Hinweise auf sein dominantes Verhalten einließ. Der Schraubnachmittag endete damit, dass er ein Gästefahrrad als Ersatz für sein defektes Fahrrad ausleihen wollte. Als ihm erklärt wurde, wie der Fahrradverleih funktioniert, reagierte er mit Hinschmeissen des Fahrrads und Beschimpfungen und verließ das Gelände.
Aufgrund seiner als dominant wahrgenommenen Verhaltensweisen wurde T am darauf folgenden Mittwoch (der 11. August), als er wieder zur Werkstatt kam, von uns angesprochen. Wir versuchten ihm ruhig zu erklären, welchen Umgang wir uns in der Fahrradwerkstatt wünschen, und dass wir sein Verhalten der Woche vorher nicht dulden würden und baten ihn, wieder zu gehen. Auch Teil der Begründung war, dass eine Person des Kollektivs, die die Woche zuvor vehement von ihm vereinnahmt wurde, die im Indy-Artikel zitierte „Angst" hatte, allerdings nicht vor ihm als Person, sondern vor einer erneuten Erfahrung seines dominanten Verhaltens der vorwöchigen Werkstattzeit. Dies haben wir mehrfach versucht, ihm klarzumachen.
Anstatt auf unsere Bitte einzugehen fing T sehr schnell an lauter zu werden, akzeptierte die Entscheidung nicht und wollte mit der Betreffenden sprechen, die das aber nicht wollte. Er wollte sein Fahrrad holen, das er die Woche zuvor stehenlassen musste, schimpfte weiter, schien sehr wütend und beschimpfte die Person, die ihn angesprochen hatte. Er fragte, warum wir Angst hätten und antwortete selbst, ob wir denn Angst hätten weil er Ausländer sei. Er ließ Andere kaum noch zu Wort kommen, geschweige denn zu seinem Vorwurf Stellung nehmen. Stattdessen schrie er immer lauter, beschimpfte die ihm gegenüberstehenden Leute, gestikulierte dabei heftig. Als er gebeten wurde, nicht mit den Schraubenziehern zu nah vor dem Gesicht einer Person herum zu fuchteln, schrie er noch lauter und warf schlussendlich das Werkzeug auf den Boden, in Richtung der Person. Durch das Geschrei wurden andere Leute, die sich auf dem Platz aufhielten aufmerksam, kamen dazu und fragten was los sei. Zu diesem Zeitpunkt war die Situation schon soweit eskaliert, dass ein Gespräch unmöglich war. Schließlich verließ er das Gelände, kam aber kurz darauf zurück um eine Tasche mit schwerem Inhalt in die Nähe von Menschen zu schleudern. Dies löste Wut bei einer gerade dazu gekommenen Person aus, die daraufhin auf

die Straße ging und sich mit ihm anschrie, und dann zurück zum Platz ging. T kam erneut auf den Weg zum Platz zurück und warf sein kaputtes Fahrrad in den Eingang. Eine Reaktion unsererseits blieb ab dann aus. Nachdem er einige Unbeteiligte auf der Straße anschrie, verließ er schließlich die Gegend.

Das Anschreien auf der Straße war zugegebenermaßen verletzend. T wurde aber an keinem Punkt weder als Rassist, noch als „Ausländer" betitelt oder sein „äußeres Erscheinungsbild" als Begründung für unsere Aufforderung zum Gehen benannt.
Es ging und geht uns nicht um T's bloße Unfreundlichkeit, sondern um sein dominantes respektloses Verhalten, das in Beschimpfung und Bedrohung ausuferte. Es hat durchaus eine Berechtigung, auch in offenen Projekten, Grenzen zu formulieren. Der Vorfall löst in dieser Hinsicht bei uns eine Debatte aus, mit welchen Erwartungen an Verhaltensweisen (Respekt, Verständnis, Anerkennung) die Beteiligung und Nutzung von offenen Projekten verbunden wird, aber auch die Frage, wie in Zukunft mit emotionalen aggressiven Reaktionen umgegangen werden kann, so dass die Erfahrungen weniger verletzend sind.

Die beschriebene Dynamik hat sicherlich mit auf beiden Seiten vorhandenen alltäglichen diskriminierenden Erfahrungen aufgrund von Gender, sozialem Status/Schicht und (zugeschriebener) Herkunft der Einzelnen zu tun.
Die Erfahrung, wenn eine Frau in ihrem Sprechen nicht ernst genommen sondern unterbrochen und übergangen wird, greift in die Wunde alltäglicher Erfahrungen von Frauen missachtendem Verhalten.
Die Wahrnehmung, dass das Gefühl von Bedrohung aufgrund von xenophoben und rassistischen Denkweisen und Wahrnehmungen zustande kommt, muss auch ernst genommen werden.
Wir halten dennoch das Auflösen der Wahrnehmung eines als gewaltförmig (männlich dominant) erlebten Verhaltens in einen Ausdruck von Xenophobie für eine zu kurz gegriffene Sichtweise, die den angegebenen Grund der Abgrenzung schlichtweg ignoriert. Wir hätten uns gewünscht, dass T unsere Kritik hört und Verantwortung für sein Handeln übernimmt, statt sich sofort eskalierend zu verhalten und unsere Kritik als ebenso gewaltformig niederzuschmettern. Wie einleitend schon beschrieben, geht es in der Fahrradwerkstatt auch darum, einen Raum zu schaffen, in dem strukturelle Machtverhältnisse reflektiert werden und dies sich in einem respektvollen Umgang miteinander niederschlägt. Wenn jemand angesprochen wird, weil sein_ihr Verhalten als gewaltförmig erlebt wurde, sollte das ok sein und zum Nachdenken anregen, statt zur reinen Abwehr der Kritik.

Auf beiden Seiten wurde verpasst, auf das ausgelöste Sich-diskriminiert-fühlen einzugehen. Dass jemand auf dem Schwarzen Kanal als internationales queer-feministisches Projekt sich rassistisch behandelt und verurteilt fühlt, ist scheiße. Genauso scheiße ist es, wenn ein Mitglied des Kollektivs die Werkstatt verlassen müsste, weil sie sich dem aggressiven Verhaltens eines Mannes nicht gewachsen fühlt.
Wir als Weiße können nicht beurteilen, was People of Color täglich an Diskriminierung erfahren und was womöglich in T's Aggressionen und (Un-)Geduld mit reinspielt.
Die Frage, ob Xenophobie in das „Sich-Bedrohtfühlen" zur Eskalation beigetragen hat, stellen sich die Beteiligten der Fahrradwerkstatt. Der Vorfall geht nicht spurlos an uns vorbei – wir werden uns weiterhin mit der Frage auseinandersetzen, wie unsere Werkstatt ein offener Raum bleiben kann, wie Ausschlussmechanismen funktionieren und diese ggf. hinterfragen.

Von Nutzer_innen der Werkstatt wünschen wir uns Respekt und Anerkennung für den von der Fahrradwerkstatt geschaffenen Raum mit seinen Ressourcen und für die Menschen, die diesen Raum gestalten. Besonders von Männern wünschen wir uns , dass sie sich auch in nicht-separatistischen Queer-Räumen mit ihrem dominierendem Verhalten auseinandersetzen und es ernst nehmen, wenn sie dazu aufgefordert werden.

Les Lanternes Rouges, 18. August 2010.

Solidarische Ökonomie - lohnt sich das überhaupt? - die PaG-Commons-Tour

Solidarität heißt nicht: die einen spenden, die anderen sammeln ein - sondern es bedeutet das gemeinsame Knüpfen eines wachsendes Netzes gegenseitiger Hilfe.
Und das lohnt sich. Für jede und jeden.

Die Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit (PaG) besteht aus Stadt- und Land-Projektgruppen und vielen einzelnen Personen. Wir teilen unser Wissen, die praktische Arbeit und wir teilen die EigentümerInnenschaft an den Projektgeländen und -gebäuden. Die Überführung unseres Besitzes in allgemein verfügliche Güter (commons), also die schrittweise Öffnung der Eigentumsverhältnisse ist unser Ziel. Dazu müssen die bestehenden Projekte stabilisiert und ausgebaut und das Netz erweitert werden. Vielleicht möchten Sie einen Beitrag dazu leisten?

Wir laden Sie zu einer Bustour ein, um die Kooperative auf dem Karlshof bei Templin kennen zu lernen. Seit vier Jahren wird nach dem dort entwickelten Prinzip der "nicht-kommerziellen Landwirtschaft", also Bedarfs- und Bedürfnis-orientiert, Kartoffeln, Getreide und mehr produziert. Schauen Sie sich die Sache an.

Es erwartet Sie eine anderthalb-stündige Busfahrt mit Informationen und Diskussion über die Projektwerkstatt, am Ziel eine Ladung Bratkartoffeln und Leckeres aus dem SelbstversorgerInnen-Garten, eine Führung über das Projektgelände und eine Dia-Show mit Einblick in Geschichte und Alltag der Kooperative. Oder auch die Möglichkeit, praktische Hilfe zu leisten, wenn Sie das bevorzugen.

Was Sie mitbringen sollten: festes Schuhwerk und jede Menge kritische Fragen.

Abfahrt ist am Sonntag, dem 17. Oktober, um 11 Uhr vor dem Bahnhof Gesundbrunnen; dort werden Sie gegen 19 Uhr auch wieder eintreffen.

Bitte melden Sie sich unter der Email-Adresse: busfahrt@gegenseitig.de an.
Weitere Infos unter:www.gegenseitig.de

70 Jahre seit der Ermordung Leo Trotzkis

So. 17.10.2010
16:00 Uhr, BERLIN,
Auditorium, Friedrichstr. 180

Zur Verteidigung Leo Trotzkis

Die leidenschaftlichen Reaktionen, die der Name Leo Trotzkis auch 70 Jahre nach seiner Ermordung noch auslöst, belegen die bleibende Bedeutung seiner Ideen. Er spielte eine führende Rolle in der Oktoberrevolution und wurde zum unversöhnlichen Gegner des stalinistischen Regimes. Die Debatte über Trotzki dreht sich nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch um die Gegenwart und Zukunft.

Auf der Veranstaltung der PSG wird unter anderem David North sprechen. North ist Chefredakteur der *World Socialist Web Site* und Vorsitzender der amerikanischen *Socialist Equality Party*. Zuletzt hat er das Buch „Verteidigung Leo Trotzkis" veröffentlicht, in dem er die Fälschungen der jüngsten Trotzki-Biografie von Robert Service widerlegt und aufzeigt, dass die Ideen und Perspektiven Trotzkis von brennender Aktualität sind.

V.i.S.d.P.: E. Müller + Hochallee 13 + 20146 HH

"Ohne Abweichung von der Norm ist Fortschritt nicht möglich."

(Frank Zappa, zitiert nach: www.astraturm.de)

Die Mieten in Hamburg steigen kontinuierlich. In den innerstädtischen Vierteln ist es kaum noch möglich, eine Wohnung unter 10 Euro/qm zu finden. Gleichzeitig stehen zahlreiche Gebäude leer, der Leerstand an Büroflächen beträgt momentan 1,17 Mio. Quadratmeter und trotzdem wird immer mehr Büroraum gebaut. Die Wohnungsnot in Hamburg, die vor allem auf Kosten sozial schwächerer Menschen geht, ist aber kein tragisches Schicksal, sondern Ergebnis eines kapitalistischen Immobilienmarktes und einer Wohnungspolitik des Hamburger Senats, die einseitig die Interessen von Unternehmen und VermieterInnen vertritt.

In den vergangenen Jahren sind die durchschnittlichen Wohnungspreise in Hamburg von 8 auf heute 10,25 Euro pro Quadratmeter angestiegen. Insbesondere in den von beschleunigter Aufwertung (Gentrifizierung) betroffenen Stadtteilen sind die Mieten rasant gestiegen - in Altona-Altstadt in den letzten vier Jahren um 12 % und in St. Pauli sogar um 28 %! Die steigenden Mieten und der zunehmende Bau von Eigentumswohnungen bringen es mit sich, dass sich immer weniger Menschen ihre Wohnungen leisten können und zunehmend aus den innerstädtischen Vierteln verdrängt werden.
Gleichzeitig stehen rund 1,2 Millionen Quadratmeter Büroflächen in Hamburg leer. Und es wird immer weiter gebaut: Trotz einer Leerstandsquote von ca. 10% wurden im Jahr 2009 237.000 Quadratmeter Büroraum fertig gestellt. In der Presse wird mit dem Bau von wei-teren 600.000 Quadratmetern für die nächsten Jahre gerechnet. Der Hintergrund dieser absurden Vorgänge ist, dass sich Leerstand für viele Firmen lohnt und dieses Geschäftsmodell zudem gesetzlich verankert ist. Leerstehende Gewerbeflächen können nämlich als Verluste von der Steuer abgeschrieben werden. Anders als bei Wohnraum besteht keine Verpflichtung, den Raum zu vermieten. Mit dem Bau von immer neuen Gewerbeflächen wird gleichzeitig verhindert, dass Wohnraum entstehen kann. Die Knappheit an Wohnraum treibt wiederum die Mieten in die Höhe.
Ein herausragendes Beispiel für die Absurdität des kapitalistischen Immobilienmarktes ist der Astraturm auf St. Pauli, der nach seiner Fertigstellung 2007 bei einer Gesamtfläche von rund 11.300 Quadratmetern heute zu über 70% leersteht.

Aber wie wäre es denn, wenn dieser Raum einfach genutzt wird? Wenn leere Büros für Wohnungslose offen stehen? Wenn Menschen, die seit Monaten auf Wohnungssuche sind, einfach in eine der zahlreichen ungenutzten Büroetagen ziehen? Wenn Studierende sich zum Anfang des Semesters den fehlenden Wohnraum nehmen? Wenn soziale, kulturelle und politische Einrichtungen auch mal in Neubauten ziehen? Wenn der gute Ausblick nicht nur Hintergrund zum Arbeiten bleibt? Wenn Apfelbäume auf den Flachdächern über der Stadt wachsen?
Wenn...

Gegen den Irrsinn aus massiver Wohnungsnot und steigenden Mieten bei gleichzeitigem Leerstand setzen wir ein Recht auf Wohnraum. Der vorhandene Leerstand an Büroraum würde Platz für rund 40.000 Wohnungen bieten.
Am 23. Oktober werden wir deshalb mit einer großen und bunten Demonstration zum Astraturm ziehen, um unserer Kritik an der Hamburger Wohnungspolitik Ausdruck zu verleihen.
Nicht nur der Astraturm steht leer. Seid kreativ, bringt Möbel, Topfpflanzen, Kopfkissen etc. mit.

LEERSTAND ZU WOHNRAUM!

23.10.2010 + 13H + UNI-CAMPUS
DEMO „LEERSTAND ZU WOHNRAUM"

8DMAtribe, AG Mieten im Netzwerk Recht auf Stadt, annaelbe, Bambule, Bramfelder Kulturladen e.V, Brandshof bleibt, Centro Sociale, DIE LINKE Landesverband Hamburg, DIE LINKE.SDS Uni Hamburg, Druckerei im Gängeviertel, elbdeich e.V., Es regnet Kaviar - Aktionsnetzwerk gegen Gentrification, Freizeithaus Kirchdorf-Süd, GEW Studis Hamburg, GWA St. Pauli e.V., HafenVokü, Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V., Hinz&Kunzt, HUDE - Jugendsozialarbeit in Hamburg-Nord, Initiative Komm in die Gänge/Gängeviertel e.V., Initiative Recht auf Wohnraum, Insel-Lichtspiele e.V., Kein IKEA in Altona!, KEMENATE Tagestreff für wohnungslose Frauen, Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hamburg e.V., LINDA e.V., LOMU, Mietshäuser Syndikat HH, Monkeydick-Productions, Moorburg forever, nachtspeicher23 e.V., No BNQ, Not In Our Name, Marke Hamburg, Noya Hamburg, Plenum Hafenstraße, Punkrock St. Pauli, quartieren.org, Regenbogen/Alternative Linke Uni Hamburg, SOPO -Sozialpolitische Opposition Hamburg, Stadtteilladen Eimsbüttel, T-Stube, Verlag Assoziation A, Wasserturm-Ini, Wohnprojekt Ludwigstrasse, Wohnprojekt Parkhaus

LEERSTAND ZU WOHNRAUM

ENDLICH DIE WOHNUNGSFRAGE LÖSEN

Hier entstehen 107 Sozialwohnungen

DEMONSTRATION
23.10. 13 UHR UNICAMPUS

Die Mieten in Hamburg steigen kontinuierlich. Gleichzeitig stehen rund 1,2 Mio. qm Büroraum leer. Aber wie wäre es denn, wenn dieser Raum einfach genutzt wird? Nehmen wir uns das Recht auf Wohnraum!

INTERIM

Polit-Info aus Berlin - umsonst, so lange genug gespendet wird ★

28 10 2010

719

Inhalt

Berlin

- Berlin für alle 4
- XB-Liebig 8

Hamburg

- HH unsicher Demo 9
- Was ist eine Innenministerkonferenz? 11
- Antira-Konferenz Auftaktdemo 13
- Jump and run 15

Interview Eta-Anwalt 19

Nano-Technologie im Krieg 20

HR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns im Briefkasten sein.

per Post:

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim" in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwinden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

...in gut sortierten linken Buch- oder Infoläden, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jede/r sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zukommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Knastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!

IMPRESSUM
HerausgeberIn: Interim e.V.
V.i.S.d.P. Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Autobahnsperren, Raffinerieblockaden, Schulstreiks, Werksbesetzungen, Straßenschlachten – und das alles wegen der Rente mit 62 (und ganz nebenbei der ein oder anderen Schweinerei). Nein, das ist kein Paralleluniversum oder 'Zurück in die Zukunft'. Das ist Frankreich. Im deutschen Kleingarten geht der Sozialabbau dafür munter weiter. Die Selbstbedienungspolitik von Schwarz-Gelb ist erstaunlich. Wir nehmen daraus mit: Eine Gesellschaft steht still, wenn sich die Bevölkerung bewegt. Und dass Straßenblockaden was bringen. Vielleicht ist das ein Tipp für den kommenden Castor.

Aus Stuttgart lernen heißt vor allem, sich von den Bullen nicht verarschen zu lassen. Die haben jetzt zugegeben, dass sie Bullen als Provokateure eingesetzt haben. Diese sollten Situationen eskalieren, um sie auflösen zu können. Von daher: passt auf bei Massenmilitanz, von wo sie ausgeht. Lauft bei Demos mit Menschen, denen ihr vertraut. Organisiert euch! Auch das ist wichtig für die kommenden Wochen.

Wir brauchen uns nicht auszulassen, warum Atomstrom scheiße ist und die Atommafia es mit der in Sizilien locker aufnehmen kann. Die Argumente sind seit Jahrzehnten ausgetauscht. Wir haben an den Ausstieg nie ganz geglaubt. Mit der Verlängerung der AKW-Laufzeiten und der Diskussion um Gorleben als Endlager gibt es dieses Jahr genug zusätzliche Anlässe für Protest. Den Energiekonzernen ihre Profite vermiesen, den strahlenden Müllberg verhindern und der Koalition aus Staat und Kapital eine breite, kampflustige Bewegung entgegen setzen – das alles und noch viel mehr... Auf ins Wendland!

Newletter Nr. 5/ 16.10.2010

Berlin für Alle – Leben ohne Angst – Steigende Mieten stoppen!

Seit Jahren steigen in großen Teilen vor allem der berliner Innenstadt die Mieten rasant. Gleichzeitig nimmt die gesellschaftliche Ungleichheit zu, es gibt immer mehr Armut. Gegen diese Entwicklung gibt es zunehmend Protest und Widerstand auf verschiedenen Ebenen. Über diesen Widerstand möchte dieser Newsletter so umfassend wie möglich berichten.

Wenn ihr zukünftig direkt in Euer E-Mail-Postfach regelmäßig zu Monatsbeginn Informationen über steigende Mieten in Berlin, den Widerstand und interessante Termine erhalten wollt, schickt bitte eine kurze Mail an bfa-mietenstop@riseup.net, oder tragt Euch am besten gleich selbst in die Newsletter-Liste ein unter https://listen.jpberlin.de/mailman/listinfo/berlin_fuer_alle .

Eine Online-Fassung dieses Newsletters mit vielen Links findet ihr unter http://de.indymedia.org/2010/10/292243.shtml. Der nächste Newsletter wird in knapp sechs Wochen Anfang Dezember erscheinen.

Dieser Newsletter existiert nur dank Eurer Mitarbeit! Wenn ihr spannende Aktionen erlebt habt, neueste Informationen besitzt oder einen wichtigen Termin gegen Mieterhöhungen mitteilen wollt, schickt uns eine E-Mail, ebenfalls an bfa-mietenstop@riseup.net!

Friedrichshain

Präsentation der Investoren-Pläne fürs „Maria"-Gelände

Am 22. September wurden im Bau-Ausschuss des Bezirkes die Investoren-Pläne für das „Maria"-Grundstück an der Schillingbrücke präsentiert. Die Investoren, die NPS Tchoban Voss & Co. KG und die Ludger Imholte Projektentwicklung (LIP), planen hier den Bau von fast hundert Luxuswohnungen und eines Hotels. Anscheinend wurde das Gelände, das sich bislang in öffentlicher Hand befand, vom sog. Liegenschaftsfond an die kommerziellen Privat-Investoren bereits verkauft. Wie auch am sonstigen Spreeufer ist auch auf diesem Grundstück abgesehen von einem schmalen Uferweg keinerlei gemeinnützige, öffentliche Nutzung vorgesehen. (Indy)

Zwangsräumung Scharnweber-strasse

Unter massivem Polizeischutz wurde am 7. Oktober eine Wohnung im Hausprojekt Scharnweberstr. 29 geräumt. 5 Bewohner_innen, darunter ein Kleinkind, wurden auf die Strasse gesetzt. Die Räumung veranlasst hatte einer der meist-gehassten Hausbesitzer in Friedrichshain, Gijora Padovicz, dem die Immobilienfirma Siganadia Grundbesitz GmbH & Co KG gehört. Die Wohnung wurde illegal geräumt, obwohl ein gültiger Mietvertrag bestand. Auch der im Erdgeschoss des Hauses existierende Umsonstladen soll demnächst, geht es nach dem Willen des Hausbesitzers Padovicz, durch die Polizei geräumt werden (Indy, taz, ND).

Gemeinsame Besichtigung teurer Luxuswohnungen

Eine Gruppe von Anwohner_innen und Aktivist_innen machte sich am 10. Oktober auf, gemeinsam überteuerte Wohnungen im Friedrichshainer Südkiez zu besichtigen: alle über 10 Euro Warmmiete pro m² teuer, und alle angeboten durch die Lion Hausverwaltung (http://lion-immobilien.de). Die Hausverwaltung war nicht amüsiert, und liess die aufgebrachten Anwohner_innen und die (wenigen) ernsthaft an den überteuerten Wohnungen interessierten Leute vor verschlossenen Türen stehen. Dann gabs noch einen Abstecher zum Schlachthofgelände im Norden, um dort gemeinsam mit der Gruppe „Internationale Hedonist_innen" ein Musterexemplar der sogenannten „Townhouses" zu besichtigen – mit Konfetti, Tanz und Musik. Auch hier zeigte sich der Hausverwalter von dem grossen Interesse überfordert, und holte die Polizei zu Hilfe. Als diese eintraf, waren die Tänzerinnen und Tänzer jedoch bereits wieder ganz woanders – offenbar unter Mitnahme der Liste von Leuten, die sich ernsthaft für das für fast alle von uns unbezahlbare Wohnen in den neuen „Townhouses" interessiert hatten (Indy, taz, PT).

Polizei-Angriff auf alternatives Hausprojekt

Eine angebliche „Ruhestörung" ist seitens der Polizei immer ein gern genutzter Vorwand, um gegen alternative, nichtkommerzielle, politische Projekte vorzugehen. Am 13. Oktober kam es zu einem besonders brutalen Einsatz einer Polizeihundertschaft gegen das alternative Hausprojekt „Liebig 34", bei dem Türen und Fenster zerstört, verschiedene Leute durch Pfefferspray-Einsatz verletzt und diverse technische Geräte beschlagnahmt wurden. (Indy, PT)

Kreuzberg

Videokundgebung am Heinrichplatz

Mit einer Videokundgebung am Heinrichplatz

wurden am 1. Oktober die sogenannten „Berlin on Sale"-Aktionstage eröffnet. Hier wurden nicht nur steigende Mieten, zunehmene Armut und vermehrte Überwachung und Schikane durch Polizei und Ordnungsamt thematisiert, sondern auch auf die konkrete Situation am Heinrichplatz aufmerksam gemacht, wo nicht nur die Wohnungsmieten explodieren, sondern auch vor einigen Monaten das beliebte Cafe „Jenseits" nach einer Verdoppelung der Miete schliessen musste. Demnächst wird dort, wo sich einst das Cafe Jenseits befand, eine teure Cocktailbar eröffnen. (Indy)

Polizei-Razzien am Kottbusser Tor

In den letzten Wochen, wie überhaupt seit einigen Monaten, kam es fast täglich zu grösseren Polizei-Einsätzen am Kottbusser Tor. Offensichtlich ist die aktuelle Strategie, alle Menschen, die sich dort aufhalten, ohne in einem der Cafes zu konsumieren oder in einem der Geschäfte einzukaufen, dauerhaft vom Platz zu verdrängen. Da es sich beim Kottbusser Tor angeblich um einen sogenannten „Kriminalitäts-Schwerpunkt" handelt, können hier Platzverweise vollkommen ohne Begründung verteilt werden – ein Mittel, von dem die Polizei auch reichlich gebraucht macht. (PT)

Wrangelkiez: Umsonstladen und Zentrum gegen steigende Mieten eröffnet

Am Samstag den 2. Oktober besetzten dutzende AktivistInnen ein leer stehendes Ladengeschäft in der Falckensteinstraße 5 und eröffneten einen Umsonstladen inkl. Kiezkafe und Info-Treffpunkt. Damit protestierten sie gegen Gentrifizierung, steigende Mieten und die Verdrängung der AnwohnerInnen aus ihren angestammten Kiezen. Der Mieter (ein alteingesessenes Farben-geschäft) war zuvor vom Hausbesitzer durch eine Erhöhung der Miete um mehr als das Doppelte vertrieben worden. Über das gesamte Wochenende fanden diverse Veranstaltungen, Work-shops und Diskussionsrunden mit mehreren hundert TeilnehmerInnen im Umsonstladen statt. Die Besetzung selbst fand regen Zuspruch bei vielen NachbarInnen, die sich mit der Aktion auch sichtbar durch die Anbringung von Transparenten solidarisierten. Am Montag den 4. Oktober gegen 15 Uhr erschien ein größeres Polizeiaufgebot, das den Laden stürmte und das Projekt abrupt beendete. Dabei kam es zu mindestens einer Festnahme. Das Haus gehört einem Herrn Hollmann, dem wohl noch einige weitere Häuser im Wrangelkiez gehören. die Räumung wurde von der Hausverwaltung Sorgertec Hausverwaltung AG angeordnet. In den nächsten Monaten müssen voraussichtlich diverse weitere traditionelle Läden wegen massiver Mieterhöhungen den Kiez verlassen, darunter auch die Änderungsschneiderei in der Falckensteinstr. 37 (Schwabinger Immobilienverwaltung).

Im Rahmen der Umsonstladen-Aktion gab es eine gut besuchte Anwohner_innen-Versammlung, bei der sich eine neue Kiezgruppe gegen steigende Mieten und Verdrängung im Wrangelkiez gegründet hat. Wer hier an Mitarbeit interessiert ist, kann gerne unter wrangelkiez (at) riseup.net den Kontakt aufnehmen.

Die Mieter_innen des Hauses Falckensteinstr. 5, die sich mit der Umsonstladen-Eröffnung solidarisierten und Transparente gegen steigende Mieten aus ihren Fenstern hingen, bekamen binnen 24 Stunden Post von ihrer Hausverwaltung Sorgertec AG. In diesen Schreiben wurde gefordert, die Transparente gegen steigende Mieten, die nicht nur das „Hausbild verunstalteten", sondern auch eine „Beleidigung des Hausbesitzers darstellten", umgehen zu entfernen, sonst drohe eine fristlose Kündigung.

Farbe gegen Hausverwaltung

Die T. Akar Hausverwaltung, die seit Jahren das Hausprojekt Adalbertstr. 6 schikaniert und die Schliessung des offenen Raumes im Erdgeschoss erzwungen hat, wurde offenbar mittels Farbbeuteln auf die Wut der Mieterinnen und Mieter im Kiez über ein solches Vorgehen aufmerksam gemacht. Aus der Erklärung dazu: „Ob in Mitte, Kreuzberg, Neukölln, Wedding, Prenzlauer Berg oder wo auch immer. Der Ausverkauf der Stadt heißt steigende Mieten für die einen und satte Gewinne für die andern. Wir meinen, alle haben das Recht, dort zu wohnen, wo sie wollen. Niemand hat das Recht, daraus Profit zu schlagen... Viele Mieter_inneninitiativen kämpfen tagtäglich gegen diese Entwicklung. Wir sind Teil davon. Dienstag Nacht haben wir einfach mal unsere Wut sprechen lassen. Wütende Nachtaktive." (DA)

Die Reiche nur für Reiche?

Gut besucht war eine Info-Veranstaltung mit diesem Titel am 7. Oktober im Hausprojekt Reichenbergerstr. 63a (http://reiche63a.blogsport.de), das unmittelbar von einer massiven Mieterhöhung bedroht ist. Im Reichenberger Kiez sind die Mieten in den letzten Jahren explodiert. Während viele Menschen mit geringen Einkommen deswegen wegziehen müssen, scheint der Markt für Luxuswohnungen gut zu funktionieren. In der Glogauer Strasse sind derzeit sogenannte „Lofts" für über eine Million Euro zu haben, und nur einen Block weiter kann für nur 2-3 Millionen Euro ein sogenanntes „CarLoft" erworben werden („CarLoft": Luxuswohnung mit Autoaufzug und Garten auf jeder Etage). (wba)

Demonstration gegen MediaSpree

Etwa 200 bis 300 Menschen demonstrierten am 9. Oktober gegen die Bauvorhaben am Spreeufer, die anstehende und oft auch schon erfolgte Privatisierung aller Spreeufer-Grundstücke für

kommerzielle Nutzungen und die steigenden Mieten in den angrenzenden Bezirken. Die Demo führte vom Kottbusser Tor in Kreuzberg zum neuen Luxushotel (Zimmer bis 2.500 Euro – pro Nacht!) an der Oberbaumbrücke in Friedrichshain, dem Nippon Hotel, das als „Flagship der nh-Hotelkette" Mitte November eröffnen soll (Indy).

Mitte

Demonstration gegen steigende Mieten und Verdrängung

Unter dem Motto „Raus aus dem Kiez – rein in die City!" fand am 16. September eine Demonstration gegen steigende Mieten und Verdrängung statt, an der etwa 400 bis 500 Menschen teilnahmen. Während des Demonstrationszuges vom Roten Rathaus zum Rosenthaler Platz wurde auf die akut bedrohte Situation verschiedener berliner Hausprojekte und die allgemein in vielen Kiezen zu beobachtenden Prozesse von Mieterhöhungen und Verdrängung informiert. (wba)

Alternatives Projekt „Linienhof" bedroht

Das alternative Werkstatt-Projekt „Linienhof" in der Linienstrasse ist akut bedroht, weil ausgerechnet hier eine sogenannte „Baugruppe" teure Eigentumswohnungen errichten will. An dem geplanten neuen Luxus-Projekt sind u.a. die „alternative" Architektin Anne Lampen, der Journalist und Globalisierungskritiker Mathias Greffrath sowie Hortensia Völckers, die künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes, beteiligt. Am 3. Oktober lud der „Linienhof" die Anwohnerinnen und Anwohner zu Kaffee, Kuchen und gemeinsamen Gesprächen über steigende Mieten und Verdrängung ein. Obwohl die neuen Eigentümer Druck machen, endlich mit dem Bau der teuren Wohnungen beginnen zu wollen, sind die Nutzer_innen des alternativen Projektes „Linienhof" entschlossen, sich keinesfalls ohne Widerstand verdrängen zu lassen. (Indy)

Neukölln

Konkrete Kritik an Quartiersmanagement

Gerade in Neukölln haben sich verschiedene sogenannte „Quartiers-Managenments" offenbar zu Hauptaufgabe gemacht, an der Verdrängung von Menschen mit geringen Einkommen aus den verschiedenen Vierteln aktiv mitzuwirken, etwa das berühmt-berüchtigte QM Okerstraße mit ihrer sogenannten „Tasc Force". Menschen, denen die steigenden Mieten und die damit einhergehende Verdrängung ein Dorn im Auge ist, sind daher oft auch auf die Quartiers-managements nicht besonders gut zu sprechen. Aus einer Erklärung, die bei „Direct Action" veröffentlich wurde: „Wir haben in der Nacht vom 22. auf den 23. September das Quartiers-management in der Hobrechtstrasse in Neukölln angegriffen... Das Quartiers-managment ist Dreh und Angelpunkt der Befriedungs- und Kontrollbestrebungen in Neukölln." (DA)

Zu Besuch im Jobcenter

Im Rahmen der Aktionstage „Berlin on Sale" haben Aktivist_innen am 8. Oktober dem Jobcenter Neukölln einen Besuch abgestattet, um gegen die alltäglichen Schikanen auf dem Amt und das ganze Hartz4-System mit Freibier und Orangensaft, Flyern und Transparenten zu protestieren. Der mieseste Sachbearbeiter wurde ausgezeichnet. Die Jobcenter-Verantwortlichen zeigten wenig Verständnis für diese kreative Aktion und riefen die Polizei. (Indy, http://zusammendagegen.blogsport.de)

Auto von „Sicherheits"-Firma kaputtgegangen

Während die Mieten steigen und die Einkommen sinken, boomt gleichzeitig die sogenannte „Sicherheits"-Branche. Durch Wachschutz und Überwachung soll das private Eigentum der Besitzenden vor der Wut der Ausgegrenzten in Sicherheit gebracht werden. Doch manchmal gelingt es den „Sicherheits"-Firmen nicht einmal, ihr eigenes Eigentum wirksam zu schützen. So geriet am 11. Oktober in Neukölln ein Auto des Marktführers für Überwachung und Security, „Alarm Nord", in Brand. Aus der Erklärung dazu: „Keine Schweinerei der Reichen ist mehr denkbar ohne private Söldner, die den Status Quo schützen. Ganz übel tut sich dabei die Firma "Nord Alarm" aus Hamburg hervor... Wir haben deshalb am 11. Oktober in Neukölln ein Dienstfahrzeug von Nord Alarm verbrannt." (DA)

Prenzlauer Berg

Camp gegen Verdrängung auf Kollwitz-Platz

Am 2. Oktober bauten einige Dutzend Aktivist_innen ein Camp auf dem Kollwitz-Platz auf, um gegen die massiv gestiegenen Mieten im Kiez und die damit verbundene Verdrängung von Menschen mit geringen Einkommen zu protestieren. In den Abendstunden wurde das Camp von der Polizei geräumt. (Indy)

Umsonst einkaufen im Bio-Supermarkt

Eine grössere Gruppe der sogenannten „Überflüssigen" stattete am 2. Oktober dem grössten Bio-Supermarkt Europas, der LPG in Prenzlauer Berg, einen Besuch ab, um sich gemeinsam mit diversen Bio-Produkten auszustatten. Aufs Geld musste diesmal nicht geschaut werden, denn bezahlt wurde nicht. Mit der

Aktion sollte darauf aufmerksam gemacht werden, dass von geringen Einkommen oder Hartz 4 nicht einmal eine angemessene Ernährung mehr möglich ist, und eine günstige Alternative zum teuren Einkauf im Bio-Supermarkt aufgezeigt werden. (Indy)

Kritik an „Immobilienbüro“

Bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage wurden am 14. Oktober die Scheiben eines „Immobilienbüros in der Kollwitzstrasse“ durch „Klein-pflastersteine“ zerstört, wie uns die Polizei mitteilt. Offensichtlich hat sich hier jemand, vielleicht bei betroffenen Mieter_innen oder bei Anwohner_innen, gerade sehr unbeliebt gemacht. (PT)

Treptow

Protest gegen „Baugruppen“

Auch in Alt-Treptow steigen stark die Mieten. Gleichzeitig werden an jeder zweiten Ecke teure Eigentumswohnungen gebaut, oft in Form sogenannter „Baugruppen“ (Eigentümer-Gemeinschaften). Am 18. September hatte die Kiez-Initiative „Karla Pappel“ (http://karlapappel.wordpress.com) dazu geladen, an einer Besichtigung eines solchen „Baugruppen“-Grundstückes teilzunehmen. Bei denjenigen, die an teuren Wohnungen interessiert waren und sich solches auch leisten können, war leider wenig Verständnis dafür vorhanden, was das für einen Kiez bedeutet, in dem die Mieten eh schon steigen. Wenig Verständnis zeigte auch die Polizei, die in grossen Mengen anwesend war. Offensichtlich haben die zukünftigen Eigentümer schicker Wohnungen recht viel Angst vor ihren zukünftigen Nachbarinnen und Nachbarn, den Anwohnerinnen und Anbewohnern in Alt-Treptow. (wba)

Wedding

Umsonst-Dinner auf Leopoldplatz

Am 4. Oktober gab es eine Aktion auf dem Leopoldplatz im Rahmen der Aktionstage „Berlin on Sale – nicht mit uns!“ Kiezgruppen hatten eingeladen zu einem Umsonstdinner, um direkt auf dem Leopoldplatz das Thema Gentrifizierung und Vertreibung aus dem öffentlichen Raum zu diskutieren. Hier gibt es schon länger Auseinandersetzungen um Quartiersmanagement, Kirche (der der größte Teil des Platzes gehört), Anwohner_innen und andere Nutzer_innen. So war das Buffet mit mindestens 100 Leuten auch gut besucht, es wurde über den Platz, die Veränderung im Kiez und die Frage „Wie organisieren wir uns dagegen?“ diskutiert. Gestört wurde die gute Stimmung nur durch die Polizei, die in grossen Mengen anrückte, um gegen das öffentliche gemeinsame Essen vorzugehen, sowie durch die Kirche, die glaubte, mit Wachschutz und Absperrband den ihr gehörenden Platzteil gegen eine öffentliche, gemeinsame Nutzung verteidigen zu müssen (Indy).

Berlin

Laurynas wieder frei

Laurynas, der im Frühjahr letzten Jahres festgenommen wurde, weil er auf einer Demonstration gegen steigende Mieten, Verdrängung und die Räumung alternativer Projekte angeblich einen Polizeiwagen geschaukelt und einen Polizisten verletzt haben soll, wurde am 20. September nach 18 Monaten Knast entlassen. Herzlich willkommen zurück in der Freiheit auch von unserer Seite aus! (Indy)

„Berlin fährt frei“

Am 12. Oktober waren die Aktivisten der Kampagne „Berlin fährt frei“ wieder einmal unterwegs, um Bürgerinnen und Bürger für die Idee eines kostenlosen Nahverkehrs in Berlin zu begeistern. Wir unterstützen diese Forderung: auch wenn wir es schaffen, die Mieten auf ein erträgliches Mass zu reduzieren oder sogar die Häuser endlich denen gehören werden, die sie brauchen, nämlich uns allen, besteht noch lange kein Grund, überhöhte Ticketpreise für den öffentlichen Nahverkehr zu bezahlen (Indy, http://berlin-faehrt-frei.de).

Eine Auflistung diverser lokaler Mieter_innen-Initiativen in den verschiedenen Bezirken in Berlin findet sich unter http://mietenstopp.blogsport.de/links/lokale-initiativen. Ein Überblick über anstehende Veranstaltungen und Aktionen findet sich unter http://mietenstopp.blogsport.de/termine .

Quellen

Indy: Indymedia, http://de.indymedia.org +++ SMS: Steigende Mieten stoppen!, http://mietenstopp.blogsport.de +++ WBA: Wir bleiben Alle-Kampagne, http://wba.blogsport.de +++ DA: Direct Action Germany, https://directactionde.ucrony.net +++ PT: Polizei-Ticker http://www.berlin.de/polizei/presse-fahndung/presse.html +++ PM: per Mail eingetroffen +++ taz: Taz +++ Tsp: Tagesspiegel +++ BeZ: Berliner Zeitung +++ MoPo: Morgenpost

ViSdP: Maria zur Hummel, Admiralstr. 12, 10999 Berlin

Polizei mit Billardkugeln beworfen

Eigentlich ging es nur um zu laute Musik, doch am Ende hagelte es Farbeier und Billardkugeln. Nach der Beschwerde einer Anwohnerin über zu viel Lärm rückte in der Nacht zu Donnerstag eine ganze Einsatzhundertschaft der Polizei zur Liebigstraße in Friedrichshain aus. An der Ecke Rigaer Straße drang gegen 22 Uhr Musik aus einer alternativen Szenekneipe im Erdgeschoss. Als Polizisten vor dem Haus eintrafen, um Kontakt zu den Verantwortlichen aufzunehmen, schlugen einige Personen die Eingangstür zu und klemmten eine Polizistin ein.

Mit einer Brechstange mussten Beamte der hinzugezogenen Einsatzhundertschaft ihre Kollegin befreien, während von innen weiter gegen die Tür gedrückt wurde. Um 23.45 Uhr war der Lärm immer noch zu laut und die Türen verbarrikadiert. Plötzlich flogen Steine, Farbeier und Billardkugeln auf die Beamten vor dem Gebäude, mehrere Einsatzfahrzeuge wurden getroffen. Da weitere Gesprächsversuche mit den Bewohnern erfolglos waren, besorgten sich die Einsatzkräfte einen richterlichen Durchsuchungsbeschluss für das Lokal. Mit einem Trennschleifer öffneten sie kurz nach 3 Uhr ein von innen mit Metall und Möbeln verbarrikadiertes Fenster. Anschließend wurden Dutzende Lautsprecherboxen, Trommeln, Mischpulte, Abspielgeräte und E-Gitarren beschlagnahmt. Tatverdächtige konnte die Polizei im Gebäude nicht finden. Vor dem Haus wurden lediglich die Personalien von 16 „mutmaßlichen Unterstützern" aufgenommen. Beim Abtransport des konfiszierten Inventars bewarfen Vermummte aus dem Haus heraus erneut Polizisten und Einsatzfahrzeuge mit Steinen, Flaschen und Farbeiern. Vier Beamte wurden leicht verletzt. Jetzt laufen Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung. In den letzten Monaten hatte es oft nächtliche Auseinandersetzungen vor dem Gebäude gegeben. *Tsp*

Am Abend des 13. Oktober verschaffte sich die Polizei gewaltsam Zutritt in die Vereinsräume des XB. Sie entwendeten Technik und Musikinstrumente. Es gab Widerstand gegen diesen Einsatz aber weder eine spontane Mobilisierung noch eine andere angemessene Antwort.
Danach entbrannte auf indymedia die übliche Schlammschlacht. Seit einiger Zeit folgt jeder Bullenaktion gegen eine Party oder ein Projekt Kritik an den Leuten, die etwas gegen die Bullen unternehmen und Kritik von anderen dass nicht hart genug auf solche Angriffe reagiert würde.
Bei allen gestürmten Partys traf die Behauptung, dass Provokationen von eigenen Leuten auf der Strasse den Einsatz auslösen nicht zu.
Es stellt sich daher die Frage ob Projekte wie das XB/Liebig 34 überhaupt Unterstützung bei Bullenanangriffen wünschen - die Stellungnahmen aus dieser Richtung deuten eher auf das Gegenteil hin.
Wir haben oft flexibel auf das Vorgehen der Polizei reagiert, so auch am 13. Oktober. Dabei sehen wir in dem Kampf um Freiräume keinen Stellvertreterkonflikt in dem die Projekte instrumentalisiert werden. Strukturen, die sich mit der Anwesenheit der Polizei direkt an ihrer Haustür abgefunden haben und sich alles gefallen lassen, müssen nicht von Aussen verteitigt werden.
Solange es keine gegenteilige Stellungnahme der Liebig 34 gibt, gehen wir davon aus das dort kein Widerstand mehr erwünscht ist.
Eine Diskussion zu diesem Thema könnte den weiteren Rückzug aus der Öffentlichkeit und das Vergraulen von Aktivist_innen bremsen und Desaster wie das Strassenfest im Sommer vermeiden.

Demo gegen die Innenministerkonferenz
13.11.2010 | 18 h | Hamburg Gänsemarkt

HAMBURG UNSICHER MACHEN!!

Vom 17. bis 19. November wird in Hamburg die Innenministerkonferenz stattfinden. Drei Tage werden die Planer und Akteure der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur ihre Projekte weiter diskutieren und vorantreiben.

Aber auch wir werden unter dem Motto Hamburg unsicher machen eine Woche auf den Straßen dieser Stadt präsent sein, um unser Verhältnis zur IMK deutlich werden zu lassen.

Zum Auftakt einer Aktionswoche gegen das Treffen von Politik, Polizei und Geheimdiensten rufen wir zu einer starken linksradikalen Demonstration am 13. November in Hamburg auf. Wir wollen auf die Straße tragen, dass wir als passive Zielobjekte ihres Sicherheitsbegriffes nicht zu haben sind. Wir bleiben handelnde Subjekte in unserer grundsätzlichen Infragestellung des herrschenden gesellschaftlichen und ökonomischen Systems.

Die Tagung der Innenminister ist ein zentrales Instrument kapitalistischer Herrschaftssicherung und dient der Vernetzung einer gesamtgesellschaftlich ausgelegten Sicherheitsarchitektur, die weit über die Koordination polizeilicher Arbeit hinaus geht. Neben dem klassischen Feld von Verbrechensbekämpfung ist die IMK daher Motor für die Entwicklung umfassender staatlicher Repressionsstrategien. Diesen liegt einen Begriff von "Innerer Sicherheit" zugrunde, der vor allem die Sicherung des gesellschaftlichen Hegemonieanspruchs kapitalistischer Verwertungsbedingungen im Fokus hat. Entsprechend breit ist die Themenpalette: rassistische Sondergesetze nach Innen, die Organisierung des Grenzregimes zur Abwehr von Flüchtlingen, präventive Überwachungs- und Ausforschungsprogramme unter dem Deckmantel der "Terrorismusbekämpfung", das Zusammenführen von Polizei und Verfassungsschutzämtern. Unter dem Deckmantel öffentlichwirksamer Themen wie "Gewalt gegen Polizisten", "Fussballgewalt" oder "Bekämpfung extremistischer Gewalt" werden die Instrumente eines autoritären in alle gesellschaftlichen Lebensbereiche hineinwirkenden Sicherheitsapparats ausgebaut.

Dabei nimmt gerade die Diskussion um die Bekämpfung der gleichgesetzten Gewalt von rechts und links aktuell einen großen Raum ein. Mit Hilfe der Extremismustheorie wird versucht, den gesellschaftlichen Blick wieder verstärkt auf den Feind des staatlichen und gesellschaftlichen Systems zu ziehen, der Links steht. Die Gleichsetzung faschistischer Ideologien, die die Vernichtung von Menschen propagieren, mit einer linksradikalen Utopie, die die Befreiung der Menschen als Mittelpunkt hat, wird als Instrument genutzt, um verschärfte Repression gegen links öffentlich zu legitimieren. Verwischt werden sollen die Verbindungen und Entsprechungen, die es ideologisch von einer neonazistischen Rechten in die sogenannte Mitte der Gesellschaft gibt.

Die Militarisierung nach Innen durch die zunehmende Einbeziehung der Bundeswehr im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit spielt ebenfalls eine zentrale Rolle. In der Logik der aktuellen Sicherheitsdoktrin, die Freiheit (dieses Systems) würde auch am Hindukusch mit einem entsprechenden Kriegseinsatz in Afghanistan verteidigt, wird die BRD zum Rückraum einer kriegsführenden Bundeswehr. Damit bekommt die Ideologie der vernetzten Sicherheit, die dem Projekt der zivilmilitärischen Zusammenarbeit zugrunde liegt, eine sehr konkrete Bedeu-

Weder „extrem" noch „totalitär", sondern revolutionär gegen die extreme Totalität der Verhältnisse!

tung. Innere und äußere Sicherheit verschmelzen zu einem einzigen Begriff und Ausnahme- und Normalzustand nähern sich als Verhältnisse immer mehr aneinander an.

Linksradikale Perspektiven und emanzipatorische Lebensentwürfe, Menschen, die als formuliertes politisches Ziel die Überwindung der herrschenden Verhältnisse verfolgen, sind genauso im Fokus der Sicherheitsideologen, wie alle anderen, die den kapitalistischen Normalzustand in Frage stellen und gefährden.

Militärische Großaufgebote der Polizei bei Demonstrationen sind genauso wie die konsequente Aushebelung des Versammlungsrechtes zur Normalität geworden. Selbst dem Straßenfest im Schanzenviertel stellte die Staatsmacht kanpp 3000 Beamt_innen entgegen und sprach im Vorfeld über 20 Aufenthaltsverbote aus.

Wo immer es geht, soll linksradikale Politik delegitimiert und denunziert werden. Dem gelungenen Angriff auf die Lerchenwache in Hamburg folgte eine Welle staatlicher Propaganda, die den Aktivist_innen brutale und sinnlose Tötungsabsicht unterstellte. Auch der im Herbst beginnende Prozess gegen Verena Becker wegen des Angriffs der RAF auf den damaligen Generalbundesanwalt Buback ist der fortgesetzte Versuch linke militante Politik als unpolitisch und aussichtslos zu erklären und Menschen auch 33 Jahre nach einer vorgeworfenen Aktion in den Knast zu sperren.

Die Innenministerkonferenz (IMK) findet jedes Jahr in wechselnden Bundesländern als Frühjahrs- und Herbsttreffen statt. In diesem Jahr ist Hamburg das gastgebende Bundesland und der ehemalige Hamburger Verfassungsschutzchef und neue Innensenator Heino Vahldieck wird den Vorsitz führen.
Die IMK ist das regelmäßige Treffen aller Länderinnenminister und -senatoren, an dem aber auch die Chefs und weitere Vertreter_innen von Verfassungsschutz und Landeskriminalämtern teilnehmen. An bestimmten Arbeitsgruppen sind zudem u.a. der Präsident des BKA, Angehörige der polizeilichen Führungsakademie sowie des Bundesamtes für Verfassungsschutz eingebunden.

Linksradikale Gesellschaftsentwürfe und Perspektiven haben eine brennende Aktualität im Angesicht der sozialen Konsequenzen kapitalistischer Krisenhaftigkeit.

Auch am 13. November kommen wir nicht, um uns zu beschweren. Wir wollen die Verhältnisse, die den kapitalistischen Normalzustand ausmachen, gefährden und überwinden. Wenige Tage vor der IMK wollen wir zeigen, wer die Friedhofsruhe stört und wer die kapitalistische Sicherheit gefährdet.

autonome zusammenhänge

Kommt zur Demonstration gegen staatliche Repression und Extremismustheorien!

13.11.2010 | 18 h | Hamburg Gänsemarkt

HAMBURG UNSICHER MACHEN!!

Weitere Termine zur IMK: 13.11. Antira-Demo, Jump & Run, Antirepressionsdemo
14.11. bis 19.11. Aktionstage in Hamburg | 17.11. Demo für ein echtes Bleiberecht
Infos zu den Protesten: no-imk.blogsport.de

Kontakt: no-imk@nadir.org | Infotelefon: 01578/8 90 09 73
Schlafplatzbörse: sleepwell-hh@nadir.org, Tel.: 01578/8 90 09 72 (ab 6.10. 18-20 Uhr)

UnSicher?

Die Innenministerkonferenz (IMK) ist eine seit 1954 regelmäßig stattfindende Konferenz der Innenminister (es sind tatsächlich nur Männer) und -senator_innen der deutschen Bundesländer unter Beteiligung verschiedener Sicherheits- , Verfassungsschutz- und Polizeiorgane, wie das LKA. An bestimmten Arbeitskreisen, die die Konferenz vorbereiten, nehmen zudem die Präsidenten des Bundeskriminalamtes, der polizeilichen Führungsakademie und des Bundesverfassungsschutzes teil.

Bei den Treffen stehen Themen rund um die Begriffe „Innere Sicherheit", „Ausländerrecht", „Verfassungsschutz- und Polizeiangelegenheiten", „Bekämpfung des Terrorismus", „Gefahrenabwehr" oder auch „Linksextremismus" im Vordergrund.
Dabei zeigen sowohl die personelle Zusammensetzung in der Vorbereitung und auf den Tagungen als auch die Inhalte, dass sich hier nicht nur die politische Ebene trifft, sondern gleichzeitig die Exekutive mit am Tisch sitzt, woraus sich die immense praktische Bedeutung der IMK ergibt.

Die IMK findet jedes Jahr im Frühjahr und Herbst in wechselnden Bundesländern statt. für November, wenn von Mittwoch, den 17., bis Freitag, den 19., die Herbstkonferenz abgehalten werden soll, rufen wir zu bundesweiten Protesten, Demos und Aktionen auf, um den Innenministern während ihrer Konferenz in Hamburg kräftig in die Suppe zu spucken.

13. - 19. November 2010

BUNDESWEITE DEMONSTRATIONEN UND AKTIONSTAGE

Gegen die Innenministerkonferenz, rassistische Flüchtlingspolitik, staatliche Repression und innere Sicherheitsdiskurse

Hamburg UnSICHer machen !!!
I.M.K versenken!

13.11. Auftaktdemo 14 Uhr Hachmannplatz
Antirepressionsdemo 18 Uhr Gönsemarkt

14.11. Vollversammlung und Vorbereitung
19 Uhr Rote Flora

15.11. Gegen Gentrifizierung und Repression - ein Stadtrundgang
Start 18.30 Uhr Rote Flora

16.11. Knastkundgebung

17.11. Demo von Jugendliche ohne Grenzen und antirassistischen Gruppen
17.30 Uhr Hachmannplatz

18.11. »Cross the City« Antirepressive Schnitzeljagd

19.11. Abschlussaktionen

Mehr Aktionen und Veranstaltungen: http://no-imk.blogspot.com

Kontakt: no-imk@nadir.org | Infotelefon: 01578 8900973

Schlafplatzbörse: sleepwell-hh@nadir.org | Tel.: 01578 8900972 (18-20 Uhr ab 6.10.)

Sicher
Ausgangspunkt für unsere Proteste sind die verschiedenen Arten von Druck und Ausgrenzung innerhalb einer autoritär formierten Gesellschaft. Nahezu alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche sind von Repression betroffen und immer mehr Menschen bekommen diesen Druck direkt oder indirekt zu spüren. Dabei gibt es einerseits eine legislativ bedingte Repression, die vor allem durch Entzug von Rechten, in Form der Strafverfolgung und durch staatliche Gefahrenabwehr direkt auf das Leben von Gruppen oder Einzelpersonen einwirkt. So beispielsweise im Zusammenhang mit der Abschiebung von Migrant_innen oder im Überwachungs- und Datensammlungsbereich.

Oft übersehen und dennoch von wesentlicher Bedeutung ist andererseits die indirekte Wirkung von Druck und Stimmungsmache auf das Bewusstsein der Bevölkerung wie z.B. im Zusammenhang mit einer sogenannten „islamistischen Terrorgefahr". Hier wird ein Sicherheitsbedürfnis geschaffen, in dessen Zuge die Akzeptanz gegenüber weiteren Kontrollmaßnahmen zu Ungunsten kollektiver und individueller Freiheiten der Menschen wächst. Die Macht- und Repressionsausübung erfolgt also nicht allein von außen, sondern maßgeblich von Teilen der Gesellschaft selbst. In der Selbstdisziplinierung bezüglich seiner Markttauglichkeit, dem Wunsch dazu zu gehören, verurteilen und bekämpfen Individuen abweichende Verhaltensweisen und fügen sich gleichzeitig der vermeintlichen „Normalität", der Friedhofsruhe des kapitalistischen Normalzustands.

Der strategische Nutzen für den Staat liegt dabei in der Logik des Selbstbewahrens, dem Bestreben also, seine Souveränität und Legitimität aufrecht zu erhalten. Im Hinblick auf den Markt sollen zudem die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung sowie die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse garantiert und die heimische Wirtschaft abgesichert werden. Das ist zwangsläufig nicht zu leisten, ohne Druck auf die Bevölkerung und das Sozialsystem auszuüben. In Zeiten der Krise eignen sich Feindkonstruktionen und Bedrohungsszenarien bestens, um eine Befriedung der Massen und die Einheit zu garantieren. Ganz nach dem Motto: „Wir müssen zusammenhalten, gegenüber den Migrant_innen, Terrorist_innen und Sozialschmarotzer_innen." Die permanente Überwachung und stetig zunehmende Kontrolle der Gesellschaft ist eben diesem staatlichen Interesse am Selbsterhalt geschuldet.

Abgesichert
In diesem Zusammenhang ist die Innenministerkonferenz einer der wesentlichen Motoren. Hier werden die Rahmenbedingungen zur Garantie einer verfügbaren und gefügigen Bevölkerung vorbereitet. Hier werden auch für die bundesdeutsche Politik ausschlaggebende Gesetzesinitiativen eingeleitet.
Beispiele aus den letzten Konferenzen sind die Verschärfung des Versammlungsrechts, das partielle Streikverbot, Stadionverbote für Fußball-Fans und Ortsverbote für nicht ins Konsum-Innenstadt-Image passende oder auf öffentlichen Plätzen ungern gesehene Menschen.
Der Kontrollbedarf spiegelt sich auch in den Beschlüssen zur Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung, dem Aufbau und der Vernetzung von Datenbanken (z. B. Anti-Terror-Datei und EURODAC) und der Einführung biometrischer Daten in Ausweisen wider. Bisher betreffen die Auswirkungen vor allem konstruierte „Randgruppen" oder vermeintlich „Überflüssige": So sollen rassistische Sondergesetze Migration, Abschiebungen und Aufenthalte im marktwirtschaftlichen Sinne „regulieren".
Mehr und mehr zeichnen sich jedoch Tendenzen ab, die gesamte Bevölkerung zu kontrollieren bzw. zu disziplinieren, z.B. die Beschlüsse zur Aufhebung des Bankgeheimnisses für Menschen, die Sozialleistungen beziehen müssen.

Die IMK steht auch für eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und jeglichen politischen Handelns. Jede Form staatlicher Repression und die Durchsetzung eines neuen Begriffs der Inneren Sicherheit spielt sich vor der Realität des Krieges ab. Militarisierung bedeutet daher heute noch mehr als den Einsatz der Bundeswehr im Inneren oder zivil-militärische Zusammenarbeit.
Nicht nur durch die Flut von Sicherheitsgesetzen wird ein permanenter Ausnahmezustand behauptet und umgesetzt. Der Kriegszustand, in dem sich die BRD befindet, wird auf die gesellschaftlichen Bedingungen im Inneren übertragen und zur Normalität erklärt. Öffentliche Gelöbnisse und Werbeveranstaltungen in Schulen und Arbeitsämtern sind Beispiele für genau dieses Normalisierungsbestreben.

Entsichern!
Viele politische Gruppen, ob links oder linksradikal oder autonom, die zu unterschiedlichen Themen arbeiten, haben sich in einem Arbeitskreis zusammen gefunden, um kollektiv der Überwachungsmaschinerie etwas entgegenzusetzen. Auch wenn wir untereinander Widersprüche haben, verbindet uns ein antikapitalistischer Politikansatz. Auf dieser Grundlage sehen wir die IMK als Ausdruck des politischen und ökonomischen Systems. Das Treffen der Innenminister soll Kontrolle und Repression im Sinne von Systemstabilität und Verwertungssicherheit weiterentwickeln und optimieren. Unsere Kritik an der IMK ist synonym mit einer Kritik an Herrschaft, an Macht- und Gewaltstrukturen.

Unser Protest gegen staatliche Repression und autoritäre Ideologien im Inneren ist auch Protest gegen ein weltweites kapitalistisches Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem. Nur eine herrschaftsfreie Gesellschaft kann ein gerechtes Zusammenleben möglich machen. Hamburg soll im November zur No-Go-Area für die IMK-Schergen werden. Zeigen wir, dass wir ihre Politik zum Kotzen finden!

IMK angreifen!
Hamburg unsicher machen!

13. - 19.11. Aktionen, Veranstaltungen, Workshops, Konferenzen, Theater von unterschiedlichen Gruppen und Spektren. Hierzu wird eine gemeinsame Infrastruktur eingerichtet mit Schlafplätzen und Treffpunkten für Proteste. Wir rufen alle auf, sich Zeit zu nehmen, eigene Aktionen zu überlegen oder an vorbereiteten Programmpunkten aktiv teilzunehmen.

NO-IMK Hamburg | http://no-imk.blogspot.com

13.11.

Hamburg UnSiCHeR machen !!! I.M.K. versenken!

14 Uhr Hachmannplatz
Hauptbahnhof Hamburg

Antirassistische Auftaktdemo gegen die Innenministerkonferenz

Freedom of movement is everybody's right!

Die Innenministerkonferenz (IMK) findet seit 1954 zweimal jährlich in unterschiedlichen Bundesländern statt – dieses Jahr in Hamburg unter Vorsitz des Innensenators Heino Vahldieck, dem früheren Verfassungsschutz-Chef. Die Herbstkonferenz findet vom 17.-19.11.10 statt.

Die IMK beschäftigt sich hauptsächlich mit repressiven Themen wie rassistischen Sondergesetzen, „Terrorbekämpfung" und Ausbau des Überwachungs- und Kontrollapparates. Unter den bisherigen Beschlüssen der IMK waren viele der rassistischen Sondergesetze zur Eindämmung von Migration und Aufenthaltsrechten. Folgen der Politik der IMK sind deutlich: Jeden Tag sterben Menschen an den Außengrenzen Europas. Jeden Tag werden Menschen in Folter, Tod und Hunger abgeschoben. Jeden Tag werden Menschen in Deutschland systematisch auf Grund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Geschlecht oder Kultur offen diskriminiert oder eingesperrt. In Hamburg ist St. Georg ein Stadtteil, in dem diese und generell repressive Politik z.B. durch Drogenverbotspoli-

BUNDESWEITE DEMONSTRATIONEN UND AKTIONEN

13.11. Antirepressionsdemo ***18 Uhr Gänsemarkt***

15.11. Stadtrundgang gegen Gentrifizierung und Repression ***18.30 Uhr Rote Flora***

16.11. Knastkundgebung

17.11. Demo von antirassistischen Gruppen und Jugendliche ohne Grenzen ***17.30 Uhr Hachmannplatz***

18.11. »Cross the City« Antirepressive Schnitzeljagd

19.11. Abschlussaktionen

http://no-imk.blogspot.com

tik und damit einhergehende rassistische Kontrollen und Platzverweisen deutlich wird. Viele Migrant_innen werden in Deutschland menschenunwürdig untergebracht und müssen in Lagern leben. Allein in den letzten Monaten starben zwei Menschen in Hamburger Abschiebehaft. Dies knüpft an eine blutige Tradition in Hamburg an. So wurde am 8. Dezember 2001 im Stadtteil St. Georg der 19-jährige Nigerianer Achidi John wegen des Verdachts auf Drogenhandel festgenommen und dann während eines Brechmitteleinsatzes im Universitätsklinikum Eppendorf umgebracht. Während das soziale Klima im Inneren immer repressiver wird, findet auch eine zunehmende Aufrüstung und Abschottung an den Außengrenzen Europas statt und damit der weitere Aufbau der Festung Europa. Dort lassen Frontex (diese Agentur wurde speziell für die Abschottung der Außengrenzen gegründet) und die Bullen der jeweiligen Staaten Flüchtlinge ertrinken oder schicken sie in den sicheren Tod. Dabei führen sie Operationen in bestimmten Regionen durch, um nach der anschließenden Analyse ihre Taktiken zur Abschottung zu perfektionieren. Die zunehmende Kontrolle zeigt sich außerdem an dem Beschluss zur Vernetzung der bestehenden Datenbank EURODAC (europäische Fingerabdruck-Datenbank, European Dactyloscopy). Diese wird unter anderem für die Umsetzung der Dublin-II-Verordnung verwendet, nach der Menschen in dem europäischen Land ihren Asylantrag stellen müssen, wo sie als erstes registriert wurden, folglich viele Menschen von Deutschland aus wieder zurückgeschoben werden in Länder wie Griechenland, die an einer europäischen Außengrenze liegen. Aufenthalte sollen im wirtschaftlichen Sinne „reguliert" werden. Weiterhin wurden und werden Hunderttausende Menschen mit Duldungsstatus jahrelang von Abschiebung bedroht, da die Duldung nur die Aussetzung der Abschiebung bedeutet.

Was dann 2006 von der IMK als Bleiberecht, also als zumindest vorübergehende Erleichterung angekündigt war, zeigte sich in der Realität nur als ein weiteres Instrument deutscher Behörden, um Menschen nach der Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit zu sortieren. Dieses Bleiberecht sprach Menschen, die an einem bestimmten Stichtag seit mehr als sechs Jahren in Deutschland lebten, ein dauerhaftes Bleiberecht zu; allerdings nur, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen konnten, wie beispielsweise den Nachweis einer Arbeitsstelle. Des Weiteren schloss eine strafrechtliche Verfehlung von mindestens 50 Tagessätzen die gesamte Familie der_s Verurteilten von der Bleiberechtsregelung aus, was mit Sippenhaft gleichzusetzen ist. Ein weiterer Punkt ist, dass der Lebensunterhalt dauerhaft gesichert sein muss, ohne dass Sozialleistungen dafür in Anspruch genommen werden müssen. Schließlich bedeutete der Antrag auf Bleiberecht, dass dafür zunächst der Pass abgegeben werden musste, was bei vielen die Befürchtung weckte, dadurch abgeschoben werden zu können. Deutschland hat an dieser europäischen Dynamik maßgeblichen Anteil und forciert dieses Vorgehen massiv, damit nach einer bestimmten Kontrolle und Regulierung auch nur ausgewählte Menschen nach Deutschland kommen können. Dieser menschenverachtenden Politik wollen wir etwas entgegensetzen und kämpfen für Bewegungsfreiheit und bedingungsloses Bleiberecht für alle.

Deshalb kommt am 13.11.2010 nach Hamburg und nehmt teil an der Auftaktdemonstration der Proteste gegen die IMK um 14 Uhr, Hachmannplatz, Hauptbahnhof, wo sich die frühere Ausländerbehörde befand. Die Demonstration wird durch St. Georg führen, einem Stadtteil, wo viele repressive Maßnahmen des Staates besonders deutlich werden. Als Beispiele seien hier Brechmitteleinsätze und Gebietsverbote genannt. Mit derartigen repressiven Strukturen wurde eine Stadtteilaufwertung vorangetrieben.

Autonome und antirassistische Gruppen

Mehr Infos zu Aktionen und Veranstaltungen:
no-imk.blogspot.com
Kontakt: no-imk@nadir.org

No border, no nation, stop deportation! Feuer und Flamme den Abschiebebehörden! Innenministerkonferenz versenken!

Orte und Architekturen der Repression durchkreuzen

JUMP AND RUN

Sa. 13.11.2010

DEMO [AKTION] RAUM

Gegen die Innenministerkonferenz in Hamburg

Städte sind nicht nur durchzogen von Mauern und Straßen, sondern auch von Repression. Wie unsichtbare Linien durchkreuzt diese Gewalt die Plätze und Gebäude, die uns umgeben. Wir wollen diese Sicherheitsarchitektur unterwandern und sichtbar machen, indem wir uns auf ungewöhnliche und abwegige Weise durch sie hindurch bewegen.

In Folge des G8 Gipfels wurde im Rahmen einer bundesweiten Antirepressionsdemonstration das »Out of Control«-Konzept entwickelt, um der zunehmenden Repression auf Demonstrationen neue Strategien entgegen zu setzen. Das Konzept setzte darauf Polizeispaliere, ins Leere laufen zu lassen, indem sich Teile der Demo bewusst außerhalb dieser und abseits der Demo bewegen. Mit »Jump and Run« wollen wir nun im Zusammenhang der Proteste gegen die Innenministerkonferenz alle einladen, dieses Konzept weiterzuentwickeln und sich aktiv zu beteiligen.

Wir begreifen das Terrain der Stadt als eines der Bewegung und Veränderung. Staatliche Repression durchzieht diese Bewegungsräume durch Gebietsverbote, Polizeisperren oder Auflagen. Die Privatisierung des öffentlichen Raumes, Sicherheitsdienste, Einkaufspassagen und Kameraüberwachung kompletieren die Architektur der Kontrolle. Wir durchbrechen dieses Raster, indem wir den von uns gewählten Weg durch die Stadt, als Zerstreuung in loser Formation über Umwege, Schlangenlinien, Passagen oder Hintereingänge weiterführen, Polizeiketten umgehen und sicherheitsarchitektonische Barrieren unterlaufen.

»Jump and Run« fordert ein Recht auf Stadt nicht als abstrakte Form der Legalität, sondern ist bereits dort und durchquert diese als Schwarm des Aufbegehrens und der Unruhe.

POLICE LINE
Move out of Control
JUMP AND RUN
CHAOS THEORIE UND PRAXIS
Durch die Stadt schwärmen!

Was ist »Jump and Run«

Wir wollen die Proteste gegen die Innenministerkonferenz nicht nur auf die übliche Weise begleiten und an Demonstrationen teilnehmen, sondern uns auch als neue Form von Protest, als aufgfächerter Schwarm in gedachten Linien durch die Hamburger Innenstadt bewegen und anschließend wieder treffen.

Die Form dieser Bewegung, die Übertretung von gesetzten Grenzen und das durchkreuzen von verbotenen Räumen, ist Teil der politischen Zielsetzung.

Die freiwerdenen Aktionsräume durch Auffächerung von Aktivist_innen und das daraus resultierende visuelle Chaos sind ein symbolisches Mittel, um repressive Versuche der räumlichen Kontrolle zu untergraben.

Bundesweite Demos und Aktionstage

Am 13. November finden zwei bundesweite Demonstrationen mit unterschiedlichen politischen Schwerpunktsetzungen als Auftakt für die weiteren Proteste gegen die Innenministerkonferenz statt. Die erste Demo richtet sich gegen rassistische Flüchtlingspolitik, Abschiebungen und die Residenzpflicht. Die zweite gegen den Extremismusdiskurs und zunehmende Repression. Wir wollen, mit »Jump and Run« als eigenständige Aktionsform die Demonstrationen inhaltlich und politisch verknüpfen

»Jump and Run« bedeutet kunstvoll und kreativ in Form einer Zerstreuung durch die City zu ziehen. Wir stellen damit der polizeilichen Praxis, das Demonstrationrecht zunehmend außer Kraft zu setzen einen Wechsel von Form, Ausdruck und Strategie entgegen. Der Tag stellt eine Fusion unterschiedlicher Protestformen dar: Bunter Demonstrationszug. Auflösung in eine undefinierbare Gemengelage. Mit dem Strom schwimmen und unkontrollierbare Unruhe durch Zerstreuung. Wiedertreffen an Kristallisationspunkten. Offensive, geschlossene, schwarze Blockdemonstrationen. Dazwischen und darum herum niedrigschwelliger Aktions-Freiraum für Aktivist_innen. Wir sind uns bewusst, das die Repressionsorgane vermutlich versuchen werden, das Demonstrationsrecht zu beschränken und uns in kontrollierbaren Strömen oder Wanderkesseln zu halten. Wichtig ist, sich der Gefahr von Gewahrsamnahmen, Kesselungen oder sogar Prügeleinsätzen bewusst zu sein. Durch die angemeldeten Demonstrationen und eine fünf-bis-fünfzig-Finger Taktik dazwischen wird dieses Risiko jedoch minimiert. Ziel sind bei „Jump and Run", wie schon bei „Out of Control", so wenige Festnahmen wie möglich. Informiert euch über die Demonstrationsrouten und örtlichen Gegebenheiten, überlegt euch was, lasst euch nicht erwischen!

Für eine radikale Kritik der Verhältnisse

Seit Anfang des Jahres läuft eine repressive Kampange gegen linke Gruppen und Strukturen. Im Rahmen einer Extremismusdiskussion, sollen diese politisch isoliert werden. Die Aktualität linksradikaler Gesellschaftsentwürfe wird dabei insgesamt angegriffen. Im Namen eines historisierenden Diskurses, der die deutsche Geschichte als Leidensweg gegenüber austauschbaren „totalitären Ideologien" betrachtet. Eine Umkehrung von Täter- und Opferperspektive enstpricht dem neuen Selbstverständnis ebenso, wie die Gleichsetzung linker emanzipatorischer Kritik mit Faschismus und Nationalsozialismus. Die Gleichsetzung von links und rechts bedeutet darin nicht nur eine Verharmlosung des Neofaschismus, sondern ist auch Bestandteil der Normalisierung des nicht Normalisierbaren, einer Relativierung der Singularität der Shoa zugunsten neuer deutscher Weltmachtinteressen.

Verteidigt werden soll eine kapitalistische Ordnung, die mittlerweile als alternativlos dargestellt wird. Emanzipatorische Vorstellungen, die dieses autoritäre Wertesystem in Frage stellen, sollen durch die Reduzierung auf eine Legalitätsfrage als bürgerliche Norm, entpolitisiert und unsichtbar gemacht werden. Die Barbarisierung abweichender Lebensentwürfe, die Herstellung von Angstkulissen und Bedrohungsszenarien, trifft alle die in den kapitalistischen Verhältnissen als nicht verwertbar gelten oder sich nicht im Sinne eines reibungslosen Konsums ruhig stellen lassen wollen. Neben Jugendlichen, ärmeren Bevölkerungsschichten, Obdachlosen, der Drogenszene oder Schwarzen, die in diesem Zusammenhang aufgrund ihrer Hautfarbe als Dealer stigmatisiert werden, sind vor allem Flüchtlinge von dieser Praxis der Ausgrenzung betroffen.

Sie alle werden zu einem gefährlichen Außen verdichtet, zum Rand einer ansonsten zu schützenden Mitte erklärt. Immer mehr Polizei, Überwachung und die Abschaffung rechtlicher Mindeststandards werden dabei aufgeboten. Hubschrauber mit Nachtsichtgeräten kontrollieren Grenzflüsse, in denen Flüchtlinge ertrinken, während andere in ihrer Zelle wie in Dessau verbrennen. Durch Abschiebungen in Frankfurt oder den Einsatz von Brechmitteln in Hamburg umgebracht werden. Staatliche Repression und der kapitalistische Normalbetrieb gehen über Leichen und töten Menschen auf viele Arten. Das System der Sicherheitsarchitektur ist global. Kriege, Hunger und Folter sind keine Unglücksfälle, sondern Konsequenz und Bestandteil dieser Ordnung. Die Welt ist für uns aber kein Markt und die Stadt kein Standort im Wettbewerb.

Das Sein verstimmt das Bewusstsein

Vor unserer Haustür wiederholt sich tagtäglich die gesamte Ungerechtigkeit der Welt. Wir müssen

nur die Augen aufmachen und es sehen wollen. Wir essen Tomaten, die dafür sorgen das Menschen woanders verdursten, gehen in Kleidung aus Billiglohnläden über Gehwegplatten, die von illegalisierten Bauarbeiter_innen verlegt wurden. Damit wir uns angesichts dieser bedrohlichen Zustände trotzdem sicher und wohl fühlen, damit das Elend der Welt nicht sichtbar wird, dafür sorgen Hundertschaften der Polizei. Stellen Platzverweise und Gebietsverbote aus, schikanieren Illegalisierte und schieben Demonstrationen gegen diese ganze Scheiße in Wanderkesseln durch abgelegene Gebiete. Wenn wir nicht mehr bereit sind, diese Zustände mitzutragen, wenn wir etwas tun, damit sich etwas ändert, dann beschreibt dies keine Gewalt oder Bedrohungsszenarien. Im Gegenteil. Es ist ein Versuch, der Allgegenwärtigkeit der Gewalt die Forderung nach globaler Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Luxus für alle entgegenzustellen. Nicht die Menschen haben sich den Bedürfnissen der Ökonomie und der Märkte anzupassen, sondern die Städte und Verhältnisse den widersprüchlichen Bedürfnissen der Menschen.

Supermarktparkplätze sehen überall gleich aus in der Welt.

Es gibt Parkbuchten, Einfahrtsschneisen, Freihaltezonen, Parkscheinautomaten, Kameraüberwachung und Einkaufswagenstellplätze. Alles hat seine Ordnung und seinen Raum. Die Menschen, die sich darin bewegen, sind je nachdem, wie sehr sie in das Geschäftsmodell passen und wieviel Umsatz sie bringen, entweder Kund_innen - oder Störer_innen, die mit einem Bann belegt werden. Supermarktparkplätze beschreiben in vieler Hinsicht die Stadt, wie sie im modernen Standortwettbewerb gedacht und entwickelt wird. Wir wollen uns nicht in einen geschäftigen Alltag einverleiben lassen, der die Städte dieser austauschbaren Konsumarchitektur angleicht. Wir sehen den öffentlichen Raum nicht als Ort, der dazu dient, Kund_innen zu Waren zu beförden oder Waren zu Kund_innen oder möglichst viele Autos auf möglichst geringen Raum zu stapeln. Wir wollen uns auch nicht zum Parkplatzwächter machen, um durch Runde Tische oder sonstige Mitbestimmungsformen daran mitzuarbeiten, wie zwischen all diese funktionalisierten Rollen noch die Menschen selbst mit ihren Widersprüchen passen.

Supermarktparkplätze sehen überall gleich aus in der Welt. Aber wenn wir das Pflaster aufbrechen, die Überwachungskameras abreißen und die Einkaufswagenflotten versenken, können wir sie gestalten, ändern und in andere Formen überführen. Zu einem Park machen, einem Ort des Verweilens oder einfach einer Brachfläche, die den geschäftigen Alltag verspottet.

Vom Block zum Schwärmen und zurück

Wir begegnen der Kriminalisierung und Diskreditierung linksradikaler Inhalte mit „Jump and Run" nicht durch Anbiederung oder einer Inszenierung unserer „Ungefährlichkeit", sondern durch ironisierende Überhöhung von Gefahrenpotentialen und sicherheitspolitischen Stereotypen. Ziel ist die Verbindung glamouröser Elemente mit visuellen Ausdrucksformen autonomer Politik. Eine differente Inszenierung zwischen Hasskappe, Barock und Pink and Silver. Ein nach oben offenes, aber vom Ausgangspunkt niedrigschwelliges Ereignis, das Protest, Störungen und direkte Aktionen als unverzichtbare Bestandteile einer gesellschaftlichen Realität jenseits totalitärer Zustände beschreibt.

Wir vertreten die Legitimität radikaler Gesellschaftskritik und autonomer Politikansätze. Im Widerspruch zu den Versuchen, uns gesellschaftlich zu „isolieren" oder „ächten", wie in letzter Zeit von Innenministern immer wieder gefordert wird, gehen wir auf die Straße. Wir müssen uns weder anpassen noch integrieren, um anwesend zu sein, und erleben die Forderungen nach einer Isolierung linksradikaler Inhalte als Angriff.

Wir und alle anderen die von herrschender Ausgrenzungslogik betroffen sind, die illegalisiert hier Leben, kein Geld haben oder einfach nicht nach den bestehenden Regeln funktionieren wollen, werden autoritären Phantasien und Verhältnissen immer unseren Widerstand entgegensetzen. Das, was von Medien und Innenministern als „linksextremistische Gewalt" beschrieben wird, ist für uns der Versuch, ein lebenswertes Leben möglich zu machen und sich gesellschaftlicher Gewalt entgegenzustellen. Dies entsteht nicht aus einer einzelnen linken Identität, sondern aus vielen sich widersprechenden, die chämeleonartig ihr Aussehen wandeln. Wir sind nicht nur Autonome oder Antifaschist_innen, sondern auch melancholisch, surrealistisch oder leidenschaftliche Hedonist_innen. Im Spannungsfeld dieser Differenz soll sich „Jump and Run" ausdrücken, der entfremdenden Anonymität bürgerlicher Diskurse um „Linksextre-

mismus" und der unwirklichen Ordnung der Städte entgegenwirken, dem Protest ein Gesicht geben.

Dem Theater der inneren Sicherheit die Bühne stürmen!

Beteiligt euch an der bundesweiten Mobilisierung gegen die Innenministerkonferenz. Kommt zu den Demonstrationen am 13. November nach Hamburg und macht die Stadt zur Bühne einer Inszenierung der Notwendigkeit und Aktualität linksradikaler Kritik am Bestehenden. Kommt zu den darauf folgenden Aktionstagen gegen Repression und unterstützt die bundesweite Demonstration von Flüchtlingsgruppen am Mittwoch dem 17. November. Die Innenminister wollen mit der Konferenz die Gesetze verschärfen, linke Utopien unmöglich machen und staatliche Gewalt als legitimen Zustand darstellen. Wir werden uns organisieren, demonstrieren, zelebrieren, verkleiden, laut sein sein, überall, viele, ein Ereignis wie eine Naturkatastrophe und ihnen diese Suppe gründlich versalzen. Die Zeiten ändern sich, sind in Bewegung und wir sind mitten drin. Aufbegehren, Proteste und Revolten sind unverzichtbar für eine Gesellschaft, die sich weiterentwickelt. Und die Kritik am Bestehenden hat sich noch nie auf ewig eindämmen lassen. Hamburg fluten - Innenministerkonferenzen versenken!

Out of Control / Hamburg / 01.09.2010

MOVE OUT OF CONTROL:

SAMSTAG 13.11.2010 - DURCH DIE STADT SCHWÄRMEN

JUMP AND RUN!

READY TO CAPTURE! HAMBURG UNSICHER MACHEN!

PARCOUR SUBKULTUR KUNST CHAOSTHEORIE PRAXIS BEWEGUNG AKTION UNRUHE AUFBEGEHREN MITMACHEN

START
KREUZUNG
KREUZUNG
JUMP AND RUN
ZIEL

Sonstige Termine zur Innenministerkonferenz:

SA. 13.11. Auftaktdemo 14 Uhr HBF | **SA. 13.11.** Antirepressionsdemo 18 Uhr Gönsemarkt | **MO. 15.11** Gegen Gentrifizierung und Repression - ein Stadtrundgang 18.30 Uhr Rote Flora | **DI. 16.11.** Knastkundgebung | **MI. 17.11.** Demo von Jugendliche ohne Grenzen und antirassistischen Gruppen 17.30 Hachmannplatz | **DO. 18.11.** »Cross the City« Antirepressive Schnitzeljagd | **FR. 19.11.** Abschlussaktionen

Infos zu NO IMK Aktionen und Demos: http://no-imk.blogspot.com | Kontakt: no-imk@nadir.org | Infotelefon: 01578 8900973
Schlafplatzbörse: sleepwell-hh@nadir.org | Tel.: 01578 8900972 (18-20 Uhr ab 6.10.)

der südafrikanische rechtsanwalt brian currin,mediator in den friedensprozessen nordirland,südafrika überreichte im märz (1o) eine erklärung von 4 friedenznobelpreisträger_innen mit einem apell an eta für einen dauerhaften + überprüfbaren (beweiskräftigen) waffenstillstand.gestern beantwortete currin, momentan (ein) ratgebender von batasuna,schriftlich el país-fragen.
samstag,11.9.1o

el país: entgegnet das eta-kommuniké ausreichend auf die aufforderung,die Sie machten?
brian currin: nein.es entgegnet nicht ausreichend auf die aufforderung der internationalen friedensanführer_innen.aber es ist ein wichtiger schritt.
el país: folgern Sie aus dem kommuniké,daß eta weder auf ihre waffen (versorgung mit waffen) noch auf ihre erpressung/beeinträchtigung verzichtet?
brian currin: bis zu dem moment an dem eta das dauerhafte ende ihres bewaffneten konfliktes erklärt und das monitoring,die überprüfung des waffenstillstanz und die aushändigung (übergabe) ihrer waffen akzeptiert,können wir nicht sichergehen,daß sie ihre illegalen aktivitäten beendet hat.
el país: warum hat sie auf die aufforderung nicht exakt bezug genommen und (trotzdem) 5 monate dafür gebraucht?
brian currin: es ist normal für organisierungen wie eta,zeit zu benötigen, um eine unumstoßbare mehrheit ihrer teilnehmenden davon zu überzeugen,daß der bewaffnete konflikt das gegenteil bewirkt/nachteilig ist,insbesondere wenn der miteinbezogene staat auf aufbauende schritte von anführer_innen politischer organisationen nicht positiv reagiert,welche die strategien von gewaltlosigkeit tun.seit beginn dieses prozesses,geleitet von der baskischen (abertzale) linken,um die politische gewalt umzuwandeln in einen demokratischen,gewaltfreien politischen kompromiß,hat die regierung kein wiedererkennen in den von batasuna vollzogenen schritten gezeigt.diese voraussetzung serviert sich auf dem tablett der harten linie der eta.ein bsp ist die forderung der nationalversammlung die demonstration/ralley von adierazi eh für bürger_innenliche + politische rechte heute zu verbieten.wenn sie bürger_innen gewaltfreie demonstrationen für politische linke verbieten,was ist dann die alternative? die verantwortung der umwandlung von gewalt zu friede ist aufgeteilt und die regierung muß formen des (ihres) positiven beitrax finden.
el país: was sagt die baskische linke zum kommuniké?
brian currin: ihre vorstellung ist,daß die neue politische phase der gewaltfreien mittel unumkehrbar ist.obwohl ich nicht glaube,daß das eta-kommuniké weit davon entfernt ist,ist die baskische antwort bedeutsam..(ya que) öffentlichen druck auf eta auszuüben,um die benutzung ausschließlich gewaltfreier mittel zu erreichen.dazu gab's nix vorhergehenderes.
el país: ist der waffenstillstand konsequez baskischen drux oder etas operativer schwäche?
brian currin: es ist das resultat der ausgeübten führung der baskischen linken:der prozeß realistischer befragung(en) — durch politische anführer_innen während der letzten jahre,gesichert durch die unterstützung der überwältigenden mehrheit(en) ihrer basen (? mehrzahl von basis);die durchdachten/ausgestalteten politischen beschlüsse + die brüsseler_innen erklärung.
el país: wird eta diese schritte gehen (umsetzen)? wann? wie?
brian currin: es müssen neue schritte besser früh als spät gegangen (umgesetzt) werden.
el país: falls eta viele schritte geht (umsetzt),glauben Sie,daß (irgend) eine art von dialog mit der regierung begonnen werden kann?
brian currin: der minister rubalcaba selbst sagt,falls eta die gewalt dauerhaft abschließt oder die gewalt von der baskischen linken (also eta als nicht baskische linke dargestellt,kommentar) verworfen wird,kann der dialog beginnen.
el país: glauben Sie,daß eine internationale kommission zur überprüfung des waffenstillstanz durchführbar ist?
brian currin: ja,ich glaube,daß sie durchführbar sein kann,aber nicht ohne schwierigkeiten.
el país: was reicht aus zur überprüfung,der waffenstillstand oder die übergabe der waffen?
brian currin: wenn/falls sie akzeptiert + eingesetzt ist,muß sie beides bestätigen (können).

Über ein französisch-israelisches Seminar

VON TOULOUSE BIS GAZA
NANOTECHNOLOGIEN? DIENEN ZUM KRIEG MACHEN

Um die Bedeutung der technologischen Ungleichheit zu verstehen, können jene, welche die Eroberung Amerikas (1492) oder den Far West (XIX. Jh.) frei die drei vergangenen Wochen Gazakrieg betrachten. Tausend Tote auf der einen, und etwa zehn auf der anderen Seite. Gott steht auf der Seite der technologischen Bataillone. Den Champions des "asymmetrischen Krieges zum Trotze". Aber aber, wie darf denn das "Krieg" genannt werden, was doch bloss ein *Polizeieinsatz* ist, und beste Tradition sozialer und kolonialer Massaker. Israel hat die technologische Macht, und es ist ihnen scheissegal, dass sie jahrzehntelange vom gesamten Planeten ausgepfiffen werden, auf den Strassen oder den Tribünen der UNO, denn sie haben die technologische Keule.

Und dazu noch, diese Keule benutzt die neuesten Erfolge der Nanotechnologien, dank der Kollaboration der amerikanischen und französischen ForscherInnen von Grenoble und Toulouse. Und da ihre rechte Hand nicht weiss was ihre Linke macht, hindert es dieselben ForscherInnen nicht daran auf die Strasse zu gehen gegen den Staat Israel, den zu bewaffnen sie kollaborieren, und für die palästinensische Bevölkerung, die zu massakrieren sie beitragen. Denn logisch, die Technowissenschaften sind doch neutral, nicht wahr? Alles hängt von ihrem Gebrauch ab, und die ForscherInnen würden ihre Dienste der Hamas verkaufen, wenn die Hamas sie bezahlen könnte.

Schon fast gewissenlos ist eine Demo des Komitees Jaffa Toulouse, das diesen Montag der 19. Januar 2009 gegen ein französisch-israelisches Seminar über Nanotechnologien in Toulouse protestiert ohne auch nur ein Wort über die Nanotechnologien und den Krieg zu verlieren, den diese tagtäglich gegen das Leben führen. In ihren militärischen Anwendungen, wie in Gaza, oder zivilen (RFID, Maschinen-Mensch, Gesellschaft des Zwanges), waren und sind Technologien immer zum Vorteil der Macht in ihrem Kampf gegen die Menschen ohne Macht eingesetzt und geschaffen worden. Die Frontlinie verläuft nicht den Grenzen entlang, sondern entlang den Sicherheitszäunen der Labors.

Den Gazastreifen angreifen um die Infrastruktur, die Verstecke, Tunnels und Waffenlager zu zerstören und mehr als tausend PalästinenserInnen zu ermorden, kostete die israelische Armee nach dem 27. Dezember zehn Leben. So wenig, dass die Unterstützung der israelischen Öffentlichkeit intakt bleibt, da sollen die Vereinten Nationen und der Rest der Welt doch sagen was sie wollen.

Im Krieg gegen die palästinensischen Menschen kann Israel sich fast alles leisten, seine SoldatInnen riskieren fast nichts. Was in Gaza wie überall zählt, ist die Technologie. Hier eine Auswahl des israelischen technomilitärischen Arsenals:

- **"intelligente" Videoüberwachung** des Gazastreifens: Videokameras mit der Gesichtserkennungsbiometrie der amerikanischen Gesellschaft Visionics[1];
- **Drohnen**: unbemannte Flugzeuge, die Israel schon lange zur Überwachung einsetzt; seit März 2006 arbeiten EADS und IAI (Israeli Aircraft Industries) in der Drohnenproduktion zusammen, im Rahmen der Operation "Système intérimaire de drones mâles" (SDIM)[2];
- **"bionische Hornisse"**: Miniaturroboter der dank seinen Nanotech-Bestandteilen ein Ziel in schwer zugänglichen Zonen verfolgen, stellen und töten kann – seit 2006 entwickelt;
- **Nano-Waffen und Überwachungsstaube**: November 2006, *"der israelische Premierminister Ehud Olmert gibt der Schaffung eines Spezialdienstes grünes Licht, das den Auftrag hat der Entwicklung von hyperkomplizierten Waffen auf nanotechnologischer Basis vorzustehen, hat Freitag die Tageszeitung Yédiot Aharonot berichtet. Vom Vizepremierminister Shimon Peres gefördert, wird dieser Dienst etwa 15 der besten israelischen ExpertInnen der Unis und der Hochtechnologie vereinen, mit dem Auftrag futuristische Waffen zu entwickeln. Diese sollten vor allem eine Antwort auf den palästinensischen Raketenbeschuss, Selbstmordanschläge, auf ballistische Raketen oder nichtkonventionelle Waffen sein. M. Peres plant eine weltweite Tour um hunderte Mio $ zur Finanzierung der Forschung aufzutreiben und beschwört ab und zu auch Sciencefiction. Er hat kürzlich auch das Wesen gewisser dieser geheim entwickelten Waffen gelüftet. Er bezog sich auf die "Perlen des Wissens", ein in feindlichem Territorium ausgebreitetes Minisensorensystem zur Informationssammlung. Ein Minirobot, der imstande sein soll wie Drohne zu operieren um den Feind in einem urbanen Sektor zu fotografieren, vor allem in Gassen, seine Telekommunikation zu stören und sogar bewaffnete AktivistInnen zu töten. Dank einem Handschuh oder einem Kleid "Steve Austin", der Name eines Helden mit "bionischen" Prothesen einer amerikanischen TV-Serie, könnten die israelischen SoldatInnen mit einem Faustschlag Türen einschlagen oder enorme Gewichte heben. Ein spezieller Nanopartikelüberzug könne Infanteristen oder Militärfahrzeuge vor Beschuss mit automatischen Waffen oder Panzerabwehrraketen schützen.*

---

[1] Quelle: http://www.light1998.com/faceit/Partners.htm

[2] Quelle: http://www.israelvalley.com/news/2006/03/22/887/revelations-israel-aircraft-industries-et-eads-ont-finalement-developpe-avec-des-grandes-difficultes-un-nouveau-drone-a-longue-endurance

Schliesslich ist auch von Minisensoren die Rede, die in öffentlichen Sektoren angebracht einen Kamikaze mit Sprengstoff ermitteln können."[3]

Die Nanotechnologien dienen zum Krieg machen. Nichts neues, es sei denn für die Tölpel, die glauben zwischen "guten" und "schlechten" Anwendungen der Nanotechnologien unterscheiden zu können. Das CEA und das Kabinett Alcimed bestätigen 2004 das, was jene, die sich den Nekrotechnologien entgegenstellen, seit Jahren sagen: *"die Nanotechnologien sind von ihrem Wesen her dual"*[4]. Zivil und militärisch. In Tel Aviv wie in Grenoble und Toulouse.

Während jahrelang die ForscherInnen Frankreichs und die FreundInnen des "retten wir die Forschung" das Publikum mit der Trennung von ziviler und militärischer Forschung belügen und die Existenz einer grundlegend reinen Forschung zu akkreditieren versuchen, die sich industriellen und militärischen Zielen entziehen würde, investiert Israel, in andauerndem militärischen Alarmzustand, 4,5% seines BIP in ziviler "Forschung&Entwicklung" (leider sind die militärischen Zahlen nicht verfügbar ...), und verfügt über die grösste Dichte von F&E-Personal im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (13,8%)[5]. Der israelische Staat erkennt die aktuelle Kriegsfront zwischen Macht und Machtlosen sehr gut und weiss, dass die ForscherInnen für die regionale Vorherrschaft unentbehrlich sind.

Wie nach Dominique Bourra, Ex-Direktor der französisch-israelischen Handelskammer und Chef des israelischen Ladens NanoJV: *"Vor ihrer Anwendung in zivilen Bereich (...) stammen die meisten Innovationen aus erfolgreicher militärischer Forschung, manchmal sogar aus den «ad hoc-Abteilungen der israelischen Armee»."*[6] Und nach ihm ist Technologie das beste *"Schild des hebräischen Staates"*[7]. Besser könnte es gar nicht gesagt werden: Technologie ist Krieg mit anderen Mitteln.

Und um die Macht zu erhalten und zu mehren, vermehrt Israel die technoindustriellen Kooperationen mit den Grossmächten. Im Hexagon ist die französisch-israelische Handelskammer die wichtigste Verbindungsstelle dieses Lobbyismus. Dominique Bourra, wirklich sehr aktiv, begleitete im April 2008 eine Handelsdelegation auf einer Israelreise. *"Wir interessieren uns hier für vier Sektoren: Aeronautik, Biotechnologien, Technologie- und Informationssicherheit und Nanotechnologien."*[8] Unter den BesucherInnem, Patrice Campariol, dessen Start up Intuilab in Toulouse 3D-Schnittflächen für den Maschinen-Menschen verkauft. *"Er ist sich positiver Rückmeldungen der in Tel Aviv besuchten Unternehmen sicher."* "Wir haben ein sehr starkes Visualisierungsprodukt, und die Israelis sind in Biotechnologien und in der Verteidigung sehr stark ", *sagt er."*[9]

Vielleicht haben die Menschen in Gaza an diesem Anfang 2009 das Savoir-faire aus Toulouse ausprobieren können. Darüber wird sicher nichts bekannt, die "Militanten", "BürgerInnen", "AntikapitalistInnen" von Toulouse, genau wie ihre Gleichnamigen in Grenoble, immer auf dem Sprung um gegen den Krieg und sein Unheil zu demonstrieren, haben sich nicht die Mühe genommen über die Kollaboration ihres Technopols mit den laufenden Massakern nachzuforschen. In Toulöoiuse wie in Grenoble, die Arbeitsstelle stinkt nicht: es wird gearbeitet, unter der Woche, an den todbringenden Technologien natürlich, und am Wochenende wird gegen ihren Einsatz auf dem Schlachtfeld protestiert.

Toulouse, wie Grenoble, ist einer der wichtigsten F&E-Pole der *"von ihrem Wesen her dualen"* französischen Nanotechnologien. Die LeserInnen von Pièce et Main d'œuvre kenne wenigstens einen der Nanologen von Toulouse, Christian Joachim, Verantwortlicher der Gruppe Nanowissenschaften am Cemes (Centre d'élaboration des matériaux et d'études structurales). Joachim verteidigt den aufsteigenden Ansatz, "bottom-up" genannt, der Nanotechnologien, der sich mit der Manipulierung der Materie Atom um Atom befasst, und Nanoroboter entwickelt[10].

2008 hat Sarkozy drei Technarchen (Anlehnung an *Patri*archen) beauftragt einen Entwicklungsplan der Nanos in Frankreich auszuarbeiten: neben dem Pariser Dominique Vernay, Patron von Thalès und des Pols System@TIC, und des unersetzlichen Jean Therme, Patron des CEA-Grenoble und Initiator von Minatec, haben wir den Toulouser Alain Costes, Präsident des wissenschaftlichen Rates von InNaBioSanté und Ex-Direktor von Laas (Labor für Architektur und Systemanalyse).

Wenn wir der *Dépêche du Midi* glauben wollen, finden wir die wichtigsten Bereiche der nanotechnologischen Forschung in Toulouse folgendermassen verteilt: *"Mikroelektronik bei Laas, die Nanowissenschaften im Cemes, Nanoenergetik im Labor Laplace von Enseeiht-Inpt, Chemie im*

---

[3] AFP (Agence France Presse?), 17/11/06

[4] „ *Nanotecnologies: prospectives sur la menace et les opportunités au service du combattant / Nanotechnologien: Perspektiven zur Bedrohung und Gelegenheit zu Diensten des Kämpfers* ", CEA-Alcimed, aprile 2004. Cf. *Aujourd'hui le Nanomonde – les nanotecnologies, un projet de societé totalitaire / Die Nano-Welt heute – Die Nanotechnologien, ein totalitäres gesellschaftsprojekt*, Pièces et Main d'œuvre (Ed. L'Echappée)

[5] Fonte: Association nationale de la recherche technique, 2005, www.anrt.com

[6] http://www.israelvalley.com/news/2008/12/06/20615/nanotechnologie-et-high-tech110-centres-font-travailler-35-000-personnes-dans-le-domaine-de-linnovation-purement-technologique

[7] Idem

[8] www.globes.co.il 30/04/08

[9] Idem

[10] Vgl. *Aujourd'hui le Nanomonde*, op.cit

Koordinierungslabor von Bruno Chaudret, Biologie im IPBS von François Amalric und zuletzt technische Chemie im Labor für Verfahren von Joël Bertrand."[11]

Was tun die im Laas? Gemäss dem Wirtschafts- und Sozialrat:
"Die Forschungsaktivitäten im LAAS-CNRS gehören zu den Informations- und Kommunikationswissenschaften und -technologien (IKWT). LAAS befasst sich hauptsächlich mit vier Systemklassen, über vier Themenschwerpunkte, wonach ihre 17 Forschungsgruppen organisiert sind:
- Schwerpunkt Systemmodellierung, -optimierung und -führung (SMOF);
- Schwerpunkt Robotik und künstliche Intelligenz (RKI);
- Schwerpunkt kritische Informatiksysteme (KIS);
- Schwerpunkt Mikro- und Nanosysteme (MNS).
März 2006 hat LAAS das Carnet-Label erhalten. Es bescheinigt die Qualität und Pertinenz der Labortätigkeiten hinsichtlich sozialwirtschaftlichen Einsatzes. Am 1. Januar 2006 hatte LAAS 586 Angestellte, aufgeteilt in: 478 ForscherInnen und 108 Ingenieure, TechnikerInnen und Verwaltungspersonal. Budget: ungefähr 27 Millionen €."[12]

Z.B. eine Perle aus dem Laas, natürlich von der Gesellschaft Tag Technologies patentiert und kommerzialisiert: *"DomoTAG®, Grand Prix der Innovation ADERMIP, ist ein evolutionäres und revolutionäres Alarmsystem, das unter Mitarbeit mit dem CNRS entwickelt wurde und die Lokalisierung vor dem Eindringen erlaubt."* Drahtlose Sensoren, die *"jeden Eindringungsversuch vor das der Dieb in euer Haus eindringen kann"* lokalisiert, den Alarm auslösen, euch via SMS informieren, während die Videokameras in Echtzeit filmen und eure Internetverbindung ermöglicht, den Raucherzeuger (Option) per Fernbedienung auszulösen. Eine zivile Anwendung, die doch sicher nichts mit militärischer Forschung zu tun hat und sicher auch nicht mit dem Interesse des Verteidigungsministers für die Toulouser Ressourcen bezüglich Nano-Meldegeräte[13].

Wie Minatec in Grenoble, so widmet Laas sich aufopferungsvoll *der Valorisierung der Forschung*, und dem Transfer seiner Kenntnisse in die Industrie und die Armee. Sie hat sogar einen "Mitgliederklub" ins Leben gerufen um den *"EntscheidungsträgerInnen der Region"* einen *"privilegierten Zugang zu den im Laas gemachten wissenschaftlichen Fortschritten "*[14] zu geben. Also reine Routine, in der selbstlosen Welt der reinen Forschung. IN diesem sehr schicken Technoklub treffen sich unter anderem Thalès, EADS, Total, das CNES oder die Handels- und Industriekammer Gers (d.Üb: Departement und Fluss). Der "Mitgliederklub" von Laas ist Partner von Gixel, der Lobby der Computerindustrie, die für ihr *Blaubuch* und ihre Empfehlungen zugunsten der Biometrie "vom jüngsten alter an" bekannt ist; und des Pools Spurenverfolgung von Valence, der an der Verstreuung von RFID-Spionen auf dem ganzen Planeten arbeitet[15].

Toulouse, wie jeder Technopol, setzt auf die Liebesbeziehung Forschung-Militärs-Industrie, das heisst auf die Sicherheitstechnologien um ihren Aufschwung zu garantieren. Grenoble sollte dieser Mitwirkung misstrauen, deren Techno-Crème wirkungsvoll an der Technisierung der Welt und der Unterwerfung des menschlichen Viehbestandes arbeitet. In Toulouse, an der Uni Paul Sabatier, hat Christelle Portet ihre Diplomarbeit über die Superkondensatoren auf Kohlestoff-Nanoröhrchen-Basis gemacht, die das Militär so brennend interessieren, dass die Generaldelegation für Bewaffnung ihre Arbeit finanziert und eingestuft hat. Wie viele ForscherInnen und TechnikerInnen von Toulouse kollaborieren beim EADS an der Perfektionierung der französischen und israelischen Kampfdrohnen?

Die Niederträchtigkeiten der weit entfernten Kriege zu verurteilen ist leicht und sehr populär. Aber das Mindeste sollte sein, wenn von sich behauptet wird für die Verteidigung der Menschenrechte zu sein, vor der eigenen Türe zu wischen und jene ForscherInnen zu denunzieren, die hier und jetzt die Kriegstechnologien zusammen mit ihrer Karriere *fortschreiten* machen.

Am 19. und 20. Januar organisiert die französisch-israelische Handelskammer Toulouse Midi-Pyrénées in Toulouse ein Seminar mit der lokalen TEchno-Crème. Mit dem Titel "NBI to life" ("Nano-Bio-Info-Technologie für das Leben"), *"das Ziel dieses Seminars ist die Verstärkung der akademischen, industriellen und wirtschaftlichen Beziehungen"* zwischen der Region Midi-Pyrénées und Israel[16]. Eingeladen sind vor allem die VertreterInnen der Labora von Toulouse, des Pôle de Competitivité Cancer Bio Santé (Krebs ist für die Konkurrenz exzellent), darunter sicher Alain Costes, lokaler Handelsvertreter des Nano, und, von israelischer Seite, Direktoren und ForscherInnen von Technion – Israel Institute of Technology – und VertreterInnen der Israel National Nanotechnology Iniziative.

---

[11] http://www.ladepeche.fr/article/2007/12/26/422080-Recherche-Toulouse-capitale-des-nanotecnologies.html
[12] *Les nanotechnologies*-Projet d'avis du CES, 12/06/08
[13] Rapporto CEA-Alcimed, op.cit.
[14] http://www.laas.fr/Club-Affilies/presentation.html
[15] Cf *RFID: la police totale. Puces intelligentes et mouchardage électronique – RFID: die totale Polizei. Intelligente Wanzen und elektronische Observierung*, Pièces et Main d'œuvre (Editions L'Echappée)
[16] Programm zugänglich auf http://www.piecesetmaindoeuvre.com/spip.php?page=resume&kid_article=188

Kurz und gut, ein jährlich stattfindendes Treffen der Dutzenden von Organisationen der Techno-Crème zum Aufbau der Nano-Welt.

Da Israel eingeladen ist, wird das Komitee Jaffa Toulouse gegen den "Schurkenstaat" – und weit entfernten Staat – demonstrieren. *"Ganz klar ist, dass die israelische Botschaft und die Handelskammer Frankreich-Israel die TeilnehmerInnen selektioniert haben, die gekommen sind um Marketing für Israel zu machen"*, prangert das Demoflugblatt an[17], das kein Sterbenswörtchen über den Inhalt dieses Seminars verliert.

Ob hier nun Eintopfrezepte oder Rezepte zur Nanomanipulierung ausgetauscht werden, das interessiert diese gegen den Krieg entrüsteten Geister keinen Deut. Wenn die Region Midi-Pyrénées die palästinensischen Unileute zu ihrem nächsten "NBI to life"-Seminar einladen wird und dort die Entwicklung von *innovativen* Nanobiotechnologie-Start up in Palästina gefeiert wird, dann werdet ihr sie sogar zu dieser internationalen Anerkennung applaudieren sehen.

Was die Verantwortlichkeiten der ForscherInnen, der Industrien und der Labors von Toulouse im Krieg gegen das Lebende und in der allgemeinen Unterwerfung der Bevölkerungen angeht, so sollte, um sie zu benennen, der Mut aufgebracht werden um die Flucht nach Vorne der Technologie und deren Anwendung um jeden Preis (nach AZF, Krebsbusiness, und Krieg) zu denunzieren, kurz, um *gegen den Strom zu schwimmen.*

Den Leuten aus Toulouse, welche die Gelegenheit der Massaker von Gaza beim Schopf packen werden um die Verantwortlichkeit ihres Technopols an der allgemeinen Katastrophe zu kritisieren, liefern wir als Ermutigung diese Zeilen eines desertierten Forschers:

"Sind wir denn von der angeblichen "Ethik des Wissens" beseelt wie so viele WissenschaftlerInnen behaupten, oder von einem entarteten Sinn unserer Würde, der uns dazu bringen würde Mathematik nur dann zu betreiben wenn sie uns unsere Reisespesen und bürgerlich angenehme Aufenthalte voll bezahlen, auch wenn das heisst bei militärischen Organisationen um Geld betteln zu müssen, die soviel getan haben um die Wissenschaft bei den Leuten in Verruf zu bringen? Könnt ihr euch Van Gogh vorstellen wie er sagt er könne nicht malen bevor er von der NATO Geld erhält? Sind wir Intellektuelle oder Handelsreisende? (...)

Wenn wir glauben Geld von egal wem zum Vorteil der Mathematik und/oder unserer vollständigen Werke annehmen zu können, wenn wir uns benehmen als wären wir mit den korruptesten der PolitikerInnen einverstanden, mit denen die glauben die Wissenschaft sei einfach ein Ast der Verteidigung, wie könne wir denn je hoffen, das Vertrauen der Jungen wieder zu erlangen? Oder von uns selbst? Die letzte Prüfung der Ehrlichkeit eines Mathematikers ist sein Einverständnis, auf ein wenig seiner Mathematik zu verzichten, ohne von seinem Geld zu reden, um schlussendlich dem eigenen Moralkodex treu zu bleiben (vorausgesetzt er hat einen, und dass er sich nicht so erniedrigt, dass er die Mathematik über alles andere stellt)."

Roger Godement, Mathematiker, " *(Reine) Mathematiker oder (respektvolle) Huren?"* – 22. April 1971

Pièces et Main d'Œuvre
Grenoble, 16. Januar 2009

Diesen Text und viele andere findet ihr (auf Französisch) auf www.piecesetmaindoeuvre.com

(üb. mc, urdemokratisches Vernichtungslager Pöschwies, Regensdorf, Zürich, April 09 von franz. auf it., juli 2010 it-dt, Entwurf)

[17] *"Midi-Pyrénées-Israël: non à la collusion ! - Midi-Pyrenäen-Israel : nein zur Kollusion !"* verfügbar auf npa31.org

INTERIM 27.11.10

Polit-Info aus Berlin - umsonst, so lange genug gespendet wird ★ 720

Blökade

Castor-Schlacht

Unsere Polizisten sind die Deppen der Nation

Sie werden verprügelt, bespuckt, gedemütigt – unsere Polizisten in der Atommüll-Schlacht. Jetzt sagen sie selbst: „Wir sind die Deppen der Nation!" S. 8

So werden unsere Polizisten verheizt

Bauern treiben sogar Schafe auf die Strecke

Hallo liebe Leser_innen,
wir bleiben mal wieder unserem Namen "regelmäßig unregelmäßig erscheinendes Polit-Info" treu und melden uns mit Verspätung. Dafür können wir euch ein volles und wie wir finden spannendes Heft präsentieren.

Es liegen bewegte Wochen hinter uns. Leider gingen nicht alle Aktivitäten von uns aus: Der Bullenapparat hielt es mal wieder für nötig, die Buchläden zu razzen. Fast zum selben Zeitpunkt gab's die Nazi-Anschläge auf das M99 und andere linke Läden. Eine gute Reaktion waren die entschiedenen Demos von uns, die es daraufhin gab. Schön fanden wir auch, dass gegen die versuchte Zensur in den Buchläden jetzt mehr Öffentlichkeit hergestellt wird, mit Plakaten, einer Kundgebung und einer großen Veranstaltung. Diese verschiedenen Formen praktischer Solidarität sind nach wie vor bitter nötig, auch damit kein Gefühl der Gewöhnung an Razzien und an Nazi-Übergriffe ensteht. Seid weiter wachsam und aktiv! Solidarische Grüße an die Buchläden und das M99! Wir hoffen, ihr bekommt die Unterstützung, die ihr braucht!

Aktiv und erfolgreich waren wir beim Castor. Die längste Transportdauer der Gorlebengeschichte und die immensen Kosten für den Bulleneinsatz sind wirklich ein Grund zur Freude! Wir warten auf eure Nachbereitungstexte zum Schottern und den anderen Aktionen. Dieses Jahr haben wir noch zweimal die Chance, der Atomlobby in die Suppe zu spucken, bei den Transporten von Lubmin und Ahaus. Auf gehts!

Auch zum Noborder-Camp in Brüssel würden wir uns über Nachbetrachtungen freuen. Diesmal erreichten uns die Berichte einiger anarchistischer Aktivitäten rund um die Abschiebepolitik, aber z. B. eine Zusammenfassung der Campaktivitäten steht noch aus.

Zur Diskussion wollen wir einen Antifa-Beitrag stellen, der eine Islamismus-Kritik ins linke Bewusstsein rücken will. Der Text versucht, viele Fragen zu behandeln, die zu dem komplexen Thema gehören. Wir sehen dennoch viele Diskussionspunkte. Zum Beispiel finden wir eine Reflexion des eigenen Eurozentrismus als eine Grundlage der Beschäftigung mit Islamismus, diese Ebene haben wir vermisst. Auch bei der Frage, wo eine linke Islamismuskritik mit dem herrschenden Anti-Islam(ismus)-Diskurs und rassistischen Ressentiments einhergeht, wünschen wir uns mehr Vorsicht oder Aufmerksamkeit. Außerdem fanden wir fragwürdig, sich beim Thema Islamismus vor allem mit linker Bündnispolitik zu beschäftigen. Gibt es da nicht dringlichere Fragen, z. b. die genauere Betrachtung von Akteur_innen und Zusammenhängen? Vielleicht habt ihr ja schlaue Antworten parat, jedenfalls haben wir keine Lust eine wichtige und begründete Islamismuskritik wieder nur vor dem Hintergrund des üblichen innerlinken (Nahost-)konflikts zu behandeln.

Also spitzt eure Bleistifte und ab die Post, bis zum nächsten Mal
eure Red.

Inhalt

Volxsport-------S. 3
gegen Heldengedenken in Essel--S.6
Aktionen gegen QMs-------S. 7
zu Townhouses------S. 8
EA-Zeug_innenaufruf---S. 8
Outing zu Baugruppen----S. 9
Bullenangriff aufs XB----S.10
Autonome Gruppen zu Castor Schottern-S.11
Anarchist_innen in Brüssel----S.13
Proteste in Frankreich-----S.18
SZ-Artikel zum "kommenden Aufstand"--S.22
zur Disk.: Antifas gegen Islamismus--S.23
Antiknast - Marco Camenisch----S.24
Antiknast-Tage-----S. 27
Mumia-Demoaufruf-------S.29
Seminarreihe Teilhabe------S.30

IMPRESSUM
HerausgeberIn: Interim e.V.
V.i.S.d.P. Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

IHR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns im Briefkasten sein.

per Post:

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim" in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwinden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

...in gut sortierten linken Buch- oder Infoläden, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jede/r sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zukommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Knastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!

"wir haben mal auf den busch geklopft, um zu sehn, was sich bewegt"
- bullenzitat zu den g8-durchsuchungen

folgende personen "inneren sicherheit" haben heute nacht von uns besuch erhalten:

1. monika harms, bundesanwältin
   - böller in den vorgarten
2. konrad freiberg, chef der gdp
   - auto kaputt
3. heiko vahldieck, innensenator
   - farbe an der hauswand

wenn sich im november die akteure der sogenannten "inneren sicherheit" treffen, wollen wir nicht nur zusehen, sondern schon jetzt unseren teil für eine gelungene veranstaltung beitragen.
seit jahresanfang spricht die bundesanwaltschaft von einer umkehr in ihrer schwerpunktsetzung hin zu einer primären verfolgung und durchleuchtung der linken szene. seitdem werkeln verschiedene geheimdienste am berichten über den neuen alten "staatsfeind nr. 1": die radikale linke.

parallel dazu finden umfangreiche abhöraktionen und observationen statt.
schon einen schritt weiter ist die baw bei der verstärkten repression gegen migrantische linke. abseits einer größeren öffentlichkeit fanden und finden mehrere verfahren gegen türkische linke statt. in den prozessen in stuttgart-stammheim kam es bereits zu verurteilungen von 2-3 jahren für die mitgliedschaft in der dhkp-c. bei allen unterschieden und widersprüchen gegenüber organisationsform und politischer ausrichtung, müssen wir uns fragen, wie eine gemeinsame antwort auf staatliche repression zu finden ist.

seit kurzem laufen erneut prozesse gegen ehemalige mitglieder der raf. vordergründig geht es darum, individuelle "sculdzuweisungen" zu bekommen.
über 3o jahre war es allen egal, wer wofür verurteilt wurde. hauptsache, sie verschwanden hinter schloss und riegel.
worum es wirklich geht, ist die abwicklung linker widerstandsgeschichte und ein nicht endendes rachebedürfnis der baw.
wir wünschen den betroffenen viel kraft!!!!!!

wenn sich die verschiedenen sicherheits-, verfassungsschutz- und polizeiorgane treffen, können wir davon ausgehen, dass es auch wieder um die selbstverteidigung gegenüber übergriffigen polizeibeamt_innen gehen wird.
innensenator und gdp schreien nach einem starken staat und verschärften gesetzen, um ihre schlägertruppen vor dem ach so übermächtigen "chaoten" zu schützen.
sie stemmen sich gegen noch so winzige schritte gegen polizeigewalt(kennzeichnungspflicht/ amnesty international-bericht) und gießen mit dem heraufbeschwören von toten und bürgerkriegsähnlichen zuständen zusätzlich öl ins feuer.

ausgangspunkte unserer aktion sind die unterschiedlichen arten von druck und ausgrenzungen innerhalb einer autoritären gesellschaf
nahezu alle lebensbereiche sind von repression betroffen und immer
m

mehr menschen bekommen diesen druck direkt oder indirekt zu spüren. Linksradikale politik dient der infragestellung der herrschenden gewaltverhältnisse und ihrer normen und zwänge.
wir wollen nicht:
mitmachen, funktionieren, uns verkaufen und durchsetzen im wettbewerb "survival of the fittest"!

wir wollen:
ein selbstbestimmtes leben, frei von kontrolle und überwachung

wir alle sind die unruhe
wir alle sind die revolte
wir alle sind das leben!

hamburg im oktober 2010 autonome gruppen

17.11. Polizeibericht Wittenberge

Wittenberge: 38 zerstochene Reifen

17. November 2010 | 04:29 Uhr

In der Nacht zu Dienstag haben Unbekannte auf dem Parkplatz in der Wittenberger Wilhelm-Külz-Straße insgesamt 38 Reifen von Fahrzeugen des Paketdienstes DHL zerstochen. Weitere Autos waren nicht betroffen. Die Polizei bittet um Hinweise aus der Bevölkerung
Der entstandene Schaden wird auf mehrere tausend Euro geschätzt.

Pressemeldung Eingabe: 28.10.2010 - 14:55 Uhr Polizeieinsatz gegen

unangemeldeten Aufzug

47 Personen hat die Polizei gestern Abend in Kreuzberg nach einer unfriedlichen demonstrativen Aktion wegen Verdachts des Landfriedensbruchs und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz überprüft. Kurz nach 20 Uhr hatten sich etwa 150 zum Teil vermummte Angehörige der linken Szene ohne Anmeldung am Heinrichplatz versammelt und ein Transparent ausgerollt. Ferner brannten sie Feuerwerkskörper ab und zündeten auf ihrem Weg durch die Skalitzer Straße in Richtung Schlesisches Tor den Inhalt eines Baucontainers an. Die brennende Pappe wurde von der Feuerwehr schnell gelöscht.
Die Polizei, die zunächst mit einer Einsatzhundertschaft am Ort erschienen war, wollte den Aufzug stoppen und Verbindung zu den Veranstaltern aufnehmen. Die Beamten wurden aber sofort mit Steinen und Flaschen beworfen und beleidigt. Dann wichen die Aufzugsteilnehmer in kleineren Gruppen in die Nebenstraßen aus. Die Beamten folgten den Gruppen, wurden dabei erneut massiv mit Flaschen und Steinen beworfen. In der Naunynstraße stoppten die Beamten schließlich eine Gruppe von 47 Personen.

Pressemeldung Eingabe: 30.10.2010 - 12:30 Uhr Einsatzwagen der Polizei mit Steinen beworfen

Unbekannt gebliebene Täter haben heute früh in Friedrichshain zwei Einsatzwagen der Polizei mit Kleinpflastersteinen beworfen. Gegen 0 Uhr 30 waren die Beamten in der Grünberger Straße unterwegs, als sie unvermittelt attackiert wurden. Ein Einsatzwagen wurde mehrfach getroffen. Die Polizisten blieben unverletzt, traten jedoch vom Dienst ab. Tatverdächtige konnten bisher nicht ermittelt werden, die Ermittlungen werden wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr geführt.

Willkommen zum Online-Auftritt des 14. Europäischen Polizeikongresses!

Auf dieser Seite finden Sie alle relevanten Informationen zum 14. Europäischen Polizeikongress, der vom 15. bis 16. Februar 2011 in Berlin tagen wird, sowie Rückblicke über die vergangenen Veranstaltungen. Der Kongress wird zum Thema "Migration Integration - Sicherheit in Europa im Wandel" stattfinden.

TRANSPORTER ANGESTECKT: Unbekannte haben gestern früh in Friedrichshain einen Transporter der Firma DHL in Brand gesteckt. Sie schoben brennenden Grillanzünder in den Kühlergrill. Eine Zivilstreife entdeckte den qualmenden Wagen in der Thaerstraße und löschte mit einem Feuerlöscher.

Brandanschlag auf Bundesamt

Einen Brandanschlag auf das Bundesverwaltungsamt haben Unbekannte in der Nacht zu Donnerstag verübt. Passanten hatten gegen 2 Uhr den Brand unter einem Fenster an der Bundesallee bemerkt, die Feuerwehr konnte schnell löschen. Es entstand geringer Sachschaden.

An der Fassade hinterließen die Täter das Kürzel „RAZ". Das Kürzel steht für „Revolutionäre Aktionszellen". Diese klandestine Gruppe bekannte sich mittlerweile in einem „Kommuniqué" zu dem Anschlag. Man habe mit „zwei zeitverzögerten Brandsätzen" ein „demonstratives Signal" gegen die „Repressions- und Ideologieapparte des Klassenstaates" gesetzt, hieß es darin. Der Anschlag wird mit den wiederholten Razzien gegen linke Buchläden wegen klandestiner Szenezeitschriften wie *interim*, *radikal* oder *prisma* begründet. Das Bundesverwaltungsamt ist dem Innenministerium angegliedert. KO

NS-Täter sind keine Opfer!
Weg mit den "Heldengedenken"!

Wir haben in der Nacht vom 11. auf den 12. November 2010 den Soldatenfriedhof im niedersächsischen Essel (bei Celle) umgestaltet:

- Die Steinsäulen mit eingravierten Ehrenkreuzen sowie den Angaben der Jahreszahlen der beiden deutschen Angriffskriege haben wir mit roter Lackfarbe bedacht.

- Der Gedenkstein mit der Inschrift "Den Toten im Osten" wurde mit Schnellbeton geglättet und neu eingraviert steht dort nun: "NS-Täter sind keine Opfer".

- Die 57 Doppel-Grabsteine haben wir mit pinker Farbe markiert.

- Die Info-Tafel mit dem Schlachtverlauf und der Liste der hier begrabenen Soldaten und ihrer Wehrmachtstitel haben wir mit einem neuen Info-Plakat versehen, auf dem wir folgende Information kundtun:

"Auf dem Waldfriedhof bei Essel treffen sich seit 2007 wieder vermehrt Alt- und Neonazis, um ein sogenanntes "Heldengedenken" zu zelebrieren. Insbesondere am "Volkstrauertag" sowie am darauf folgenden "Totensonntag" versammeln sich in der Lüneburger Heide unter anderem Mitglieder verschiedener faschistischer Organisationen wie der HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS), der OdR (Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger), der neonazistischen "Kameradschaft Celle 73", der "Snevernö-Jungs" und der Frauengruppe "Düütsche Deerns". Sie gedenken den 114 hier im 2. Weltkrieg gefallenen Männern aus Einheiten der Marine, Panzergrenadieren sowie Angehörigen der Waffen -SS und des Reichsarbeitsdienstes (RAD).
Diese Männer blieben in den letzten Kriegstagen nicht zu Hause oder desertierten, sondern bekämpften die vorrückenden Allierten. Die überwiegend britischen Einheiten hatten unter anderem den Auftrag, den für die wehrmacht als militärisch wichtig erachteten "Aller-Brückenkopf" einzunehmen, sowie das KZ Bergen-Belsen hzu befreien.

Der Soldatenfriedhof in Essel ist protestlos wieder Wallfahrtsort für Nazhis geworden. Der Geschichtsrevisionismus und die NS-Verherrlichung der Nazis wird auch von BewohnerInnen aus der Umgebung mitgetragen.
Mit den "Heldengedenken" und "Gedenkveranstaltungen" verbunden ist eine Verhöhnung von NS-Opfern sowie eine Verharmlosung und Relativierung des NS-Regimes. Diese Veranstaltungen und das damit verknüpfte Denken hat eine Strahlungskraft bis weit in die Gesellschaft. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten.

Die Umgestaltung des Soldatenfriedhofs ist unsere Antwort auf die "Gedenkveranstaltungen" zum Volkstrauertag!
Es gibt keine unschuldige Kriegsteilnahme und keine zufällig "Gefallenen"!

inglorious basterds

Die Angriffe auf Quartiersmangment Büros häufen sich, Erklärungen vom directaction blog,

"Wir haben in der Nacht vom 22. auf den23.sep. das Quartiersmanagment in der Hobrechtstrasse in Neukölln angegriffen.
Wir haben die Scheiben eingeschossen, als Antwort auf ihren Überfall auf die Kundgebung am 18.sep. zum Gedenken an Dennis , der von den Bullen hingerichtet wurde!
Scherben gegen ihre Repression! Das Quartiersmanagment ist Dreh und Angelpunkt der Befriedungs und Kontrollbestrebungen in Neukölln und somit ist diese Aktion auch als Aufruf an alle zu verstehen, die Innenministerkonferenz im nov. anzugreifen.Rache für Dennis!
Steine auf Bullenschweine!
IMK Sabotieren! Kommando Schweinegrill"

"in der nacht zum 13.09.10 haben wir in der dresdner straße in berlin kreuzberg die scheiben vom "quartiersmanagment" eingehämmert. das "quartiersmanagment" ist wegbereiter der jährlichen angriffe von bullen gegen die revolutionären 1.mai demonstrationen, initiator der secruitys auf dem mayfest, hauptverantwortlich für die überwachung der kreuzberger bevölkerung durch kameras und sicherheitsdienste und damit schuldig am aufbau und erhalt des überwachungsstaates und der repressionsmaschinerie. das "quartiersmanagment" reiht sich damit in die liste der firmen ein, die in zusammenarbeit mit dem staat und dessen unterdrückungsorgane, profit aus der knechtschaft und ausbeutung der gesellschaft ziehen. mit der verdrängung sozialer randgruppen, zum beispiel der drogenszene am kottbusser tor und der bereitstellung von räumen für die bullen zur koordination ihrer einsätze werden tür und tor für gentrifizierung und vertreibung der unteren sozialen schichten
geöffnet. wir solidarisieren uns mit den vergangenen angriffen (https://directactionde.ucrony.net/node/776) auf das "quartiersmanagment" und allen anderen firmen die mit gleichen oder ähnlichen machenschafften an der zerstörung von lebens- und freiräumen verantwortliche gemacht werden können. wir möchten jede_n dazu aufrufen sich im november an der sabotage und verhinderung der innenminister konferenz in hamburg zu beteiligen. GEGEN HERRSCHAFT UND UNTERDRÜCKUNG!
FÜR DAS LEBEN UND DIE ANARCHIE! BULLEN KNECHTEN, IMK VERSENKEN!"

"in der nacht zum 17. august haben wir in kreuzberg einrichtungen der inneren sicherheit angegriffen. in der wassertorstrasse zerplatzten die scheiben vom QUARTIERSMANAGMENT und der firma GEGENBAUER. beides sind instrumente zur bekämpfung entstehender sozialer spannungen und daher der polizei vorgeschaltet. 1998 wurde das gebiet am wassertorplatz als erstes "KRIESENGEBIET" stigmatisiert und mit einem QUARTIERSMANAGMENT bestraft. vom büro des QUARTIERSMANAGEMENT werden 1. mai einsätze der polizei, 1 euro jobs für putzkräfte, spitzelanwerbungen unter jugendlichen und die ausrichtung der sozialen überwachung nach dem vorbild britischer innenstädte koordiniert. dazu gehört die fast lückenlose videoüberwachung der bevölkerung im wassertorkiez durch die wohnungsbaugesellschaft GEWOBAG. direkt neben dem QUARTIERSMANAGEMENT haben wir die firma GEGENBAUER angegriffen. sie betreibt unter anderem einen sicherheitsdienst und logistikaufgaben für die bundeswehr.

mit dieser aktion mobilisieren wir gegen die INNENMINISTERKONFERENZ, die im november in hamburg stattfindet. nur mit polizei und geheimdiensten können die innenminister nicht ihre beschlüsse zur durchsetzung von friedhofsruhe in diesem staat auf den weg bringen. sie benötigen organisationen, die vor der eingriffsschwelle der polizei jede unzufriedenheit und normabweichung spalten, ausspionieren und isolieren. eben QUARTIERSMANAGEMENT und WACHSCHUTZFIRMEN!

INNENMINISTERKONFERENZ IN HAMBURG PLATZEN LASSEN!
http://no-imk.blogspot.com/

autonome 36"

"Wir haben in der Nacht zum 25. November Einrichtungen der Sozialen Repression in Neukölln angegriffen. Dabei gingen Rolläden und Scheiben der Quartiersmanagement Büros in der Fontane- und Hobrecht Strasse zu Bruch. An den Fassaden wurden Parolen gesprüht.
" ...Weil wir hinter dem Projekt von der QM mit der Bezeichnung "integrierte Stadtentwicklung", das von den "Stadterneuerungsgesellschaften" und bzw. vom Staat unterstützt wird, als einziges sehen können, ist systematische staatliche Gewalt durch soziale Kontrolle (Task Force, Sozialarbeiter), Überwachung, Alienation und Repression.
...weil unsere Nachbarschaft wie alle anderen Nachbarschaften zu Knästen werden.
...weil wir und unser Leben wie Güter behandelt werden...
stehen wir gegen jegliche Form der Ausbeutung und antworten wir Bewusst auch mit Gewalt für die Abschaffung eines herrschaftsunterdrückenden Systemes."

Wütende NachbarInnen"

ZeugInnenaufruf

zum Samstag, den 10.04.2010 am Heinrichplatz

Der EA-Berlin sucht dringend nach Informationen zum Polizeieinsatz und den Festnahmen im Zusammenhang mit der Besetzung des ehemaligen Cafe Jenseits am 10.04.2010 am Heinrichplatz.

Was ist geschehen?

Am 10. April 2010 haben Anwohnerinnen und Anwohner die Räume des (ehemaligen) „Café Jenseits" am Heinrichplatz besetzt, welches aufgrund extremer Mietsteigerung zuvor schließen musste. In der ***Presseerklärung*** hieß es hierzu:

„Während die Mieten für Wohnungen explodieren und immer mehr Menschen mit geringen Einkommen den Kiez verlassen müssen, ändert sich auch die Gewerbestruktur. Alteingesessene Betriebe mit Angeboten, die auch für Menschen mit wenig Geld erschwinglich waren, werden zugunsten teurer Geschäfte und Restaurants ausgetauscht"

Die BesetzerInnen richteten einen Umsonstladen ein, und in den folgenden Stunden versammelten sich zwischen 100-150 Anwohnerinnen und Anwohner am Heinrichplatz, um sich zu informieren, Dampf abzulassen, Federball zu spielen, die Besetzung zu feiern und Dinge für umsonst abzuholen.

Nachdem sich nun mittlerweile keine Personen mehr in den Räumen aufhielten, kam es zu Übergriffen seitens der Berliner Cops gegen die am Heinrichplatz diskutierende Nachbarschaft. Im Zuge dessen wurden mehrere Menschen verletzt, es kam zu Festnahmen. Einige AnwohnerInnen wurden später auch im weiteren Umfeld des Heinrichplatzes massiv von der Polizei schikaniert und verletzt.

Für die beschriebenen Situationen werden ZeugInnen, Video- und Fotoaufnahmen gesucht, um den Polizeieinsatz zu rekonstruieren und die Betroffenen bei den nun anstehenden Gerichtsverfahren zu unterstützen.

Solidarität hilft

gegen die neoliberale Stadtumstrukturierung und Polizeigewalt

Bitte meldet Euch beim Berliner Ermittlungsausschuss,
Sprechstunde immer Dienstags, 20 - 22 h
im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
030 – 69 22 222
ea.berlin@riseup.net

Reichenberger Kiez: Watch our Neighbour !

In unserem Kiez leben und arbeiten unbehelligt Akteure der Gentrifizierung! Sie zerstören diesen Kiez, sie zerstören andere Kieze! Sie haben Namen, Adressen und Gesichter !

In der Reichenberger Str. 113 A unterhalten unter anderem Ralf Großbongardt und Claudia Ostwald ein Büro. In dem Büro „etage3" koordinieren diese Leute ihre Projekte; zum Beispiel die „Baugruppe Schmollerplatz GbR". Diese baut im benachbarten Kiez in Alt Treptow 16 Eigentumswohnungen zwischen 80 und 170 m² (2000,- € der Quadratmeter). Dafür wurde gegen den Widerstand von Anwohner_innen eine verwilderte Brache zerstört und alte Obst- und Nußbäume abgeholzt. Das Gelände war nach Recherchen der dortigen Stadtteilgruppe noch nie bebaut worden und als besonderes Biotop bekannt. Durch Projekte wie den Bau von Eigentumswohnungen würden dort Gentrifizierungsprozesse angeheizt und der Mietspiegel angehoben.

Ralf Großbongardt, Architekt, hat beim Bau des Bundeskanzleramtes und der Commerzbank in Frankfurt in zentraler Position im Projektmanagement gearbeitet und führt als Geschäftsführer eine entsprechende Firma. Er wirbt mit seinen Erfahrungen im Bereich „Entwicklung von Alt und Neubauten", die nicht im Interesse einkommensschwacher Mieter_innen sind. Er will in den Neubau einziehen, während er hier unbehelligt in seinem Büro seine Projekte der Verdrängung fortsetzen möchte.

Claudia Ostwald, ebenfalls Architektin, derzeit „Asset Managerin" im Immobilienfondgeschäft, wird dort ebenfalls einziehen. Auf Ihrer Webseite heißt es: „Von queer bis straight, ob Single, verpartnert oder welcher Lebensentwurf auch immer: Wir wünschen uns eine bunte Mischung und ein gutes Zusammenleben mit Toleranz und Rücksichtnahme und vor allem viel Spaß". Auf Kosten und Knochen anderer Menschen, die durch diesen „Spaß" ins Hintertreffen geraten, möchte man hinzufügen.

Schluss mit lustig! Ohne Rücksicht auf die Folgen des Kiezes und deren Bewohner_innen haben sie ihr Projekt durchgezogen. Ihre Gesichter haben sie von ihrer Webseite getilgt; sie fürchten Anfeindungen. Ihr Büro haben sie im Hofdurchgang der Reiche 113A mit einer Kamera versehen lassen. Verständlich. Denn sie sind hier unerwünscht. Hiermit ergeht die Aufforderung das Büro zu schließen und sich zu verpissen ! Das gilt übrigens für alle Mitarbeiter_innen der „etage3".
Sonst werden die Privatadressen und private Telefonnummern veröffentlicht ! Ralf Großbongardt (0177/3277400 und 695 055 20) fährt einen grauen Saab Cabrio, B-MA-7211. Claudia Ostwald (0179/7752482).

Gentrifizierung ist kein lokales Problem!
Widerstand gegen Mieterhöhungen überall !!!

VisdP: Charlotte Reiche v. Wuth, Nostizstr. 37, 10961 Berlin

Polizei mit Billardkugeln beworfen

Eigentlich ging es nur um zu laute Musik, doch am Ende hagelte es Farbeier und Billardkugeln. Nach der Beschwerde einer Anwohnerin über zu viel Lärm rückte in der Nacht zu Donnerstag eine ganze Einsatzhundertschaft der Polizei zur Liebigstraße in Friedrichshain aus. An der Ecke Rigaer Straße drang gegen 22 Uhr Musik aus einer alternativen Szenekneipe im Erdgeschoss. Als Polizisten vor dem Haus eintrafen, um Kontakt zu den Verantwortlichen aufzunehmen, schlugen einige Personen die Eingangstür zu und klemmten eine Polizistin ein.

Mit einer Brechstange mussten Beamte der hinzugezogenen Einsatzhundertschaft ihre Kollegin befreien, während von innen weiter gegen die Tür gedrückt wurde. Um 23.45 Uhr war der Lärm immer noch zu laut und die Türen verbarrikadiert. Plötzlich flogen Steine, Farbeier und Billardkugeln auf die Beamten vor dem Gebäude, mehrere Einsatzfahrzeuge wurden getroffen. Da weitere Gesprächsversuche mit den Bewohnern erfolglos waren, besorgten sich die Einsatzkräfte einen richterlichen Durchsuchungsbeschluss für das Lokal. Mit einem Trennschleifer öffneten sie kurz nach 3 Uhr ein von innen mit Metall und Möbeln verbarrikadiertes Fenster. Anschließend wurden Dutzende Lautsprecherboxen, Trommeln, Mischpulte, Abspielgeräte und E-Gitarren beschlagnahmt. Tatverdächtige konnte die Polizei im Gebäude nicht finden. Vor dem Haus wurden lediglich die Personalien von 16 „mutmaßlichen Unterstützern" aufgenommen. Beim Abtransport des konfiszierten Inventars bewarfen Vermummte aus dem Haus heraus erneut Polizisten und Einsatzfahrzeuge mit Steinen, Flaschen und Farbeiern. Vier Beamte wurden leicht verletzt. Jetzt laufen Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung. In den letzten Monaten hatte es oft nächtliche Auseinandersetzungen vor dem Gebäude gegeben. *Tsp*

Am Abend des 13. Oktober verschaffte sich die Polizei gewaltsam Zutritt in die Vereinsräume des XB. Sie entwendeten Technik und Musikinstrumente. Es gab Widerstand gegen diesen Einsatz aber weder eine spontane Mobilisierung noch eine andere angemessene Antwort.
Danach entbrannte auf indymedia die übliche Schlammschlacht. Seit einiger Zeit folgt jeder Bullenaktion gegen eine Party oder ein Projekt Kritik an den Leuten, die etwas gegen die Bullen unternehmen und Kritik von anderen dass nicht hart genug auf solche Angriffe reagiert würde.
Bei allen gestürmten Partys traf die Behauptung, dass Provokationen von eigenen Leuten auf der Strasse den Einsatz auslösen nicht zu.
Es stellt sich daher die Frage ob Projekte wie das XB/Liebig 34 überhaupt Unterstützung bei Bullenangriffen wünschen - die Stellungnahmen aus dieser Richtung deuten eher auf das Gegenteil hin.
Wir haben oft flexibel auf das Vorgehen der Polizei reagiert, so auch am 13. Oktober. Dabei sehen wir in dem Kampf um Freiräume keinen Stellvertreterkonflikt in dem die Projekte instrumentalisiert werden. Strukturen, die sich mit der Anwesenheit der Polizei direkt an ihrer Haustür abgefunden haben und sich alles gefallen lassen, müssen nicht von Aussen verteitigt werden.
Solange es keine gegenteilige Stellungnahme der Liebig 34 gibt, gehen wir davon aus das dort kein Widerstand mehr erwünscht ist.
Eine Diskussion zu diesem Thema könnte den weiteren Rückzug aus der Öffentlichkeit und das Vergraulen von Aktivist_innen bremsen und Desaster wie das Strassenfest im Sommer vermeiden.

Antimilitaristische
internationalistische
Abende

Freitag, 3.12.2010, 19:30 Uhr:
Opfer, Helden, Mythen
mit dem Büro für antimilitaristische Maßnahmen (DFG-VK)

Freitag, 28.1.2011, 19:30 Uhr:
Internationalismus im 21. Jahrhundert?
mit dem Kurdistan Solidaritätskomitee Berlin

Ort: Familiengarten, Oranienstraße 34, Kreuzberg, U-Kottbusser Tor

veranstaltet von Libertad! und BAMM

Ort: Familiengarten
Oranienstraße 34
Kreuzberg

| Das andere Afghanistan

| Opfer, Helden, Mythen

| Internationalismus im 21. Jahrhundert?

www.antimilitarismustag.de

Castor!Schottern?

Gedanken einiger autonomer Gruppen zu Castor?Schottern!

Mit **Freude** und gleichzeitiger **Skepsis** beobachten wir, einige autonome Gruppen, seit Monaten die Kampagne „Castor?Schottern!". Diese Initiative - hauptsächlich getragen aus Gruppen der Interventionistischen Linken (IL) und verschiedenen Anti-AKW- und Umweltaktivistinnen - setzt sich zum Ziel, wie in z. B. in Heiligendamm, einen breiten Widerstand auf die Beine zu stellen. Die Idee hat ihren Reiz: zu gemeinsamen Sabotageaktionen aufzurufen und dabei über die breite Beteiligung einen Status Quo herzustellen, der es Polizei und Justiz schwer macht, alle zu kriminalisieren, die sich der Aktion auch nur verbal anschließen. Wir, als Autonome Atomkraftgegnerinnen, fühlen uns da gerne angesprochen und freuen uns über die explizite Einladung daran teilzunehmen. Die Großaktion soll ein breiter Zusammenschluss von vielen unterschiedlichen Leuten werden, die in direkter Aktion Staat und Wirtschaft bei ihrem dreckigen Atomkonsens in die Suppe spucken wollen.

Freude

Der Aufruf Castor?Schottern! verspricht mehr als z.B. BlockG8 während des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm. Damals durfte nach dem Kampagnenkonzept nicht am Sicherheitszaun gerüttelt werden und das wurde von den Organisatorinnen des G8-Bündnisses auch durchgesetzt. Beim diesjährigen Castor soll in einer Massenaktion die Strecke zwischen Lüneburg und Dannenberg für den Castortransport unbefahrbar gemacht werden. Das finden wir ein richtiges Ziel, denn vor den Schienen stehen zu bleiben und dort laut seinem Unmut Ausdruck zu geben ist zwar wichtig, aber auch frustrierend und wenig effektiv. Die Aktion nimmt ein Mittel auf, dass sich im Wendland bereits bewährt hat, das Schottern. Die Aktionsform ist das erprobte Fünf-Finger-Prinzip - tausende Menschen versuchen zusammen auf die Schienen zu kommen, dort soviel Schotter wie möglich zu entfernen und mit verschiedenen Mitteln die Strecke unbefahrbar zu machen. Alle sind eingeladen mitzumachen, ob Autonome, Bäuerin, Anarchistin oder Umweltaktivistin. Ein gewagtes Projekt, denn bislang haben im Wendland die unterschiedlichen Spektren ihre Aktionen nebeneinander durchgeführt. Das Gemeinsame bestand darin, sich gegenseitig zu akzeptieren und nicht in die Quere zu kommen, also vielfältig die verschiedenen Widerstandsformen nebeneinander stattfinden zu lassen: hier wird gesungen, dort widersetzt, hier Barris gebaut, die von anderen angezündet werden, dort Eier oder Steine geworfen und das alles, ohne, dass es in den vergangenen Jahren innerhalb der Wendländischen- oder Anti-AKW-Protestbewegung zu nachhaltigen Zerwürfnissen gekommen wäre. Diese Akzeptanz und der gegenseitige Respekt wurde in mehr als 30 Jahren Widerstand im Wendland miteinander erstritten (ja, ja, es gibt auch Ausnahmen). Auch dieses Jahr gibt es unterschiedliche Aktionen: WiderSetzen, Xtausend Quer, die Bauern, etc. Mit Castor?Schottern! wird nun versucht viele Menschen, mit unterschiedlicher praktischer Erfahrung und mit unterschiedlichen Widerstandsformen zusammenzuführen. Autonome neben sogenannten Gewaltfreien - hört sich spannend an und wir hoffen auf Solidarität und gegenseitigen Respekt.

Laut Aktionskonsens „... werden wir gemeinsam Polizeiabsperrungen überwinden, umgehen oder durch sie hindurchfließen. [...] Ziel ist es, die Schiene unbrauchbar zu machen, und nicht, die Polizei anzugreifen." Da können wir uns drunter setzen, denn die kaputte Schiene ist das Ziel der Aktion. Die Frage ist und bleibt, was tun, wenn die Bullen angreifen – und „Aktion des zivilen Ungehorsams" hin und „gewaltfreie Aktion" her: die Bullen werden uns angreifen und das nicht zimperlich – sondern mit Schlagstock, Pfefferspray und Wasserwerfer. Denn die Situation im Wendland ist eine andere als beispielsweise bei der Massenaktion in Heiligendamm. Dort führten politische Entscheidungen und Ausweichrouten für Delegationen zu einem gemäßigten Bulleneinsatz bei der BlockG8-Großaktionen. Im Wendland gibt es keine Ausweichstrecke und die politische Entscheidung über Castor Transporte sind von CDUSPDFDPGRÜNE in ihren jeweiligen Legislaturperioden gefällt worden und werden bis heute so vertreten. Der Transport wird durchgeprügelt werden - bleibt also die Frage nach der Verteidigung.

Castor?Schottern! gibt die Parole raus: eine Abwehr von anrückenden Polizeikräften ist durchaus erwünscht, „damit genug Zeit auf der Schiene bleibt, um die Strecke tatsächlich unbefahrbar zu machen." Auch der Einsatz von Mitteln, die gemeinhin nicht als „gewaltfrei" gelten sind ausdrücklich erwünscht: wie Schutzkleidung, Polster, Luftmatratzen, Transpis, etc, solange die Grundidee hierdurch nicht torpediert wird und selbstverständlich nicht andere Teilnehmerinnen der Aktion gefährdet werden. Finden wir auch, also daher an alle Ungestümen: keine Steinwürfe aus der 30. Reihe, die nur die eigenen Leute treffen! Der Einsatz von Verteidigungsmitteln muss überlegt und taktisch eingesetzt werden, ob nun Polster, Steine oder Pfefferspray.

Erfreulich ist auch, dass das Bündnis Castor?Schottern! sich für Solidarität ausgesprochen hat: Jede, die von den Bullen verfolgt wird, wird Schutz in den Reihen der Großaktion finden, ob es nun jemand ist, der an einer Sitzblockade teilnimmt, zehn Tonnen Schotter wegschafft oder mit taktischen Steinwürfen eine Blockade oder „Castor?Schottern!" unterstützt. Das war bei vergangenen gemeinsamen Aktionen wie etwa beim Klimagipfel im Kopenhagen nicht immer so. Solidarisches Verhalten untereinander ist aber für uns eine Voraussetzung, gemeinsam Aktionen zu gestalten.

Skepsis

Bislang hat der Widerstand im Wendland auch ohne große Unterstützung von Prommi- oder Politprominenz jährlich eine Menge auf die Beine gestellt. Gerade weil der Widerstand selbstorganisiert ist, sind Autonome Gruppen seit Jahrzehnten Teil davon. Ohne eine zentrale Großorganisation haben die unterschiedlichen Basisinitiativen im Wendland und aus der Anti-AKW-Bewegung jahrzehntelang den Protest auf dem regelmäßig stattfindenden „Ratschlag" gemeinsam organisiert. Wir befürchten durchaus, dass sogenannte Bewegungsmanagerinnen diese basisdemokratische Struktur ins Wanken bringen und dass der Widerstand im Wendland nach den Gipfelprotesten für sie eine neue Spielwiese ist, bei der sie ihre eigenen Spielregeln durchsetzen wollen. Wir fragen uns auch, welchen politischen Sinn die Castor?Schottern!-Großaktion hat, wenn sie sich darauf stützt, dass sich möglichst viele prominente Vertreterinnen von Parteien und öffentlichem Leben der Idee anschließen. Die Erfahrung hat mehr als einmal gezeigt, dass diejenigen, die sich (aus rein populistischen Beweggründen) den Basisbewegungen aufdrängen, diese nach erfolgter Machtbeteiligung klein reden, sich distanzieren und weiteren Widerstand unterbinden und befrieden wollen. Der Einsicht, dass dem so ist, wurde bei der aktuellen Kampagne auf Drängen von Anti-Atom-Initiativen zumindest dahingehend Rechnung getragen, dass die Parteien „Die Grünen" und die „SPD" von der Unterstützung der Aktion ausgeschlossen sind. Warum ausgerechnet die „erlaubte" Unterstützerinnenpartei „Die Linke" es in Zukunft anders machen sollte, bleibt das Geheimnis des Vorbereitungskreises.

Distanzierungen kamen in der Vergangenheit aber nicht nur von der Prominenz, sondern auch von den Sprecherinnen der Großaktionen, nämlich dann, wenn Menschen sich nicht mehr an die Anweisungen der Aktionsordnerinnen halten, sondern ihr Schicksal selbstbestimmt in die Hände nehmen. Weil sie dann vielleicht doch einen Stein oder Farbeier auf Wasserwerfer schmeißen, der tausende von Litern Wasser-Gas-Mischung auf umstehende Mitstreiterinnen richtet. Weil sie dann doch einen Bullen-Wagen am Weiterfahren hindern, der gerade Nachschub an gepanzerten Robo-Cops bringt. Die Wut und Entschlossenheit, sich dem Atomstaat in all seinen Facetten entgegenzustellen und auch diejenigen offensiv anzugreifen, die den Transport mit aller Gewalt durchsetzen, ist bei vielen Aktivistinnen mit jedem weiteren Castortransport nicht kleiner geworden.

Und nu?

Was bleibt, ist die Frage, ob es trotzdem Sinn macht, sich als Autonome Gruppe an der Aktion zu beteiligen. Viele Autonome Gruppen bejahen dies, weil das Ziel das Richtige ist und der Aktionskonsens deutlich macht, dass dieses Ziel auch mit verschiedenen Mitteln erreicht werden soll. Der Aktionsrahmen sieht vor, sich entschlossen und selbstbewusst gegen die Staatsbüttel zu verteidigen - was der ganzen Aktion eine reale Chance gibt. Außerfrage steht aber, dass es an der Schiene heftig wird. Diese Aktion wird nicht „gewaltfrei" ablaufen. Fernsehbilder werden durch Bullenknüppel blutig geschlagene Nasen, durch Pfefferspray gerötete Augen senden, von „autonomen Gewalttätern" schwafeln und auch den ein oder anderen verletzten Polizisten vor die Kamera bringen. Hoffentlich senden sie auch die Bilder von Menschen, die mit Matratzen, Transpis, Tritten, Steinen und Fäusten die Bullen entschlossen aufhalten, Menschen die tonnenweise Schottersteine entfernen und dem Atomstaat somit seine Grenzen aufzeigen. Und auch von Menschen, die zu ihrer Selbstverteidigung die Bullen auf Distanz halten, damit wirklich kein Schotter übrig bleibt. Ob sich die Kampagne Castor?Schottern! im Nachhinein von diesen Bildern distanziert, wird sich zeigen. Wir hoffen nicht – denn gemeinsam ist gewollt und nur gemeinsam „rocken wir them übelst".

Einige Autonome Gruppen

Brüssel, No border und die Anarchistische Bewegung
Die anarchistische Bewegung in Belgien stand dem No Bordercamp zunächst differenziert gegenüber. Sie hat sich in den letzten Jahren schwerpunktmäßig mit den Themen Knast, Abschiebung und den migrantischen Vierteln von Brüssel befasst und betrachtet die „Eventpolitik" der traditionellen Antiraszene kritisch.Trotzdem wurde das Camp als Möglichkeit eingeschätzt, zu einer Vernetzung und damit einer Stärkung der Bewegung in Europa zu gelangen.
Dieser Text berichtet nicht vom Camp sondern vom Agieren der Anarchist_Innen/Autonomen, des „Black Block", in diesem Zeitraum.
Der Text soll nicht als Kritik verstanden werden, sondern als Analyseversuch.

Am Sonntag (26.09.2010) fand die erste Demonstration während des No Bordercamps statt. Anlass war der Tod von Semira Adamus, die am 22.09.1998 von der Polizei im Rahmen des 6. Abschiebeverfahrens mit einem Kissen erstickt wurde. Seit diesem Tag findet jedes Jahr eine Gedenkaktion beim Abschiebeknast Steenokkerzeel statt, bei der auch den dort inhaftierten Menschen die Solidarität ausgedrückt wird.
Bei dieser Demo wurden alle Teilnehmer_Innen zunächst eingekesselt und durchsucht sowie abgefilmt. Später wurden bei Angriffen mit Pferden viele verletzt und 16 Menschen festgenommen. Hiermit kündigte sich die Gangart der belgischen Polizei an, die wirklich jede Außenwirkung linksradikaler/anarchistischer Gruppen unterdrücken wollte. Der Einsatz am 26.09.2010 ging nicht auf irgendeine Straftat der Leute zurück.

Am Mittwoch (29.09.2010) startete eine Gewerkschaftsdemo mit hunderttausenden Menschen vom Gare Midi. Es gab Blöcke von Bergarbeiter_Innen und Stahlarbeiter_Innen bei denen wir uns dachten, wenn die sich mal der Kontrolle ihrer Kader entziehen würden... da hätte wohl jede Polizei ein Problem... .
Doch bis auf sinnlos verwendetee Rauchtöpfe, Bengalos und Böller, die einfach so in der Demo fallen gelassen wurden, ging von diesen Blöcken nichts aus. Die Polizei reagierte dabei gar nicht.
Aber es gab auch ziemlich gruselige Blöcke, etwa von der GdP oder von Euromil.
Nach einiger Zeit formierte sich auch ein „schwarzer Block",der versuchte sich der Demo anzuschließen. Er wurde von Anfang an bedrängt, es wurden Transparente weggerissen wegen Anarchiezeichen und bereits beim Verlassen des Camps wurde ein großer Teil weggehaftet.
Nach ca. 500m, am Hallepoort, hatten Riotcops den Block gestoppt und begannen zu kesseln. Bis zu diesem Moment war alles friedlich. Die Bullen boten ungefähr 200 Stück auf, etwa soviel wie der Black Block auch. Das Zusammentreiben verlief brutal und beschränkte sich nicht nur auf vermeintliche „Schwarze" sondern schloss auch Sambaband und Gewerkschafter_Innen mit ein.
Befreiungsversuche waren anfangs noch durchaus erfolgreich, die Bullen waren nicht wirklich fit. Dann fingen aber Zivibullen, die sich zu einem Mob von ca. 40 zusammengerottet hatten , an mit Telis wie wild um sich zu kloppen. Die Menschen um sie herum sackten dabei reihenweise mit Kopfverletzungen zusammen. Dabei ist es egal ob Alter Opi oder kleines Kind, egal ob Hippie oder Gewerkschafter_In, die gerade einen ausgebüxten Black Blockler den Bullen übergeben will... alles wurde niedergemacht.
Die Zivis sprühten sich dann noch gegenseitig und alle umstehenden mit Pfeffer ab, dann stand der Kessel. Inzwischen flogen vielleicht 5-10 Steine und Flaschen auf die Bullen, was aber angesichts der Festgenommenen dazwischen nicht besonders clever war.
Die belgische Szene schien von der Taktik ziemlich überrascht. Die Zivis waren uns als leicht zu erkennende Beobachter beschrieben worden,die nur am Rand stehen. Ihr Auftreten an diesem Tag entsprach aber eher dem Gegenteil.
Am Rande kam es zu regelrechten Jagdszenen von Zivimobs auf vermeintliche Mitglieder des „schwarzen Blocks", wobei die Bullen auch noch von Gewerkschafter_Innen unterstützt wurden. Die Demo wurde von den Veranstalter_Innen dabei immer wieder vorangetrieben um eine Solidarisierung mit den Gekesselten zu verhindern. Von Ausnahmen abgesehen vermittelten die Gewerkschafter_Innen eher das Bild von faschistoiden Hilfsbullen.

Etwa zur gleichen Zeit wurde ein Treffen blockiert, an dem unter anderem der Migrationsminister und der Vizeboss von Frontex teilnahmen. Die Eingangstür wurde blockiert.
Nach ca. 30 Minuten fingen die Bullen an die Leute einzeln festzunehmen. Letztendlich wurden mich nur die mutigen Blockierer_Innen alle festgenommen, sondern es erwischte genauso umstehende Passanten, die mit der ganzen Sache überhaupt nichts zu tun hatten.
Alle weiteren geplanten Aktionen an dem Tag sind entweder abgebrochen worden, da das Vorgehen der Bullen eine neue Qualität erreicht hatte.
Insgesamt wurden an diesem Tag mindestens 300 Personen festgenommen.
Am selben Tag kam es in Barcelona bei einer ähnlichen Demo zum Schlagabtausch, den die Bullen nicht gewannen. Dort waren auch nicht mehr Autonome/Ocupas/Anarchas beteiligt als in Brüssel, jedoch waren diese nicht so isoliert vom Rest der Demonstration. Die Bewegung in Belgien ist sehr kompromisslos im Umgang mit anderen „Linken". Es gibt keine Bündnissdemonstrationen. Die 300 Menschen, die in Belgien zur anarchistischen Bewegung gezählt werden, machen ihre Demos allein.

Die Begründungen dafür sind nachvollziebar, bei größeren Ereignissen besteht aber kaum ein Handlungsspielraum. Schwarze Blöcke brauchen Unterstützer_Innen um zur Geltung zu kommen. Wo keine Solidarität von anderen kommt und sei es nur als „Deckungsmasse", ist der Block den heutigen Polizeitaktiken nicht gewachsen, was man sehr schön in Kopenhagen im Dezember 2009 sehen konnte.
An dieser Stelle müsste der Sinn von militanten Auftritten genauer definiert werden. Ist es verantwortbar für das Mitlaufen in einer friedlichen Demonstration mit 70% Festnahmen zu bezahlen? Wohlgemerkt ohne wenigstens den ersten Stein geworfen zu haben. Oder ist der Preis einer begrenzten Bündnispolitik zu hoch, wenn dafür Riots möglich sind, wie am gleichen Tag in Barcelona? Denn die Bewegung in Barcelona ist nicht stärker sondern lediglich weniger isoliert.

Der Behauptung isoliert zu sein werden die Genoss_Innen in Belgien wiedersprechen. sie sind es auch nur in Bezug auf die „Linke". Stattdessen haben sie einen großen Bezug zu migrantischen Stadtteilen, mit dem sie uns in Deutschland weit voraus sind. Der gemeinsame Kampf gegen Knast, Abschiebung und Polizei ist hier greifbar. Die jahrelange Arbeit in und mit den „Ghettos" von Brüssel sollte in einer gemeinsamen Demonstration sichtbar werden.
Am Freitag (01.10.2010) sollte es vom Gare Midi durch das Krisenviertel in Anderlecht und Saint-Gilles gehen. Dafür wurde massiv in den migrantischen Communitys mobilisiert, jedoch gab es kaum Versuche die belgische „Linke" zu mobilisieren. Nach dem Polizeieinsatz vom Mittwoch bei der Gewerkschaftsdemo war die Einschätzung, dass die Bullen diese Demo nicht zulassen werden. Ein Rücktritt hätte jedoch bedeutet, für diejenigen , die man mit der Mobilisierung erreichen wollte unsichtbar zu sein und viel Vertrauen, dass man sich lange erarbeitet hatte, wieder zu verlieren. Das Ziel war es nicht eine mehr oder weniger klandestine Randale in einer Einkaufsstraße zu organisieren sondern ein Aufzug durch die unruhigen Viertel, an dem sich die prekarisierte und verstoßene Bevölkerung beteiligen kann. Die Bewegung wollte dort Gesicht zeigen, wo Polizeigewalt und spontane Aufstände regelmäßig stattfinden. So sind in der Vergangenheit mindestens zwei Polizeistationen, nach der Intervention. aufgebrachter Anwohner_Innen, nicht wieder aufgebaut worden.
So endete auch dieser Demonstrationsversuch mit Festnahmen beim Verlassen des Camps und am Auftaktort Gare Midi,insgesamt ca. 180 Menschen.
Die Demo fand nicht statt, das Polizeiaufgebot war erdrückend. Trotz monatelanger Mobilisierung konnten nicht genug Leute gezogen werden um etwas entgegensetzen zu können.
Es gab danach den Versuch sich am Haalepoort zu treffen um von dort eine Sponti zu starten. Obwohl dieser Termin nicht öffentlich war, gabs hier erneut Massenfestnahmen. Die Bullen wussten wohl Bescheid, entweder weil sie sich einfach an größere Gruppen dran gehängt haben oder durch unsichere Kommunikation.So wenig wie Gare Midi als Startort für eine angekündigte und bedrohte Demo geeignet ist, war Haalepoort für eine Sponti geeignet. Der Platz am Gare Midi ist riesig, für Bullen super befahrbar, keine Fluchtmöglichkeiten... eigentlich Feindesland.
Haalepoort ist nah dran, zwar am Rande zu Saint-Gilles aber schwer sich verdeckt zu sammeln.
Beide Pläne wären an geeigneten Orten besser zu realisieren gewesen. Auch hier stellt sich die Frage, ob das politische Ziel, an einem bestimmten Ort sichtbar zu sein, Vorrang haben sollte vor einem etwas sichereren Auftritt in einer anderen Gegend.
Nach der gescheiterten Sponti wurde in unmittelbarer Nähe, zwischen beiden Anlaufpunkten und bei hohem Bullenaufkommen eine Polizeistation angegriffen. Danach gab es erneute Verhaftungen von Leuten, die irgendwie „links"aussahen. So begrüßenswert Angriffe auf Bullenstationen auch sind, manchmal sind Ziele besser in einem Gebiet in dem nicht Menschen unterwegs sind, die dort hin mobilisiert wurden.
Die internationale Mobilisierung für diesen Tag verlief unglücklich. So klar das hier was gehen soll war die Ankündigung zumindest in Deutschland nicht viele hatten auch der absehbaren Enttäuschung in Bremen am nächsten Tag den Vorrang gegeben. Auch aus den Niederlanden wären mehr Aktivist_Innen gekommen, wenn sie nicht zur gleichen Zeit mit den Amsterdamer Bullen gemacht hätten, was in Brüssel gepasst hätte. Vielleicht lassen sich in Zukunft solche Terminüberschneidungen vermeiden.

Die anarchistische Bewegung in Belgien hat in den letzten Jahren dort Kontakte knüpfen können, wo die Unzufriedenheit über die bestehenden Verhältnisse am ehesten explodieren könnten, in den Knästen, bei von Abschiebung betroffenen Menschen, in den Krisenvierteln, bei Jugendlichen die keine Perspektive sehen. Daraus ist bis jetzt aber kein gemeinsamer, organisierter Kampf geworden, der offen auf der Straße geführt wird.
Durch das vorbildliche Outen von Firmen, die am Knast- und Abschiebesystem profitieren, werden diese beständig angegriffen. Aber auch andere Konflikte wie z.B. die neuen Zugangskontrollen in Metrostationen werden nicht nur von der Szene militant bearbeitet.
Um sich auf großen Demonstrationen oder bei eigenen Sachen gegen die Bullen zu behaupten, fehlt jedoch die Masse. Die belgische Polizei (wie jede andere) unterdrückt jegliche Meinungsäußerung, die die Gewerkschaften links überholt. Ein echter Polizeistaat eben! So werden auch viele der Festnahmen während des No Bordercamps in der Presse offen als „Präventive Maßnahmen" bezeichnet.

Gemeinsam gegen Alle Staaten!!!

Solidarität mit den Verhafteten in Belgien, nach einem Angriff auf eine Polizeistation

Als Teil eines andauerndes Kampfes gegen Knäste und die Errichtung eines neuen Abschiebeknastes im speziellen, riefen AnarchistInnen zu einer offensiven Demonstration gegen Grenzen und alle Formen von Knästen auf am 1. Oktober. Diese wurde blockiert von einer massiven Polizeipräsenz und Verhaftungen. Vier Personen befinden sich im Moment im Knast, in Erwartung des Prozesses. Ihnen wird vorgeworfen an einem Angriff gegen eine Polizeiwache durch eine Gruppe von Personen teilgenommen zu haben. Hier die Übersetzung eines aktuellen Posters.

Solidarität mit den Beschuldigten eines Angriff auf eine Polizeiwache in Brüssel

Am Freitag, den 1. Oktober, fand in der Nähe der South Station eine lebhafte Demonstration gegen Abschiebelager, Knäste, Grenzen und den Staat statt. Dieser Staat war nicht erfreut über diese Initiative und belagerte die Umgebung. Die Polizei kontrollierte, durchsuchte und nahm eine große Zahl von Personen in Gewahrsam im Umfeld des Bahnhofs; in Anderlecht, ein nahegelegenes beliebtes Viertel, patrouillierte die Polizei mit Maschinengewehren an strategisch vorteilhaft Plätzen und etliche Einheiten der Bereitschaftspolizei standen bereit um die beiden Knäste von Brüssel zu bewachen, in Forest und Saint-Gilles. Für die Hälfte des Brüsseler Stadtgebietes wurde das Verbot bekanntgegeben sich mit mehr als fünf Personen zu sammeln, durchgesetzt wurde dies durch Zivil- und Bereitschaftspolizei. Einige Stunden nachdem die Demonstration stattfinden sollte attackierten Dutzende von Personen die Polizeistation von Marolles, ein paar Blöcke vom Bahnhof entfernt. Die Polizeiwache und zahlreiche Polizeifahrzeuge wurden zerstört, zwei Polizeibeamte wurden verletzt. Vier Personen wurden verhaftet in der Umgebung einige Zeit später und sind nun beschuldigt an dem Angriff beteiligt gewesen zu sein. Sie befinden sich im Knast von Forst eingesperrt und warten auf den Prozess.

Wir unterstützen den Angriff, für den sie beschuldigt sind, vollkommen, und sehen ihn als einen folgerichtigen Akt, in dem wir uns wiedererkennen. Nicht nur, weil wir immer gegen die Polizei sein werden, sondern weil dieser Angriff Teil einer Spannung ist, die seit langer Zeit präsent ist in Brüssel, in welcher die Leute ihre Wut mehr und mehr gegen das richten was sie versucht zu brechen. Gegen das was sie ausbeutet, kontrolliert und einsperrt. Eine Spannung, die auch greifbar ist, nicht nur zuletzt in den Knästen und Abschiebelagern in ganz Belgien. Der Kampf der letzten Jahre gegen Abschiebelager und Knäste und die Demonstration vom 1. Oktober sind auch Teil der Spannung diese Art und Weise. Und wir werden dies nicht vergessen in unserer Solidarität mit denen, die uns vom Staat weggenommen wurden. Am 1. Oktober waren viele Menschen bereit sich die Strasse zu nehmen für das an was sie glauben, oder um wenigstens gegen das zu kämpfen, was ihr Träume unmöglich macht. Und sie werden dies auch weiterhin tun. Wir werden dies auch weiterhin tun.

Weil es unsere Träume sind, die den Kampf, den wir kämpfen, formen. Es sind unsere Träume, die die eingesperrten GenossInnen aus der ihnen auferlegten Isolation herauszerren.

Für nichts anderes als eine Welt ohne Knäste oder Abschiebelager. Für nichts anderes als einen grenzenlosen Kampf gegen alles, was es, hier und jetzt, unmöglich macht Freiheit zu schmecken.

Für die Anarchie

What follows is an overview of agitation in Belgium over the last month. As it is only the part which makes it to the mainstream or alternative media, our aim is not to be representative, but more to show that the social tension manifests itself on different spheres.

Prison resistance – In the first 2 weeks of August, guards of Hasselt prison are attacked three times. In the same period, tension rises in the deportation prison of Vottem. Prison guards are verbally and physically attacked; on 16/08, a guard is carved in the face with a sharp object. On 18/08 the prison director of Lantin is taken hostage in an attempted escape. On 19/08, a prisoner of Leuven fights back against being put in isolation and hurts two guards. When police intervene, a riot breaks out. One policeman gets wounded. On 28/08, in the juvenile prison of Tongeren, a guard is smashed to the ground with a chair and transferred to the isolation module of Brugge. On 21/09, two guards are attacked with scissors in the prison of Nivelles. The prisoner, known for his rebellion, is transferred, for the 23rd time in 3 years.

28/08 Brussels - The entrance hall of an ING bank was firebombed around 11.30 PM. Serious damage.

6/09 Brussels – A few hours after a young guy is arrested in Molenbeek for rebellion against the police, police are ambushed. They are attacked with stones, sticks and Molotov cocktails. The same person is arrested again and charged with criminal association.

10/09 Rekem - For the fourth time in two months, a truck transporting new cars was set on fire. This time, 7 new cars were completely destroyed.

10/09 Hasselt - An incendiary device is thrown into the building of the director's secretariat of the Provincial Business School.

10/09 Ghent – Two vehicles are set on fire outside a Peugeot car dealership.

11/09 Ottré – Bulldozers, engines and other material of a quarry (open-pit mine) company were firebombed three times in the last months. Damage over 2 million euros.

14/09 Merksplas – Prison riot. 70 refuse to return to the cells, break windows and tear down and set (small) fire to prison infrastructure. Barricades are erected against police intervention. At the same time, a riot takes off in the deportation prison across the street. Prisoners attempt a collective escape. Clashes with the police. Two days earlier, two prisoners escaped from the detention centre and others went on hunger strike demanding immediate release. During the month of September, police intervened 4 times to repress revolts. A few weeks before, an attack on the supply room of the centre took place and material was stolen.

28/09 Brussels – In the morning, material is damaged in the metro stations Hankar, Delta and Parvis de Saint-Gilles. Black paint and peck put their electronic gates and ticket machines out of service. STIB recently installed gates against 'black driving' and intensified ticket and identity controls where people without papers and searched for people are often arrested.

28/09 Brussels – Slogans on facades of Carlson Wagonlit and Randstad, companies implicated in the management of migration.

28/09 Brussels - Serco offices' windows are smashed with hammers, bricks and paint. A slogan is left 'Fuck Serco: Death to Detention Centers'. Serco is a multifunctional corporation and also runs deportation and other prisons in Britain, Germany, Australia and Queensland.

29/09 Brussels - A meeting of Frontex (European border police) is blocked. Slogans are painted on the building. Everyone is arrested and released 3 hours later.

1/10 Brussels – Early in the morning, 40 liters of oil are poured in the hall of Sodexo office (company collaborating in deportation prisons).

1/10 Brussels - Locks of the International Organisation of Migration (managing migration and promoting 'voluntary' returns) glued.

1/10 Brussels – From 7 to 11 PM, police arrests more than 200 people, preventing an announced demonstration against prisons and borders of taking place.

1/10 Brussels – Loads of shit are thrown at the Italian embassy, against its murdering migration policy.

1/10 Brussels – 50 people attack the police station of the Marolles and some police cars with iron bars, hammers and stones. 2 policemen are wounded. Police arrest 5 people in the surroundings; they are beaten in the station. 4 people are sent to prison, awaiting trial.

1/10 Brussels – Paint is thrown at the German representation agency (Landesvertretung) against the billion urban development and transport project Stuttgart 21.

1/10 Brussels – Dalkia car (company collaborating in prisons) set on fire in Anderlecht.

2/10 Brussels – 3 persons disrupt with speech and sound a recruitment day of the Brussels police, denouncing the ongoing repression during the week of the No Border camp. They are arrested and released 8 to 10 hours later. At the airport of Brussels, a symbolic action with helium banner and flyers takes place against Frontex.

2/10 Brussels – Offices of Steria (maker of Eurodac, a data collection with digital fingerprints of asylum seekers) has its windows broken, slogans are left on the building.

3/10 Brussels - Slogans painted and windows smashed, at Sodexo office in solidarity with the arrested comrades and against all borders.

4/10 Lantin – Prison riot. When the prison direction cancels the visits, 150 prisoners refuse to leave the yard at 5 PM and return to the cells. The prisoners inside destroy windows, hallways and other infrastructure. 100 police men intervene, the prisoners resist and 5 of them are injured. At 1 AM, the prisoners finally return to their cells. 6 months ago, prisoners destroyed the isolation module which is still out of use.

4/10 Brussels – Fireworks at the prison of Forest, where the 4 people accused of the attack on the police station are detained. Two anarchists are arrested for a few hours.

4/10 Brussels - All over Brussels are painted with huge slogans against all religions on the biggest cathedral of Brussels, on religious statues and on several smaller churches. "No gods, no churches; Against God and Allah".

5/10 Ottignies - Three cars burn on the parking lot of the Human Rights League at 15h in the afternoon. In relation to recent police violence, HRL declared that proportional police violence is legitimate towards violent demonstrators, but unacceptable against pacific demonstrators.

5/10 Brussels – A Valens (constructor of new deportation prison) van is set on fire in Schaarbeek.

5/10 Near Ghent – A construction yard of Besix (main constructor of new deportation prison) and the office of architects Bontinck (who drew its plans) are set on fire. Claimed as part of the ongoing struggle against prisons and in solidarity to the recent arrests.

7/10 Brussels - Three attacks take place against the public transport company STIB. In Haren, a bus was shot at with an air gun, breaking all the windows. No passengers were on board. A bit later, in Neder-over-Heembeek, youngsters stopped a bus, entered and put fire to the seats. Again, no passengers were on board and the driver fled without problems. The bus was destroyed. The youngsters also turned over a car on the road, so that when police was arriving, they could all get away. Finally, in Schaarbeek, a tram stopped because youngsters put a small barricade on the tracks. The passengers left the tram, but the driver refused. Then the youngsters smashed out all the windows of the tram. Nobody was hurt.

7/10 Brussels – In Neder-over-Heembeek, two ATMs of the Post Bank and BNP go up in flames in solidarity. The Bank of the Post manages the bank accounts of prisons and detention centres for immigrants. BNP denounces people without papers to the police.

12/10 Tournai – Prison riot. Tuesday night, prisoners destroy their cells and other infrastructure. The next day, they set fire to paper and blankets. Outside, people throw a Molotov cocktail inside of a nearby local police station of Carnieres, destroying parts of the paper archive. A few days before, guards went on strike, which means police, no yard, no visits.

17/10 Paris – Windows of a Bouygues shop [biggest constructor of deportation and other prisons in France] are smashed. 'Fire to the prisons' is left on the façade. The action is claimed in solidarity with the arrested comrades in Brussels. On the 12th of October, paint and slogans in solidarity colour a church in Lisbon, Portugal.

Blokade, Sabotage, wilder Streik... Besetzung, Zerstörung, Bossnapping... Kämpfen wir bewaffnet mit all unserer Wut

Frankreich: Überblick der Proteste gegen die Rentenreform und ihre Folgen

Nach der Verabschiedung der sogenannten Rentenreform in Frankreich Anfang November wurden die Streiks mehrheitlich unterbrochen. Der Alltag sei in seinen normalen Ablauf zurückgekehrt, so die Medien. Doch die Versammlungen und weiteren Kollektive, welche im Laufe der Proteste entstanden sind, haben sich nicht ausgelöst. Es geht überall mit Aktionen weiter.

In einem einstündigen Fernsehinterview am 12. Juli dieses Jahres hatte Sarkozy den Ton vorgegeben: Demonstrationen gegen die Rentenreform seien ihm sozusagen scheissegal. Die Reform müsse auf jeden Fall verabschiedet werden, denn sonst könnten die Renten nicht mehr finanziert werden. Im Herbst waren ihm dann nicht nur Massenproteste scheissegal, sondern auch jegliche Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführungen, die er ablehnte. Ähnlich wurde mit den Diskussionen im zweiten Abgeordnetenkammer des Senats verfahren. Sie wurden Ende Oktober « demokratisch » unterbrochen, damit die Reform schneller verabschiedet werden konnte.

Die Arroganz der Macht

Von dieser Art des Regierens, von solcher Arroganz der Macht, solcher Missachtung fühlten sich selbst viele gute Bürger beleidigt. So kam es, dass die Proteste, langsam aber sicher, den engen Rahmen einer rein technischen liberalen Reform verließen, um sich auf die politische Ebene zu verschieben. Im Kontext einer allgemeinen Verschlechterung und Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen erscheint nicht nur die Rentenreform, welche das erlaubte Rentenalter von 60 auf 62 Jahre erhöht - wobei eine Rente mit vollem Satz nun erst mit 67 Jahre erreicht werden kann - als absurd: vielmehr erscheint das Ganze als absurd.

Selbst langjährige Aktivist_innen wurden von dem Ausmaß sowie von den Formen der

Proteste überrascht. Sieben mal gingen Millionen von Menschen auf die Straße. Wesentliche Bereiche der Wirtschaft, die Petrochemie, die Stromproduktion, die Transporte, die Müllentsorgung… wurden für mehrere Wochen bestreikt. Erstaunlicherweise griffen Arbeiter wieder zu direkten Aktionen. So wurde im Finanzministerium der Strom eine Stunde lang abgestellt. Gegen den 20. Oktober waren ein Drittel der Tankstellen im Lande nicht mehr versorgt.

Mitte Oktober schlossen sich sogar die Schüler den Protesten an. Es wirkte etwas lustig, Jugendliche mit Forderungen nach einer Rente mit 60 Jahre zu hören. Doch entwickelte sich auch bei ihnen irgendwie das Bewusstsein, dass es um mehr geht.

Wilde Zerstörungen in Lyon

In Nanterre westlich von Paris sammelten sich früh morgens mehreren Tage hintereinander Jugendliche in der Nähe einer Schule, um die Polizei zu bekämpfen. In Lyon verwandelten sich über eine ganze Woche die täglichen Demos in wilde Zerstörungen und heftige Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften, so dass das reiche, komplett gentrifizierte Stadtzentrum deutlich gestört wurde. In Marseille stappelten sich den ganzen Oktober über Müllberge auf der Strasse, die die Betreiber von schicken Kneipen und Restaurants sowie Immobilienmarkler ganz schön genervt haben. Es kam auch zu nächtlichen direkten Aktionen, wie Brandanschläge gegen ein Zollamt in Rennes, eine Bank und ein Jobcenter in Paris, oder die Zerstörung von Fernsehkabeln in Nord-Frankreich.

Die lahme Strategie der Gewerkschaftsführungen, nicht zu einem Generalstreik (dazu riefen nur SUD und die CNT auf) sondern bloß zu Demonstrationen aufzurufen, wurde unterlaufen. Wenn Letztere ihre Unmut in den Medien äußerten, dann nur um zu bedauern, die Rentenreform nicht mitgestalten zu dürfen. Ihre Ohnmacht und Sinnlosigkeit versuchten sie mit einer letzten Demo am 6. November zu verheimlichen, indem sie die nächste Runde des Protests auf die Präsidentschaftswahlkämpfe von 2012 verschoben. Damit haben sie sich ein Stück weiter lächerlich gemacht.

Der Kopf der Bewegung, ist derjenige, die du enthauptest.

Menschen haben sich in Versammlungen zusammengefunden

Viele sind sich dessen bewusst, dass Massendemonstrationen nur begrenzete Auswirkungen haben. Doch verleihen sie den Protesten eine Legitimität, welche der Basis ermöglicht, über den von den Gewerkschaften aufgenötigten Rahmen hinauszuwachsen, über ihn hinauszugehen. So haben sich in sehr vielen Städten, auch kleineren, Menschen,

Festangestellte und Prekäre, Arbeitslose und Studenten in sogenannten AG interpro (Assemblée Générale interprofessionelle), d.h. « branchenübergreifenden » oder « kämpfeübergreifenden » Versammlungen zusammengefunden. Selbst als die Rentenreform verabschiedet wurde, haben sich diese AGs nicht aufgelöst. Diese Form der Organisierung des Kampfes war schon in den letzten Jahren bei Studentenprotesten, sowie bei manchen Arbeiterproteste, wie etwa bei der Bahn zu beobachten. Doch die neuen Versammlungen ermöglichen die Segmentierung der Gesellschaft in Berufe, in Arbeitende und Arbeitslose, in Altersklassen, einigermaßen zu überwinden. In Rennes wurde sogar ein « Haus des Streiks » besetzt und dient fortan als Organisierungsort des Kampfes. Interessant ist, dass die Kämpfe in der Provinz viel wirksamer sind als in Paris.

Die Versammlungen haben ermöglicht, den Versuchen, die Waffe des Streiks zu entkräften, etwas entgegenzusetzen. In den letzten Jahren wurden tatsächlich unterschiedliche Gesetze und Regelungen verabschiedet, damit der Streik im öffentlichen Sektor nicht mehr wirklich stört. Dies führte zum Beispiel dazu, dass die Züge und U-Bahnen trotz des Streiks fahren, dass in den Schulen unterrichtet wird. In den Versammlungen konnte praktische Unterstützung für die Streikposten in den Betrieben organisiert werden. Dabei haben Arbeitslose, die ausdrücklich gegen ihre Unterwerfung unter die Lohnarbeitsabhängigkeit kämpfen, diese grundsätzlich in Frage stellen und zurückweisen, eine wesentliche Rolle gespielt. Dies bleibt aber öffentlich eher unausgesprochen. In den Versammlungen konnten auch über quasi täglich neu vorgeschlagene Blockadeaktionen gemeinsam entschieden werden. So wurden Einkaufszentren, Versorgungslager von Supermärkten, Bahnhöfe, Straßen usw. blockiert; Jobcenter und unterschiedlichste Firmen wurden immer wieder besetzt. Über die Versammlungen wurde auch die Solidarität organisiert, hauptsächlich über Streikkassen.

GIPN

Militärische Einheit in Lyon ; ihr fahrzeug wurde getagt.

3000 Festnahmen

Die Repression gegen die Proteste war aber auch ganz schön heftig. Die Bullen zeichneten sich durch eine neue Qualität der Gewalt aus. Selbst in die Schulen rückten sie in Form von CRS-Einheiten ein. In Montreuil nahe Paris räumten und zerstörten sie ein von AktivistInnen und Wohnungsbedürftigten besetzes Haus (dies einen Tag vor dem gesetzlichen Winterräumungsverbot); an dem selben Tag in der selben Stadt schossen sie einem Sechzehnjährigen vor seiner Schule mit einem Flashball-Gummigeschoss ins Gesicht.

Landesweit kam es zu etwa 3000 Festnahmen, hauptsächlich am Rande der Demos, welche mit Vorwürfen der Gewalt oder Beleidigung gegen Polizisten begründet wurden. Haftstrafen von mehreren Monaten wurden ausgesprochen. Aber auch die Gerichte legten eine gewisse Kreativität an den Tag, um die Proteste zu ersticken. So dürfen Menschen bis zu ihrer Gerichtsverhandlung z.B. nicht mehr bei Demos mitlaufen oder bekamen gleich einen Platzverweis für die ganze Stadt. Mehrere Tage nach den Auseinandersetzungen in Nanterre wurden 11 Menschen um 6 Uhr morgens festgenommen und an Hand von Videoaufnahmen (die deutsche Methoden haben Schule gemacht) angeklagt. Gegen Schüler im Alter von 16 Jahren wurde von den Schulleitungen ein mehrtägiges Schulverbot wegen aktiver Beteiligung an den Protesten ausgesprochen.

Aber die Protesten gehen weiter. Einige Unis werden seit Anfang des Monats blockiert. Am 20. November werden sich die Versammlungen aus dem ganzen Land zum zweiten Mal treffen. In der Bretagne wird die Vernetzung auf der regionalen Ebene bevorzugt. Bei einem ersten landesweiten Treffen wurde gemeinsam Blockadeaktionen von Supermärkten am 11. November – dem Feiertag in Erinnerung an die Opfer des 1. Weltkrieges - beschlossen: um an die Opfer der Arbeit zu errinern. Auch Demos wurden organisiert. Am selben Tag fanden in Toulouse, Saint-Etienne, Rennes und Dijon antifaschistische Kundegebungen statt, um gegen die Anwesenheit von Rechtsextremen bei den offiziellen Zeremonien zu protestieren. Wie auch in Deutschland wurden die Rechten von der Polizei geschützt.

Nach der Rentenreform will die Regierung nun im Rahmen des jährlichen Finanzgesetzes Kürzungen in Höhe von 400 Millionen hauptsächlich im Gesundheitswesen durchsetzen. Aber auch das Wohngeld, das Studenten erhalten, ist im Visier. Von diesen Maßnahmen sind in erster Linie die Ärmsten betroffen, die wegen mangelnder Ressourcen ohnehin nicht mehr zum Arzt gehen können. Bereits Mitte November hatten die Abgeordneten die medizinische Vorsorge für Asylbewerber gestrichen.

Der Kampf geht in die nächste Runde...

Das kommunale Manifest

Warum ein französisches Pamphlet zum Weißbuch der Protestkultur wird

Ein Text geht um in Europa. Erst lief er durch Frankreich, dann breitete er sich in England aus, jetzt ist er, nachdem eine wilde Übersetzung länger schon im Netz kursierte, auf Deutsch erschienen. Auch in Stuttgart und dieser Tage in Gorleben wurde er wieder unter den Protestierenden herumgereicht. Was schon deshalb eine gewisse Stringenz hat, weil sich die massenhafte Verbreitung dieses Pamphlets einer Protestaktion gegen Castortransporte verdankt: Im November 2008 wurde der Franzose Julien Coupat, Mitbegründer der philosophischen Zeitschrift *Tiqqun*, Kommunarde und Pariser Meisterschüler des Großphilosophen Giorgio Agamben, von Polizisten in der Nähe einer Eisenbahnstrecke gesehen, auf der justament in dieser Nacht ein Castortransporter von La Hague nach Gorleben fahren sollte. Die Strecke wurde durch Eisenhaken in den Oberleitungen sabotiert. Die Polizei verfolgte Coupat zu dem Zeitpunkt schon länger, weil sie in ihm den Autor des Textes vermutet, um den es hier geht: „L'Insurrection qui vient", zu Deutsch „Der kommende Aufstand" (*Nautilus-Verlag, Deutsch von Elmar Schmeda, 128 Seiten, 9,90 Euro*), veröffentlicht von einer Gruppe, die sich selbst „Unsichtbares Komitee" nennt.

Die französische Regierung las den Text als Anstiftung zum Terrorismus und die Anschläge als praktische Umsetzung seiner Theorien. Julien Coupat wurde unter Verweis auf das Buch wegen Verdachts auf „Bildung einer kriminellen Vereinigung mit terroristischen Zielen" verhaftet und monatelang in Untersuchungshaft gehalten, ohne dass sich Beweise gegen ihn finden ließen. Der Staat gab sich in diesen Monaten alle Mühe, als der böse Feind aufzutreten, als der er in „Der kommende Aufstand" beschrieben wird: immer neue Verfahrensfehler; kein brauchbares Belastungsmaterial, und obwohl ein Richter nach wenigen Wochen seine Freilassung anordnete, saß Coupat über sechs Monate in Untersuchungshaft. Er wurde dadurch zum Che Guevara Frankreichs, „L'Insurrection qui vient" zur auratischen Freiheitsfibel.

Das Besondere an dem Buch ist dessen glänzender Stil. Der Text kommt ohne das sonstige phraseologische Sperrholz linker Pamphlete aus, die Autoren schreiben mit situationistischem Schwung und gleichzeitig düsterrevolutionärem Zorn eine „Ästhetik des Widerstands" für das neue Jahrtausend. Der erste Teil ist in sieben „Kreise" unterteilt, ein Verweis auf Dantes Inferno. In der Hölle unserer Tage ist der Mensch eine kleine, überflüssige Konsum-Monade, der als Lebenssinn nur das kalte Neonlicht der Warenwelt bleibt. Das System ist überall, fast wie Gas ist es noch in die letzten Ritzen des Privatlebens gedrungen. Aber gerade weil es unbesiegbar und übermächtig ist, muss man jetzt dagegen aufbegehren.

Während die meisten Europäer seit zwei Jahren angststarr auf die vielköpfige Hydra der Krise blicken und darauf hoffen, dass alles noch mal gutgehen möge, wird hier mit heiterster Miene davon ausgegangen, dass die Katastrophe des Zusammenbruchs längst begonnen hat. Diese Pose einer versonnenen und zugleich heroischen Melancholie macht den Text verführerisch schön, dazu kommt, dass in fast schon größenwahnsinnig selbstbewusster Geste alle Parameter einer dem Untergang geweihten Ordnung en passant abgehandelt werden: der Staat? „Kann gar nichts mehr". Die Opposition? Bewegungen wie Attac? Dienen nur dazu, den Laden immer neu, immer noch feiner auszujustieren. Arbeit? „Hat restlos über alle anderen Arten zu existieren triumphiert, genau in der Zeit, als die Arbeiter überflüssig geworden sind." Kurzum: Die ersten 60 Seiten sind eine Gegenwartsanalyse, so beißend wie poetisch, geschult an Guy Debord, Antonio Negri, Giorgio Agamben, und oft meint man Michel Houellebecqs Stimme durchzuhören, wenn da genüsslich die Kälte und Vereinsamung der Leistungsgesellschaft beschrieben wird.

> Schafft eine, zwei, viele Banlieues! Gründet Kommunen! Werdet unsichtbar!

Nun gibt es in Houellebecqs Romanen ja immer eine Welt der Großeltern, ländlich, freundlich, human, und in Gegensatz dazu die von Liberalismus und egoistischer Selbstverwirklichung verwüstete Kampfzone unserer Tage. Einen ähnlichen Antagonismus baut das Unsichtbare Komitee auf: Gegen den kalten Markt und die übermächtigen Strukturen des Staates stellen sie im zweiten Teil den Traum von der Kommune, autarke Netzwerke, die sich entziehen, deren Mitglieder in die Anonymität abtauchen.

Dieser zweite Teil lässt sich polemisch so auf einen Nenner bringen: Schafft ein, zwei viele Banlieues. Die französischen Unruhen von 2005, die Straßenschlachten in Griechenland, der „Schwarze Frühling" in Algerien – all das sind den Autoren Indizien dafür, dass der Aufstand längst begonnen hat. Der Aufstand, von dem das „Unsichtbare Komitee" träumt, soll nicht von bewaffneten Banden ausgehen (wobei es heißt, man solle sich schon Waffen besorgen, diese dann aber möglichst nicht einsetzen). Es geht eher darum, Sand statt Öl im Getriebe der immer absurderen Beschleunigung zu sein, Stromzähler abzuklemmen, Waren zu unterschlagen, Sozialleistungen zu erschleichen.

In diesem zweiten Teil muss man sich dann doch wundern über den pastellfarbenen Traum vom anderen Leben und der Lust am großen rhetorischen Bogen, dem aller diskursive Streit um die Mühen der Ebene, das Kleingedruckte des politischen Alltags zu banal ist. Zwar stellen sie selbst die Frage: „Was tun, wenn die Straße einmal erobert ist, weil die Polizei dort auf Dauer besiegt wurde?" Die utopische Hoffnung, dass das dann entstehende Vakuum mit Leben, Freude, Sinn erfüllt wird, ist aber von irritierender Naivität. Vielleicht leben in Frankreich ja bessere Menschen, im Rest der Welt gingen alle Versuche, den Staat abzuschaffen, daneben. Außerdem ist es grotesk, wie versucht wird, aus den Aufständen von 2005 den neuen, freien Menschen zu destillieren. Das Unheimliche an den Banlieue-Protesten war, dass sie so dumpf und amorph verliefen, ohne alle Forderungen. Ohne Sprecher. Es war ein stummer Aufstand vereinzelter Menschen, die die Infrastruktur ihrer Umgebung in Schutt und Asche legten. Und die damit nach den Aufmerksamkeitsgesetzen des Marktes funktionierten: Ich bin im Fernsehen, also bin ich.

All das kann man kritisieren. Aber das Buch trifft aus drei Gründen einen Nerv. Zum einen bezieht es eine Aura der Hellsichtigkeit aus dem Umstand, dass es geschrieben wurde vor dem kollektiven Schock der Finanzkrise, den es im Nachhinein zu antizipieren scheint. Zweitens machen der aphoristische Parlandostil, die heitere Gewissheit des Untergangs, die an Max Frischs Beobachtung erinnert, die Krise sei ein sehr produktiver Zustand, „wenn man ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nimmt", aus dem Text ein Weißbuch des Überlebens in stürmischen Zeiten. Der dritte Aspekt ist wahrscheinlich der beunruhigendste: Die totale Partizipationsverweigerung, dieses Hohelied auf den Privatismus – pardon: die Kommune – ist höchst beunruhigend in Zeiten, in denen sich europaweit die diffuse Unzufriedenheit, der Frust und die Angst immer heftiger entladen.

ALEX RÜHLE

Gegen linke Bewusstlosigkeit – für einen konsequenten Antifaschismus!

Eine Bedingung wird sich für die Linke nie ändern: Wenn sie alle Verhältnisse umwerfen will, *in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist (Marx)*, wenn sie also Emanzipation und eine befreite Gesellschaft will – dann braucht sie zwar vor allem eine radikale Kritik dieser Verhältnisse, aber kommt dabei nicht um deren aktuelle Beschaffenheit herum. Die Ausgangslage für den Kampf um eine befreite Gesellschaft ändert sich ständig, ihm kommen zu unterschiedlichen Zeiten und Orten unterschiedliche Gegenbewegungen, Probleme und Chancen entgegen. So stehen etwa Faschismus, Wirtschaftswunder oder Krise für sehr verschiedene Ausgangslagen, die stets auch verschiedene Gegenstrategien erfordern.

Aktuell gibt es jedoch eine weltweite, eine *rechtsradikale* Bewegung, von der Linke überall eigentlich ihre Ausgangslage bedroht sehen müssten – doch wofür ein großer Teil der Linken, ob bürgerlich oder radikal, alles andere als angemessenes Bewusstsein zeigt: Nämlich der Islamismus. In sehr unterschiedlichen Ausprägungen bemüht er sich mit einer fundamentalistischen Auslegung des Islam um eine politische Ordnung der Gesellschaft. Ein absoluter Überlegenheitsanspruch wird expansiv in die Tat umgesetzt – geprägt durch Antimodernismus, Autorität und Ressentiment.

Darauf folgt jedoch kaum eine emanzipatorische Kritik des Islamismus. Stattdessen nehmen in westlichen Gesellschaften nationalistische, rechtspopulistische und rassistische Tendenzen zu – während die Linke dabei meist darin verhaftet bleibt, nur gegen die ihr so gewohnten GegnerInnen zu mobilisieren. Es ist ein Spannungsverhältnis zwischen Rassismus und Islamismus entstanden, das Linke nur selten richtig auflösen: Beides als ihre aktuelle Gegenbewegungen und damit *beides als ihr Problem zu verstehen*. Gerade, weil wir mit der eingangs beschriebenen Perspektive selbst Teil der Linken sind, rufen wir hier zu einem Ende dieser Bewusstlosigkeit und zu einem konsequenten Antifaschismus auf.

Die antifaschistische Kritik des Islamismus geht dabei über eine – ebenfalls notwenige – pauschale Kritik aller Religionen hinaus. Sei es Christentum, Buddhismus oder eben der Islam: Denn deren „einfacher" Glaube ist zwar Irrsinn und steht wirklicher Emanzipation im Weg. Aber solange Menschen damit nur ihr eigenes Leben einschränken und andere Vorstellungen zulassen, stellen sich einer Linken heute größere Probleme. Anders ist das bei christlichem Fundamentalismus, der selbstverständlich als Problem wahrgenommen wird. Brutale Glaubenskriege, antiemanzipatorische Moralvorstellungen und Fortschrittsfeindlichkeit mit dem Anspruch auf gesellschaftliche Gültigkeit sind – völlig zu Recht – schon lange im Fokus linker Kritik und Praxis angekommen. Doch was somit bei wahnsinnigen Evangelikalen noch zum guten Ton bürgerlicher und radikaler Linker gehört, wendet sich mit Blick auf die Hamas oder das iranische Regime meist in Schweigen, Akzeptanz oder gar Verständnis.

Das ist absurd, drängt sich doch der Islamismus als Gegner der Linken geradezu auf. Geprägt durch enormen Autoritarismus, Sexismus und Antisemitismus wird hier religiöser Fundamentalismus als Gesellschafts-ordnung durchgesetzt – gewaltsam gegen Unpassende und Andersdenkende. Was sich sehr wahrnehmbar und öffentlichkeits-wirksam äußert: Von rigorosen Vorschriften für alltägliches Leben, über die Hinrichtungen Homosexueller bis hin zum mörderischen Terror gegen „Ungläubige". So verneinen islamistische Staaten und Bewegungen das linke Projekt einer befreiten Gesellschaft mit außerordentlicher Brutalität und Vollständigkeit. Sie sind faktisch rechtsradikal, und eine Linke, die das nicht als Angriff auf die eigenen Ziele wahrnimmt, gibt ihren emanzipatorischen Anspruch preis und offenbart politische Bewusstlosigkeit.

Doch genau das ist in der aktiven Linken allzu oft Realität. Direkte und indirekte Duldung von IslamistInnen und sogar offene Zusammenarbeit erscheinen nicht als Problem und haben gerade in den letzten Monaten Konjunktur. So hatten viele Linke aus ganz Europa keinerlei Bedenken, mit islamistischen Organisationen an Bord der Gaza-Flotille die Verbindung von Antizionismus und Antisemitismus einzugehen. Gleichzeitig werden Hamas und Hisbollah von der bekannten linken Feministin Judith Butler als Teil der globalen Linken anerkannt – während passend dazu IslamistInnen mit Symbolen der Hamas auf linken Anti-Kriegsdemos mitlaufen. Und auch in der Debatte zu antimuslimischem Rassismus glauben viele AntirasstiInnen offenbar nach wie vor, neben IslamistInnen wie Millî Görüş in Gesprächsrunden sitzen oder auf der Straße demonstrieren zu müssen. Auch wenn solche Kooperationen nur punktuell sind und es dabei gelegentlich Distanzierungen zu allzu deutlichem Fundamentalismus gibt – Problembewusstsein sieht anders aus.

Diese Bewusstlosigkeit ist nicht neu. Sie speist sich aus einem Schwarz-Weiß-Denken das in der Linken, ob bürgerlich oder radikal, nach wie vor verbreitet ist und sich vor allem anhand einer Aufteilung zeigt: Der zwischen „schlechten Unterdrückern" und „guten Unterdrückten". Dem einfachen Bild von Imperialisten mit unmenschlichen Vorhaben auf der einen Seite und ihren Opfern mit menschlichen Abwehrreaktionen auf der anderen Seite folgt die Wahrnehmung von mächtigen und eindeutigen Feinden (in der Regel die USA), deren Gegner im Umkehrschluss Solidarität oder zumindest Anerkennung verdient hätten. Das ist schlicht falsch.

Selbstverständlich handelt die USA nicht im Sinne einer befreiten Gesellschaft und steht ihr wie jeder andere bürgerliche, kapitalistische Nationalstaat entgegen. Standortinteressen sind gerade im „Kampf gegen den Terror" wichtiger als menschliche Interessen und darüber hinaus betreiben die westlichen Gesellschaften eine rassistische Abschottung gegen den ärmeren Rest der Welt. Das geschieht mit großer Gewalt, kümmert sich wenig um Menschenleben und noch weniger um die Perspektive auf eine befreite Gesellschaft. Gleichzeitig entwickeln sich Nationalismus, Rechtspopulismus und antimuslimischer Rassismus immer mehr als gesellschaftliche Aggressionen gegen alles, was mit Unbehagen und Empörung als islamisch und damit als äußerlich und unpassend wahrgenommen wird. Diese Entwicklungen müssen beim Thema Islamismus unbedingt mitgedacht werden, was von Linken seit Jahren auch intensiv in die Praxis umgesetzt wird.

Allerdings nur mit verhaltenem Erfolg, was sich etwa an den „Integrationsdebatten" ablesen lässt: Einerseits sind offener Nationalismus und Rassismus mit der Sorge um nationale Identität und Arbeitsplätze – und eben nicht in Sorge um die Opfer islamistischen Terrors – vollkommen salonfähig. Andererseits bleiben linke Reaktionen darauf meist bei der Werbung für allgemeinen Multikulturalismus stehen. Die wird jedoch nicht nur umgehend vom Populismus der NationalistInnen kassiert, sondern ist vor allem auch unkritisch. Denn wer Autoritarismus, Sexismus und Antisemitismus, sei es im Gaza-Streifen oder in den „Problemvierteln" Europas, als Teil einer kulturellen Identität *abhakt*, verdoppelt rassistische Zuschreibungen und liefert die Emanzipation der Beliebigkeit aus.

So verwehrt sich ein großer Teil der Linken weiter der Tatsache, dass eine islamistische Ordnung des Zusammenlebens der Menschen einen Rückfall bedeutet – selbst hinter Maßstäbe bürgerlicher Gesellschaften. Und dass das Projekt einer *befreiten* Gesellschaft die Hamas oder das iranische Regime als rechtsradikale Akteure feindlich gegenüber stehen hat – die von Linken auch dementsprechend konsequent behandelt werden müssen: *antifaschistisch*.

Doch momentan wird beharrlich die eigene Ausgangslage im Kampf um eine befreite Gesellschaft ignoriert. Während die Linke bei all ihren Unterschieden immer einen antifaschistischen Anspruch hatte, fehlt nun allzu oft die Bereitschaft, diesen Anspruch an eine veränderte Ausgangslage anzupassen. Linker Antifaschismus war fast immer darauf gerichtet, einen rechtsradikalen Rückfall hinter die Verhältnisse und in die Barbarei zu verhindern – oder zu bekämpfen. Antifaschismus ist insofern etwas anderes als der Kampf für eine befreite Gesellschaft. Es ist der Kampf dagegen, sich diese Perspektive von FaschistInnen verstellen zu lassen. Aber *eben diese Perspektive* wird von islamistischen Regimen, Bewegungen und Organisationen täglich neu begraben – zusammen mit den alltäglichen Zielen ihrer Angriffe wie Frauen, Andersdenkenden, Jüdinnen und Juden, Homosexuellen und „Ungläubigen", die von der Linken bisher kaum Beachtung fanden. Diese Bewusstlosigkeit muss ein Ende haben, neben Neonazis und anderen RassistInnen muss auch der Islamismus ins antifaschistische Visier der Linken genommen werden.

Natürlich ist diese Praxis nicht nur ungewohnter, sondern auch komplizierter als der Kampf gegen Neonazis. Etwa wegen der Frage, wo „normaler" religiöser Irrsinn aufhört und Islamismus anfängt, und weil Neonazis im politischen Alltag leichter auszumachen sind als IslamistInnen. Aber AntifaschistInnen, die viele Informationen über Neonazis recherchieren und hunderte Kilometer zu deren Aufmärschen fahren, könnten auch islamistische Parolen erkennen, islamistische Symbole identifizieren und zumindest nicht mit IslamistInnen zusammenarbeiten.

Die Linke sollte in einem antifaschistischen Kampf gegen den Islamismus bestimmend sein. Während das wohl nicht so schnell zu haben ist, wäre aber der drängendste Schritt auch der einfachste: Keine Zusammenarbeit mit IslamistInnen, keine Duldung und keine Akzeptanz! Islamismus ist kein Teil der Lösung – sondern Teil des Problems: Gegen linke Bewusstlosigkeit und für einen konsequenten Antifaschismus!

autonome antifa [f] bzw. alle Unterstützer_innen dieses Aufrufs, Herbst 2010

Marco Camenisch wurde verlegt

Ohne Vorankündigung wurde Marco am 7. Oktober in den Hochsicherheitsknast von Orbe verlegt. Warum dies passierte ist unklar, aber es ist sehr wahrscheinlich, dass die Aktion mit dem Hungerstreik den Marco zusammen mit Silvia, Billy und Costa durchgeführt hat, sowie seiner kompromisslosen Ablehnung der herrschenden Zustände zu tun hat.

Schreibt ihm:

Marco Camenisch
Penitencier de Bochuz
Case Postale 150
1350 Orbe
Schweiz

Ein erster Brief von Marco, der beschreibt, wie es vor sich ging:

"Liebe GenossInnen
Do. 7.10 10 vor Arbeitsbeginn Nachmittags wurde ich über Gegensprechanlage der Zelle „informiert" es habe keine Arbeit, ich könne auf der Zelle bleiben (in 6 Jahren nie dagewesen. Ha,ha...), dann wurde ich ins Abteilbüro gerufen, „ Herr Hauenberger (Chef Abteile 5-8) wollte mich sprechen", da war er aber nicht und zwei Prätorianer-Wärter (gross, nach viel Muskel und wenig Hirnmasse ausgewählt) brachten mich zum Umkleide- und Effektendienst („der Hatschier muss Ihnen etwas zeigen", übliche Masche..) Dort weitere Prätorianer, mir wurde die Versetzungsverfügung von Herrn Thomas Noll, sattsam bekannter „Vollzugschef" Direktionsmitglied und ehemaliger Notfallpsychiater Pöschwies, vorgelegt. Versetzung wegen „Gefährdung Anstalt wegen Demos" und „Gefährdung des Personals". Entzug der aufschiebenden Wirkung aus „Sicherheitsgründen" der 10-tägigen Rekursfrist, und Orbe habe mich zu meiner Weiterinternierung bereit erklärt. Musste mich umkleiden und ohne Effekten „kommen nach" mit einschneidenden Kabelbindern an den Handgelenken am Gurt befestigt und Fussketten, an der Klappenkiste befestigt, mit 4 ZH Bullen losfliegen. Landung Yverdon les Bains auf einem von vermummten Bullen abgesperrten Industrieparkplatz. Die brachten mich mit Transporter rasch hierher, wo ich im Eintrittsabteil" neugierig auf meine „Ware" warte. Immerhin in „Privatkleidern" Uniform gelte für die Arbeit. Auch sonst sieht es so aus, als werde hier Perfidie und Schwachsinn etwas weniger auf die Spitze getrieben als im Avantgardeknast Pöschwies des Justizabschaums ZH.
Ist aber soweit irrelevant, relevant hingegen ist die eindeutige politische Repressalie und Geiselstatus-Dynamik als politischer bzw. Kriegsgefangener vom Staat und Kapital, und Verantwortlichkeit der Kantone bzw. Institutionen Zürich/Vaud.
Nun nehme ich aber keinesfalls an, dass sich militanter Widerstand durch kopflose und schwäche beweisende Symptombekämpfung seitens der Repression so billig ins Bockshorn jagen, einschüchtern und erpressen lässt... (smily) Sondern im Gegenteil, dass sie ihre Lage nur noch ein klein wenig verschlimmert haben, dass auch diese weitere kleine Entlarvung ihrer paranoiden Verkommenheit wieder um zu auch grundlegender militanter Reflexion, Analyse und theoretisch-praktischer Entwicklung und Stärkung als korrekte Richtung weit über den spezifische (Fall, Repression) hinaus bewirken kann...

Seid herzlich umarmt , a presto

Marco"

Orbe, 10.10.10

Wer ist Marco Camenisch

Marco Camenisch wird am 21. Januar 1952 in der Schweiz, in Schiers, einem Dorf in den Rhätischen Alpen im Kanton Graubünden, geboren. Er begann sein politisches Engagement mit der Unterstützung kämpfender Gefangener und ab 1978 schloss er sich dem Kampf gegen Atomkraftwerke an. Anfangs 1980 wird Marco wegen zwei Sprengstoffanschlägen verhaftet: gegen einen Masten einer Hochspannungsleitung der Elektrokonzerns NOK (einer der Konzerne, die damals in der Schweiz Atomkraftwerke betrieben) und gegen Transformatoren und den Richtstrahlmasten eines Elektro-Unterwerkes in Graubünden.

Das relativ harte Urteil von 10 Jahren war einerseits sicher auch Ausdruck seines tiefen Verständnisses von dem, was auf dem Spiele steht: die von der Energieindustrie selbst getätigte ökologische Vernichtung als Teil der Zerstörungskraft des Herrschaftssystems allgemein, das ebenfalls zu den erklärten Zielen seines Kampfes gehörte. Der damalige „Normaltarif" in der Schweiz wäre um die 4-6 Jahre gewesen und sogar die reaktionäre Presse war über das Strafmass erstaunt, das damals ungefähr dem für Tötung entsprach. Das relativ harte Urteil ist aber auch und vor allem als repressive Angleichung zum europäischen und allgemein internationalen Kontext mit starken revolutionären Guerillabewegungen (Italien, Deutschland, usw.) und der entsprechenden repressiven Verschärfungen der bürgerlichen Repression zu sehen.

Die Atomenergiepolitik in der Schweiz übernahm die Organisationsform des US-Amerikanischen Manhattanprojekts und bereits in den ersten Tagen nach Nagasaki und Hiroshima wurde Atomenergie hierzulande zum breit diskutierten Thema. Es wurde die Propaganda des dual use (militärisch-zivil) eingeläutet und „ein goldenes Zeitalter, eine glorreiche Zeit menschlichen Fortschritts und Wohlstandes im Zeichen der Atomenergie" verkündet. Ziel war aber vorerst die „Schaffung einer schweizerischen Atombombe" wofür der Bund ein Rahmenkredit in nie dagewesener Höhe für ein Forschungsprojekt von 18 Millionen Franken beschloss, mit der üblichen Verflechtung von Privatindustrien und staatlichen Institutionen (Hochschulen), die wie ebenfalls, wie üblich, eindeutig im Interesse der Wirtschaft funktionierte. BBC, Sulzer und Escher-Wyss (Maschinenbauindustrie) gründeten 1946 die Studienkommission Kernenergie und die Arbeitsgemeinschaft Kernreaktor, wo später auch Motorcolumbus und Elektrowatt einstiegen. 1953 hatten sie ein Reaktorprojekt auf Papier und 1954 kaufte der Bund von den USA 5 Tonnen Plutonium, da die USA damals als einziges Land über Atomreaktoren verfügte. Im selben Jahr beschliessen die grössten Atommultis der Schweiz den Bau eines Versuchsatomkraftwerks. 1963 plant die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke, jetzt in der Axpo) mit BBC und Westinghouse mit einem amerikanischen Reaktor auf der Halbinsel Beznau des Flusses Aare ein eigenes Kraftwerk zu bauen, das 1968 fertiggestellt wurde. Danach wurden Beznau II (NOK), Mühleberg (BKW - Berner Kraftwerke) und in Gösgen, Döniken und Leibstadt ebenfalls Kernkraftwerke (KKW) gebaut. Mit der Beteiligung aller grossen Maschinenmultis der Schweiz wurde 1960 der Bau eines Schweizerischen AKW in Lucens geplant, wofür der Staat 50 Millionen Franken stellte, aber der Traum eines eigenen Reaktors explodierte im unterirdischen Kraftwerk mit der Explosion eines Brennstabes. Es war ein mit dem von Harrisburg vergleichbarer Unfall.

Seit Mitte der `60er Jahre gab es, wie auch in Deutschland, in der Bevölkerung breiten Widerstand gegen AKW (und industrielle Grossprojekte allgemein) mit vielen BürgerInnenbewegungen und militanten Sabotageaktionen, wie z. B. gezielte Anschläge gegen 9 Autos oder Ferienhäuser von Exponenten der Atomlobby. 1973 fand in Olten die erste Grossdemo gegen AKWs mit über tausend Menschen und einer Petition mit 16'000 Unterschriften statt. Im selben Jahr wird die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) gegründet. 1974 kam es zum Brandanschlag auf die Planbaracke des AKW Verbois und auf eine Transformatorenstation in Verbier. Im April 1975 gab es die erste, sechs Tage dauernde, Baugeländebesetzung zur Verhinderung der Bauarbeiten in Kaiseraugst. Danach wurde eine Grosskundgebung mit 15'000 Menschen abgehalten. Es wurden verschiedene Aktionen gegen andere AKW-Projekte gegründet und weitere Grosskundgebungen und Pfingstmärsche finden statt. Am 25.6.77 der erste Besetzungsversuch von Gösgen, der durch einen brutalen Polizeieinsatz beendet wurde, was zu Kundgebungen in verschiedenen Städten führte. Es folgen etliche weitere Anti-AKW-Anschläge des radikalen antikapitalistischem Flügels (auch mit der Jugend- und StudentInnenrevolte der `60jahre zusammenhängend), aber auch die Institutionalisierung der Bewegung (Wählerstimmenfang, Abgrenzung von den „TerroristInnen"). Nichtsdestotrotz haben militante Aktionen immer Massenaktionen ermutigt, begleitet oder vorweggenommen. Z. B. Anschläge gegen die SBB (Schweizerische Bundesbahnen) waren der Auftakt zu öffentlichen Blockadeaktionen. Und der Anschlag gegen den Leibstadt-Transformator in Genf das Signal zur ein Jahr später stattgefundenen Blockade des Ersatztrafos. Auch die Anschläge gegen den Informationspavillon in Kaiseraugst und gegen Gösgen am Tag nach der Erteilung der Betriebsbewilligungen erhielten die Sympathie des Volkszornes. Zu den letzten Anschlägen zählen die innerhalb einer Woche gefällten Meteomasten von Gösgen und Graben.

Am 17. Dezember 1981 brach Marco Camenisch zusammen mit einigen italienischen Mitgefangenen aus dem Gefängnis Regensdorf aus, wobei ein Aufseher getötet und ein anderer verletzt wurde. Während zehn Jahren lebt Marco Camenisch im Untergrund, setzt seine antinukleare Aktivität und schreibt Artikel für die anarchistische Presse. Dezember 1989: ein Zöllner an der italienisch-schweizerischen Grenze wird getötet, und sofort erklären die Medien und die Behörden Marco Camenisch zum Täter. Marco Camenisch hat diese Anklage immer zurückgewiesen. Die lange Flucht von zehn Jahren wurde am 5. November 1991 durch eine gewöhnliche Ausweiskontrolle in der toskanischen Provinz Massa unterbrochen. Die dumme Reaktion eines Karabiniere auf Marcos gezogene Pistole hat einen Schusswechsel zur Folge, ein Karabiniere wird verletzt, und Marco wird an beiden Beinen angeschossen und, an der Flucht gehindert, verhaftet.

Er verweigert jegliche Zusammenarbeit mit der Justiz und wird im Mai 1992 für die Schiesserei mit den Carabinieri und für einen Sprengstoffanschlag gegen einen Masten der Hochspannungsleitung La Spezia-Acciaiolo, womit Atomstrom aus Frankreich importiert wird, zu 12 Jahren verurteilt. Was für den italienischen „Terrorismus-Tarif" eine relativ gelinde Strafe war. Diese relative Vorsicht der lokalen Behörden war der historischen und damaligen grossen Verwurzelung des militanten Widerstandes in einer mit Nato-Militärbasen und Kriegsindustrie voll gestopften Gegend zu verdanken. Z.B. wurde kurz nach und am Ort seiner Verhaftung ein saisonal leer stehendes Luxushotel mit dem Gebot nach Gewährleistung seiner Unversehrtheit gesprengt. Historisch ist dort die starke ArbeiterInnen- (Marmorindustrie) und Partisanenbewegung und Carrara als „Hochburg des Anarchismus" bekannt. In der Gegend war auch eine starke Kolonne der Brigate Rosse präsent, eine der wenigen wovon die Repression nur wenige Militante aufdecken und verhaften konnte. In die Periode seiner Verhaftung gehörten auch die Ökomilitanz und der sog. „Ökoterrorismus" zu den einheimischen Volkswiderständen. So die grossen Mobilisierungen gegen die Fabrik des Chemiemultis Montedison in Marina di Carrara, der Anfang der `90iger Jahre mit einem schlimmen Unfall das Gebiet massiv mit Dioxin und anderen Giften verseucht hat. Oder der Widerstand gegen die verschiedenen im Gebiet gebauten oder geplanten Abfallverbrennungsanlagen und gegen die elektromagnetische Verseuchung durch die oben genannte

Hochspannungsleitung. Diese wurde von La Spezia durch Massa-Carrara und die angrenzende Versilia bis nach Pisa und oft sehr nahe an Häusern, Ortschaften und Gehöften gebaut. Ein Verwaltungsgericht verfügte zwar deren „Ausschaltung" jedoch mit den üblichen „Ausnahmebewilligungen" um sie trotzdem voll betreiben zu können. Was zu wiederholten „Abschaltungen" durch Mastensprengungen führte. Es gab Widerstand auf den Strassen und militante Aktionen gegen die spekulative Räumung des historischen Sitzes der AnarchistInnen im Zentrum Carraras, wo z.B. zwei gepanzerte Geldtransporter der Sicherheitsfirma, die den geräumten Sitz bewachte, auf dem Parkplatz vor dem Polizeipräsidium Carraras gesprengt wurden. Dann gab es eine lange Reihe von gesprengten Luxusferienvillas in Meeresnähe als Teil des Volkskampfes gegen die touristisch-spekulative urbane Restrukturierung, die mit massivem Wohnraumverlust und massenhaften Räumungsandrohungen für die arbeitende Bevölkerung einhergingen.

Nach Verbüssung der Strafe wird Marco Camenisch im April 2002 für die acht verbleibenden Jahre seiner ersten Verurteilung sowie für den Prozess wegen der Flucht und der Schiesserei am Zoll an die Schweiz ausgeliefert. Von Mai 2002 bis 2004 dauert dann das Verfahren gegen ihn und der Prozess - Anlass für eine breite Solidaritätskampagne - wurde mit dem Freispruch in Sachen Tod des Gefängnisaufsehers und mit der Verurteilung zu 17 Jahren für den Tod des Zöllners abgeschlossen. Diese Verurteilung ist auf fehlende „Reue" und seine entschlossene Bekennung zur offensichtlichste immer dringenderen Notwendigkeit des revolutionären Umsturzes der kapitalistisch-imperialistischen Weltordnung zurückzuführen. Diese 17 Jahren „Zusatzstrafe" wurden unter Verletzung (im spezifischen Fall) ihres eigenen Strafgesetzbuches ausgesprochen. Im März 2007 muss die Strafe auf die im spezifischen Fall juristisch mögliche Höchstbemessung von 8 Jahren herabgesetzt werden, was insgesamt 30 Jahre Knast mit Strafende Mai 2018 bedeutet. Im Gefängnis nimmt Marco trotzdem an den Kämpfen der sozialen und politischen Gefangenen teil und vermittelt weiter die Notwendigkeit des solidarischen Widerstandes gegen dieses Herrschaftssystem. Er spielt eine aktive Rolle beim Zusammenbringen verschiedener Kampfsituationen (anarchistische Zirkel, Kollektive von UmweltschützerInnen und mit Gruppen, welche die Internationale Rote Hilfe aufbauen) und im Aufbau von starken Beziehungen, von Solidarität und Nähe. Auch dadurch haben sich um Marco, in vielen Initiativen und solidarischen Momenten, verschiedene und zahlreiche Situationen und Szenen nicht nur in Italien sondern auch auf internationaler Ebene angenähert und mobilisiert. Darunter auch viele GenossInnen, die ihn nicht nur wegen der Affinität des Denkens gekannt haben, sondern die auch als FreundInnen, Geschwister und LebensgefährtInnen mit ihm sowohl glückliche als auch schwierige Zeiten geteilt haben. In diesen Jahren stand Marco immer auf unserer Seite, denn trotz der körperlichen Trennung lebt seine Anwesenheit in den Kämpfen fort. Seine Stimme, sein Denken, seine anhaltende wichtige Übersetzungsarbeit, seine vielen Beiträge und solidarischen Hungerstreiks vermitteln eine Solidarität, die, mit einer fast weltweiten Vernetzung der Kommunikation und praktischen Solidarität mit revolutionären Gefangenen, frei von ideologischer Abschottung und Dogmatismus ist.

Seine zahlreichen Texte trugen und tragen immer noch zum Wachstum und zur Stärkung eines Verlaufes im Kampf gegen jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung zur Verteidigung von Mensch, Erde und aller Lebewesen bei.

Er ist einer der GenossInnen, die sich ihrer Gefangenschaft und dem Voranschreiten dieses Herrschaftssystems nie ergeben haben und nie resignieren. Auch er hat seinen revolutionären Weg nie verleugnet, und seine Kohärenz und Klarheit auch in einer Epoche der armseligen menschlichen Beziehungen und politischen Substanz nie der opportunistischen Beliebigkeit geopfert.

Und gerade all das möchte die Macht zerstören, nämlich seine grünanarchistische und immer aufrechte Identität, die Zuneigungen und das ganze weite Netz an internationalen Kontakten und Beziehungen mit zahllosen und verschiedenen Kampfsituationen, die sich um ihn herum gebildet haben.

Der sehr harte Preis, den Marco in all diesen Jahren bezahlt hat und weiter zahlt, ist der Preis, den jene revolutionären Gefangenen in allen Knästen der Welt bezahlen, die ihre Beherztheit im Kampf gegen jegliche Herrschaft und Ausbeutung aufrechterhalten.

Er wäre schon seit einigen Jahren zu einigen gesetzlichen Lockerungen wie Urlaubstage berechtigt. Diese werden ihm beharrlich verweigert. Die Tatsache, dass er nicht abschwört, wird offen geltend gemacht um diese Ablehnung zu rechtfertigen. Marco bezeichne sich nach wie vor als Anarchist und vertrete die Meinung, dass die Gesellschaft sich nach wie vor im Krieg befinde, so eine offizielle Begründung der Behörden.

Es wird dringend und notwendig, dass wir noch einmal zusammenstehen und Kräfte sammeln, mit der Bewusstheit, dass nur weit reichende internationale Mobilisierungen auf allen Ebenen des Kampfes zum Erfolg führen und den nicht nur schweizerischen sondern international gefahrenen Kurs der Vernichtung unserer gefangenen GenossInnen durch Feindstrafrecht umkehren kann. Marco und alle anderen müssen raus aus dem Knast! Und Marco und alle anderen weltweit wieder frei unter uns zu fordern, heisst nach dreissig Jahren immer noch und immer stärker und vereinter gegen Herrschaft und Ausbeutung weiterzukämpfen.

MIT DER KNASTGESELLSCHAFT BRECHEN

TAGE GEGEN KNÄSTE UND EINE WELT, DIE SIE SCHAFFT

26. BIS 28. NOVEMBER 2010 IN BERLIN

Die sozialen Angriffe auf unser aller Leben nehmen weiter zu. Während immer größere Teile der Bevölkerung ihrer Lebensgrundlagen durch Kürzungen im Sozialbereich und Gesundheitswesen mit gleichzeitigen befristeten Niedrigstlohnbeschäftigungen beraubt und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, nehmen staatlich organisierte Eingriffe in unser Leben ständig zu.

Wir leben in einer Zeit, in der das Arbeitsamt mehr über uns weiß als unsere direkten Nachbar_innen und Kontrolle über uns ausübt, die vor ein paar Jahren noch undenkbar erschien. Aufenthaltsbestimmungen, Kontrolle bis hin zur Größe und Lage unserer Wohnung, Ein-Eurojobs und die Möglichkeit uns am langen Arm verhungern zu lassen, wenn wir uns dagegen wehren oder uns dieser Verwertungslogik verweigern, sind Beispiele dieser Eingriffe. Prekäre Lohnbeschäftigung mit mangelnder sozialer Absicherung sind Realität für viele. Noch schlimmer trifft es die, die sich hier ohne Papiere und sicheren Aufenthaltsstatus ein Leben aufbauen wollen. Menschen mit migrantischem Hintergrund schlägt die Härte institutionalisierten Rassismus direkt ins Gesicht und gipfelt darin, dass Leute, ohne sich auch nur irgendeines „Verbrechens" schuldig gemacht zu haben, eingesperrt und abgeschoben werden. Die, die nicht abgeschoben werden können, dürfen ihre Wohnorte nur mit Genehmigung verlassen und sollen mit Gutscheinen statt Bargeld einkaufen gehen. Das sind nur die offensichtlichsten Beispiele der Angriffe, denen Menschen, die an den Rande der Gesellschaft gedrängt werden, tagtäglich ausgesetzt sind.

Als Beispiel: Neukölln/Berlin

Kurzerhand werden im größeren Kontext ganze Stadtteile zu Problemzonen deklariert und erhalten ihre ganz besondere eigene Fürsorge. Als Beispiel wollen wir kurz auf Neukölln in Berlin eingehen. Dieser Stadtteil eignet sich bestens für einen solch konstruierten Problemfall und weiterer Möglichkeiten die Mauern der Knastgesellschaft höher und dicker zu bauen und die soziale Kontrolle zu verschärfen. Da es hier viele Menschen mit migrantischem Hintergrund, sowie eine hohe Arbeitslosigkeit gibt muss es vor Problemen nur so wimmeln. Kameraüberwachung an sämtlichen öffentlichen Orten und die Säuberung des Straßenbildes von unliebsamen Elementen werden zum Haupttätigkeitsfeld staatlichen und privatwirtschaftlichen Handelns. Die Jugend- und Bandenkriminalität sei sehr hoch, deshalb braucht es vermehrte Polizeipräsenz im Kiez, genauso wie private Wachdienste an Schulen und öffentlichen Orten. Der Stadtteil gilt als Experimentierfeld für repressive Maßnahmen und gleichzeitig als Aushängeschild für positives Engagement gegen die Missstände innerhalb unserer Gesellschaft und souveränes Handeln gegen unangepasstes Verhalten.

Die Rütli-Schule konnte dank des massiven Eingreifens von Sozialarbeiter_innen befriedet und die Ordnung wieder hergestellt werden. Unter der Oberfläche brodelt es jedoch weiter. Die kosmetischen Verbesserungen und Befriedungsstrategien können nur deckeln was irgendwann überkochen muss. Integration und Assimilation werden zu Voraussetzungen um überhaupt existieren zu dürfen. Unterdrückungsmechanismen auf allen Ebenen werden vorbereitet und in Stellung gebracht. Soziale Ungerechtigkeiten werden weggewischt und Gründe für existierende Probleme weder benannt noch angegangen. Doch die Verantwortlichen für alle Probleme sind schnell gefunden.

Verdächtige Jugendgruppen verschwinden aufgrund des Drucks durch Polizei und anderer Sicherheitskräfte von der Bildfläche; Bänke werden aus Parks entfernt, sodass auch niemand diese zum Schlafen nutzen kann. Neue Techniken der Bestrafung finden hier ihre erste Anwendung. So zum Beispiel ein Konzept für härtere Strafen für jugendliche Straffällige. Diese sollen in einem beschleunigten Verfahren zu Kurzhaftstrafen verurteilt und abgeschreckt werden. Mit ihnen gleich alle anderen auch. Das Konzept fand Anklang und wird nun auf die ganze Stadt ausgeweitet werden. Vorurteile gegen Migrant_innen werden geschürt, sie sollen sich entweder integrieren oder verschwinden. Wie schon gesagt, es handelt sich hierbei um ein Beispiel aber nicht um einen Einzelfall.

Ehemals ein Arbeiter_innenquartier wird dieser Stadtteil mit der durch Aufwertung bedingten Veränderung der Stadt nun auch für die kapitalistische Ausbeutung interessanter. Durch die Stadt geförderte Initiativen wie die Task-Force Okerstraße haben sich die Problemlösung auf die Fahnen geschrieben. Alles was nicht dem gewünschten Stadtbild entspricht soll verschwinden. Wie schon zuvor genannt sind die Feinde klar ausgemacht: Herumlungernde, Migrant_innen und trinkende Menschen an Kiosken. Einkommensstärkeren soll der Zuzug schmackhaft gemacht werden. Die folgen sind klar. Modernisierungen und Mietsteigerungen, und die Menschen mit kleinem Geldbeutel müssen über kurz oder lang gehen.

Knäste bedeuten für viele den Endpunkt sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten

Die Verflechtung von staatlichen und kapitalistischen Interessen führt auch auf anderen Ebenen zur Verschärfung der Lebensbedingungen. Knäste bedeuten für viele den Endpunkt sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten. Eindrucksvoll hierfür stehen die vielen Berliner Gefangenen, die auf Grund nicht beglichener Geldforderungen in Folge nicht bezahlter BVG-Tickets in Gefängnissen einsitzen. Dazu kommen steigende Belegungszahlen bei gleichzeitigem Rückgang von Kriminalität. Gefängnisse werden privatisiert und Insass_innen dort zu Arbeiten für die Wirtschaft gezwungen. Eine Entwicklung, die in Deutschland zwar neu ist jedoch auf ihr erfolgreiches Vorbild in den USA zurückblicken kann. Um sich der Probleme endgültig zu entledigen wird nun hitzig über die Langzeitverwahrung von Intensivstraftäter_innen diskutiert, die sog. Sicherungsverwahrung. Hierbei handelt es sich entgegen der öffentlichen Diskussionen jedoch nicht überwiegend um Sexualstraftäter_innen und Mörder_innen. Viele Wiederholungstäter_innen unterschiedlichster Delikte sind mit dem Damoklesschwert des Für-immer-weggesperrtseins konfrontiert. Das Gesetz fand seine erste Anwendung in den Gerichtssälen Nazideutschlands. Ähnlich sieht es mit geschlossenen Kinderheimen für straffällig gewordene Jugendliche aus. Mindestens drei Jahrzehnte nach der durch massive Proteste erwirkten Reformen bezüglich Kinder- und Jugendeinrichtungen ist bis heute immer noch keine wirkliche Aufarbeitung der Vorkommnisse und deren Auswirkungen für die Insass_innen geschehen, Politiker_innen jeglicher Seiten fordern trotzdem wieder deren Einführung.
Die einen sollen verdrängt oder abgeschoben, die anderen für immer weggesperrt werden. Alle anderen sind angehalten sich unter ständiger Kontrolle ihres Verhaltens auf Video oder ihrer Kommunikation über Telefon und Internet nichts zu Schulde kommen zu lassen. Die/der gläserne Bürger_in wird nicht nur zur staatlichen Idee des funktionierenden Untertans, oft genug wird auch das Selbstbild einiger „Ich habe ja nichts zu verbergen" zur Gefahr für die, die das ganz anders sehen. Wer sich nicht anpasst fällt in ein Raster was von ablehnend, kritischer Beobachtung seiner Mitmenschen bis hin zu staatlicher Überwachung und Verfolgung führen kann.

Gemeinsam nachdenken, gemeinsam handeln!

Soziale Kontrolle ist nicht länger Institutionen abhängig, sondern breitet sich in einem ganzen Arsenal lokaler Programme und Projekte aus. So wird sie zum „selbstverständlichem" und „unverzichtbarem" Bestandteil des Alltagslebens.
Auf Widerstand folgt Repression – der Sinn umfassender Infos über die verschiedenen repressiven Angriffe ist, die verschiedenen Wirkweisen der Repression einzuschätzen und zu erkennen, dass sie an unterschiedlichen Orten zu verschiedenen Zeitpunkten abgestuft agiert um dieselben Ziele zu erreichen.
Dem staatlichen Interesse uns zu kontrollieren, sanktionieren und einzuschüchtern wollen wir unseren Willen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Zwangsanstalten und Repression zu kämpfen entgegensetzen.
Wir laden ein zu einer Suche nach Antworten auf Kontrolltechniken, -politiken und -strategien. Was bedeutet es auf herrschende Kontrollpolitiken zu antworten, sie zurückzuweisen und vor allem: Wie kann Widerstand gegen Kontrolle aussehen? Was können wir gegen die sich ausweitende Repression tun? Das wird uns nicht individuell gelingen, sondern nur kollektiv.

Die Anti-Knast-Tage sollen ein Ort des Kennenlernens, des Austausches und des Vernetzens sein. Wir wollen produktiv streiten, und gemeinsam Perspektiven und Widerstand gegen Repression entwickeln. Wir laden euch alle ein zu einem Wochenende mit Diskussionen, Workshops, Veranstaltungen und Filmen ein.

Wann: **26. bis 28. November 2010**
Wo: **im New Yorck / Bethanien (Mariannenplatz 2, Berlin-Kreuzberg)**

Weitere Infos könnt ihr auf
www.mitderknastgesellschaftbrechen.wordpress.com nachlesen.
Informiert Euch und andere, macht den Termin bekannt, bereitet eigene Aktionen vor und was euch sonst noch einfällt!

Die Vorbereitungsgruppe

Freiheit für alle!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste!
Weg mit allen Zwangsanstalten!

Jetzt nur nicht die Wut verlieren!

29 Jahre Todestrakt - Freiheit für Mumia jetzt!

Seit 29 Jahren sitzt ein Journalist im Todestrakt - weil er gewagt hat, laut zu sagen, was ist.

Seit 29 Jahren ist ein Mensch von seinen Angehörigen isoliert - weil Gefangene in seinem Land kaum Rechte haben.

Seit 29 Jahren ist ein Afroamerikaner ständig vom Tod bedroht - weil die Todesstrafe das letzte Mittel einer untergehenden Gesellschaftsordnung ist.

Der Gefangene heißt Mumia Abu-Jamal, der Ort liegt im US Bundesstaat Pennsylvania nahe Waynesburg. Eine von der Regierung betriebene Gefängnisfabrik produziert dort jährlich ca. 50 Millionen US-$ Profit durch Zwangsarbeit. Inmitten dieser Fabrik ist ein Hochsicherheitstrakt, in dem knapp 250 Menschen unter weitesgehender Isolation auf das Ende ihres Lebens warten. In 6m² kleinen Zellen haben sie nur eine einzige Gewissheit: dass sie diese Mauern nicht lebend verlassen werden. Manche von ihnen kennen sogar schon den Tag, an dem sie sterben werden.

In einem Land, in dem 80% der Bevölkerung europäischen Ursprungs sind, leben in den vergessenen Todestrakten der Supermax Gefängnisse überwiegend AfroamerikanerInnen sowie Native Americans, Hispanics oder AsiatInnen. Gerade mal 34% der Gefangenen entstammen der Bevölkerungsmehrheit.

In den Gefängnisfabriken, die über die gesamten USA verteilt sind, sieht es ähnlich aus. Der Gefängnisindustrielle Komplex ist einer der größten Binnenwirtschaftszweige der USA. Das Verfügen über nahezu unbezahlte Arbeitskraft war der historische Motor für den Aufbau der nordamerikanischen Kolonien. Die nach der Gründung der USA auch formal institutionalisierte Sklaverei wurde 1865 offiziell abgeschafft - real existiert sie bis heute in der Gefängnisindustrie weiter. Kein Land der Erde inhaftiert momentan mehr Menschen als die USA, weder prozentual noch nach konkreten Zahlen. Die Todesstrafe als ultimative Bedrohung garantiert dabei das Stillhalten der eingeschüchterten Bevölkerung.

Für einen untergeschobenen Polizistenmord wurde Mumia Abu-Jamal zum Tode verurteilt. Real jedoch, weil er konsequent über Rassismus, Polizeigewalt und behördliche Korruption berichtete. Das macht er bis heute und erreicht damit inzwischen trotz Isolationshaft Millionen Menschen. Er gibt all denen eine Stimme, die in den Medien in der Regel ignoriert werden. Nach jahrzehntelangen erfolgreichen Protesten versucht die Regierung zur Zeit erneut, seine Hinrichtung doch noch durchzusetzen.

Politische Justizwillkür kennzeichnete ebenfalls die Verurteilungen von Leonard Peltier für dessen Engagement im American Indian Movement (A.I.M.) sowie den Cuban 5, welche den von US Geheimdiensten gedeckten Terror gegen Cuba verhindern wollten. In den USA sitzen laut Menschenrechtsgruppen momentan weit über 100 Gefangene allein wg. ihrer politischen Anschauungen ein. Anti-Repressionsgruppen gehen sogar von über 4000 aus.

Wir wissen um die sterilen Gänge und Zellen, in denen Menschen, deren einzige Schuld es meistens ist, sich keine angemessene Verteidigung leisten zu können, auf ihr gewaltsames Lebensende warten. Wir wissen um die Kraft, welche Post, Berichte über Solidaritätsproteste oder Haftbesuche in diese sterilen Mauern des Todes tragen. Wir stehen zusammen mit Mumia Abu-Jamal und allen anderen, die von der Todesstrafe bedroht sind. Kein Staat hat das Recht, Gefangene zu ermorden!

LASST UNS GEMEINSAM AUF DIE STRASSE GEHEN, UM DER VERTRETUNG DER USA KLAR ZU MACHEN, DASS WIR NUR EINE LÖSUNG AKZEPTIEREN WERDEN:

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Abschaffung der Todesstrafe weltweit!

Demonstration I Samstag 11. Dez. 2010 I 14:00 Heinrichplatz - Bln X-berg I Abschluss - US Botschaft - Brandenburger Tor

Info: www.mumia-hoerbuch.de

V.i.S.d.P.: Anton Mestin, Selchowerstr., Berlin

Was tun...

17. und 18. Dezember 2010

Teil 4

Was tun, wenn ich nicht gebraucht werde?

Ort: Mehringhof, Gneisenaustr.2a (U-Bhf. Mehringdamm), 10961 Berlin

Eintritt frei

Freitag, d. 17.12.2010

19 Uhr Über die Selektion des unbrauchbaren Leben durch Bevölkerungspolitik und gesellschaftliche Kostenrechnung.

(Vortrag von Wolfgang Ratzel)

Die Gleichzeitigkeit vieler ökosozialer Großkrisen verschärft die globale Standortortkonkurrenz im Weltsystem des Kapitalismus. Gewinner werden Standorte sein, denen es gelingt, eine "optimierte" Bevölkerungszusammensetzung "herzustellen" und den Zugriff auf fossile oder erneuerbare Ressourcen zu sichern.

Hinsichtlich Bevölkerungsverbesserung ist das Optimum erreicht, wenn nur Menschen leben, die für die Produktion und Reproduktion der Standortwirtschaft nutzbar sind. Als "suboptimal" gilt, wenn es noch Menschen gibt, die den Anforderungen des Produktions- und Reproduktionsprozesses nicht gewachsen sind oder unverschämterweise nicht gewachsen sein wollen.

Der Vortrag stellt die wichtigsten laufenden Selektionsprozesse des nützlichen Lebens vor. Generationenbilanzrechnung, Immigrationssteuerung, sozialeugenische Geburtenverhinderung und Präimplantationsdiagnostik.

Samstag, d. 18.12.2010

13-14.30 Uhr Über die Notwendigkeit und das Glück, gebraucht zu werden. Handlungsstrategien von Ausgegrenzten und Randständigen im Widerstand gegen die Verwertungslogik der Bevölkerungspolitik:

(Vortrag von Wolfgang Ratzel)

Derzeit erleben wir hierzulande, vor allem aber in Griechenland, Spanien und Frankreich, wie im Kampf gegen Kürzungspakete, Atompolitik und Stadtplanung alle herkömmlichen und über Jahrzehnte erfolgreichen Widerstandsrituale zusammenbrechen. Wochenlange Massendemostrationen, flächendeckende Kundgebungen, gewalttätige Aktionen, Streiks bis hin zum siebenfachen Generalstreik bewirken nichts oder fast nichts mehr. Die Regierungen, ob sozialdemokratische oder konservative, ziehen die Kürzungen, Atom- und Abrisspläne auf Teufel-komm-raus durch.

Wenn nun die Widerstandsrituale der "wertvollen" und "gebrauchten" Bevölkerungsteile scheitern, wie können dann ausgerechnet Randständige erfolgreiche Widerstandsszenarios entwickeln? Randständige, die durch die am Freitagabend dargestellten Selektionsprozesse als "Last", als "unverwertbar", "überflüssig" bezeichnet, ja deren Geburt verhindert werden muss?

Jede Strategie der Selbstbehauptung beruht und zielt darauf, im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess gebraucht zu werden. Der Mensch wird in das Mitsein und die Teilhabe mit den Anderen hineingeboren. Er kann nur Mensch bleiben, wenn er als ganzer Mensch durch Liebe, Freundschaft, Solidarität, Arbeit, Muße und Kommunikation mit den Mitmenschen vernetzt bleibt. Wird er für überflüssig erklärt, beginnt er stückweis zu sterben. Im Nichtgebrauchtwerden lauert der vorzeitige Tod.

Was verbindet nun die Vielfalt der Randständigkeit? Was können wir aus vergagenen Aufständen der Armen lernen? Gibt es einen systemüberschreitenden politischen Horizont, der ausgerechnet aus dem randständigen Dasein erwachsen könnte?

Und Über das Glück, als Arbeitskraft nicht gebraucht werden zu müssen

(Vortrag von Robert Ulmer)

Arbeit macht krank und unglücklich, Arbeit vernichtet Lebenszeit und macht einsam. Besonders demütigend sind Arbeiten, die längst von Maschinen genauso gut oder sogar besser erledigt werden können. Schluss damit, endlich Feierabend! Menschen können und wollen als Arbeitskräfte immer überflüssiger werden. Übrig bleibt die Arbeit, die wir den noch nicht erfundenen Maschinen "wegnehmen". Wer sich den Luxus leistet und sich die Mühe macht, über diese Punkte nachzudenken, kann als Arbeitsloser - ohne schlechtes Gewissen - glücklich werden. Aber fehlt nicht die Anerkennung? Wollen wir nicht alle gebraucht werden? Angst macht uns die Erkenntnis, dass es keine höhere Notwendigkeit für unsere Existenz gibt, dass wir alle genauso gut nicht sein könnten. Vor diesem Schrecken rettet nur die zeitweilige Sicherheit, als Liebender, als Freund gebraucht zu werden, für einen anderen oder eine andere notwendig zu sein. Hier gibt es das Glück gebraucht zu werden. Aber es ist unverdient, von der Freiheit des anderen abhängig. Zweifellos: Menschen wollen nicht überflüssig, sie wollen wichtig sein, aber frei, auf Augenhöhe. Sie wollen nicht deklassiert, gefügig gemacht werden, und dann wie zum Hohn auch noch für ihre Arbeitsbereitschaft gelobt werden.

14.30-15 Uhr Kaffeepause

15-16.30 Uhr Tipps für Erwerbslose

(Vortrag von Anne Seeck)

Wie bewältige ich die Erwerbslosigkeit. Dazu werde ich einige Anregungen geben. Mein Anliegen ist allerdings der Austausch zwischen den TeilnehmerInnen des Seminars. Wir beschäftigen uns mit Fragen der Alltagsbewältigung. Zum Beispiel: Was tun, wenn ich kein Geld mehr habe? Was tun, wenn ich umziehen muß? Was tun, wenn ich mich selbständig machen möchte? Es geht aber auch darum, der Medienhetze und Stimmungsmache gegen Erwerbslose gewachsen zu sein. Wir sollten uns nicht selbst beschuldigen und isolieren, sondern uns gemeinsam politisch organisieren und gegen die Zumutungen wehren.

16.30-17 Uhr Pause

17-18 Uhr Abschlußdiskussion

Eine Seminarreihe von Teilhabe e.V.
www.teilhabe-berlin.de

Kontakt: anne.snk44@yahoo.de

Unterstützt von der Stiftung
Menschenwürde und Arbeitswelt

MEDIASPREE ENTERN

ZIMMER FREI!

WIR ZIEHEN EIN!

DEMONSTRATION

SA., 27.11.2010, 15 UHR, BOXHAGENER PLATZ

Mitte November wird das 4-Sterne-Plus-Music-Design-Hotel „nhow“ am Spree-ufer eröffnen. Bezahlbare Wohnungen werden in den umliegenden Kiezen auf-grund der Aufwertung immer seltener. Das nhow-Hotel ist Teil der Aufwertung, deshalb werden wir es als Wohnraum umfunktionieren.

MEDIASPREEENTERN.BLOGSPORT.DE

INTERIM

Regelmäßig unregelmäßig erscheinendes Polit-Info aus Berlin ★ 0,00 €

10.12.2010 Nr. 721

Das Weihnachtsheft

noch mehr Militanz noch mehr Hoffnung

Letztzes Editorial 2010

Nein, nein, keine Sorge, wir sind nicht auf dem Jesus-Trip. Wir machen nur sowas wie ne echte Jahresabschlussausgabe. So mit Jahresrückblicken und Fragen für die Zukunft, Hoffnung und Selbstkritik. Und weil wir so schön regelmäßig unregelmäßig sind, dauert es dann eben ein Weilchen bis zur nächsten Nummer. Deshalb gibt's auch einen Text zum länger lesen, am warmen Kaminfeuer drüber diskutieren und antworten. Die „Freien Radikale/Freunde Dora Kaplans" haben einen sehr spannenden (und sehr langen) Text eingeschickt, der die militante Debatte wieder in Gang bringen soll. Irgendwie hatten wir auf so einen Text gewartet – die Debatte, die darin asngestoßen wird, soll und muss geführt werden. Allerdings haben wir das Gefühl, es ist eher ein guter Debattenstart als ein wirklich zufriedenstellender Text. Trotz der Länge bleibt er doch in vielen Punkten vage, die wir spannend fänden. Z.B. ist uns nicht klar, welche Utopie den Autor_innen vorschwebt, wenn sie auf den Mangel an Utopie unter Militanten hinweisen. Wir denken, zu jedem Abbschnitt müsste jetzt eine Reihe von Antworten kommen. Wir freuen uns drauf.

Gefreut und geärgert hat uns der Beitrag zur Debatte um Sexismus in den eigenen Reihen. Gefreut hat er uns, weil die Debatte geführt wird. Geärgert hat uns der Inhalt. Zuerst: was auch immer mensch von der Idee der Frauenreihen (waren es nicht FLT-Reihen?) auf der Silvio-Meier-Demo hält, uns schienen sie schon deshalb nötig, um die Debatte um Sexismus, Mackertum und hegemoniale Männlichkeit in unseren Zusammenhängen mal wieder offen zu führen. Die, die jetzt sagen, Debatte ja, Frauenreihen nein, sollten sich vielleicht fragen, ob sie zu der Frage auch dann einen Text geschrieben hätten, wenn es die Initiative zu den Reihen nicht gegeben hätte. Zum anderen fragen wir uns, ob die vorgetragene Kritik an den Frauen- bzw. FLT-Reihen die Initiator_innen wirklich trifft: Die erste Reihe auf der Silvio-Meier-Demo war nach unserem Eindruck entschlossen, kämpferisch, konfliktfreudig und laut. Also alles, wovon die Autor_innen des Beitrages behaupten, dies sei „männlich codiertes" Verhalten, das die Aktiven der Ersten Reihe pauschal abblehnen würden. Und noch was fanden wir problematisch. Unseres Wissens wurden Trans*personen nicht ausgeschlossen. Außerdem finden wir es schwierig queere und Trans*Positionen gegen Feminismus auszuspielen. Das scheint uns die Konsequenz aus der Position des Beitrags zu sein – und wir hoffen, da kommen Gegenpositionen. Auch diese Debatte sollte geführt werden.

Ihr seht: Auch im nächsten Jahr ist dieses kleine unzensier- und unfangbbare Magazin äußerst lesenswert.

Ach übrigens, bringt doch mal dem Bioladen um die Ecke eine paar Interims vorbei. Oder nehmt welche auf die Jahresend-Feierlichkeiten mit. Wir brauchen nämlich neue Verteilstellen, nicht zuletzt, um die Buchläden zu entlasten. Denn Solidarität und Unterstützung forderten diese völlig zu Recht auf der gutbesuchten Infoveranstaltung im Festsaal Kreuzberg ein. Leider war die Diskussion eher von Ratlosigkeit geprägt. Ein erster Ansatz vielleicht: massenhaftes Verteilen der interim.

So, jetzt aber genug gequatscht, viel Spaß beim Lesen, Diskutieren, Verteilen und wild Kopieren. Lasst es zum Jahreswechsel ordentlich krachen! Böller statt Böller!

Eure Red.

INHALT

Hoffnung, Militanz, Perspektive 4
Rückblick auf die Volxsportsaison 2010 27
Zündeln in Zehlendorf 29
Wenn aus vermeintlichem Antisexismus... 30
Spitzel in GB geoutet 32
Auch Obdachlose haben Namen 33

Impressum:
Herausgeberin: Interim e.V.
ViSdP: Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

IHR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns im Briefkasten sein.

per Post:

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim" in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar.

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwanden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

In gut sortierten linken Buch- oder Infoläden, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jede/r sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zukommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Knastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!

NAZIS
FUCK
OFF!

red, black, yellow, brown
I love all my friends!

KIDS AGAINST ASSHOLES

HOFFNUNG, MILITANZ & PERSPEKTIVE

Ein Diskussionsvorschlag
Freie Radikale / Freunde Dora Kaplans

Anknüpfungen....2
Zu unserer Verortung militanter Praxis....3
Militanz, Soziales & widerständischer Zusammenhang....4
Militanz im Wohnzimmer....5
Sabotage, zivilen Ungehorsam & Protest zu einer militanten Strategie verknüpfen....8
Partei ergreifen gegen Parteien....9
Sichtbarkeit organisieren für Militanz – und das Soziale des Zusammenhanges....10
Warum gibt es keine militante Debatte....12
Mit wem diskutieren?....13
Der Vorschlag konkret....14
Die Hunde bellen....16
...die Karawane zieht weiter: Einige weitere Vorschläge....17
INTERIM als militantes Medium....19

Die Mühlen mahlen langsam. Doch sie mahlen.

Wir haben zwei Vorschläge mitgebracht.

Dieser Text befürwortet ein kontinuierliches, sich auf einander beziehendes militantes Diskussionsforum. Konkreter Vorschlag ist eine militante Diskussionsstruktur, offen und doch klandestin. Wir schlagen eine inhaltliche Diskussion vor, die auf gesellschaftliche Breite und Radikalität setzt und sich in der Praxis nicht mit z.B. anderen sozialrevolutionären und libertären Herangehensweisen ausschließt! Militante Perspektiven im gesamtgesellschaftlichen Rahmen und im Konkreten und die damit verbundene Hoffnung auf eine befreite Gesellschaft sind Kerne unseres Interesses an einer breiteren Debatte. Es gibt für uns keine Zugangsvoraussetzung zur Diskussion in dem Sinne, dass man „militant sein muss". Wir haben ein Interesse an einer radikalen, militanten Diskussion unabhängig von der Praxis der Beteiligten, deren politischer Arbeit und Lebenswelten. Wer sich, auch in Teilen, für unseren Vorschlag erwärmen kann, sei ermuntert in die Diskussion einzusteigen. Von dort, wo er/sie steht. Eine breite Streuung dieses Papiers kann einer vielschichtigen Diskussion förderlich sein. Die „Interim" ist eine überregional wirksame Zeitung, die von ihrem Potential her als Organ eines ebensolchen Diskussionsforums fungieren könnte. Das setzt ihre Stärkung und die Zurückweisung von Angriffen wie derzeit gegen die Buchläden in Berlin und einigen anderen Städten voraus.

Weiter unten konkretisieren wir diesen Vorschlag und grenzen ihn von zwei anderen politischen Projekten ab. Beiden ist gemein, dass sie – aus einem linken Selbstverständnis heraus - einen hegemonistischen Anspruch gegenüber anderen Linken entwickeln.

Mit letzterem meinen wir einerseits Strömungen innerhalb der „Interventionistischen Linken" (IL), die unnötigerweise militante Positionen gegen massenkompatible Konzepte auszuspielen versuchen. Und ihre Praxis entsprechend organisieren.

Zweitens meinen wir eine Gruppe, die sich durch die Vereinnahmung der Zeitschrift „Radikal" hervortut, um Relevanz und Orientierung vorzutäuschen. Diese Randerscheinung - „Revolutionäre Linke" (RL) - wäre uns kein Wörtchen wert, wenn sie nicht das aufdringliche und zugleich tragisch-komische Projekt verfolgen würde, innerhalb militanter Strukturen die Führung zu übernehmen.

Beide Projekte sind in gewisser Weise hilfreich, lässt sich an ihnen doch aufzeigen, was wir *nicht* wollen. Hier geht es nicht um ein Bashing, das leicht und mühelos möglich wäre, sondern um eine Schärfung dessen, wofür wir uns und andere stattdessen erwärmen wollen. Auch mag es so erscheinen, als würden wir uns zwischen zwei Polen positionieren – doch beide Projekte eint (auch und gerade wenn sie anderes vorzugeben scheinen) eine gewisse Hilf- und Perspektivlosigkeit hinsichtlich der Idee von einer befreiten Gesellschaft, wenn auch von unterschiedlichen ideologischen Standpunkten aus gesehen. Genau genommen sind sowohl die IL und die wesentlich unbekanntere RL Nebenschauplätze. Uns geht es um eine Bestandsaufnahme und Innensicht hinsichtlich einer militanten Perspektive im Zusammenhang mit einer politischen Utopie der sozialen Befreiung.

Wenn eine militante Perspektive und Utopie, beispielsweise bei autonomen Gruppen, in dieser Frage wirklich sehr viel weiter entwickelt wäre als wir annehmen, würden wir uns sehr freuen. Wir möchten erst einmal Zweifel anmelden, nicht zuletzt weil wir mit Bedauern beobachten, dass immer weniger Kontext vorkommt in den Erklärungen zu ansonsten durchaus gelungenen direkten Aktionen. Vielleicht ist ja allen alles klar. Das glauben wir nicht. Zumindest was die Vermittlung über unsere eigenen Kreise im weitesten Sinne angeht...

Wir werden durch unsere Positionierungen einige Entgegnungen ermöglichen. Kontroverse Diskussionen sind gewollt. Sie bringen uns weiter.

Anknüpfungen

Wer wir sind und ob es uns überhaupt gibt, werden wir nicht erklären. Auch nicht, wie viele wir sind und wo wir herkommen. Wir sind da. Alles andere ist Spekulation. Punkt. Nach den ersten Veröffentlichungen (siehe Fußnote 1) vor drei Jahren, als sich erstmals „freie radikale" zu Wort meldeten, kam erst mal nichts. Unschlüssig, an welchem Punkt eine militante Debatte zu entwickeln ist, weil z.B. eine Einschätzung über ihren Stand fehlte, theoretisch wie praktisch, war Schweigen eine angemessene Reaktion.

Gute Beiträge, die sich auf die drei Beiträge der „freien radikalen" vor zwei Jahren direkt oder indirekt bezogen haben, blieben in der Luft hängen. (Siehe Fußnote 2)

Gibt es die Kapazitäten oder den Willen, eine militante Debatte ins Leben zu rufen und am Laufen zu halten, so war unsere Frage? Oder: Könnte sich eine militante Debatte selber am Leben erhalten, ohne dass es eine Gruppe oder eine Struktur mit koordinierender und immer wieder antreibender Kontinuität dazu bräuchte? Und vor allem: welche Richtung soll sie haben, wenn sie eben nicht den autoritären Stil der „militanten Gruppe" und den doktrinären Kommunismus a la „Revolutionäre Linke" mit der zum Parteiblatt umfunktionierten „radikal" reproduzieren will? Was soll eine militante Debatte gegenwärtig voran bringen? Und zu welcher gesellschaftlichen Veränderung soll sie führen, wenn unter dem Begriff „Revolution" so viel Scheiße gelaufen ist und siehe „radikal" (Siehe Fußnote 3) noch läuft?

Neuerdings alternativ dazu: Der kommende Aufstand. Aber weicht dieser Aufruf der Frage nach einer neuen Bestimmung „militanten, auch bewaffneten Widerstandes" und „revolutionärer Utopie" nicht vielleicht nur subjektivistisch (nicht: individualistisch, das sind – zugegebenermaßen – zwei verschiedene Dinge) aus? Warum wurde die Idee eines „Aufstandes" eingebracht und die Diskussion dann dem bürgerlichen Feuilleton von FAZ bis taz überlassen? Worin drückt sich der neue Gehalt des Konzepts „Aufstand" aus? Und ist der Wunsch nach einem „Aufstand" nicht doch nur der Wunsch einer urbanen Minderheit, der nicht korrespondiert mit den gesellschaftlichen

Realitäten in Kleinkleckersdorf. Gibt es sie überhaupt, die Gemeinsamkeiten zwischen den Peripherien in Ost- und West-Deutschland und in Frankreich? Und wenn ein „Aufstand" kein subjektivistisches Strohfeuer ist oder sein will, wo befeuert er die gesellschaftlich anzugehenden militanten Aufstände nachhaltig? Ist der „Aufstand" eine Simulation oder schafft die „Simulation" den erhofften Aufstand?

Demgegenüber: Wo steht ein Projekt wie die „IL", in der Gruppen und Einzelpersonen mit Parteien flirten und neue Machtstrukturen stiften? Will die „IL" ein radikales Projekt der militanten Bewegung im weitesten Sinne werden/sein und ein egalitäres Organisierungsmodell vertreten, welches vorwiegend öffentlich aber auch militant interveniert? Oder will die „IL" - anstatt Herrschaftsformen zu *zer*setzen – Herrschaftsstrukturen *be*setzen? Sprich: Erneut den Weg einschlagen, den zwei Generationen zuvor viele 1968er (und eine Generation zuvor viele aus den sozialen und autonomen Bewegungen der 1980er Jahre beschritten haben), die an die institutionellen Machtstrukturen andockten oder sich analog organisierten, dadurch Teil davon wurden und im Effekt aktiv und wissentlich Herrschaft modernisierten und damit stabilisierten? Dann ist eine bundesweite Organisation sicherlich ein guter Weg - aus den informellen Hierarchien derer, die sich das Reisen leisten können und die Fähigkeiten zum repräsentativen Sprechen und Agieren in einer solchen Organisation mitbringen, können dann bei Gelegenheit offizielle Hierarchien gemacht werden. Der „Gegensatz" zwischen Fundis und Realos ist dabei kein Widerspruch, sondern Teil der machtpolitischen Inszenierung, solange das Projekt den Rahmen nicht sprengt, den staatliche Spielregeln und die Grenzen eines von oben organisierten „zivilen Ungehorsams" vorgeben.

Wie kann eine Reorganisierung einer militanten Bewegung und Perspektive mit einer radikalen, libertären Perspektive und Utopie voran gebracht werden? Und: Ist die Stärke bestimmter Strömungen nicht auch nur die Schwäche einer z.B. anarchistischen, autonomen und sozialrevolutionären Bewegung?

Es ist zu hoffen, dass die betreffenden Gruppen, die sich vor drei, bzw. zwei Jahren zu Wort gemeldet haben, einen langen Atem haben und anknüpfen können – gegebenenfalls ihre Positionen wiederholen, dort wo sie aktuell geblieben sind oder neu formulieren. Neue Gruppen, die diesem Beitrag etwas abgewinnen können, sind eingeladen, die Neubestimmung eines militanten Diskussionsforums mitzugestalten.

Zu unserer Verortung militanter Praxis

Wir stellen heute fest, dass in den letzten Jahren eine Welle militanter Aktionen viele Militante und militante Kerne überrascht hat. Der Höhepunkt liegt derzeit im Jahr 2009. Über den G8-Gipfel und den militanten Kampagnen dazu, die Kriminalisierungswelle gegen Alt-Autonome, der Zerschlagung der „mg" und der anschließenden Soliarbeit, den Vorschlag eines "Aufstandes", den Kampf gegen Gentrifizierung, gegen Gentechnik auf den Feldern, das Entstehen eines militanten Antimilitarismus und den anarchistisch geprägten Revolten in Griechenland und den militanten Begleiterscheinungen der Krisenproteste etwa in Frankreich und in England hat sich eine Dynamik ergeben, die nach langen Jahren der Stagnation im militanten Umfeld Aussicht auf mehr bot und bietet.

In der beachtenswerten Broschüre „Bauwas" werden vielfältigste Aktionen aufgelistet und viele Themen abgedeckt, ganz so als befänden wir uns in den Hochzeiten einer politisch, breiten, militanten Bewegung, vergleichbar den 1980ern. Eine Schwäche der ChronistInnen dieser Broschüre ist die mangelnde Kommentierung und Bewertung verschiedener Aktionen bzw. Aktionsformen, die zu einer Perspektivdiskussion hätte führen können. Was bewirken militante Aktionen? Was war die Rezeption einzelner Aktionen – in der Szene und in einer öffentlichen Debatte, sofern es diese gab? Und mit welcher Hoffnung wurde im einzelnen agiert und hat sich diese erfüllen können? Die Kontextualisierung der Aktionen fehlte uns. Aber vielleicht muss diese Aufgabe zukünftig auch von den militanten Kernen, Zusammenhängen und Gruppen selber mehr erledigt werden. Oder von Gruppen, die sich für zuständig erklären.

Die Anzahl und Qualität militanter Aktionen spiegelt nicht unbedingt oder nur sehr undeutlich die gesellschaftliche Sichtbarkeit wider. Das Feld der Herstellung öffentlicher Sichtbarkeit (wir wollen das nicht auf „Pressearbeit" reduzieren) wird in der Regel eher dem Spektrum der „IL" überlassen, die über ihre Beschränkung auf Pressearbeit in Richtung Mainstream eben nicht in der Lage ist, öffentlich-militante Position zu vertreten. Die Offentlichkeit hat einen riesigen blinden Fleck, dort wo wir diese militante „Bewegung" sehen. Gerät ihr Militantes in den Blick, dann nur extrem verzerrt. Was diese Tatsache für die gesellschaftliche Bedeutung ausmacht, ist eine interessante Frage. Dies ließe sich trefflich am Beispiel militanter, antimilitaristischer Aktionen diskutieren, die ja auch im Einklang mit einer mehrheitlichen Ablehnung von Kriegseinsätzen durch die Bevölkerung z.B. in Afghanistan stehen. Die augenscheinliche Diskrepanz zwischen militanten Aktionen und nicht oder wenig vorkommender/vorhandener gesellschaftlicher Sichtbarkeit wirft die Frage auf, wie erfolgreich eine Militanz sein kann, wenn sie zwar gesellschaftlich richtig liegt, aber sozial in der Luft hängt, also politisch ohne Anknüpfung agieren muss oder aber die Aktion so sehr im Mittelpunkt steht, dass der Vermittlung kaum noch Priorität im Aktionskonzept zukommt. (Die AKW-Bewegung bildet vielleicht die große Ausnahme, während hier eine militante Bewegung gerade aufpassen muss, politisch nicht unsichtbar gemacht zu werden, obwohl sie sozial breit verankert ist.)

Oft wird – im Zusammenhang mit Aktionen gegen Gentrifizierung in Berlin – argumentiert: Obwohl die Vielzahl nächtlicher Aktionen gerade nicht mit einem hohen Organisierungsgrad einer Bewegung einhergeht, die viele Menschen tagsüber einlädt und einschließt, haben die regen nächtlichen Tätigkeiten doch wenigstens Offentlichkeit hergestellt und eine Debatte im Mainstream erzwungen. Das also ist viel wert. Doch was bringt es und wem nutzt es, wenn die Aktionen einer militanten Szene den Effekt haben, dass es zu reformistisch verkürzten Diskussionen über Missstände im Bestehenden kommt, wo die Aktionen doch den Weg frei machen (oder halten) sollen für den Aufbau einer ganz anderen, nämlich befreiten Gesellschaft? Kann also eine militante Praxis ohne offene sozial-revolutionäre Bewegung auskommen? Und was sind heutzutage Bewegungen, wenn Interessen sich netzknotenförmig bündeln und ebenso schnell auflösen? Wie und wo haben militante Kerne darin einen Platz? Muss es nicht zu den militanten, zum Teil anspruchsvollen Aktionen eine Entsprechung im öffentlichen Raum geben? Orte der Diskussionen, an denen Resonanzen entstehen können, die sich im Wechselverhältnis mit militanten Aktionen auch öffentlich ausdrücken? Damit die Aktionen nicht im medialen Blätterrauschen wirkungslos verpuffen. Wer kann solche Räume schaffen und ausfüllen?

Militante Offentlichkeitsarbeit wäre eher sozial-revolutionäre Bewegungsarbeit als kampagnenbezogene Pressearbeit.

Militanz, Soziales & widerständischer Zusammenhang

Wie können militante Kerne sozial Bestand haben, wenn die Entstehung von Bewegung internet-basiert und netzwerkförmig, individualisiert und nur temporär entsteht, um

nach Erledigung eines Events, eines Themas wieder zu zerfallen? Wenn die Dynamik neoliberaler gesellschaftlicher Prozesse das Soziale der Zusammenhänge zerreißt, fragmentiert, individualisiert und vereinzelt – die militanten Kerne aber das Soziale des Zusammenhang als Lebenselixier benötigen: Wie können wir das Soziale des politischen Zusammenhanges als militante Perspektive zur Diskussion stellen?
Wir sind uns sehr bewusst, dass ein Teil der militanten Szene die Tragweite dieser Aussage eventuell nur schwer erfassen kann – ist doch die Individualisierung in der Szene und in vielen Gruppen sehr weit fortgeschritten und die politische Bedeutung des Sozialen als Perspektive für den Widerstand jenseits des eigenen Wohnzusammenhangs nicht sonderlich attraktiv. Nicht umsonst bringt die neoliberale Kolonalisierung unseres Lebens und unserer Kämpfe Funktionen wie den "Widerstandsmanager" hervor: IL-Kader, die im Wendland versuchten die Massen zu dirigieren. Die Bedeutung des Kollektivs, vor dem Hintergrund der Erfahrung vieler Jahre aus berechtigten Gründen immer wieder zu hinterfragen, ist in seiner positiven, sozialen Qualität von neoliberalen Verhältnissen und Bewusstseinszuständen überrollt worden. Die "ICH-AG", das damalige Unwort des Jahres, eingeführt von der Schröder-Fischer-Regierung, steht für einen neoliberalen Umbau der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes, die das Soziale, das Gemeinsame, Gemeinschaftliche, Kollektive zerstört und zerstören sollte. Der Angriff verringerte nicht nur den gesellschaftlichen Mindestlohn und führte den Zwang zur hypermobilen Arbeit ein für diejenigen, die nicht verhungern wollen, er veränderte damit nicht nur die materiellen Bedingungen und die Arbeitswelt der Menschen, sondern das soziale Leben und Bewusstsein insgesamt.

Viele Linke und auch militante Gruppen haben dazu oft kein politisches Verhältnis. Die soziale Qualität des Widerstandes lässt sich gut in Gorleben erkennen. Ohne das soziale Verhältnis der Menschen zueinander wäre schon alleine die beeindruckende Bereitstellung der Protest- und Widerstandsinfrastruktur vor Ort unmöglich. Und ohne diese gewachsene Infrastruktur, die sich aus den in vielen Jahren des Kampfes gesammelten sozialen Erfahrungen ergeben hat und auf die immer wieder und weiter aufgebaut wird, wäre weder für eine Sitzblockade noch für das Schottern oder andere militante Aktionen die Basis vorhanden gewesen. Es sind die Menschen, deren Leben sich im Widerstand sozial revolutioniert, die den Widerstand tragen. Das verbinden wir mit sozialer Revolution: Die Entstehung sozialer Gruppen, Strukturen, Zusammenhänge, deren Kämpfe den Alltag berühren, revolutionieren und neue soziale Perspektiven im Hier und Jetzt zu leben beginnen und hinsichtlich einer Zukunft aufmachen. Das Soziale und der Widerstand, der den Ausbau sozialer, gerechter Lebensbedingungen ins Auge fasst und täglich praktisch betreibt, sind die Kerne einer sozial-revolutionären Entwicklung, die der gegenwärtigen weltweiten Herrschaft der Barbarei – des neoliberalen, kriegerischen "Projekts" mit seiner gnadenlosen Vernutzung allen Lebens - entgegensteht.

Militanz im Wohnzimmer

Wir wollen mehr Diskussionen, weil uns eine übergreifende Zielbestimmung militanter Praxis oft fehlt. Für sich genommen sind einzelne Aktionen gut, aber welche gesellschaftlichen Perspektiven werden damit verbunden, und wo drückt sich im Alltäglichen eine militante Haltung aus? Ist eine Zusammenführung einzelner Themenbereiche auf eine aktualisierte, libertäre Gesamtvision ein Ausweg aus der Verstrickung in Teilbereichskämpfe und dem Problem stagnierender kleiner, isolierter Strohfeuer, deren Wärme nicht für die Entzündung eines Flächenbrandes ausreicht?
Wenn Widerstand nicht als Hobby und Laune, als Chic oder Thrill für einen gewissen Lebensabschnitt oder eine Bewegungsbiographie nicht als Karrieresprungbrett in die Politik dienen soll, dann müssen wir wissen, wofür wir etwas riskieren wollen. Wollen (und können) Militante mehr als nur Feierabendpolitik und die dem entsprechende Feierabendmilitanz? Uns beschleicht der Verdacht, dass sich einige Militante eingerichtet haben und an fundamentale Utopie-Entwürfe und entsprechende Weichenstellungen nicht heran wagen – oder aber eine politische Analyse der gesellschaftlichen Situation haben, die zur Schlussfolgerung eine Art reformistische

Militanz hat. Letztere wäre uns den Stress nicht wert. Und eine sich militant einrichtende Linke ist ohne Sinn und wenig akzeptabel, wenn wir uns in ein Verhältnis zu den laufenden und zukünftigen lokalen und globalen Umbrüchen und Krisenszenarien durch Kriege, Hunger, Klimazerstörung und dergleichen mehr setzen wollen. Wir kritisieren an einer reformistischen bzw. im linken Establishment angekommenen Militanz deren Selbstbezogenheit, Selbstgefälligkeit, deren Lässigkeit - die trotz eines gewissen, kalkulierten Risikos und einiger Entbehrungen – eine luxuriöse Metropolenposition bleibt. Vielleicht ist dies aber auch dem insgesamt fehlenden Kompass bzw. der nicht zu Stande kommenden Verständigung hinsichtlich einer Utopie geschuldet. Militante Aktionen alleine reichen nicht um herauszufinden, wohin die Reise gehen soll und wie Kämpfe derzeit überhaupt noch beschaffen sein und sich finden können, um die Situation international zugunsten einer herrschaftsfreien und klassenlosen Gesellschaftlichkeit aufzubrechen und die Hinterlassenschaften der zerstörerischen, patriarchal-kapitalistischen Epoche abzuwickeln. Kein Wunder dass die fundamentale Ablehnung am klarsten bei militanten Aktion gegen das Militär zutage tritt. Hier funktioniert der Kompass weitgehend. Das ist gut. Ist aber auch einfach: Am Militär ist nichts gut.

Wenn wir sagen, die Linke und auch die Militanten scheinen sich eingerichtet zu haben, dann meinen wir: Sie streben nicht wirklich noch echte Veränderung an. Resigniert und desillusioniert darüber was möglich ist, drohen wir immer wieder im Trott zu verharren. Schlimmer noch: Eine Perspektive würde Angst machen – weil sich dann was für die Situation verändert, in der man sich befindet. So weit ist die Resignation fortgeschritten: Militante Aktionen finden statt, ohne dass sie die dahinter stehende Hoffnung vermitteln, dass sich etwas verändert. Die Aktion bringt lediglich nur eins zum Ausdruck – aber das immerhin: Wir sind mit der Gesamtsituation unzufrieden. Krass gesagt; Kein Schwein glaubt mehr an was. Trotz Kapitalismus in der Krise, trotz Zusammenbruch des autoritären Sozialismus scheint die Linke ohne Perspektive. Seit dem Zusammenbruch der Koordinaten, in denen sich die Linke bis 1989 bewegte, hat sie sich bis heute nicht auf ein neues Koordinatensystem verständigt – nicht einmal reflektiert hat sie, was eigentlich zusammengebrochen ist. Man kann natürlich irgendwo im historischen Verlauf anknüpfen – wie die „mg" oder „RL", die die alte Avantgarde-Scheiße in neue Schläuche füllt bis sie hoffentlich bald platzen. Doch eine Perspektive ist das nicht. Die russische Revolution konnte die Welt noch inspirieren um dann – und sei es unter dem Druck der Reaktion und des Faschismus, sei es weil sie darauf angelegt war neuen Eliten den Weg nach oben zu bahnen – autoritär zu verknöchern. Die Schlüsse daraus haben einige bis heute noch nicht gezogen.

Stattdessen springen wir von Event zu Event, von Großereignis zum Gipfel und zurück. Events und Kampagnen werden mit einem großen logistischen Aufwand inszeniert und laden zum Bewegungskonsum ein. Zurück vor Ort haben die Gruppen, sofern es überhaupt Gruppen sind, bestenfalls ein gutes Gefühl für eine Weile, aber keine gemeinsame Utopie – oder das was sich wie eine anfühlt, zerbröselt schnell wieder. Die Großereignisse bestechen zwar durch eine Massensichtbarkeit, man spürt sich mächtig, aber überdecken damit, dass insgesamt eine Perspektive fehlt. Selbst Gorleben, gespeist von einer Wut, weil da was nicht stimmt, weil einem die Arroganz der Herrschenden ankotzt, weil Atomkraft eine Schweinerei ist, weil der Polizeistaat und die Wirtschaftslobby Scheiße sind, bietet keine Perspektive über das Ereignis und das Thema hinaus an, das diskutiert wird. Die Frage nach der Gesellschaft, die wir wollen und wie wir sie erkämpfen wollen, taucht nicht auf in den Skandalgeschichten um die Asse und den Strategiedebatten um den richtigen Umgang mit Gleis und Schotter. Gorleben stellt keine grundsätzliche Machtfrage, höchstens die Frage nach der besseren Regierung. Gorleben ist ein Teilbereichskampf, strategisch richtig gesetzt, um die Atomkraft abzuschalten, aber auch mit Heimatschutztendenzen, weil nicht explizit und praktisch verknüpft mit den Kämpfen gegen die sozialen Verhältnisse in diesem Land und in anderen Ländern, oder auch den migrantischen Kämpfen etc. Da käme der Konsens der in weiten Teilen sehr bürgerlichen Bewegung schnell ins Wanken.

Sträuben wir uns gegen die Idee einer Perspektive oder Utopie, weil wir Angst haben, dass sie das festgeschriebene, das individualisierte Leben zur Diskussion stellt, in dem wir uns eingerichtet haben? Weil wir ahnen, dass wir uns vielleicht entscheiden müssten, aus den zementierten Verhältnissen, die wir ja so hassen, hinaus zu treten? Weil wir Angst haben, dass es plötzlich einen Grund gäbe etwas zu riskieren und Hoffnung die Welt verändern zu können? Eine gemeinsame Utopie entwerfen und erarbeiten: Das muss aber ja nicht heißen, dass alle dann plötzlich kämpfen MUSSEN. Aber es gäbe eine Orientierung für die, die gemeinsam losgehen WOLLEN. Mit all den Mitteln und Möglichkeiten, in all unseren Unterschiedlichkeiten, die zur Verfügung stehen.

Wo also wollen wir hin, wie und mit wem?

Sabotage, zivilen Ungehorsam & Protest zu einer militanten Strategie verknüpfen

Erinnern wir uns z.B. an die bundesweiten Angriffe auf Bullenwachen, mit dem herausragenden Ereignis an der Hamburger „Lerchenwache". Oder die teil-erfolgreiche Kampagne gegen die DHL. Eine militante Aktion muss nicht per se auf die Ausweitung und Stärkung einer militanten Bewegung abzielen (oder diese gar ausrufen). Doch eine libertäre, gesamtgesellschaftliche Perspektive entsteht nicht ohne Zusammenspiel der militanten Kerne untereinander und mit öffentlichen und halböffentlichen Strukturen und die dadurch erst gegebenen breiteren Aktionsmöglichkeiten. Sabotage, Massenmilitanz, ziviler Ungehorsam, Subversion, öffentliche Aktionen und Events gehören zusammen gedacht und auch in einem Atemzug genannt (!), um überhaupt zu einer gemeinsamen inhaltlichen und praxenübergreifenden Perspektive kommen zu können, die der Horrorperspektive des andauernden globalen Normalzustandes ein Ende setzt. Der Angriff auf die „Lerchenwache" verortet sich vielleicht als Unterstützungshandlung für die „Rote Flora", aber er findet zum Beispiel keinen Raum in einer „Recht auf Stadt"-Demo in ihrer ganzen Breite und Breiigkeit. „Recht auf Stadt" schweigt mehr oder weniger höflich zu der Attacke auf die Bullenstation – wo gerade eine eindeutige Bezugnahme aus einem solidarischen Verhältnis heraus inhaltlich geboten wäre. Denn sowohl der militante Haufen gegen die „Lerchenwache" als auch das "Recht auf Stadt"-Bündnis wollen andere Verhältnisse in einer Stadt, die durch verschärfte Ausgrenzung, Armut und Repression gekennzeichnet ist. Hier müssen Strukturen und Formen geschaffen werden, um in eine offensive Auseinandersetzung zu kommen, in der sich solidarisch aufeinander bezogen wird.

Die Distanzierung eines Sprechers von „Castor Schottern" gegenüber der Presse in Berlin angesichts einer militanten Aktion von AtomgegnerInnen gegen die Berliner S-Bahn (siehe Fußnote 4) offenbart vor allem eines: Die neue Selbstbeschränkung einiger Linker auf zivilen Ungehorsam als alleiniges Allheilmittel (für was eigentlich?) ist gefährlich, entpolitisierend und dumm. Bei den ersten Anläufen der Schotteraktion mussten sich die „Massen" trotz großer Beteiligung vom Tränengas einnebeln und von Bullen verprügeln lassen. Zwar ist die soziale Qualität dieser Mobilisierung im Wendland eine, die wir nicht klein reden wollen, aber wenn die SprecherInnen den Erfolg darin sehen, dass andere BlockiererInnen den Rücken freigehabt haben, weil „die Masse" Polizeikräfte gebunden habe, dann müssen sie sich einiges fragen lassen. An die 1.000 vor allem vom Gas verletzte Menschen sind ein hoher Preis. Sollen sich

radikale und militante Strukturen verheizen (lassen), damit andere Pressesprecher sich als Polizistenversteher betätigen und den zu langen Einsatz der Bullen bedauern können? Oder damit ein „Back Office", also eine rückwärtige Verwaltung, unkritisch und selbstverliebt Erfolge herbeiredet, wo eine ernsthafte, selbstkritische Analyse von Erfolg und Misserfolg der Schotteraktion angeraten wäre? Dass später dann doch die Gleise erreicht wurden, war letztlich durch die Erfahrung von Militanten vor Ort im Wald und den Rückgriff auf unkontrollierte, subversive Formen möglich. Es hat dann ansatzweise geklappt, weil sich genügend Leute im Wald entschlossen, die sich selbst beschränkende Methodik des von oben und außen gelenkten zivilen Ungehorsams zu überschreiten. Ohne diese Entscheidung vor Ort hätte der dritte Schotteranlauf nicht funktioniert.

Wer trägt ein solches Konzept beim nächsten Mal mit, wenn klar ist, man ist der Punchingball für arme, überarbeitete Beamte – die am liebsten auch gegen den Castor demonstrieren würden, oder was?? Irgendwann bricht die Massenbeteiligung nämlich aufgrund der Wehr- und Aussichtslosigkeit angesichts der Bullenpräsenz weg. Derartige Event-Mobilisierungen sind nicht ewig wiederholbar. Bevor die Bulleneinheiten nicht meutern und überlaufen – oder zu solchen Einsätzen wenigstens massenhaft krank und blau machen – haben sie kein Mitleid verdient. Entscheidend wird zukünftig sein, wie Aktionen zivilen Ungehorsams genauso wie andere militante Praxen auch vor Bullenangriffen geschützt werden können. Vor diesem Hintergrund stellt die oben schon erwähnte Distanzierung aus den Reihen von IL/Avanti ein Armutszeugnis dar (und eine unrühmliche Fortschreibung der Distanzierungen einiger „Sprecher" in Heiligendamm). Den Vogel allerdings abgeschossen hat die Junge Welt (siehe Fußnote 5). Beiden Äußerungen, und das ist zu betonen, verbindet das ideologische Interesse militante Aktionen unsichtbar zu machen bzw. ihre Existenz zu leugnen. Ohne öffentliche Revision ihrer Statements passen die beiden Personen nach unserem Verständnis nicht mehr in emanzipative Strukturen. Nebenbei zeigen solche Episoden immer wieder, wie wichtig es ist, selbstbewusst eigene militante Medien aufzubauen und zu betreiben. Dort müsste dann nicht unter den Tisch fallen, dass es aktive Gegenwehr gab, um nach dem Scheitern des ursprünglichen Organisationskonzeptes doch noch auf die Gleise zu gelangen. Und dass die Hälfte der Schotternden dem autonomen Spektrum im weitesten Sinne zuzuordnen waren.

Schauen wir in die unmittelbare Zukunft: Unbeantwortet ist bisher die Frage, wie eine breite Blockade von Naziaufmärschen funktionieren kann ohne gegenüber Naziangriffen „wehrhaft" zu sein, wenn diese den Angriff suchen und die Polizei keinen Schutz darstellen kann oder will, oder nicht vor Ort ist. Die Nazis, die – spektakulär in Dresden, aber auch an vielen anderen Orten – ihre Aufmärsche nicht durchsetzen konnten, verlagern einen Teil ihrer Aktivitäten und werden dabei immer aggressiver. Brandlegende Nazis sind nichts neues. Deswegen ist es aber nicht falsch sich klar zu machen: Wenn die Nazis jetzt, statt dumm am Bahnhof rumzustehen, meinen unsere Läden anzünden zu müssen, dann müssen sie auch mit militanten antifaschistischen Reaktionen rechnen. Die Mobilisierung nach Dresden darf sich weder auf die alleinige Wirksamkeit von Blockaden verlassen, noch auf den Schutz durch Bullen. Es braucht eine militante und unberechenbare Komponente gegen die Nazis und dementsprechend Schutz gegen Bullen, die sich den Anspruch auf ihr Gewaltmonopol weder durch Sitzblockierende (so viel sollte seit den blutenden Augen von Stuttgart 21 klar sein) noch durch militante Aktionen aus der Hand nehmen lassen wollen.

Partei ergreifen gegen Parteien

Unberechenbarkeit war immer eine wesentliche Komponente im Widerstand. Politische Parteien haben in keiner Bewegung etwas zu suchen – weder in Gorleben, noch in Stuttgart oder Dresden. Parteienvertreter_Innen - und niemand anderes - spalten die Bewegungen durch ihre nicht zur Diskussion stehende Vorbedingung von Legalismus, Staatshörigkeit und Gewaltfreiheit – angesichts und gegenüber staatlicher und faschistischer Gewaltstrukturen und -praxis. Wer diese Akteure in eine soziale Bewegung integrieren will statt sie vor die Tür zu schicken, um erstmal aus ihrer Partei

auszutreten, ist entweder naiv, verfolgt eigene Machtinteressen oder ist politisch zu schwach.
Auch hier verfolgen IL-Gruppen ein taktisches Doppelspiel. Weil man den militanten Antifaschismus der 1990er als solchen und nicht die mit ihm einhergehenden KPD-Mythen und den patriarchalen und militaristischen Habitus der Bundesweiten Organisierung (BO) für ein Scheitern verantwortlich macht, wird jetzt auf Breite gesetzt, die sich im Zweifelsfall von Parteien die Inhalte und die Widerstandskonzepte beschränken lässt. Der Wunsch nach Breite macht blind und führt zu opportunistischer Anbiederung. Soll es um mehr gehen, dann ist den IL-Gruppen eine dringende Korrektur nahezulegen. Sofern hinter dem Streben nach gesellschaftlicher Breite nicht sowieso eher das Konzept der Macht*übernahme* als das der -zersetzung steckt, und daher die Basisstrukturen für das eigene politische Organisationsinteresse funktionalisiert werden. Und das Gerede von der Hegemonieverschiebung als Konzept überzeugt uns in diesem Zusammenhang auch nicht. (Hegemonie verschiebt sich auch, wenn wir den hegemonialen Block von außen traktieren – sozusagen von unserem Blöckchen aus, dem schwarzen, hahaha.) Wir müssen uns nicht mit der Macht gleich machen um in sie hinein zu kommen. Wenn wir nämlich dann irgendwann drin wären, würden wir aller historischer Erfahrung nach nichts mehr ändern wollen. Andererseits sehen wir derzeit nicht, dass es in den breiten Bündnissen um die Bildung eines antikapitalistischen, antiherrschaftlichen Blocks geht...

Zurück zur Taktik: Die Festlegung einer Bewegung auf das eine oder andere, auf zum Beispiel nur Blockaden oder nur militante Aktionen, führte in der Vergangenheit zu Berechenbarkeiten, machte uns zur politischen Manövriermasse und/oder erleichterte die Einbindung unserer Aktivitäten in die militaristischen Planspiele der Polizei. Politische Konsequenz ist die Spaltung von Bewegung, die Kriminalisierung von Teilen der Bewegung und die Zementierung der reaktionären Macht nach dem Prinzip „Teile und Herrsche". Auch die eigene Harmlosigkeit wird durch *ausschließliche* Blockadekonzepte unterstrichen, politisch zementiert und instrumentalisierbar. Militante Strukturen werden neutralisiert und ausgeschlossen. Berechenbarkeit von Bewegung: Daran arbeiten Polizeistrategen. Sie wollen uns kontrollierbar, durch Distanzierungsaufforderungen politisch schnell unter Druck setzbar und von herrschender Seite vereinnahmbar und damit politisch neutralisierbar. Wir wollen das nicht und wir wollen ihnen dabei auch nicht helfen.

Wenn auf Grund gesellschaftlich anvisierter Breite militante Initiativen absichtlich aus dem Konzept heraus fallen, anstatt sie konsequent auf gleicher Augenhöhe einzubinden und auch öffentlich und solidarisch zu benennen, enthält man sich selber die ganzen Möglichkeiten der Handlungspalette vor. Jede Praxis, die auch nur symbolisch auf eine gesellschaftliche, fundamentale Umwälzung zielt, wird so auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Aber nur so ließe sich das Setzen auf gesellschaftliche Breite, zivilen Ungehorsam und militante Gegenwehr in seiner Unberechenbarkeit emanzipatorisch begreifen.

Wir sehen hunderte Verletzte und tausende Traumatisierte für den Fall des Blockade-GAUs kommen, wenn der Polizeischutz einer Aktion zivilen Ungehorsams für zynische Machtpolitiker einmal nicht mehr opportun sein sollte und die Nazis von der Kette gelassen werden. Der „breiten" Blockade-Bewegung wird von heute auf morgen das Genick gebrochen sein. Wir brauchen Strukturen, die - um an dem Beispiel mit den Nazis zu bleiben - den Nazis nicht nur Blockaden entgegenstellen, sondern die sich auch zu verteidigen wissen - gegen Polizeigewalt wie gegen Nazigewalt - und sich nicht auf den Staat und seine uniformierten Schläger verlassen, wenn die Nazis kommen. Ohne sich dabei selber zu militarisieren und doch entschlossen und militant, möglichst gemeinsam und an den Rändern offen zu den anderen Widerstandsspektren. Das

Zusammenspiel von zivilem Ungehorsam und militanten Initiativen zum Schutz und zur Verteidigung beispielsweise von Blockaden führt uns die Verletzten in Gorleben vor Augen – dies den Verbündeten in der „IL" begreiflich zu machen, ist eine der Konsequenzen, die wir ziehen sollten. Den Kontroll- und Machtfreaks selbstbewusst die Tür zu weisen und mehr Mut zur Selbstorganisierung des kreativen Chaos – das wünschen wir der „IL", sofern sie eine Zukunft haben soll, die mit dem Interesse militanter Bewegung korrespondieren will.

Darüber hinaus: Wie kann nur vergessen oder verdrängt werden, in welchen Verhältnissen wir leben? Die Polizei ist einer der Gewaltapparate zur Verteidigung eines zutiefst ungerechten Gesellschaftsmodells und seiner menschen- und umweltzerstörerischen Produktionsweise. Der bürgerliche Staat hat sich in Krisenzeiten noch immer der Nazis bedient – da müssen wir gar nicht bis zur kontrollierten Machtübergabe 1933 zurückgehen, Todesschwadronen und Geheimlogen tun auch zu „demokratischen" Zeiten ihren Dienst. Erinnern wir uns: Bis zum heutigen Tag ist das Oktoberfestattentat von 1980 mit seinen vielen Toten in München ungesühnt und die Verwicklung deutscher Geheimdienste und der Faschisten darin unaufgeklärt. Dass die Morde das Ziel hatten, eine Strategie der Spannung durch Terror von oben zu erzeugen, um einen wie Franz Joseph Strauß nach oben zu spülen, wird gerne als Verschwörungstheorie diffamiert, wird deshalb aber nicht unplausibler. Und nur um es gegenüber zu stellen und damit etwas aufzuzeigen: Während wir das hier schreiben, lässt sich die Bundesanwaltschaft von einer Privatperson treiben und fahndet nach den Buback-Mördern, obwohl die RAF-Mitglieder, derer man habhaft werden konnte, bereits kollektiv verurteilt wurden. Gleiches gilt für die Verfolgung zweier Militanter aus den RZ der 1970er des letzten Jahrhunderts, die als RentnerInnen von Frankreich nach Deutschland ausgeliefert werden sollen, um ihnen hier und heute den Prozess zu machen. Dass heute ein Teil der verbürgerlichten Antifa bereit ist, sich mit dem Verfassungsschutz aufs Podium zu setzen, zeigt nur dass sich die politischen Koordinaten verändert haben. Ein Teil der Antifa hat keine gesellschaftliche Utopie mehr und sucht auch nicht mehr danach, innerhalb des demokratischen Systems lässt sich gut ein persönlicher Frieden schließen.

Massenaktionen wie Blockaden, militante Kleingruppenaktionen und massenmilitante Aktionen müssen wieder in Beziehung zueinander gesetzt und hinsichtlich umfassenderer Perspektiven diskutiert werden. Teilbereichskämpfe führen schnell dazu den Gesamtzusammenhang aus den Augen zu verlieren.

Sichtbarkeit organisieren für Militanz – und das Soziale des Zusammenhanges

Trennen einige Teile der „IL" beispielsweise zwischen Blockaden und militanten Aktionen, weil sie gesellschaftlicher Breite an einzelnen gesellschaftlichen Konfliktfeldern den Vorzug geben vor dem Kampf um eine gesamtgesellschaftliche Perspektive auf eine befreite Gesellschaft, und sich langsam, quasi „zerrissen" in das Herrschaftsgefüge einfügen, so unterläuft der militanten Bewegung der umgekehrte politische Fehler. Die Arbeit an der öffentliche Sichtbarkeit von grundsätzlichem politischen Widerspruch und die Definitions- und Interpretationsmacht über militante Bewegungen oder deren Aktionen überlassen die Militanten den reformistischen Gruppen, den „IL"-Strömungen und ihren legalen Strukturen und Publikationen. Innerhalb der „IL" betreibt ein Teil die Anbindung an Parteien anstatt militante Herangehensweisen auf alle gesellschaftlichen Fragestellungen einerseits auszuweiten und andererseits durch eigene öffentliche und radikal bestimmte Initiativen zu verankern. Dabei beziehen wir uns noch positiv auf jene Kräfte in der IL, die eine Organisierung anstreben ohne Dominanz gegenüber anderen Strömungen. Eine ähnliche Funktion der öffentlichen Deutungshoheit über Militanz hatten die Grünen und die taz in den 1980ern. Die Hoheit wurde den kommenden PolitikerInnen und JournalistInnen von einer Militanten Bewegung auch aus Bequemlichkeitsgründen überlassen. Aus dem, was daraus geworden ist, sollten Militante gelernt haben. Doch stattdessen wurde die Pressearbeit z.B. bei der Anti-G8-Mobilisierung den „IL"-Kräften

überlassen und das Fußvolk organisierte sich vor allem in der Aufstellung der Infrastruktur. Parallelen erkennen wir auch in Gorleben.
Wenn also öffentliche Initiativen wie die „IL" meinen, die Ausgrenzung militanter Positionen und Praxen organisieren und ihrer Offentlichkeitsarbeit zugrunde legen zu müssen, dann muss die militante Bewegung diskutieren, wie sie selber öffentliche Initiativen aufbaut, und nicht immer und immer wieder unbequeme öffentliche Arbeit delegieren an Linke, die nicht nur aus taktischen oder strategischen Gründen auf andere Mittel setzen, sondern bei genauerem Hinsehen zumindest in Teilen auch andere Ziele verfolgen. Militante Personen, denen aus welchen Gründen (Alter, Repression, Krankheit, Verantwortung für andere z.B. Kinder etc.) auch immer, die Hände gebunden sind, könnten sich organisieren und offensive Offentlichkeitsarbeit zu ihrem Steckenpferd machen. Oder aber die Diskussion mit den solidarischen Teilen der „IL" schärfer führen, so dass öffentliche Strukturen sich wieder als Teil einer militanten Praxis und Perspektive begreifen. Das hieße wiederum als radikale Kräfte in Bündnisse gehen und Diskussionen einfordern und gegebenenfalls andere Vorschläge einbringen. Das hieße aber auch, sich selber so zu organisieren, dass es eine wahrnehmbare, öffentliche Gruppe oder Gruppen gibt, die diese Funktion übernehmen können, kontinuierlich und strukturiert. Und die tatsächlich ansprechbar und sichtbar sind.

Dass die Akteure der Nacht nicht die Selben sein sollten und können wie die AktivistInnen der öffentlichen oder halböffentlichen Strukturen, setzen wir voraus und halten dies für erwähnenswert, denn aus dieser Trennung ergeben sich neue Schwierigkeiten. Erstens: Wie bleiben die Sprecher_innen einer militanten Bewegung und die militante Bewegung auf Augenhöhe? Und zweitens: Schon in den 1980ern konstruierten die Ermittler sogenannte „anschlagsrelevante Themen" und fahndeten nach Uberschneidungen zwischen öffentlich vertretenen Positionen z.B. im Bereich der Flüchtlingsarbeit oder in der Kritik der Gen- und Reprotechnologie und militanten Kampagnen der RZ/Rote Zora. Daraus zogen sie ihre Ermittlungsansätze und kriminalisierten oft genug öffentliche Strukturen, ohne dass es je zu Verfahren oder gar Verurteilungen kam. Viele Fragen werden an solche „öffentlichen Militanten" gerichtet werden, die grundsätzlich andere Vorstellungen von Gesellschaft haben und diese unversöhnlich mit dem Bestehenden vertreten (allenfalls sich auf die „Transformationsfrage" einlassend). Unabhängig davon, ob diese Fragen sich an militante oder pazifistische, öffentliche, strassenmilitante oder klandestine Praxen richten, auch ob sie an Teile der „IL", die Fraktion für einen kommenden Aufstand, an Okomilitante usw. gehen. An der militanten Notwendigkeit von Sichtbarkeit können sich neue Diskussionen entwickeln und übergreifender miteinander ins Gespräch kommen: Das Diskussionsforum „Militanz, Hoffnung, Perspektive" kann Ort vorsichtiger Verständigungen werden.

Vielleicht steht für eine militante, libertäre Szene neben oben gesagtem erst einmal eine neue Selbstverortung in der jetzigen Epoche an, in der das Modell der autonomen Gruppen möglicherweise zu überdenken ist, um nicht ein Konzept aus den 1980ern unreflektiert fortzuführen, das möglicherweise nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Denn die soziale Zusammensetzung der Gesellschaft, die gesellschaftlichen Zwänge, die zu ausgeprägter Vereinzelung führen, der höhere Existenzdruck, der auf vielen lastet, natürlich auch innerhalb autonomer Strukturen, und ein verändertes System der herrschenden Wertmaßstäbe gegenüber den 1980ern – am Besten vielleicht schlagwortartig zu beschreiben mit der „neoliberalen Durchdringung aller Lebensformen und Handlungsweisen" – macht diese Frage notwendig. Bräuchte es beispielsweise eine militante(!) Strategie zum Aufbau neuer sozialer Strukturen? Denn die Angst vor sozialer Stigmatisierung durch einen sozialen Abstieg, die durch keinen Zusammenhang sozial aufgefangen und offensiv gewendet werden kann, prägt das Leben vor allem junger Genoss_Innen. (Siehe Fußnote 6) Die Leistungskontrollgesellschaft macht etwas anderes kaum noch denkbar, als individuell oder im Pärchen an einer materiellen Lösung zu basteln und diese durchzuboxen. Bis zur Entwürdigung und Aufgabe gesellschaftlich anderer Visionen – alle gegen alle. Wie soll jemand noch an den Erfolg einer Utopie und militanten Perspektive glauben, wenn die eigenen sozialen Ängste und Probleme nicht solidarisch und gemeinsam angegangen werden? Die Frage des Sozialen eines widerständischen

Zusammenhanges gehört auf die Agenda militanter Perspektivdiskussionen. Sie ist kein Nebenwiderspruch.

Warum gibt es keine militante Debatte?

Das Potential zu einer punktuell gebündelten militanten Kraft im öffentlichen wie nicht öffentlichen Raum ist unserer Ansicht nach vorhanden, vergegenwärtigen wir uns Niveau, Menge und Streuung der militanten Aktionen einer Broschüre mit dem Namen „Bauwas". Doch die aktuellen Diskussionen über militante Perspektiven – so es denn welche wahrnehmbar gibt - klaffen für uns weit auseinander und haben bisweilen auch einen politisch ungenauen Charakter. Vielleicht wird (in den Erklärungen und aber auch in separaten Papieren) nicht diskutiert, weil die Sorge vor Infiltration, Sprachanalysen und mögliche Einkreisung groß ist. Oder ist das nur vorgeschoben? Gemeinsam haben viele Beiträge, dass sie für sich stehen, ihr Kontext ist zwar grob an einem Problem umrissen und eventuell bezieht sich auch wer darauf, doch die Debatten stehen nicht in einem großen Kontext, wo man insgesamt hin möchte und warum an diesem kleinen Punkt jetzt ein Beitrag erscheint.
Eine andere Erklärung, warum so wenig diskutiert wird: Die militante Szene ist noch von der aggressiven und dominanten Weise der „mg" und neuerdings vom reformierten Projekt „radikal" angewidert und verbindet wenig Positives mit einem weiteren Versuch einer militanten Debatte. Ein Grund mehr eine anarcho-libertäre militante Debatte ins Leben zu rufen. Vielleicht behindert der Aktionismus – neben dem Subjektivismus und der Geschichtslosigkeit eine der Urkrankheiten auch der autonomen Bewegung - eine militante Analyse. Vielleicht gibt es ein Ressentiment unter Militanten gegen Theorie, weil diese sich oft über die Praxis erheben will ohne ihre Uberlegungen praktisch zu erproben und sich auf ein Theorie-Praxis-Wechselspiel einzulassen. Aber Diskussionen von Aktionen fallen auch deshalb aus, um den Eindruck einstudierter, erfahrener, und – widersinnigerweise auch - etablierter militanter Praxis zu vermeiden. Vielleicht verselbstständigt sich aber auch, so befürchten wir, eine gewisse Faulheit und Trägheit, sich die Mühe zu machen nachzudenken und zu diskutieren, ob und wie Militanz auch noch mehr sein kann und soll als nur eine subjektive Willensbekundung, ein Akt der Sabotage, der als Sandkorn im Getriebe wirkt und wenn-nicht-mehr-dann-auch-gut.

Aber a) denken wir, dass wir eine politische, strategische Diskussion nicht irgendwelchen marginalen Sekten überlassen sollten und uns dadurch selbst die Chance nehmen, die überfällige Auseinandersetzung über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu führen, innerhalb derer militante Theorien, Organisierungen und Praxen gesellschaftliche Relevanz erhalten können. Und weil es so schön ist gleich noch mal unsere Lieblingsleitfrage: Zu welchem Ziel, mit welcher Utopie und Vorstellung von einer oder mehreren anderen Gesellschaftsformen treten wir aktuell an?

Und b) haben wir ein Problem mit Positionen, die die oben gestellten Fragen nicht wenigstens versuchen zu beantworten. Im militanten Trott handelnd, eingerichtet bzw. den reformistischen Effekt allen Aufbäumens erduldend werden wir zu strukturell und systemkonform eingebundenen Metropolenmilitanten.

Die internationalistische Bestimmung einer militanten Perspektive (auch wenn sie regional unterschiedliche Bezugspunkte hat) steht in Bezug zu Klimakatastrophen, Hunger, Seuchen, Krieg in all seinen Erscheinungsweisen und zur Vernichtung von Lebensgrundlagen durch einen technologischen „Fortschritt", der nur eine totalitäre Ausweitung der Beherrschung allen Lebens kennt und nichts will als dessen Vernutzung. Das alles ist nicht Exzess, sondern prägt die Epoche, in der wir leben, als Normalität. Die Normalität ist ein einziger Exzess. Natürlich können wir in Ratlosigkeit und Resignation über die monströsen Verhältnisse und Perversionen verfallen. Niemand kann uns dafür verurteilen. Wer ist nicht ständig überfordert von den Nachrichten, die ein Leben im globalen Ausnahmezustand als Normalität abbilden? Natürlich stumpfen wir ab, schirmen wir uns ab, agieren in für uns überschaubaren

Problemfeldern. Wir können uns subversiv einrichten in Deutschland und der Sabotage als Mittel im Kampf um minimale Veränderungen bedienen. Unsere Interventionen können wir auch dann noch als Sand im Getriebe deklarieren. Aber streuen wir nicht Sand in ein Getriebe, um die Maschine anzuhalten und nicht um den Schmiermitteleinsatz zu optimieren oder die Reinigungszyklen zu verkürzen? Und wenn die Maschine dann wirklich mal anhält, wenn der Zug zum Stehen kommt? Uberlassen wir dann das Feld wieder den Parteien – wie in Gorleben, wenn im Tränengasnebel schon der nächste Regierungswechsel vorbereitet wird? Schottern für rot-grün-rot? Spätestens dann kommen uns selbst hinter den dichtesten Masken die Tränen.

Wir wollen es nicht und doch bewegen wir uns in dem Widerspruch, dass die Proteste von Stuttgart 21 (Fussnote: 8) und Gorleben als Türöffner für einen Machtwechsel innerhalb der pervertierten Normalität dienen, um genau das fortzuführen und immer wieder auszubessern, wogegen wir Sand ins Getriebe zu streuen versuchen. Wollen wir das Feld einem Polizeiheer und dem Militär überlassen, wenn die Maschine knirschend zum stehen kommt? Wie lassen sich gleichzeitig das Atomkarussell sabotieren und die Instrumentalisierung des Zivilen Ungehorsams unterbrechen gegen jene Kräfte, die sich mit der „weniger schlechten" Variante der „besseren Regierung" angefreundet haben und mit diesem Projekt jetzt an die Tröge wollen? Eine sich aufdrängende Fragestellung für die militanten Gruppen, nicht nur im Wendland.

Wollen wir uns selber ernst nehmen, dann kommen wir nicht an einer politischen Neubestimmung militanten Widerstands vorbei. Dies ist eben keine Frage der Militarisierung von militanter Praxis, in die uns die politischen Gegner gerne drängen würden, wenn sie uns nicht anders klein kriegen. Wollen wir uns ernst nehmen, dann brauchen wir eine gesellschaftliche Analyse hinsichtlich globaler und lokaler sozialer Kämpfe, der eigenen Utopie, und den daraus resultierenden eigenen Organisierungsformen und der Angriffspunkte für militante Kerne. Einzelne Gruppen können zwar Akzente setzen, eine solche Diskussion hat nur in breiterer Form einen Sinn. Beispielsweise: Der nächste Castor darf nicht durchkommen! Nicht weil er in Gorleben endgelagert werden soll, sondern weil wir für eine anarcho-libertäre Perspektive eintreten, in der ein Castor nach Gorleben, Russland oder sonst wo hin genauso wenig Zukunft hat wie der Bullenstaat, der diese Transporte durchprügelt. Weil es keine friedliche Nutzung der Atomenergie gibt, weil „nationale "Energiepolitik auch ohne GAU schon mörderisch genug ist, weil wir keiner Regierung das Recht zubilligen uns zu regieren.

Mit wem diskutieren?

Wir wollen das Feld öffnen für Diskussionen über einen Widerstand, ob öffentlich oder militant, und eine militante Organisierung an allen gesellschaftlich relevanten Fragen, die im Ergebnis keine Herrschaftsformen mehr reformieren und neu etablieren will.
Wir wollen das militante Diskussionsforum öffnen für Gruppen, die nicht als militante Kerne alleine unterwegs sind, sondern die für Konzepte der Straßenmilitanz einstehen, die massenmilitante Konzepte verfolgen, die Blockaden ins Leben rufen, die sich im Rahmen von zivilem Ungehorsam organisieren oder Reproduktionsorte für die Bewegung stellen und sich „trotzdem" als Teil einer militanten, autonomen, egalitären, anarchistischen oder auch libertären Perspektive verstehen oder verstehen möchten.

Ob sie in einer sogenannten „Vokü“ kochen, nachts die richtigen Fahrzeuge anzünden, die Interim herausgeben, Flugblätter auf der Straße verteilen oder Geld für untergetauchte Flüchtlinge, Deserteure oder Militante sammeln.

Auch hier wiederholen wir: Uns geht es um die Verknüpfung von Unterschiedlichkeiten, um zu einer befreiten Gesellschaft zu kommen. Das ganze nicht zum Selbstzweck, sondern weil wir die Abwicklung von Machtverhältnissen und -institutionen für notwendig erachten, damit der Schutz und der Aufbau solidarischer Lebensweisen, global und in Respekt mit allem Leben auf der Erde stattfinden kann.

Wir wollen Radikale und Militante verschiedener Strömungen, weit über den LeserInnenkreis dieser Zeitung hinaus, ausdrücklich zur Debatte einladen. Wenn ein bewusstes Wechselspiel der öffentlichen, legalen, halblegalen, militanten Aktionen und Kampagnen gewollt wird, dann muss ein politisches Diskussionsforum geschaffen werden - ohne Aktionen und Herangehensweisen im Konkreten offen zu legen. Das gilt für die Akteure sowieso.

Der Vorschlag konkret

Wir wollen kein völlig beliebiges Diskussionsforum. Darum konkretisieren wir den Vorschlag hinsichtlich der Form und der Rahmenbedingungen und einer eingegrenzten Zielbestimmung. Reflektionen über vergangene Auseinandersetzungen können einen Einstieg in die Diskussion erleichtern.
Zum Beispiel entlang von Fragen wie:

- Kann eine militante Perspektive Erfolg haben ohne öffentliche Verankerung? Z.B. am Beispiel der DHL-Kampagne: Wie wird bewertet, dass sich wenig linke Strukturen dazu öffentlich verhalten, obwohl die Kampagne praktisch breit aufgenommen wurde? War sie als rein militante Kampagne konzipiert?

Oder:

- Wie werden die vielen Angriffe im letzten Jahr auf die Bullenwachen bewertet? Schafft man selber eine Eskalation, die den militanten Kernen das Handeln erschwert? Geht es wirklich gegen die Bullen oder gegen das, was sie mit Gewalt und Repression schützen und aufrechterhalten? Und: Produziert ein Machtkampf „wir-gegen-die-Schweine“ nicht zu viele ZuschauerInnen? Oder umgekehrt gefragt: Machen solche Angriffe anderen Menschen Hoffnung? Wenn ja: Worauf? Wie damit umgehen, dass verhältnismäßig durchdachte Aktionen gegen Bullen, bei denen eben keine Tötungsabsicht bestand, plötzlich mit einem Mordvorwurf konfrontiert werden (Siehe Fußnote: 7)? Und was ist damit beabsichtigt?

Oder dass bei einem illegalen Böller gegen Bullen plötzlich mit „Splitterbombe“ getitelt werden kann (Berlin, Krisendemo, Frühjahr 2010) und dies nur kleingedruckt zurückgenommen wird:

- Müssen wir aufpassen, bestimmte Bilder nicht zu bedienen, damit es der Repressionsapparat nicht zu leicht hat, Kriminalisierungswellen loszutreten, die auf Einschüchterung und Entsolidarisierung zielen? Müssen die Aktionen anders justiert werden oder muss den Folgen (Pressehetze, Kriminalisierung etc.) anders begegnet werden - damit eine Aktion nicht in Verunsicherungen, Lähmungen und Desorientierung resultiert?

Oder:

- Wie beurteilen wir den Erfolg von Blockaden in Heiligendamm, Gorleben oder Dresden, wenn mit dem Ziel der gesellschaftlichen Verbreiterung u.a. die Einbeziehung von Parteien betrieben wird, die – speziell in ihrer deutschen Ausformung – jede Bewegung wieder an Parlamentarismus und Staat binden wollen? Beziehen nicht gerade die „linken“ Parteien Macht und Legitimität gerade daher, wenn es ihnen gelingt soziale, außerparlamentarische Bewegungen einzubinden, zu vereinnahmen, aufzusaugen und ihnen die (wenn auch nur potentiell) systemsprengende Kraft zu nehmen? Ist letzteres nicht genau ihre Funktion in der parlamentarischen Demokratie, sind sie

deshalb „erlaubt"? Wie kommt es, dass wir die Zusammenarbeit mit Parteien überhaupt zulassen?

Wie kann das Zusammenspiel zwischen öffentlich angekündigten Blockaden, Massenmilitanz und Kleingruppenaktionen (Beispiel Dresden) aussehen, wenn die Nazis nach ihrem Scheitern letztes Jahr auf gewalttätige Konfrontationen setzen und wir uns nicht alleine auf die Unterstützung bürgerlicher Politiker und Politikerinnen und schon gar nicht auf die „Hilfe" der Polizei verlassen wollen? Wie ein militantes Verhältnis aufbauen in der Bündnisarbeit mit Vertretern von Organisationen, die übers Jahr kein Problem damit haben, die Arbeit linksradikaler Initiativen gleichzusetzen mit braunen Straßenterror und menschenverachtenden Nazi-Praxis?

Steht für Gorleben nicht eine Neubestimmung der militanten Interventionsmöglichkeiten an, wenn sowohl die BlockiererInnen als auch die Polizei mit dem Verlauf der Ereignisse zufrieden sind und man sich – sprecherInnenseits – gut versteht (die-arme-überforderte-Polizei / das-berechtigte-Anliegen-der-Atomgegner-friedlich-zu-blockieren) während im Wald über 2000 Kartuschen Pfeffer versprüht werden und ein Toter liegen bleibt (Auch wenn die Zusammenhänge in diesem jüngsten Fall noch unklar sind: Pfefferspray hat erwiesenermaßen schön öfters zu Todesfällen geführt). Oder ist der Erfolg darin zu suchen, dass sich ein Teilbereichskampf gesellschaftlich so ausgeweitet hat, dass er zu einem regionalen Faktor mit bundesweiter Relevanz geworden ist? Umgekehrt die Frage, welchen Wert hat eine derartige gesellschaftliche Breite, wenn das damit verbundene Widerstandsprojekt so „deutsch" bleibt, keine Bedeutung hat z.B. für die Flüchtlinge und Migranten, die auf dem Weg nach Europa krepieren oder an Frontex scheitern?

Und:

- Wie ordnen wir eine zweite sich entwickelnde Bewegung ein, die in Baden-Württemberg – der Hochburg bürgerlicher Anständigkeit und Sattheit – nach zehnjähriger Beharrlichkeit der kritischen Initiativen vor Ort in atemberaubender Geschwindigkeit zu einer gesellschaftlich breiten und politisierten Bewegung werden konnte, die sich insofern politisch radikalisiert hat, dass sie Befriedungsversuchen lange zu widerstehen wusste. Können ausgehend von solchen Ereignissen auch andere gesellschaftliche Fragen und Zusammenhänge für die betreffenden Menschen ähnlich wie an der Start-Bahn 18 West oder in Wackersdorf relevant werden? Müssen wir nicht als militante Kraft sichtbar in solche Konflikte mit einsteigen, präsent werden ohne zu bevormunden und ohne uns Illusionen über den widersprüchlichen Charakter breiter Proteste wie gegen Stuttgart 21 zu machen?

Die Hunde bellen...

Der folgende Abschnitt mag ermüdend sein für die einen, befremdlich oder unverständlich für Menschen, die die Interim nicht kennen oder die Diskussionen um die „mg" im Besonderen. Er ist also nur für einen Teil derjenigen, an die wir uns mit diesem Papier wenden, gedacht. Dennoch halten wir diese Positionierung in ihrer Binnenwirkung für notwendig, um einiges noch einmal klar zu stellen: Mit den „mg"/"RL" gibt es keine Perspektive und auch nicht mit Leuten, die so drauf sind.
Die „mg" und ihre transformierten Strukturen mit der gekaperten „Radikal" als neuem Parteiblatt der „Revolutionären Linken" sind hervorragend geeignet, noch einmal aufzuzeigen, worum es in einer politischen Bestimmung einer militanten Diskussionsstruktur *nicht* geht. Sollte der Begriff der „Revolution" noch eine Rolle spielen - aus politischen Gründen, die zu diskutieren wären -, dann gilt es zu bestimmten, welche „Revolution" gemeint sein soll, d.h. was revolutionärer, libertärer, anarchistischer, ökorevolutionärer, feministischer oder sozialrevolutionärer etc. Widerstand heute sein kann. Den Wunsch nach einem Aufstand der Köpfe und Herzen gegen all die verschiedenen Unterdrückungsformen, die wir und andere wahrnehmen, in ein ideologisches Korsett zu packen, entspringt purer Desorientierung und wirkt bestenfalls manipulativ. Der Kommunismus leninistischer, bolschewistischer und maoistischer Prägung bringt gerade nicht das Absterben des Staates sondern vielmehr jedes Befreiungsversuchs, der sich in eine solche Richtung verirrt. Der Begriff der „Revolution" scheint uns vor allem durch derartige Kommunismen so nachhaltig diskreditiert worden, dass ohne eine Neudefinition und Neubestimmung keine Anknüpfung möglich ist (das gilt übrigens fast in gleichem Maße für den Begriff des Kommunismus selbst). Die RL-MG hingegen setzen den Begriff in alter Manier. Daher müssen wir davon ausgehen: Sie streben nicht das gleiche Projekt an. Befreiung ist nicht gleich Befreiung, so wie Radikal nicht gleich Radikal ist.

Die „RL" lehnt sich revolutionär-konzeptionell mit dem neuen Parteiblatt "Radikal" u.a. an Lenin an. Langweilig, von vorgestern, historisch überholt, toter Hund. Und „konterrevolutionär", wenn wir eben die harte Sprache der 1970er und 1980er zur Charakterisierung bemühen und damit spaßeshalber im Duktus der „RL" selbst antworten. Da ändert es auch nichts, einen feministischen Artikel von Frauen zum Thema Militarismus zu klauen und aus taktischen Gründen in die Parteizeitung zu setzen. So wird kaschiert, dass weder Feminismus noch Antimilitarismus Steckenpferde der Parteifreunde darstellen. Offensichtlich sollen die zukünftigen RevolutionärInnen zunächst mal dort abgeholt werden wo sie stehen. Daher gilt es zu kaschieren, dass man eigentlich auf Militarismus abfährt. Aber revolutionär soll er sein. Autonomen Zusammenhängen fehlt es oft an historischem Gedächtnis, das eine Basis bieten kann und/oder der nötigen Lust zur Begriffshuberei, um Gruppen wie „mg" oder „RL" auch ideologisch gegenüber zu treten und sie an ihren Phrasen zu entlarven. Da ist es tatsächlich einfacher, sich an der fehlenden Postadresse der neuen Parteizeitung aufzuhängen, als einen inhaltlichen Graben auszuheben und den leninistischen Wiedergänger darin zu versenken.

Wer die spanische Revolution studiert, kann herausfinden, wie die soziale Revolution anarchistischer Prägung durch die faschistische und stalinistische Konterrevolution zerschlagen wurde. Weder Stalin noch Hitler hatten ein Interesse an einem Erfolg der spanischen Revolution. Stalin und seine Säuberungen des eigenen Parteiapparates fielen nicht vom Himmel – sie bildeten das Ergebnis der gescheiterten russischen Revolution. Spätestens drei Jahre nach Beendigung der zaristischen Herrschaft wütete die Konterrevolution in den eigenen Reihen. Die Bolschewisten ergriffen die Macht und begannen andere revolutionäre Positionen zu liquidieren, einschließlich der revolutionären AktivistInnen innerhalb der eigenen Reihen. Die Militarisierung der Revolution war die konterrevolutionären Zerstörung der sozialen Revolution. Wegbereiter des Stalinismus war Lenin mit seiner Zentralisierung des Parteiapparates, der Zerschlagung der Sowjets, der Eliminierung anarchistischer sozialrevolutionärer Zusammenhänge, der Überleitung des zaristischen Geheimdienstes in einen bolschewistischen. Trozki, der noch im Exil dem stalinistischen Eispickel zum Opfer fiel, ist ein weiteres Ergebnis der Konterrevolution, für die er selber stand. Zuvor war er die

treibende Kraft bei der Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes (Fußnote 9). Der Aufstand der Kronstädter Soldatenräte bildete den letzten größeren Versuch, die Errungenschaften der sozialen Revolution gegen die bolschewistische Machtergreifung zu verteidigen. Wer heute Lenin zum politischen Bezugspunkt seiner Praxis macht, ist entweder verwirrt, will verwirren oder tritt bewusst als politischer Gegner einer auf Emanzipation und Befreiung gerichteten Linken an, bzw. wird als solcher durch Geheimdienste in Stellung gebracht.

Wenn Linke heute von Revolution reden, muss geklärt werden, was sie meinen, denn es gibt da keinen begrifflichen Konsens, schon gar nicht im Hinblick auf eine nach libertären Prinzipien betriebene Befreiungsbewegung.

Wir halten es da mit Dora Kaplan, die als Sozialrevolutionärin und Putzfrau 1918 in Moskau ein Attentat auf Lenin unternahm. Die Attentäterin, im Zarenreich bereits wegen revolutionärer Tätigkeiten verfolgt, war zwar durch die Revolution aus dem Knast befreit worden, doch sah sie in der Ermordung Lenins eine notwendige Bedingung für die Rettung vor der Konterrevolution. Wie wir wissen, verletzte sie ihn nur und wurde dafür hingerichtet.

Wir lehnen eine politische Nähe zu Neo-Leninisten, -Maoisten, -Stalinisten etc. ab und warnen außerdem vor einer strukturellen Nähe zur „mg“ und ihrem transformierten Umfeld. Neben den politischen Bedenken haben wir auch sicherheitstechnische: Wir halten es für unverantwortlich, bei Acor eine Seite für das neue Parteiblatt einzurichten oder zu besuchen, wo alle Verbindungsdaten, die IP-Adresse, Tages- und Uhrzeiten gespeichert und für die Bullen und den Verfassungsschutz über die Provider-Pflicht-Schnittstelle direkt zugänglich sind. Wir misstrauen einer Netzveröffentlichung dieser „radikal“ auf Servern, deren Zugriffsprotokolle für die Bullen direkt zugänglich sind und die auf uns wie eine Falle für unbedarfte linke Surfer wirken. Wer auf ein derartiges Internetangebot verweist und dazu nicht einen Ton sagt, betätigt sich – wissentlich oder unwissentlich – als Bullenlockvogel. Wir warnen hiermit davor, dieses Internetangebot ohne verschlüsselten Netzzugang (Tor, Vidalia) zu nutzen.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir auch die bislang nicht erfolgte politische Auswertung und/oder Veröffentlichung der Akten aus dem mg-Verfahren als unverantwortlich. Wer sich gleich weiter transformiert und – als ob nichts gewesen ist – mit einer gekaperten „radikal“ taktische und unsolidarische Abgrenzungen zu anderen Genossen raushaut, anstatt sich zuerst einmal in Bescheidenheit zu üben, wo die Bullen einem gerade den Zusammenhang zerschlagen haben, tickt nicht ganz richtig.

...die Karawane zieht weiter: Einige weitere Vorschläge...

Wir schlagen die militante Debatte vor als einen Ort des Austausches, der sich selbst moderiert. Eine Selbstbeschränkung/Erweiterung der Diskussion ist für alle öffentlich verhandelbar. Also auch eine Ausweitung auf strategische und perspektivische Projekte für die Zukunft bzw. Einschränkungen dessen, was nicht zur öffentlichen Aussprache gebracht werde soll.
Weiterhin schlagen wir vor, nicht als Gruppe xy in Erscheinung zu treten, sondern sich unter ein gemeinsames Label zu begeben: „Hoffnung, Militanz & Perspektive!“ Dadurch machen wir deutlich, dass wir uns diskursiv aufeinander beziehen und unsere Beiträge in einen gemeinsamen Rahmen stellen. Die Exklusivität des Namens verschwindet, also auch unser Name, in einer größer angelegten Diskussion. Doch es steht jeder Gruppe frei, mit einem eigenen Namen eine Gruppenzugehörigkeit, eine Kontinuität, einen inhaltlichen Vorschlag zu unterbreiten, weil so ihre Außerungen vielleicht besser einzuordnen oder zu diskutieren sind oder ein anderes Gewicht erhalten sollen etc..

Doch jede Gruppe, die nur unter dem gemeinsamen Label veröffentlicht, verschwindet

auch als Gruppe unter mehreren, erschwert dem Repressionsapparat die Einschätzungen, wie viele Gruppen und Einzelpersonen an der Diskussion beteiligt sind und wer wofür steht. So wird ein gewisses Maß an Verdecktheit hergestellt und unnötige Transparenz vermieden – wenn auch nicht ausgeschlossen. Ein Label für alle macht unsichtbarer, behindert aber inhaltliche Diskussion nicht - auf die es uns ja ankommt. (Siehe Fußnote 10)

Wird eine Gruppe zerschlagen oder ist sie gerade handlungsunfähig oder pausiert etc., werden ihre Beiträge durch das Ausbleiben weiterer Beiträge nicht zuordnenbar. Vielmehr fangen andere Gruppen das auf, übernehmen die Diskussion und der Diskussionsfluss läuft weiter, sobald sich eben mehrere Gruppen diesem Vorschlag anschließen. Gruppen, die etwas inhaltlich angestoßen haben, aber anderweitig gebunden sind, können sich so auch aus der Verantwortung für die Weiterführung der Diskussion herausnehmen. Das gemeinsame Label erschwert auch ein „Ranking", und vermindert den Konkurrenzdruck gegenüber anderen Gruppen, weil wir uns als Teil einer gemeinsamen Auseinandersetzung und auch Kontroverse betrachten.

Diese Form der öffentlichen transparenten Diskussion erleichtert es dann hoffentlich vielen auch neuen Strukturen, sich zu orientieren und selber Zusammenhänge/Banden/militante Kerne aufzubauen bzw. Positionen einzubringen und abzugleichen. Außerdem zielt unser Vorschlag auf eine Diskussionsbeteiligung von militanten Kernen einerseits *und* öffentlich agierender Gruppen andererseits. Auch letztere sollten ihre öffentlichen Strukturen nicht identifizierbar machen, selbst wenn sie vollkommen legal arbeiten. Denn wir gehen davon aus, dass alle Beteiligten dieser Diskussion ihr militantes Interesse eint. Wir wüssten nicht, warum öffentliche Strukturen kein Tor zur Infiltration abgeben würden und warum sie sich nicht ebenso vor Repression abzusichern versuchen sollten - wenn auch dort das Repressionsrisiko derzeit vielleicht geringer ist als für klandestine militante Strukturen (aber auch das kann sich wieder ändern). Wir begreifen das militante Diskussionsforum als Ort für radikale Strömungen in ihrer breiten Palette der Aktions- und Organisationsformen. Die Zuordnung für die Repressions- und Spitzelapparate wird dadurch zusätzlich erschwert. Dass der Staatsschutz versuchen wird, auf die Diskussion Einfluss zu nehmen, ist nicht auszuschließen – das aber gilt in allen Bereichen und ist nichts neues. Ist die Diskussion aber transparent und kontrovers angelegt, entscheiden alle Beteiligten über den emanzipativen Charakter der Diskussionen.

Eine strengen Maßgabe setzen wollen wir allerdings unverhandelbar festsetzen: Unter dem Label dieses Diskussionsforums finden keine Aktionen statt – das Label ist reserviert für einen Organisierungsprozess und für eine inhaltliche Perspektivendebatte und als solches getrennt von den verschiedenen Aktivitäten der Beteiligten.

Und: Keine Veröffentlichung unseren Beitrages im Internet – wir bestehen auf andere Verbreitungsformen.

INTERIM als militantes Medium

Wir schlagen die Interim als Ort dieser militanten Diskussion vor: Weil unregelmäßig regelmäßig, weil überregional. Und weil derzeit alternativlos.

Die Monatszeitung ak, das Flagschiff der „IL", unterschlägt militante Positionen systematisch und knüpft damit an die Tradition des Kommunistischen Bundes an, dessen Mitglieder aus den 1970ern und 1980ern bekanntlich ihren Weg in den Parlamentarismus gefunden haben und heute grüne Politik machen. Das Projekt heute arbeitet an einer diffusen Hegemonieverschiebung nach links und orientiert sich dafür unseres Erachtens zu sehr an den als links geltenden Parteien, an Wahlen, an den Möglichkeiten, das jeweils geringere Übel herauszufinden und die gesellschaftliche Vernunft in diese Richtung zu lenken. Das schrammt uns zu oft und zu nahe am Bemühen ums Gemeinwohl vorbei und geht uns damit zu oft und zu weit – ob international oder nicht ist im Ergebnis das gleiche – in eine Richtung, die nicht die unsere ist: Richtung Machtbeteiligung oder zumindest Machtbeeinflussung. Radikale Positionen, fundamentale Ansätze, radikale Vorschläge zur Umwälzung der Gesellschaft haben in der IL-Zeitung kein Forum. Wir sehen dort keine Möglichkeit als Militante mit anderen perspektivisch, kontinuierlich und analytisch Diskussionen führen zu könnten.

Die „Prisma" (eine vor allem technische Broschüre für die militanten Gruppen) hingegen hat sich augenscheinlich eher einmalig die Aufgabe vorgenommen, Organisierung und Handhabung militanter Praxis an handwerklichen Fragen zu unterstützen. Gute Zeitung.

Andere Zeitungen mit überregionalen Charakter sehen wir derzeit nicht dafür geeignet.

Wir, die wir die Interim als Debattenmedium vorschlagen, glauben, dass dieser Vorschlag auch für die Interim gut ist und zur richtigen Zeit kommt. Die von uns angeregte Debatte „Hoffnung, Militanz & Perspektive" sollte mehr als einen Ort der Diskussion haben, an dem sie veröffentlicht wird. Aber es braucht einen verbindlichen Ort, an dem alle Texte dazu gebündelt zu haben und nach dem sie zitierbar sind.

Wir denken, auch für die Interim steht ein Entwicklungssprung an, hat doch auch sie eine gewisse Durststrecke hinter sich gebracht. Die Zeitung als Flugblattsammlung im Zeitalter des Internets und der Stagnation militanter Gruppenarbeit, das Wegbrechen politischer Strukturen, die mit der Interim etwas anfangen konnten, die sogenannten „Antideutschen" und die Textproducer der "mg" etc. haben sicher einige Sinnkrisen hervorgerufen. Die Interim ist über das Stadium der letzten Jahre: Was man hat, soll man nicht aufgeben! hinaus. „Old-School" wäre das Fortführen einer Flugblattsammlung. Doch wodurch legitimiert sich die Interim heute? Kann sie ihren LeserInnenkreis über ein autonomes und linksradikales Spektrum hinaus erweitern? Welchen Platz kann sie in zukünftigen Kämpfen einnehmen? Und wie sind die Durchsuchungen und Beschlagnahmungen der Zeitung einzuschätzen?

Das zweiwöchentliche Periodikum ist eines der wenigen Foren, die unkontrolliert funktionieren und nicht abschaltbar sind wie einfache Webseiten. Oder die wie Indymedia gewissen Denkverboten unterliegen - die berühmte Schere der Selbstzensur im Kopf. directaction.de (https://directactionde.ucrony.net) hat sich zu einem sehr nützlichen Verzeichnis direkter Aktionen gemausert – ist allerdings, was den Debatten-Teil angeht, noch sehr ausbaufähig. Viele nutzen es dennoch gerne – aber eben auch das sollte nur mit all dem Aufwand betrieben werden, den anonymisiertes Surfen mit sich bringt. Aber wir müssen von weiter steigender Überwachung und Einschränkung der Datenströme und Netzverbindungen für politische Kommunikation ausgehen. Auch die sichtbare Überwachung und Repression wird weiter um sich greifen und gleichzeitig immer tiefer nach subjekt-innen dringen. In kommenden großen gesellschaftlichen Umbrüchen werden auch die Angriffe auf fundamentale Opposition neu gestaltet werden: Was wagen wir in einer solchen Situation noch zu denken oder gar auszusprechen, niederzuschreiben? Da könnte das

radikal *gedruckte* Wort helfen, das Unerhörte nicht nur zu denken, sondern ihm auch Materialität zu verleihen. Und danach zu handeln. Es geht nicht nur darum, in den kommenden Umbrüchen nicht zu verzweifeln, wenn sich die nächste Generation dann ehemaliger GenossInnen den Schalthebeln der Macht zuwenden, um die grauenvolle Normalität – orientiert auf das vermeintlich geringere Übel – mitzuverwalten. Es geht auch darum, nicht die Orientierung zu verlieren, wenn emanzipative Ansätze immer weiter und weiter verdreht werden, um die Macht eines totgelaufenen Systems abzusichern und zu rekonstruieren und damit noch mehr Geld zu machen. Es geht darum, handlungsfähig zu werden in einer Weise, die den Verhältnissen angemessen ist. Ob wir marginal sind oder nicht. Es geht darum, Foren der Verständigung, der Analyse, der Selbstvergewisserung aufzubauen und zu erhalten, damit die unsichtbaren militanten Kerne in der Metropole praktische Orientierungspunkte und Perspektiven aufzeigen können – ohne sich in der Szene, in der Bewegung, in öffentlichen Strukturen bewegen zu müssen – die starker Überwachung unterliegen. Ohne isoliert und abgeschnitten zu sein und aus dieser Situation zu politischen Fehleinschätzungen bei Aktionen zu kommen, die zu vermeiden gewesen wären.

Es kann nicht Aufgabe der Interim-Redaktion sein, das Blatt zu bespaßen. Militante Gruppen müssen überlegen, wie sie bestimmte praktische oder analytische, perspektivische Fragen aus militanter Sicht zur Diskussion stellen ohne lokalisiert zu werden. Umgekehrt wird der Alltag zu wenig politisch begriffen, revolutioniert und zur militanten Diskussion gestellt. Bewegungen waren dann stark, wenn sie in erster Person kämpften und wussten, wofür sie einstehen. Viel zu viel orientiert sich heute in unseren Kämpfen an alten Mustern, die auf den Prüfstand gehören. Die Koordinaten stimmen nicht mehr, die Gesellschaft hat sich neu zusammengesetzt, die technologische Durchdringung hat die menschlichen Beziehungen neu strukturiert und beherrscht das Soziale. Auch einfache Fragen sind angesagt – denn die Interim darf kein Fachblatt für militante Kerne werden. Die einfachen Fragen sind oft die Besten. Die Interim muss eine inhaltliche Breite bekommen - bei Aufrechterhaltung einer militanten, libertären Perspektive – durch die Erörterung auch von Alltagsfragen: Wie wohnen wir, was konsumieren wir, welchen Widersprüchen erliegen wir durch Arbeit und Lebensbedingungen, welchen Platz haben Krankheit, Alter, Kinder, Jugend, Zukunftsängste etc.? Wie können Alltagskämpfe aussehen oder angeschoben werden? Und wo finden sie schon statt, ohne jedoch bereits in unser Bewusstsein gelangt zu sein?

Die seit einem Jahr regelmäßig stattfindenden repressiven Zugriffe auf die Interim machen mehrerlei deutlich. Nicht nur die Unabhängigkeit der Buchhändler_innen, auch die Zeitung selbst und die anderen inkriminierten Inhalte sind dem Repressionsapparat ein Dorn im Auge. Hat man die Zeitung staatlicherseits eine Weile vor sich hinwurschteln lassen, als auch die militante Praxis stagnierte, so wird sie mit dem Anstieg einer organisierten Militanz und nach dem Wegfall einer ernstzunehmenden, weil sozial breit aufgestellten „radikal", relevanter und bedrohlicher. Sei sie noch so klein und auf den ersten Blick regional begrenzt, sie ist Informationsmedium und Organ zu einem Austausch militanter Praxis und Ideen weit über die große Stadt hinaus. Und ihr Erscheinen ist Ausdruck einer verdeckten Struktur. Das alleine reicht schon. Und sie hat darüber hinaus Potential, das wir mit dem obigen Vorschlag, sinnvoll ausnutzen wollen. Sie ist – wie gesagt - die anti-institutionelle Alternative zu den oben beschriebenen Publikationen, die staatlicherseits machen dürfen, weil sie irgendwie ins Integrationsprogramm politischer Herrschaft passen – einschließlich des Parteiblattes „radikal".

Dass die Interim ein offensiven Schritt macht und kostenlos erscheint, ist sehr selbstbewusst und bringt die Chance mit sich, isolierte, exklusive Orte zu verlassen und größere Verbreitung zu finden. Dies und die wachsende Bereitschaft zur direkten Aktion in der Szene sind Faktoren, die die Repression nicht unbeantwortet lassen kann. Die Buchläden in Berlin, die heimgesucht werden im Auftrag der politisch motivierten Staatsanwaltschaft, zählen für diesen zu einem SympathisantInnensumpf, der mittels der Bedrohung der Lebensgrundlage der BetreiberInnen der Buchläden trockengelegt werden soll. Dort einkaufen statt im Internet ist das mindeste. Der Szene in Berlin

legen wir dringlichst einen offensiven Umgang mit den Durchsuchungen nahe. Wollen die Repressionsorgane einen juristischen Präzedenzfall gegen offene Strukturen schaffen, wo Publikationen wie die Interim und anderes ausliegen können – dann muss die Interim in weit mehr Läden offensiv ausgelegt werden. Das bundesweite Poster „Unzensierte Literatur – hier erhältlich" ist ein schöner erster Schritt, jetzt sollte die Zeitschrift eben auch dazugelegt werden. Will die Repression das Presserecht zurechtstutzen und Buchhändler_innen zur Zensur verpflichten, dann müssen öffentliche Aktionen her, die genau diesen Angriff skandalisieren. Dann müssen wir alle Orte, an denen wir uns bewegen, zu Verteilstellen der Interim machen. Darüber hinaus muss die Diskussion erweitert werden: Wenn eine Gesellschaft nach außen wie nach innen immer kälter wird und jede widerständige Wärme aushungert oder erstickt, dann sind militante Aktionen und Debatten zu unterstützen und zu verteidigen. Nicht jede militante Aktion war gut oder richtig – aber es braucht ein Forum, dies überhaupt solidarisch diskutieren zu können. Denn ungenaue Aktionen fallen schließlich auch auf die gesamte Bewegung zurück. Nicht „blöde" Aktionen sind das Problem (das natürlich auch!), sondern dass die Fehler undiskutiert bleiben! Das heißt, die Existenz der Interim und deren Bedrohung, die finanzielle Bedrohung der Läden, trifft eine Linke insgesamt und ist kein exklusives Problem einer kleinen oder großen militanten Szene.

Mit unseren Fragestellungen gilt es, breitere gesellschaftliche Zusammenhänge zu belasten und so den Repressionsversuch in eine Politisierung zu wenden: Welche Zeitungen braucht es gegen dieses Land, das sich im Krieg nach außen und innen befindet? Ein Abtauchen und Wegzensierenlassen der Interim geht in die falsche Richtung. Warum übernimmt die Szene so wenig Werbung für das Projekt? Warum wird das Projekt nicht mit vielfältigen kleinen Beiträgen, inhaltlicher wie praktischer Natur, unterstützt? Auch über Inhalte ist Solidarität mit der Interim als Projekt möglich: Wenn inhaltlich solide, redaktionelle Beiträge vermehrt von außen kommen und sich vielleicht auch von innen jenseits der Einleitungsworte was tut, dann stärkt das das Projekt schon vom Inhalt her. Schreibt niveauvolle Exklusiv-Beiträge für die Zeitung, sammelt Schotter, verbreitet das Blatt, kopiert es nach, wenn es beschlagnahmt wurde, macht Veranstaltungen, Aktionen und Beiträge auf allen Demos zu dem Thema...

Das war unser Vorschlag. Die Diskussion beginnt jetzt.

Verbreitet ihn auch in Kreisen, die solch einen Text in der Regel nicht erhalten.

Wir wissen: alle Diskussionen brauchen Zeit.

Im Frühling wissen wir alle mehr.

Für eine Neubestimmung militanter und revolutionärer Perspektiven jenseits militaristischer Organisationsmodelle!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste und Zwangsanstalten!

Vergesst unsere Gefangenen nicht!

Subversion als Lebenshaltung

Unterstützt die bundesweite Verbreitung der Interim.

Sichert die Interim als Forum unkontrollierter militanter Debatten vielfältig und sorgfältig ab.

Schafft zwei, drei, viele militante Kerne!

freiheit und liebe!

Dezember 2010

freie radikale / Dora Kaplan

militantes Diskussionsforum : Militanz, Hoffnung & Perspektive

Fußnote 1: „This is a love song" Teil 1/2/3 in Interim Nr.: 654/657/661

Fußnote 2: Interim 662: Einige Gedanken zur militanten Kampagne; Interim 666: AK Vermittlung / Autonome Gruppen im Juni 07 / eine Autonome Zelle. Uns fehlt eine komplette Übersicht. Wer über ein Archiv verfügt: alle Nummern und Namen der Beiträge nachliefern.

Fußnote 3: Wir fragen die alte/n Redaktion/en:
1)Hat die leninististisch/maoistische Zeitung Eure Zustimmung?

2) Was ist mit etwaigen Spendengeldern und Adressen der Radikal passiert, die ihr verwaltet habt?

3) Gibt es noch eine Radikal ?

4) Warum schweigt ihr?

Fußnote 4: In der Berliner Zeitung vom 2.11.10 distanziert sich Christoph Kleine „Was bitte hat die Berliner S-Bahn mit dem Castor zu tun?" anlässlich eines Anschlages militanter AKW-Gegner_Innen, welche sich mit einem Bekennerschreiben in selbiger Zeitung erklärten. Im Übrigen spreche schon der Anschlagsort gegen die Täterschaft einer Anti-Atom-Gruppe. Dass die Berliner Szene sich von derart dummen Distanzierungen distanziert und solchen selbsternannten Sprechern Hausverbote in linken Strukturen erteilt, sollte sich diese Presseäußerungen bewahrheiten, wäre zu erwägen.

Fußnote 5: In der Jungen Welt vom 3.11.10 wünscht sich der Journalist Rainer Balcerowiak, dass der Anschlag vom BKA käme. Er scheint nicht ganz von dieser Welt, denn er fordert: „Wer den öffentlichen Personenverkehr sabotiert, gehört hinter Schloss und Riegel – egal ob er für das BKA arbeitet oder „linke" Allmachtsfantasien ausleben will." Da wünschen wir uns Journalisten wie in Frankreich, die an solchen Tagen gar nicht mehr auf der Lohnarbeit anzutreffen sind, weil sie besseres zu tun haben, z.B. enttäuschte Nahverkehrskunden auf der Straße zu agitieren...

Fußnote 6: Die Älteren treibt im Gegenzug um, wie sie sich absichern können fürs alt werden, für das die Szene und ihre Jugend- und Leistungsimperativ keinen Raum stellt. Wer Kinder hat, fällt ebenfalls schnell in bürgerliche Muster zurück, weil militante Strukturen diese Realität nicht zu integrieren wissen. So verlieren sich die Erfahrungen der Älteren, und Menschen ziehen sich eher zurück, anstatt dass eine Bewegung generationsübergreifend wächst. Die Entstehung der Autonomen war stark davon geprägt, als militante Jugendrevolte gegen die Verspießerung der 1968er und die Verhältnisse insgesamt andere Lebensformen und radikale Inhalte zu setzen. Im Zuge der Revolte setzte sie andere Wertigkeiten, die bis heute die Gesellschaft prägten, aber größtenteils systemimmanent geworden sind und kommerziell vernutzt wurden. Man gehe nur mal durch die Läden und Kneipen verschiedenster In-Stadtteile,. Egal welche Stadt. Der Teil der Autonomen, der sich radikalisierte und revolutionären Perspektiven zuwand, wurde größtenteils an inneren Widersprüchen und der Repression zerrieben, und von dem Siegeszug des Kapitalismus mit seinen Feldzug in den Osten überrascht. „Wir sind das Volk" der einverleibten DDR und der autonome Subjektivismus, die eigene Lebensweise im Kollektiv für eine gesellschaftliche Perspektive in der BRD zu halten, mussten zu einer Identitätskrise führen. Zeit auch für diese Bewegung auf eine Neubestimmung und Veränderung hinsichtlich

gesellschaftlicher Perspektiven mit anderen Menschen.

Fußnote 7: Die „Wache 16", spaßig aufgemacht als Bastei-Roman, analysiert in Hamburg die Totschlagargumentation des Staatschutzes und der Presse gegenüber den AngreiferInnen der Lerchenwache erfrischend und präzise.

Fußnote 8: Die Befriedung durch Heiner Geißler war die letzte Möglichkeit, einen gesellschaftlich eskalierenden Konflikt wieder in die pseudodemokratische Bearbeitbarkeit zu lenken. Aufkeimender Widerstand wurde dadurch erfolgreich kanalisiert und dann vor der Glotze mit der Live-Übertragung der „Schlichtung" (hier ist die offizielle Sprache mal ehrlich!) paralysiert. Der Prozess ist darum sehr interessant, weil den Herrschenden das Zepter fast aus der Hand zu gleiten schien und die Bewegung sich nicht korrumpieren lassen wollte. Ob dies gelingen wird, ob sich ein Teil der Menschen bereits radikalisiert hat und auch größere gesellschaftliche Zusammenhänge angehen wird, ist noch ungeklärt. Militante Gruppen tun gut, sich nicht naserümpfend abseits zu stellen, weil die bürgerliche Zusammensetzung des Protestes nicht behagt, transportiert sich doch in dem Protest eine größere Grundunzufriedenheit mit den Verhältnissen, den sonst die Grünen für sich zu nutzen wissen werden, weil eine radikale Kraft nicht präsent ist, die der Unzufriedenheit einen komplexeren Ausdruck und Namen in der Lage wäre zu geben. Dass auch diese Bewegung, wie Gorleben, einen reduzierten Ausschnitt gesellschaftlicher Schweinerein bearbeitet, steht auf dem einen Blatt. Auf dem anderen steht die Sorge der großen Politik, dass Merkel das Großprojekt vergleichbar wie Gorleben rücksichtslos durchzupeitschen bereit ist. Den Herrschenden geht es um Deutschland im Rahmen eines europäischen und globalen Marktkampfes. War die Startbahn 18 West für Teile der Bevölkerung eine reine Lärmfrage oder die Zerstörung des Ausfluggebietes, traf und organisierte sich das gemeinsame Interesse mit den Autonomen, den Flughafen auch als militärische Drehscheibe zu verhindern. Unvergessen die Bilder von BürgerInnen, die Steine an Autonome weiterreichten oder mit großen Holzstämmen die Betonstreben knackten. Eine libertäre, militante Kraft könnte sich vermehrt in solche Bewegungen integrieren und mit den Menschen weitmöglichst andere gesellschaftliche Perspektiven diskutieren ohne sie zu diktieren. Die Autonomen können für sich klären, ob sie zu sozialrevolutionären Gehversuchen bereit sind.

Fußnote 9 Nebenbei bemerkt, eine Werbung für eine trotzkistische Partei hat in einer Zeitung wie der Interim (Nr. 718, Seite 26), nichts zu suchen. Manchmal schwankt die Zeitung noch in die Beliebigkeit einer Flugblattsammlung zurück.

Fußnote 10: Die Veranstaltung in Berlin, die unseres Wissens nach gut besucht war und als solidarischer Ausdruck für die Interim und die durchsuchten Buchläden interpretiert wird, konnte keine Diskussionsveranstaltung werden. Die Schere im Kopf hat den berechtigten Grund, dass natürlich im Raum Spitzel sind, die registrieren sollen wer das Maul aufmacht. Eine militante Diskussionskultur wird auf diese Weise zerstört. Die Wiedererlangung der Sprache ist eine der Aufgaben einer militanten Bewegung, die manchmal Klartext reden muss. Wir sind bezüglich unseres Diskussionsvorschlages „Hoffnung, Militanz & Perspektive" zuversichtlich, dass er zur richtigen Zeit kommt. Wir sind sehr gespannt, was sich bewegen wird und welche Inhalte sich im ersten Schritt als zentrale herausbilden werden. Eine Alternative zu unserem Vorschlag sehen wir nicht, da auch öffentliche Vollversammlungen von Autonomen zum Thema eine Begrenzung haben.

THE MILD MILD WEST...

BANKSY!

Rückblick auf die Volxsportsaison 2010 in Berlin

Niemand konnte erwarten das dieses Jahr ähnlich fulminant verlaufen würde wie die Jahre 2008 und 2009.
Es besteht noch nicht mal eine Einigkeit darin, ob Militanz qualitativ und quantitativ zu steigern überhaupt ein Ziel ist.
Anfangs noch auf den überaus harten Winter geschoben konnte sich 2010 keine Vermassung von Volxssportaktivitäten durchsetzen. Anfang des Jahres schien es mit einer kleinen Kampagne gegen Sponsoren des Polizeikongresses endlich zu mehr Koordinierung zu kommen. Ausserdem wurde mit den Gasaki Anschlägen die Hoffnung geschürt nicht auf immer und ewig beim Autofackeln zu bleiben.
Der Rekord an Autobränden im Jahr 2009 wurde um einen hohen Preis erkauft; Unschuldige kamen in Untersuchungshaft und eine breite Koalition aus sämtlichen bürgerlichen Medien, sämtlichen Parteien (Kieztaliban Ratzmann), der mg und ihrem Transformer RAZ, der KommiRadikal und anderen trieb einen Distanzierungskeil bis fast ins linksradikale Lager.
Es gelang nicht die dadurch erlangte mediale Aufmerksamkeit mit Inhalt zu füllen. Weitgehend sprachlos knisterten die Luxuskarossen des Nachts vor sich hin, dass auch viele Firmenwagen dabei waren konnte in den dazugehörigen Kampagnen bis auf DHL kaum vermittelt werden.

Vermutlich führte all das zu einem Ausstieg der "Trittbrettfahrer". Inzwischen brennen zwar in einigen Randbezirken öfters Autos aller Klassen, hoffentlich setzt sich hier diese Freizeitbeschäftigung aus Frankreich weiter durch, allerdings müssen Bonzen in den Szenekiezen mittlerweile wieder weniger Angst um ihr Fahrzeug haben.
Die gezielten Aktionen der Kleingruppen waren 2010 wesentlich spezieller, es scheint das die Ziele mehr nach strategischen Gesichtspunkten ausgesucht werden. Dieser löbliche Ansatz trifft jedoch auf eine veränderte Medienpolitik.
Stürzten sich in der Vergangenheit Presse und Abgeordnete auf jede militante Aktion um damit sowohl Umsatz zu machen als auch ihr eigenes Süppchen zu kochen, wird inzwischen eine Nachrichtensperre verhängt, die respektiert wird. Je gezielter eine Aktion ist und je grösser die Gefahr von NachahmerInnen erscheint, desto weniger dringt an die Öffentlichkeit. Dadurch unterläuft der Staatsschutz geschickt ein wichtiges Anschlagsziel, nämlich die Sache zu vermitteln und Sauerstoff in den Schwelbrand unter dieser Stadt zu blasen.
Als Reaktion darauf die eigene Öffentlichkeitsarbeit zu forcieren wurde anscheinend verworfen; bleibt noch nun eine stärker nihilistische Ausrichtung militanter Politik?!
Die Hoffnung in diesem Jahr häufiger zu Massenaktionen überzugehen erfüllte sich nicht. Zu groß ist die Sprachlosigkeit untereinander. Damit stellt sich die Frage welche Optionen in Zukunft verfolgt werden sollen. Auffällig in 2010 war das Sommerloch. Berlin bietet durchaus Freiräume doch genutzt werden diese von der feindlichen Klasse.
Berlin im Sommer ließ nicht nur Linksradikale von einer sog. Ballermannisierung sprechen. Vom Mauerpark bis zur Sonnenallee bestand die Stadt aus einem einzigen Biergarten/Luxusrestaurant/Schickimickicafe und Saufbar. Von 10 Uhr morgens bis 5 Uhr morgens drängten sich gefühlte Millionen KonsumentInnen rücksichtslos durch die Strassen, ununterbrochen Bierflaschen fallen lassend und fotografierend. Menschen die weder Fahrradfahren können noch sich sicher zu Fuß bewegen machten den Weg von Neukölln nach F-hain zur Qual. Die Gentrifikation scheint einen grandiosen Sieg in den Vierteln errungen zu haben in denen sich der Kampf um Freiräume abspielt.

Erlaubt war im Sommer alles was lärmt, säuft und Geld ausgibt. Fußballfans und Gastronomie nahmen sich jeden Freiraum dieser Stadt und ignorierten die "deutschen Tugenden" dabei völlig. Die Polizei tolerierte alles, sobald es jedoch einen Hauch von Politik und Subversion bekam wurde kompromisslos durchgeknüppelt.
Der Mauerpark, nach Jahren der Säuberungen von jedem linksradikalen Flair befreit, ermöglichte nur im Frühling einmal Flaschenwerfen auf die Bullen um dann komplett auszufallen.
Der Victoriapark völlig tot, wurde zur Walpurgisnacht von einem Großaufgebot der Polizei ausgeleuchtet.
Der Görlitzer Park war Schauplatz täglicher Jagdszenen auf Afrikaner. Die autonome Bewegung verhielt sich gar nicht dazu.
Oft gab es Widerstand und Zusammenrottungen gegen Polizeigewalt von Dealern, angeblichen Dealern und ParkbesucherInnen. Hier wäre viel mehr möglich gewesen.
Die autonome Bewegung war diesen Sommer unsichtbar, aus den Medien verbannt, im Alltag vom Tourismus erdrückt. Die ohnehin schon geringe Motivation zu Plakatieren schwindet völlig wenn unsere Plakate in 1000er Auflage noch am gleichen Tag von Kommerzplakatierern in 50.000er Auflage überklebt werden. Beim betrachten der Stellen die mit Werbung geklebt werden fällt auf, dass es sich um Flächen handelt die mit Politplakaten und Graffiti einst erobert wurden. Ein strategisches Interesse von Stadtplanern und Eigentümern könnte durchaus dahinterstecken.
Aber daraus ergeben sich neue Chancen. Sind die MieterInnen/BesitzerInnen der luxussanierten Altbauten wirklich froh über die besoffenen und lärmenden Tourimassen, die vor ihrer Haustür pissen?
Sind sie glücklich in Papphäusern aus Werbeplakaten zu leben, die hässlicher sind als jedes Graffiti?
Die Ballermannisierung einiger Kieze kann schnell zu deren Wertminderung umschlagen wenn wir ein bisschen nachhelfen.

Dies ist ein Vorschlag zu einer Antitourismus Kampagne 2011. Erlaubt ist alles: Geldbörsen und Handys im Vorbeifahren von den Tischen der Fressläden klauen, Autos anzünden, Hotels einwerfen, Müll verursachen, Touribusse bewerfen, Lärm, Warschauer Brücke sperren, Falschmeldungen verbreiten.
Die darauf folgende erhoehte Polizeipräsenz macht den Kiez aus Sicht der Investoren nicht lukrativer. Viele TouristInnen kommen nach Berlin weil es die billigste Metropole ist. Diese Leute sind nicht unsere Feinde auch wenn ihre Ignoranz erschreckend ist. Durch mehr Sichtbarkeit von unserer Widerständigkeit könnte auch ein Chaotentourismus nach Berlin ausgelöst werden. Die Gentrifizierung ließ sich in der Vergangenheit nicht mit militanten Mitteln aufhalten aber der vom Senat geförderte Tourismus wird 2011 die umkämpften Gebiete zur Hölle für die dortigen BewohnerInnen machen. Hier koennte tatsaechlich ein Klima entstehen das Kontrollverluste ermöglicht. Eine sichtbare Alltagskriminalität in Verbindung mit gezielter Abwertung von Gebäuden, Autos und Infrastruktur scheint die einzige Möglichkeit um hemmungslosen Bauprojekten, wie sie am Schlachthof in Friedrichshain und in der Dresdener Strasse entstehen, Einhalt zu gebieten.
Kampagnen:
Was seit Jahren läuft zeigt Wirkung; drei der ganz grossen Schweinekonzerne haben die Zahl ihrer Ziele im Stadtgebiet auf Kosten der Flexibilität reduziert. 2010 gab es drei Aktionen gegen Siemens Fahrzeuge, zwei Mal gegen Vattenfalltransporter und gegen sechs DB Fahrzeuge plus einen Anschlag auf das DB Kabelnetz.
Die Polizei hat in diesem Jahr mindestens drei Menschen getötet, auch dafür wurde sie viel öfter als bekannt gegeben angegriffen. Auch gegen Institutionen, die im Vorfeld der Polizei arbeiten haben

sich Ansätze einer Kampagne entwickelt. Ordnungsämter, Sicherheitsfirmen und Quartiersmanagments hatten Schäden hinzunehmen.

Diese Kampagnen rufen geradezu nach einer Fortsetzung zumal auch in anderen Bevölkerungsgruppen eine klammheimliche Freude vorhanden sein dürfte.

Berliner Zeitung · Nummer 282 · Donnerstag, 2. Dezember 2010

Berlin

Extremisten zündeln lieber in Zehlendorf

Linksradikale haben Entscheidungsträger als Ziel / Polizei registriert weniger Brandanschläge auf Autos

VON ANDREAS KOPIETZ

Linksextremisten fackeln in Friedrichshain nicht mehr wahllos Autos ab. Zu sehr hatte es in der letzten Zeit szene-interne Kritik gegeben, weil Unbeteiligte geschädigt wurden – was der linken Sache abträglich sei. Dafür richten die Täter ihre Anschläge zunehmend gegen Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft und suchen sie immer öfter an ihren Wohnorten auf. Etwa in Zehlendorf.

Der Audi, der am 29. November in Schlachtensee angezündet wurde, gehört nach Informationen der Berliner Zeitung dem Inhaber einer Baubetreuungs GmbH. Und der Porsche, der neun Tage zuvor in Dahlem ausbrannte, gehört einer Rechtsanwältin. In beiden Fällen ermittelt der Staatsschutz. Bereits am 11. November hatte in Schlachtensee der Mercedes des Vorsitzenden des CDU-Forums für Bau, Stadtplanung und Verkehr gebrannt.

Als am 1. November ein Anschlag die Berliner S-Bahn lahmlegte und ein Siemens-Auto in Flammen aufging, bekannten sich Linksextreme zu der Tat und drohten, Unternehmen und deren politische Lobbyisten direkt zur Verantwortung zu ziehen. Ähnliche Erklärungen gab es in letzter Zeit auch nach anderen Anschlägen. „Wir stellen fest, dass Gewalttaten gezielter gegenüber bestimmten Institutionen begangen werden, wie auch die Steinwürfe auf das Haus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zeigen", sagte die Chefin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmid, gestern im Verfassungsschutzausschuss.

Linke zünden jetzt Autos zielgerichtet an, gern auch in Zehlendorf.

Während es 2009 noch 296 politisch motivierte Brandanschläge auf Autos gab, zählte die Polizei in diesem Jahr nur 41 mit 51 „direkt angegriffenen" Autos. „Das hat mit einer Diskussion in der Szene zu tun, wonach Brandstiftungen etwa am Mercedes eines türkischen Mitbürgers, der sich den Wagen mühsam erspart hat, nicht zu vermitteln sind", so Innensenator Ehrhart Körting (SPD).

Für den CDU-Abgeordneten Sven Rissmann sind linke Anschläge inzwischen alltäglich. Sebastian Kluckert (FDP) wirft den Ermittlungsbehörden eine „sehr geringe Erfolgsbilanz" vor. Unter anderem bereitet den Behörden die konspirativ hergestellte linksextremistische Untergrundzeitschrift „Interim" Sorgen. Sie veröffentlichte Bauanleitungen zur Herstellung von Spreng- und Brandsätzen. In der Hoffnung, Rückschlüsse auf die Macher zu erhalten, gab es mehrere Razzien in linken Buchläden, die letzte in November – jedoch vergeblich. Danach verübte eine Gruppe namens „Revolutionäre Aktionszellen" aus Rache am 18. November einen Brandanschlag auf die Bundesakademie für Verwaltung in Wilmersdorf, die zum Bundesinnenministerium gehört. Körting räumte ein: „Auch mir ist es in all meinen Dienstjahren nicht gelungen, die Interim-Hersteller zu finden."

Die Friedrich-Naumann-Stiftung lädt heute zur Diskussion „Linksextreme Gewalt – (k)ein Gesellschaftsproblem?" ein. Die Veranstaltung mit Vertretern aus Landespolitik und Polizei beginnt 19 Uhr im Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4.

Wenn aus vermeintlichem Antisexismus...

... eine Reproduktion von Sexismus wird.

Sexismus ist ein permanentes Streitthema innerhalb der radikalen Linken. Einige kommende und vergangene Ereignisse haben uns bewogen, einige Aspekte dieser Debatte an konkreten Situationen zu problematisieren und damit eine Kritik an sexistischer Rollenzuschreibung und verkürzten Sozialisationsbegriffen zu üben. Unter anderem wurde auch durch die Vorbereitungsgruppe der diesjährigen Silvio-Meier-Demo ein "Denkanstoß" gesetzt, bei dem wir sowohl die theoretische Grundlage, als auch die im Weiteren gewählte Aktionsform als problematisch empfinden.

Von Sinn und Unsinn von Frauenblöcken

Eines der wichtigsten Mittel um Themen in die Öffentlichkeit zu tragen bleiben Demonstrationen – auch für die radikale Linke. Als sich Ende der 70er, Anfang der 80er ein sog. Schwarzer Block bildete wurde dieser von feministischen Gruppen kritisiert.

Ist dein Block auch mein Block?

Hintergrund ist wie einst, dass Formen männlicher Sozialisationen[1] sich oftmals in solchen Blöcken konzentrieren. Einer gesellschaftlich vorherrschenden Heteronormativität ist es geschuldet, dass dies überwiegend auf Menschen mit dem Selbstkonzept "Mann" zutrifft, die getreu ihrer Sozialisation mackern, prollen und den verbalen Schwanzvergleich vollziehen. Die eigentliche Erfordernis, die aus taktischen Erwägungen zur Etablierung der Aktionsform "Schwarzer Block" führte, nämlich die Teilnehmer_innen gegen verschiedene von außen an sie heran getragene Repressionen zu schützen, wird praktisch unterlaufen zur Auslebung offensivster Formen männlicher Sozialisation. Dabei ist der_die jenige mit den krassesten Sprüchen und den krassesten Fights gegen Cops der_die Held_in der Arbeit. Eine antisexistische Kritik dieser Verhaltensweisen von Macht, Gewalt und Dominanz, ist damals wie heute berechtigt. Doch wo könnte eine fortschrittliche Kritik ansetzen?

Keine Gewalt ist auch keine Lösung

Antisexistische Kritik fordert hier nicht selten ein, Aktivist_innen sollten männlich konnotierte Verhaltensweisen gänzlich unterlassen. Dass die Abwesenheit bspw. von Gewalt und Dominanz im Umgang, den eine radikale Linke miteinander pflegt, erstrebens- und erkämpfenswert sind, steht außer Frage.

Fatal ist jedoch die anlassunabhängige Stigmatisierung von Handlungsoptionen vor dem Hintergrund, dass diese männlich konnotiert sind - gemäß gesellschaftlicher Zuschreibung. Was eine konsequente Tabuisierung für die alltäglichen Kämpfen der radikalen Linken bedeuten würde, kann sich jede_r am Beispiel von Konfrontationen mit Neonazis oder der Staatsgewalt vor Augen führen. So folgt auf die Frage, wie z.B. die notwendigen Abwehrkämpfe gegen Neonazis unter gänzlichem Verzicht auf Gewalt, Aggression und Überlegenheit geführt werden könnten, ein verstohlenes Schulterzucken. Solange einer radikalen Linken derlei Kämpfe aufgezwungen werden, werden in der ideologischen wie praktischen Konfrontation Codes zu Tage treten, die nach gesellschaftlicher Zuschreibung männlich konnotiert sind. Ob sie der Situation angemessene Handlungsoptionen darstellen oder sexistischer Selbstzweck zur Auslebung und Selbstbestätigung männlicher Sozialisation sind, sollte differenziert erörtert und ggf. kritisiert werden.

Vor diesem Hintergrund möchten wir die Frage aufwerfen, ob der_die "Macker_in" sich vielfach so gibt, weil er_sie einer männlich Sozialisation ausdruck verleiht oder ob er_sie dies als bewusste und notwendige Ausdrucksform seiner_ihrer Politik begreift? Diese Frage wird selten bis gar nicht gestellt. Stattdessen werden vornehmlich biologisch männliche Akti-vist_innen mit dem Mäntelchen des „Männer sind nunmal so", "typisch männliche Sozialisation" bedeckt, was oftmals einer willkürlichen d.h. vom biologischen Geschlecht abgeleiteten Rollenzuschreibung gleich kommt.

Weibliche Sozialisation als blinder Fleck

Eine der Ausgangswahrnehmungen antisexistischer Kritik ist, dass an bestimmten Aktionsformen prozentual weit weniger Frauen partizipieren, als vermeintliche Männer. Diesem Fakt, der Unterrepräsentation eines - sozialisierten - Geschlechts, gilt es nachzugehen und die Ursachen offen zu legen. Damit dies geschieht, sollte über die pauschalisierende Formel: „Frauen fühlen sich von den 'starken' und 'aggressiven' Männern unterdrückt", hinaus gegangen werden.

So ist die aktive Ausgrenzung von Frauen, im Sinne von: "Frauen nach hinten!", in weiten Teilen der Szene kaum akzeptiert. Selbstverständlich können davon ab erlebte Ausgrenzungserfahrungen, durch sexistische Zuschreibung, Hemmschwellen errichten, die dazu führen, dass sich Menschen nicht mehr aktiv beteiligen möchten. Als alleiniger Erklärungsansatz greift dies aber zu kurz. Zu oft scheint die eingangs wahrgenommene Zurückhaltung ebenso einem verinnerlichten weiblichen Selbstkonzept als schwächerer, sanfterer und passiverer Menschen, geschuldet zu sein. Wird dies jedoch ausgeblendet, so verwundert es nicht, wenn antisexistische Kritik sich oftmals darin erschöpft, männlich konnotierte Verhaltensweise als "mackerhaft" bzw. "typisch Mann" zu problematisieren; im Weiteren jedoch der Konstruktion heterosexistischer Zweigeschlechtlichkeit und ihrer Beschränktheit, die für Ausschlüsse und Diskriminierungen verantwortlich zeichnet, nicht konsequent entegen zu treten.

Kein Erfolgsrezept

Um dem Problem sich manifestierender sexistischer Mackerklüngel auf Demos entgegenzuwirken, bedienen sich Antisexist_innen ab und an einer recht simplen, allerdings kaum differenzierten Interventionsmöglichkeit. Dem sogenannten "Frauenblock", oder wie bei der kommenden Silvio-Meier-Demo auch "Frauenreihe" genannt.

"Wir wissen, dass wir damit die Rolle von Geschlechtern reproduzieren und eben nicht alle Probleme aus der Welt schaffen"

- aus dem Interview-Aufruf zum Frauenblock auf der Silvio-Meier-Demo

Wenn dann wie auf der Andrea-Demo 2008 biologisch weibliche Menschen, deren Selbstzuschreibung nicht mit der Frauenrolle übereinstimmt, aus dem Frauenblock heraus aufgefordert werden, sich anzuschließen und wenn vermeintliche Männer

aufgrund ihres biologischen Geschlechtes ausgegrenzt oder wie bei der diesjährigen Demonstration zum "Internationalen Weltfrauentag" attackiert werden, dann wird deutlich, dass eine solche "Aktionsform" weder praktisch, noch durch seine Ausstrahlung zur Emanzipation von heteronormativen Geschlechterrollen beiträgt.

Reproduktion von Sexismen

Mit dem Anspruch Menschen anhand heterosexistischer Merkmale zu kategorisieren wird exakt die Art Zuschreibung reproduziert, die tagtäglich in der Gesellschaft zu Ausschlüssen und Gewalterfahrungen führt. Wobei nicht unerwähnt bleiben sollte, dass Queer-People und Transgender wohl mit am heftigsten unter diesen Mechanismen zu leiden haben. Dennoch einen reinen "Frauenblock" zu fordern, schließt genau diejenigen aus, die weitaus öfter gewaltvolle Zuschreibungen erfahren, als normierte Frauen bzw. Männer.

Vom verkürzten Sozialisationsbegriff

Auch wenn von der Vorbereitungsgruppe - z.B. in Veröffentlichungen auf Indymedia (siehe Quellenanhang) - stellenweise der Begriff "weiblich sozialisiert" anstelle von "Frau" genannt wird, wird Geschlecht dadurch keineswegs dekonstruiert. Zwar lässt die Verwendung eines Sozialisationsbegriffs im Gegensatz zur Kategorie "Frau" zu, dass Sozialisation nicht unmittelbar vom biologischen Geschlecht abzuleiten sein muss und ist somit nicht bruchlos anknüpfbar an heterosexistische Zuschreibungen. Die Intention, "weibliche Sozialisation" durch einen Block nach außen transportieren zu wollen, macht diesen Ansatz jedoch zu nichte. Um die Absurdität dieses Vorhabens einmal zu verdeutlichen: Wie wollen die Organisator_innen erkennen, dass ein Mensch, unabhängig von biologischem Geschlecht und gesellschaftlicher Zuschreibung nicht weiblich sozialisiert ist, damit dieser nicht mehr in der ersten Reihe mitlaufen darf? An der Kleidung, an der Haarlänge, am Nichtvorhandensein von Makeup, am muskulösen Körperbau?

Ernstzunehmende Antworten darauf zu suchen erübrigt sich aus mehrerlei Gründen. So ist es schlicht unmöglich, im Zuge einer kurzen Begegnung zu bestimmen, nach welchen Vorstellungen und Normen ein Gegenüber sozialisiert wurde. Dass sich stattdessen mit einem Rückgriff auf äußere Merkmale und damit auf (hetero-)sexistische Kategorisierungsmuster beholfen werden soll, liegt also nahe. Die Bestätigung dieser Annahme liefert die Vorbereitungsgruppe höchst selbst, indem sie in ihrem etwa zeitgleich veröffentlichten Interview-Aufruf nunmehr nur noch von einem "Frauenblock" spricht, der aus-schließlich Menschen der Kategorie Frau adressiert.

Dass einmal alles besser wird...

Letztendlich wirkt diese willkürliche Vermischung von Bergrifflichkeiten und Theorieansätzen für Antisexist_innen erstaunlich unvertraut mit der Materie. Daß sich aus einem derart löchrigen theoretischen Background umgehend eine politische Praxis von solcher Tragweite manifestieren konnte, es geht immerhin um die seit 1992 alljährlich organiserte Gedenkveranstaltung für den von Neonazis ermordeten Antifaschisten Silvio Meier, ist schlicht beängstigend und wirft kein gutes Licht auf die vermeintlichen Standards einer radikalen Linken, für die das Wörtchen Emanzipation nicht bloß ein Wort ist.

Für eine emanzipatorische Linke Bewegung und ein würdiges Gedenken! Hinaus zur Silvio-Meier-Demo 2010!

refused identity, 18. november 2010
Erstveröffentlichung auf de.indymedia.org

[1] **Sozialisation** umfasst die Summe erfahrener und verinnerlichter Zuschreibungen, sie manifestiert sich nicht ausschließlich entlang von Sexismen, sondern u.a. auch in class (ökonomische Verhältnisse, Bildungshintergrund), desire (sexuelle Orientierung), race (ethnische Herkunft), disability (Einschränkungen) etc. pp. Erst die Gesamtheit aller Sozialisationen bestimmt, wie das Subjekt die Umwelt wahrnimmt, interpretiert und handelt.

Quellen:

Interview-Aufruf des Vorberietungskreises zum Frauenblock: "Wir brauchen keine Macker_innen": http://www.antifa-berlin.de/silvio-meier10/ju_inter view-macker.html entnommen aus dem im Herbst erschienen Jugendinfo zur Silvio-Meier-Demo 2010.

Erklärung der "Autonomen Antisexist_innen - AAS" aus dem Vorbereitungs-kreis zum "Block von weiblich sozialisierten Menschen " bzw. "zur Frauenreihe"; "Erklärung der Autonomen Antisexist_innen zur Frauenreihe": http://www.antifa-berlin.de/silvio-meier10/frauenreihe.html Erstveröffentlichung: 15.11.10 auf de.indymedia.org

fight sexism!

Aktivist in Großbritannien als Bulle enttarnt

Verfasst von: ABC Berlin, Mi, 27.10.2010 – 08:21
http://linksunten.indymedia.org/de/comment/view/10569

Eine paar kurze Notizen über diesen Fall:

Am 21.10. wurde in Großbritannien ein langjähriger Aktivist als Polizist enttarnt. Er hat auch außerhalb der UK viele Kontakte zu radikalen Bewegungen gehabt, unter anderem nach Berlin.

Es handelt sich um Mark „Stone", auch „Flash" genannt. Sein richtiger Name ist Mark Kennedy. Er war nach eigenen Angaben von 2000 bis Ende 2009 als Polizist tätig und gleichzeitig als Aktivist stark aktiv. Auch vor dem Jahr 2000 war er bei der britischen Polizei tätig, deshalb handelt es sich bei ihm nicht um einen üblichen „Informant" oder angeworbenen „Spitzel", sondern um einen Polizist in Reinnatur.
Mark engagierte sich in vielen Bereichen der autonomen Bewegung: von Earth First!, zu Tierrechtsaktionen, Klima-Camps, Freiräume, Antifa usw. Er reiste gerne durch Europa, beteiligte sich an zum Beispiel an Gipfelprotesten und pflegte europaweite Kontakte. In Deutschland war er vor allem in Berlin zwischen 2005 und 2010 gerne zu Gast gewesen.

Ob er tatsächlich Ende 2009 aus dem Polizeidienst ausgeschieden ist, wie er während seiner Aussage vor den Personen, die ihn konfrontiert haben gesagt hat, bleibt unklar und unwahrscheinlich, bzw. ändern daran nichts. Er war auch auf zahlreichen Email-Listen eingetragen, bitte checkt, ob eine dieser Adressen auf euren Verteilern ist:

flashwheels@yahoo.co.uk
markstone@o2email.co.uk
trailertrashheroe@yahoo.co.uk
und in etwa: ms1969@ blah blah

Seitdem er enttarnt wurde und dies öffentlich gemacht wurde sind alle Interneteinträge über und von ihn (wie z.B. bei Facebook) aus dem Netz verschwunden, das gleiche gilt für Telefonkontakte.

Wir denken, dass es extrem wichtig ist die Nachricht so breit wie möglich zu streuen, denn es ist unklar was für genaue Aufgaben er während seiner Dienstzeit übernommen hat. Sicher ist, dass er europaweit eingesetzt wurde und mensch kann davon ausgehen, dass die Kooperation zwischen den verschiedenen Polizeikräften gut gepflegt und wichtige Informationen an die verschiedenen Behörden übermittelt worden sind. Wir halten jegliche Spekulationen für gefährlich, wichtiger ist das jede/r über seine/ihre möglichen Kontakte mit ihn nachdenkt, sowie über das eigene Sicherheitskonzept, ohne dabei in Paranoia zu verfallen.

Durch ein Zeichen des Zufalls wurde nur ein paar Tagen zuvor in Genua, Italien, eine 22-jährige peruanische Studentin als Informantin der Polizei enttarnt: sie war innerhalb der letzten paar Jahre in der autonomen, antagonistischen Bewegung aktiv und übermittelte Informationen an die italienische Polizei.

In diesem Sinne, Augen offen halten. Sobald wir weitere Infos zu Mark haben, werden wir diese verbreiten.

Euer erschüttertes aber immer noch kämpferisches ABC Berlin

www.abc-berlin.net

AUCH OBDACHLOSE HABEN NAMEN:
HORST PULTER
ERMORDET VON NEONAZIS AM 05.02.1995 IN VELBERT
KEIN VERGEBEN - KEIN VERGESSEN!
Samstag, 05. Februar 2011 - 14:00 Uhr, Willy-Brandt-Platz, Velbert

Auch Obdachlose haben Namen

Verfasst von: Antifa Velbert. Verfasst am: 02.12.2010 - 01:43. Geschehen am: Sonntag, 05. Februar 1995.

Am 05. Februar 2011 jährt sich zum 16. Mal der Todestag des Velberter Obdachlosen Horst Pulter. Dieser Mord war der Gipfel rassistischer, rechtsextremistischer und menschenverachtender Straftaten in Velbert. Am Sonntag, den 05.02.1995 wurde der 65-jährige Obdachlose Horst Pulter im Velberter Herminghauspark von sieben Neonazis kaltblütig ermordet. Sie quälten ihn mit Tritten und Schlägen, dann stach der damals 22-jährige Haupttäter, der wegen rechtsextremer Umtriebe bereits aus der Bundeswehr entlassen worden war, zu.

In den frühen 90er Jahren waren es noch u. a. die rechtsextremistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“, die „Deutsche Alternative“ und das „Nationale Forum Niederberg“ um den heutigen Münchener Kameradschaftsführer Norman Bordin, die in Velbert aktiv waren und sogar zeitweise ein Haus in Velbert besetzt hielten – die WAZ / Velberter Zeitung bot ihnen in einem Artikel noch Platz für ihre Parolen und ausländerfeindliche Hetze. Auch eine Reihe körperlicher Angriffe auf ihnen missliebige Personen ging auf ihr Konto, darunter ein Angriff auf ein Punkkonzert, an dem sich 30 bis 40 Personen beteiligten. Aus diesem Kreis stammte auch mindestens einer der Täter, die am 5. Februar 1995 im Velberter Herminghauspark den Obdachlosen Horst Pulter zuerst als „Penner“ und „Scheiß Jude“ verhöhnten, ihn später dann mit einem Schlachtermesser ermordeten.

Die sieben rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, alle im Alter zwischen 16 und 24, zogen von einer Geburtstagsfeier über die Wege des Stadtparks in unbestimmte Richtung. An einem Teich, so gaben die Nazis später an, wollten sie ausprobieren, wie oft man einem Schwan den Hals umdrehen kann, bis er abfällt. Unterwegs begegnete ihnen ihr späteres Opfer: Horst Pulter schlief zu der Zeit in einer Holzhütte. Sie schlugen ihn, sie quälten ihn, sie traten ihn, bis er bewusstlos wurde. Sie entfernten sich. Doch damit nicht genug. Der Haupttäter kehrte zurück und rammte dem bewusstlosen Menschen ein zuvor geklautes Steak-Messer in den Körper.

In den Wohnungen der Täter fand die Polizei Fotos, auf denen diese mit Hakenkreuzen und Hitlergruß posierten. Im Gerichtssaal spricht der Staatsanwalt zwar von einer „rechtsradikalen, menschenverachtenden Gesinnung“ der Täter, der Haupttäter wurde wegen Mordes zu 10 Jahren, die Mittäter zu je 2 Jahren und 9 Monaten Gefängnis verurteilt, dass es

sich bei dem Mord allerdings auch um eine Tat mit rechtem Hintergrund handelte, wird von Justiz und Polizei verschwiegen.

Ein Jahr nach der Verurteilung der Täter teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (damals PDS, heute Die Linke) mit, die Ermittlungen hätten keine „Anhaltspunkte für eine politische Organisation oder Motivation der Tat" ergeben. Aus den Gerichtsurteilen ergebe sich lediglich, dass „die Täter aus einer gegenüber Obdachlosen feindlichen Haltung heraus gehandelt haben." Im September 2001 erklärt ein Sprecher des Polizeipräsidiums Düsseldorf auf Nachfrage von Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel: „Aus der Sicht von heute" sei der Tod von Horst Pulter ein Tötungsdelikt mit rechtsextremer Motivation. Das sei ein Fall, „der ins Meldemuster fällt". Doch das Polizeipräsidium Düsseldorf hat seine neuen Erkenntnisse offenbar nicht ans LKA Nordrhein-Westfalen weitergegeben, das dafür zuständig wäre, Horst Pulter nachträglich als ein weiteres Opfer rechter Gewalt an das BKA zu melden.

Dieses Vorgehen ist kein Einzelfall. 33 tote Obdachlose durch rechte Gewalt verzeichnet eine Chronik der "Zeit". Nur neun von ihnen werden von der Bundesregierung unter den 137 Tötungsdelikten mit rechtsextremen Hintergrund seit der deutschen Wiedervereinigung erwähnt.

Die Gefahr von Rassismus, Rechtsextremismus und Faschismus wächst in Velbert, aber auch in ganz Deutschland - doch erst vor knapp einem Jahr hieß es von offizieller Seite noch, „es gibt keine Nazis in Velbert". Das dem nicht so ist, darauf weisen wir Antifaschisten aus Velbert schon weitaus länger hin als dass das Thema überhaupt interessant für Presse, Polizei und Politik zu seien scheint. Pressemitteilungen, Leserbriefe und Hinweise bleiben jedoch komplett ohne Beachtung, wenn sie der gängigen Meinung widersprechen. Der Stadtverwaltung ist das Image der Stadt Velbert als „familien- und jugendfreundliche Stadt" wichtiger, als wirklich aktiv gegen nationalistische Tendenzen vorzugehen.

Allerdings ist klar, dass die Schuldfrage am Mord nicht mit einem Fingerzeig auf die rechte Szene gelöst ist. Wirtschaft, Politik und Medien propagieren ein negatives Bild von Erwerbs- und Obdachlosen. Wer Hartz4 bezieht, steht schnell als „arbeitsfauler Sozialschmarotzer" da. Für die herrschenden Verhältnisse ist dies nur von Vorteil: Wenn sozial Benachteiligte als minderwertig dargestellt werden, können Sozialhilfesätze gekürzt oder die Überwachung von Hartz4-BezieherInnen verschärft werden, ohne dass sich jemand daran stört. Auf diesem Nährboden der sozialen Ausgrenzung bauen Morde wie der an Horst Pulter auf. Wir möchten das Gedenken an alle Opfer sozialer Ausgrenzung, rechter Gewalt und menschenverachtender Ideologie in Erinnerung halten.

life deluxe for all

Kernenergie.

So sicher wie diese Webseite.

STOP CONTROL!

1. Vorlage auf Folie kopieren oder auf Karton kleben.
2. Mit einem scharfen Teppichmesser, Cutter oder Skalpell die dunklen Flächen ausschneiden.
3. Loslegen (natürlich nur innerhalb der eigenen vier Wände, logo).

Mehr Motive gibt es unter www.antifa-nt.de

antifa